



Aufbruch jetzt! Niederbayern

Ein Projekt der niederbayerischen Landkreise und kreisfreien Städte

Langfassung des Abschlussberichts

mit demographischen Analysen und Handlungsvorschlägen
(Prof. Dr. H. Birg, H. Amsbeck, R. Loos)

und Ergebnissen
der in der Region gebildeten Arbeitskreise

Deggendorf, im Juli 2011

Gliederung der demographischen Studie im Rahmen des Projekts „Aufbruch jetzt“ für Niederbayern

1.	Einführung	10
1.1	Den aufbrechenden Niederbayern zum Geleit.....	10
1.2	Niederbayern als Untersuchungsgebiet.....	12
1.3	Die Bedeutung der regionalen Dimension des demographischen Wandels.....	13
2.	Ziele des Projekts, Aufgabenstellung und Untersuchungsmethoden	16
3.	Bestandsaufnahme der bisherigen demographischen und ökonomischen Entwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Niederbayerns	18
3.1	Kennzahlen aus den Basisjahren 2005 bis 2009.....	18
3.2	Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur in den Jahren 2005 bis 2009 in den Landkreisen und kreisfreien Städten.....	22
3.3	Fertilität	26
3.4	Lebenserwartung	34
3.5	Elternjahrgänge.....	35
3.6	Frauenerwerbsquote	37
3.7	Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren	39
3.8	Bildungsabschlüsse	40
3.9	Erwerbstätige	41
3.10	Berufspendler.....	44
3.11	Wanderungen	47
3.12	Wanderungsanalysen nach Geschlecht und Alter	52
3.13	Einflüsse auf die Wanderungen durch die Einführung von Zweitwohnsitzsteuern.....	55
4.	Bestandsaufnahme für Niederbayerns Nachbarregionen.....	60
4.1	Oberbayern	60
4.2	Oberpfalz	67
4.3	Die Regionen Pilsen (Plzeňský kraj) und Südböhmen (Jihočeský kraj) in Tschechien	73
4.4	Oberösterreich	81
4.5	Geburtenentwicklung in den bayerischen Regierungsbezirken	87
5.	Vorhandene Bevölkerungsvorausrechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise Niederbayerns	91
5.1	Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung	91
5.2	Bevölkerungsvorausrechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung.....	97
5.3	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)	100
5.4	Vergleich und Bewertung der drei Bevölkerungsvorausrechnungen.....	101

6.	Handlungskonzeptionen für eine Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an die vorausberechnete demographische Entwicklung (Anpassungsstrategien und Entwicklungsstrategien)	105
6.1	Überblick über die demographisch relevanten Politikbereiche des Bundes, der Länder und Kommunen.....	105
6.2	Entwurf von Handlungskonzeptionen für Kommunen, nichtstaatliche Akteure und Unternehmen	108
6.3	Handlungsstrategien zur Wiedererlangung einer bestandserhaltenden Geburtenrate.....	112
6.4	Modellrechnungen, was getan werden könnte	116
6.4.1	Modellrechnung für den Ausgleich der kleiner werdenden Elternjahrgänge durch Steigerung der Geburtenrate	116
6.4.2	Modellrechnung für den Ausgleich des kleiner werdenden Arbeitskräftepotentials durch Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen.....	118
6.4.3	Modellrechnung für eine konstante Bevölkerungsstruktur durch Zuwanderung	120
7.	Zentrale Vorschläge und Ergebnisse („Leuchttürme“) der Arbeitskreise für die Region	121
7.1	Ziele und Ablauf der Arbeitskreise.....	121
7.2	AK Bildung und Wissenschaft	122
7.2.1	Bildung:	122
7.2.2	Wissenschaft:.....	123
7.3	AK Wirtschaft, Technik, Infrastruktur	128
7.3.1	Sicherung des Fachkräftebedarfs.....	128
7.3.2	Regionalförderung.....	129
7.3.3	Projekte aus der Region.....	130
7.3.4	Infrastruktur	131
7.4	AK Gesundheit.....	132
7.5	AK Tourismus / Natur / Sport	134
7.5.1	Tourismus in Niederbayern	134
7.5.2	Naturschutz.....	137
7.5.3	Sport in Niederbayern	138
7.6	AK Jugend, Senioren und Familie	141
7.7	AK Landwirtschaft, Umwelt und Energie	143
7.8	AK Kommunalfinanzen.....	146
7.9	AK Regionale Identität und Kultur	147
8.	Verzeichnis der Quellen	149
9.	Anhang I (Tabellen, Schaubilder, Daten).....	156
9.1	Demographische Basisdaten aus einzelnen Kreisen.....	156
9.1.1	Kreisfreie Stadt Landshut	156
9.1.2	Kreisfreie Stadt Passau	161

9.1.3	Kreisfreie Stadt Straubing.....	166
9.1.4	Landkreis Deggendorf	171
9.1.5	Landkreis Freyung-Grafenau.....	176
9.1.6	Landkreis Kelheim.....	181
9.1.7	Landkreis Landshut.....	186
9.1.8	Landkreis Passau.....	191
9.1.9	Landkreis Regen	196
9.1.10	Landkreis Rottal-Inn	201
9.1.11	Landkreis Straubing-Bogen	206
9.1.12	Landkreis Dingolfing-Landau.....	211
9.2	Daten zu den Schulabschlüssen in den einzelnen Kreisen.....	216
9.3	Die Entwicklung der Anteile der potentiellen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern	228
9.4	Vergleich der Vorausberechnungen der Bertelsmann Stiftung, des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung und des Bundesamter für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für die einzelnen Kreise in Niederbayern.....	234
10.	Anhang II (Komplette Ergebnisberichte aller Arbeitskreise)	239
10.1	Ziele und Ablauf der Arbeitskreise.....	239
10.2	Arbeitskreis Bildung und Wissenschaft.....	240
10.3	Wirtschaft, Technik & Infrastruktur	261
10.4	Gesundheit	281
10.5	Tourismus / Natur / Sport	288
10.5.1	Tourismus	289
10.5.2	Natur	292
10.5.3	Sport	296
10.6	Arbeitskreis Jugend, Senioren & Familie.....	300
10.7	Arbeitskreis Landwirtschaft, Umwelt und Energie.....	308
10.8	Kommunalfinanzen	314
10.9	Arbeitskreis Regionale Identität und Kultur.....	316
11.	Ausblick.....	324

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A.....	22
Abbildung 2	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B.....	23
Abbildung 3:	Medianalter in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009.....	24
Abbildung 4:	Verteilung der Bevölkerung in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern nach Altersgruppen 2005.....	24
Abbildung 5:	Verteilung der Bevölkerung in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern nach Altersgruppen 2009.....	25
Abbildung 6:	Relative Entwicklung der Geburtenanzahl in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009.....	26
Abbildung 7:	Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009.....	27
Abbildung 8:	Fertilitätsraten (TFR) im Regierungsbezirk Niederbayern, arithmetisches Mittel 2005 bis 2009.....	28
Abbildung 9:	Entwicklung der TFR in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009.....	28
Abbildung 10:	Geburten- und Sterbefallsalden im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.	29
Abbildung 11:	Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009.....	30
Abbildung 12:	Altersspezifische Geburtenhäufigkeiten im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005, 2007 und 2009.....	31
Abbildung 13:	Vergleich der Altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten in Deutschland und im Regierungsbezirk Niederbayern im Jahr 2009.....	31
Abbildung 14:	Durchschnittliches Geburtsalter im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009.....	32
Abbildung 15:	Entwicklung des durchschnittlichen Geburtsalters in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009.....	33
Abbildung 16:	Die Frauenerwerbstätigenquote in den Kreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns im Jahr 2009.....	37
Abbildung 17:	Die Frauenerwerbsbeteiligung in den Kreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns in den Jahren 2003 bis 2009.....	38
Abbildung 18:	Die Entwicklung der Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009.....	43
Abbildung 19:	Pendler in Niederbayern im Jahr 2010.....	44
Abbildung 20:	Anteile der Pendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niederbayern im Jahr 2010.....	45
Abbildung 21:	Pendlersalden in Niederbayern im Jahr 2010.....	45
Abbildung 22:	Relative Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Ein- und der Auspendler an der Wohnbevölkerung im Jahr 2010.....	46
Abbildung 23:	Wanderungssalden im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009.....	47
Abbildung 24:	Entwicklung der Zuzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A.....	48
Abbildung 25:	Entwicklung der Zuzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B.....	48

Abbildung 26:	Entwicklung der Fortzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009.....	49
Abbildung 27:	Entwicklung der Anteile der Fortzüge an der Bevölkerung in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009.....	49
Abbildung 28:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009.....	50
Abbildung 29:	Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Niederbayern 2005 bis 2009.....	51
Abbildung 30:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen.....	52
Abbildung 31:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer.....	53
Abbildung 32:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen.....	53
Abbildung 33:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge in München von 2002 bis 2009.....	55
Abbildung 34:	Wanderungssalden in den Regierungsbezirken Bayerns, 2005 bis 2009... ..	56
Abbildung 35:	Wanderungssalden in den Landkreisen Niederbayerns, 2005 bis 2009....	57
Abbildung 36:	Wanderungssalden nach und aus München 2003 bis 2008, nach Alter.....	58
Abbildung 37:	Zuzüge nach München 2002 bis 2009, nach Alter (15 bis 40 Jahre).....	59
Abbildung 38:	Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen Oberbayerns, 2004 bis 2009.....	60
Abbildung 39:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Oberbayern von 2005 bis 2009.....	61
Abbildung 40:	Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Oberbayern von 2005 bis 2009.....	61
Abbildung 41:	Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Oberbayern 2005 bis 2009.....	62
Abbildung 42:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen.....	62
Abbildung 43:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer.....	63
Abbildung 44:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen.....	64
Abbildung 45:	Relative Bevölkerungsentwicklung in Oberbayern von 2006 bis 2025 (in Prozent).....	66
Abbildung 46:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Oberpfalz von 2005 bis 2009.....	67
Abbildung 47:	Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Oberpfalz von 2005 bis 2009.....	68
Abbildung 48:	Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Oberpfalz 2005 bis 2009.....	69
Abbildung 49:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen.....	69
Abbildung 50:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer.....	70
Abbildung 51:	Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen.....	70
Abbildung 52:	Der Bevölkerungsstand in Pilsen in den Jahren 2006 bis 2010.....	73
Abbildung 53:	Der Bevölkerungsstand in Südböhmen in den Jahren 2006 bis 2010.....	74
Abbildung 54:	Geburten in Pilsen und Südböhmen in den Jahren 2006 bis 2010.....	74

Abbildung 55:	Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Pilsen von 2006 bis 2010	75
Abbildung 56:	Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Südböhmen von 2006 bis 2010	75
Abbildung 57:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge in Pilsen von 2006 bis 2010	76
Abbildung 58:	Entwicklung der Zu- und Fortzüge in Südböhmen von 2006 bis 2010	77
Abbildung 59:	Erwartete Bevölkerung in Tschechien bis 2066	78
Abbildung 60:	Erwartete Bevölkerung in Tschechien bis 2066 in drei Altersgruppen (mittlere Variante, jeweils zum 1. Jan)	78
Abbildung 61:	Erwartetes Medianalter bis 2066 (mittlere Variante)	79
Abbildung 62:	Altersverteilung der Bevölkerung 2010	79
Abbildung 63:	Altersverteilung der Bevölkerung 2020	80
Abbildung 64:	Altersverteilung der Bevölkerung 2030	80
Abbildung 65:	Altersverteilung der Bevölkerung 2040	80
Abbildung 66:	Lebendgeborene, Gestorbene und Bevölkerungsstand in Österreich, 1951 bis 2009.....	81
Abbildung 67:	Geborene und Gestorbene in Oberösterreich von 1993 (100%) bis 2009..	82
Abbildung 68:	Gesamtfruchtbarkeitsrate und Frauen zwischen 20 und 40 Jahren in Oberösterreich, 1990 bis 2007	83
Abbildung 69:	Internationaler Wanderungssaldo (Zuzüge minus Wegzüge) in Österreich, 1996 bis 2008.....	84
Abbildung 70:	Bevölkerungsveränderung in Oberösterreich durch Geburten- und Wanderungsbilanz 1962 bis 2008.....	84
Abbildung 71:	Bevölkerungsaufbau in Oberösterreich, 1951, 2010 und 2040	85
Abbildung 72:	Bevölkerungspyramiden für Oberösterreich.....	86
Abbildung 73:	Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 bis 2009	87
Abbildung 74:	Relative Entwicklung der Geburtenanzahl in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 bis 2009	88
Abbildung 75:	Relative Entwicklung der Anzahl der 20- bis 39jährigen Frauen in den bayerischen Regierungsbezirken, 2004 bis 2009	89
Abbildung 76:	Durchschnittliches Geburtsalter 2009 in den bayerischen Regierungsbezirken und in Deutschland	90
Abbildung 77:	Vorausgerechnete relative Bevölkerungsentwicklung von 12 Kreisen im Regierungsbezirk Niederbayern, 2006 bis 2025, in %	93
Abbildung 78:	Alters- und Geschlechtsstruktur (bis Alter 104) der Bevölkerung des Regierungsbezirks Niederbayern am 31.12.2006 (1.193.820 Einwohner) .	94
Abbildung 79:	Alters- und Geschlechtsstruktur (bis Alter 104) der Bevölkerung des Regierungsbezirks Niederbayern am 31.12.2005 (1.201.209 Einwohner) .	94
Abbildung 80:	Medianalter in 12 Kreisen in Niederbayern 2006 und 2025, in Jahren	95
Abbildung 81:	Anteil der ab 65jährigen an der Bevölkerung in 12 Kreisen in Niederbayern, 2025, in %	96
Abbildung 82:	Bevölkerungsentwicklung in den Vorausberechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung	99
Abbildung 83:	Vergleich dreier Bevölkerungsvorausberechnungen für den Regierungsbezirk Niederbayern, 2007 bis 2025	101
Abbildung 84:	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A.....	102
Abbildung 85:	Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B.....	103

Abbildung 86:	Voraussichtliche Geburtenzahl in Niederbayern, bis 2030	116
Abbildung 87:	Voraussichtliche Anzahl der Sterbefälle in Niederbayern, bis 2030	117
Abbildung 88:	Voraussichtliche Sterbefallüberschüsse in Niederbayern, bis 2030	117
Abbildung 89:	TFR in Niederbayern im Jahr 2030 für einen Ausgleich des Geburtendefizits 118	
Abbildung 90	Voraussichtliche Entwicklung der Altersgruppen der Auszubildenden und der Erwerbstätigen in Niederbayern, 2009, 2020 und 2030	119
Abbildung 91:	Verkehrsachsen in Niederbayern.....	273

Außerdem befinden sich im Anhang I jeweils 6 Abbildungen zu den demographischen Daten der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte:

- Entwicklung der Zu- und Fortzüge von 2005 bis 2009
- Entwicklung der Geburten und Sterbefälle von 2005 bis 2009
- Bevölkerungsveränderungen von 2005 bis 2009
- Wanderungssalden nach Alter, 2005 – 2009, Männer und Frauen
- Wanderungssalden nach Alter, 2005 – 2009, Männer
- Wanderungssalden nach Alter, 2005 – 2009, Frauen

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Kennzahlentableau für den Regierungsbezirk Niederbayern	21
Tabelle 2:	Lebenserwartung der Frauen in Jahren, im Jahr 2008	34
Tabelle 3:	Lebenserwartung der Männer in Jahren, im Jahr 2008.....	34
Tabelle 4:	Betreuungsquote der unter 3jährigen	39
Tabelle 5:	Bevölkerungsstand: Bevölkerung in Oberbayern nach Geschlecht von 2005 bis 2009	64
Tabelle 6:	Sterbefälle: Gestorbene in Oberbayern nach Geschlecht, von 2005 bis 2009	65
Tabelle 7:	Geburten: Lebendgeborene in Oberbayern nach Geschlecht von 2005 bis 2009	65
Tabelle 8:	Bevölkerungsstand: Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009	71
Tabelle 9:	Sterbefälle: Gestorbene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009.....	71
Tabelle 10:	Geburten: Lebendgeborene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009	71
Tabelle 11:	Relative Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen Niederbayerns bis 2025; Nullvariante	104

1. Einführung

1.1 Den aufbrechenden Niederbayern zum Geleit

Der demographische Wandel wird Deutschland, wird Europa in den nächsten 20 Jahren stark beeinflussen und verändern. Was wird eine alternde Gesellschaft prägen, wie muss sie mit den Veränderungen umgehen, wie müssen Junge und Alte reagieren? Welche Konzepte in der Region und welche in der bayerischen Politik sind erforderlich, um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein? Demographiefaktor, Abwanderung, Zuwanderung, Energiewende, (De-)Industrialisierung, all das sind Schlagworte, mit denen man sich in dieser Diskussion auseinandersetzen muss und wo sich die Region auch darüber klar werden muss, wohin die Regionalentwicklung gehen soll.

Niederbayern kann mit guten Voraussetzungen an diese Probleme herangehen und zusammen mit der bayerischen Staatsregierung die notwendigen Regelwerke schaffen, um die Aufgaben zukunftsweisend lösen zu können.

Niederbayern ist eine sich auf hohem Niveau dynamisch entwickelnde Region. Durch die einmalige Lage in unmittelbarer Nachbarschaft zu Österreich und Tschechien ist Niederbayern ein attraktiver Standort auch und gerade für die Exportindustrie. Die Palette der Waren aus Niederbayern ist groß: Automobile der Spitzenklasse, innovative Produkte aus Antriebstechnik und Maschinenbau oder hochwertige Gläser und Ski.

Nahezu die Hälfte der in Niederbayern produzierten Güter wird in alle Welt exportiert. Vor allem der Fahrzeugbau und seine Zulieferer, aber auch der Maschinenbau, die Kunststofftechnik und die Metallindustrie haben in den vergangenen Jahrzehnten starke Zuwächse erlebt. Heute verfügt Niederbayern über einen modernen Branchenmix. Es dominieren kleine und mittlere Unternehmen mit oft innovativen und sehr spezialisierten Produkten. Auf der Grundlage einer soliden Sozialstruktur bietet Niederbayern engagierte Mitarbeiter mit hohem fachlichen Know-how im Handwerk sowie im gewerblich-technischen Bereich. Die endogenen Kräfte sind leistungsfähig, anpassungsfähig und innovationsorientiert, sowohl beim Nachwuchs als auch bei den erfahrenen Fachkräften.

Die Vernetzung zwischen Hochschulen und Wirtschaft in der Region ermöglicht einen guten Wissens- und Technologietransfer. Ausgehend von den Hochschulen hat auch besonders der IT-Sektor in Niederbayern an Bedeutung gewonnen. Für die Logistikbranche und wissensintensive Dienstleister wird Niederbayern als Standort immer interessanter. Der Produktionsfaktor Wissen und die damit verbundene Aus- und Weiterbildung haben in der Region seit jeher einen hohen Stellenwert. Daher können Unternehmen aus einem Potential an qualifizierten Arbeitskräften für Produktion und Dienstleistungen schöpfen. Der Baye-

rische Wald und die vor allem im Rottal gelegenen Kurorte gehören zu den größten Tourismusgebieten Deutschlands.

Die Menschen sind bodenständig, unaufgeregt, verlässlich, ehrlich, offen, bescheiden und ruhig. Die Gemeinschaft von Familie, Gemeinde, Vereinen, Kirche, Nachbarn und Ehrenamt funktioniert. Das Wohnen in überschaubaren Ortschaften, ein hoher Grad an Sicherheit, bezahlbare Preise, eine schöne Landschaft, ein hoher Freizeitwert, „Wohnen und Arbeiten, wo andere Urlaub machen“, auch dies prägt Niederbayern. Gesunde Produkte lassen sich direkt vom Erzeuger beziehen.

Der Bildungsbereich ist gut ausgebaut, alle Schularten befinden sich in erreichbarer Umgebung, und auch die Hochschulangebote sind hochwertig und leicht erreichbar.

Kultur ist regional bis international ausgeprägt und dennoch wird Tradition hoch gehalten. Man kann von Einheit in Vielfalt sprechen; gemeinsame Werte in einer vielfältigen Kulturlandschaft. Die Lage in der Mitte Europas ermöglicht es Niederbayern auf der Grundlage historisch gewachsener Verbindungen Brücken nach Oberösterreich und Böhmen zu schlagen und damit den Aktionsradius der bayerischen Wirtschaft zu vergrößern.

Diese Positionen gilt es auszubauen, ein „Aufbruch“ ist jetzt erforderlich, um die Region zukunftsfähig zu machen.

Dieser Stärken muss sich die Region bewusst werden. Vielfach wurde noch nicht registriert, dass Niederbayern eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweist und eine schlagkräftige Wirtschaft sein Eigen nennt. Niederbayern leistet einen starken Anteil für die Prosperität Bayerns. Wenn aber diese Entwicklung weiterhin sich positiv darstellen soll, dann ist auch die bayerische Politik gefordert dies zu unterstützen, sofern es ihr mit den „gleichwertigen Lebensbedingungen“ in allen Landesteilen ernst ist. Es gilt der Abwanderung entgegenzuwirken durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und ordentliche Ausstattung der kommunalen Finanzen. Vom demographischen Faktor besonders betroffene Regionen bedürfen hier speziell der Unterstützung und der Hilfe des Freistaates.

Insgesamt muss es gelingen die jungen Leute in der Region zu halten. Landesentwicklung und Landesplanung müssen die ländlichen Räume schwerpunktmäßig unterstützen. Die Regionen links der Donau bedürfen weiterhin einer kräftigen Förderung aus den EU-, Bundes- und Bayern-Fördertöpfen, um den Aufholprozess fortsetzen zu können.

Die Region verdeutlicht seit Jahren, dass man nicht nur fordert, sondern auch leistet, der beispielhafte Einsatz aller Akteure in der Region hat das über die letzten Jahre hinweg gezeigt und auch die Diskussion um „Aufbruch jetzt in Niederbayern“ hat dies nachhaltig bewiesen.

Die Vision Niederbayern lautet:

- Es soll eine Wissenschafts- und Forschungsregion Niederbayern entstehen, eine Technologieregion Bayerischer Wald, die Bildungsregion Niederbayern wird nachhaltig angestrebt, als Natur- und Urlaubsregion wollen wir eine Spitzenposition in Deutschland anstreben.
- Wir wollen eine familienfreundliche Region darstellen mit bezahlbarem Wohnraum, ausreichend Arbeitsplätzen, gesunder Umwelt und einem sozialen Umfeld.
- Das Projekt E-WALD ist ein Symbol für das Ziel einer energieautarken Region.
- Unsere Konzepte und Ideen im Aufbruch sollen eine beispielhafte Bewältigung des demographischen Wandels werden.
- Wir wollen eine besondere Willkommenskultur entwickeln, um Menschen aus anderen EU-Ländern und auch aus anderen Kulturkreisen für unsere Region zu begeistern.
- Wir wissen was wir wollen, was wir können und wie wir mit starkem Willen, Wissen und Können auch zu weiteren Erfolgen gelangen.

1.2 Niederbayern als Untersuchungsgebiet

Niederbayern ist einer der sieben Regierungsbezirke Bayerns. Zu Niederbayern gehören neun Landkreise (Deggendorf, Dingolfing-Landau, Freyung-Grafenau, Kelheim, Landshut, Passau, Regen, Rottal-Inn, Straubing-Bogen) und drei kreisfreie Städte (Landshut, Passau, Straubing), wobei die kreisfreien Städte jede auch Sitz eines der Landkreise sind.

Knapp 1,2 Mio. Einwohner verteilen sich auf 10.330 km². In vier Städten Niederbayerns leben mehr als 20.000 Einwohner. Im Nordosten grenzt Niederbayern an Tschechien, im Südosten an Österreich, im Südwesten an den Regierungsbezirk Oberbayern und im Nordwesten an den Regierungsbezirk Oberpfalz.

Quer durch Niederbayern fließt die Donau, um sich in Passau, kurz vor der Staatsgrenze, mit dem Inn zu vereinigen. Vier Autobahnen und drei überregionale Bahnstrecken erschließen das Gebiet. In drei Städten gibt es Hochschulen.

Die Bevölkerungsdaten der letzten Jahre haben eine eher ungünstige Entwicklung genommen. Kennzeichen dafür sind u.a. eine sich stetig verschlechternde Wanderungsbilanz (vor allem durch Wanderungsverluste bei jungen Einwohnern) und ein zunehmendes Geburtendefizit.

Dies war der Anlass für die Landräte und die Oberbürgermeister, die Verfasser mit der Erstellung dieser Studie im Rahmen des Projekts „Aufbruch jetzt“ zu beauftragen. Dabei sollen die demographische Entwicklung eingehend analysiert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

1.3 Die Bedeutung der regionalen Dimension des demographischen Wandels

Die wichtigste Triebkraft des demographischen Wandels ist der weltweite Rückgang der Geburtenraten. So sank die Geburtenrate beispielsweise in den letzten 50 Jahren im Durchschnitt der Weltbevölkerung von 1960 bis 2010 von 4,9 auf 2,5 Kinder pro Frau. Deutschland war Vorreiter der weltweiten Entwicklung: Schon seit 1972 sterben hier jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden, und zwar trotz der hier lebenden 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, bei denen die Geburtenzahl höher ist als die Zahl der Sterbefälle.

Der Rückgang der Geburtenraten in Deutschland begann nicht erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts; er setzte bereits Ende des 19. Jahrhunderts zeitgleich mit der Einführung der Bismarck'schen Sozialreformen ein (1883 Krankenversicherung, 1884 Unfallversicherung und 1889 Invaliditäts- und Alterssicherung). Vor dem Hintergrund einschneidender historischer Veränderungen durch zwei Weltkriege, die Hyperinflation der 20iger Jahre, die Weltwirtschaftskrise der 30iger Jahre, zwei Diktaturen und die jahrzehntelange Teilung Deutschlands nahm die Geburtenrate im 20. Jahrhundert kontinuierlich ab, nur unterbrochen von einem vorübergehenden, kurzen Anstieg in den 30iger Jahren.

Seit vier Jahrzehnten ist die Geburtenrate auf dem Niveau von rd. 1,3 bis 1,4 Lebendgeborenen pro Frau nahezu konstant, aber weitere Rückgänge in der Zukunft sind nicht ausgeschlossen, denn die Gründe des Geburtenrückgangs wirken auch in der Zukunft weiter: Mit zunehmendem Wohlstand und Pro-Kopf-Einkommen gingen die Kinderzahlen pro Frau in den meisten Ländern der Welt zurück, statt zuzunehmen (= „demographisch-ökonomisches Paradoxon“).

Die Geburtenraten in den ländlichen Gebieten Deutschlands lagen stets deutlich über dem Niveau in den Städten bzw. über dem Landesdurchschnitt. Das seit Jahrhunderten beobachtete Stadt-Land-Gefälle hat sich jedoch in den letzten Jahrzehnten weitgehend nivelliert. Auch in Niederbayern sind die Geburtenraten nur noch geringfügig höher als im Durchschnitt Bayerns bzw. als im Bundesgebiet. Dieser Befund ist von größter Bedeutung, denn ohne die Geburtenüberschüsse in den ländlichen Gebieten und die Wanderung in die

Städte, hätte es das Bevölkerungswachstum der Städte nicht gegeben; die Entstehung der Städte wäre gar nicht möglich gewesen. Wegen der zurückgehenden Geburtenraten und der kleiner werdenden Elternjahrgänge haben heute jedoch die meisten Stadt- und Landkreise im ländlichen Raum keine Geburtenüberschüsse mehr; sie können ihre historische Funktion als demographische Reserveräume der großen Städte nicht mehr erfüllen.

In Niederbayern hat, wie in den meisten anderen Stadt- und Landkreisen Deutschlands, eine auf die niedrigen Geburtenraten zurückzuführende Bevölkerungsschrumpfung der jüngeren und mittleren Altersgruppen begonnen. Dieser Bevölkerungsverlust wird sich in den kommenden Jahrzehnten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nur fortsetzen, sondern erheblich verstärken. Der Grund hierfür liegt darin, dass die potentiellen Eltern niemals geboren wurden, die eine Rückkehr zu einer stabilen Entwicklung herbeiführen könnten.

Der demographische Wandel stellt einen der entscheidenden Megatrends der Zukunft dar. Es wäre aber nicht sinnvoll, die Konkurrenz zwischen den Metropolregionen und den ländlichen Gebieten um die jungen, knapper werdenden Arbeitskräfte zu Lasten der Herkunftsgebiete noch zu steigern.

Würde man diesen gelegentlich empfohlenen Weg weiterverfolgen, wäre die vom Expertenrat propagierte nachhaltige Entwicklung Bayerns und seiner Regionen nicht erreichbar. Denn wenn die Metropolregionen auf Grund der permanenten Zuwanderungen aus den ländlichen Gebieten wachsen bzw. die sonst drohende Bevölkerungsschrumpfung vermeiden, während die Bevölkerung der Herkunftsgebiete und Bayerns insgesamt abnimmt, läuft der Wettbewerb um die Einwohner auf eine demographische Ausbeutung hinaus, bei der das gesamte Land auf Dauer nur verlieren kann.

Die Lösung der demographischen Probleme und die Beherrschung der von ihnen hervorgerufenen wirtschaftlichen Folgeprobleme setzen voraus, dass die Geburtenrate langfristig wieder auf ein bestandserhaltendes Niveau steigt. In der Übergangszeit bis zum Wiedererlangen einer demographisch stabilen Entwicklung bleibt in Deutschland und Bayern kein anderer Weg als die vorübergehende Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland. Dass die ausländischen Herkunftsgebiete potentieller Einwanderer nach Deutschland ihrerseits ebenso niedrige oder noch niedrigere Geburtenraten wie Deutschland bzw. Bayern haben, unterstreicht die internationale Dimension und die Dringlichkeit der weltweiten demographischen Problematik. Denn Einwanderungen als eine Dauerlösung zu Lasten anderer Länder in Betracht zu ziehen, wie das in Deutschland geschieht, läuft auf eine neue Art des Kolonialismus hinaus.

Sollte es in Deutschland überhaupt jemals möglich sein, die demographische Stabilität wiederzuerlangen, wird der Neubeginn aller Wahrscheinlichkeit nach vom ländlichen Raum ausgehen. Deshalb wäre es das Verkehrteste überhaupt, wenn ausgerechnet ein mit Zukunftsplanung befasstes Expertengremium empfehlen würde, den ländlichen Raum gleichsam abzuschreiben und sich selbst zu überlassen, anstatt sein demographisches und ökonomisches Entwicklungspotential zu nutzen. Niederbayern hat trotz seiner geringen Größe durch seine Initiative „Aufbruch jetzt“ die Chance, bei diesem Neubeginn eine wichtige Rolle zu spielen und an vorderster Front eine Pilotfunktion zu übernehmen.

Prof. Dr. Herwig Birg

2. Ziele des Projekts, Aufgabenstellung und Untersuchungsmethoden

In der vorliegenden Studie geht es zunächst darum, eine Analyse zahlreicher demographischer Rahmenbedingungen für Niederbayern vorzunehmen. Sie baut vor allem auf Material des Bayerischen Statistischen Landesamtes und der Bertelsmann Stiftung auf, die beide über umfangreiche Datensammlungen für die demographischen Entwicklungen der letzten Jahre verfügen. Die Analyse versucht die demographischen Besonderheiten der Region herauszuarbeiten; sie sind bedeutungsvoll für die Definition zielgerichteter Maßnahmen. Zudem findet sich ein ausführlicher Datenteil (mit Bezug auf die einzelnen Kreise) im Anhang.

Ein Blick wird auch auf die umliegenden Regionen geworfen. Das sind innerhalb Bayerns die Regierungsbezirke Oberbayern und Oberpfalz und jenseits der Landesgrenze das Bundesland Oberösterreich sowie die Regionen Pilsen und Südböhmen in Tschechien.

Für die Region liegen mehrere Bevölkerungsvorausberechnungen vor, die in dieser Studie dargestellt und analysiert werden.

Schließlich werden mögliche Maßnahmen dargestellt. Sie berücksichtigen sowohl kurzfristige Wirksamkeiten (vor allem Wanderungen) also auch langfristige Strategien (Erhöhung des Geburtenniveaus).

Die in der Region gebildeten Arbeitskreise haben für das jeweils von ihnen zu bearbeitende Sachgebiet die Ausgangslage dargestellt und Forderungen formuliert, die sich teils an die Bundes- und Landespolitik richten, teils an die Akteure innerhalb der Region. Sie werden in der Studie im Hauptteil zusammengefasst und ausführlich im Anhang dargestellt.

Die Auftraggeber und Autoren verfolgen mit dieser Studie folgende Ziele:

- In der Region soll Bewusstsein geschaffen werden für die Herausforderungen, die sich aus dem „Demographischen Wandel“ kurz-, mittel- und langfristig ergeben. Der „Demographische Wandel“ lässt sich nicht wegdiskutieren, und viele Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte sind unumkehrbar. Es lassen sich allerdings durch Vorbereitung, Minderung und Gestaltung die Folgen des demographischen Wandels beherrschen und mindern.
- Gleichzeitig sollen die Attraktivität und die großen Chancen dieser Region dargestellt werden.
- An die Akteure in Bund und Land richtet sich der Appell, ihren Beitrag zur weiteren Verbesserung der Attraktivität und der demographischen und regionalpolitischen Chancen Niederbayerns zu leisten. Dafür enthält die Studie viele konkrete

Vorschläge.

- Die Ergebnisse entstanden unter Einbeziehung vieler potentieller Akteure aus vielen Gruppen und Teilregionen Niederbayerns. Dadurch konnte zum einen der große Sachverstand und Erfahrungsschatz der Beteiligten einbezogen werden, zum anderen wird daran deutlich, dass hier eine Region eine gemeinsame Aktion gestartet hat.
- In den Arbeitskreisen wurden zahlreiche Ideen gesammelt, geprüft und beraten. Ziel war es, einen Konsens unter den Beteiligten zu erzielen. Die Abstimmung zwischen den Arbeitskreisen erfolgte in zwei gemeinsamen Workshops.
- Die Studie kann aus demographischer Sicht sinnvolle und notwendige Maßnahmen nur anregen und beschreiben. Die Umsetzung, Überprüfung und Fortschreibung sind nun Aufgabe der dafür zuständigen Akteure, vor allem in den zuständigen politischen Gremien.

3. Bestandsaufnahme der bisherigen demographischen und ökonomischen Entwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Niederbayerns

3.1 Kennzahlen aus den Basisjahren 2005 bis 2009

Die Einwohnerzahl Niederbayerns hat in den letzten Jahren etwas abgenommen, wie aus den in der folgenden Tabelle dargestellten Kennzahlen ersichtlich wird.

Bei Betrachtung der Einwohnerzahlen nach zehn funktionalen Altersgruppen ergeben sich für diese Altersgruppen sehr unterschiedliche Entwicklungen. Eine dieser zehn Altersgruppen sind die 0- bis 2jährigen, welche für die Anzahl der U3-Kinderbetreuungsplätze von Bedeutung sind. Zudem werden die 3- bis 5jährigen als eine funktionale Altersgruppe aufgefasst, denn auch für sie gilt es spezifische Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten vorzuhalten. Die funktionale Altersgruppe der 6- bis 9jährigen umfasst die Gruppe der Schüler in der Primarstufe. Hingegen gibt die funktionale Altersgruppe der 10- bis 15jährigen die Schüler der Sekundarstufe I wieder. Die funktionale Altersgruppe der 16- bis 18jährigen umfasst die potentiellen Schüler der Sekundarstufe II. Die 19- bis 24jährigen bilden eine weitere Altersgruppe, welche Auskunft über den Bedarf an weiterführenden Bildungseinrichtungen gibt. Die funktionale Altersgruppe der 25- bis 44jährigen gibt Auskunft über die potentiell Erwerbstätigen in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Erwerbstätigkeit. Indessen erlaubt die funktionale Altersgruppe der 45- bis 64jährigen Rückschlüsse auf die potentiell Erwerbstätigen in den letzten beiden Jahrzehnten ihrer Erwerbstätigkeit. Hinweise auf altersspezifische Infrastrukturanforderungen im Hinblick auf die Bedürfnisse nach Eintritt in den Ruhestand gibt die funktionale Altersgruppe der 65- bis 79jährigen. Auf die altersspezifischen Infrastrukturanforderungen der Hochbetagten weist die funktionale Altersgruppe der ab 80jährigen hin. In den jüngsten vier dieser zehn Altersgruppen gab es deutliche Rückgänge der Einwohnerzahl, ebenso bei den 25- bis 44jährigen. Die Zahlen der 45- bis 64jährigen sowie der 80jährigen und älteren nahmen dagegen deutlich zu.

In den unten dargestellten Kennzahlen sind auch die Anzahl der Geburten und Sterbefälle enthalten, ebenso wie der natürliche Saldo, welcher sich als Differenz von Geburten und Sterbefällen ergibt. Neben den Zuzügen und Fortzügen in bzw. aus Niederbayern wird zudem der Wanderungssaldo, welcher sich als Differenz aus Zu- und Fortzügen ergibt, ausgewiesen.

Der Jugendquotient verdeutlicht das Verhältnis von unter 20jährigen zu den 20- bis unter 65jährigen in einem Gebiet. Bei einem Quotienten von 33 stehen 33 unter 20jährige 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren gegenüber. Er dient zur Darstellung der Versorgungsaufgaben der mittleren Generation (hier 20- bis unter 65jährige) im Verhältnis zu

den unter 20jährigen. Auf kommunaler Ebene ist als Versorgungsaufgabe insbesondere die nahräumliche Unterstützung zwischen den Generationen zu betrachten. Der Altenquotient gibt Auskunft über das Verhältnis der über 65jährigen zu den 20- bis unter 65jährigen in einem Gebiet. Bei einem Quotienten von 50 stehen 50 über 65jährige 100 Personen im Altern von 20 bis unter 65 Jahren gegenüber. Auch der Altenquotient stellt somit die Versorgungsaufgaben der mittleren Generation (20- bis unter 65jährige) dar; in diesem Fall für die ab 65jährigen.

Als Maß für die Geburtenhäufigkeit bzw. das Fortpflanzungsverhalten einer Bevölkerung wird oft die Messziffer "Geburten auf 1.000 Einwohner" verwendet. Dieses Maß wird jedoch von der in den Stadt- und Landkreisen unterschiedlichen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung stark beeinflusst. Je mehr Frauen in einer Region auf die Altersjahre um 30 mit der höchsten Geburtenwahrscheinlichkeit entfallen, desto höher ist unter sonst gleichen Umständen die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau. Das Maß ist daher zu grob für die Messung des Fortpflanzungsverhaltens. Für die Sterbefälle existiert ein ähnlicher Indikator, welcher die Anzahl der Sterbefälle auf je 1.000 Personen eines bestimmten Gebietes angibt.

Ein wesentlich genaueres Maß, das die verzerrenden Einflüsse der regionalen Altersstruktur ausklammert, ist die auch im deutschen Sprachgebrauch so genannte "Total Fertility Rate" (TFR) bzw. die "Zusammengefasste Fruchtbarkeitsrate". Sie ist definiert als die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern vom Alter 13 bis 49 (= Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter 13 plus Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter 14 usw. bis zum Alter 49). In Deutschland schwankt die TFR seit 40 Jahren im Intervall von 1,3 bis 1,4 Lebendgeborenen pro Frau.

Der Indikator der General Fertility Rate (GFR) liefert hingegen Anhaltspunkte über die Geburtenhäufigkeit unter Berücksichtigung der im betrachteten Gebiet tatsächlich in den relevanten Altersjahrgängen (hier: 13 bis 49) vorhandenen Altersstruktur der Frauen. Hier wird nicht die Summe aus den Geburtenwahrscheinlichkeiten der einzelnen Altersjahrgänge verwendet, sondern die Zahl der Geburten wird in Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der Frauen in allen betrachteten Altersjahrgängen.

Regierungsbezirk Niederbayern	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	1196338	1193212	1193456	1191179	1188402
Bevölkerung männlich	588897	587909	588517	587794	586551
Bevölkerung weiblich	607442	605303	604939	603385	601851
Vergleich zu 2009 (in %)	0,67	0,40	0,43	0,23	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	31551	30477	29857	29408	29152
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	16119	15594	15321	15164	15068
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	15432	14883	14536	14244	14084
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	8,23	4,55	2,42	0,88	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	34899	33519	32748	31953	30839
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	17929	17296	16839	16349	15804
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	16970	16223	15909	15604	15035
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	13,17	8,69	6,19	3,61	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	51352	50417	48789	47460	45951
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	26403	25909	25062	24419	23619
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	24949	24508	23727	23041	22332
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	11,75	9,72	6,18	3,28	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	83611	81793	80345	78794	77283
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	42984	42036	41188	40509	39762
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	40627	39757	39157	38285	37521
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	8,19	5,84	3,96	1,96	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	43046	43887	44102	43765	42697
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	22240	22621	22845	22543	21993
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	20806	21266	21257	21222	20704
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	0,82	2,79	3,29	2,50	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	84717	83546	83507	83469	84763
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	42894	42563	42699	43020	43789
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	41823	40983	40808	40449	40974
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-0,05	-1,44	-1,48	-1,53	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	344831	336814	330450	321899	313574
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	175918	171791	168699	164283	159794
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	168913	165023	161751	157616	153780
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	9,97	7,41	5,38	2,65	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	304793	310537	319203	327847	336347
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	154501	157186	161440	165532	169627
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	150292	153351	157763	162315	166720
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-9,38	-7,67	-5,10	-2,53	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	166656	169706	170064	170206	169618
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	75146	77266	77751	78255	78348
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	91510	92440	92313	91951	91270
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-1,75	0,05	0,26	0,35	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	50882	52515	54391	56378	58178
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	14763	15647	16673	17720	18747
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	36119	36868	37718	38658	39430
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-12,54	-9,73	-6,51	-3,09	0
Geburten gesamt	10065	9585	9591	9692	9250
Geburten von Jungen	5127	4949	4955	5030	4786
Geburten von Mädchen	4938	4636	4636	4662	4464
Sterbefälle gesamt	11611	11862	11608	11787	12323
Sterbefälle von Männern	5504	5598	5621	5639	5985
Sterbefälle von Frauen	6107	6264	5987	6148	6338
natürlicher Saldo gesamt	-1546	-2278	-2017	-2094	-3072

Regierungsbezirk Niederbayern	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-377	-650	-666	-609	-1198
natürlicher Saldo Frauen	-1168	-1628	-1351	-1485	-1874
Zuzüge gesamt	27335	26591	28332	27582	26371
Zuzüge Männer	14442	13988	15188	14763	13895
Zuzüge Frauen	12893	12603	13144	12819	12476
Fortzüge gesamt	24966	27457	26016	27707	26041
Fortzüge Männer	13327	14330	13875	14841	13910
Fortzüge Frauen	11639	13127	12141	12866	12131
Wanderungssaldo gesamt	2369	-866	2316	-125	330
Wanderungssaldo Männer	1115	-342	1313	-78	-15
Wanderungssaldo Frauen	1254	-524	1003	-47	345
Jugendquotient	0,3592	0,3548	0,3481	0,3419	0,3349
Altenquotient	0,3021	0,3101	0,3123	0,3152	0,3166
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1924	0,1891	0,1855	0,1816	0,1778
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1393	0,1422	0,1425	0,1429	0,1427
Anteil der über 80jährigen	0,0425	0,0440	0,0456	0,0473	0,0490
Medianalter	40,40	40,97	41,48	42,01	42,52
Durchschnittsalter	41,34	41,69	42,01	42,35	42,67
TFR (lfd. J.)	1,36	1,32	1,35	1,39	1,34
GFR (lfd. J.)	33,60	32,34	32,67	33,45	32,35
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,34	41,69	42,01	42,35	42,67
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,41	8,03	8,04	8,14	7,78
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	9,71	9,94	9,73	9,90	10,37
Fortzugsrate gesamt	0,0209	0,0231	0,0219	0,0233	0,0219
Fortzugsrate der Männer	0,0226	0,0244	0,0236	0,0252	0,0237
Fortzugsrate der Frauen	0,0192	0,0217	0,0201	0,0213	0,0202
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0578	0,0716	0,0673	0,0697	0,0641
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0509	0,0609	0,0586	0,0605	0,0558
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0646	0,0823	0,0760	0,0789	0,0723
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0400	0,0444	0,0422	0,0460	0,0440
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0445	0,0486	0,0480	0,0520	0,0495
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0354	0,0401	0,0363	0,0401	0,0384
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0048	0,0059	0,0058	0,0055	0,0059
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0044	0,0059	0,0058	0,0056	0,0060
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0052	0,0059	0,0058	0,0055	0,0057
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5078	0,5073	0,5069	0,5065	0,5064
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5491	0,5447	0,5428	0,5402	0,5381
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7099	0,7020	0,6935	0,6857	0,6778
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2081	0,2050	0,2020	0,1987	0,1951
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	208531	201633	197055	191954	189572
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	106237	102687	100339	97606	96392
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	102294	98946	96716	94348	93180
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	10,00	6,36	3,95	1,26	0

Tabelle 1: Kennzahlentableau für den Regierungsbezirk Niederbayern

Derartige Tabellen für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Niederbayerns befinden sich im Anhang dieses Berichts.

3.2 Entwicklung der Einwohnerzahl und der Altersstruktur in den Jahren 2005 bis 2009 in den Landkreisen und kreisfreien Städten

In fast allen Kreisen ging die Einwohnerzahl in den Jahren 2005 bis 2009 zurück; lediglich im Landkreis Landshut und in der kreisfreien Stadt Landshut kam es zu einem Zuwachs der Bevölkerung. Ein deutlicher Anstieg wurde - mit 2,2 Prozent – nur in der kreisfreien Stadt Landshut erreicht. Den deutlichsten Rückgang der Bevölkerung gab es in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau, wo die Bevölkerung um 2,6 Prozent bzw. 2,3 Prozent im Vergleich der Jahre 2009 zu 2005 zurückging.

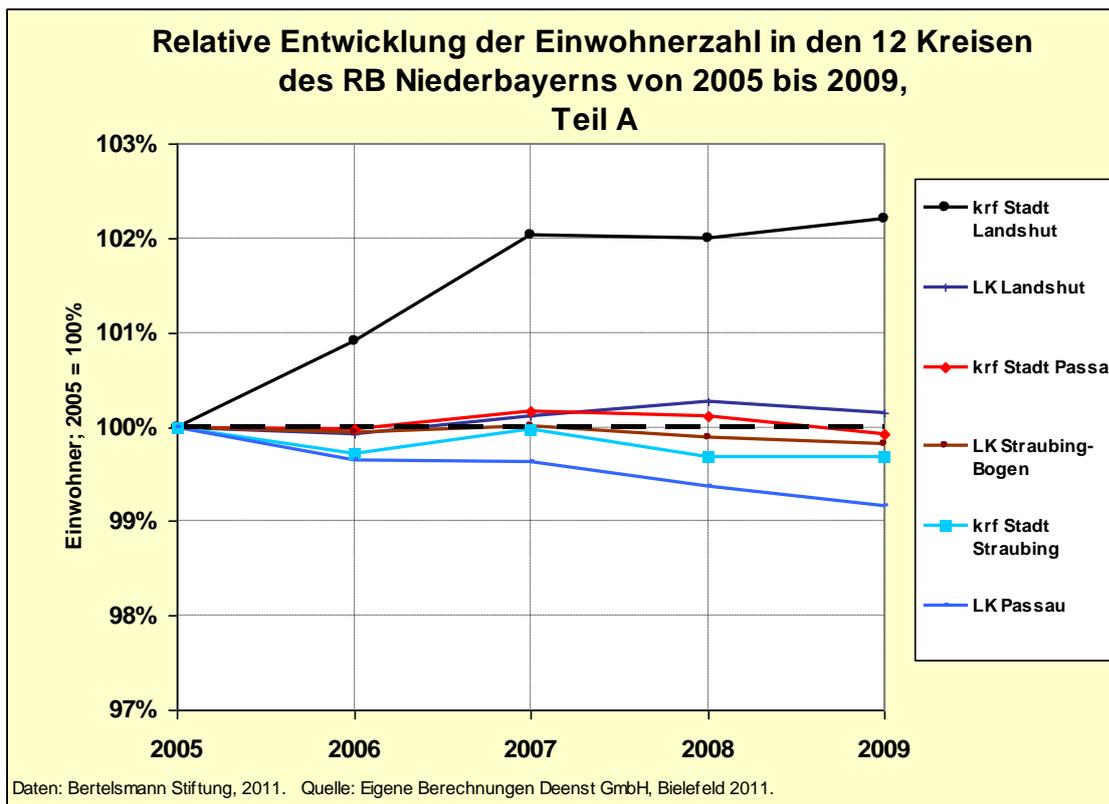


Abbildung 1: Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A

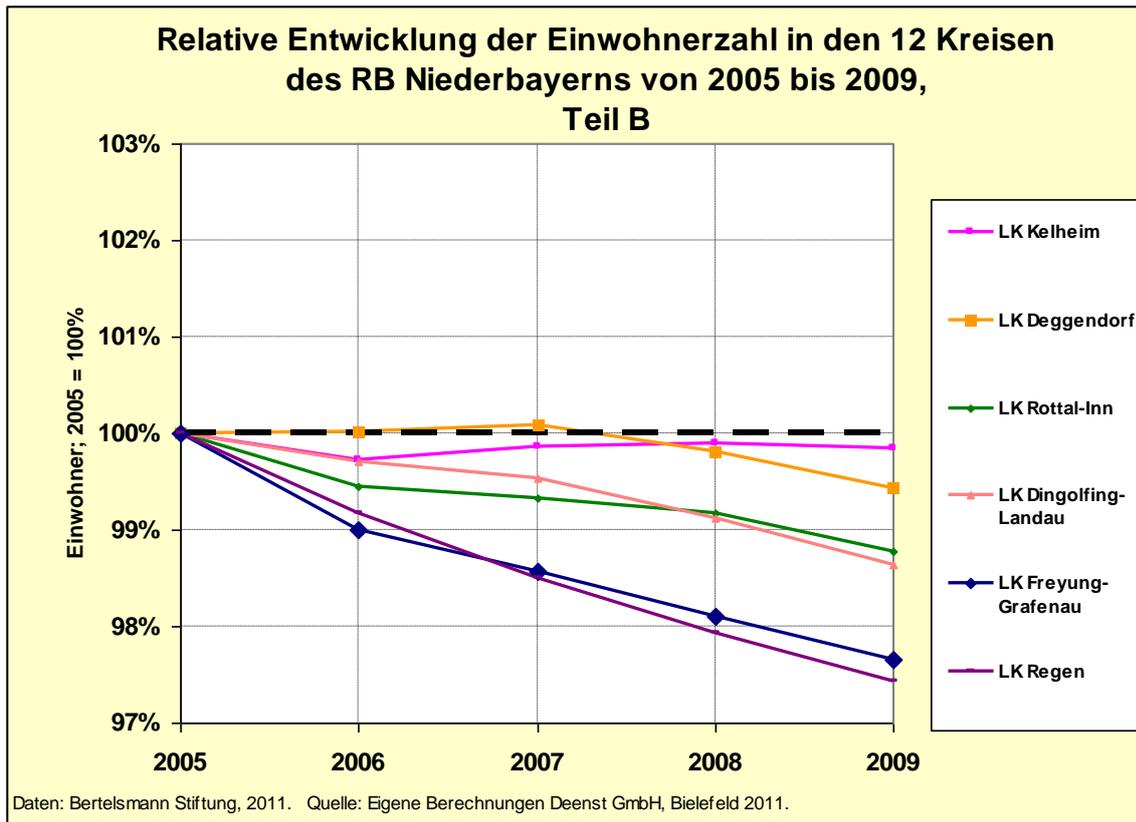


Abbildung 2 Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B

Zudem stieg das Medianalter in allen Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayerns deutlich an, um etwa 0,5 Jahre pro Kalenderjahr. Das Medianalter beschreibt das Alter des „mittleren“ Einwohners, falls alle Einwohner eines Gebiets nach dem Alter „sortiert“ werden, also die Bevölkerung statistisch nach dem Alter in zwei gleich große Hälften geteilt wird. Am höchsten war das Medianalter in der kreisfreien Stadt Straubing. Das niedrigste Medianalter lag für den Landkreis Kelheim vor. Die Steigerung verlief in allen neun Landkreisen fast parallel; in den drei kreisfreien Städten fiel sie etwas geringer aus.

Die Verteilung der Anteile der funktionalen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung für die einzelnen Kreise zeigt, dass im Jahre 2009 in sechs Kreisen der Anteil der 65jährigen und älteren bereits bei 20 Prozent oder mehr lag; im Jahr 2005 traf dies nur für die drei kreisfreien Städte zu. Der Anteil der 45- bis 64jährigen, also der älteren potentiell Erwerbstätigen, hat im Jahr 2009 in allen Kreisen denjenigen der jüngeren potentiell Erwerbstätigen (25 bis 44 Jahre) zumindest erreicht und meist sogar überholt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen (bis 18 Jahre) lag im Jahr 2005 noch in sieben Landkreisen über 20%; er ist bereits im Jahr 2009 deutlich gesunken.

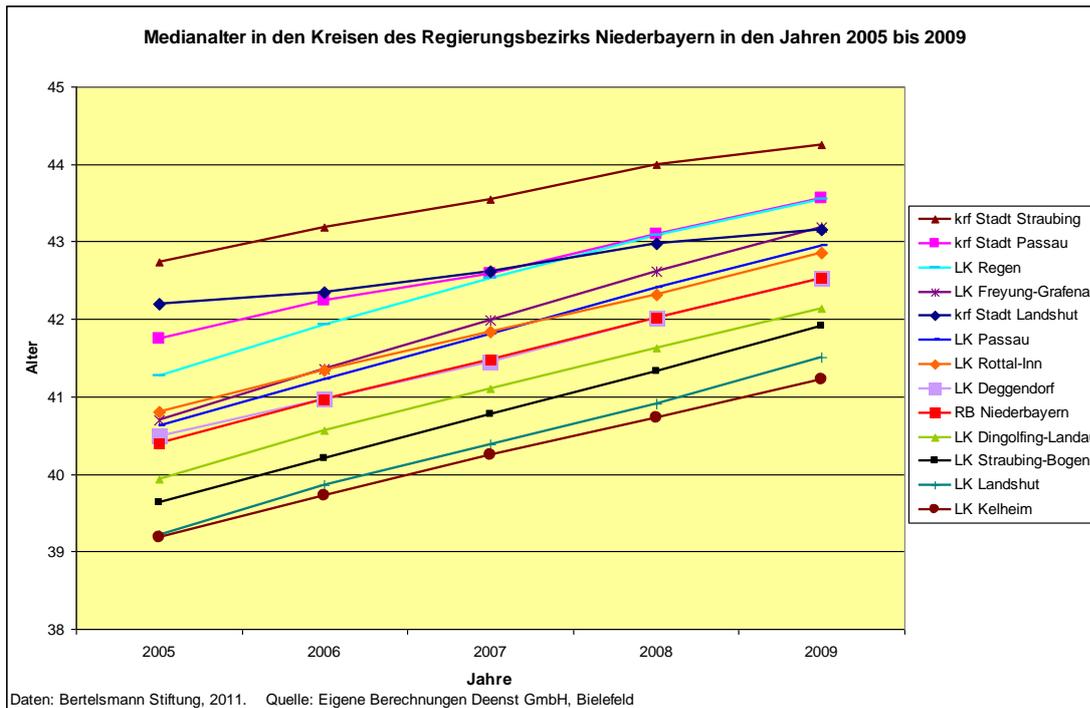


Abbildung 3: Medianalter in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009

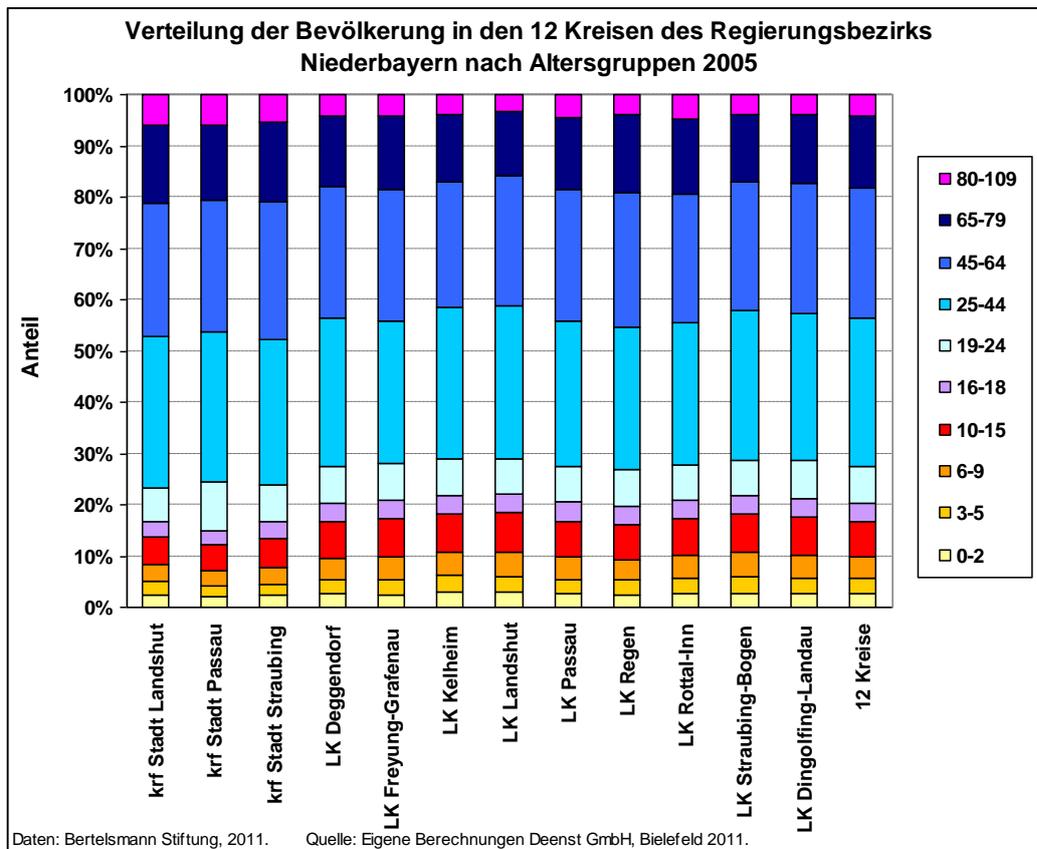


Abbildung 4: Verteilung der Bevölkerung in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern nach Altersgruppen 2005

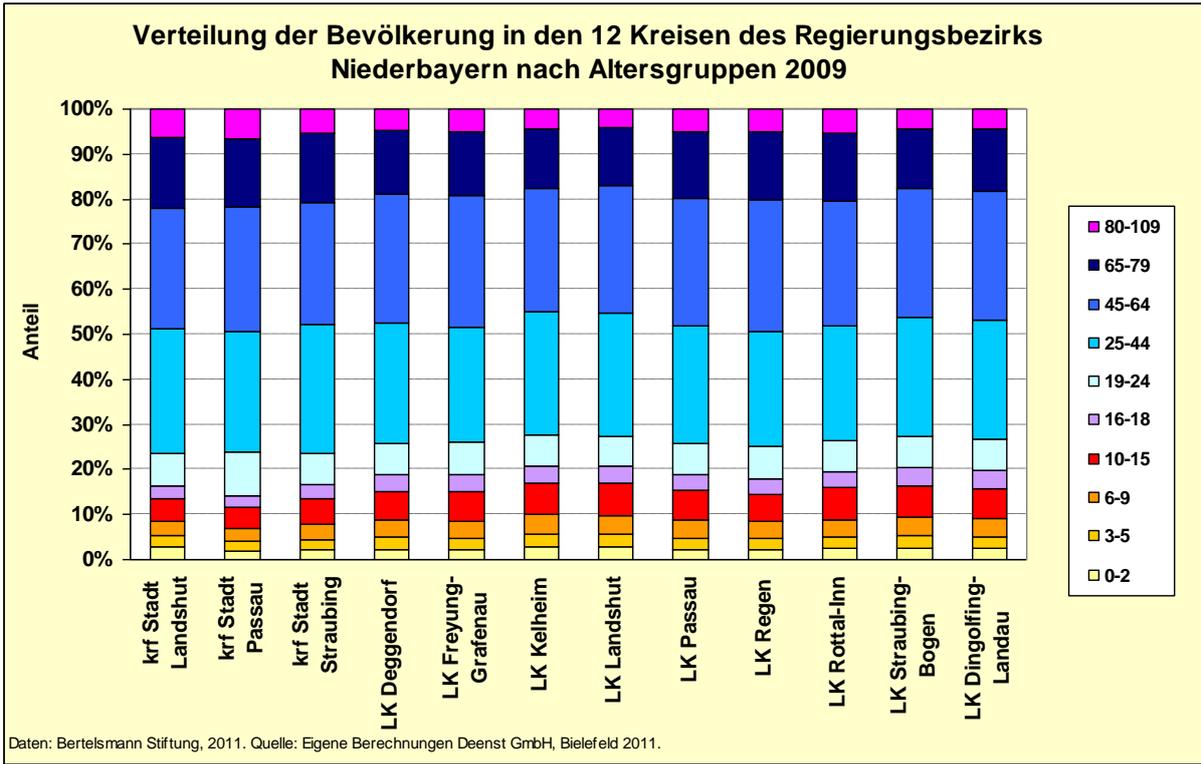


Abbildung 5: Verteilung der Bevölkerung in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern nach Altersgruppen 2009

3.3 Fertilität

In fast allen niederbayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten war in den letzten Jahren ein Rückgang der Geburtenzahl festzustellen. Nur die kreisfreie Stadt Landshut übersteigt in den Jahren 2007 bis 2009 die Geburtenzahl des Jahres 2005. Zwischen den einzelnen Jahren gibt es bei den Fertilitätsraten und Geburtenraten der Kreise und Gemeinden starke Schwankungen, was aber statistisch nicht ungewöhnlich ist.

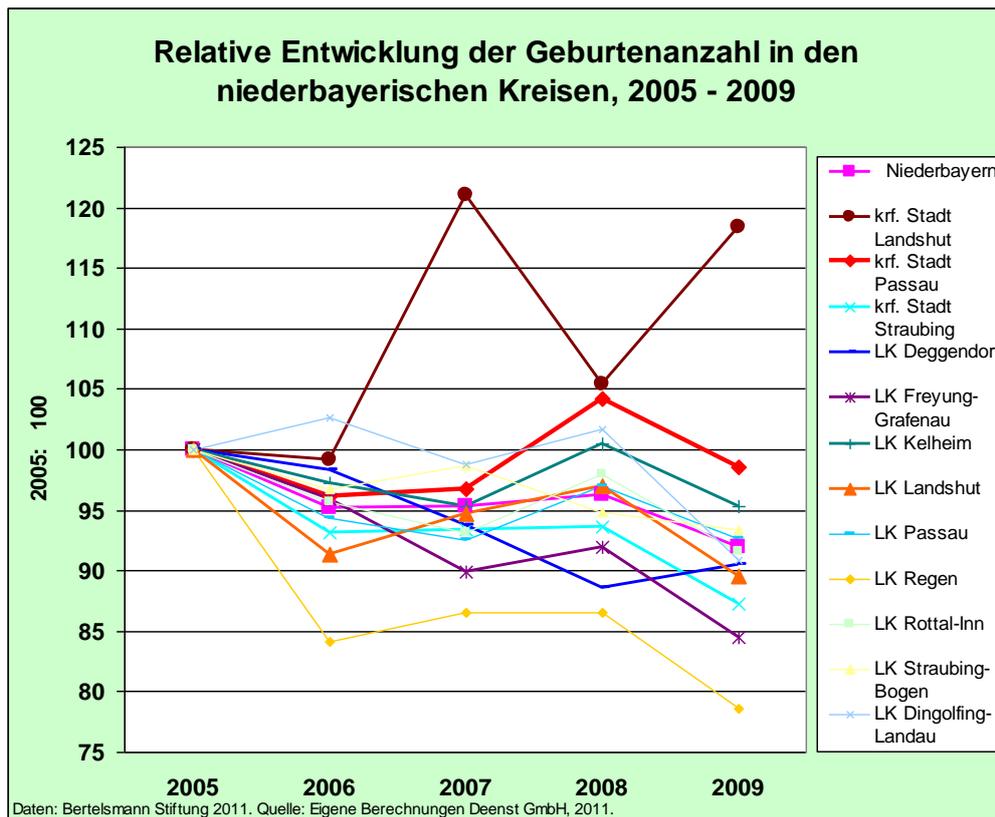


Abbildung 6: Relative Entwicklung der Geburtenanzahl in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009

Die durchschnittliche Geburtenhäufigkeit variiert stark zwischen den einzelnen Kreisen. In der kreisfreien Stadt Passau wurden im Durchschnitt der Jahre 2005-2009 6,6 Geburten auf 1000 Einwohner registriert, im Landkreis Kelheim wird mit 9,0 Geburten je 1.000 Einwohner der höchste Wert erreicht. Der entsprechende Wert für den Regierungsbezirk belief sich auf 8,1 Geburten je 1000 Einwohner und lag damit etwas unter dem deutschen Durchschnitt von 8,3 Geburten je 1.000 Einwohner. Die Zahl für Bayern übertrifft mit 8,5 nur knapp den Bundesdurchschnitt, was vor allem auf den relativ hohen Wert von 9,3 Geburten je 1.000 Einwohner in Oberbayern zurückzuführen ist.

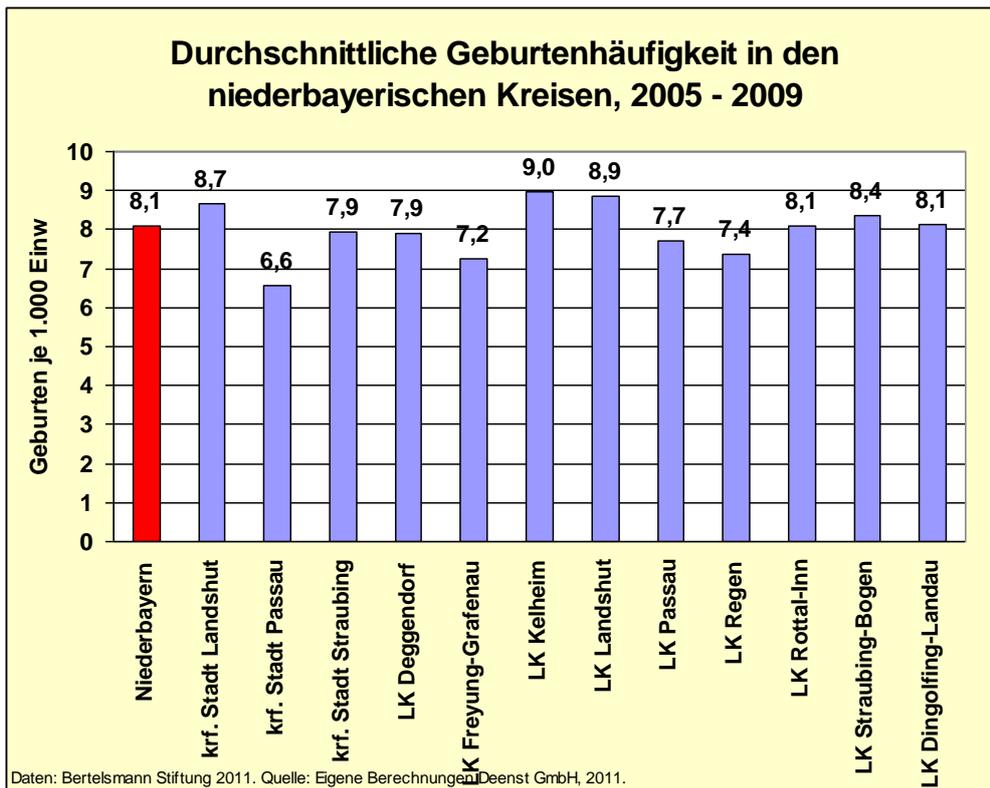


Abbildung 7: Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den niederbayerischen Kreisen, 2005 bis 2009

Die kreisfreie Stadt Passau wies in Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009 die niedrigste zusammengefasste Geburtenrate (TFR) auf. Das arithmetische Mittel der genannten Jahre lag in Passau bei 1,00. Die höchste TFR für die Basisjahre 2005 bis 2009 wurde in den Landkreisen Kelheim und Landshut mit jeweils 1,46 erreicht. Niederbayern insgesamt hatte mit 1,35 dieselbe Geburtenhäufigkeit wie Bayern (1,35) und Deutschland (1,36) in den Jahren 2005 bis 2009.

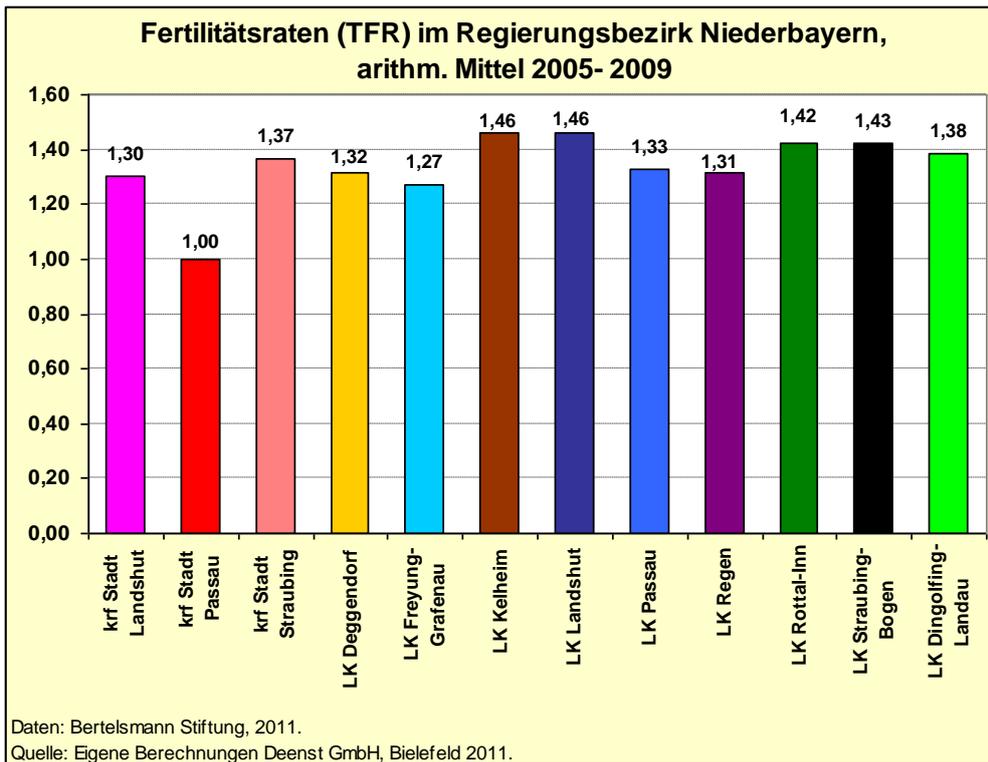


Abbildung 8: Fertilitätsraten (TFR) im Regierungsbezirk Niederbayern, arithmetisches Mittel 2005 bis 2009

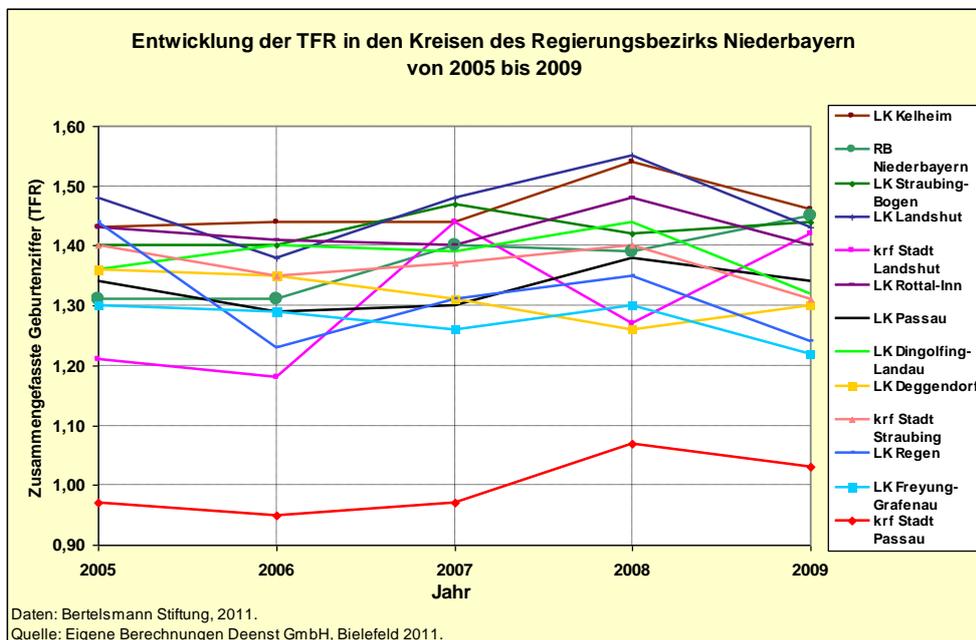


Abbildung 9: Entwicklung der TFR in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009

Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 reichten die Geburtenzahlen nur noch im Landkreis Landshut für einen positiven natürlichen Saldo aus. Dies bedeutet, dass nur im Landkreis Landshut die Zahl der Geburten höher als die der Sterbefälle war. In den anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns übertraf im Durchschnitt der Jahre 2005

bis 2009 die Zahl der Sterbefälle die der Geburten, wobei der Saldo in acht der 12 Kreise jährlich zwischen etwa -200 und -400 lag.

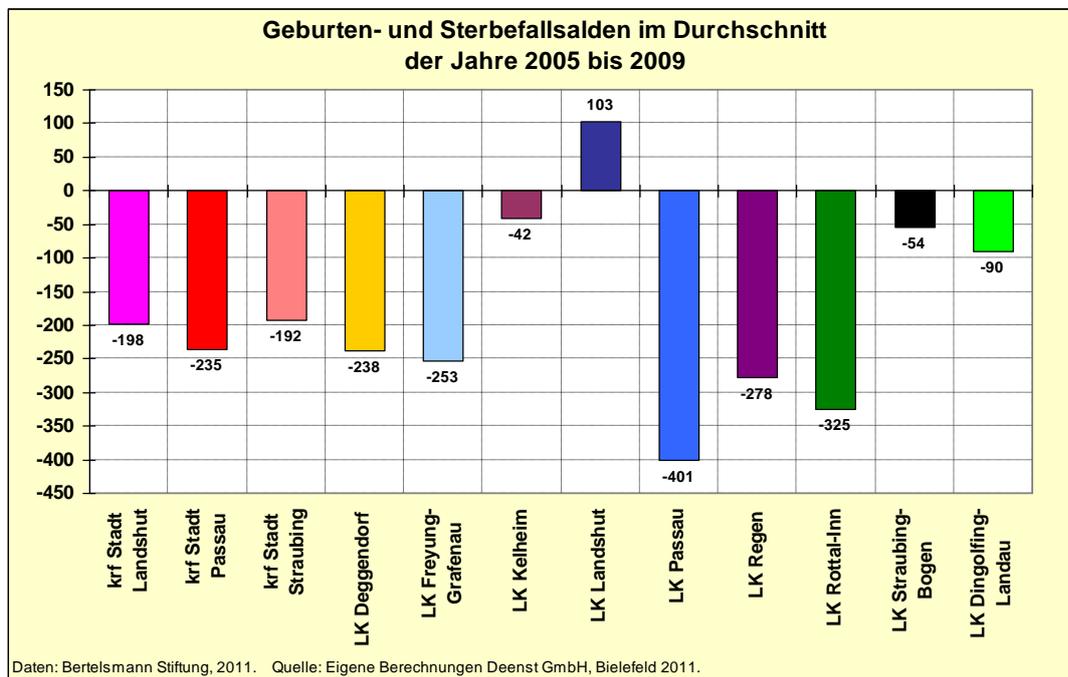


Abbildung 10: Geburten- und Sterbefallsalden im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

Innerhalb des Zeitraums 2005 bis 2009 traten die meisten Sterbefälle und die wenigsten Geburten im Jahr 2009 auf. Der natürliche Saldo (Differenz aus Geburten und Sterbefällen) wurde zunehmend negativ. Die Zahl der Geburten ging im Verlauf der letzten Jahre ziemlich stetig zurück, weil trotz fast konstanter Kinderzahl pro Frau die Zahl der potentiellen Eltern deutlich abnahm.

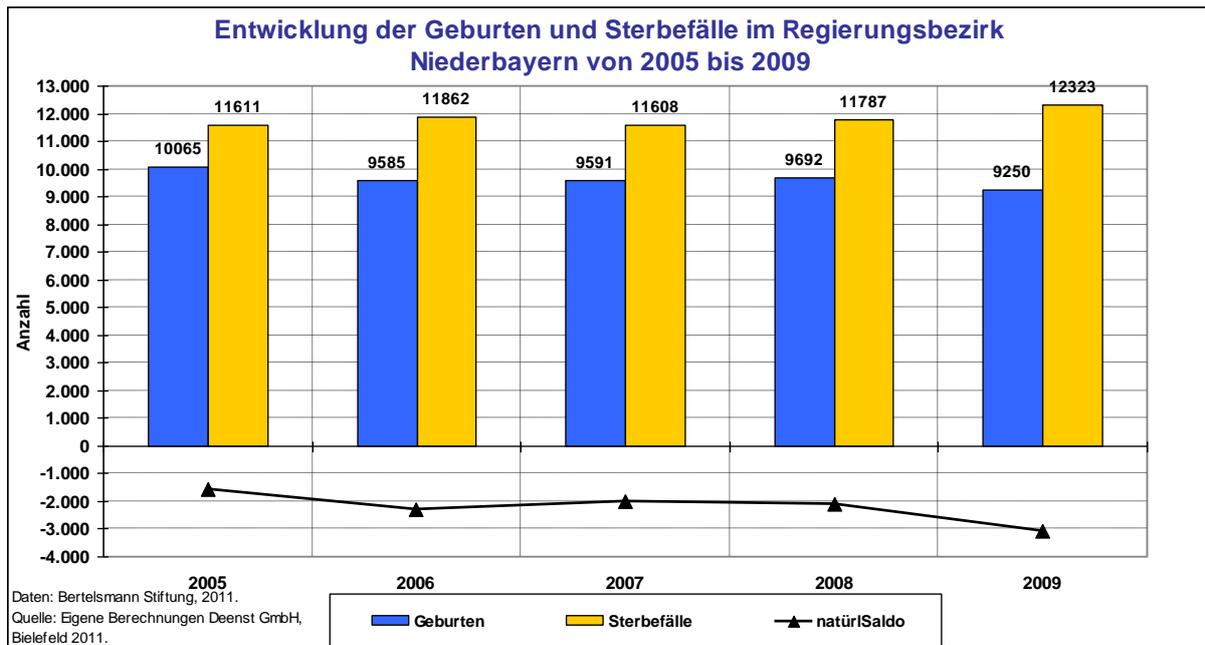


Abbildung 11: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009

Derartige Schaubilder für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte sind im Anhang enthalten.

Aufmerksamkeit verdienen auch die Veränderungen beim Geburtsalter der Frauen. In Niederbayern verschiebt sich ebenso wie in Deutschland insgesamt das durchschnittliche Geburtsalter stetig weiter nach hinten.

Die altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten haben sich in den letzten Jahren weiter auf ein höheres Lebensalter verschoben, ohne dass sich die Gestalt des glockenförmigen Altersprofils wesentlich verändert hätte.

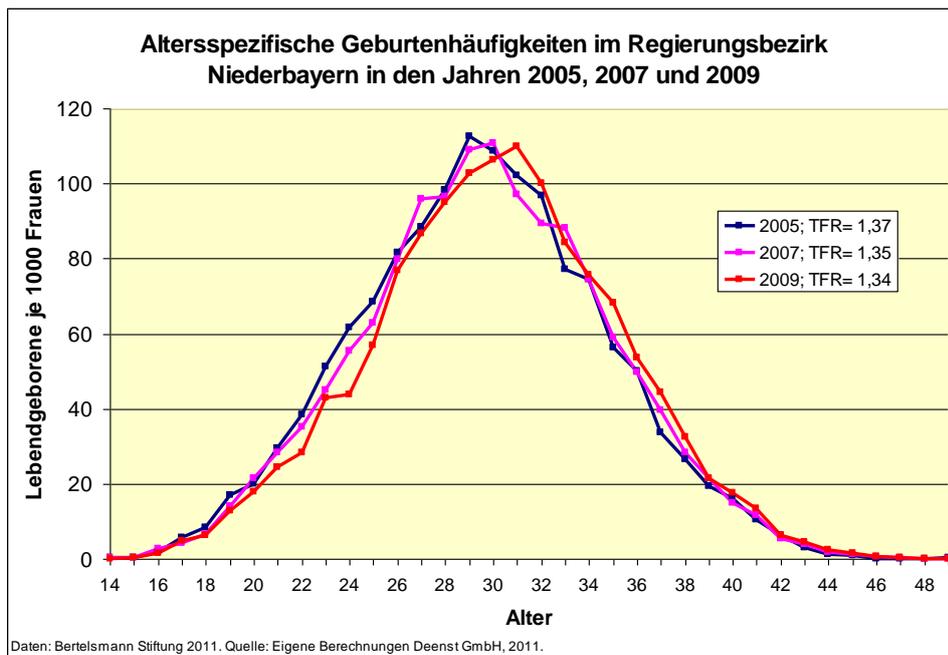


Abbildung 12: Altersspezifische Geburtenhäufigkeiten im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005, 2007 und 2009

Im Vergleich zu den altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten in Deutschland waren die Werte im Regierungsbezirk Niederbayern im Jahr 2009 in den Altersjahren Ende 20 / Anfang 30 signifikant höher. So entfielen bspw. in Niederbayern 110 Lebendgeborene auf 1000 31jährige Frauen; in Deutschland waren es 96.

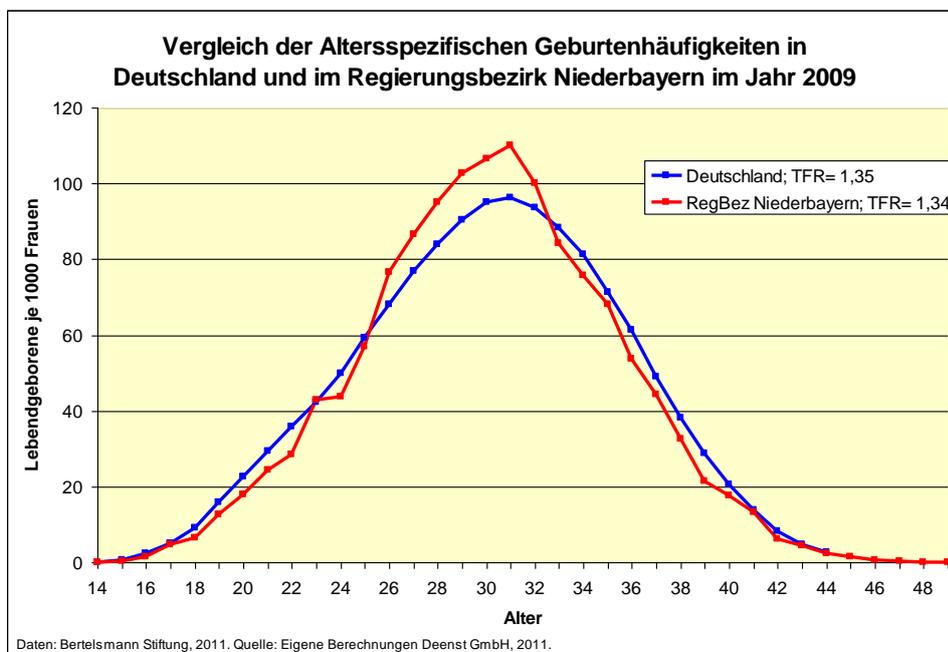


Abbildung 13: Vergleich der Altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten in Deutschland und im Regierungsbezirk Niederbayern im Jahr 2009

Das durchschnittliche Geburtsalter der Frauen stieg im Verlauf der Jahre 2005 bis 2009 um 0,4 Jahre an, also pro Kalenderjahr um 0,1 Altersjahre.

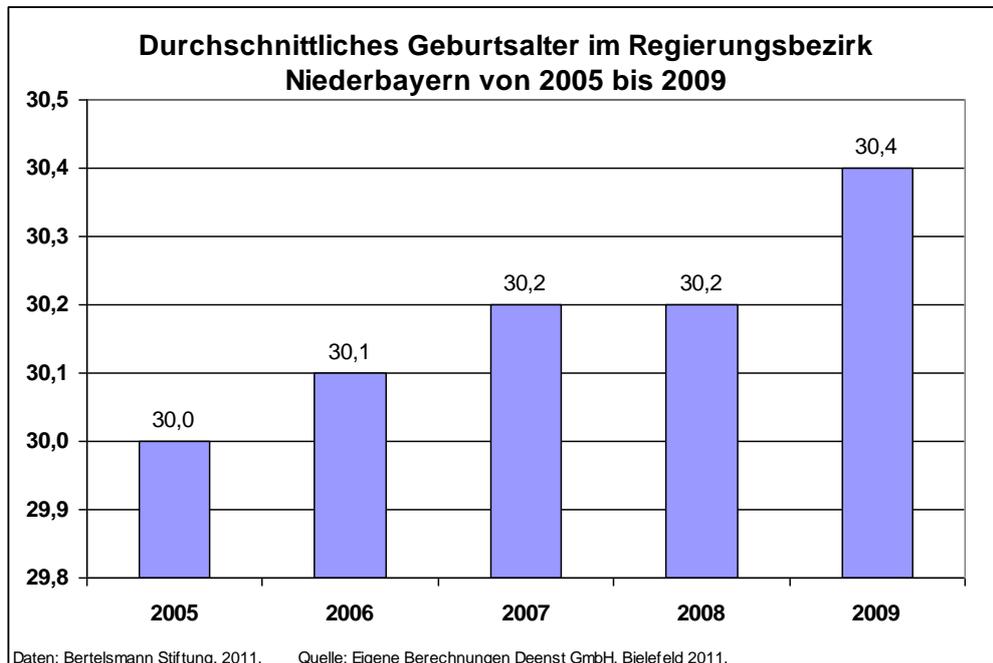


Abbildung 14: Durchschnittliches Geburtsalter im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009

(Anmerkung: Durch die Rundung auf eine Nachkommastelle wirkt die Entwicklung weniger kontinuierlich als sie tatsächlich verläuft.)

Der Landkreis Landshut hatte unter den Kreisen Niederbayerns das höchste Geburtsalter. Im Jahr 2009 lag dieses bei 31,2 Jahren und damit 0,8 Jahre über dem Wert des Regierungsbezirks. Am niedrigsten war das durchschnittliche Geburtsalter in der kreisfreien Stadt Straubing. In den Jahren 2008 und 2009 lag das durchschnittliche Geburtsalter hier sogar unter 29 Jahren und im Jahr 2009 mit einem Alter von 28,9 Jahren 1,5 Jahre unter dem Wert des Regierungsbezirks.

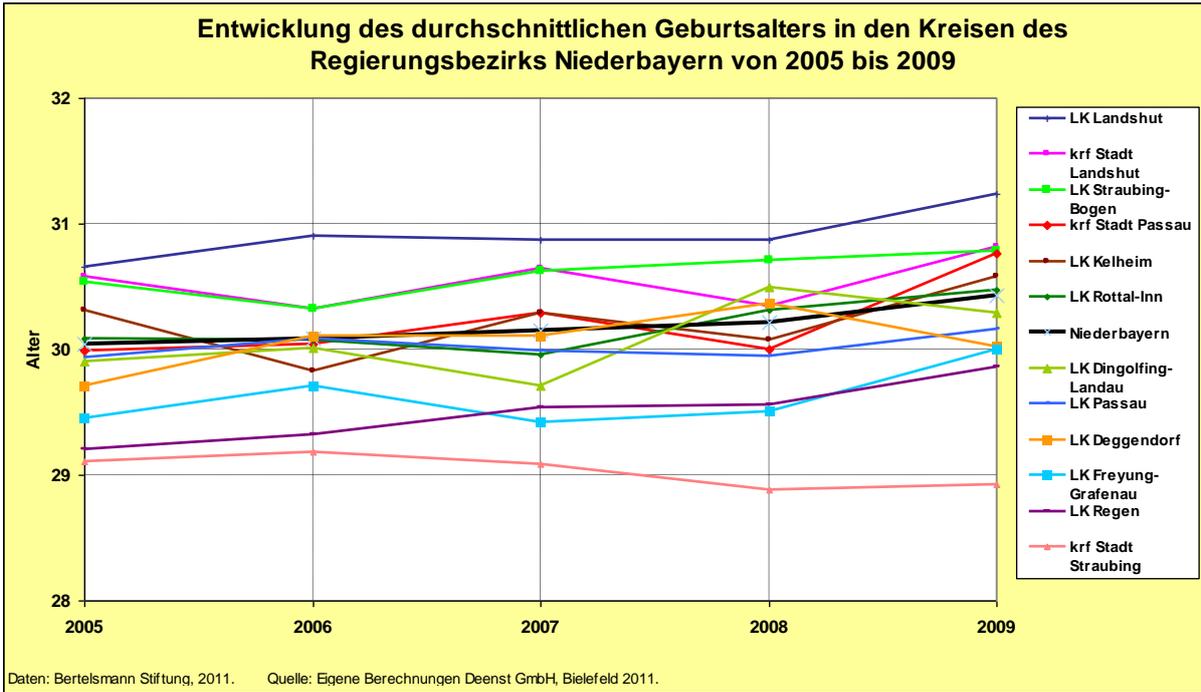


Abbildung 15: Entwicklung des durchschnittlichen Geburtsalters in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009

Im Regierungsbezirk Niederbayern insgesamt betrug das durchschnittliche Geburtsalter 30,4 Jahre, was dem bundesdeutschen Durchschnitt entsprach. Der Wert für Bayern lag mit 31,0 Jahren geringfügig darüber. Dies ist auf den relativ hohen Wert von 31,7 Jahren im Regierungsbezirk Oberbayern zurückzuführen.

3.4 Lebenserwartung

Die Lebenserwartung der Frauen im Regierungsbezirk Niederbayern ist im Landkreis Passau mit 83,5 Jahren am höchsten und in der kreisfreien Stadt Straubing am niedrigsten (80,3 Jahre). Die Zahlen weichen nur unwesentlich vom Durchschnitt für Deutschland insgesamt ab (Sterbetafel 2007/2009, Frauen = 82,5 Jahre).

Kreis/kreisfreie Stadt	Lebenserwartung der Frauen in Jahren im Jahr 2008
krf. Stadt Landshut	81,9
krf. Stadt Passau	81,4
krf. Stadt Straubing	80,3
LK Deggendorf	82,0
LK Freyung-Grafenau	83,1
LK Kelheim	82,0
LK Landshut	83,2
LK Passau	83,5
LK Regen	81,6
LK Rottal-Inn	81,5
LK Straubing-Bogen	81,7
LK Dingolfing-Landau	82,6

Tabelle 2: Lebenserwartung der Frauen in Jahren, im Jahr 2008

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2011

Bei den Männern des Regierungsbezirks ist die Lebenserwartung im Landkreis Landshut mit 78,5 Jahren am höchsten (Bundesdurchschnitt=77,3 Jahre) und in der kreisfreien Stadt Straubing mit 75,2 Jahren am niedrigsten.

Kreis/kreisfreie Stadt	Lebenserwartung der Männer in Jahren im Jahr 2008
krf. Stadt Landshut	76,4
krf. Stadt Passau	76,3
krf. Stadt Straubing	75,2
LK Deggendorf	77,1
LK Freyung-Grafenau	76,5
LK Kelheim	78,0
LK Landshut	78,5
LK Passau	77,7
LK Regen	75,6
LK Rottal-Inn	76,8
LK Straubing-Bogen	77,8
LK Dingolfing-Landau	77,3

Tabelle 3: Lebenserwartung der Männer in Jahren, im Jahr 2008

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2011

3.5 Elternjahrgänge

Von großer Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung sind die Elternjahrgänge, also die Altersgruppe der 23- bis 36jährigen. Diese 14 Altersjahrgänge sind diejenigen mit den höchsten altersspezifischen Geburtenwahrscheinlichkeiten. In Deutschland bekommen pro Jahr mehr als 5 von 100 Frauen aus jedem dieser 14 Altersjahrgänge ein Kind. Von allen Geburten in den Jahren 2005 bis 2009 entfielen mehr als 76 % auf Mütter der Altersgruppe 23 bis 36. Aus dieser Altersgruppe rekrutiert sich daher der größte Teil der potentiellen neuen Eltern.

Der Anteil der Elternjahrgänge an der Gesamtbevölkerung ging schon in den Jahren 2005 bis 2009 deutlich zurück. Während der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung bspw. im Regierungsbezirk Niederbayern im Jahr 2005 noch bei 17,4% lag, betrug er im Jahr 2009 nur noch 16,0%. Auch in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns ging der Anteil in diesen Jahren zurück. Die höchsten Anteile haben die kreisfreien Städte, in denen im Jahr 2005 noch Werte zwischen 18,3% und 19,2% erreicht wurden. Dagegen wiesen die Landkreise nur Werte unter 18% auf. Für die kreisfreien Städte lag der Anteil der Elternjahrgänge an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2009 zwischen 17,3% und 18,5%. Bei den Landkreisen ging der Anteil auf Werte von unter 16,3% zurück. Demnach besteht in Bayern regional ein erhebliches Stadt-Land-Gefälle bei der Verteilung dieser für die künftige Geburtenzahl wichtigen Altersgruppe.

In absoluten Zahlen ausgedrückt hat die Anzahl der 23- bis 36jährigen in Niederbayern von 208.500 im Jahr 2005 auf 189.600 im Jahr 2009 abgenommen. Das entspricht einem Rückgang um fast 19.000 bzw. um 9,1% in nur 4 Jahren. Im Jahr 2030 werden in Niederbayern voraussichtlich nur noch 162.000 Personen leben, die diesen 14 Altersjahrgängen angehören. Dies bedeutet einen Rückgang der Zahl potentieller Eltern von 46.500 bzw. 22% gegenüber 2005. Bei gleich bleibender Geburtenrate (Kinderzahl pro Frau) hat dies eine gravierende negative Auswirkung auf die künftige Entwicklung der Geburtenzahl.

Der Grund für den Rückgang der Elternjahrgänge liegt zum einen in den rückläufigen Geburtenzahlen der letzten Jahrzehnte. Zum anderen führt die „Bildungswanderung“ junger Menschen zu einer relativen Konzentration der Elternjahrgänge in städtischen Regionen. Durch die Abwanderung potentieller Eltern werden sich künftig der Bevölkerungsrückgang und die Alterung in den ländlichen Räumen erheblich verstärken. Dort werden die jetzt schon abnehmenden Geburtenzahlen und die fortgesetzte Bildungsabwanderung nach dem Jahr 2025 zu einem weiteren starken Rückgang der Elternjahrgänge führen.

Es ist für die betroffenen Städte und Gemeinden daher wichtig, gerade die jungen Menschen zu halten oder zur Rückkehr zu bewegen. Sonst werden Bevölkerungsrückgang und

Alterung noch schneller voranschreiten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lebensumfeldes, zur Verbesserung des Angebots an attraktiven Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen, sowie der Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur besonders wichtig.

3.6 Frauenerwerbsquote

Die niedrigste Frauenerwerbsquote unter den Kreisen in Niederbayern hatte im Jahr 2009 die kreisfreie Stadt Passau mit 41,6%.¹

Die höchsten Werte erreichten die Landkreise Landshut und Dingolfing-Landau mit je 51,4%.

Damit lagen alle 12 Kreise in Niederbayern unter dem bayerischen Durchschnittswert von 51,8% für die Erwerbsbeteiligung der Frauen. Das Statistische Bundesamt kommt zu dem Ergebnis, dass die Frauenerwerbsquote in Bayern etwa 2 Prozentpunkte höher ist als im Bund, wendet allerdings eine etwas andere Zählweise an.²

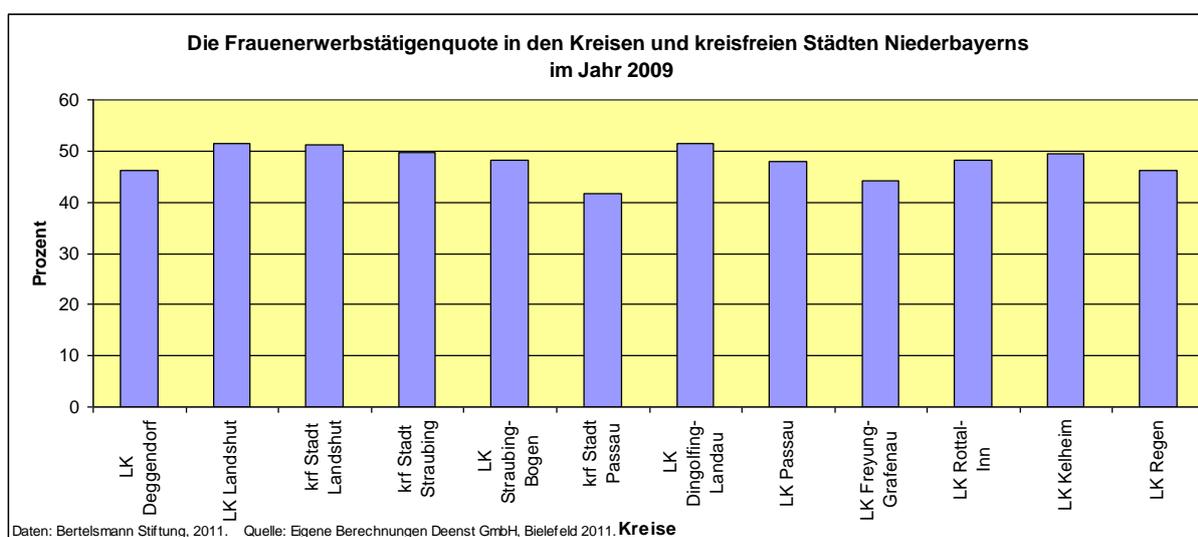


Abbildung 16: Die Frauenerwerbstätigenquote in den Kreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns im Jahr 2009

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten war die Frauenerwerbsquote im Jahr 2009 höher als im Jahr 2003. Wie sich die Frauenerwerbsquote in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten in den Jahren 2003 bis 2009 entwickelte, kann dem folgenden Schaubild entnommen werden. Der Einfluss der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftsentwicklung ist dort an den nach oben gerichteten Kurvenästen ablesbar.

¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de>

² Vgl. Statistisches Bundesamt, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 4, Ausgabe 2009

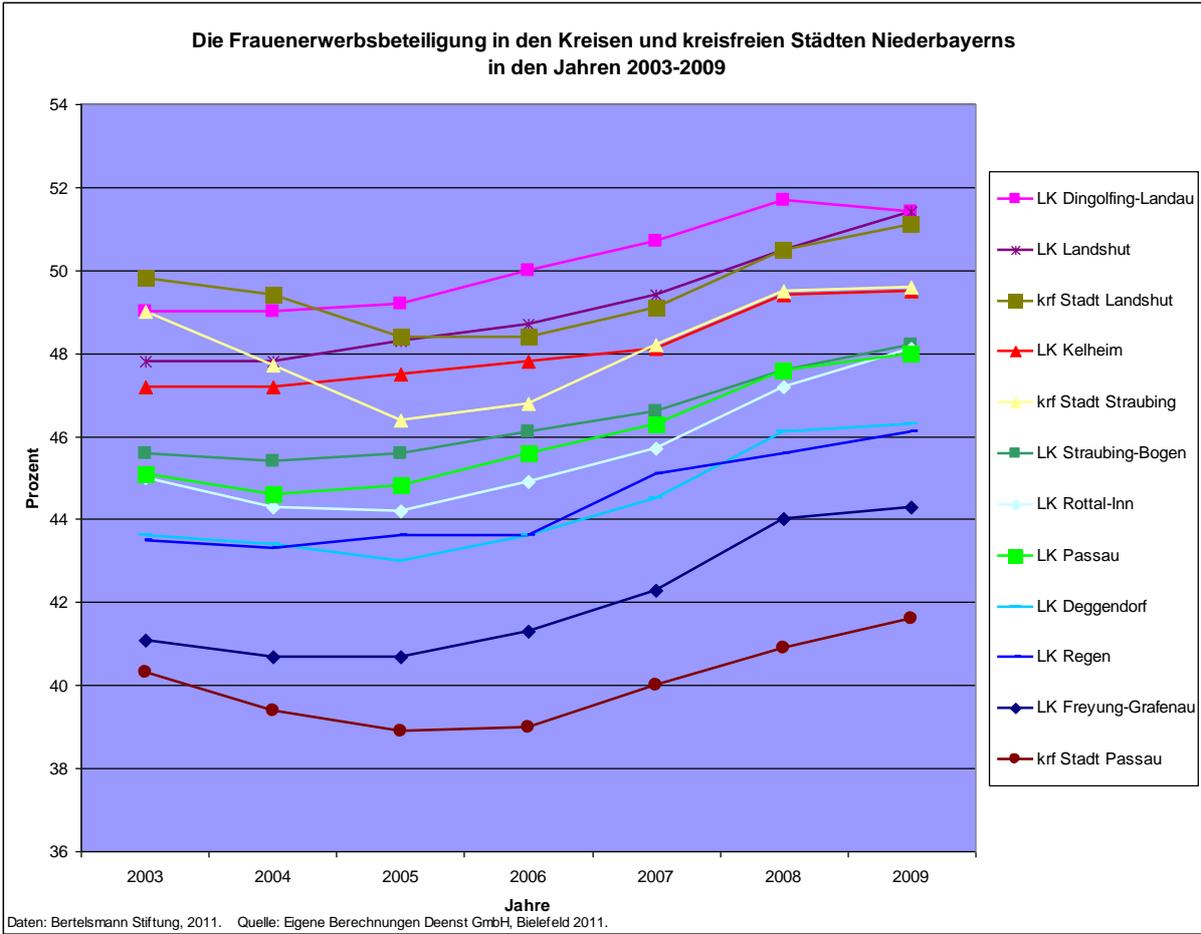


Abbildung 17: Die Frauenerwerbsbeteiligung in den Kreisen und kreisfreien Städten Niederbayerns in den Jahren 2003 bis 2009

3.7 Betreuung der Kinder im Alter von unter drei Jahren

Die Betreuungsquote für die unter 3jährigen Kinder fällt in der kreisfreien Stadt Passau am höchsten aus. Dort steht für 34,8% der unter 3jährigen Kinder ein Krippenplatz oder ein Platz in der Tagespflege zur Verfügung. Die kreisfreie Stadt Landshut erreicht noch einen Prozentsatz von 21,1% bei der Betreuung von unter 3jährigen Kindern. Die Landkreise schneiden deutlich schlechter ab. So liegt die Betreuungsquote der unter 3jährigen nur in einem Landkreis bei über 17%.

Betreuungsquote der unter 3jährigen						
	Anzahl Kinder U 3	Plätze in Krippen	Versorgungsquote Krippenplätze	U 3 Kinder in Tagespflege	betreute U 3 Kinder in Tagespflege, Kindertageseinrichtungen	Betreuungsquote U 3 Kinder insgesamt
kreisfreie Stadt						
Landshut	1.652	188	11,4%	30	348	21,1%
Passau	997	63	6,3%	12	347	34,8%
Straubing	991	38	3,8%	21	176	17,8%
Landkreis						
Deggendorf	2.804	29	1,0%	49	404	14,4%
Dingolfing-Landau	2.203	36	1,6%	21	371	16,8%
Freyung-Grafenau	1.680	0	0	15	384	22,9%
Kelheim	3.000	181	6,6%	58	421	14,0%
Landshut	3.866	542	14,0%	47	597	15,5%
Passau	4.721	481	10,2%	29	719	15,2%
Regen	1.780	153	8,6%	24	223	12,3%
Rottal-Inn	2.911	55	1,9%	22	447	15,4%
Straubing-Bogen	2.483	194	7,8%	37	338	13,6%

Tabelle 4: Betreuungquote der unter 3jährigen

Quelle: aktuelle eigene Angaben der Kreise

3.8 Bildungsabschlüsse

Für den Regierungsbezirk Niederbayern liegen keine systematischen Daten vor. Für die einzelnen Kreise können trotzdem folgende Ergebnisse ermittelt werden.

So schwankte der Anteil der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife im Jahr 2009 zwischen 9,5% und 48,4%. Von den Schulabgängern erreichten 35,3 % bis 50,2% einen Realschulabschluss, beim Hauptschulabschluss waren es zwischen 10,0 % und 33,2 %.

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten ging der Anteil der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss von 2004 bis 2009 um 5 bis 8 Prozentpunkte zurück, in etwa demselben Ausmaß nahm der Anteil der Abschlüsse mit (Fach-)Hochschulreife zu.

Tabellen für alle Kreise befinden sich im Anhang

3.9 Erwerbstätige

Betrachtet werden vier Altersgruppen, aus deren Entwicklung erkennbar wird, zu welchen Konsequenzen und Herausforderungen der demographische Wandel führt:

- **Altersgruppe 16- bis 18jährige**
 - o In diesem Alter finden erste Berufsausbildungen sowie Berufsfachschulbesuche statt.
 - o Diese Altersgruppe hat große Bedeutung für die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots.
- **Altersgruppe 19- bis 24jährige**
 - o In diesem Alter finden Berufsausbildung, Meisterschule, Studium etc. statt.
 - o Diese Altersgruppe hat große Bedeutung für die künftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots.
- **Altersgruppe 25- bis 44jährige (jüngere potentiell Erwerbstätige)**
 - o In dieser Gruppe befinden sich viele Berufseinsteiger.
 - o Bisher galten die Angehörigen dieser Gruppe in einigen Unternehmen als (fast) alleinige Leistungsträger.
 - o Auf diese Gruppe konzentrierten sich bisher betriebliche Weiterbildungen.
 - o Aus dieser Gruppe wird der Fach- und Führungskräftenachwuchs rekrutiert.
- **Altersgruppe 45- bis 64jährige (ältere potentiell Erwerbstätige)**
 - o In dieser Gruppe sind vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit viel Berufserfahrung und dadurch erworbenem Wissen; nicht alle von ihnen hatten in den letzten Jahren Gelegenheit zu aktuellen Weiterbildungen.
 - o Zuwachs in der Gruppe kennzeichnet die statistisch „alternden“ Belegschaften.
 - o Statistische Alterung geht nicht zwingend einher mit Abnahme der Leistungsfähigkeit; Arbeitsfelder sind aber – vor allem bei starker körperlicher Arbeitsbelastung – zu überprüfen und ggf. umzugestalten.

Der zu erwartende Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland ist vor allem demographisch verursacht als Folge vieler schwacher Geburtenjahrgänge und konstant niedriger Geburtenzahlen. Diese Entwicklung steht bei der folgenden Betrachtung im Vordergrund und wird in den kommenden Jahren – regional sehr unterschiedlich ausgeprägt – deutlich spürbar. Grundsätzlich ist die Entwicklung und Qualifikation der Fachkräfte aber auch vor dem Hintergrund bildungspolitischer Entscheidungen in Vergangenheit und Zukunft zu beleuchten. Ebenso muss Berücksichtigung finden, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte in Konkurrenz zu anderen Ländern steht – sowohl bezogen auf

attraktive Arbeitsplätze im Ausland, als auch bezogen auf Möglichkeiten, ausländische Fachkräfte am deutschen Arbeitsmarkt zu etablieren.

Der Anteil der 16- bis 18jährigen veränderte sich im Betrachtungszeitraum (2005 bis 2009) im Regierungsbezirk Niederbayern kaum. So stieg der entsprechende Anteil von 3,6% im Jahr 2005 auf 3,7% im Jahr 2007 um dann bis zum Jahr 2009 wieder auf den Ausgangswert von 3,6% zu fallen.

Im Regierungsbezirk Niederbayern blieb auch der Anteil der 19- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2005 bis 2009 fast konstant bei 7,1%, und auch in den Kreisen des Regierungsbezirks traten nur leichte und zumeist positive Veränderungen bei dem Anteil der 19- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung auf.

Hingegen kam es zu einem deutlichen Rückgang beim Anteil der 25- bis 44jährigen an der Gesamtbevölkerung. Betrug der Anteil im Jahr 2005 noch 28,8%, sank er bis zum Jahr 2009 auf 26,4% im Regierungsbezirk Niederbayern. Auch in allen Kreisen des Regierungsbezirks fiel der Anteil der 25- bis 44jährigen an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2005 zu 2009 deutlich.

Eine andere Entwicklung liegt bei den 45- bis 64jährigen vor. Im Regierungsbezirk Niederbayern stieg ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 25,5% auf 28,3% in den Jahren 2005 bis 2009. Ebenso verhielt es sich in den Kreisen des Regierungsbezirks; in allen Kreisen kam es zu einem Anstieg des Anteils der 45- bis 64jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Seit 2008 ist also der Anteil der beiden älteren Altersjahrzehnte der potentiell Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung höher als der Anteil der 25- bis 44jährigen.

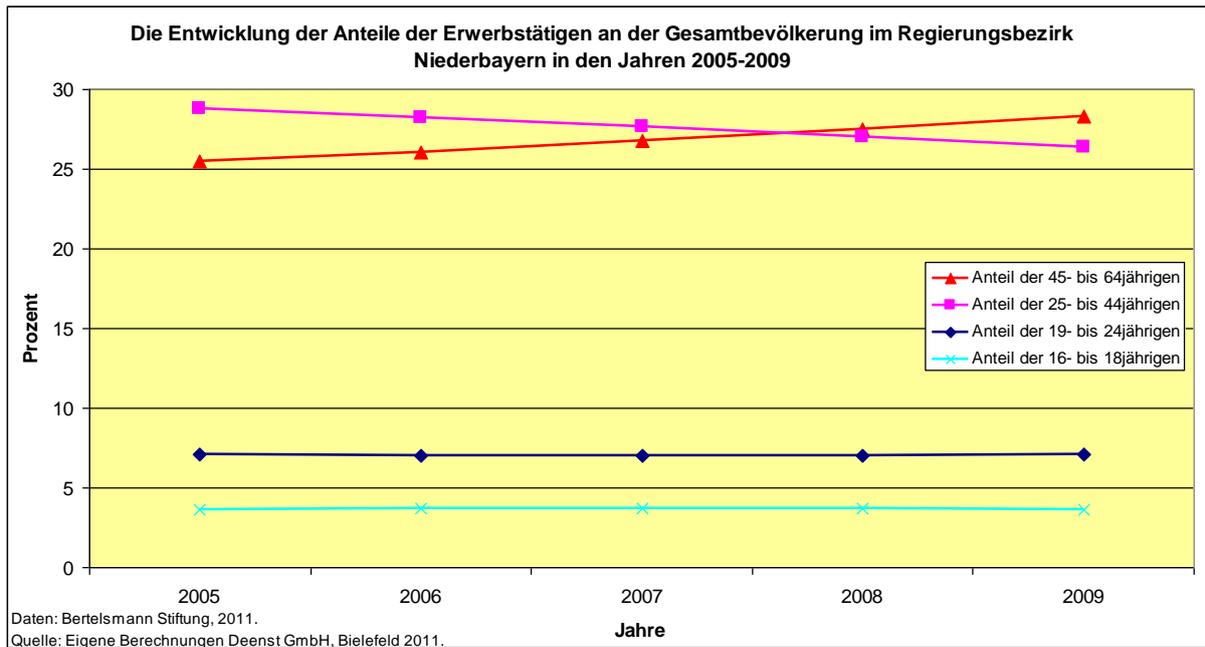


Abbildung 18: Die Entwicklung der Anteile der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Regierungsbezirk Niederbayern in den Jahren 2005 bis 2009

In absoluten Zahlen ergab sich von 2005 bis 2009 folgende Entwicklung für die Altersgruppen der potentiellen Erwerbspersonen:

	16-18 J.	19-24 J.	25-44 J.	45-64 J.	Summe
2005	43000	84700	344800	304800	777400
2006	43900	83500	336800	310500	774800
2007	44100	83500	330500	319200	777300
2008	43800	83500	321900	327800	777000
2009	42700	84800	313600	336300	777400

Tabelle 5: Absolute Zahlen der potentiell Erwerbstätigen in Niederbayern nach Altersgruppen, 2005 bis 2009

Es traten also in den letzten Jahren nur deutliche Verschiebungen der Anteile zwischen den einzelnen Altersgruppen auf, aber keine Veränderung der Gesamtzahl. Diese wird sich in den nächsten Jahren erheblich verändern, wie im Kap. 6.4.2. näher dargelegt wird.

3.10 Berufspendler

Für die Pendler wird die Definition der Bundesagentur für Arbeit übernommen, wonach Personen, die ihre Wohngemeinde verlassen, um in einer anderen Gemeinde einer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen, als Auspendler gelten. Einpendler sind Personen, die aus Perspektive der Zielgemeinde in eben dieser einer Arbeit oder Ausbildung nachgehen, jedoch in einer anderen Gemeinde wohnen.

In den kreisfreien Städten Landshut, Passau und Straubing wie auch im Landkreis Dingolfing-Landau und (gering) im Landkreis Deggendorf gibt es mehr Einpendler als Auspendler. In allen anderen sieben Landkreisen des Regierungsbezirks Niederbayerns ist der Pendlersaldo im Jahr 2010 deutlich negativ ausgefallen. Aus allen Gemeinden Niederbayerns zusammen pendeln ca. 299.800 Erwerbstätige aus, aber nur ca. 267.800 ein. Über alle Kreisgrenzen in Niederbayern pendeln insgesamt etwa 147.800 Arbeitnehmer ein und 179.800 Arbeitnehmer aus. Auf Regierungsebene wird die Anzahl der 38.500 Einpendler von den 70.500 Auspendlern deutlich übertroffen. Die Angaben für alle drei Ebenen führen zu einem einheitlichen Auspendlerüberschuss aus Niederbayern von 32.000. Die Auspendlerraten einzelner Gemeinden in Niederbayern erreichen bis zu 97% (der dort wohnenden Erwerbstätigen; in einer Gemeinde im LK Dingolfing-Landau), die Einpendlerquoten bis zu 89% (der am Zielort Erwerbstätigen).

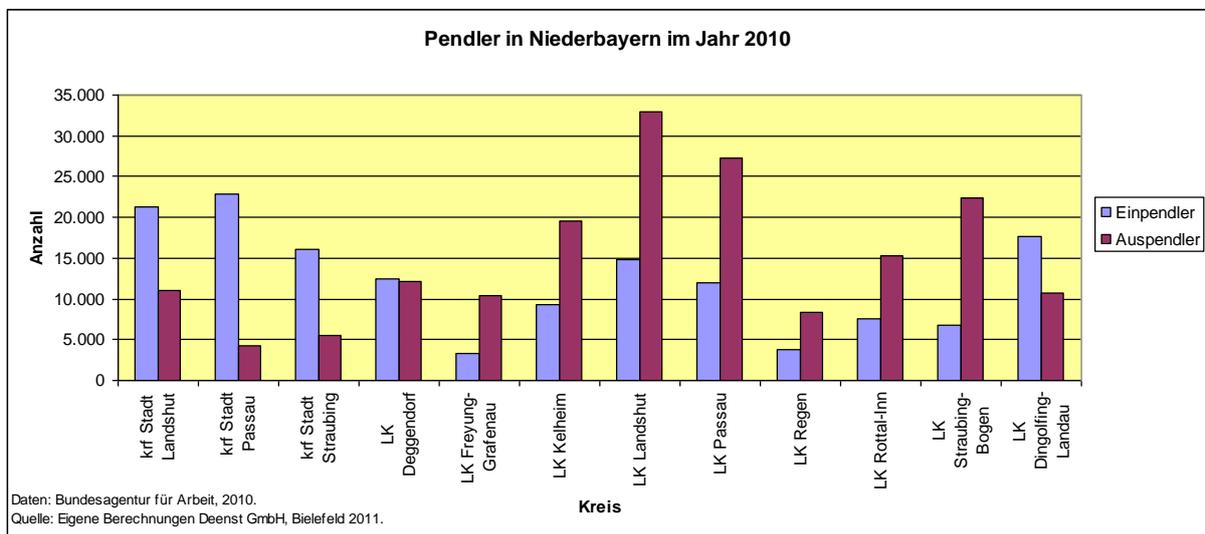


Abbildung 19: Pendler in den Kreisen in Niederbayern im Jahr 2010

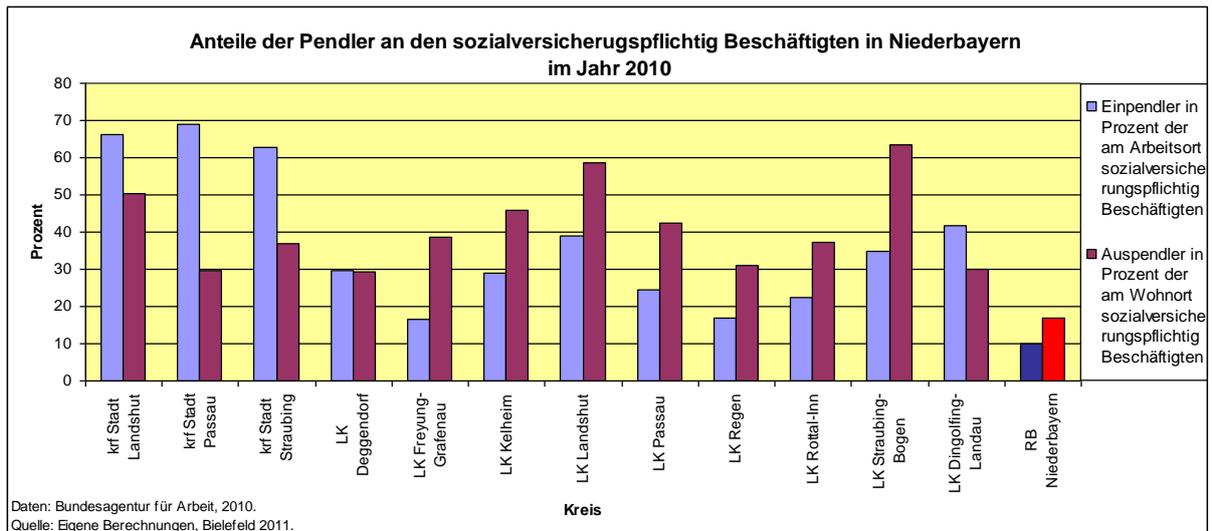


Abbildung 20: Anteile der Pendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niederbayern im Jahr 2010

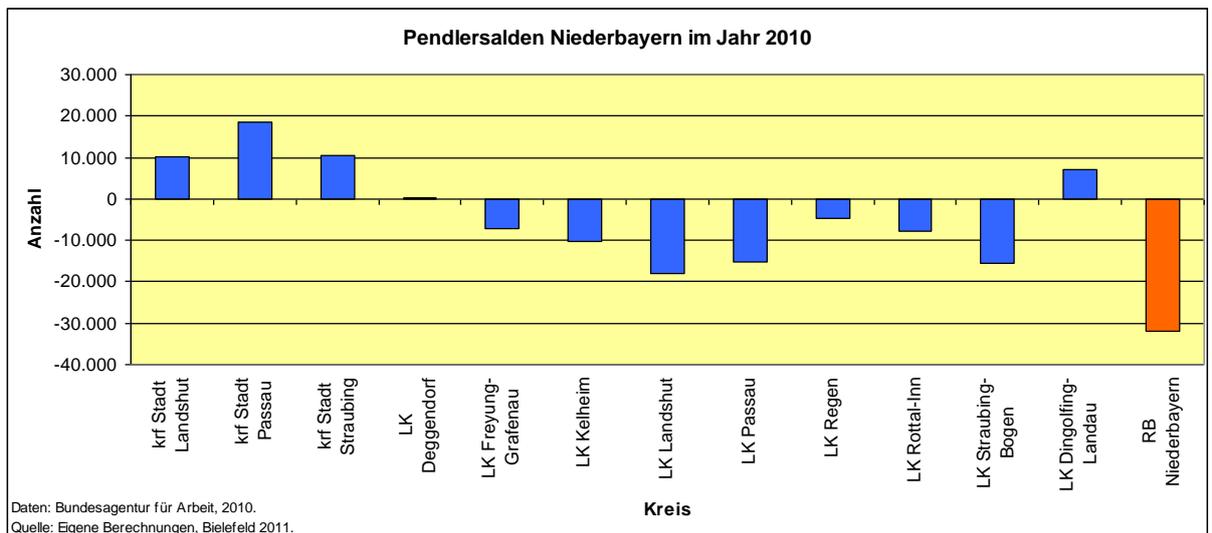


Abbildung 21: Pendlersalden in den Kreisen in Niederbayern im Jahr 2010

Es ist nicht verwunderlich, dass in den kreisfreien Städten mit ihren hohen Einpendlerüberschüssen die Einpendler sehr hohe Anteile an der erwerbstätigen Bevölkerung und an der Bevölkerung insgesamt erreichen. In zwei dieser drei Städte ist die Anzahl der Einpendler etwa genau so hoch wie die der am Ort wohnenden Erwerbstätigen, in Passau sogar noch deutlich höher.

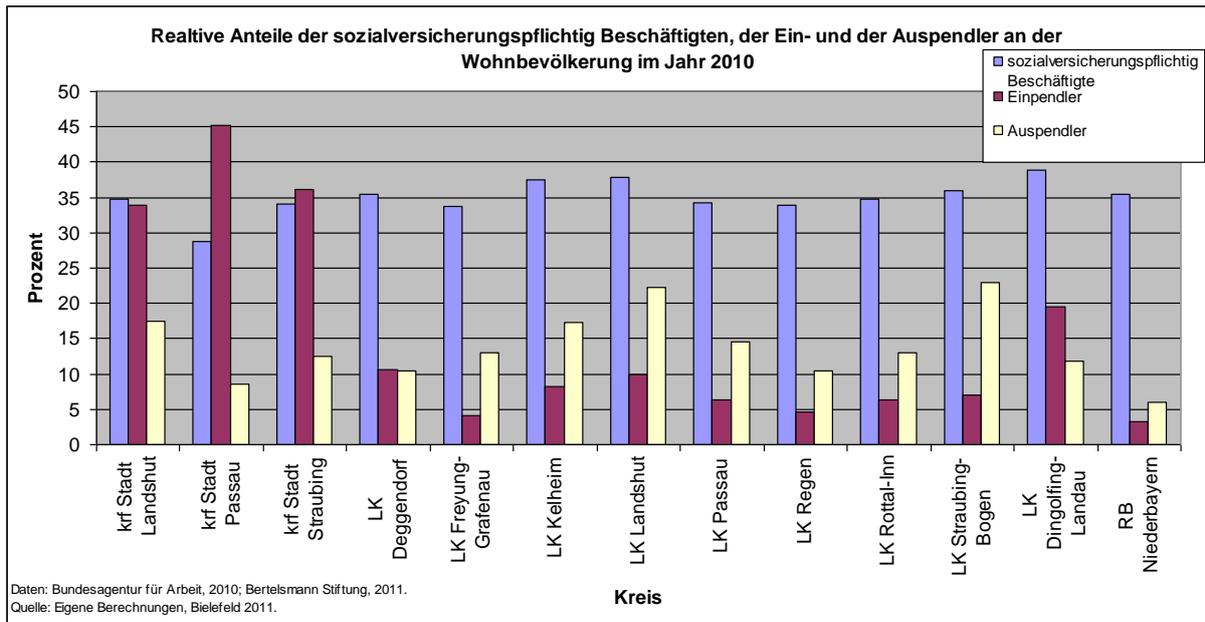


Abbildung 22: Relative Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Ein- und der Auspendler an der Wohnbevölkerung im Jahr 2010

3.11 Wanderungen

Der Wanderungssaldo ist in neun der 12 Kreise Niederbayerns positiv; dies bedeutet, dass es in diesen Kreisen mehr Zuzüge als Fortzüge gibt. Ausnahmen bilden hier der Landkreis Freyung-Grafenau, der Landkreis Regen und der Landkreis Dingolfing-Landau. In diesen drei Landkreisen überwogen die Fortzüge.

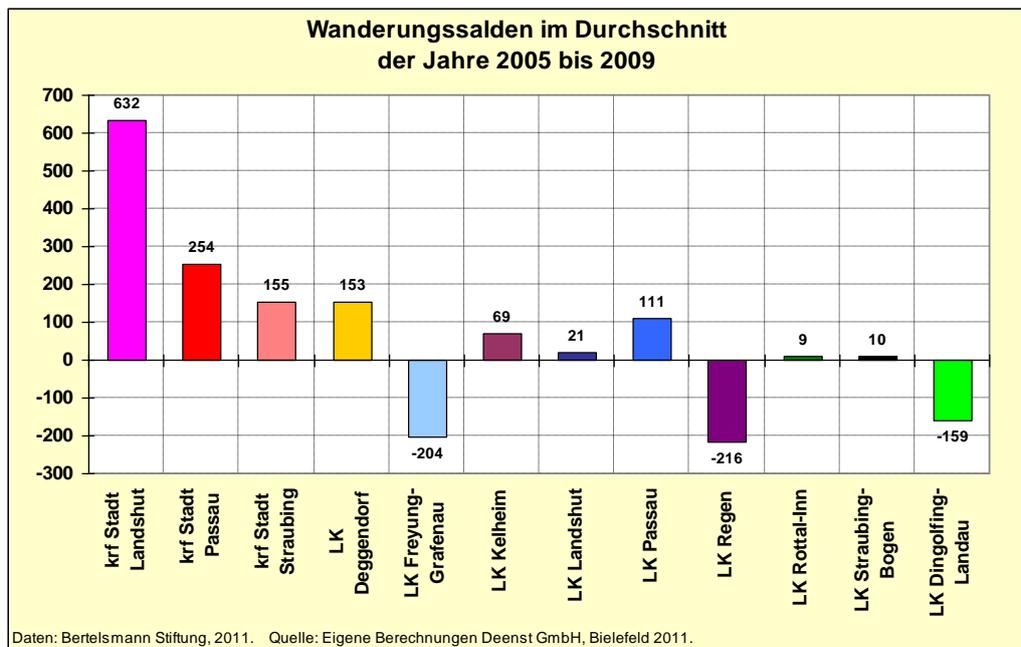


Abbildung 23: Wanderungssalden im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009

Der Verlauf der Zuzüge in den letzten Jahren war in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich. In jedem der fünf Kalenderjahre erreichte mindestens einer der Kreise seinen Maximalwert bei den Zuzügen; gleiches gilt für die Minimalwerte.

Ebenso gibt es bei der Anzahl der Fortzüge kein einheitliches Bild in der Entwicklung von 2005 bis 2009. Allerdings ist der Anteil der Fortzüge an der Bestandsbevölkerung in diesem Zeitraum in vier Kreisen deutlich angestiegen und nur in zwei Kreisen gesunken.

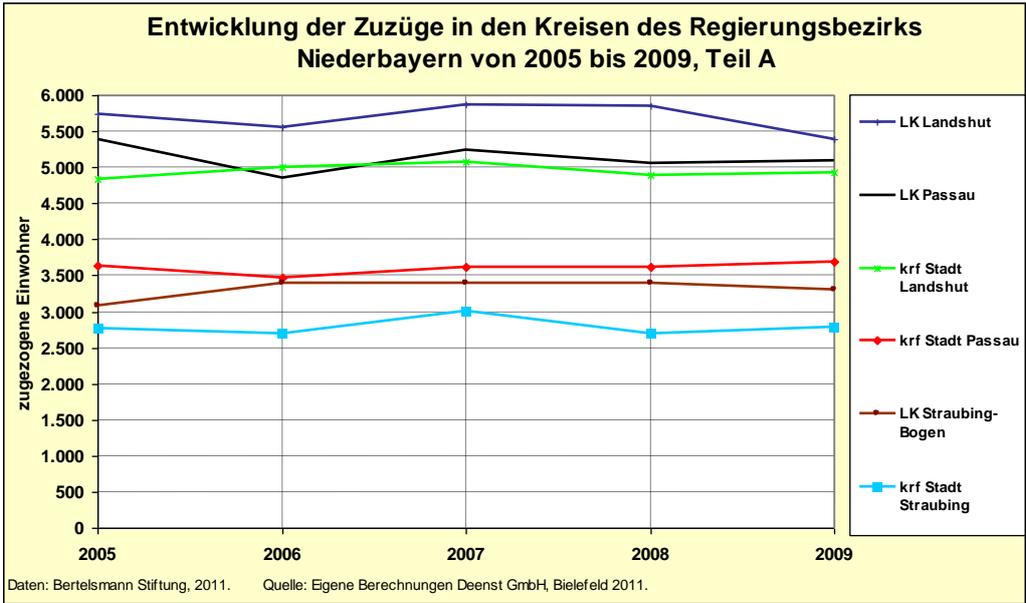


Abbildung 24: Entwicklung der Zuzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A

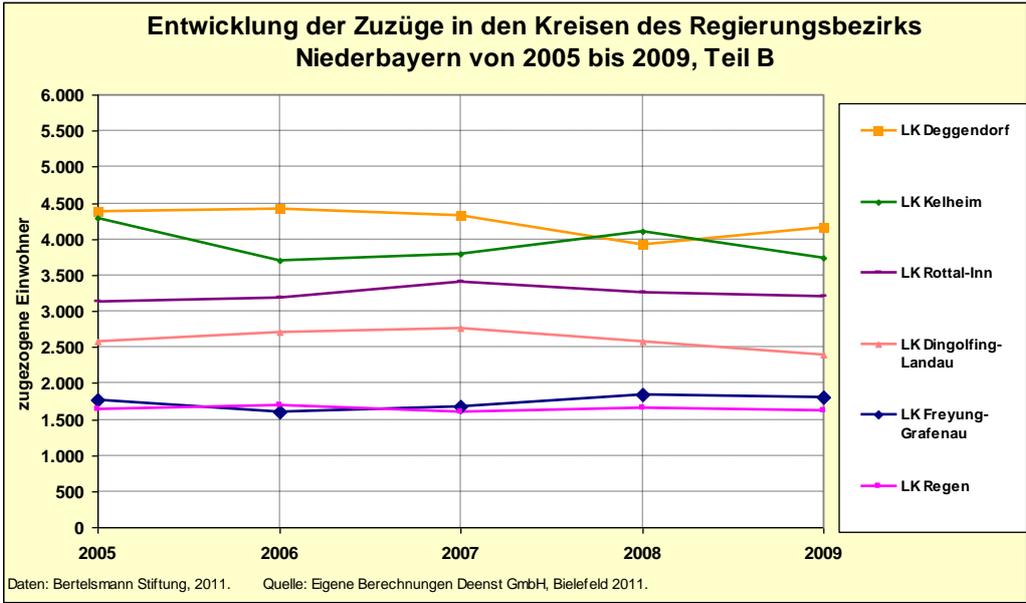


Abbildung 25: Entwicklung der Zuzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B

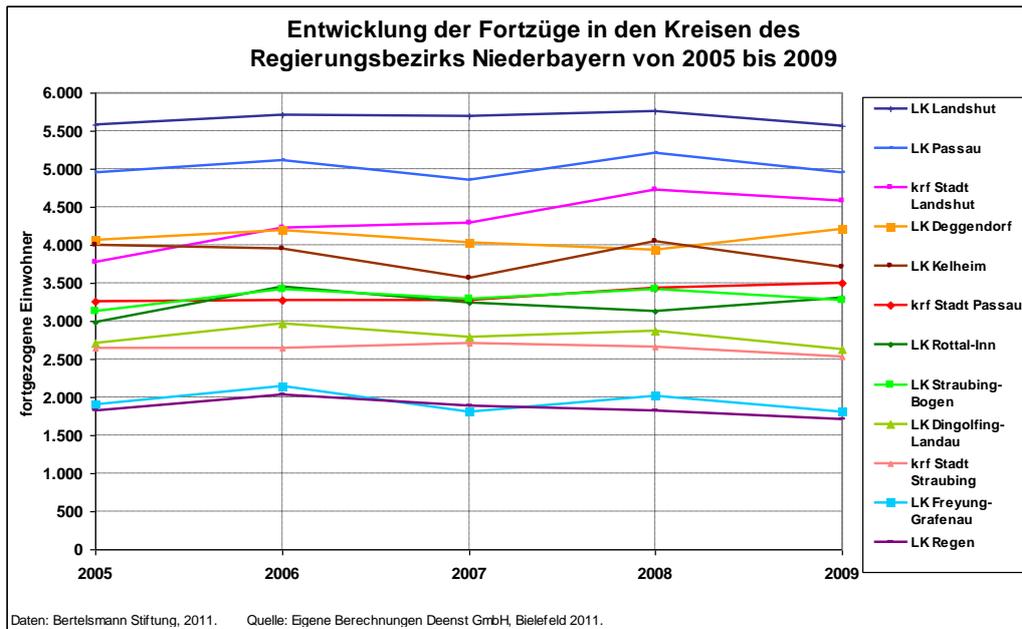


Abbildung 26: Entwicklung der Fortzüge in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009

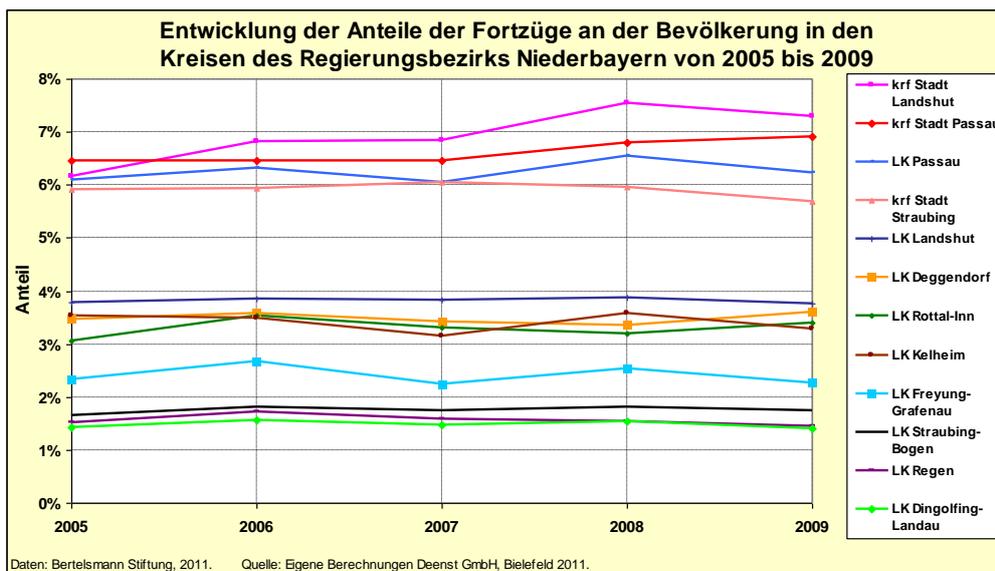


Abbildung 27: Entwicklung der Anteile der Fortzüge an der Bevölkerung in den Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009

Für den gesamten Regierungsbezirk Niederbayern waren die Wanderungssalden für die Jahre 2005 bis 2009 zumeist positiv. Dies bedeutet, dass mehr Personen in den Regierungsbezirk Niederbayern zuzogen als aus ihm wegzogen. Eine Ausnahme bestand in den Jahren 2006 und 2008, in denen der Wanderungssaldo -866 bzw. -125 betrug. Die Zahlen der Zu- und Fortzüge schwanken leicht über den Basiszeitraum, so gab es die relativ meisten Zuzüge im Jahr 2007 und die relativ meisten Fortzüge im Jahr 2008. In den Jahren 2008 und 2009 kann die Anzahl der registrierten Fortzüge allerdings durch die Einführung der Steuer-

ID beeinflusst worden sein. Viele Fortzüge sind möglicherweise erst in diesen beiden Jahren registriert worden, obwohl sie bereits in früheren Jahren stattgefunden haben.

Ein Schaubild dieser Art befindet sich für alle Landkreise und kreisfreien Städte im Anhang.

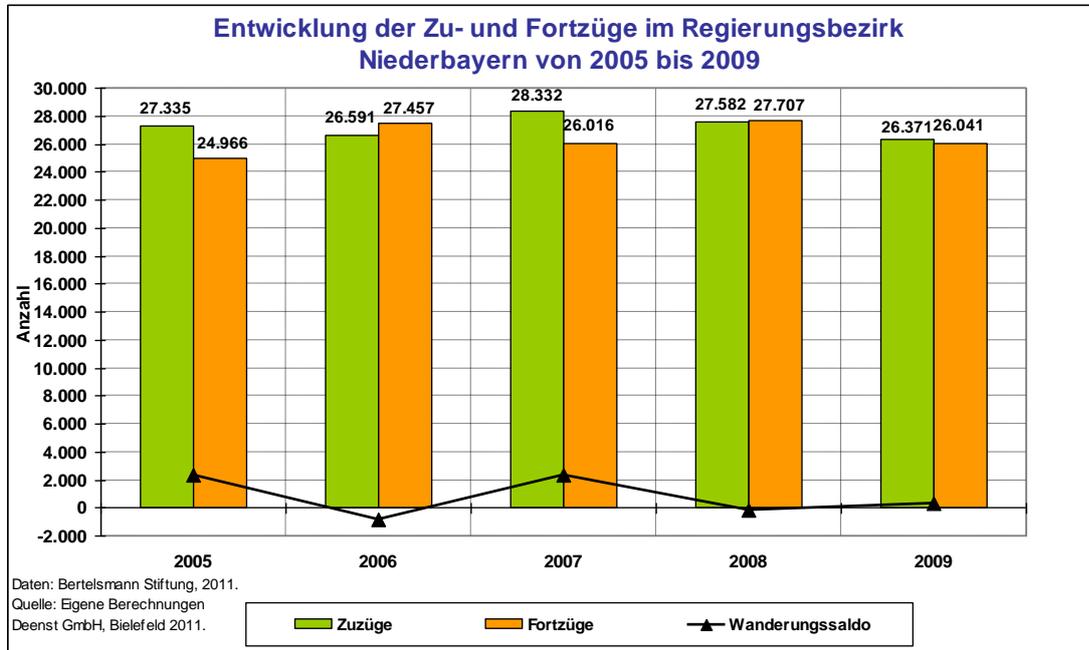


Abbildung 28: Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Niederbayern von 2005 bis 2009

Wanderungsbewegungen sind sehr wichtig für die kurz- und mittelfristige Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden. Das folgende Schaubild zeigt, dass die Anzahl der Wanderungen deutlich die natürlichen Bewegungen (Geburten und Sterbefälle) übertrifft. Dies gilt umso mehr, je kleinräumiger die betrachtete Ebene ist. Denn Umzüge über kürzere Entfernungen bedeuten häufig zwar auch einen Umzug über Gemeindegrenzen hinweg, ohne dass dadurch die Kreisgrenze oder gar die Grenze des Regierungsbezirks überschritten wird.

Auch diese Schaubilder für die einzelnen Kreise befinden sich im Anhang.

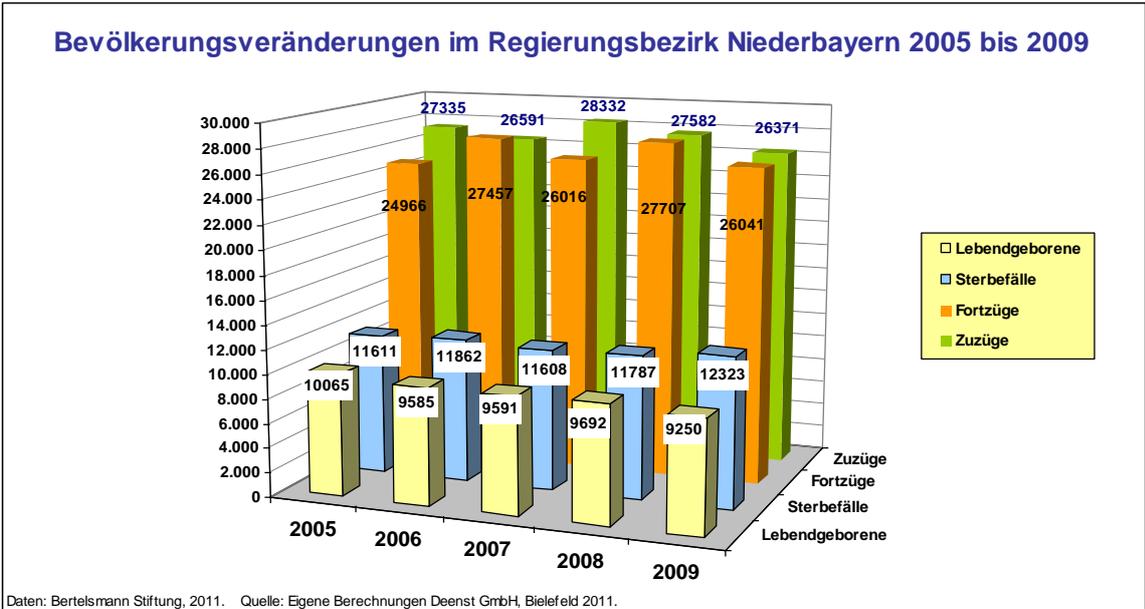


Abbildung 29: Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Niederbayern 2005 bis 2009

3.12 Wanderungsanalysen nach Geschlecht und Alter

Bei den altersspezifischen Wanderungssalden für den gesamten Regierungsbezirk Niederbayern im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 fällt auf, dass für die Altersjahrgänge der 21- bis 31jährigen negative Wanderungssalden vorhanden sind. Bei den Männern sind die Wanderungssalden der 19- bis 31jährigen negativ, während bei den Frauen die Wanderungssalden zwischen einem Alter von 21 und 29 im negativen Bereich liegen. Die Wanderungssalden der über 31jährigen sind hingegen positiv.

Dies zeigt, dass im Rahmen der „Bildungsmigration“ mehr junge Einwohner Niederbayern verlassen als zuziehen, trotz der in Niederbayern vorhandenen Hochschulen. Bei den Wanderungen in den Altersgruppen der Erwerbstätigen und der Senioren gibt es dagegen Wanderungsüberschüsse. Allerdings ist zu beachten, dass sich diese Wanderungsstatistiken nur auf die Hauptwohnsitze beziehen (s. Kap. 3.13).

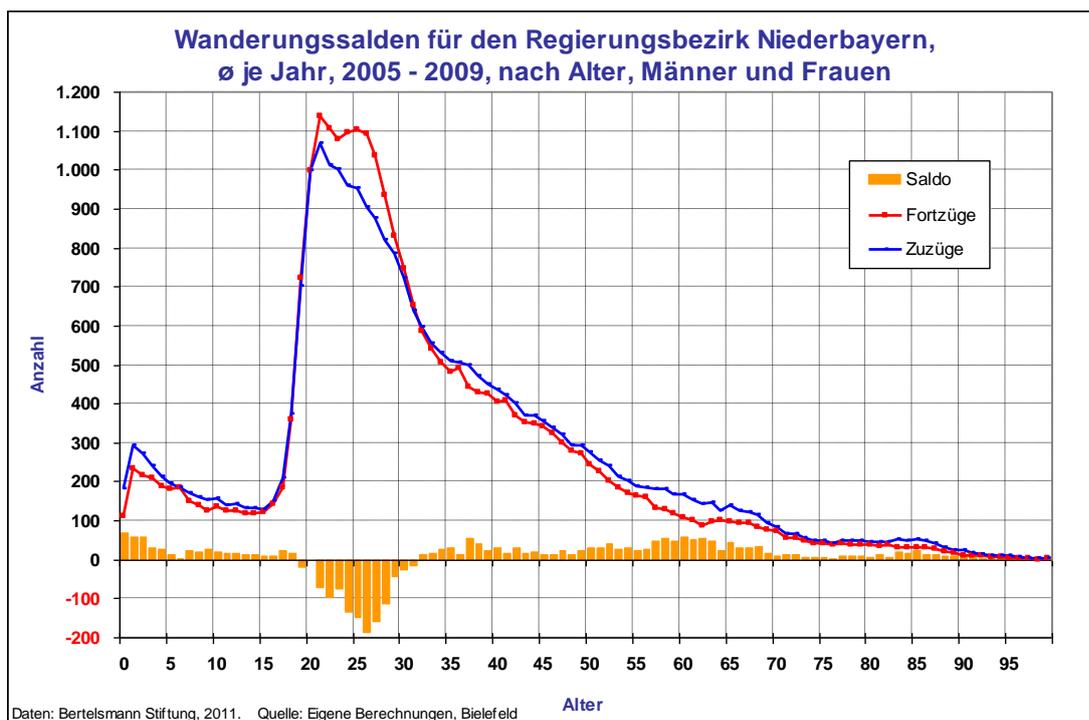


Abbildung 30: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen

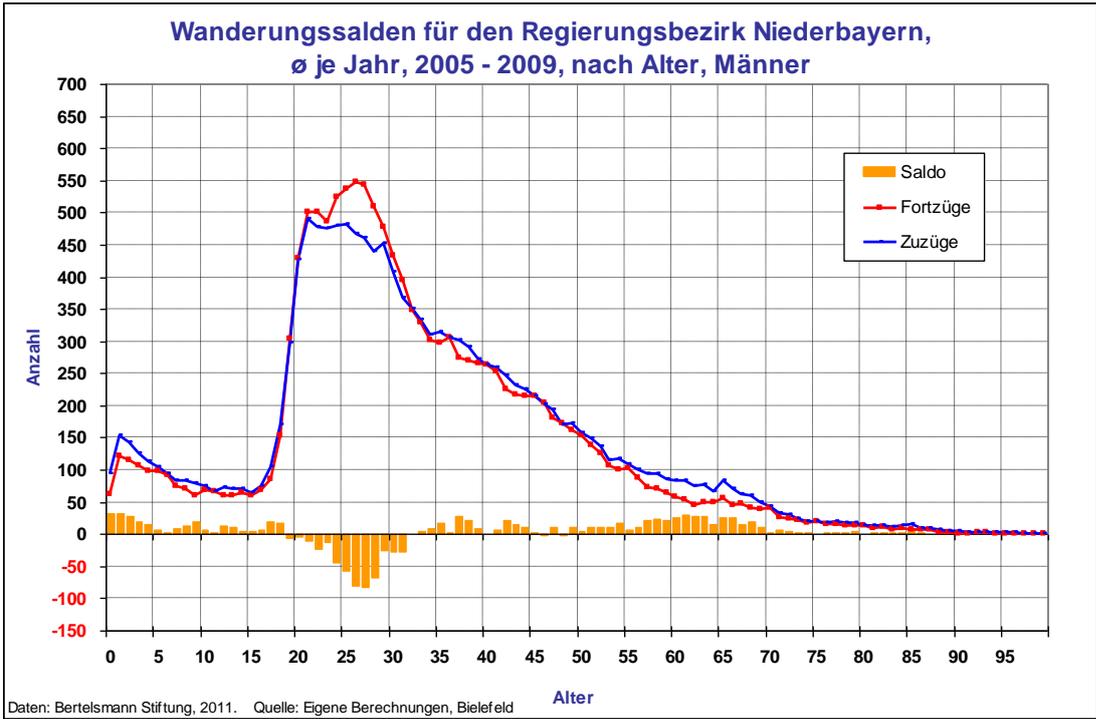


Abbildung 31: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer

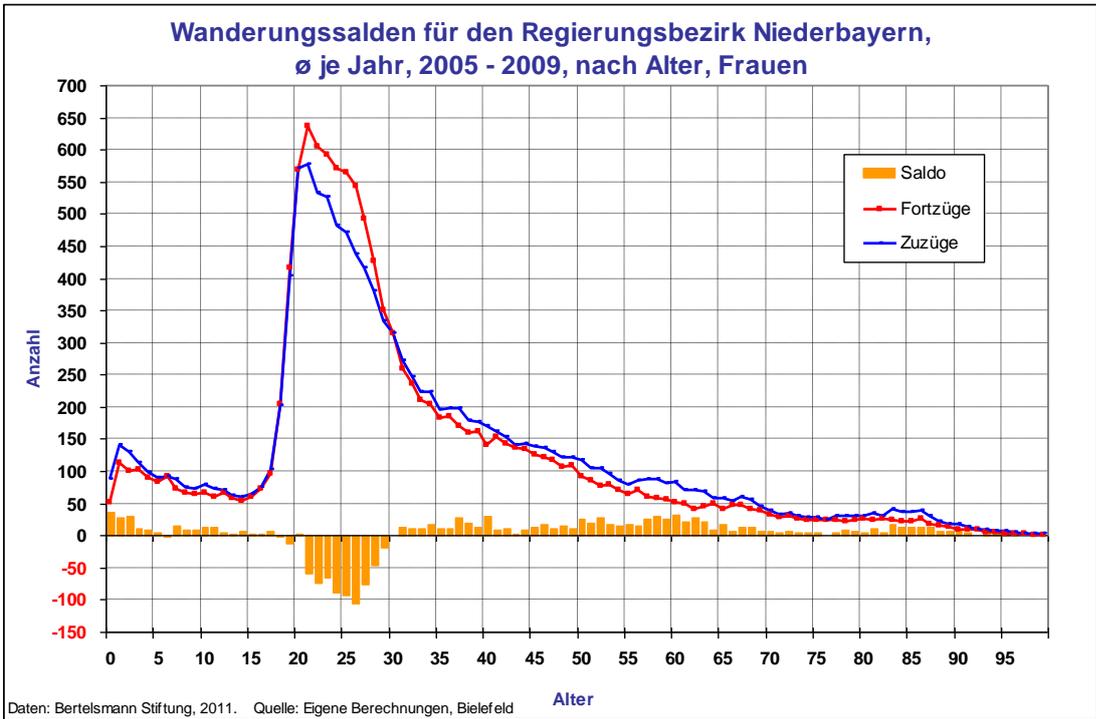


Abbildung 32: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Niederbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen

Auf Kreisebene sind allerdings die drei kreisfreien Städte Gewinner bei dieser Bildungsmigration, Passau jedoch nur bis zum Alter Mitte 20. Alle neun Landkreise weisen bei der

Bildungsmigration Wanderungsverluste auf, außer dem Landkreis Deggendorf bei Männern bis zum Alter Mitte 20. Detaillierte Angaben und Schaubilder für altersspezifische Wanderungssalden für die einzelnen Kreise, auch getrennt nach Geschlecht, finden sich im Anhang zu dieser Studie.

3.13 Einflüsse auf die Wanderungen durch die Einführung von Zweitwohnsitzsteuern

Gleichzeitig zu den Abwanderungsüberschüssen aus Niederbayern lassen sich z.B. in München hohe Zuwanderungsüberschüsse feststellen.

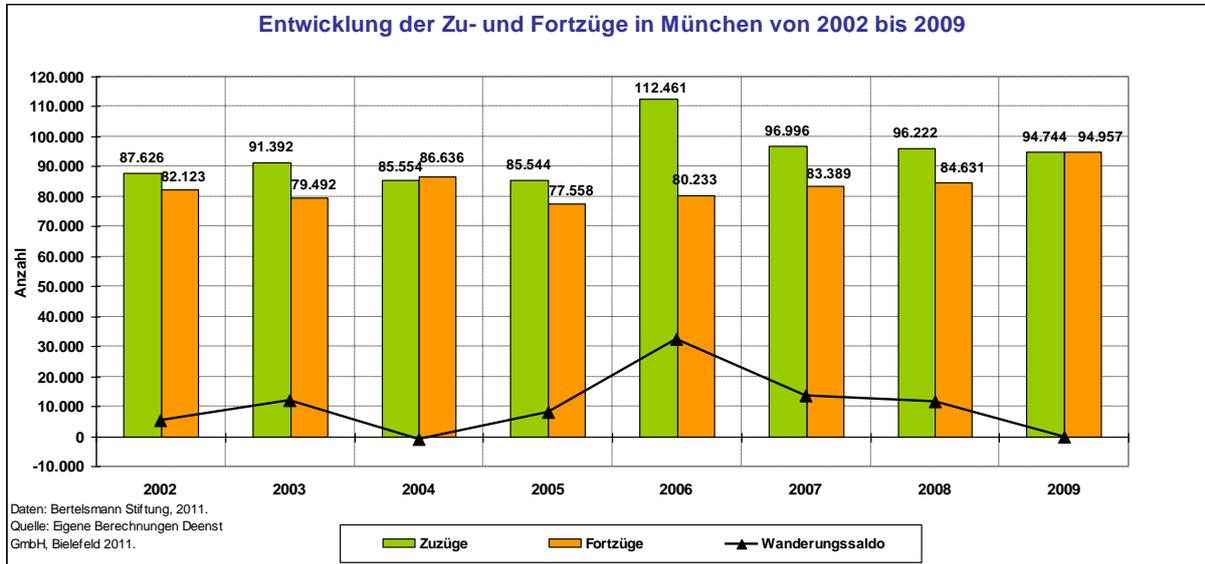


Abbildung 33: Entwicklung der Zu- und Fortzüge in München von 2002 bis 2009

Einen drastischen Sprung gab es im Jahr 2006 bei der Anzahl der Zuzüge nach München. Ihre Zahl stieg um ca. 27.000 auf 112.461 an. In den nächsten Jahren blieb die Anzahl auf einem hohen Niveau von 95.000 bis 96.000 und lag damit um mehr als 10.000 Personen über den in den Jahren bis 2005 zu beobachtenden Zuzugssummen. Der Grund dürfte in der im Jahr 2006 erfolgten Einführung der Zweitwohnsitzsteuer in München liegen, wodurch viele Studenten und Arbeitnehmer mit Nebenwohnsitz veranlasst wurden, ihren bisherigen Nebenwohnsitz in München zum Hauptwohnsitz zu erklären, ohne dass sich etwas an den bisherigen tatsächlichen Wohnverhältnissen änderte. Dadurch beschleunigte sich statistisch der Fortzug aus den ländlichen Regionen.

Eine Änderung in den Rahmenbedingungen trat 2009 ein, als die Anzahl der Fortzüge gegenüber den Vorjahren um etwa 10.000 anstieg. Der bayerische Landtag hatte im Juli 2008 eine zum 01.01.2009 in Kraft getretene Änderung der Kommunalabgabengesetzes beschlossen³, wonach landesweit Alleinstehende mit Jahreseinkünften bis zu 25.000 Euro und Ehepaare mit Jahreseinkünften bis zu 33.000 Euro keine Zweitwohnsitzsteuer mehr zahlen müssen. Folglich hat offensichtlich ein Teil derjenigen, die von 2005 bis 2008 einen Statuswechsel ihres Wohnsitzes vollzogen, dann seinen Hauptwohnsitz in München wieder abgemeldet.

³ s. Bayerischer Landtag, Drucksache 15/11103

Beim Vergleich der Wanderungssalden für die sieben Regierungsbezirke über die Jahre 2005 bis 2009 wird deutlich, dass das durch die Entwicklung in München veranlasste Anwachsen des Wanderungsüberschusses in Oberbayern im Jahr 2006 vor allem zu Lasten der Regierungsbezirke Niederbayern, Mittelfranken und Schwaben ging.

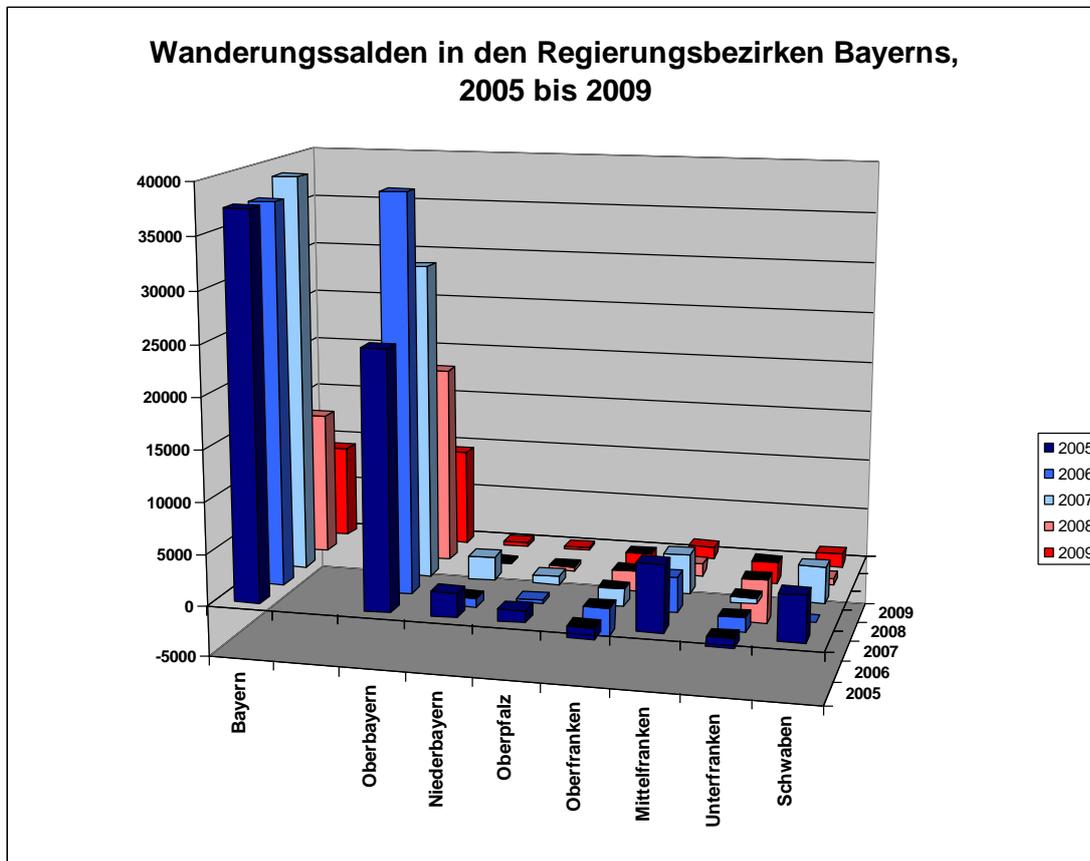


Abbildung 34: Wanderungssalden in den Regierungsbezirken Bayerns, 2005 bis 2009

Innerhalb des Regierungsbezirks Niederbayern waren besonders gravierende Verschlechterungen der Wanderungssalden im Jahr 2006 in den Landkreisen Freyung-Grafenau, Kelheim, Landshut, Passau und Rottal-Inn festzustellen.

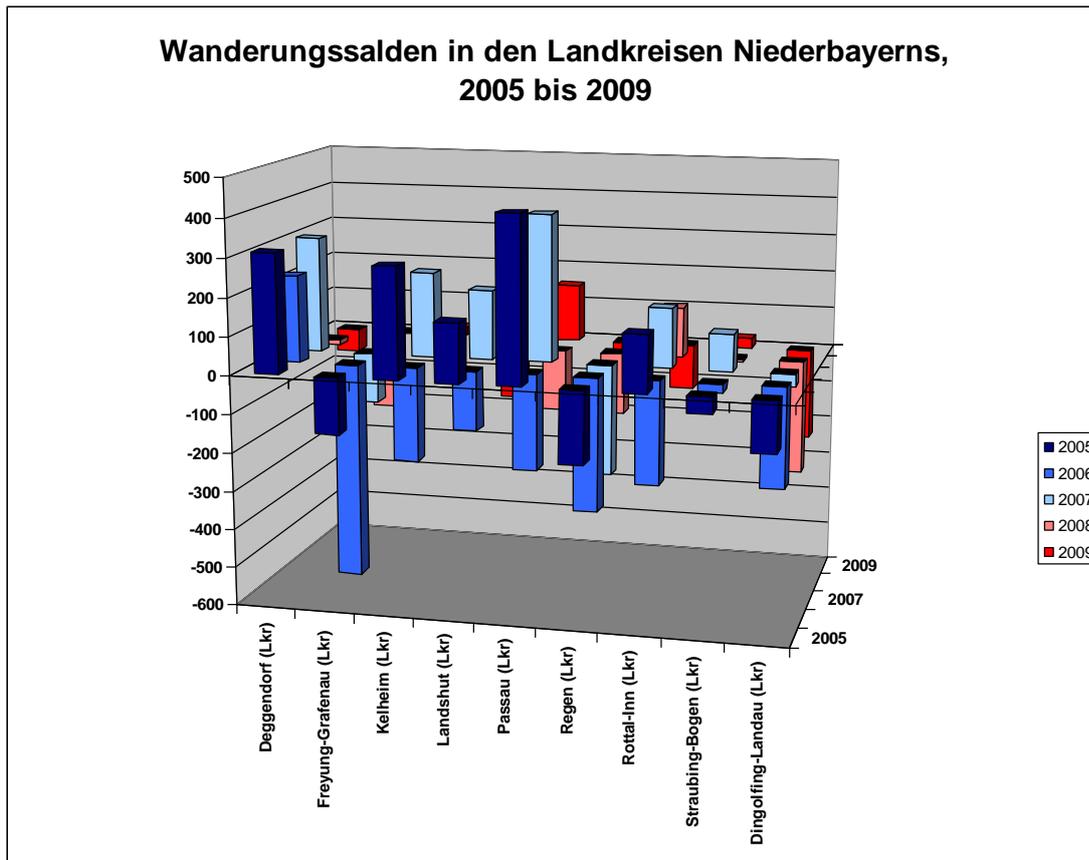


Abbildung 35: Wanderungssalden in den Landkreisen Niederbayerns, 2005 bis 2009

Besonders involviert in diese rein statistischen Veränderungen sind Personen, die sich etwa im 3. Lebensjahrzehnt befinden, also in dem Alter, in dem vielfach das Studium und/oder der Berufsstart erfolgen.

In den sechs Kalenderjahren von 2003 bis 2008 erzielte München z.B. allein bei den 20jährigen einen Wanderungsüberschuss von fast 13.000 Einwohnern. In den 10 Altersjahren zwischen 19 und 28 entstand in diesen sechs Kalenderjahren ein Wanderungsüberschuss von ca. 103.000 Einwohnern.

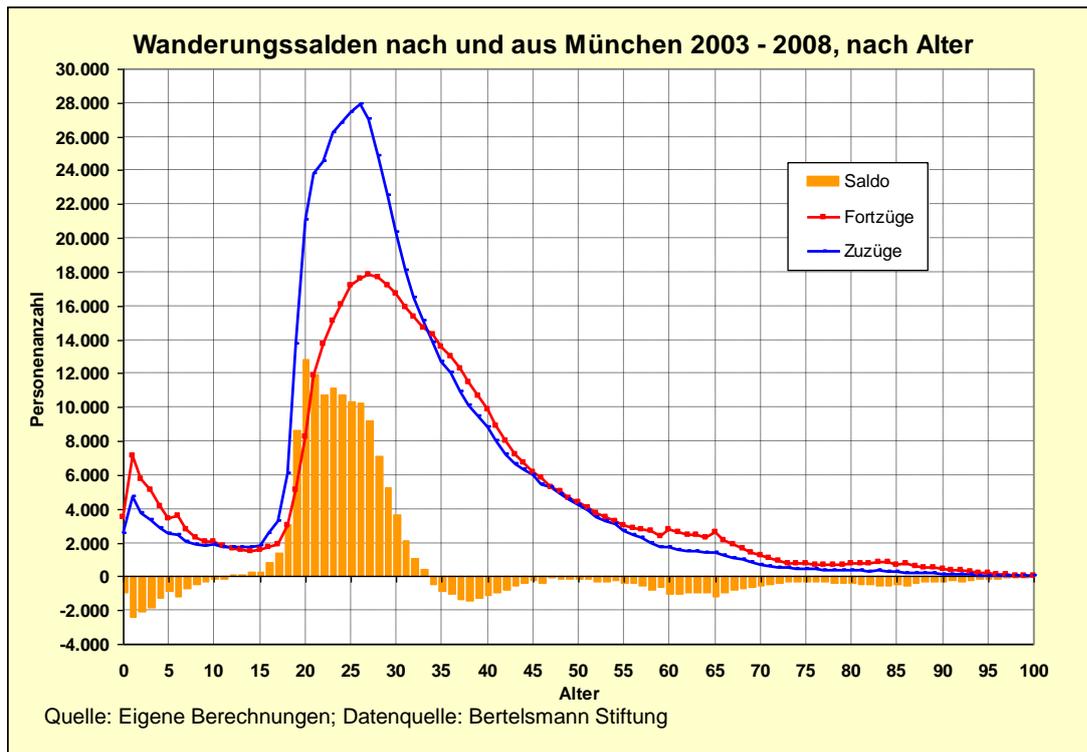


Abbildung 36: Wanderungssalden nach und aus München 2003 bis 2008, nach Alter

Auch die Jahresprofile für die Zuzüge nach Alter zeigen für die Altersjahre von 19 bis 32 im Jahr 2006 einen deutlichen Anstieg gegenüber den Vorjahren. In den beiden folgenden Jahren fielen die Werte um etwa die Hälfte der Differenz zwischen 2006 und den Vorjahren wieder ab, im Jahr 2009 (Änderung des Kommunalabgabengesetzes) noch etwas mehr.

An der Betrachtung der Zuzüge der jungen Erwachsenen nach München zeigt sich, dass die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer erhebliche Auswirkungen auf die registrierten Einwohnerzahlen der ländlichen Regionen in Bayern hatte. Interessant wäre es, auch die Auswirkungen auf die „Veredelung“ der Einwohner nach dem Finanzausgleichsgesetz zu untersuchen.

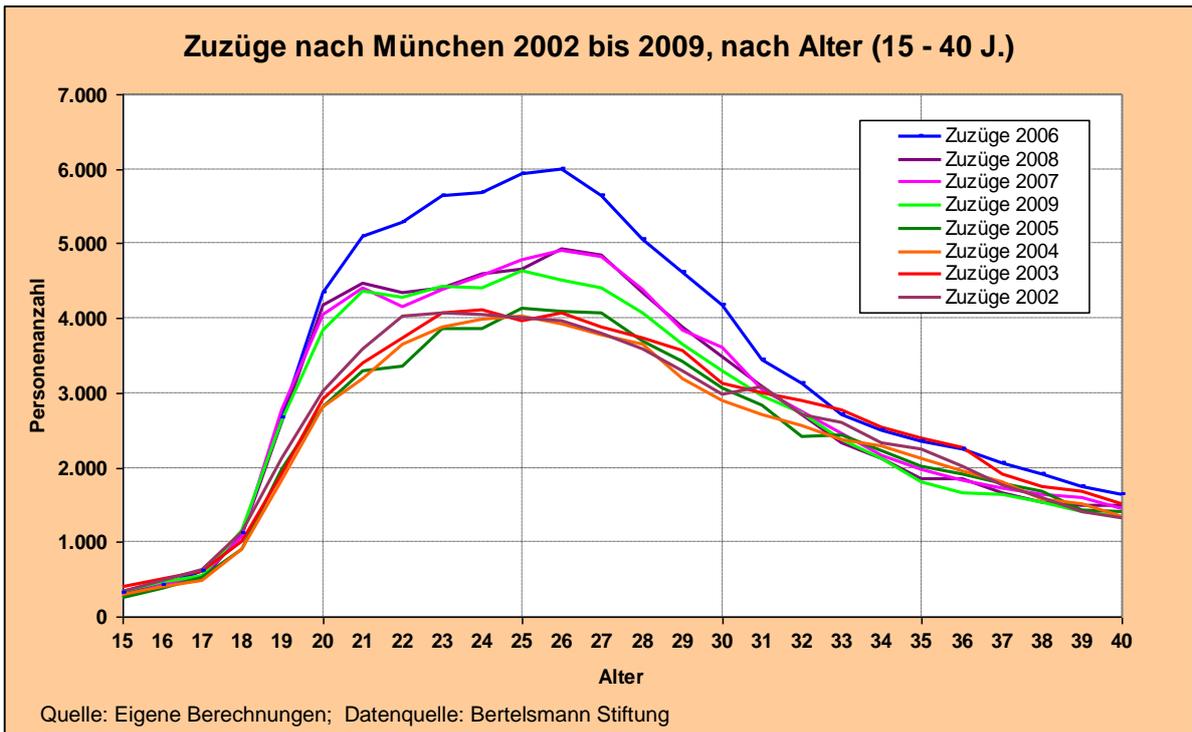


Abbildung 37: Zuzüge nach München 2002 bis 2009, nach Alter (15 bis 40 Jahre)

4. Bestandsaufnahme für Niederbayerns Nachbarregionen

Niederbayern ist von fünf Nachbarregionen umgeben, von denen drei jenseits der Staatsgrenze liegen. Vier dieser Nachbarregionen weisen günstige demographische Kennzahlen auf, so dass auch deswegen niederbayerische Initiativen sehr wichtig sind.

4.1 Oberbayern

In fast allen Kreisen Oberbayerns war in den letzten Jahren ein Bevölkerungswachstum zu beobachten. Besonders fiel dieses im Raum München sowie in Ingolstadt und Rosenheim aus.

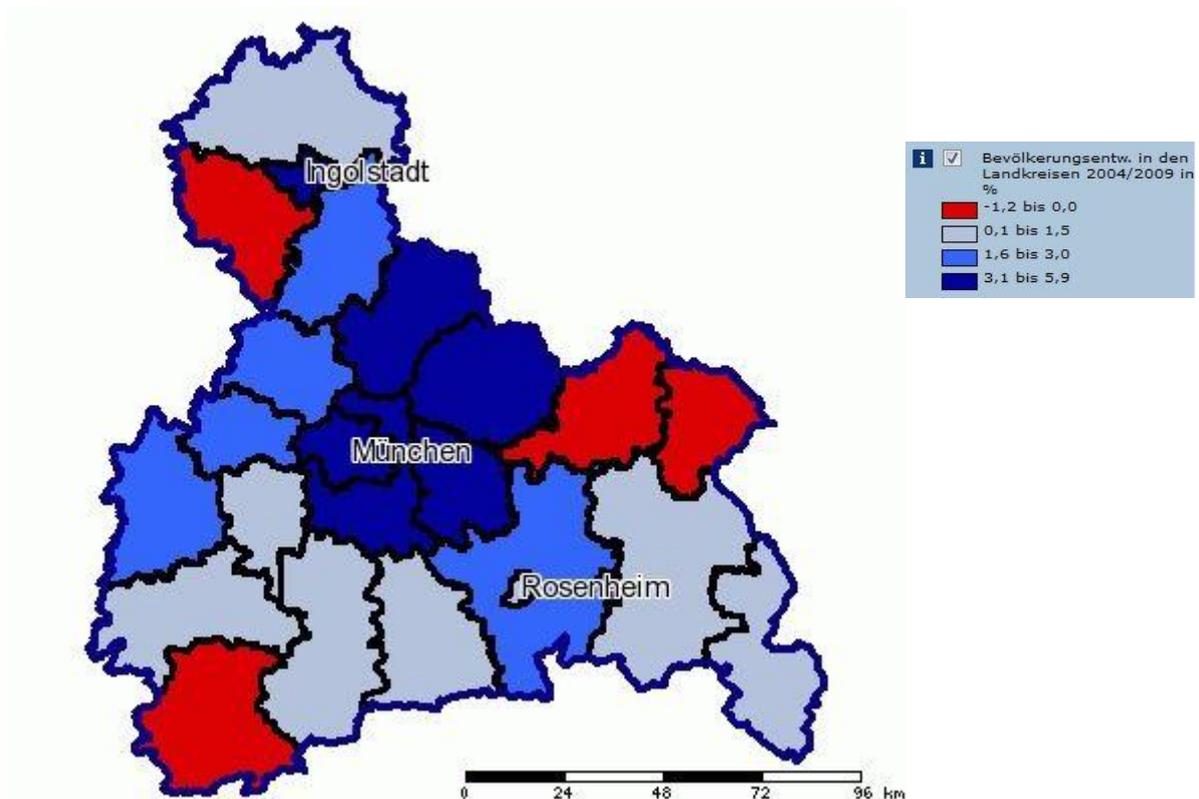


Abbildung 38: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen Oberbayerns, 2004 bis 2009

Quelle: IHK für München und Oberbayern

In jedem Jahr von 2005 bis 2009 trat in Oberbayern ein hoher Wanderungsüberschuss auf. Das Maximum traf im Jahre 2006 (Einführung der Zweitwohnsitzsteuer in München) mit ca. 38.600 Personen ein. Der geringste Wanderungsüberschuss war im Jahre 2009 mit ca. 9.500 Personen zu verzeichnen.

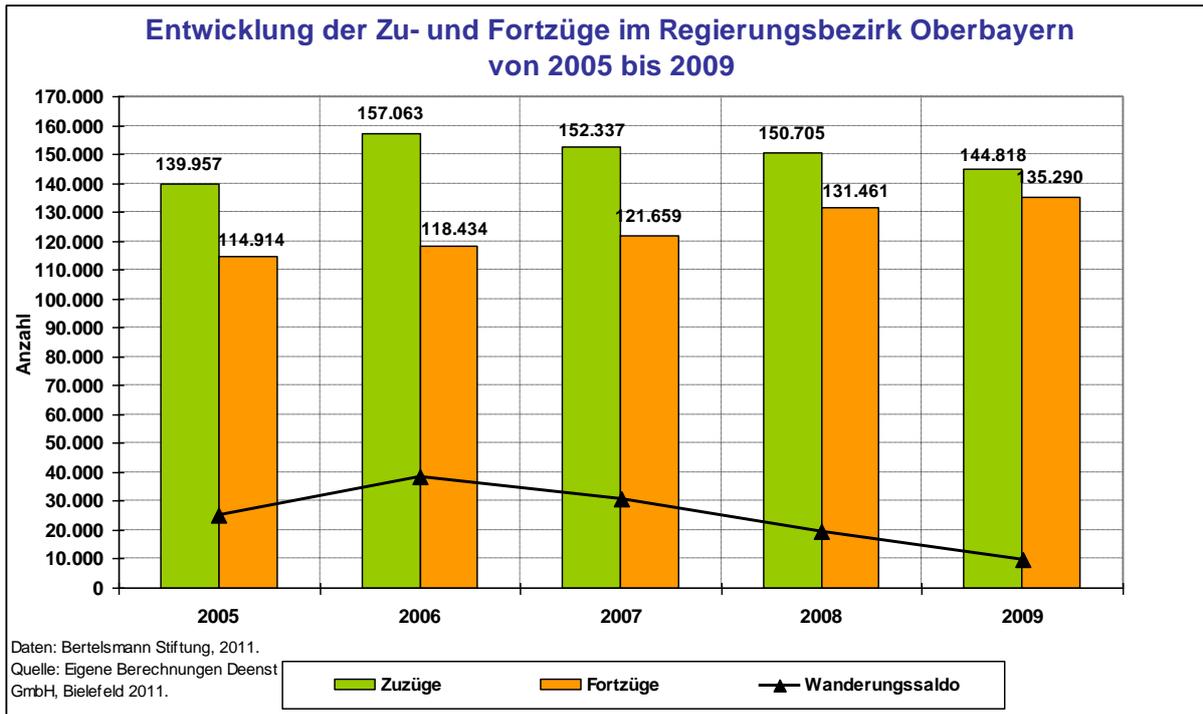


Abbildung 39: Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Oberbayern von 2005 bis 2009

Im Regierungsbezirk Oberbayern gab es in allen Jahren von 2005 bis 2009 auch einen positiven natürlichen Saldo. Die jährlichen Geburtenüberschüsse lagen zwischen ca. 1.600 und 3.600 Personen.

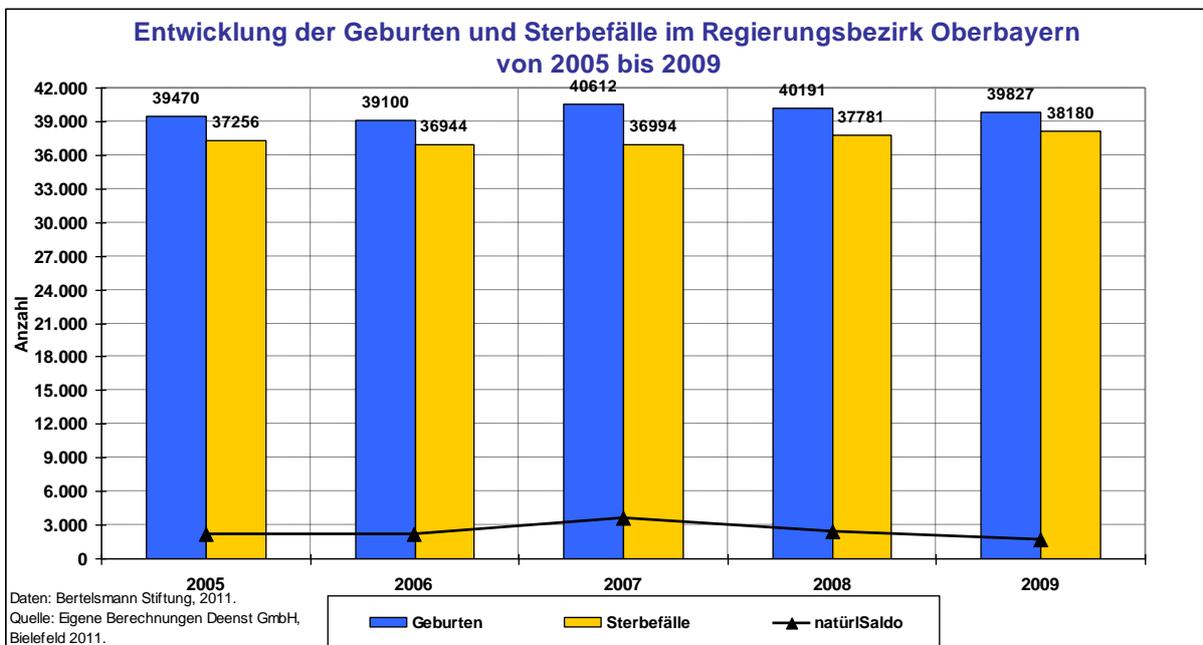


Abbildung 40: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Oberbayern von 2005 bis 2009

Auf eine Geburt in Oberbayern kamen etwa vier Zuzüge.

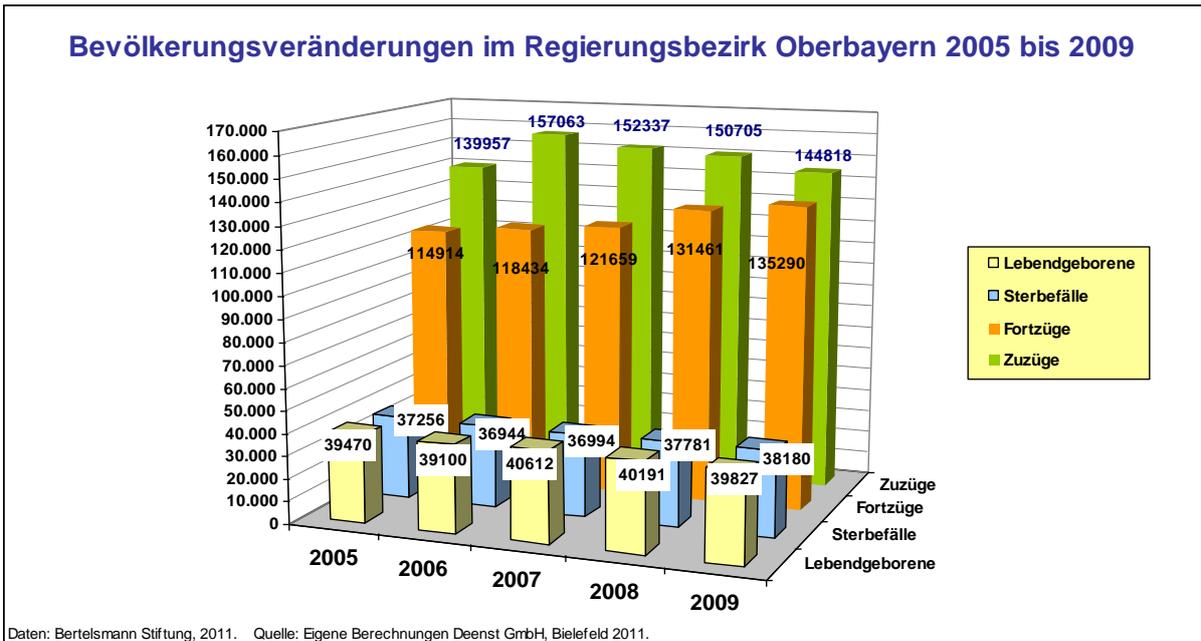


Abbildung 41: Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Oberbayern 2005 bis 2009

Wie bereits in Kapitel 3.13 zu den Auswirkungen der in München eingeführten Zweitwohnsitzsteuer ausgeführt, sind in Oberbayern sehr hohe Wanderungsüberschüsse bei den Personen im Alter zwischen dem Ende des 2. Lebensjahrzehnts und der Mitte des 4. Lebensjahrzehnts festzustellen.

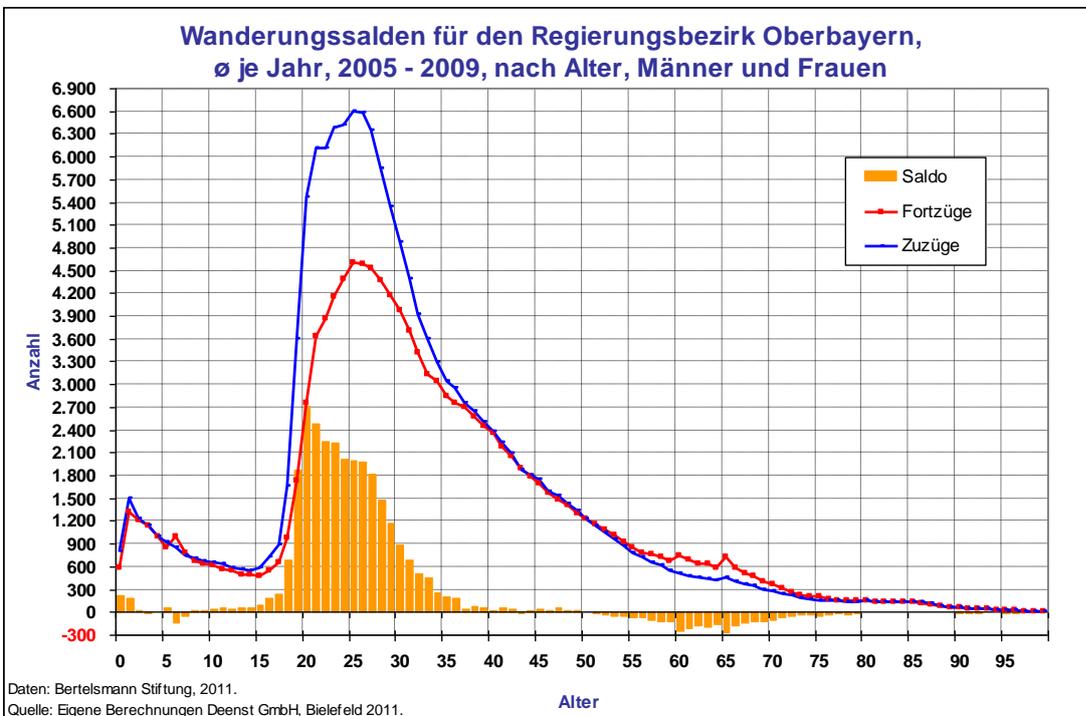


Abbildung 42: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen

Im Alter von 0 bis 20 Jahre sind die Fort- und Zuzüge relativ konstant auf gleicher Höhe; die Zuzüge überwiegen nur minimal. Ab etwa Mitte 50 treten Wanderungsverluste auf

Die Anzahl der Fortzüge pro Kalenderjahr liegt für die 20- bis 35jährigen zwischen 3.000 und 4.500 pro Altersjahr. Die Zuzüge haben ihr Maximum pro Altersjahrgang bei etwa 6.600.

Bei den Männern liegt das Maximum der Zuzüge mit einer Anzahl von ca. 3.400 Personen bei ca. 27 Jahren. Das Maximum der Fortzüge pro Altersjahr belauft sich hier auf ca. 2.500.

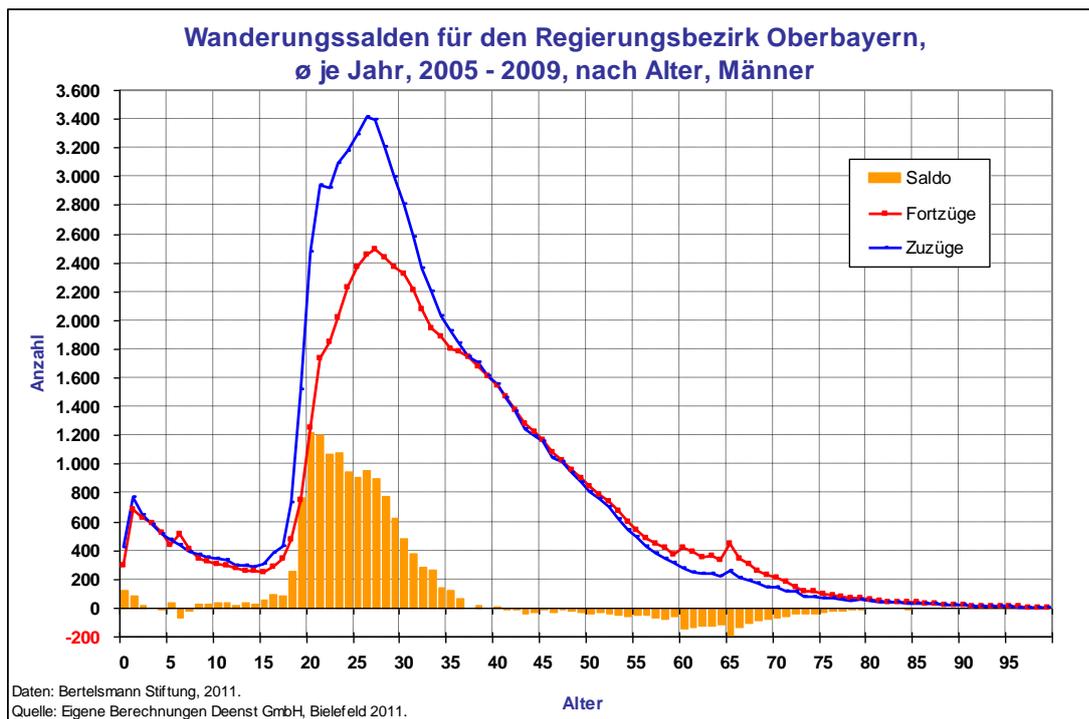


Abbildung 43: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer

Bei den Frauen verläuft die Entwicklung fast parallel zu den Männern in der Altersspanne von 20 und 35 Jahren. Die Zuzüge erreichen einen Wert von bis zu ca. 3.300 pro Altersjahr, die Fortzüge ein Maximum von ungefähr 2.200.

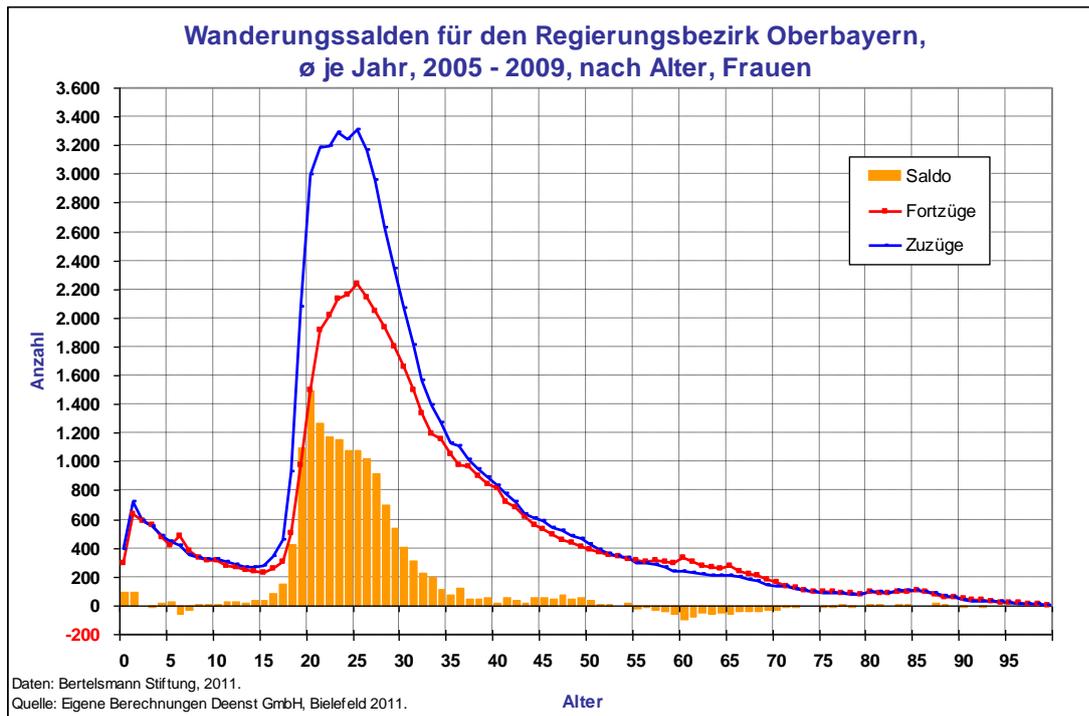


Abbildung 44: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberbayern, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen

Die Bevölkerungszahl Oberbayerns nahm im Laufe der Jahre 2005 bis 2009 stetig zu, im Durchschnitt um etwa 27.000 Einwohner pro Jahr.

Bevölkerungsstand: Bevölkerung in Oberbayern nach Geschlecht, 2005 bis 2009

Regierungsbezirk Oberbayern	Geschlecht		
	Insgesamt	männlich	weiblich
31.12.2009	4.346.465	2.127.924	2.218.541
31.12.2008	4.335.137	2.121.786	2.213.351
31.12.2007	4.313.446	2.111.339	2.202.107
31.12.2006	4.279.112	2.093.228	2.185.884
31.12.2005	4.238.195	2.071.791	2.166.404

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011
Stand: 15.03.2011 / 10:30:44

Tabelle 5: Bevölkerungsstand: Bevölkerung in Oberbayern nach Geschlecht von 2005 bis 2009

Die Anzahl der Sterbefälle veränderte sich in diesen fünf Jahren nur geringfügig.

Sterbefälle: Gestorbene in Oberbayern nach Geschlecht, 2005 bis 2009

Regierungsbezirk Oberbayern	Insgesamt	männlich	weiblich
2009	38.180	17.874	20.306
2008	37.781	17.461	20.320
2007	36.994	17.231	19.763
2009	36.944	17.077	19.867
2005	37.256	17.059	20.197

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011

Stand: 15.03.2011 / 10:34:20

Tabelle 6: Sterbefälle: Gestorbene in Oberbayern nach Geschlecht, von 2005 bis 2009

Auch bei der Zahl der Geburten gab es kaum Veränderungen, abgesehen von einem „Zwischenhoch“ im Jahr 2007.

Geburten: Lebendgeborene in Oberbayern nach Geschlecht, 2005 bis 2009

regionale Tiefe: Reg.-Bez./Stat. Region

Regierungsbezirk Oberbayern	Insgesamt	männlich	weiblich
2009	39.827	20.488	19.339
2008	40.191	20.582	19.609
2007	40.612	20.848	19.764
2006	39.100	20.096	19.004
2005	39.470	20.221	19.249

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011

Stand: 15.03.2011 / 10:32:52

Tabelle 7: Geburten: Lebendgeborene in Oberbayern nach Geschlecht von 2005 bis 2009

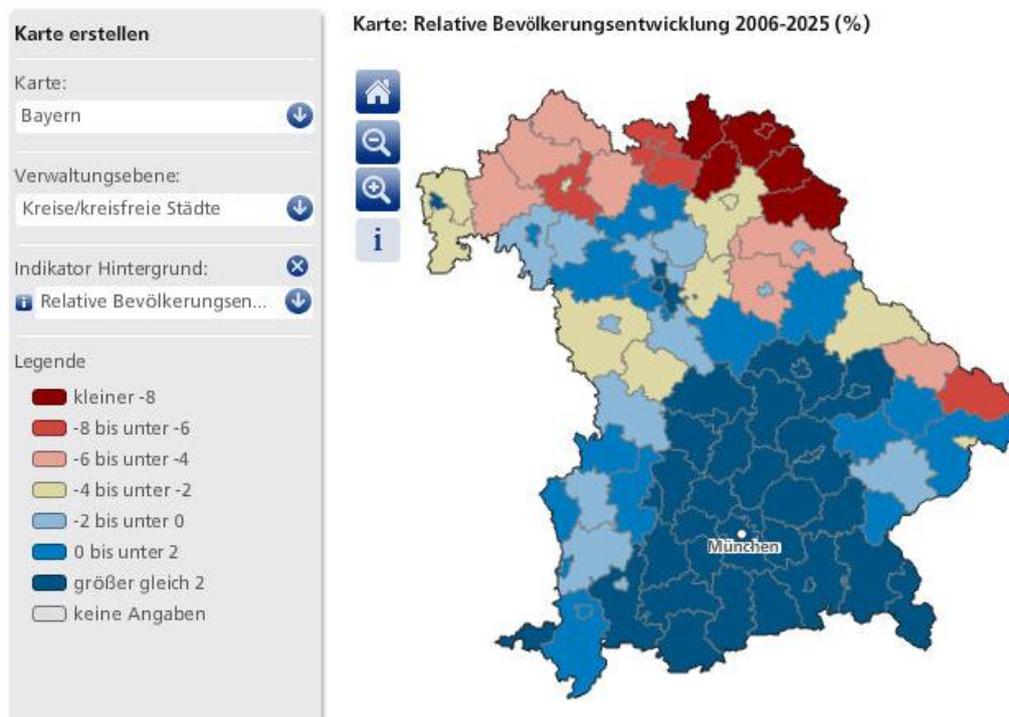


Abbildung 45: Relative Bevölkerungsentwicklung in Oberbayern von 2006 bis 2025 (in Prozent)

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune

Oberbayern ist die Region innerhalb Bayerns, für die in den kommenden Jahren das insgesamt größte Bevölkerungsplus zu erwarten ist. Oberbayern verfügt aber auch über die am stärksten wachsende Bevölkerung mit Migrationshintergrund (+29%). Sogar für den Bevölkerungsteil ohne Migrationshintergrund ist bis zum Jahr 2020 mit einer minimalen Bevölkerungszunahme zu rechnen.

Dabei profitiert Oberbayern klar von Wanderungsgewinnen, wozu innerbayerische Wanderungen erheblich beitragen.

Vor allem in München und in den umliegenden Landkreisen sowie in Rosenheim und in Ingolstadt ist für die nächsten Jahre ein hoher Bevölkerungszuwachs zu erwarten, also in den Bereichen, die auch in den letzten Jahren die höchsten Zuwächse hatten.

4.2 Oberpfalz

Die Oberpfalz verzeichnete noch um die Jahrtausendwende ein Bevölkerungswachstum (1990 bis 2006: +7,8 %) mit teils räumlich unterschiedlicher Ausprägung: Während die südliche Oberpfalz - bestehend aus den Landkreisen Cham, Neumarkt i. d. OPf. und Regensburg sowie der Stadt Regensburg - eine Zunahme um 11,6% verzeichnen konnte, fiel der Zuwachs in der nördlichen Oberpfalz - Landkreise Amberg-Sulzbach, Neustadt a. d. W., Schwandorf und Tirschenreuth sowie die kreisfreien Städte Amberg und Weiden - mit 4,0% deutlich schwächer aus. Das Wachstum in diesen Jahren war maßgeblich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen, da der natürliche Bevölkerungssaldo bereits negativ war.⁴

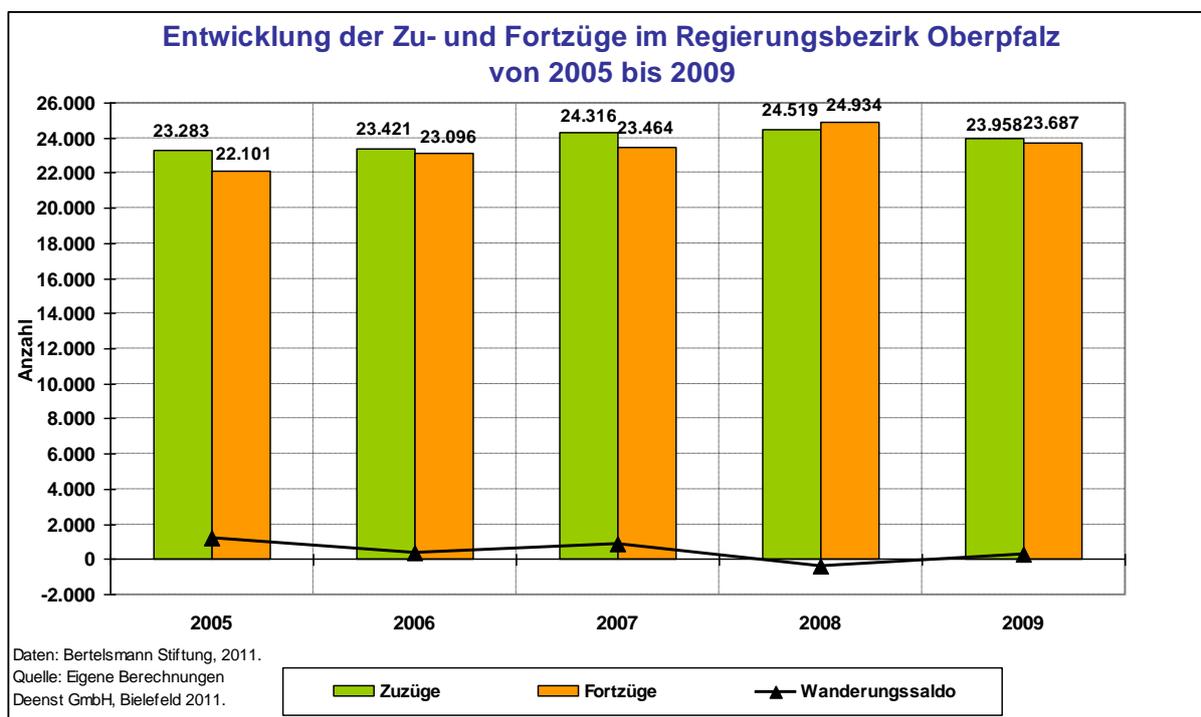


Abbildung 46: Entwicklung der Zu- und Fortzüge im Regierungsbezirk Oberpfalz von 2005 bis 2009

In den letzten Jahren, im Zeitraum von 2005 bis 2009, war in der Oberpfalz nur im Jahre 2008 ein geringer Überschuss der Fortzüge über die Zuzüge zu beobachten. In allen anderen Jahren von 2005 bis 2009 lagen die Zuzüge geringfügig über den Fortzügen. Der höchste Wanderungsüberschuss trat im Jahre 2005 auf, mit fast 1.200 Personen.

⁴ Quelle: http://www.ropf.de/wfs/dw_opf/zahlen.php

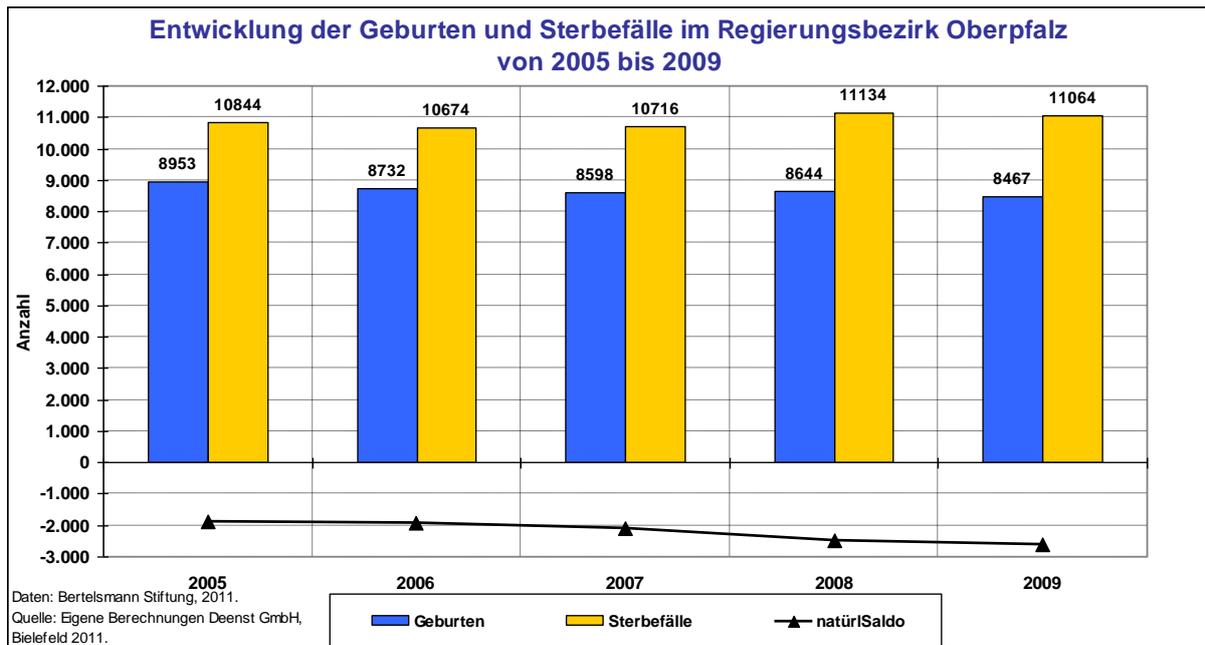


Abbildung 47: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle im Regierungsbezirk Oberpfalz von 2005 bis 2009

Der natürliche Saldo fiel von 2005 bis 2009 immer weiter ab. Die Zahl der Sterbefälle überwog in jedem der hier aufgeführten Jahre die der Geburten. Im Jahr 2005 gab es eine Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen von ca. -1.900. Im Jahr 2009 lag diese Differenz bereits bei ca. -2.600. In allen fünf Jahren war der Sterbefallüberschuss größer als der Wanderungssaldo.

Das Verhältnis zwischen Fortzügen und Sterbefällen lag bei etwas mehr als 2:1, zwischen Zuzügen und Geburten bei etwa 3:1. Zum Vergleich: In Oberbayern betrug die Relation etwa 4:1.

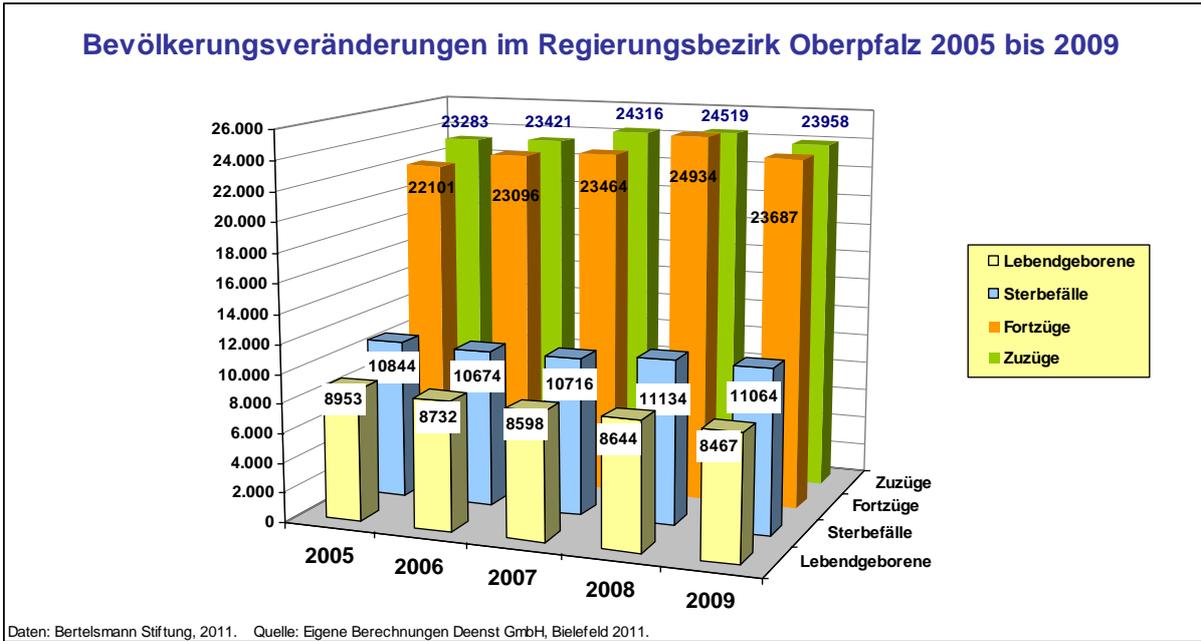


Abbildung 48: Bevölkerungsveränderungen im Regierungsbezirk Oberpfalz 2005 bis 2009

Die altersbezogenen Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz waren im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 nur gering. Geringe Überschüsse entstanden in den Altersspannen von 0 bis 5 Jahren sowie von 20 bis 25 Jahren. In der Altersspanne von 26 bis 33 Jahren übertrafen die Fortzüge die Zuzüge.

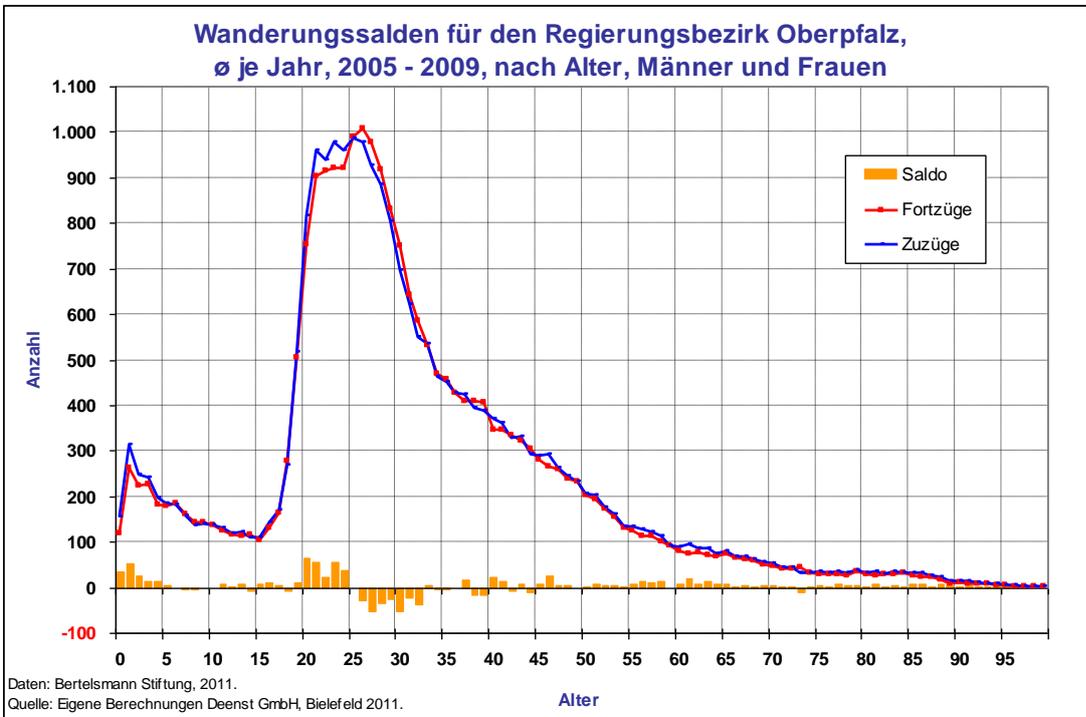


Abbildung 49: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer und Frauen

Die Salden bei den Männern und Frauen sind ähnlich verteilt. Die Maxima der Wanderungen finden sich bei den Frauen in der ersten Hälfte des 3. Lebensjahrzehnts, bei den Männern in dessen zweiter Hälfte.

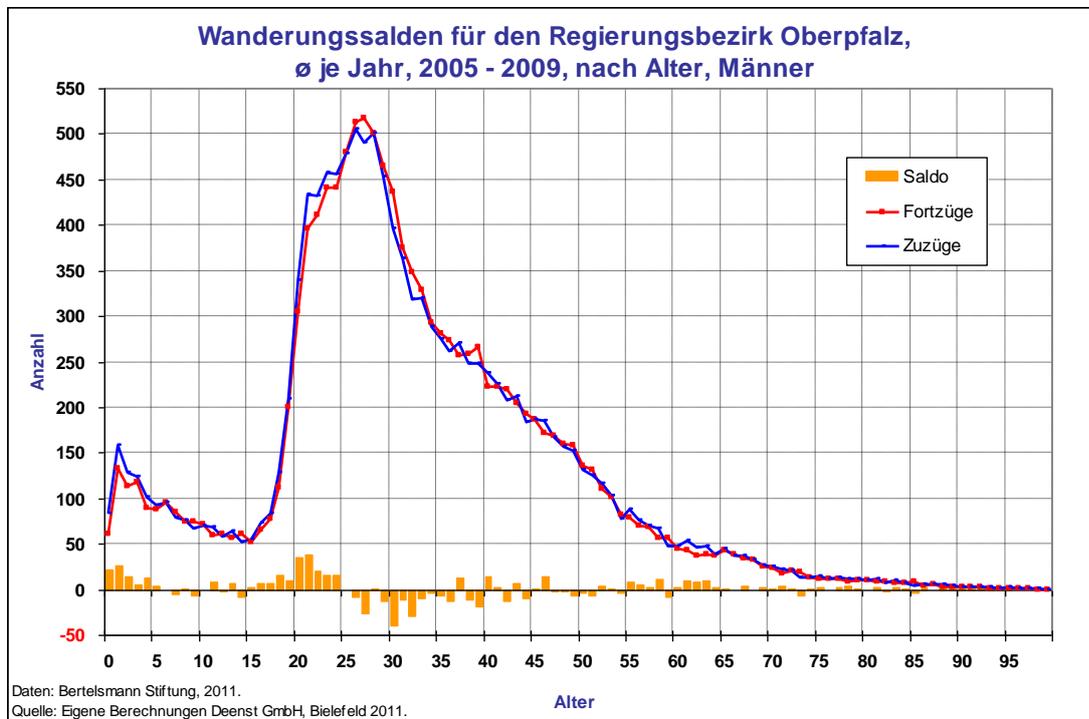


Abbildung 50: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Männer

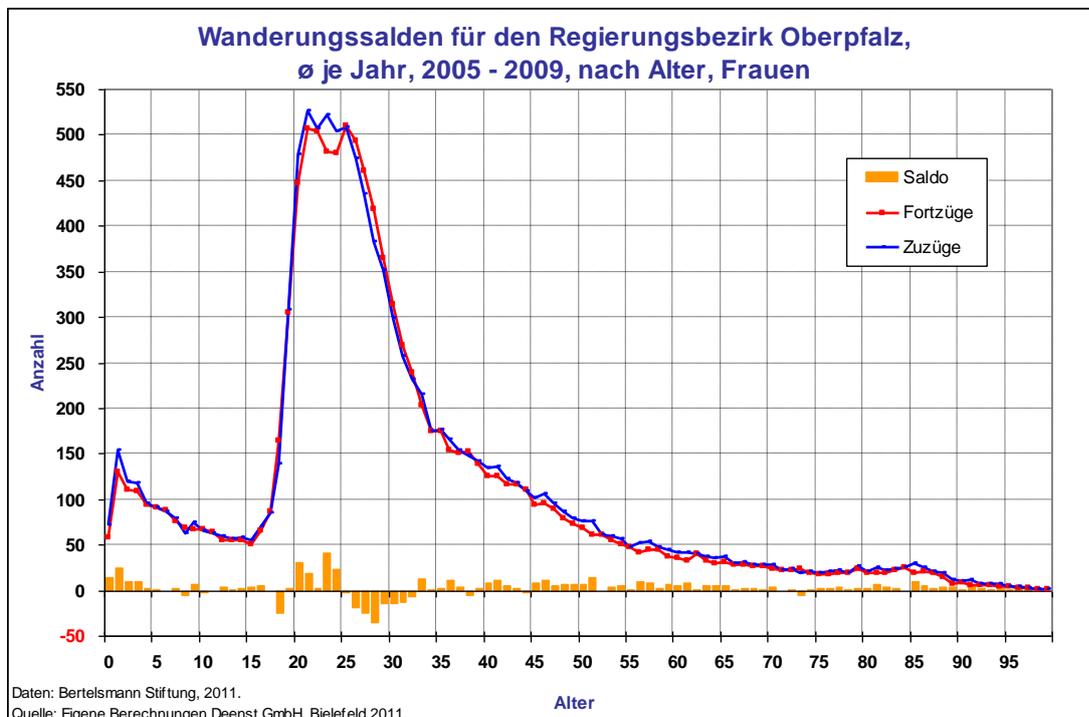


Abbildung 51: Wanderungssalden für den Regierungsbezirk Oberpfalz, Durchschnitt je Jahr, 2005 bis 2009, nach Alter, Frauen

Bevölkerungsstand: Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht, 2005 bis 2009

Regierungsbezirk Oberpfalz	Geschlecht		
	Insgesamt	männlich	weiblich
31.12.2009	1.081.417	532.706	548.711
31.12.2008	1.083.780	533.683	550.097
31.12.2007	1.086.684	535.158	551.526
31.12.2006	1.087.939	535.516	552.423
31.12.2005	1.089.543	535.896	553.647

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011
Stand: 15.03.2011 / 10:38:52

Tabelle 8: Bevölkerungsstand: Bevölkerung im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009

Der Bevölkerungsstand insgesamt ist im Laufe der fünf Jahre zurückgegangen, um etwa 2.000 Einwohner pro Jahr.

Sterbefälle: Gestorbene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht, 2005 bis 2009

Regierungsbezirk Oberpfalz	Insgesamt	männlich	weiblich
2009	11.064	5.276	5.788
2008	11.134	5.327	5.807
2007	10.716	5.185	5.531
2006	10.674	5.071	5.603
2005	10.844	5.224	5.620

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011
Stand: 15.03.2011 / 10:42:52

Tabelle 9: Sterbefälle: Gestorbene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009

Die Zahl der Sterbefälle schwankte im Verlauf der Jahre 2005 bis 2009. Die meisten Sterbefälle gab es 2008 mit insgesamt 11.134 Personen, die wenigsten im Jahr 2006 mit 10.674 Personen.

Geburten: Lebendgeborene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht, 2005 bis 2009

Regierungsbezirk Oberpfalz	Insgesamt	männlich	weiblich
2009	8.467	4.341	4.126
2008	8.644	4.419	4.225
2007	8.598	4.408	4.190
2006	8.732	4.489	4.243
2005	8.953	4.675	4.278

(C)opyright Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011
Stand: 15.03.2011 / 10:41:05

Tabelle 10: Geburten: Lebendgeborene im Regierungsbezirk Oberpfalz nach Geschlecht von 2005 bis 2009

Die Anzahl der Geburten ging von 2005 bis 2009 fast kontinuierlich zurück, mit einem zwischenzeitlichen kleinen Anstieg im Jahr 2008. Die meisten Lebendgeborenen gab es im Jahre 2005 mit 8.953; im Jahre 2009 waren es nur noch 8.467.

4.3 Die Regionen Pilsen (Plzeňský kraj) und Südböhmen (Jihočeský kraj) in Tschechien

Die Beziehungen zwischen Niederbayern und den Nachbarregionen in Tschechien werden voraussichtlich intensiver werden. Dazu dürfte u. a. die Euregio Bayerischer Wald – Böhmisches Wald – Unterer Inn beitragen. Dadurch erscheint es noch interessanter, einen Blick auf die Regionen im benachbarten Ausland zu werfen.

Die Einwohnerzahl stieg in Südböhmen und Pilsen in den Jahren von 2006 bis 2010 an. So wuchs die Bevölkerung in Pilsen von 554.537 Einwohnern im Jahr 2006 auf 572.045 Einwohner im Jahr 2010, also um ca. 17.500 Personen.



Abbildung 52: Der Bevölkerungsstand in Pilsen in den Jahren 2006 bis 2010

Zu einer Bevölkerungszunahme kam es ebenfalls in Südböhmen, welche jedoch mit einem Zugewinn von 8.700 Personen in den Jahren 2006 zu 2010 wesentlich geringer ausfiel als in Pilsen. Südböhmen hatte im Jahr 2006 630.006 Einwohner und im Jahr 2010 638.706 Einwohner.

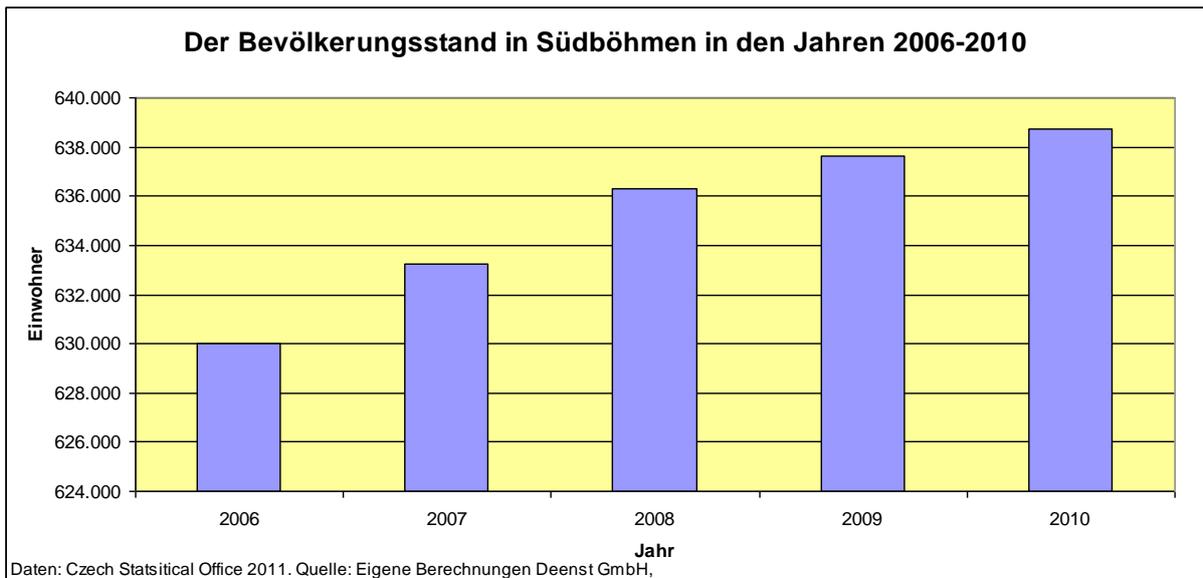


Abbildung 53: Der Bevölkerungsstand in Südböhmen in den Jahren 2006 bis 2010

Im Vergleich der Jahre 2006 bis 2010 fällt auf, dass die absolute Geburtenzahl, und zwar sowohl in Südböhmen als auch in Pilsen, angestiegen ist. So gab es in Pilsen im Jahr 2006 5.803 Lebendgeborene und im Jahr 2010 6.242. In Südböhmen stieg die Anzahl der Lebendgeborenen von 6.370 im Jahr 2006 auf 6.933 im Jahr 2010. Die Anstiege fanden allerdings bereits in den Jahren 2007 und 2008 statt.

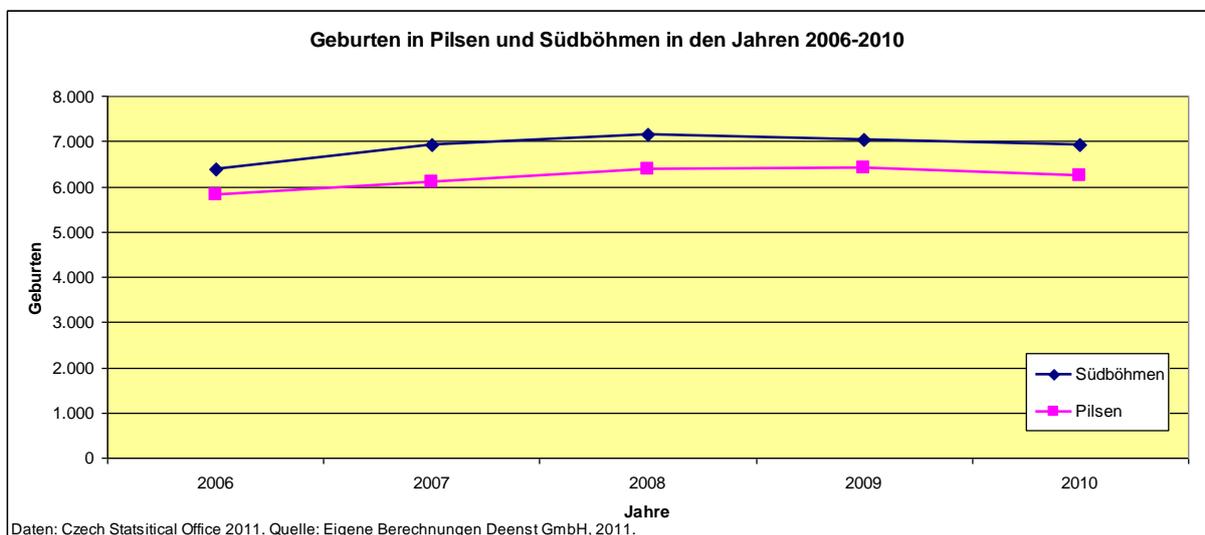


Abbildung 54: Geburten in Pilsen und Südböhmen in den Jahren 2006 bis 2010

Am Anfang des Betrachtungszeitraums im Jahr 2006 war der natürliche Saldo in der Region Pilsen noch leicht negativ. Die Zahl der Sterbefälle überstieg also die Zahl der Geburten, wie es auch in sehr vielen anderen Regionen der Fall ist. Dies änderte sich jedoch ab dem Jahr 2007.

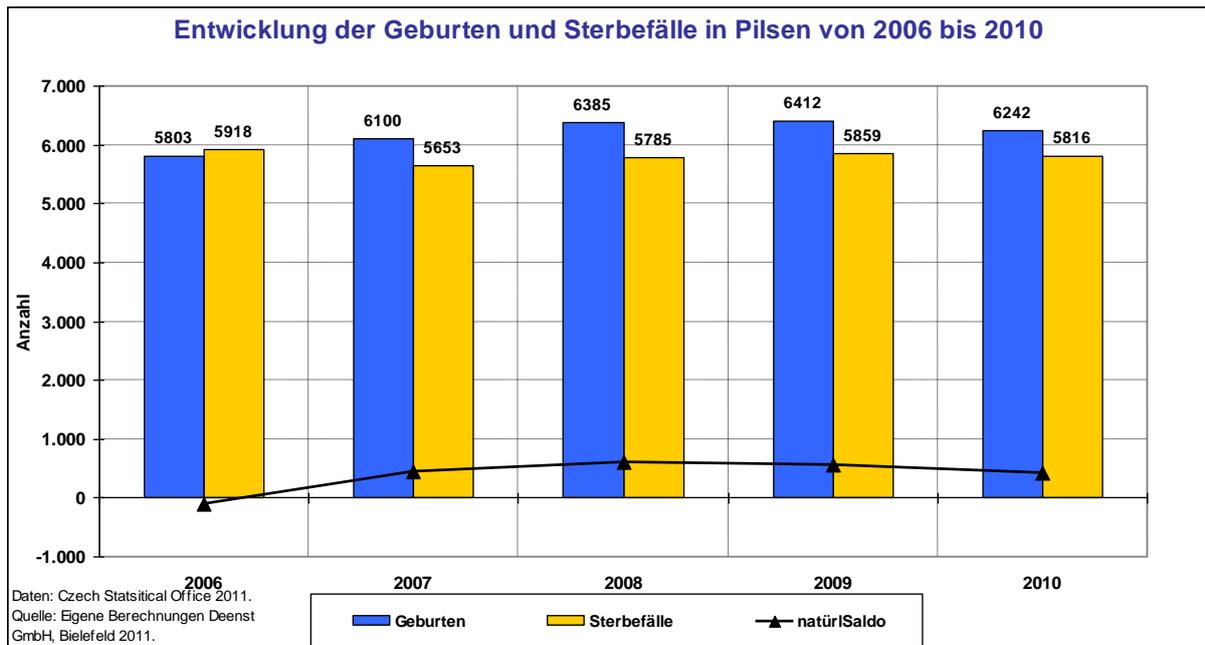


Abbildung 55: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Pilsen von 2006 bis 2010

Ähnlich verhält es sich in der Region Südböhmen. Auch hier stieg der natürliche Saldo ab dem Jahr 2006 an, er war jedoch schon im Jahr 2006 positiv.

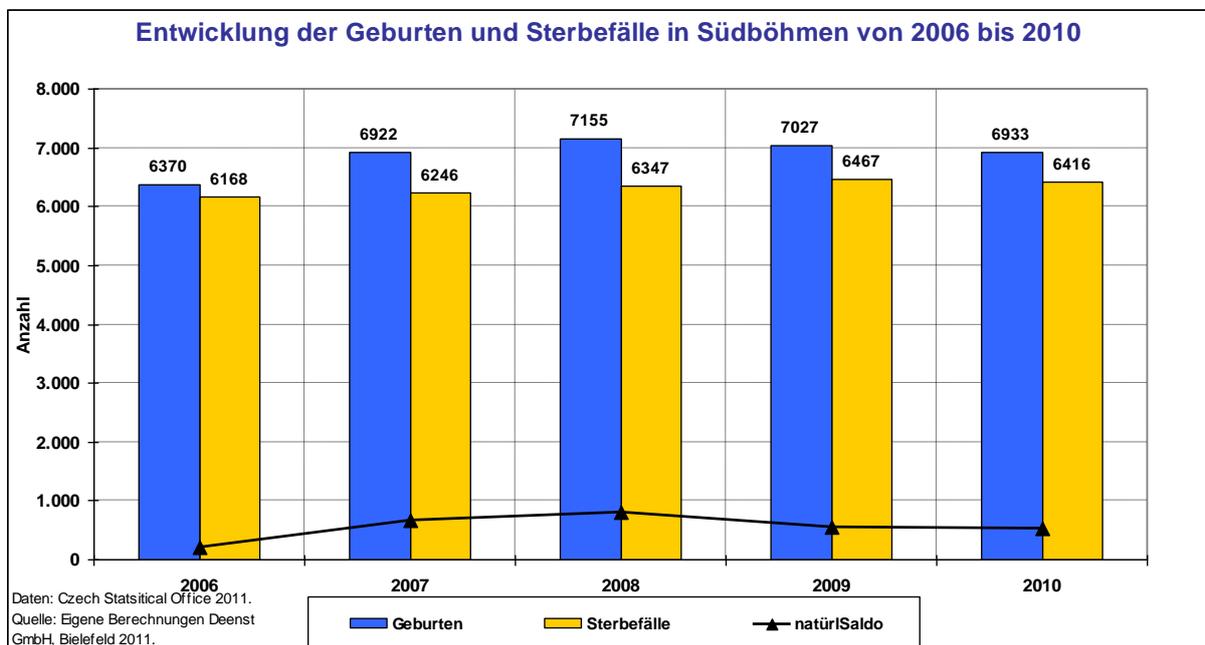


Abbildung 56: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle in Südböhmen von 2006 bis 2010

Ein erstaunliches Bild bieten die Wanderungen in der Region Pilsen. So verdoppelten sich die Zuzüge von 6.522 im Jahr 2006 auf 11.396 im Jahr 2008 nahezu, um dann wieder bis zum Jahr 2010 drastisch zu sinken (im Jahr 2010: 4.828 Zuzüge). Die Zahl der Fortzüge wuchs hingegen im Betrachtungszeitraum von 3.398 im Jahr 2006 auf 5.072 im Jahr 2010.

Dementsprechend schwankt der Wanderungssaldo in den Jahren. Nur im Jahr 2010 ist der Wanderungssaldo (geringfügig) negativ. Die Ursachen für diese ungewöhnliche Entwicklung sind hier bisher nicht bekannt.

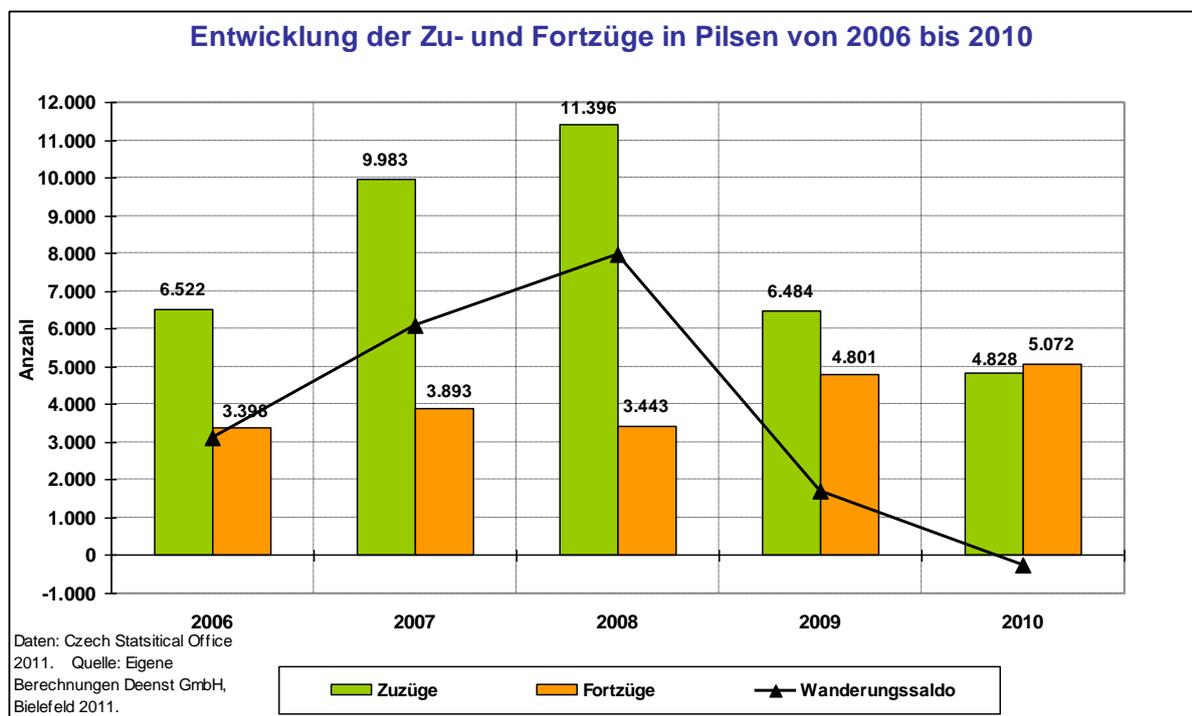


Abbildung 57: Entwicklung der Zu- und Fortzüge in Pilsen von 2006 bis 2010

Stetiger war das Wanderungsgeschehen in Südböhmen, obwohl es auch hier zu deutlichen Schwankungen gekommen ist. So stieg die Zahl der Zuzüge von 6.440 im Jahr 2006 auf 7.146 im Jahr 2007. Fortan sanken die Zuzugszahlen auf ihren Tiefstwert von 4.916 im Jahr 2010. Die Anzahl der Fortzüge erreichte ihren Spitzenwert von 4.706 im Jahr 2008. Der Endwert des Betrachtungszeitraums ist mit 4.370 Fortzügen leicht niedriger als der Anfangswert von 4.402 im Jahr 2006. Generell blieb die Zahl der Fortzüge relativ konstant. Der Wanderungssaldo ist über den gesamten Betrachtungszeitraum positiv, wenn auch am Ende in einem deutlich niedrigeren Bereich als in den Anfangsjahren.

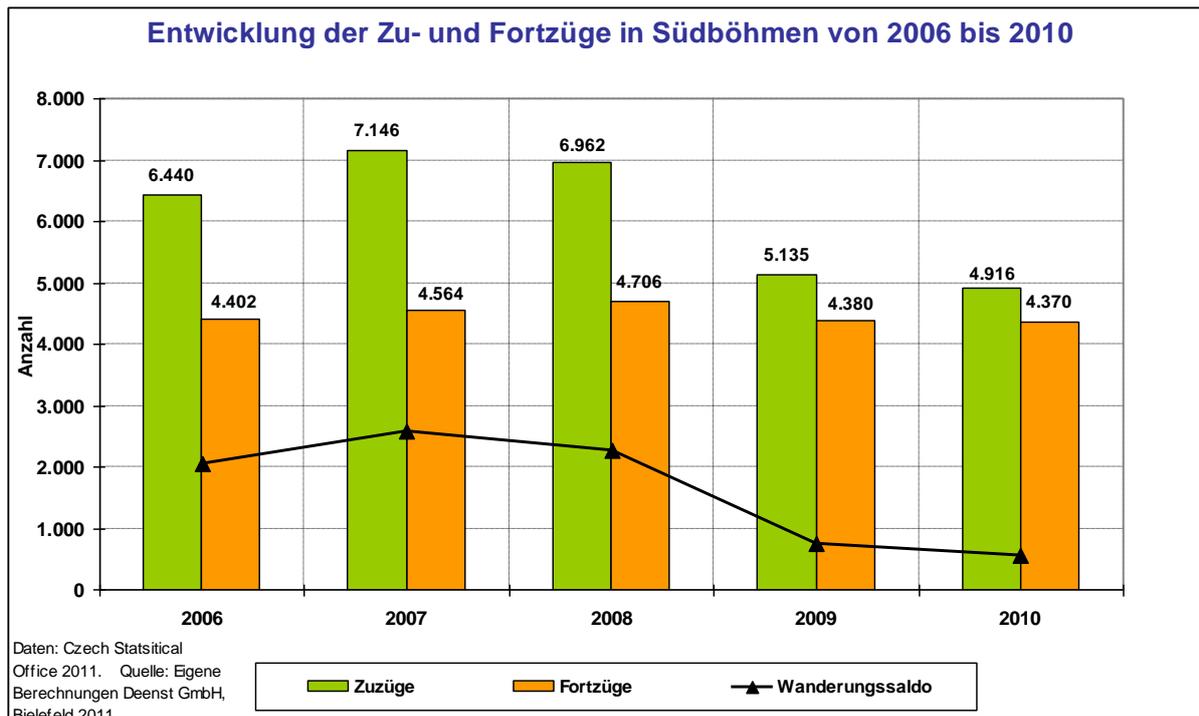


Abbildung 58: Entwicklung der Zu- und Fortzüge in Südböhmen von 2006 bis 2010

Bevölkerungsvorausberechnungen für Tschechien

Das tschechische Amt für Statistik führt Bevölkerungsvorausberechnungen bis zum Jahr 2066 durch. Gerechnet werden drei Varianten, deren Ergebnisse sehr stark differieren. In der oberen Variante wächst die Bevölkerung um gut 2 Millionen bis zum Jahr 2066. In der mittleren Variante steigt die Bevölkerungszahl von 10,5 Millionen auf etwa 10,8 Millionen Einwohner bis ca. zum Jahr 2028 und sinkt danach wieder leicht, wobei im Jahr 2066 der Ausgangswert nicht unterschritten wird. Die untere Variante ist deutlich negativer und geht von einem Rückgang um 1,5 Millionen Einwohner bis zum Jahr 2066 aus (9 Millionen Einwohner). Nach einem leichten Anstieg in den ersten Jahren würde etwa 2030 das Ausgangsniveau unterschritten werden.

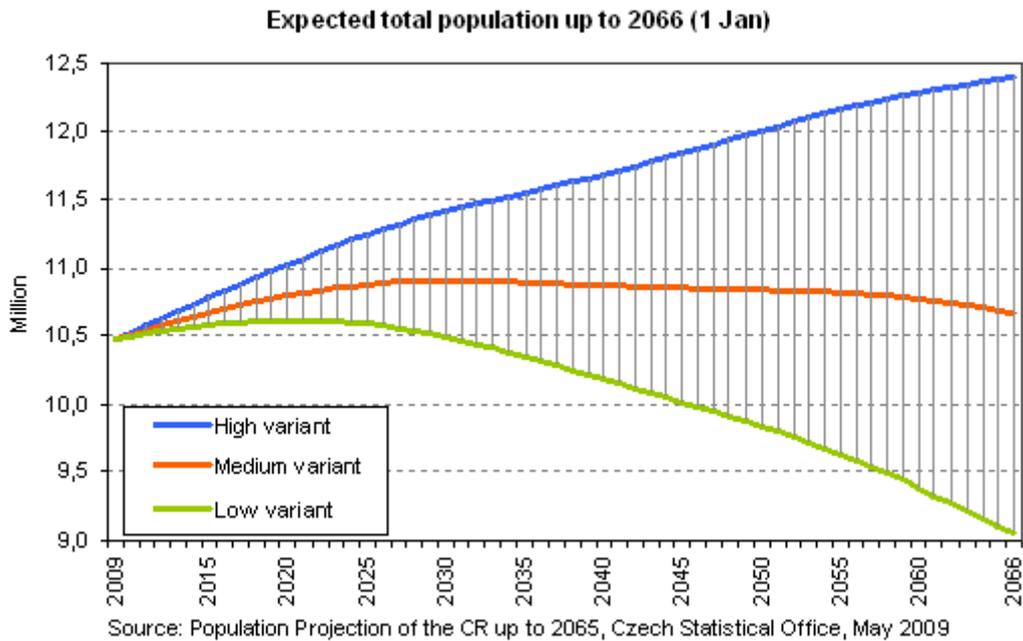


Abbildung 59: Erwartete Bevölkerung in Tschechien bis 2066

Wie auch in Deutschland wird sich die Verteilung der Bevölkerung in den verschiedenen Altersgruppen verschieben. Die Anzahl der Personen zwischen 15 und 64 Jahren sinkt fast kontinuierlich im Zeitverlauf bis zum Jahr 2060, während die Anzahl der Personen über 65 Jahren deutlich wächst.

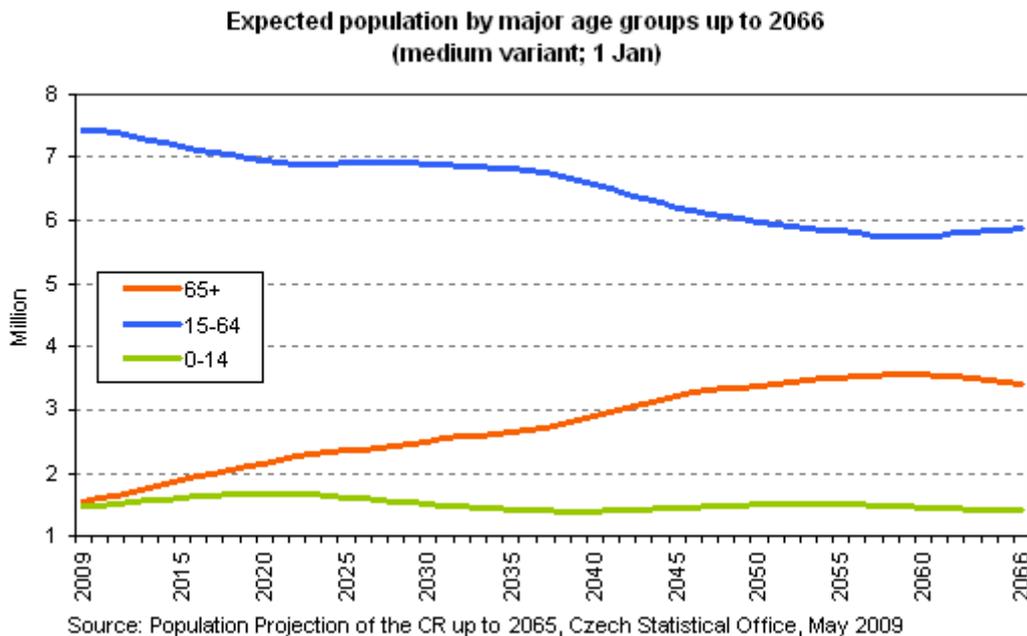


Abbildung 60: Erwartete Bevölkerung in Tschechien bis 2066 in drei Altersgruppen (mittlere Variante, jeweils zum 1 Jan)

Dementsprechend verändert sich auch das Medianalter. Das tschechische Amt für Statistik geht von einer Zunahme des Medianalters von ca. 40,5 Jahren im Jahr 2009 bis auf 49 Jahre im Jahr 2063 aus. Im Jahr 2030 soll das Medianalter nach diesen Angaben 45 Jahre überschreiten.

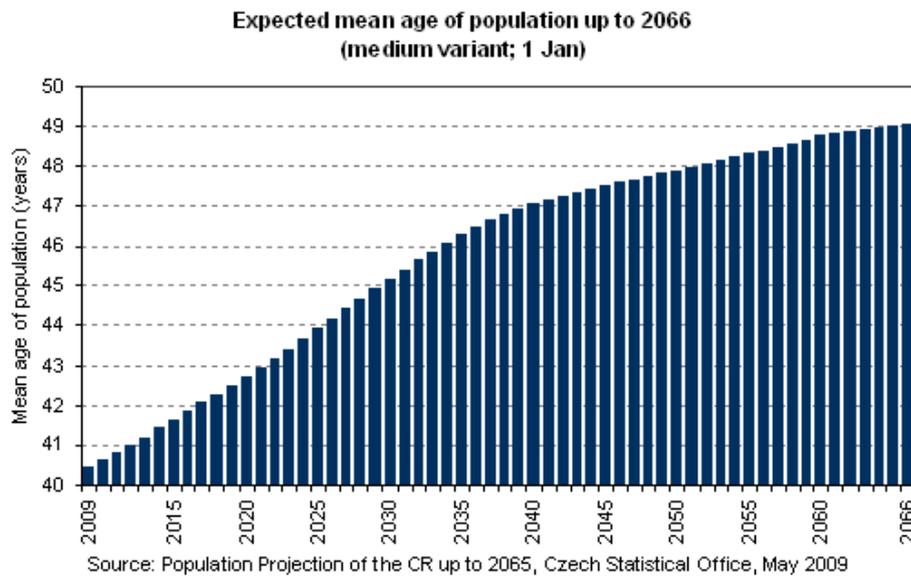


Abbildung 61: Erwartetes Medianalter bis 2066 (mittlere Variante)

Bei den Bevölkerungspyramiden zeigt sich die Alterung der Bevölkerung vor allem bei der Verschiebung der bevölkerungsstarken Jahrgänge, welche im Jahr 2010 zwischen 30 und 35 Jahre alt waren und im Jahr 2030 ein Alter von 50 und mehr erreicht haben werden.

Ebenso verschieben sich die bevölkerungsschwachen Jahrgänge, welche im Jahr 2010 zwischen 5 und 15 Jahre alt waren, in höhere Lebensalter.

Bis zum Jahr 2030 geht das statistische Amt von Tschechien von einem Rückgang der Anzahl der Kinder aus. Ab dem Jahr 2030 sollen die Geburtenzahlen wieder steigen.

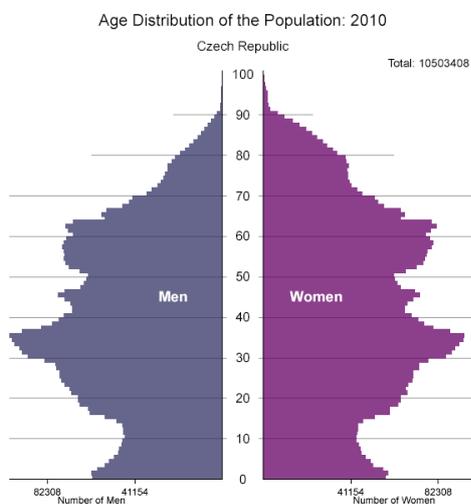


Abbildung 62: Altersverteilung der Bevölkerung 2010

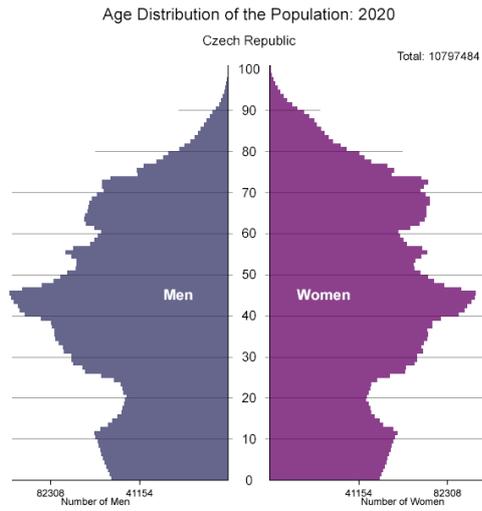


Abbildung 63: Altersverteilung der Bevölkerung 2020

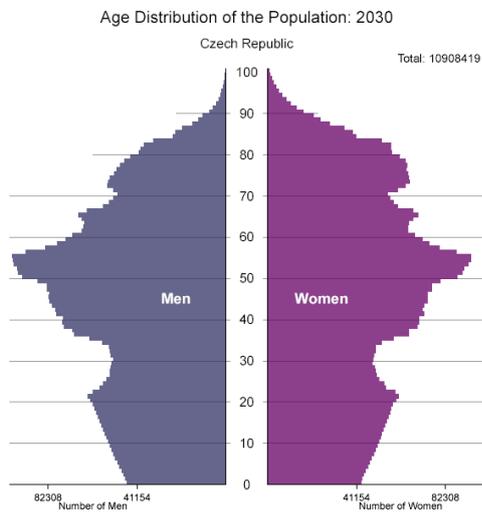


Abbildung 64: Altersverteilung der Bevölkerung 2030

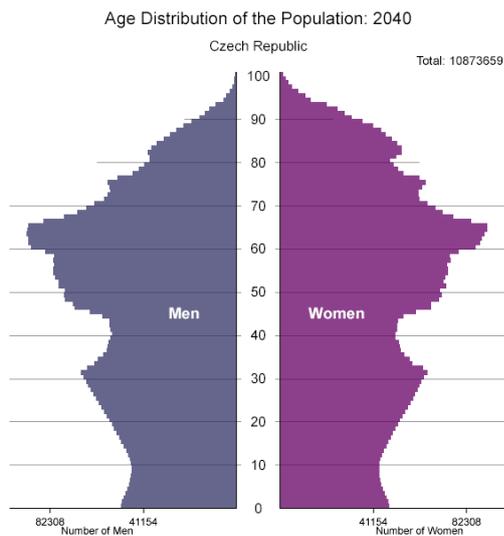


Abbildung 65: Altersverteilung der Bevölkerung 2040

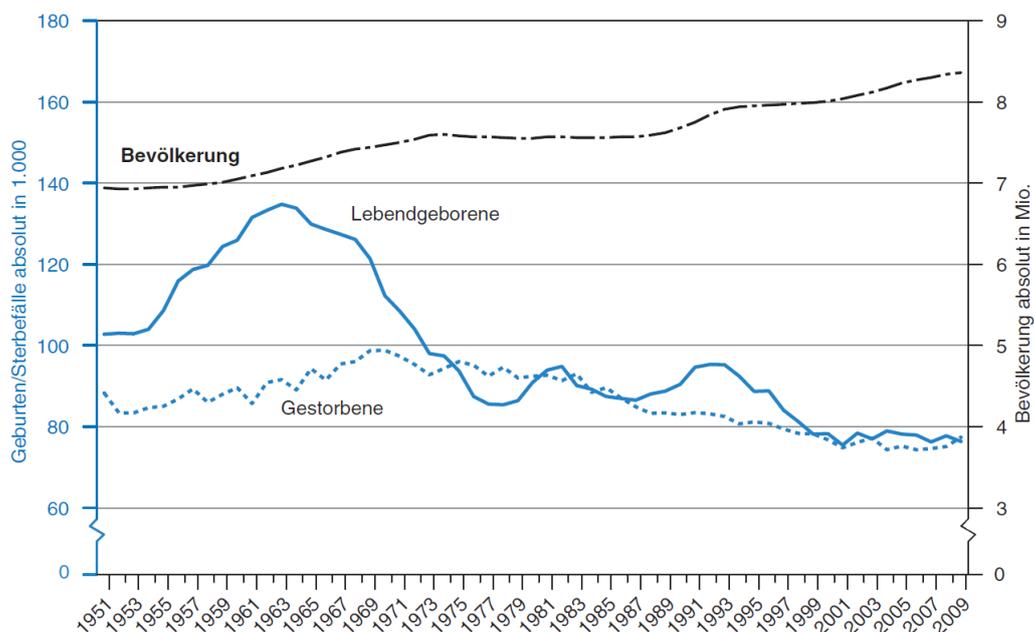
4.4 Oberösterreich

Die Bevölkerung Österreichs ist seit den 1990er Jahren deutlich angestiegen, obwohl die Zahl der Lebendgeborenen drastisch zurückgegangen ist. Der natürliche Saldo (Geburten minus Sterbefälle) ist oftmals zwar noch positiv, aber Werte wie in den 1950er Jahren wurden schon lange nicht mehr erreicht.

Statistik Austria führt die Bevölkerungszuwächse in Österreich auf die positiven Wanderungsbilanzen mit dem Ausland zurück. So stieg die Bevölkerungszahl im Jahr 2009 um gut 20.000 Personen an.

Für das Bundesland Oberösterreich geht Statistik Austria auch weiterhin von einem Bevölkerungszuwachs aus, dieser falle jedoch weniger stark aus als jener für Österreich insgesamt.⁵

Grafik 1: Lebendgeborene, Gestorbene und Bevölkerungsstand 1951-2009
Live births, deaths and population stock 1951-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Statistik des Bevölkerungsstandes.

Abbildung 66: Lebendgeborene, Gestorbene und Bevölkerungsstand in Österreich, 1951 bis 2009

Bei einer Betrachtung der Anzahl der Lebendgeborenen gegenüber den Gestorbenen in Oberösterreich fällt auf, dass die Zahl der Lebendgeborenen in Oberösterreich seit dem Jahr 2001 fast konstant zwischen 13.000 und 14.000 liegt. Auch die Zahl der Todesfälle liegt in diesem Zeitraum relativ konstant zwischen 11.500 und 12.500. In Oberösterreich ist der natürliche Saldo somit immer noch positiv.

⁵ vgl. Statistik Austria, Demographisches Jahrbuch 2009: 15

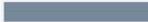
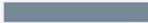
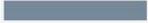
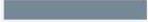
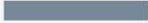
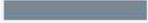
Ausgewählte Zeitreihe von 1993 (=100%) bis 2009				
Jahr	Prozent	Geborene-absolut	Prozent	Gestorbene-absolut ¹⁾
1993	100,0 %	 17.867	100,0 %	 12.647
1994	96,4 %	 17.228	98,9 %	 12.507
1995	91,5 %	 16.349	99,1 %	 12.527
1996	91,4 %	 16.335	99,3 %	 12.555
1997	86,5 %	 15.459	97,5 %	 12.332
1998	82,2 %	 14.685	97,2 %	 12.297
1999	77,8 %	 13.902	97,6 %	 12.339
2000	78,9 %	 14.105	93,7 %	 11.850
2001	75,2 %	 13.437	92,2 %	 11.656
2002	77,7 %	 13.880	94,9 %	 12.005
2003	75,7 %	 13.520	97,2 %	 12.292
2004	78,0 %	 13.937	93,9 %	 11.870
2005	76,3 %	 13.624	94,8 %	 11.987
2006	75,7 %	 13.527	94,1 %	 11.906
2007	74,4 %	 13.297	95,1 %	 12.024
2008	75,8 %	 13.540	94,6 %	 11.966
2009	75,0 %	 13.398	97,6 %	 12.349

Abbildung 67: Geborene und Gestorbene in Oberösterreich von 1993 (100%) bis 2009

Quelle: Statistik Austria

Die Zahl der Geburten ging in den letzten 10 Jahren nur leicht zurück, obwohl die Anzahl der Frauen zwischen 20 und 40 Jahren abnimmt. Dies ist vor allem auf die zuletzt wenig veränderte „Gesamtfruchtbarkeitsrate“ (TFR) zurückzuführen, welche seit 2002 zwischen 1,45 und 1,51 Lebendgeborenen pro Frau schwankt.

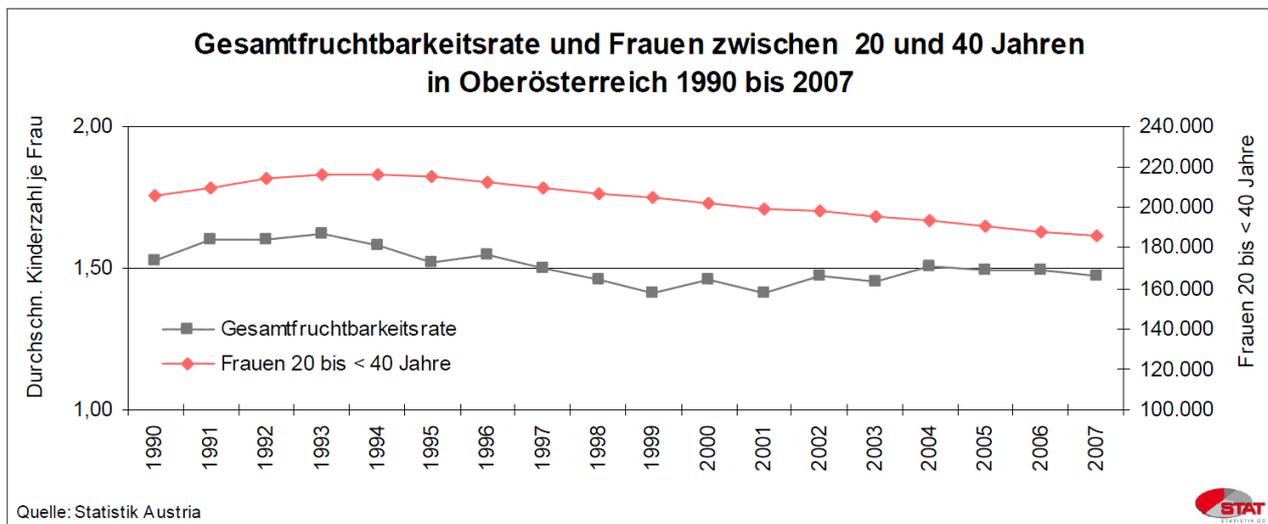


Abbildung 68: Gesamfruchtbarkeitsrate und Frauen zwischen 20 und 40 Jahren in Oberösterreich, 1990 bis 2007

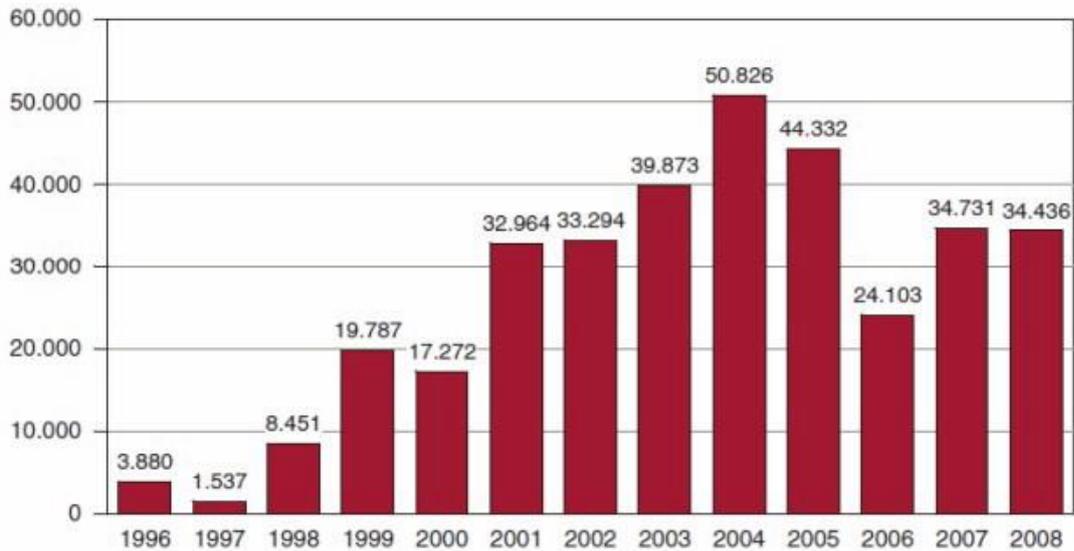
Diesen Ergebnissen nach ist der Zuwachs der Bevölkerung in Österreich eindeutig überwiegend nicht auf die Geburtenüberschüsse (über die Sterbefälle) zurückzuführen.

Für Österreich insgesamt fällt der Wanderungssaldo mit dem Ausland seit dem Jahr 2001 deutlich positiv aus. Der Höchstwert wurde im Jahr 2004 mit 50.826 mehr Zuzügen als Wegzügen registriert. Einen kleinen Einbruch gab es im Jahr 2006, als der Wanderungssaldo zwischenzeitlich auf 24.103 sank.⁶

⁶ vgl.

http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/internationale_wanderungen/036617; zuletzt besucht am 10.06.2011

Internationaler Wanderungssaldo (Zuzüge minus Wegzüge) 1996 bis 2008

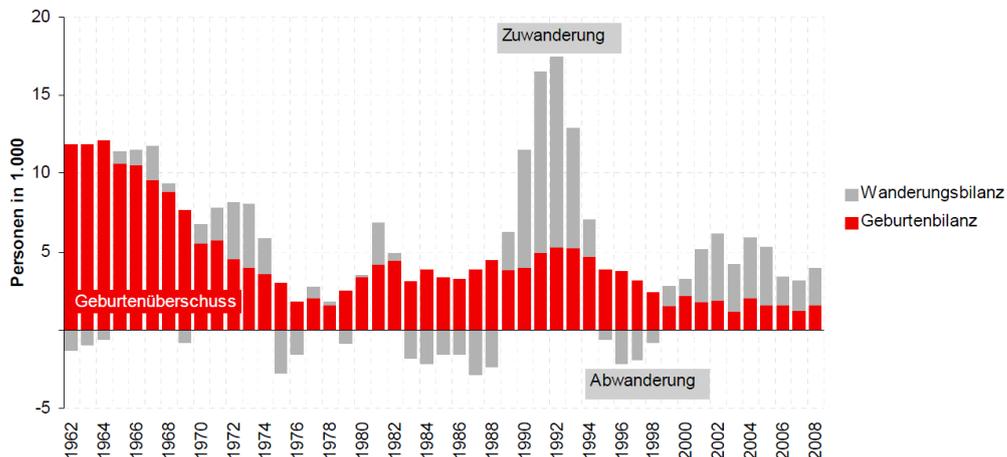


Q: STATISTIK AUSTRIA, Wanderungsstatistik 1996-2008. - Revidierte Ergebnisse für 2002 bis 2007.

Abbildung 69: Internationaler Wanderungssaldo (Zuzüge minus Wegzüge) in Österreich, 1996 bis 2008

Deutlich wird das Gewicht der Wanderungen auch im folgenden Schaubild für Oberösterreich:

OÖ. Bevölkerungsveränderung durch Geburten- und Wanderungsbilanz 1962 bis 2008



Quelle: Demogr. Indikatoren von Statistik Austria; Land OÖ, Abt. Statistik

Abbildung 70: Bevölkerungsveränderung in Oberösterreich durch Geburten- und Wanderungsbilanz 1962 bis 2008

Der Geburtenüberschuss ist seit Beginn der Aufzeichnungen deutlich zurückgegangen. Die Wanderungsbilanz war in den 1980er Jahren zumeist negativ, wie auch 1995 bis 1998. Seitdem ist die Wanderungsbilanz in Oberösterreich positiv.

Die Besetzung der Altersgruppen verändert sich im Zeitablauf, wie die folgenden Grafiken verdeutlichen:⁷

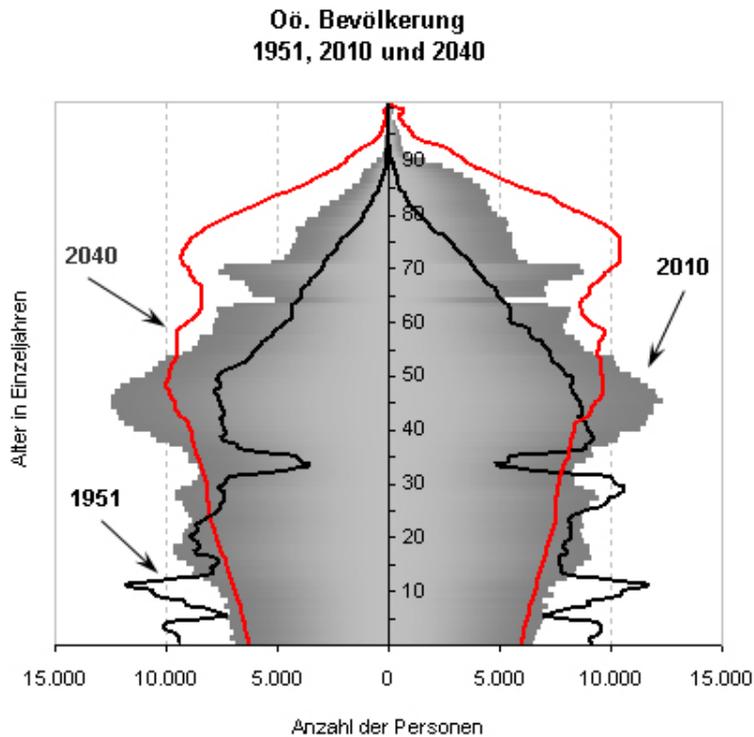


Abbildung 71: Bevölkerungsaufbau in Oberösterreich, 1951, 2010 und 2040

⁷ vgl. <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/statbestand/Begriffe.pdf>; zuletzt besucht am 10.06.2011 und <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/statprognosen/ProgErgJahr.jsp?darstellung=Pyramide&txtJahr1=1981&txtJahr2=2000&txtJahr3=2020&txtJahr4=2040&cbRegion=24>; zuletzt besucht am 10.06.2011

Bevölkerungspyramiden für Oberösterreich

zu den Tabellen

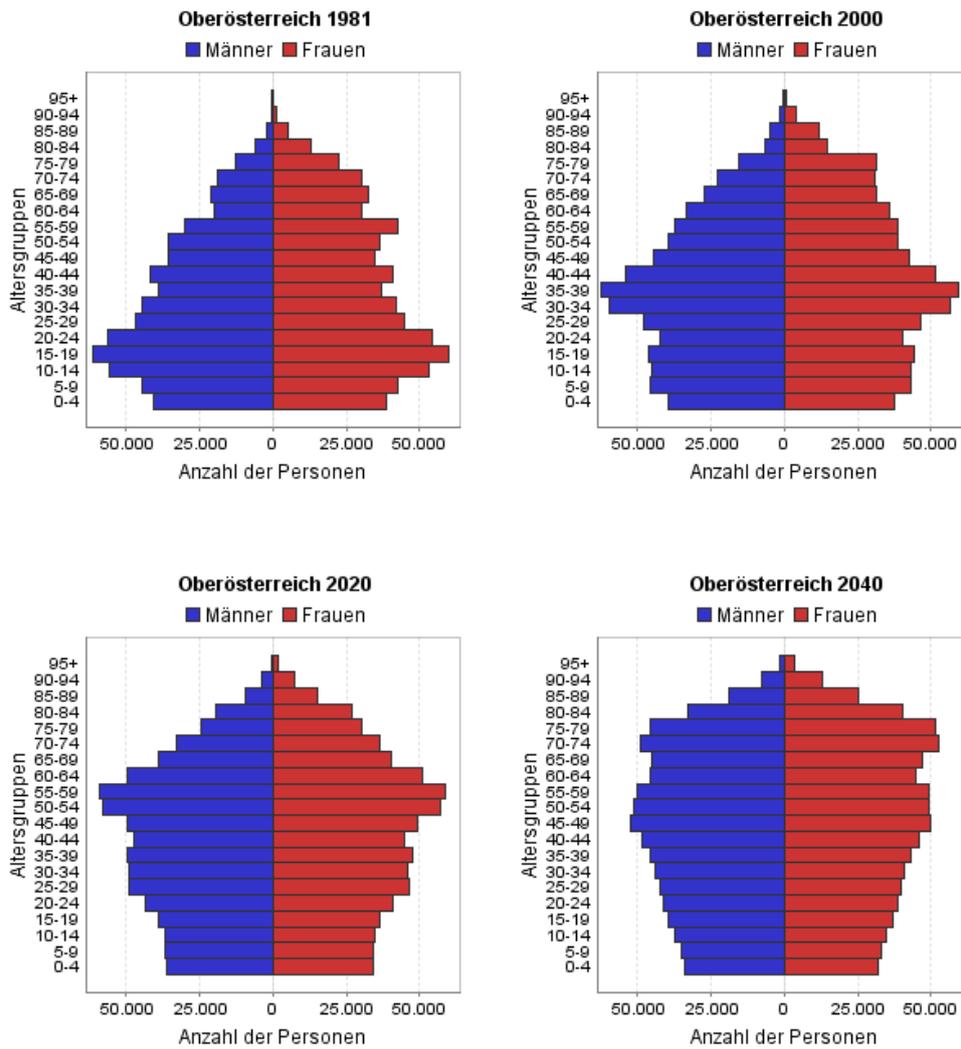


Abbildung 72: Bevölkerungspyramiden für Oberösterreich

Wie in vielen Ländern der westlichen Welt altert die Bevölkerung deutlich.

4.5 Geburtenentwicklung in den bayerischen Regierungsbezirken

Die Geburtenhäufigkeit in Niederbayern bewegt sich mit 8,1 Geburten je 1.000 Einwohnern im Durchschnitt der anderen bayerischen Regierungsbezirke, ohne Oberbayern (s. Kapitel 3.3).

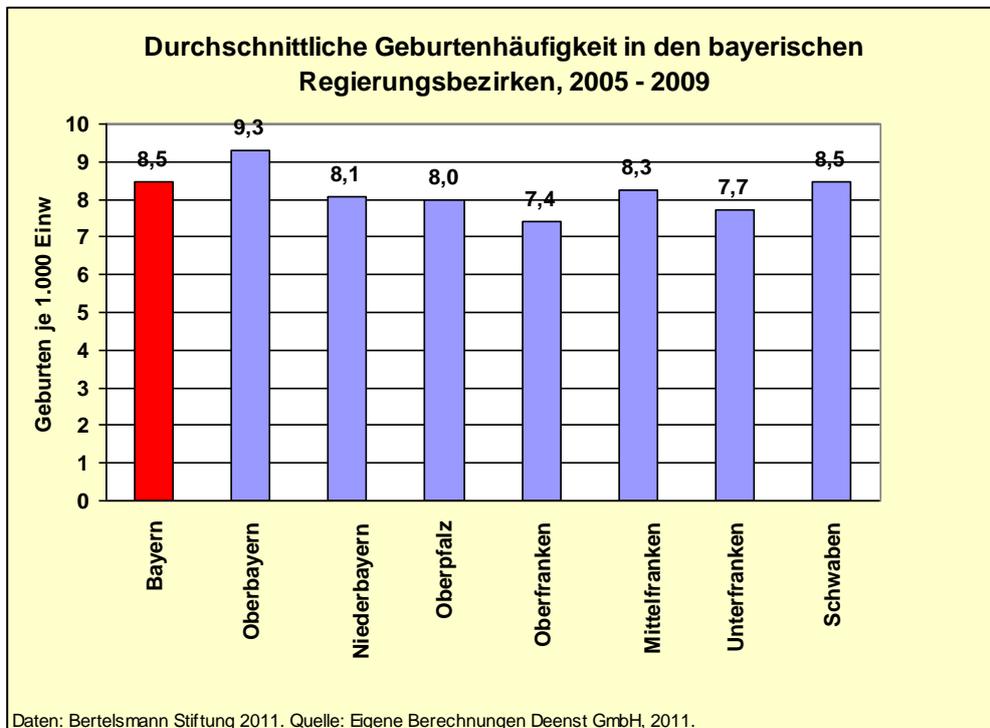


Abbildung 73: Durchschnittliche Geburtenhäufigkeit in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 bis 2009

Bei einem Vergleich der relativen Entwicklung der Geburtenzahlen in den bayerischen Regierungsbezirken in den letzten Jahren fällt auf, dass Unterfranken und Niederbayern die ungünstigste Entwicklung zu verzeichnen haben. In Niederbayern betrug der Rückgang ca. 8% innerhalb von nur 4 Jahren, wobei besonders die Kalenderjahre 2006 und 2009 eine deutliche Abnahme brachten. Diese beiden Jahre waren auch in anderen bayerischen Regierungsbezirken ungünstig, aber nicht in dem Ausmaß wie in Niederbayern.

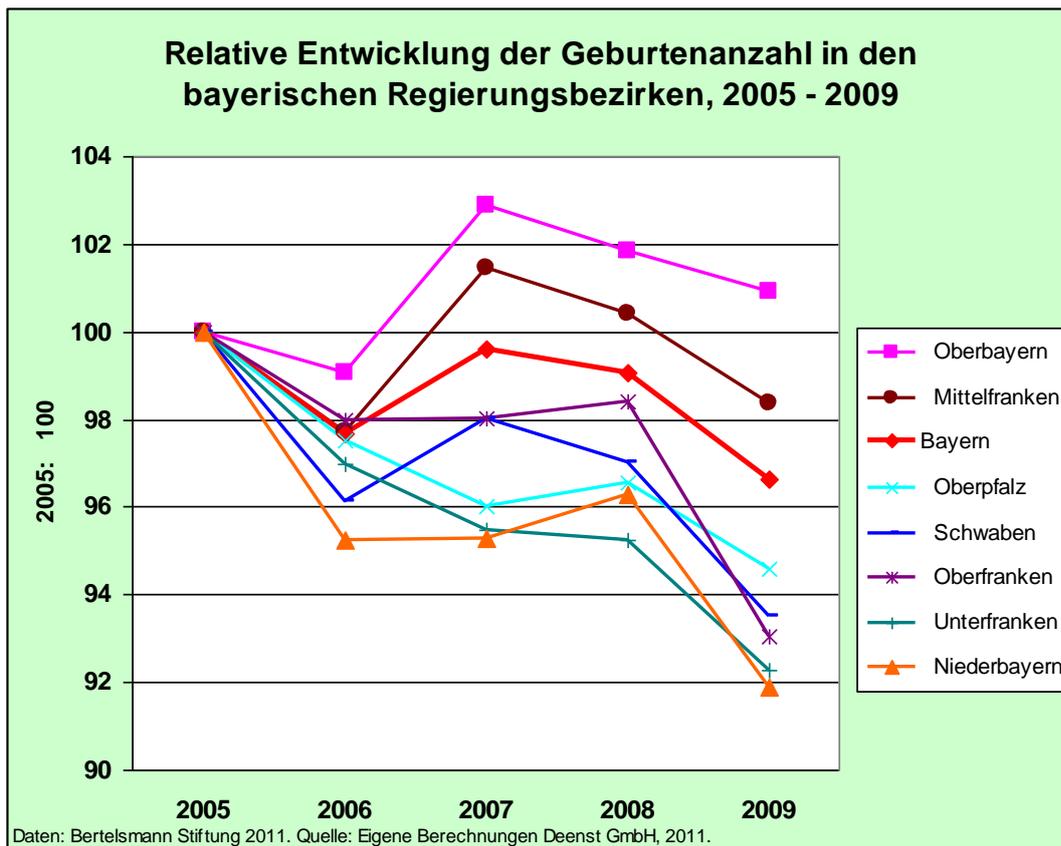


Abbildung 74: Relative Entwicklung der Geburtenanzahl in den bayerischen Regierungsbezirken, 2005 bis 2009

In allen bayerischen Regierungsbezirken ging parallel zur Anzahl der Geburten die Anzahl der Frauen im 3. und 4. Lebensjahrzehnt zurück. Die relativen Rückgänge von 2005 bis 2009 lagen zwischen ca. 7% und 13%, mit der Ausnahme Oberbayerns, wo der Rückgang nur etwa 4% betrug. Hier gab es ab 2006 einen „Knick“ nach oben, der vor allem auf die in diesem Jahr in der Landeshauptstadt eingeführte Zweitwohnsitzsteuer zurückzuführen sein dürfte; dazu mehr in Kapitel 3.13.

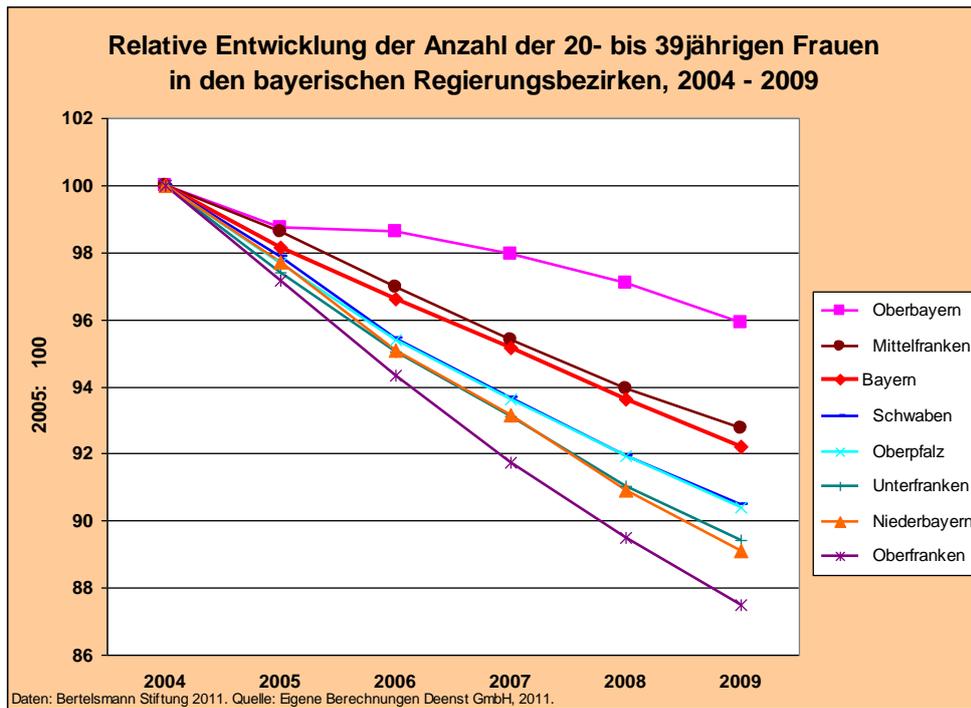


Abbildung 75: Relative Entwicklung der Anzahl der 20- bis 39jährigen Frauen in den bayerischen Regierungsbezirken, 2004 bis 2009

Das durchschnittliche Geburtsalter der Frauen unterscheidet sich zwischen den Regierungsbezirken Bayerns deutlich. Das höchste durchschnittliche Geburtsalter im Jahr 2009 wurde in Oberbayern erreicht. Dort waren die Frauen bei der Geburt im Durchschnitt 31,7 Jahre alt. Es folgt Schwaben, wo das durchschnittliche Geburtsalter bei 30,7 Jahren lag. Somit waren die schwäbischen Frauen bei der Geburt im Durchschnitt ein Jahr jünger als ihre oberbayerischen Landsfrauen. In Oberfranken war das Geburtsalter mit 30,2 Jahren am niedrigsten. Das Geburtsalter in Niederbayern insgesamt betrug ebenso wie in Deutschland 30,4 Jahre (vgl. Kapitel 3.3).

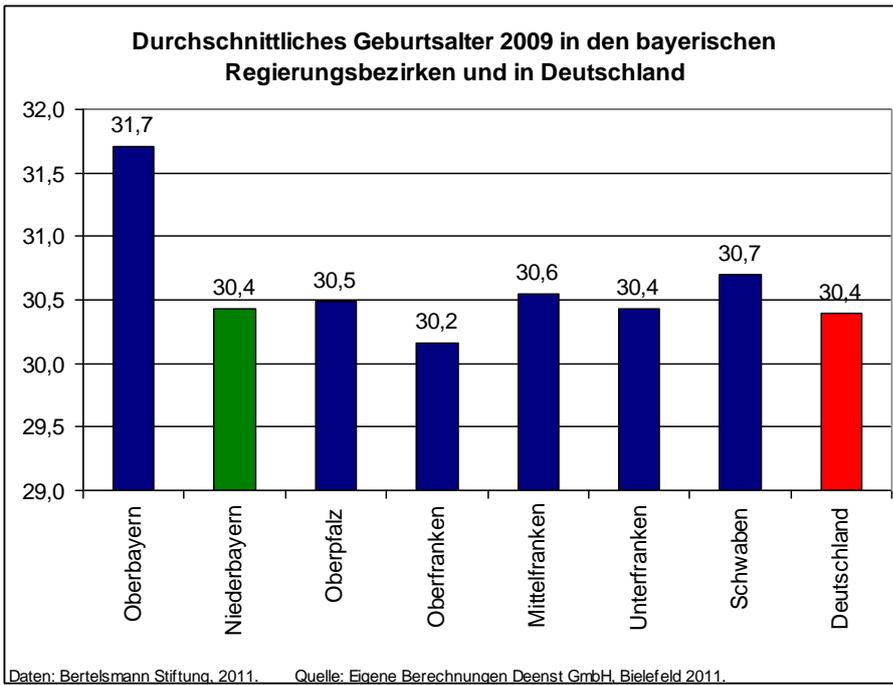


Abbildung 76: Durchschnittliches Geburtsalter 2009 in den bayerischen Regierungsbezirken und in Deutschland

5. Vorhandene Bevölkerungsvorausberechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise Niederbayerns

5.1 Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung

Von der Bertelsmann Stiftung wurden im Rahmen der 2. Auflage des Projekts „Wegweiser Kommune“ Bevölkerungsvorausberechnungen für insgesamt ca. 3.000 Gemeinden (Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern) in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. In diesen knapp 3.000 Gemeinden wohnen 85% der Einwohner der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bevölkerungsvorausberechnungen werden bis zum Endjahr 2025 durchgeführt mit einem umfangreichen Softwareprogramm, das auf Matlab beruht.

Als Datengrundlage für den Bevölkerungsstand dient die Bevölkerung am Hauptwohnsitz nach Geschlecht und 110 Altersjahren für die Jahre 2002 bis 2006 zum Stichtag 31.12 des jeweiligen Jahres. Für die Geburten wurden die Lebendgeborenen nach Lebensalter der Mutter und Geschlecht des Kindes erfasst. Auch die Sterbefälle sowie die Zu- und Fortzüge wurden für jede Gemeinde nach Geschlecht und 110 Altersjahren für die Vorausberechnungen analysiert.

Dabei fließt der Durchschnitt (arithmetisches Mittel) der Jahre 2003 bis 2006 aller Bewegungskomponenten in die Annahmenbildung ein.

Die Vorausberechnungen wurden nach der Komponentenmethode durchgeführt. Bei der Komponentenmethode wird der nach Einzelaltersjahren und Geschlecht differenzierte Bevölkerungsstand durch Anwendung von Übergangswahrscheinlichkeiten (also geschlechts- und altersspezifische Zuzugsanteile und Fortzugsraten, geschlechts- und altersspezifische Fertilitätsraten und Sterbewahrscheinlichkeiten) von Jahr zu Jahr fortgeschrieben. Es werden somit separate und gebietsspezifische Annahmen für die vier demographischen Komponenten angewendet und nach und nach für jedes Kalenderjahr bis zum Berechnungshorizont für alle Gebiete neue Bevölkerungen simultan für alle Gebiete berechnet. Aus der am Anfang eines Kalenderjahres vorhandenen Bevölkerung und der Anwendung der vier Komponenten ergibt sich die am Ende des Jahres in dem betreffenden Gebiet lebende Bevölkerung.

In Anlehnung an die Annahme G1 „annähernde Konstanz“ des Statistischen Bundesamtes (Referenzvariante für Fertilität in der 11. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, später auch in der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung) wurde von einer näherungsweise Konstanz der Geburtenziffern ausgegangen. Gleichzeitig wirkt sich die Erhöhung des durchschnittlichen Gebäralters (sog. Tempoeffekt der Fertilität) in Deutschland

dämpfend auf die zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) aus. Es wird davon ausgegangen, dass das durchschnittliche Gebäralter kurz- und mittelfristig weiter zunehmen wird, allerdings moderater als in den letzten Jahren.

Für jede Gebietseinheit mit insgesamt mindestens 49.000 Sterbefällen in den Jahren 2003 bis 2006 wurde eine eigene Sterbetafel mit alters- und geschlechtsspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten berechnet. Entsprechend der Basisannahme (L1) des Statistischen Bundesamtes wurde von einer weiteren moderaten Zunahme der Lebenserwartung ausgegangen, und zwar um 3,42 Jahre bei den Männern und 3,04 Jahren bei den Frauen. Die Steuerung der Lebenserwartung im Berechnungsprogramm erfolgte anhand einer Sterbetafelsimulation, welche die einzelnen geschlechts- und altersbezogenen Sterbewahrscheinlichkeiten veränderte.

Die Anzahl der Zuzüge über die Grenzen Deutschlands wird im Programm zur Erstellung der Vorausberechnungen vorgegeben. Der Durchschnitt aus den Jahren 2002 bis 2006 betrug etwa 750.000 Zuzüge jährlich. Die Tendenz innerhalb der letzten Jahre war allerdings rückläufig (2006: rund 662.000 Zuzüge). Bei den Vorausberechnungen wurde angenommen, dass ein schrittweiser Anstieg der jährlichen Zuwanderung aus dem Ausland von 683.000 Zuzügen im Jahr 2007 auf konstant 700.000 Zuzüge (davon 406.000 Männer und 294.000 Frauen) ab dem Jahr 2008 erfolgt. Die Vorgabe der Zuzüge von 700.000 orientiert sich an der Variante W1 der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Zusammen mit den Fortzugsquoten ergibt sich ein Saldo von rund 91.000 für das Jahr 2007.

Die Gesamtzahl der Wanderungsbewegungen steigt von Ebene zu Ebene nach unten erheblich an, weil z.B. ein Umzug in eine Nachbargemeinde häufig im selben Kreis und noch häufiger im selben Bundesland erfolgt und dann auf den höheren Ebenen nicht in die Wanderungsstatistik eingeht.

Die Vorausberechnungen erfolgten für die fünf Gebietsebenen, und zwar nacheinander für Deutschland insgesamt, Bundesländer, Regierungsbezirke, Landkreise bzw. kreisfreie Städte und Gemeinden.

Die Ergebnisse zeigen für die Kreise Niederbayerns ein sehr unterschiedliches Bild, mit einer Entwicklung des künftigen Bevölkerungsstandes zwischen -7,5% und 6,9% innerhalb von zwei Jahrzehnten. Die ungünstigsten Perspektiven ergaben sich dabei für die an der Grenze zu Tschechien liegenden Kreise.

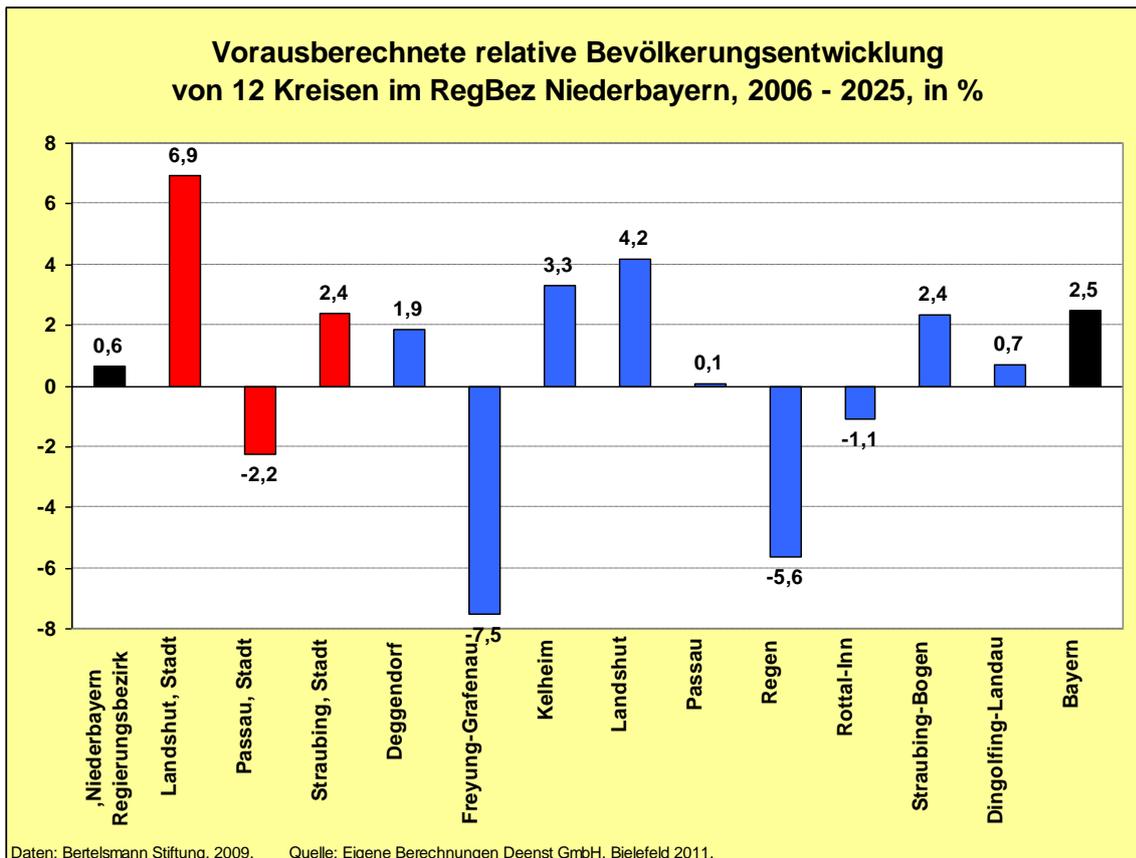


Abbildung 77: Vorausberechnete relative Bevölkerungsentwicklung von 12 Kreisen im Regierungsbezirk Niederbayern, 2006 bis 2025, in %

Für Bayern insgesamt wird seitens der Bertelsmann Stiftung von 2006 bis 2025 ein Bevölkerungszuwachs um 2,5% vorausberechnet, für den vor allem ein Bevölkerungswachstum von 8,4% in Oberbayern ausschlaggebend ist. Deutschland hat dagegen mit einem Rückgang der Einwohnerzahl um 2,0% zu rechnen.

Die von 2006 bis 2025 zu erwartenden Veränderungen im Altersaufbau werden an den folgenden Bevölkerungspyramiden deutlich.

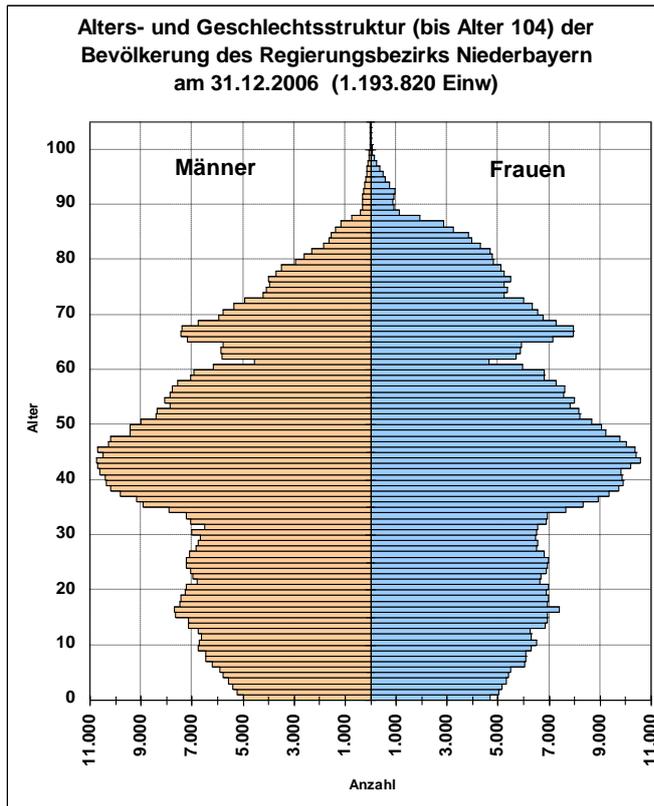


Abbildung 78: Alters- und Geschlechtsstruktur (bis Alter 104) der Bevölkerung des Regierungsbezirks Niederbayern am 31.12.2006 (1.193.820 Einwohner)

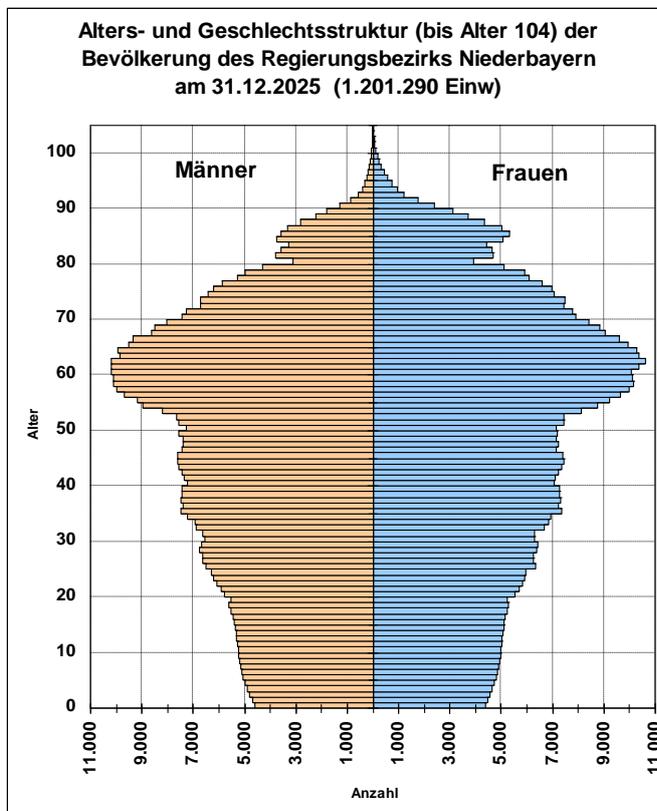


Abbildung 79: Alters- und Geschlechtsstruktur (bis Alter 104) der Bevölkerung des Regierungsbezirks Niederbayern am 31.12.2025 (1.201.290 Einwohner)

In den knapp zwei Jahrzehnten des Vorausberechnungszeitraums wird in Bayern das Medianalter um etwas mehr als 5 Jahre auf 46,1 Jahre steigen. Für Deutschland wurde ein Anstieg um 5,4 Jahre auf 47,2 Jahre vorausberechnet. Für Niederbayern ist sogar ein Anstieg um gut 6 Jahre auf 48,1 Jahre zu erwarten. Die Bevölkerung in Niederbayern wird also voraussichtlich etwas stärker altern als in Bayern und in Deutschland.

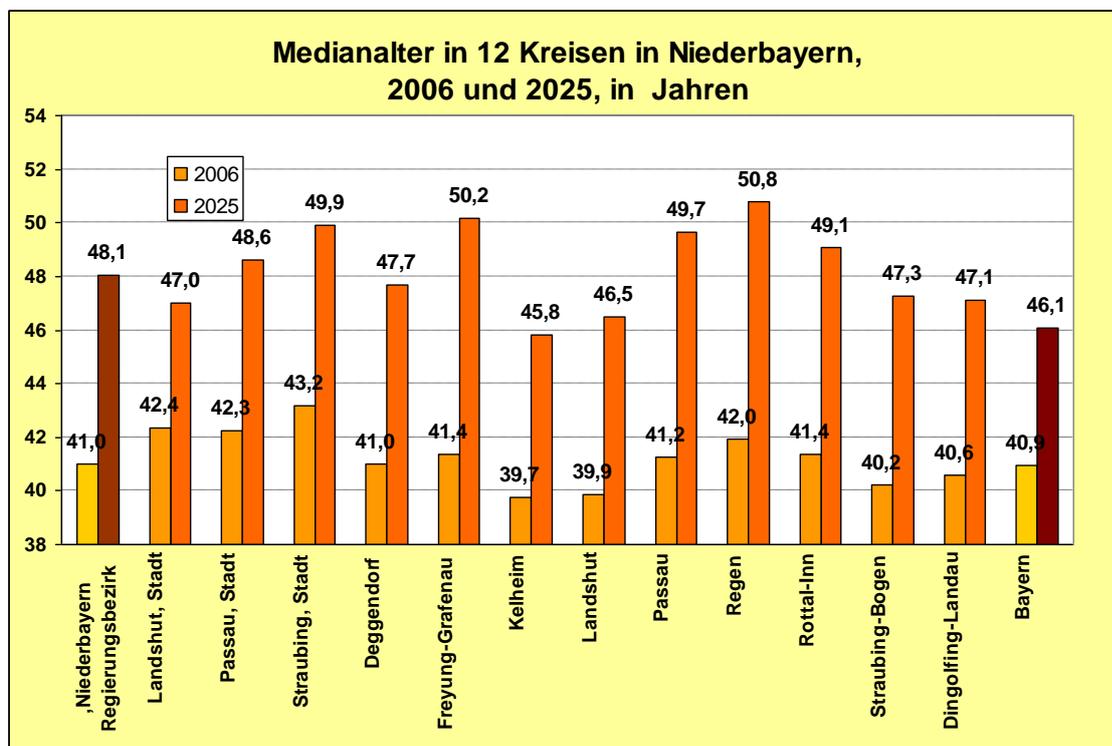


Abbildung 80: Medianalter in 12 Kreisen in Niederbayern 2006 und 2025, in Jahren

Der Anteil der über 65jährigen an der Bevölkerung wird sich nach den Vorausberechnungen zwischen den Kreisen Niederbayerns deutlich unterscheiden. Den geringsten Anteil haben die Landkreise Kelheim und Landshut mit je etwas mehr als 23% zu erwarten, mit Anteilen von mehr als 28% können der Landkreis Regen und die kreisfreie Stadt Straubing rechnen. Die drei kreisfreien Städte müssen sich auf relativ hohe Bevölkerungsanteile „Hochbetagter“ (80 Jahre und älter) einstellen: mit Werten zwischen 8,5% und 8,8% liegen sie hier höher als alle Landkreise in Niederbayern.

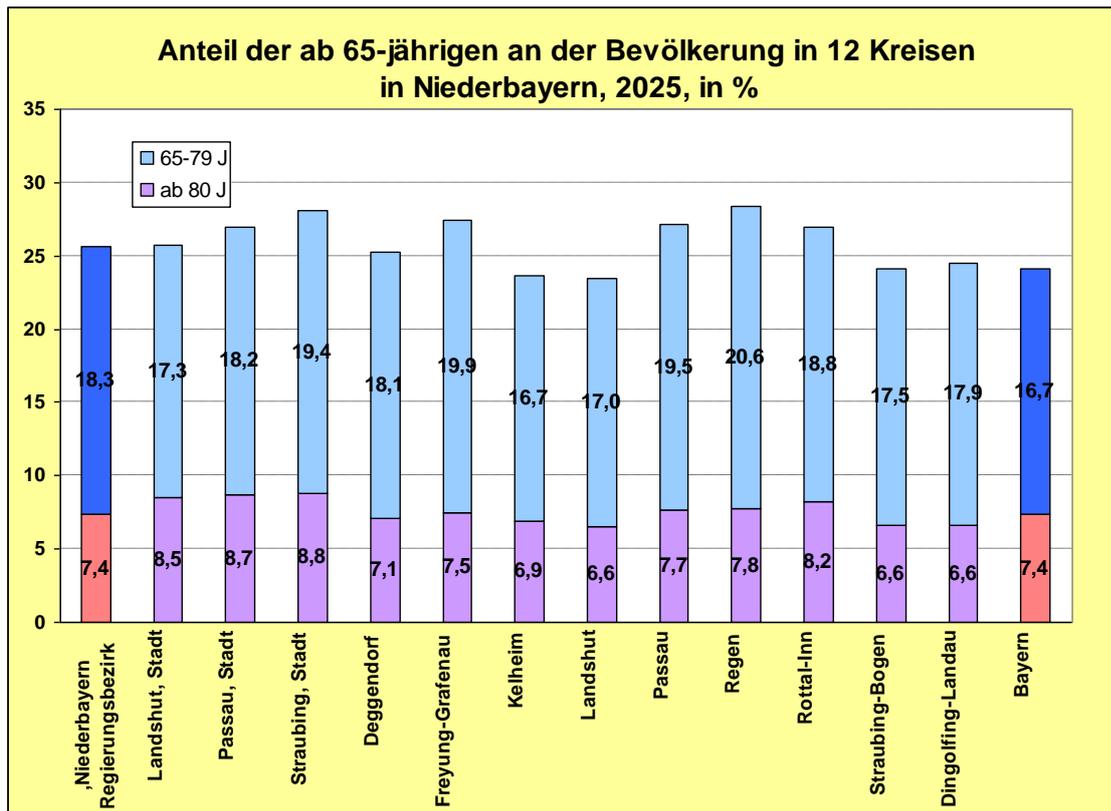


Abbildung 81: Anteil der ab 65jährigen an der Bevölkerung in 12 Kreisen in Niederbayern, 2025, in %

Im Herbst 2011 wird die Bertelsmann Stiftung im „Wegweiser Kommune“ eine Neuauflage ihrer Bevölkerungsvorausberechnungen veröffentlichen, die auf den empirischen Daten bis zum 31.12.2009 aufbaut und bis zum Jahr 2030 reicht.

5.2 Bevölkerungsvorausberechnungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung erstellt einmal pro Jahr neue Bevölkerungsvorausberechnungen für die Gemeinden Bayerns auf Basis eines deterministischen Komponentenmodells mit Hilfe der Software Sikurs.

In der aktuellen Version wird eine Variante bis zum Jahr 2029 vorausberechnet. Die der Berechnung zugrunde liegenden Basisdaten sind die Bevölkerungsbestandsdaten zum 31.12.2003 bis zum 31.12.2009 für 100 Altersjahrgänge.

Für die Ermittlung der Fertilität werden altersspezifische Geburtenraten auf Grundlage der Lebendgeborenen aus den Jahren 2003 bis 2009 berechnet. Es wird angenommen, dass die Geburtenrate konstant bleibt. Für die Mütter wird eine Steigerung des Geburtsalters bis zum Jahr 2020 unterstellt; ab dem Jahr 2020 bleibt das Geburtsalter der Mütter dann konstant.

Für die Landkreise und kreisfreien Städte werden eigene alters- und geschlechtsspezifische Sterbetafeln berechnet auf Basis der Sterbefälle aus den Jahren 2003 bis 2009. Für die Lebenserwartung wird davon ausgegangen, dass sie weiterhin zunimmt. So wird für die Männer von einer Steigerung der Lebenserwartung von 76,9 auf 79,7 Jahre bis 2029 ausgegangen, für die Frauen von 82,0 auf 84,4 Jahre bis 2029.

Bei den Wanderungen wird zwischen Binnenwanderungen (innerhalb Bayerns) und Außenwanderungen unterschieden. Für die Kreise und kreisfreien Städte werden Wanderungsströme differenziert nach Geschlecht und Alter über die Kreisgrenzen für die Jahre 2003 bis 2009 einer Analyse unterzogen und auf dieser Grundlage demographisch differenzierte Binnenwegzugsraten berechnet. Für die Binnenwanderung wird davon ausgegangen, dass diese vom Jahr 2020 bis zum Jahr 2029 auf 70% des Ausgangsniveaus absinkt.

Für die Außenwanderungen werden zwei Arten unterschieden: zum einen die Außenwanderung in die anderen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen die Außenwanderungen ins Ausland. Für beide Arten werden jeweils Zuzugs- und Fortzugsraten je Gebiet, Einzelaltersjahr und Geschlecht auf Basis der tatsächlichen Wanderungen der Jahre 2003 bis 2009 berechnet und gewichtet. Für die Außenwanderungen in die anderen Bundesländer wird angenommen, dass die Wanderungssalden ab 2011 absinken (2010: +26.150, 2011: + 29.000, bis 2021: Absinken des Wanderungssaldos auf +19.000, danach: konstant bei +19.000). Dieser Annahme liegt die These zugrunde, dass die Zahl der Wanderungsfälle innerhalb Deutschlands aufgrund der abnehmenden Bevölkerung auch abnimmt.

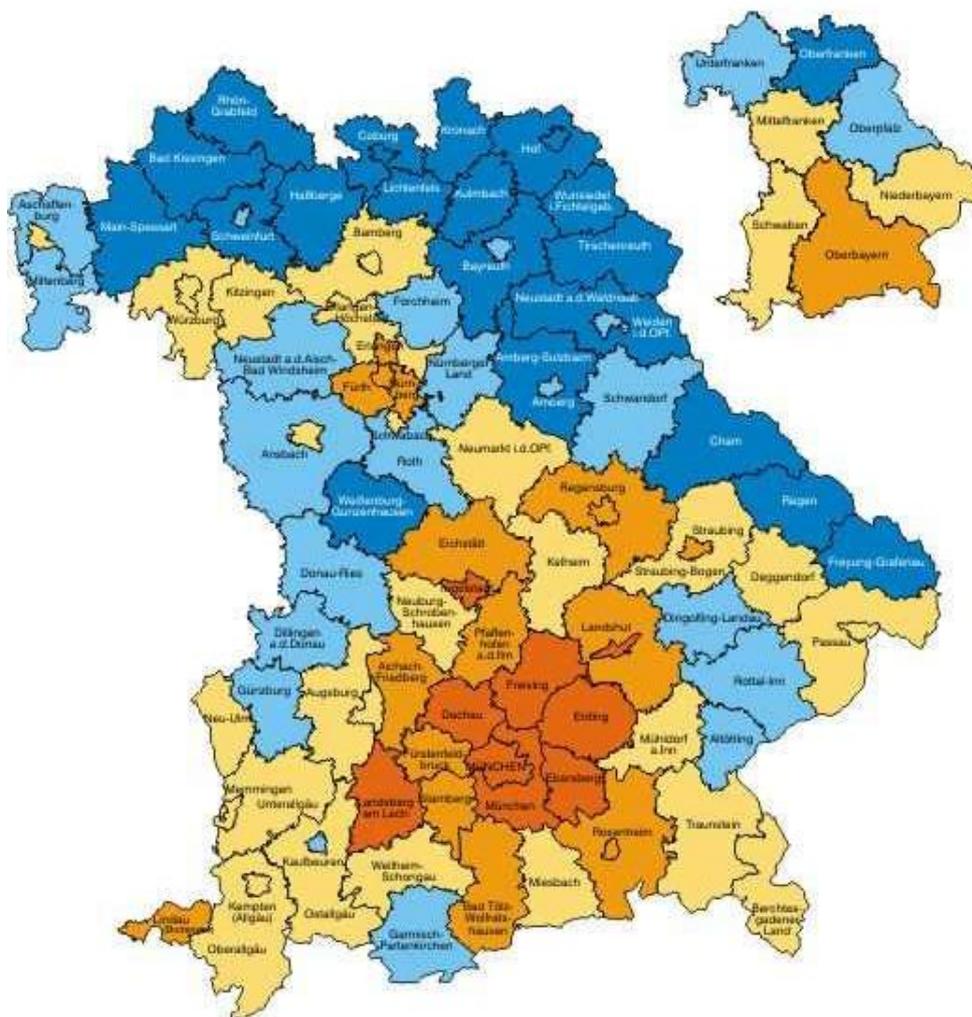
Für die Außenwanderungen aus Bayern ins Ausland wird von einem ausgeglichenen Wanderungssaldo für das Jahr 2010 ausgegangen. Ab dem Jahr 2010 wird ein positiver Saldo in Höhe von +13.000 Personen gesetzt, welcher in den Jahren 2011 und 2015 aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Osterweiterung auf +15.000 ansteigt.

Für die Zuwanderungen werden Allokationsquoten berechnet, welche die Zuzüge auf die demographischen Gruppen der vorausberechneten Gebiete auf Grundlage der Zuwanderungen aus den Jahren 2003 bis 2009 aufteilen.

Als Besonderheit wird die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer gewertet. Durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer werden die Binnenwanderungen verzerrt, aus diesem Grund werden die Jahre 2005 und 2006 bei der Berechnung der Binnenwegzugsraten geringer gewichtet. Des Weiteren werden sowohl bei den Fertilitätsraten, den Binnenwanderungsraten als auch bei den Zu- und Fortzugsraten der Außenwanderungen Extremwerte geglättet.⁸

Das folgende Schaubild zeigt eine in etwa ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung für die Kreise in Niederbayern, die an der Donau liegen. Nach Nordosten hin ist die Perspektive deutlich ungünstiger, nach Südwesten hin etwas ungünstiger. Der Landkreis Landshut scheint von seiner Nähe zum Einzugsbereich der Landeshauptstadt zu profitieren, in deren Umfeld alle Landkreise einen Anstieg der Bevölkerungszahl zu erwarten haben.

⁸ vgl. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen für Bayern bis 2029 – Demografisches Profil für den Regierungsbezirk Niederbayern; Hrsg Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; 2010; S.11f.



Veränderung 2029
gegenüber 2009
in Prozent

Veränderung 2029 gegenüber 2009 in Prozent	Häufigkeit
bis unter -7,5 „stark abnehmend“	21
-7,5 bis unter -2,5 „abnehmend“	20
-2,5 bis unter 2,5 „stabil“	29
2,5 bis unter 7,5 „zunehmend“	17
7,5 oder mehr „stark zunehmend“	9

Minimum: Lkr. Wunsiedel/Fichtelgebirge -20,9 %
Maximum: Lkr. Erding 12,5 %

Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklung in den Voraussageszenarien des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung

5.3 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Das BBR ist eine nachgeordnete Behörde des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Auch dort werden seit vielen Jahren regionale Bevölkerungsvorausberechnungen erstellt, im Rahmen der Aktivitäten zur Raumordnung.

Anfangsjahr der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des BBR ist 2005. Die Annahmen zu den Wanderungen stützen sich auf den Zeitraum 2000 bis 2004/2005.⁹ Detaillierte Informationen zu der vom BBR angewandten Methodik liegen nicht vor.

Die Ergebnisse dieser Vorausberechnungen sind den Schaubildern im Kapitel 5.4 zu entnehmen.

⁹ vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Raumordnungsprognose 2025/2050 – Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen (Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauswesen und Raumordnung (BBR), Bonn, 2009, Berichte Band 29

5.4 Vergleich und Bewertung der drei Bevölkerungsvorausberechnungen

Zwischen den Bevölkerungsvorausberechnungen für Niederbayern bestehen deutliche Unterschiede. So fallen - auf den gesamten Regierungsbezirk Niederbayern bezogen - die Vorausberechnungen des BBR am positivsten aus. Bis zum Jahr 2025 steigt die Bevölkerungszahl diesen Berechnungen nach im Regierungsbezirk Niederbayern auf 1.235.800 Personen; um ca. 35.300 Personen im Vergleich zum Jahr 2007. In der Mitte liegt die Berechnung der Bertelsmann Stiftung. Auch dort steigt die Bevölkerungszahl für Niederbayern an, jedoch wesentlich geringer, nur um 5.900. Zu einem Bevölkerungsverlust kommt es hingegen bei den Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, dort sinkt die Bevölkerungszahl von 1.189.200 im Jahr 2009 auf 1.182.200 im Jahr 2025; somit um gut 7.000 Personen.

Die Berechnung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung beruht auf aktuelleren Basisdaten als die anderen beiden Vorausberechnungen. Man sieht in der unten folgenden Grafik deutlich, dass die Bevölkerungszahl im Ausgangspunkt geringer ist, was dafür spricht, dass die tatsächliche Einwohnerzahl in den Jahren 2007 bis 2009 zurückgegangen ist. Bestätigt wird dies durch die aktuellen Bevölkerungsbestandszahlen, die uns von der Bertelsmann Stiftung vorliegen. Demnach ging die Bevölkerung in Niederbayern Jahr für Jahr zurück (im Jahr 2007 1.193.456 Einwohner, im Jahr 2008 1.191.179 Einwohner, im Jahr 2009 1.188.402 Einwohner).

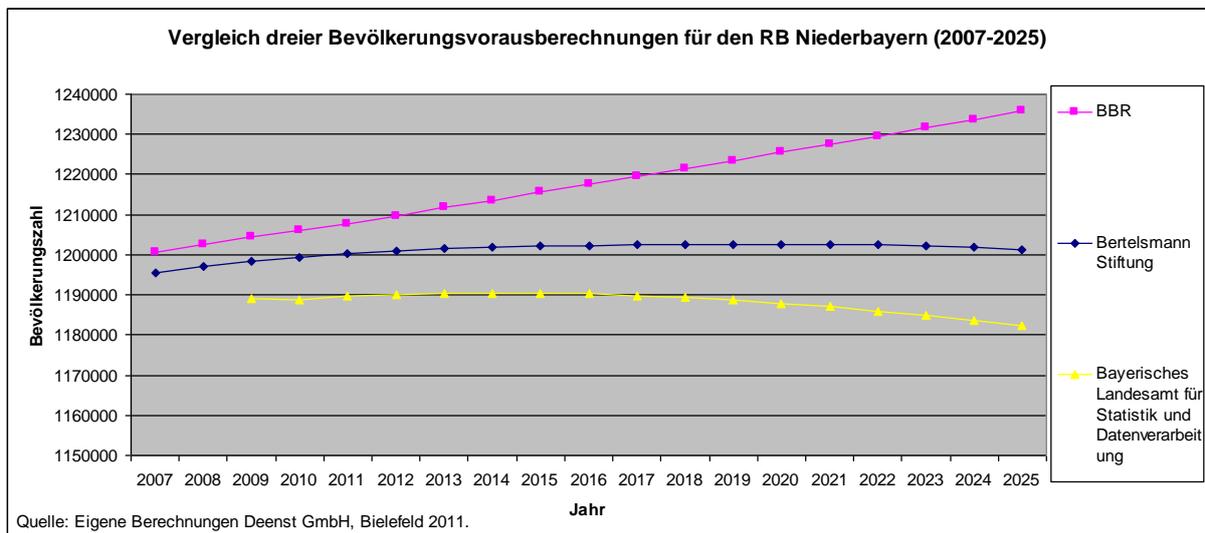


Abbildung 83: Vergleich dreier Bevölkerungsvorausberechnungen für den Regierungsbezirk Niederbayern, 2007 bis 2025

Beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung fallen vor allem die deutlich positiveren Berechnungen für die kreisfreien Städte im Vergleich zu den Landkreisen auf. So liegen die Vorausberechnungen des Bayerischen Landesamtes für

Statistik und Datenverarbeitung bei allen Landkreisen unterhalb der Vorausberechnungen des BBR und der Bertelsmann Stiftung. Auch hierfür könnte eine ungünstigere Ausgangslage ausschlaggebend sein, die durch den später liegenden Basiszeitraum zu erklären ist. So liegen die Werte für 2009 beim Bayerischen Landesamt für die Landkreise stetig unter den Werten der Bertelsmann Stiftung und des BBR.

Die aktuellen Daten, die von der Bertelsmann Stiftung zur Verfügung gestellt wurden, erhärten die Annahme, dass es in den letzten fünf Jahren zu einer Abnahme der Bevölkerung in den meisten Landkreisen gekommen ist.

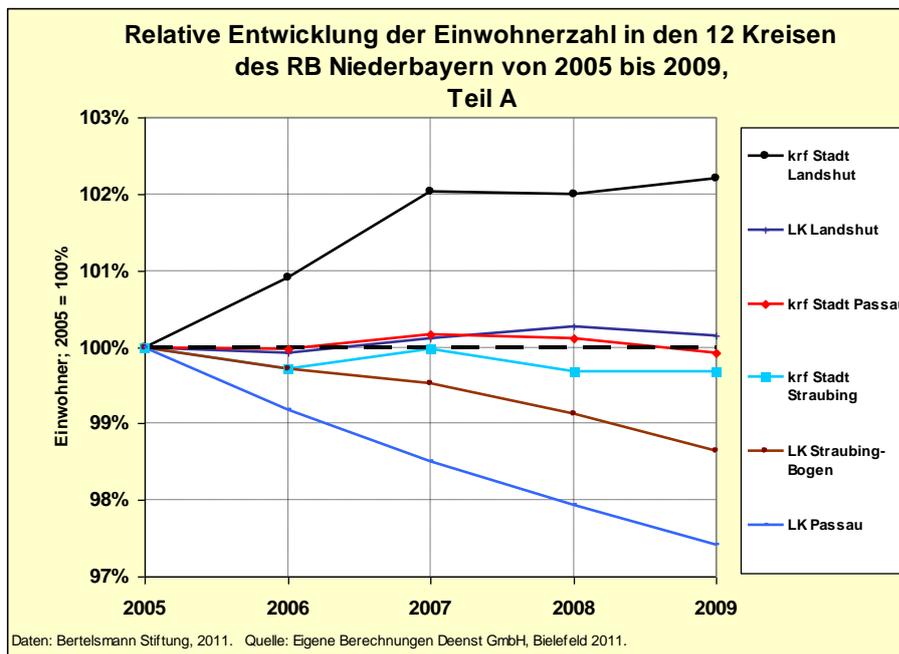


Abbildung 84: Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil A

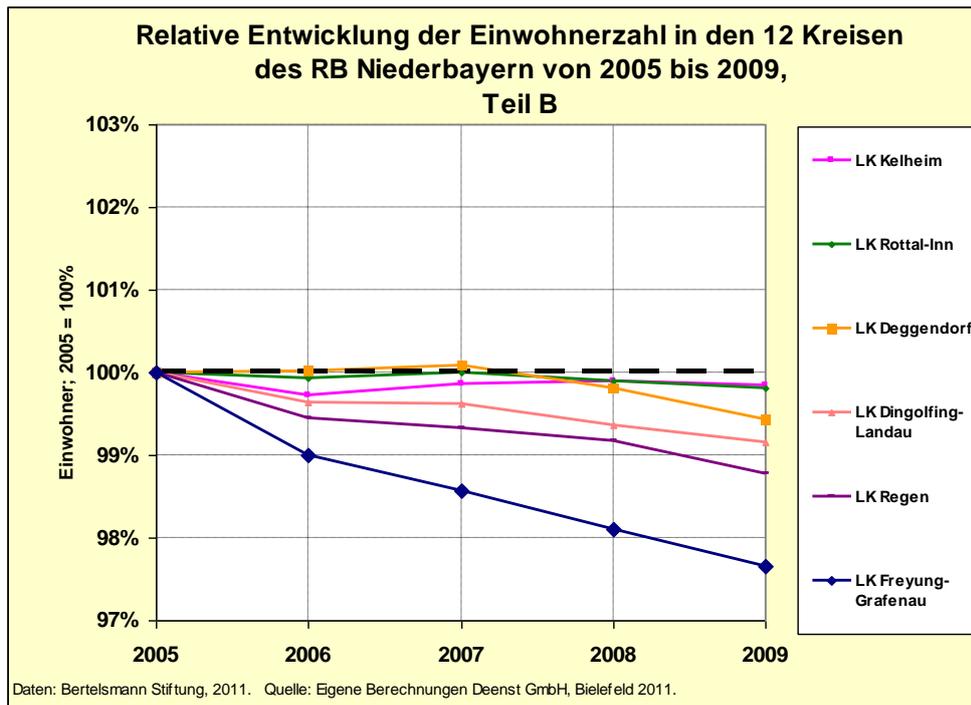


Abbildung 85: Relative Entwicklung der Einwohnerzahl in den 12 Kreisen des Regierungsbezirks Niederbayern von 2005 bis 2009, Teil B

Im Herbst 2011 wird die Bertelsmann Stiftung eine Aktualisierung ihrer Vorausberechnungen veröffentlichen, mit neueren Basisdaten aus den Jahren 2005 bis 2009. Bei der Neuberechnung der Bertelsmann Stiftung werden somit die empirischen Basisdaten für die Basisjahre 2007 bis 2009 auch deutlich negativer ausfallen. Ähnliches gilt vermutlich für das BBR, dessen Datenbasis noch älter (2000 - 2004/2005) ist als jene der Bertelsmann Stiftung (2002 - 2006).

Für die drei kreisfreien Städten liegen die Vorausberechnungen der Bertelsmann Stiftung für die letzten vorausberechneten Jahre unterhalb der beiden anderen zum Vergleich stehenden Berechnungen. Dies dürfte auf die Entwicklung der Wanderungen in den letzten Jahren zurückzuführen sein, also nach dem Ende des Basiszeitraums, den die Bertelsmann Stiftung bei ihren letzten Vorausberechnungen berücksichtigen konnte. Eine positivere Wanderungsbilanz führt auch zu positiveren Bevölkerungszahlen in den Vorausberechnungen.

Die Schaubilder für die einzelnen Kreise befinden sich im Anhang.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Vorausberechnungen des Bayerischen Landesamtes und der Bertelsmann Stiftung gute Grundlagen für die weiteren Planungen liefern. Die Unterschiede zwischen beiden Berechnungen erklären sich vor allem aus dem unterschiedlichen Zeitpunkt, zu dem sie erstellt wurden. Neue Erkenntnisse sind aus der bevorstehenden Neuauflage des „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung zu erwarten.

„Null“-Variante

Um die Folgen der sog. natürlichen Bevölkerungsveränderungen (also Geburten und Sterbefälle) zu verdeutlichen, lässt sich eine Bevölkerungsvorausberechnung als „Null-Variante“ erstellen. In dieser rein theoretischen Variante wird für den gesamten Vorausberechnungszeitraum angenommen, dass keine Zu- und Fortzüge stattfinden. Im Vergleich zur Vorausberechnung mit allen vier Komponenten fällt auf, dass die Bevölkerungsentwicklung deutlich rückläufig ist. Besonders macht sich dieser Effekt in den kreisfreien Städten bemerkbar. Hauptgrund ist der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten, wobei gleichzeitig die sonst auftretenden Wanderungsgewinne dieser Städte nicht berücksichtigt werden.

Aus den in dieser Modellrechnung entfallenden Wanderungen ergeben sich auch Sekundäreffekte auf die Geburten. Z.B. können sich in der „normalen“ Variante die Zuzüge sogar bei einer negativen Wanderungsbilanz steigernd auf die Geburtenzahl auswirken, wenn mehr Personen im Elternalter zuziehen als fortziehen. Dies kann besonders für Wanderungsbewegungen mit dem Ausland der Fall sein.

Für Niederbayern insgesamt ergibt sich nach den Vorausberechnungen der Bertelsmann Stiftung in der Nullvariante von 2006 bis 2025 statt eines geringen Bevölkerungszuwachses von 0,6% ein Minus von 5,0%. In den drei kreisfreien Städten würde sich das Resultat sogar zwischen 7 und 14 Prozentpunkten verschlechtern, in den Landkreisen reicht die Spanne im Vergleich zur „normalen“ Vorausberechnung von +1% bis -6 Prozentpunkten.

Relative Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2025	normal	Nullvariante	Differenz
Niederbayern, Regierungsbezirk	0,6	-5,0	-5,6
Landshut, Stadt	6,9	-7,1	-14,0
Passau, Stadt	-2,2	-9,4	-7,2
Straubing, Stadt	2,4	-8,2	-10,6
Deggendorf	1,9	-4,2	-6,1
Freyung-Grafenau	-7,5	-6,1	1,4
Kelheim	3,3	-2,5	-5,8
Landshut	4,2	-2,1	-6,3
Passau	0,1	-5,8	-5,8
Regen	-5,6	-6,9	-1,3
Rottal-Inn	-1,1	-5,7	-4,6
Straubing-Bogen	2,4	-3,6	-6,0
Dingolfing-Landau	0,7	-4,0	-4,7

Tabelle 11: *Relative Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen Niederbayerns bis 2025; Nullvariante*

6. Handlungskonzeptionen für eine Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an die vorausberechnete demographische Entwicklung (Anpassungsstrategien und Entwicklungsstrategien)

6.1 Überblick über die demographisch relevanten Politikbereiche des Bundes, der Länder und Kommunen

Der umständlich und künstlich klingende Begriff „demographisch relevante Politikbereiche“ dient in Deutschland als Umschreibung und Ersatz für den in anderen Ländern und vor dem Zweiten Weltkrieg auch in Deutschland gebräuchlichen Begriff „Bevölkerungspolitik“. Seit der Wiedervereinigung ist der Begriff „Bevölkerungspolitik“ wieder im amtlichen Sprachgebrauch zu finden, allerdings weitgehend beschränkt auf die neuen Bundesländer.

Demographisch relevant sind nahezu alle Politikbereiche, denn indem Politik die Realität beeinflusst, verändert sie direkt oder indirekt die Lebensbedingungen der Menschen, von denen nicht zuletzt die Entscheidungen für oder gegen Kinder abhängen. Als besonders wichtig gelten folgende Politikbereiche:

- Familienpolitik,
- Sozialpolitik,
- Bildungspolitik,
- Gesundheitspolitik,
- Wirtschaftspolitik mit den Zweigen der Arbeitsmarktpolitik, Zuwanderungspolitik und Migrationspolitik,
- Regional- und Raumordnungspolitik (einschließlich Stadtentwicklungspolitik)
- u.a.m.

In dieser Aufstellung steht die Familienpolitik an erster Stelle, aber diese Position ist nur aus formaler Sicht wegen der rechtlichen Zuständigkeit des Familienressorts für Familienangelegenheiten gerechtfertigt. Zieht man anstelle der formalen Zuständigkeit die tatsächliche Wirksamkeit der Politik auf die Entscheidungen für oder gegen Kinder in Betracht, müsste die Wirtschaftspolitik als wichtigster demographisch relevanter Politikbereich an erster Stelle stehen. Denn indem eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik beispielsweise die Realeinkommen der Menschen erhöht, vergrößert sie das entgangene Lebenseinkommen, das eine Frau hinnehmen müsste, wenn sie für die Erziehung von Kindern auf eine Erwerbsarbeit verzichten würde bzw. müsste, falls die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit beispielsweise wegen unzureichender Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht möglich wäre. Das sogenannte „demographisch-ökonomische“ Paradoxon beruht auf

diesem gegenläufigen Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen und der Kinderzahl pro Frau. Das durch den Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit zugunsten von Kindern entgangene Einkommen wird in der ökonomischen Theorie der Fertilität mit dem Begriff „Opportunitätskosten von Kindern“ bezeichnet.

Die Wirtschaftspolitik entfaltet also, ohne dafür zuständig zu sein, auf dem Gebiet des Familienministeriums negative Auswirkungen auf die Geburtenrate. Dabei wurde nachgewiesen, dass das Ausmaß der positiven Wirkungen bestimmter familienpolitischer Maßnahmen wie die Einführung des Erziehungsgeldes und die Anrechnung der Erziehungszeiten in der Rentenversicherung in den 80iger Jahren des letzten Jahrhunderts so gering war, dass dadurch die Kinderzahl pro Frau beispielsweise beim Geburtsjahrgang 1955 nur von 1,61 auf 1,63 anstieg.¹⁰ Die positiven Wirkungen der Familienpolitik auf die Geburtenrate sind also wahrscheinlich wesentlich kleiner als die negativen Wirkungen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Negative Auswirkungen auf die Geburtenrate hat auch eine erfolgreiche Bildungspolitik: In empirischen Untersuchungen zeigt sich ein deutlicher gegenläufiger Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Kinderzahl der Frauen. Bei Frauen der Geburtsjahrgänge 1965-1969 ohne beruflichen Ausbildungsabschluss beträgt beispielsweise die Kinderzahl pro Frau 2,41, bei Frauen mit (Fach-)Hochschulabschluss/Promotion beträgt sie 1,63.¹¹

Die Auswirkungen der verschiedenen Politikbereiche auf die Geburtenrate sind unbeschadet aller formalen Zuständigkeiten der Einzelressorts so erheblich, dass nur von einer zwischen den Ressorts koordinierten Politik erwartet werden kann, dass die demographische Entwicklung Deutschlands durch die Politik wenigstens nicht ungünstig beeinflusst wird, wenn sie schon mangels einer rationalen Bevölkerungspolitik nicht positiv gestaltet werden kann. Leider muss festgestellt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland weit davon entfernt ist, die Politik der Einzelressorts so zu koordinieren, dass von einer „demographisch relevanten Politik“ im Sinne einer zwischen den Einzelressorts abgestimmten „Querschnittspolitik“ auch nur ansatzweise gesprochen werden kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten sich Bund, Länder und Gemeinden zusammenschließen und eine neue „*Gemeinschaftsaufgabe Demographiepolitik*“ in Angriff nehmen und durchführen - ein Projekt, dessen Verwirklichung unwahrscheinlich ist und das wegen des geringen Kenntnisstandes und unentwickelten Bewusstseins der Bevölkerung

¹⁰ H. Birg, Die demographische Zeitenwende, München 2005, S.80

¹¹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Bevölkerungsforschung Aktuell, Nr.1/2011, S.10

über die Ursachen und Folgen der demographischen Entwicklung vermutlich zehn Jahre Diskussion und Aufklärung erfordern würde, ehe es reif für die politische Umsetzung wäre.

Ein Schritt auf diesem Weg ist beispielsweise folgende in Sachsen geplante Maßnahme: Die Staatsregierung plant, einen Demographie-Check einzuführen, um alle Gesetze, Vorschriften und Förderprogramme daraufhin zu überprüfen, ob sich mit ihnen der demographische Wandel gestalten lässt.

Eine weitere wichtige Initiative wäre, die Förder- und Verteilungsrichtlinien auf dem Gebiet der Regionalpolitik, Raumordnung und Landesplanung sowie im Bereich des Finanzausgleichs daraufhin zu überprüfen, ob sie den Zielen einer nachhaltigen demographischen Entwicklung genügen. Die verschiedenen Förder- und Verteilungskriterien müssten um demographische Kennziffern ergänzt werden. Die Maßnahme sollte auch in einer Grundgesetzänderung umgesetzt werden, indem das Ziel, „gleichwertige Lebensbedingungen“ in allen Landesteilen zu schaffen, durch das Ziel einer demographisch tragfähigen, nachhaltigen Entwicklung ergänzt und konkretisiert wird. Solange dies unterbleibt, werden beispielsweise die Hauptstädte der Bundesländer ihre Bevölkerungsentwicklung auch in Zukunft in einer das Grundgesetz verletzenden Weise weiter auf Kosten anderer Gebiete durch Binnenwanderungen junger, gut ausgebildeter Menschen im Elteralter stabilisieren.

Nur gemeinsam lassen sich auch die vom Bundesverfassungsgericht in verschiedenen Urteilen geforderten, demographisch bedeutsamen Reformen durchführen. Bereits in seinem Urteil vom 7.7.1992 („Trümmerfrauenurteil“) erkannte das Gericht eine Verletzung des Gebots des Familienschutzes (Art. 3, Abs. 1 GG). Der Verfassungsauftrag an die Politik, die „Benachteiligung der Familien im Steuer- und Sozialversicherungsrecht mit jedem Gesetzgebungsschritt erkennbar zu verringern“, wurde nicht erfüllt. Auch die im Urteil zur Pflegeversicherung (bzw. implizit auch zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung) vom 3.4.2001 geforderten Entlastungen für Menschen mit Kindern wurden von der Politik nicht bzw. nur in ungenügender Weise umgesetzt. Die Folge ist, dass in Deutschland von Kindern profitiert, wer keine hat. Eine Initiative zur Änderung dieses verfassungswidrigen Zustands ist lange überfällig. Eine entsprechende Klage kann im Prinzip von einer Einzelperson auf den Weg gebracht werden - oder von einem kleinen Regierungsbezirk wie Niederbayern.

6.2 Entwurf von Handlungskonzeptionen für Kommunen, nichtstaatliche Akteure und Unternehmen

Die hier vorgeschlagenen Handlungskonzeptionen dienen zur zielgerechten Auswahl und gegenseitigen Abstimmung der Maßnahmen zur Erreichung der Ziele, die sich aus den Leitbildern der angestrebten Entwicklung ableiten lassen. Handlungskonzeptionen, die dem Leitbild einer langfristig stabilen demographischen Entwicklung ohne Bevölkerungsschrumpfung bei ausgeglichener Wanderungsbilanz dienen, umfassen folgende drei Gruppen von Maßnahmen: Erstens Maßnahmen zur Erreichung einer Geburtenrate auf bestandserhaltendem Niveau, zweitens Maßnahmen zur Förderung der Zuwanderungen und drittens Maßnahmen zur Vermeidung von Abwanderungen bzw. zur Förderung der Ansiedlungsbereitschaft von Menschen und Unternehmen. Dieser Maßnahmenkatalog kann durch eine vierte Maßnahmengruppe vervollständigt werden, die jedoch dem ohnehin angestrebten Ziel der Erhöhung der Lebenserwartung durch eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung dienen.

Die Geburtenrate wird in Deutschland vor allem durch die gesamtstaatlichen Rahmenbedingungen der Sozialpolitik beeinflusst, besonders stark auch durch die oben dargestellten direkten und indirekten Einflüsse der verschiedenen demographisch relevanten Bereiche der Ressortpolitik, vor allem der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Außenwanderungspolitik. Diese Politikfelder liegen weitgehend außerhalb der direkten kommunalen und regionalen Gestaltungskompetenz. Da jedoch die von den Kommunen gestalteten regionalen und lokalen Lebensbedingungen, beispielsweise die Verfügbarkeit und Stabilität von Arbeitsplätzen, das Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder und die Qualität der Schulen, für die Verwirklichung von Kinderwünschen von großer Bedeutung sind, lassen sich die Wirkungen der im folgenden Kapitel vorgeschlagenen Maßnahmen nicht scharf voneinander trennen.

Die Auswirkungen der verschiedenen Einzelmaßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate, zur Förderung der Zuwanderungen und zur Vermeidung von Abwanderungen überschneiden und überlagern sich so stark, dass es einer übergeordneten Handlungskonzeption bedarf, die dem spezifisch demographischen Charakter der angestrebten Ziele gerecht wird. Anders als Konsumgüter können Kinder nicht wieder abgestoßen werden, wenn die Eltern ihrer überdrüssig geworden sind und sie ihren Wünschen und Lebenszielen nicht mehr entsprechen. Kinder zu haben bedeutet, sich im Lebenslauf langfristig festzulegen und seine Anpassungsfähigkeit beispielsweise an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes durch einen Wechsel des Wohn- oder Arbeitsortes zum Teil einzubüßen.

Eine Handlungskonzeption für das Erreichen demographischer Ziele muss sich deshalb an der Frage orientieren, wie sich die jeweilige Maßnahme auf die Bereitschaft der Menschen auswirkt, langfristige Festlegungen im Lebenslauf zu treffen, sei es durch Bindungen an einen Partner oder durch die besondere, das ganze Leben umfassende Festlegung in Form der Übernahme von Elternschaft durch Kinder.

Langfristige Festlegungen im Lebenslauf in unserer dynamischen Lebens- und Arbeitswelt bergen Risiken, durch die sich nicht nur die Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Mobilität der Individuen verringert, sondern auch die biographische Wahlfreiheit und die Vielfalt der Optionen bei der Gestaltung der Lebensläufe abnehmen. Die durch Kinder erweiterte Lebenswelt und der durch sie gewonnene Reichtum an Erlebnissen und Erfahrungen wiegen die Festlegungsrisiken im Urteil der Menschen offenbar nicht auf, so dass die Verwirklichung von Kinderwünschen aufgeschoben und schließlich ganz aufgegeben wird.¹²

Die im Folgenden vorgeschlagene Maßnahme zur Förderung des Erwerbs von Wohneigentum orientiert sich an dem Bedürfnis der Menschen nach biographischer Planungssicherheit, ohne die eine bewusste Entscheidung für Kinder nicht erwartet werden kann.

Gleichzeitig dient die Maßnahme dem Ziel einer Verringerung der Abwanderungen und der Förderung der Zuwanderungen. Die jährliche Zahl der Abwanderungen junger Menschen ist in vielen Gemeinden fünf- bis zehnmal so groß wie die jährliche Zahl der Geburten. Das Ziel einer langfristig ausgeglichenen Bevölkerungs-, Geburten- und Wanderungsbilanz lässt sich daher besonders wirksam durch eine Verringerung der Abwanderung junger Menschen erreichen.

Insbesondere wenn es gelingt, wegzugsbereite Menschen im Elternalter in der Region zu halten, verbessert sich neben der Wanderungsbilanz auch die Geburtenbilanz, weil dann die Kinder der potentiellen Abwanderer in der Region und nicht außerhalb der Region geboren werden. In der Regionaldemographie wird die unmittelbare Veränderung der Wanderungsbilanz durch Zu- und Abwanderungen als „direkte Auswirkung“ oder „Primärwirkung“ und die dadurch mittelbar hervorgerufene Veränderung der Geburtenbilanz als „indirekte Auswirkung“ oder „Sekundärwirkung“ bezeichnet. Betrachtet man die direkten und indirekten Auswirkungen über einen längeren Zeitraum, können die Sekundärwirkungen der Migration ihre Primärwirkungen um ein Vielfaches übertreffen. Deshalb ist die Abwanderung junger Frauen beispielsweise aus Mecklenburg-Vorpommern für die Bevölkerungsentwicklung des Landes so gravierend negativ, dass eine irreversible Schrumpfung (mit allen Folgen beispielsweise für die Wirtschaft des Landes) unausweichlich ist.

¹² vgl. H. Birg, Die ausgefallene Generation, München 2006

Junge Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Wahlentscheidung über den Arbeitsplatz und Arbeitsort treffen, wählen damit in den meisten Fällen zugleich auch ihren späteren Wohnort und Lebensmittelpunkt. Diese Entscheidung in der frühen Phase des Lebenslaufs wirkt sich wie eine Weichenstellung bzw. wie eine langfristige Festlegung mit weitreichenden Folgewirkungen auf die gesamte Biographie aus. Die Bedeutung dieser Eröffnungsentscheidung am Beginn des Lebenslaufs ist umso größer, als in dieser Phase des Lebenslauf in der Regel auch über die Bindung an einen Lebenspartner bzw. die Gründung einer Familie entschieden wird.

Ob die Entscheidung über den Ort des Arbeitsplatzes bzw. des Wohnorts zugunsten der Herkunftsregion ausfällt oder zur Abwanderung an einen konkurrierenden Standort führt, hängt neben vielen individuellen Faktoren von der Attraktivität der miteinander konkurrierenden Standorte und deren Arbeitsplatz- und Wohnortbedingungen ab. Die Wanderungsentscheidungen können daher durch die Gestaltung der Standortattraktivität beeinflusst werden, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadtentwicklungspolitik, der Regionalpolitik oder in größerem Rahmen durch Aktivitäten der regionalen Wirtschaftspolitik, beispielsweise auf der Grundlage der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Eine andere, an den individuellen Entscheidungsbedingungen der Menschen ansetzende Maßnahme ist die Unterstützung junger Menschen, die erst am Beginn ihrer Erwerbsbiographie stehen und in der Regel noch nicht über die finanziellen Mittel zum Erwerb von Wohnungseigentum verfügen. Die individuelle Einkommensentwicklung erreicht in der Regel erst im letzten Drittel der Erwerbsbiographie ein Niveau, das den Erwerb von Wohneigentum bei einem zufriedenstellenden Konsumniveau erlaubt. Die meisten Erwerbstätigen verfügen erst im vierten, fünften oder sechsten Jahrzehnt ihres Lebens über ein Einkommen, dessen Niveau für die Aufnahme von Krediten für den Immobilienerwerb ausreicht. Der dringlichste Einkommensbedarf besteht jedoch gerade umgekehrt in der Anfangsphase der Erwerbsbiographie, in der die Gründung eines eigenen Haushalts mit der Bindung an einen Lebenspartner und die Gründung einer Familie zeitlich zusammenfallen. Jede finanzielle Unterstützung in dieser frühen Phase des Lebenslaufs ist besonders wichtig und entscheidungswirksam, insbesondere im Hinblick auf die Wahl eines Wohn- und Arbeitsorts.

Natürlich birgt die Kreditgewährung an junge Erwerbspersonen mit wenig Berufserfahrung, geringer Arbeitsplatzsicherheit und unterdurchschnittlichem Einkommen besondere Kreditausfallrisiken, die kein Kreditgeber ohne weiteres zu tragen bereit ist. Das Sicherheitsproblem kann jedoch durch eine genossenschaftliche Lösung aufgefangen werden. Die

Auswahl der zu begünstigenden Personen sollte dabei von den Arbeitgebern getroffen werden. Sie würden für die betreffende Person einen an den Erwerb einer Wohnimmobilie gebundenen Arbeitgeberkredit bereitstellen. Zur Absicherung des Arbeitgeberdarlehens würde neben einer Hypothek eine eigens für dieses Projekt geschaffene Versicherungslösung treten. Die Gruppe der am Projekt beteiligten Arbeitgeber würden dabei das zu übernehmende Ausfallrisiko durch eine banktechnische Lösung minimieren, die nach versicherungsmathematischen Kriterien kalkuliert ist. So könnte das Risiko für den Arbeitgeber auf einen Bruchteil des Kredits reduziert werden. Ein Arbeitgeberwechsel wäre stets möglich, indem ein entsprechendes Finanzprodukt geschaffen wird. Es liegt auf der Hand, dass dieses Projekt besonders für die im Rahmen des „Burgas-Projekts“ angeworbenen Auszubildenden aus Bulgarien geeignet wäre.

6.3 Handlungsstrategien zur Wiedererlangung einer bestandserhaltenden Geburtenrate

Seit sich in Deutschland die Erkenntnis durchzusetzen beginnt, dass der Demographische Wandel keine vorübergehende Erscheinung ist, die vielleicht schon im nächsten Konjunkturaufschwung wieder von der politischen Agenda verschwinden könnte, wurde vor allem auf kommunaler Ebene eine Fülle von Projekten, Initiativen und Programmen zur Gestaltung der demographischen Entwicklung auf den Weg gebracht. Man könnte deshalb den Eindruck gewinnen, dass das Problem mit der Umsetzung der zahlreichen Vorhaben schon so gut wie „gelöst“ sei.

Jede dieser Maßnahmen ist zwar schon allein dadurch sinnvoll, dass sie zur Verbesserung der Lebensbedingungen beiträgt. So hat der demographische Wandel eine Welle durchgreifender Modernisierungsaktivitäten ausgelöst, die es ohne ihn wohl nicht gegeben hätte. Aber das genügt nicht, um von einer „Lösung“ der demographischen Probleme sprechen zu können. Denn nahezu alle Reformvorhaben dienen in erster Linie dem Ziel, die Lebensbedingungen an die vom demographischen Wandel hervorgerufenen Veränderungen anzupassen, ohne auf die eigentliche Ursache des Wandels Einfluss zu nehmen. Je mehr Anpassungsaktivitäten in einem Gebiet entfaltet werden, desto größer ist die Gefahr, dass die zu niedrige Geburtenrate als zentrales Problem aus dem Blick gerät.

Deshalb sollen hier die Strategien und Maßnahmen hervorgehoben werden, mit denen sich eine Erhöhung der Geburtenrate erreichen lässt. Der Blick auf diese Hauptursache der demographischen Probleme ist auch deshalb wichtig, weil sich bei jeder eingesetzten Maßnahme die Frage der Erfolgsaussichten und der Erfolgskontrolle stellt. Wichtig ist dabei ein Vergleich der Wirksamkeit der miteinander konkurrierenden Strategien: Wie wirkt sich beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt eine Erhöhung der Zuwanderungen oder eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote im Vergleich zu einer Erhöhung der Geburtenrate auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften aus?

Da auf jede Geburt auf regionaler und kommunaler Ebene in der Regel fünf bis zehn Zuwanderungen entfallen, hat die Zuwanderungspolitik als Instrument der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Geburtenpolitik den Vorteil des größeren Hebels und der schnelleren Wirksamkeit: Die Zuwanderer stehen gegebenenfalls sofort zur Verfügung, während die Geborenen erst mit einer Zeitverzögerung von 15, 20 oder mehr Jahren auf dem Arbeitsmarkt ankommen. Da aber jeder Zuwanderer geboren werden muss, nimmt das in Zukunft verfügbare Zuzugspotential im gleichen Maße ab wie die Geburtenzahl. Die Zuwanderer aus der deutschen Binnenwanderung rekrutieren sich zum großen Teil aus der Altersgruppe der 20- bis 30jährigen. Deren Zahl sinkt nach den Vorausberechnungen des

Statistischen Bundesamtes von 2010 bis 2020 um rd. 1,2 Mio., bis 2060 um 3,5 Mio.¹³. Will man die künftig im Inland nicht zur Verfügung stehenden Zuwanderer nicht durch Einwanderer aus dem Ausland ersetzen, so bleibt - von einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote und einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit abgesehen - nur der Weg einer kontinuierlichen Erhöhung der Geburtenrate.

Die dafür in Frage kommenden Instrumente sollen hier nur überblicksartig zusammengefasst werden, zumal mit diesen Instrumenten in erster Linie die überörtlichen, meist sozialpolitischen Rahmenbedingungen des generativen Verhaltens gestaltet werden. Dabei können zwar auch die Kommunen und Regionen Initiativen zu gesetzlichen Änderungen ergreifen, aber sie haben auf diesem Gebiet keine eigene Gesetzgebungskompetenz.

(1) Die nächstliegende, vielleicht wichtigste und lange überfällige Maßnahme besteht in der Beendigung der vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig verurteilten Verletzung des Familienschutzes (Art. 6, Abs. 1 GG, sogenanntes „Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992). Auch im Urteil zur Pflegeversicherung vom 3.4.2001 hat das Bundesverfassungsgericht einige dem Ziel der Familiengerechtigkeit dienende Reformen bei der Beitragsfestsetzung in der gesetzlichen Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung gefordert, die bisher von der Politik nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht umgesetzt wurden. Nach dem „Pflegeurteil“ ist die gesetzliche Pflegeversicherung (nach dem Urteil darüber hinaus auch die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung) verfassungswidrig, weil sie Menschen ohne Kinder in einer den Gleichheitsgrundsatz verletzenden Weise bevorzugt, wenn die Menschen lediglich durch ihre monetären Beiträge zur Pflegeversicherung schon die gleichen Ansprüche erwerben wie andere, die durch die Erziehung von Kindern als den künftigen Beitragszahlern auch die vom Gericht als „generativen Beitrag“ bezeichnete Leistung erbringen, ohne die das umlagefinanzierte System der Pflegeversicherung – aber auch das System der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung – zusammenbräche.

(2) Eine weitere Maßnahmengruppe, bei der die Kommunen eine hohe Gestaltungskompetenz haben, ist die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem Vorschulalter mit gut ausgebildeten Fachkräften wie dies beispielsweise in Frankreich (Écoles Maternelles) oder den skandinavischen Ländern geschieht.

(3) Erforderlich ist eine Ergänzung des Finanzausgleichs auf allen Ebenen mit demographischen Indikatoren, nach denen der zusätzliche Finanzbedarf bewertet werden kann, der durch Geburtenrückgang, Abwanderungsüberschüsse und durch Alterung sowie durch geringere Siedlungsdichte entsteht. Dies würde eine wesentliche Erweiterung des Demographiefaktors im bayerischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) bedeuten.

¹³ Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 17

(4) Anzustreben ist eine stärkere Konzentration der staatlichen Ehe- und Familienförderung auf Kinder statt auf Ehe, wie es z.B. in Frankreich der Fall ist.

(5) Eine besonders wichtige und wirksame Maßnahme ist die von den Verfassern vorgeschlagene Gewährung eines Vorrangs für Eltern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im Falle gleich qualifizierter Bewerber. Darin läge keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung, vielmehr würde dadurch das Gleichheitsgebot erst erfüllt. Denn aus rechtlicher Sicht wird das Gleichheitsgebot der Verfassung dann verletzt, wenn ungleiche Sachverhalten unterschiedslos gleich behandelt werden. Die Umsetzung des Prinzips „Vorrang für Eltern“, die Kinder erziehen oder andere Familienlasten tragen, beispielsweise Angehörige pflegen, lässt sich zwar rechtlich nicht erzwingen, weil seine Einhaltung nur schwer kontrolliert werden kann. Aber wesentlich erfolgversprechender wäre hier ohnehin eine freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, allen voran der Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst, weil dies einen Bewusstseinswandel herbeiführen würde, ohne den eine Änderung des generativen Verhaltens im Sinne einer Erhöhung der Geburtenrate nicht möglich und auch nicht wünschenswert wäre.

(6) Die Einführung von Mütterquoten in Ergänzung (nicht als Ersatz) der bisher praktizierten Frauenquoten müsste eigentlich im Sinne all jener Frauen sein, denen die Doppelbelastung der Frauen durch Familienarbeit bei gleichzeitiger Erwerbsarbeit bewusst ist.

(7) Quer über alle im Bundestag vertretenen Parteien wird die Einführung eines aktiven Wahlrechts durch die Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder diskutiert¹⁴. Dafür wäre eine Grundgesetzänderung erforderlich, für die die dafür benötigte Zweidrittelmehrheit (noch) nicht gegeben ist. Gegen diesen Vorschlag werden häufig Einwendungen erhoben, weil eine solche Maßnahme angeblich die Verfassung verletzen würde. Zu diesem Punkt kann hier der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof zitiert werden:

„Die Demokratie folgt dem Prinzip: Ein Mensch - eine Stimme. Ein Kind ist ein Mensch, sogar der Mensch, der von den politischen Grundsatzentscheidungen - über Friedenspolitik, Umweltschutz, Bildungssysteme, Generationenvertrag, Staatsverschuldung - noch länger betroffen ist als die bisher Wahlberechtigten. Selbstverständlich kann der Minderjährige sein Wahlrecht noch nicht ausüben, soweit ihm dazu die Verstandesreife, die Mündigkeit fehlt. Die eigene Ausübung des Wahlrechts hängt deshalb von der Vollendung der Volljährigkeit - meist des 18. Lebensjahres - ab. Doch die fehlende Fähigkeit, ein Recht auszuüben, hindert nicht die Berechtigung. Wie ein Säugling Eigentümer sein kann, in seinen Eigentumsrechten aber von seinen Eltern vertreten wird, so könnte ein Kind auch wahlberechtigt sein, wobei

¹⁴ s. Bundestagsdrucksache 16/9868, „Der Zukunft eine Stimme geben – Für ein Wahlrecht von Geburt an“

¹⁴ Paul Kirchhof, Das Kind als Garant der Zukunft. In: Corinne Michaela Flick (Hrsg): Das demographische Problem als Gefahr für Rechtskultur und Wirtschaft, München 2010, S. 88-89)

das Wahlrecht durch seine Eltern - wegen des Wahlgeheimnisses von Vater und Mutter mit je einer halben Stimme - ausgeübt wird. Das Prinzip der Unmittelbarkeit der Wahl wäre weniger betroffen als durch Koalitionsverhandlungen nach der Wahl. Damit sind die Kinder nicht mehr Staatsbürger minderen Rechts. Das Parlament ist auch von den kommenden, hochbetroffenen Generationen legitimiert. Wahlkandidaten und Parteien suchen ihre Themen und ihre Programme vermehrt in Wachstum und Zukunft durch das Kind. Die Familie rückt auch politisch in die Mitte von Gesellschaft und Staat. Der demokratische Grundsatz der Wahlgleichheit gewinnt eine noch ungewohnte, aber zukunftsorientierte Bedeutung“.¹⁵

6.4 Modellrechnungen, was getan werden könnte

6.4.1 Modellrechnung für den Ausgleich der kleiner werdenden Elternjahrgänge durch Steigerung der Geburtenrate

Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 waren in Niederbayern 9.637 Geburten pro Jahr zu verzeichnen; dies wird im folgenden Schaubild durch die gestrichelte blaue Linie angezeigt. Im Jahr 2030 werden es voraussichtlich nur noch ca. 7.880 Geburten sein, bei angenommener konstanter Geburtenhäufigkeit und Fortsetzung der in den letzten Jahren zu beobachtenden Wanderungswahrscheinlichkeiten.

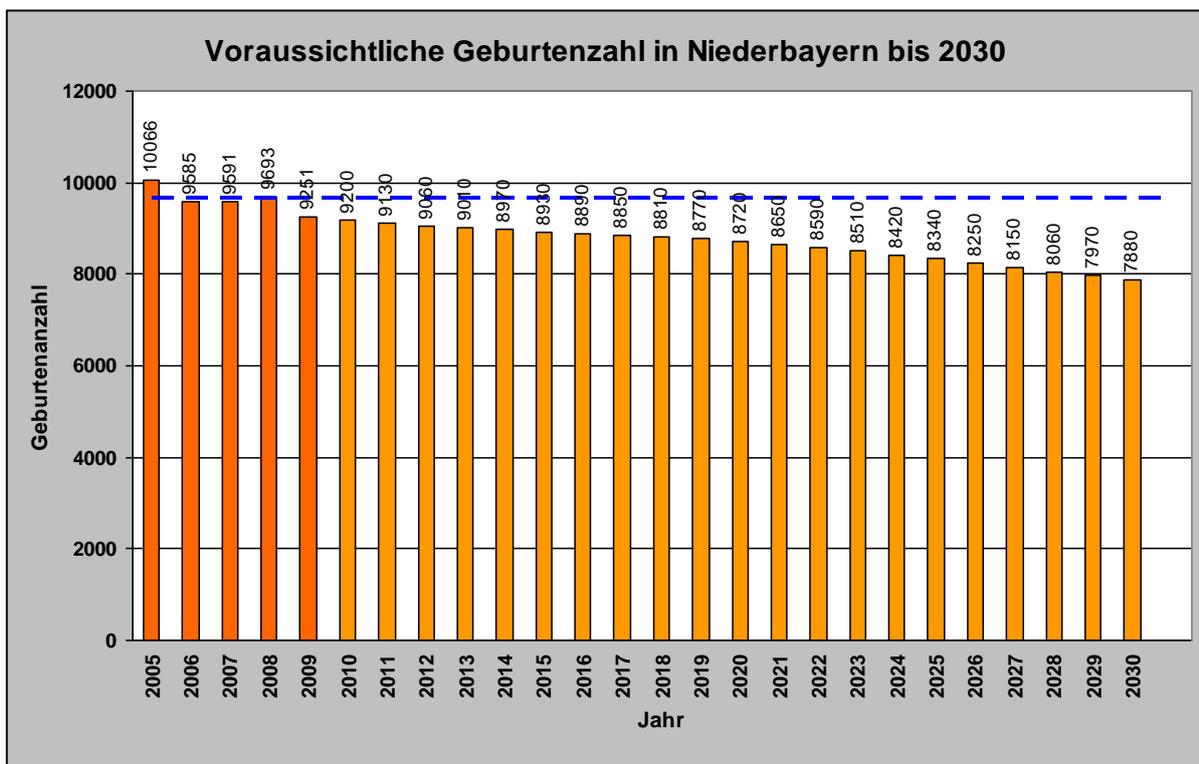


Abbildung 86: Voraussichtliche Geburtenzahl in Niederbayern, bis 2030

Um die dann fehlenden ca. 1.760 Geburten auszugleichen, müsste die Geburtenrate um 0,30 steigen. Dies würde für Niederbayern eine Steigerung der TFR (also der Geburten je Frau) von bisher 1,35 auf 1,65 bedeuten.

Gleichzeitig ist bis 2030 ein erheblicher Anstieg der Anzahl der Sterbefälle zu erwarten, auf ca. 14.370. Durchschnittlich starben von 2005 bis 2009 in Niederbayern 11.838 Menschen pro Jahr. Daraus ergibt sich bis 2030 ein zu erwartender Anstieg um ca. 2.530 Sterbefälle.

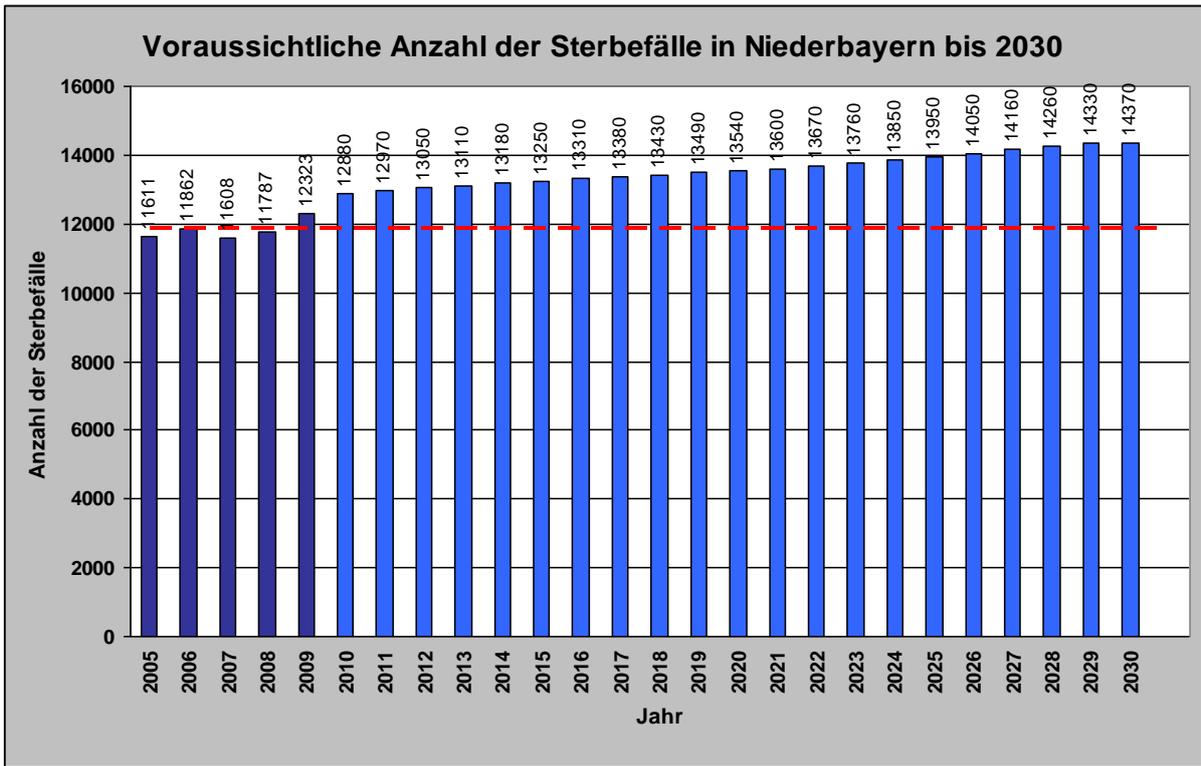


Abbildung 87: Voraussichtliche Anzahl der Sterbefälle in Niederbayern, bis 2030

Soll auch dieses Mehr an Sterbefällen durch eine Steigerung der Geburtenzahl ausgeglichen werden, müsste die TFR um weitere 0,43 Geburten je Frau auf 2,08 steigen.

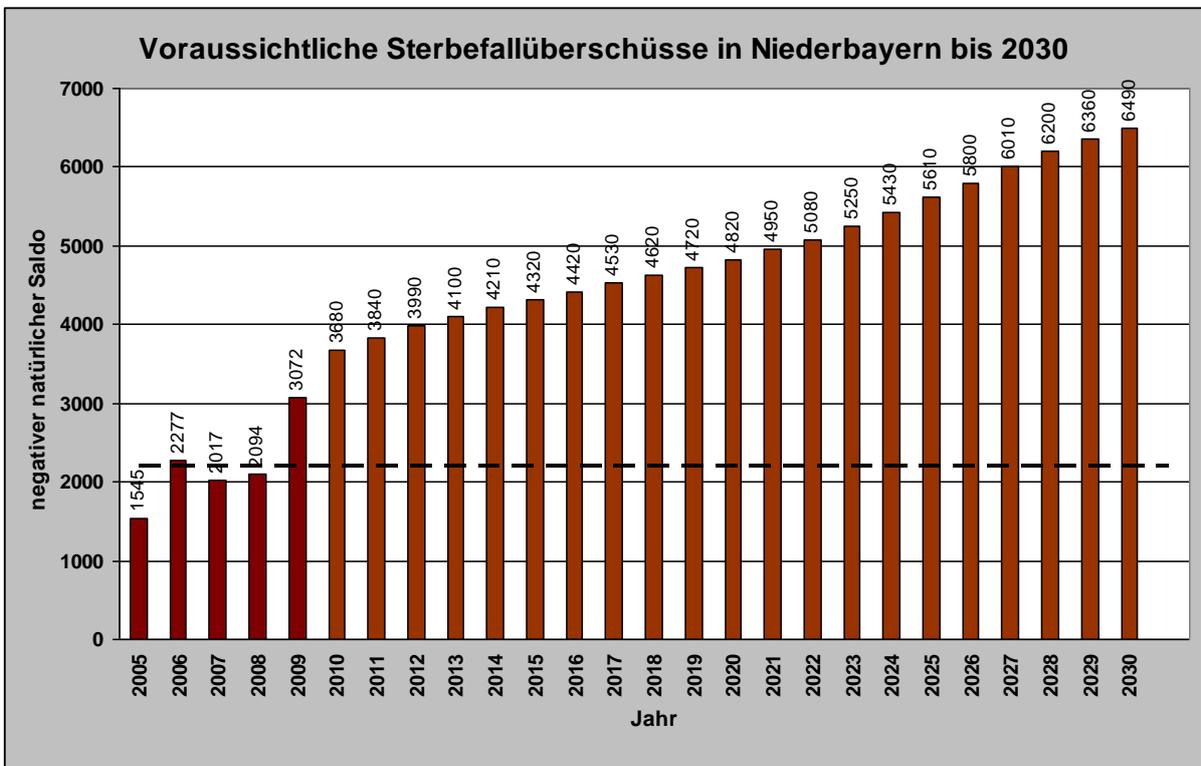


Abbildung 88: Voraussichtliche Sterbefallüberschüsse in Niederbayern, bis 2030

Falls schließlich – unter sonst gleichen Bedingungen – auch noch der durchschnittliche Sterbefallüberschuss aus den Basisjahren 2005 bis 2009 in Höhe von jährlich 2.201 durch eine höhere Geburtenzahl ausgeglichen werden soll, wäre dafür eine weitere Steigerung der TFR um 0,38 (bezogen auf den Ausgangswert) notwendig. Dies würde zu einer weiteren Erhöhung der TFR auf insgesamt 2,46 führen.¹⁶

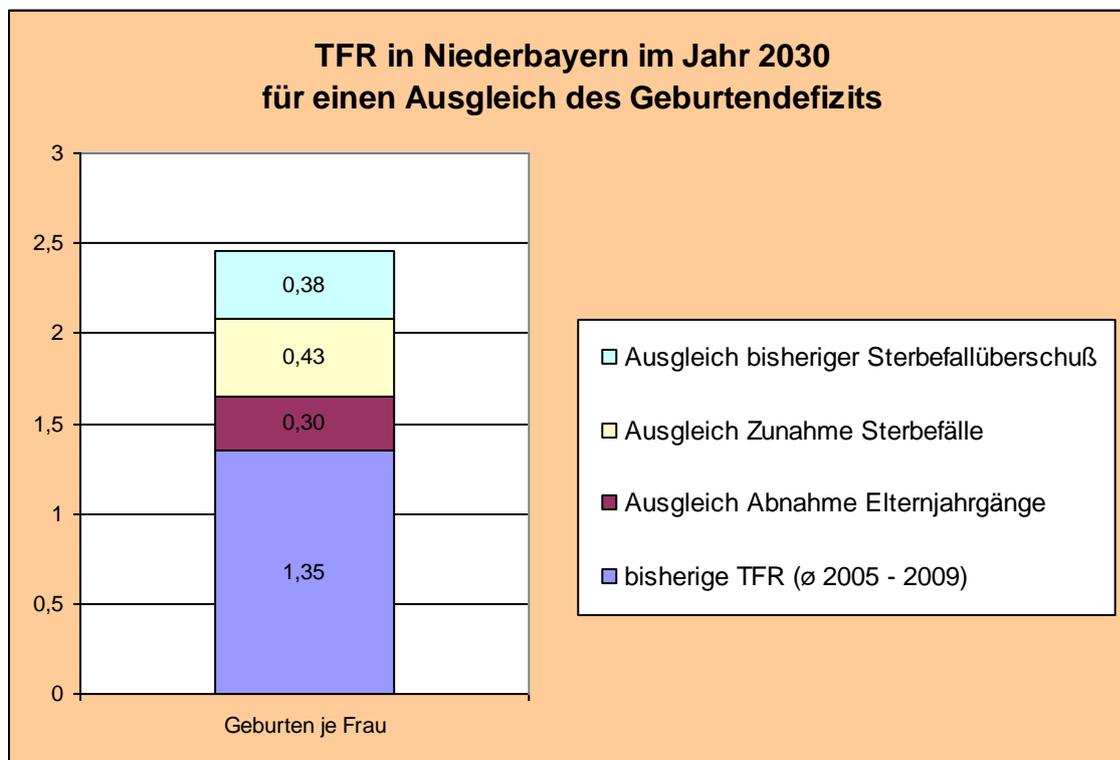


Abbildung 89: TFR in Niederbayern im Jahr 2030 für einen Ausgleich des Geburtendefizits

6.4.2 Modellrechnung für den Ausgleich des kleiner werdenden Arbeitskräftepotentials durch Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen

In den nächsten Jahren ist auch in Niederbayern ein deutlicher Rückgang der Zahl der potentiell Erwerbstätigen zu erwarten. In den relevanten vier Altersgruppen ergibt sich insgesamt (für die Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 64 Jahre) eine Entwicklung von 777.000 in 2009 auf 661.000 Einwohner in 2030, also ein Rückgang um 116.000 bzw. 15%.

¹⁶ Im Falle einer gleichzeitigen Erhöhung der Zuwanderungen können sich die hier dargestellten Ergebnisse verändern, wenn die zuwandernde Bevölkerung eine andere Geburtenrate als die einheimische Bevölkerung aufweist. Um diese Effekte einzubeziehen, wäre eine umfangreiche Simulationsrechnung erforderlich. Generell gilt: Setzt man die verschiedenen Maßnahmen gleichzeitig ein, beeinflussen sich ihre Wirkungen, was bei der Dosierung der Maßnahmen berücksichtigt werden muss. Durch den Zuzug junger Menschen im Elteralter erhöht sich beispielsweise nicht nur die Zahl der Erwerbspersonen, sondern auch die Geburtenzahl sowie die Zahl der Sterbefälle und die der Fortzüge.

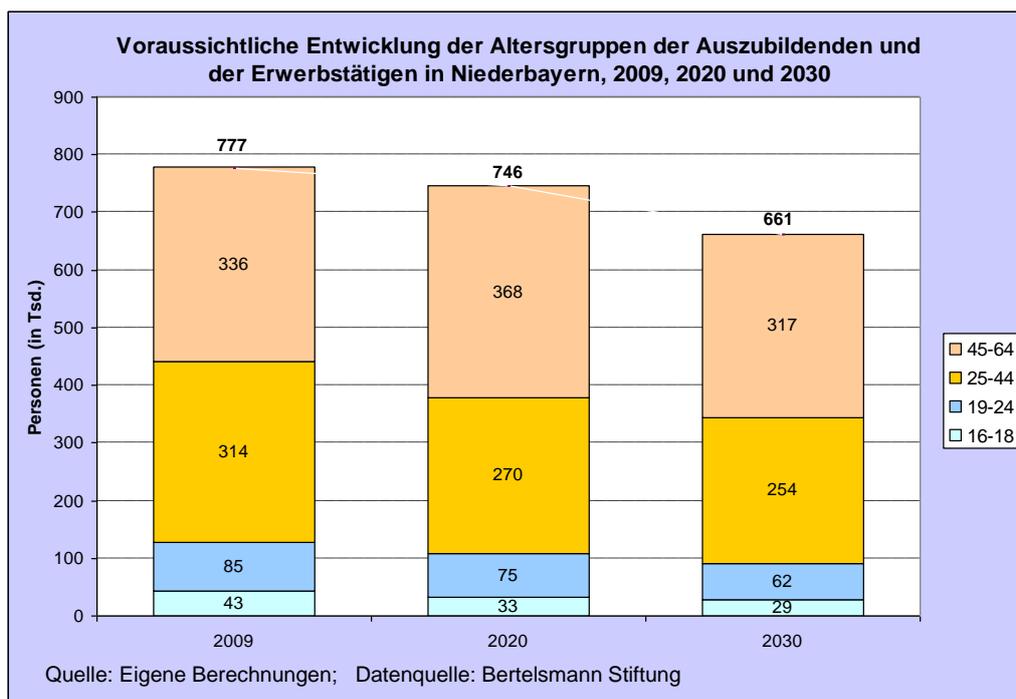


Abbildung 90 Voraussichtliche Entwicklung der Altersgruppen der Auszubildenden und der Erwerbstätigen in Niederbayern, 2009, 2020 und 2030

Falls der Rückgang der potentiellen Erwerbspersonen allein durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen ausgeglichen werden soll, ergibt sich folgende Modellrechnung, unter sonst gleichen Bedingungen, also auch bei konstanter Erwerbsbeteiligung der Männer. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Erwerbsbeteiligungsquote der Frauen im Jahr 2009 um 6,4 Prozentpunkte unter der gesamten Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen und Männern lag.

Bevölkerung 2009 gesamt im Alter 16-64	777.400
Männer 2009 im Alter 16-64	395.200
Frauen 2009 im Alter 16-64	382.200
Sozialversicherungspflichtig Erwerbstätige 2009	421.100
Durchschn. Erwerbsbeteiligung (nur SV-pflichtig)	54,2%
SV-pflichtig erwerbstätige Männer (fiktiv)	238.400
SV-pflichtig erwerbstätige Frauen (fiktiv)	182.700
Erwerbsbeteiligungsquote der Männer (fiktiv)	60,3%
Erwerbsbeteiligungsquote der Frauen (fiktiv)	47,8%
Bevölkerung 2030 gesamt im Alter 16-64	661.300
Männer 2030 im Alter 16-64	337.800
Frauen 2030 im Alter 16-64	323.500
Zahl der SV-pflichtig Erwerbstätigen 2030 bei bisheriger Quote	357.800

Angestrebte Zahl der SV-pflichtig Erwerbstätigen 2030	421.100
„Lücke“ an Erwerbstätigen	63.300
notwendige durchschn. Erwerbsbeteiligung (nur SV-pflichtig)	63,7%
SV-pflichtig erwerbstätige Männer (fiktiv, bei bisheriger Quote)	203.700
Notwendige Zahl SV-pflichtig erwerbstätiger Frauen (fiktiv)	217.400
Notwendige Erwerbsbeteiligungsquote der Frauen	67,2%

Die Quote für die Erwerbsbeteiligung der Frauen müsste daher von 2009 bis 2030 von ca. 48% auf ca. 67% gesteigert werden, wenn nur dadurch die aufgrund der demographischen Entwicklung entfallende Anzahl der Arbeitskräfte ausgeglichen werden soll. Dann würde die Erwerbsbeteiligungsquote der Frauen diejenige der Männer um etwa 7 Prozentpunkte übersteigen.

Allerdings ist zu beachten, dass bei dieser Modellrechnung weder Selbständige noch geringfügig Beschäftigte Berücksichtigung finden.

6.4.3 Modellrechnung für eine konstante Bevölkerungsstruktur durch Zuwanderung

Soll der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um 116.000 Personen durch Zuwanderungen ausgeglichen werden, wären dafür zusätzliche Zuzüge nach Niederbayern im Umfang von etwa 325.000 Personen innerhalb von zwei Jahrzehnten (bis 2030) notwendig, einschließlich der nicht erwerbstätigen Angehörigen und unter der Annahme, dass niemand von den zusätzlich Zugezogenen wieder fortzieht. Diese Modellrechnung geht davon aus, dass – wie bei der Bestandsbevölkerung – 35,4% der Zugezogenen sozialversicherungspflichtig erwerbstätig werden.

Niederbayern hätte bei Fortsetzung der bisherigen Verhaltensweisen im Zeitraum von 2010 bis 2030 sonst etwa 544.000 Zuzüge zu erwarten. Für 325.000 zusätzliche Zuzüge müsste die Anzahl der Zuzüge daher um etwa 60% erhöht werden, Auswirkungen auf die Anzahl der Sterbefälle und auf möglicherweise erhöhte Fortzüge sind hier noch nicht einbezogen; daraus würde sich eine weitere Erhöhung der Zahl der notwendigen Zuzüge ergeben.

7. Zentrale Vorschläge und Ergebnisse („Leuchttürme“) der Arbeitskreise für die Region

7.1 Ziele und Ablauf der Arbeitskreise

Auf Anregung der Verfasser der Demographischen Studie wurden in der Region acht Arbeitskreise zu Themenbereichen eingerichtet, die für die weitere Entwicklung der Region relevant sind. An den Arbeitskreisen beteiligten sich u.a. die Landräte und Oberbürgermeister, Vertreter der Kammern und Verwaltungen sowie anderer gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und Organisationen (z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Kirchen).

Im Zeitraum von März bis Juni 2011 führten die Arbeitskreise Sitzungen durch mit dem Ziel, konsensfähige Maßnahmen zur Stärkung der Region zu erarbeiten. Die Maßnahmen betreffen sowohl Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik als auch Schritte, die innerhalb der Region umzusetzen sind. Mehrere Arbeitskreise planen eine Fortsetzung ihrer Arbeit auch außerhalb des Projekts „Aufbruch jetzt“.

Die vorgeschlagenen Aktionen sollen dazu beitragen, die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeits-Ort“ zu erhöhen und dadurch die Chancen im Wettbewerb mit anderen Regionen zu verbessern.

Auf den folgenden Seiten sind einige, von den Arbeitskreisen selbst als wichtig eingestufte Arbeitsergebnisse dargestellt. Eine komplette Sammlung der Berichte aller Arbeitskreise befindet sich im Anhang II zu diesem Bericht.

Die Inhalte der Berichte der Arbeitskreise liegen in deren Verantwortung.

7.2 AK Bildung und Wissenschaft

7.2.1 Bildung:

Ausgangslage

Die Attraktivität des ländlichen Raumes als Arbeits- und Lebensraum hängt ganz entscheidend von der Bereitstellung wohnortnaher und durch ihre Qualität überzeugender sowie vielseitiger Bildungsangebote ab.

Qualifizierte Schulbildung schafft Grundlagen für berufliche Aus- und Weiterbildung und spätere berufliche Tätigkeiten.

Für einen mittelständisch geprägten Standort wie Niederbayern spielt die Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Ausbildung eine große Rolle, damit den Unternehmen praxisnah qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Die berufliche Weiterbildung ist ein zentrales Bildungsinstrument, mit dem auch den Herausforderungen alternder Belegschaften und einem steigenden Bedarfs an Fachkräften in Niederbayern begegnet werden kann.

Bildungsregion Niederbayern

Die Attraktivität des ländlichen Raums als Arbeits- und Lebensraum hängt ganz entscheidend von der Bereitstellung wohnortnaher und durch ihre Qualität überzeugender Bildungsangebote ab.

Damit in Niederbayern künftig Bildung noch stärker als regionale Aufgabe verstanden, wahrgenommen und realisiert wird, werden in allen Landkreisen Niederbayerns Bildungsregionen installiert, so dass Niederbayern insgesamt zur Bildungsregion wird.

Jeder niederbayerische Landkreis institutionalisiert eine Bildungsregion als Zusammenschluss von Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen und unterstützenden Kooperationspartnern mit dem Ziel, die Bildungsangebote im Landkreis den Gegebenheiten und Erfordernissen vor Ort entsprechend bereitzustellen.

Mögliche Handlungsfelder sind:

- Flächendeckende Kinderbetreuung und Ganztagschulangebote
- Inklusion
- MINT- Förderung
- Steigerung der Hochschulzugangsberechtigung
- Berufe mit Zukunft

Um die Kooperation bestmöglich umzusetzen, werden an allen Landratsämtern Ansprechpartner benannt. Diese organisieren die Sitzungen des AK Bildungsregion und koordinieren die verschiedenen Maßnahmen und Projekte im jeweiligen Landkreis.

Um die Bildungsmaßnahmen der ndb. Landkreise zu koordinieren, zu begleiten und zu unterstützen, wird eine niederbayerische Bildungskonferenz installiert. Dieser gehören die Ministerialbeauftragten für die Gymnasien, die Realschulen und die FOS/BOS und der Bereichsleiter Schulen an. Nach Bedarf können Vertreter weiterer Institutionen hinzugezogen werden.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft)
 - Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss
 - Frühzeitige Förderung von MINT- und Sprachkompetenzen
 - Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung
 - Berufsschulstandorte zukunftssicher als Kompetenzzentren weiterentwickeln
 - Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern

- Ausbau der Schulsozialarbeit - (s. auch Ergebnisse des AK Jugend, Senioren, Familie)

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Stärkere Vernetzung der Schularten und der Bildungsträger auf Kreis- und Bezirksebene
- Betriebliche Ausbildung stärken - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft)
- Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft)
- Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen - (s. auch Ergebnisse des AK Wirtschaft)
- Fachkräfte finden, qualifizieren und binden

7.2.2 Wissenschaft:

Ausgangslage

Die Technologieführerschaft und Innovationskraft in strategischen Bereichen bildet eine wesentliche Grundlage für Bayerns Wohlstand. Diese Spitzenstellung konnte nur durch jahrzehntelange politische Förderung erreicht werden. Eine ihrer Voraussetzungen war jedoch auch ein Umfeld von technischer Exzellenz in Forschung und Lehre an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Prototypisch dafür sind die Metropolregionen, hier insbesondere die Universitäten in München und Erlangen.

Der Raum Niederbayern erfuhr eine solche politische Förderung bisher nur punktuell.

Zudem droht hier der Demographische Wandel mittel- und langfristig besonders gravierende Auswirkungen zu haben. Ihnen ist nur durch Steigerung der Attraktivität der Region in wirtschaftlicher und damit verbunden auch in kultureller Hinsicht zu begegnen, nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene.

Trotz der beschriebenen Ausgangslage ist es immer wieder gelungen, kleine und mittlere Technologieunternehmen, die in nicht wenigen Fällen die internationale Technologie oder Marktführerschaft für sich beanspruchen können, in der Region anzusiedeln bzw. zu halten. Auch dies war und ist eng mit dem wissenschaftlichen Umfeld der niederbayerischen Hochschulen verknüpft, sowohl in den technischen und mathematischen Disziplinen als auch in den Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften. Um eine nachhaltige Trendwende einleiten und den Anschluss an die Führung Bayerns in Technik und Innovation auch langfristig halten zu können, braucht Niederbayern heute mutige politische Entscheidungen und einen deutlichen Impuls in Richtung Wissenschafts- und Technologiestandort.

Der Grundstock ist in Niederbayern mit der Universität Passau, den Hochschulen Deggendorf und Landshut und dem im Aufbau befindlichen Wissenschaftszentrum Straubing bereits gelegt. Die Einrichtungen sind, um den geänderten Anforderungen zu entsprechen, wie nachfolgend dargelegt auszubauen.

Die Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen der Universität Passau, der HAW Deggendorf, der HAW Landshut und dem Wissenschaftszentrum Straubing soll ausgedehnt werden. Als Plattform wird eine mindestens einmal jährlich stattfindende Tagung der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen eingerichtet („Niederbayerische Hochschultage“).

Forderungen an den Freistaat Bayern zum Ausbau der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen

- Universität Passau

Die Universität Passau wird zu einer international attraktiven wissenschaftlichen Einrichtung auf dem Gebiet der Wechselwirkungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Rechtsordnung und Bildungssystem einerseits und Informationstechnik, technischer Innovation und Wissensgesellschaft andererseits unter besonderer Berücksichtigung von Kulturräumen, Medien und Kommunikation ausgebaut.

- Umsetzung des Konzepts Technik Plus; u.a. Einrichtung von sieben zusätzlichen Lehrstühlen im Bereich Informationstechnik und Internet Science sowie weiteren Lehrstühlen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;

- Ausbau des Lehrangebots in den Bereichen Embedded Systems Engineering, Intelligent Energy Management und Internet Science, vorzugsweise in Form interdisziplinärer internationaler Studiengänge;
 - Unterstützung der Internationalisierung; Aufbau neuer internationaler Studiengänge;
 - Einrichtung eines Transferzentrums Technik und Innovation der Universität Passau und der HAW Deggendorf mit Hauptsitz in Passau und Standorten in Passau und Deggendorf.
- Wissenschaftszentrum Straubing

Das Wissenschaftszentrum Straubing mit dem Schwerpunkt Nachwachsende Rohstoffe wird weiterentwickelt zu einer europaweit führenden Forschungseinrichtung auf dem Gebiet der „nachhaltigen Chemie“.

 - Komplettierung des wissenschaftlichen Profils durch die Etablierung von insgesamt sechs neuen Lehrstühlen der Technischen Universität München und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf am Standort Straubing;
 - Ausbau des Lehrangebots zum Thema Nachwachsende Rohstoffe durch die Weiterentwicklung des bestehenden Masterstudienganges "Nachwachsende Rohstoffe" und Etablierung eines Bachelorstudienganges in demselben Feld;
 - Einrichtung eines gemeinsamen Graduiertenkollegs zur „Bereitstellung und Nutzung regenerativer Ressourcen für die chemische Industrie in Bayern bis zum Jahr 2050“ mit Beteiligung aller am Wissenschaftszentrum Straubing aktiven Hochschullehrer;
 - Weiterführende Aktivitäten zur Etablierung gemeinsamer strukturbildender Forschungsverbünde im Bereich der Energiebereitstellung und des Energiemanagements sind in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen des Wissenschaftszentrums Straubings und den in Niederbayern ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen anvisiert;
 - Stärkung der angewandten Forschung und damit der Innovationskraft der niederbayerischen Industrie durch den Ausbau der Fraunhofer Projektgruppe BioCat zu einem eigenen unabhängigen Fraunhofer Institut.
 - Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Deggendorf
 - Einrichtung eines Standorts des Transferzentrums Technik und Innovation an der HAW Deggendorf mit Infrastruktur für Intelligente Messtechnik, Eingebettete Systeme und Planungs- und Organisationssysteme;
 - Einrichtung neuer Professuren an der HAW Deggendorf für die Bereiche:

- Sensorik und Bildverarbeitung
- Sensorik für Umweltmanagement sowie Fernerkundung
- Trusting Computing Systems und Informationssicherheit
- Automobilelektronik für Elektrofahrzeuge
- Leistungselektronik für Elektrofahrzeuge
- Logistik und nachhaltiger Verkehr/ Mobilität;
- Einrichtung von Fraunhofer-Anwendungszentren für:
 - Mobile intelligente eingebettete Systeme ggf. in Zusammenarbeit mit der Uni Passau
 - optische Technologien, Messtechnik
 - Röntgencomputertomografie.
- Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) Landshut
 - Ausbau der Zusammenarbeit der Universität Passau, des Wissenschaftszentrums Straubing und der HAW Landshut (1 Professur);
 - Aufbau und Entwicklung des Forschungsschwerpunktes "Erneuerbare Energie und Materialwissenschaft" mit dem besonderen Schwerpunkt moderner Speichertechnologien;
 - Erweiterung des wissenschaftlich, technologischen Profils in der Elektromobilität (1 Professur);
 - Ausbau des Clusternetzwerkes "Leichtbau" mit dem besonderen Schwerpunkt "Faserverbundwerkstoffe und Hybride Strukturen" (1 Professur);
 - Ausbau des Clusternetzwerkes "Mikrosystemtechnik" mit den besonderen Schwerpunkten "Medizintechnik" und "Aufbau- und Verbindungstechnik";
 - Aufbau eines Bildungsangebotes in Themenbereich "Gesundheit, Pflege, Vorsorge" (3 Professuren);
 - Aufbau eines internationalen Bildungsprogramms im Themenbereich "Electronic Product Engineering" (1 Professur).
- Standort Kelheim:
 - Errichtung einer externen Professur durch die TU München zur nachhaltigen Entwicklung von High-Tech-Fasern in Kelheim.
- Kooperative Promotionen:
 - Aufgreifen geeigneter fachlicher Anknüpfungspunkte bei den beteiligten Wissenschaftlern.

- Bereitstellung eines Förderbetrages, der zu gleichen Teilen an die beteiligten Hochschulen geht.
- Fortgeltung der einschlägigen Promotionsordnungen der beteiligten Hochschulen.

7.3 AK Wirtschaft, Technik, Infrastruktur

Ausgangslage

Der Demographische Wandel stellt Niederbayern vor große Herausforderungen. Die bevorstehenden Veränderungen sind in den Ausarbeitungen von Prof. Birg und der Deenst GmbH umfassend beschrieben.

Schon heute müssen sich die Unternehmen auf die bereits begonnene spürbare Alterung der Belegschaften einstellen. Hinzu kommt, dass aufgrund des technologischen Fortschritts der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften weiter ansteigen wird.

Nach den Ergebnissen des IHK-Fachkräftemonitors Bayern werden schon im Jahr 2014 in Niederbayern mehr als 28.000 Fachkräfte fehlen, 2022 werden es bereits 46.000 qualifizierte Arbeitskräfte weniger sein.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eines der Zukunftsthemen, das nicht nur die Unternehmen sondern auch die Politik fordert. Denn nachhaltiges Wachstum und damit verbunden die Aufrechterhaltung unserer sozialen Sicherungssysteme kann nur erfolgen, wenn den Betrieben die dafür erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Andernfalls werden Wachstums- und Innovationspotentiale verschenkt. Daraus resultieren Wohlstands- einbußen, steigende Sozialbeiträge und schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte.

Gerade für die Region Niederbayern, die durch einen produktionstechnisch orientierten Mittelstand, aber auch durch große Industriebetriebe geprägt ist, sind nicht nur akademische Mitarbeiter, sondern vor allem Fachkräfte mit einer dualen Ausbildung und mit Weiterbildungsabschlüssen von besonderer Bedeutung.

7.3.1 Sicherung des Fachkräftebedarfs

- Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen,
u.a. Schul- und Studienabbrecherquote verringern.
- Betriebliche Ausbildung stärken,
u.a. Betriebe unterstützen für die Ausbildung von Jugendlichen mit mangelnder Ausbildungsreife.
- Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung.
- Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen,
u.a. Kinderbetreuungsangebote weiter optimieren.
- Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern.

- Bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften ermöglichen
 - ausländische Fachkräfte sind willkommen
 - Integration der Zuwanderer intensiv begleiten
 - Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss Ende 2011 für alle EU-Staaten enden
 - Absenkung der Einkommensschwelle für Hochqualifizierte
 - Investitionen in bedarfsgerechte Ausbildung in den Herkunftsländern.
- weiter verstärkte Unterstützung von Existenzgründern und Unternehmensnachfolge.
- Verhinderung der Abwanderung, indem mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte geschaffen werden.

7.3.2 Regionalförderung

- Der Regierungsbezirk muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um mögliche Zuschüsse auch gewähren zu können. Derzeit fehlen Finanzmittel, um die Fördersätze gewähren zu können. Beispiel: Innovationsgutscheine zur Technologieförderung in Höhe von jeweils 7.500 € mit einem Fördersatz von 50% wurden an einige Unternehmen nicht ausgezahlt, obwohl sie bewilligt worden waren.
- Rahmenprogramm der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“: Faktoren „finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune“ und „durchschnittlicher Bruttolohn der Einwohner“ müssen in die Berechnung einfließen.
- Mindestinvestitionssumme der Regionalförderung senken: von 250.000 € auf 100.000 €
- Herabsetzung der Grenze bei Existenzgründern von 100.000 € auf 50.000 €.
- Risikokapitalfonds für kleinere Vorhaben unter Beteiligung des Freistaates mit Option der Aufstockung durch Landkreise / Sparkassen / sonstige Partner
- Kennzahlen für Förderungen überdenken: nach welchen Kriterien sollten Fördergelder vergeben werden? (Arbeitslosenquote? Demographische Veränderungen berücksichtigen!)
- Erhalt und Ausbau der Förderprogramme, z.B.:
 - **ZIM Solo:**
Über Euronorm bzw. VDI/VDE wurden einige Förderanträge gestellt, die mit ca. 35 bis 40 % auf die förderfähigen Kosten bezuschusst werden. Ansatzfähig sind

bei innovativen Projekten insbesondere Personalkosten von Projektmitarbeitern sowie übrige Kosten (zu 100%).

- **Europäische Förderprogramme (insbesondere 7.FRP+ Forschung für KMU-Betriebe):**

Es bestehen gute Kontakte zu verschiedensten Organisationen (Bayerische Forschungsallianz, Bayern Innovativ, Clustergesellschaften etc.), Betriebe werden bedarfsgerecht mit Unterstützung dieser Fachinstitutionen beraten.

7.3.3 Projekte aus der Region

- E-Wald (Bayerischer Wald als Modellregion für Elektromobilität): zügig aufbauen!
- Green Chemistry Belt (BioCampus Straubing; Veredelung der nachwachsenden Rohstoffe entlang der Donau).
- Kompetenzzentrum „nachhaltige High-Tech-Fasern Kelheim“.
- Ausbau zur Bildungs- und Innovationsregion Niederbayern (siehe AK Bildung).
- Weiterer Ausbau der Technologie-Standorte der Hochschulen Deggendorf und Landshut.
- Einrichtung einer Regionalen Entwicklungsagentur.
- Verstärkung der Innovations- und Forschungsförderung.
- Dauerhafte finanzielle Absicherung der regionalen Cluster (Leichtbau, Mechatronik, Mikrosystemtechnik, C.A.R.M.E.N. (Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk e.V.)¹⁷, Nachwachsende Rohstoffe, Bionik, Glas).
- Nachhaltige Sicherung regionaler Netzwerke: Forst und Holz Bayerischer Wald, Netzwerk Glas,
- Dauerhafte Absicherung des Regionalmanagements durch den Freistaat Bayern.
- Bestimmung eines einheitlichen Ansprechpartners für EU-Förderprogramme.

¹⁷ „Dem Verein [C.A.R.M.E.N.] obliegt die Koordination einer zielgerichteten interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft, Landwirtschaft und Wirtschaft. Damit werden ein rascher Fortschritt in Forschung und Entwicklung, ein effizienter Mitteleinsatz und das Erschließen neuer Absatzmärkte für landwirtschaftliche Produkte angestrebt. C.A.R.M.E.N. fördert die Entwicklung von ökologisch und ökonomisch attraktiven und wettbewerbsfähigen Techniken zur Nutzung Nachwachsender Rohstoffe wie beispielsweise Holz, Raps, Hanf oder Sonnenblumen. Dazu bündelt der Verein Initiativen, koordiniert und betreut Projekte, sammelt und wertet Informationen aus, berät Unternehmen und Privatpersonen.“ vgl. <http://www.carmen-ev.de/dt/portrait/content.html>; zuletzt besucht am 28.06.2011

- Modellprojekt: Förderprogramm zur Unterstützung der technologischen Ausrichtung n kleinen und mittleren Unternehmen.
- Europaregion Donau-Moldau als Leuchtturmprojekt europäischer Integration.

7.3.4 Infrastruktur

Angestrebte Ziele zur Steigerung der Attraktivität der Region:

- Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Region.
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Straßen- und Schienennetzes, insbesondere Ausbau der Bundesstraßen B 11, 12, 15 neu, 16, 20, 299, 388 und 533. Detaillierte Angaben befinden sich im Anhang der Langfassung.
- Aufstockung der Finanzmittel für Bau und Unterhaltung der Staatsstraßen.
- Verbesserung der Anbindung strukturschwächerer Räume.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit der Straßen.
- Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität an vorhandenen Straßen.

Forderungen an den Freistaat Bayern:

- Aufstellung eines neuen Gesamtverkehrskonzeptes für Niederbayern:
 - Der Aufgabe als Transitland Niederbayern gerecht werden.
 - Der Aufgabe als Pendlerland Niederbayern gerecht werden.
 - Bewertung der Projekte nach dem Erschließungsprinzip statt nach theoretischem Kosten-Nutzen-Verhältnis.
- Ertüchtigung der überregionalen, regionalen und touristischen Verkehrsachsen.
- Vordringlichste Projekte:
 - Straße: Weiterbau der A 94 als durchgehende Verbindung von München bis zur A 3
 - Schiene: doppelgleisiger Ausbau Plattling – Landshut, als Teil des „Donau-Isar-Express“ zwischen Passau und München
 - Wasserstraße: positive Entscheidung zum Donauausbau
 - Ausbau der Breitbandversorgung
 - Ausbau der Stromleitungsnetze

7.4 AK Gesundheit

Ausgangslage

Eine gute medizinische Versorgung gehört zu den Fundamenten einer attraktiven Region. Daher gilt unser Augenmerk der Aufrechterhaltung, dem Aufbau und der Optimierung der Strukturen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich.

Das Gesundheitswesen ist ein unverzichtbarer Sektor am Arbeitsmarkt, der viele attraktive Arbeitsplätze bietet. Aktuell nimmt der Gesundheitsbereich Platz 2 im Branchenvergleich ein. Allein die Kur- und Heilbäder in Niederbayern mit mehr als 800 Hotels und sonstigen Beherbergungsbetrieben, mit insgesamt 21.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen, generieren ein Umsatzvolumen von rund einer Milliarde Euro.

Der Gesundheitsmarkt bietet in weiten Teilen Niederbayerns auch zukünftig Wachstumschancen!

Durch den Demographischen Wandel entstehen erhebliche Herausforderungen:

- Auch in Niederbayern droht ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in der ärztlichen Versorgung.
- Die (vorhandenen und zu schaffenden) Strukturen müssen aufgebaut, gesichert und optimiert werden.

Forderungen an den Freistaat Bayern:

- Absicherung der Grundversorgung durch gesetzlich verankerte Vergütung nach dem „Vorhalteprinzip“ sowohl bei der Notfallversorgung als auch im Rettungswesen.
- Unterstützung bei der Sicherung der flächendeckenden und wohnortnahen hausärztlichen Versorgung.
- Sozialabkommen mit den Nachbarländern Österreich und Tschechien zur grenzenlosen wechselseitigen Nutzung der medizinischen Angebote.
- Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze.
- Abschaffung des Numerus clausus.
- Schaffung von frei zu vergebenden Medizinstudienplätzen für heimatverbundene Jugendliche, die sich verpflichten nach Erhalt der Approbation ihre ärztliche Tätigkeit vorrangig als Hausarzt in der Region Niederbayern auszuüben.
- Ausweitung der Facharztweiterbildungsermächtigung in kleineren Kliniken.
- Unterstützung bei der Neuorganisation der ambulanten Notfallversorgung.
- Herabsetzung der Zulassungskriterien für Notärzte.

- Gründung einer Fakultät „Gesundheit, Pflege, Vorsorge“.
- Stärkung der REHA-Maßnahmen im Hinblick auf „ältere Arbeitnehmer“.
- Stärkere Flexibilisierung von Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Bedarfsgerechte Anpassung der Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Gleichstellung der Rehabilitation im Verhältnis zur Akutbehandlung.
- Exklusive Einbindung der Kur- und Heilbäder in ein Präventionsgesetz.

Handlungsansätze für die Akteure vor Ort:

- Noch engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.
- Miteinander statt Gegeneinander zwischen Niedergelassenen und Kliniken und Krankenhäusern.
 - Ausweitung der MVZ und der ambulanten Versorgung durch Kliniken und Krankenhäuser nur um jene Fachrichtungen, die die niedergelassenen Ärzte nicht oder nicht mehr abdecken können.
 - Verstärkte Einbindung von Niedergelassenen in die stationären Häuser.
- Verbünde und Kooperationen unserer stationären Häuser.
- Weiterbildungsverbund für Allgemeinmediziner.
- Die in den anderen Arbeitskreisen bereits erarbeiteten Punkte zur Fachkräftesicherung und -gewinnung (Steigerung der Frauenerwerbsquote, Verbesserung der Kinderbetreuung, Anpassung der Arbeitsbedingungen an ältere Arbeitnehmer, gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland, ...) gelten uneingeschränkt auch für unseren Gesundheitssektor!
- Gründung von Fördervereinen für ärztliche Nachwuchsgewinnung.
- Verankerung der „Gesundheitsregion Niederbayern“.

7.5 AK Tourismus / Natur / Sport

7.5.1 Tourismus in Niederbayern

Ausgangslage

Der Freistaat Bayern ist die größte Urlaubsregion in Deutschland.

Der Regierungsbezirk Niederbayern mit seinen Destinationen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf- und Thermenland ist dabei mit 13,2 Millionen Übernachtungen einer der übernachtungsstärksten Bezirke innerhalb Bayerns. Circa 55.000 Personen verdienen ihren Lebensunterhalt in der Tourismusbranche. Der Tourismus als Querschnittsindustrie sorgt insgesamt für eine Bruttowertschöpfung von 2,55 Mrd. Euro für Niederbayern. Damit auch in Zukunft der Tourismus eine der tragenden Säulen der niederbayerischen Wirtschaft bleibt, ist es wichtig, dass sich das touristische Angebot und dessen Vermarktung dynamisch und mit hoher Qualität weiter entwickelt. Dies ist im Wettbewerb mit deutschen, aber auch europäischen Destinationen auf Grund der vorhandenen Struktur von Klein- und Kleinstbetrieben oftmals sehr schwierig und ohne öffentliche Unterstützung nicht umzusetzen.

Es herrscht in vielen Betrieben ein massiver Investitionsstau. Viele Betriebe haben weder eine ausgeprägte Spezialisierung noch eine Klassifizierung. Bei vielen Gastgebern ist der Professionalisierungsgrad sehr gering (reiner Nebenerwerb und damit besteht wenig Neigung zur Weiterqualifizierung). In vielen Betrieben stellt sich das Problem der Betriebsnachfolge.

Auf vielen Feldern ist eine Qualifikationssteigerung dringend nötig. Dies betrifft Betriebe ebenso wie Tourist-Informationen und Freizeiteinrichtungen. Qualitativ weiter entwickelt werden muss nicht nur die Hardware, sondern auch die Servicequalität, die sprachlichen Fertigkeiten und der Umgang mit modernen Medien und Kommunikationsmitteln. Touristische Bildungsoffensive für touristische Leistungsträger muss fortgesetzt werden. Neben der Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung in der Ausstattung ist dringend ein Qualitätsmanagement in der Qualifizierung des Personals erforderlich.

Die Ziele für die Region Bayerischer Wald

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung. Hierzu sind Mittel für die regelmäßige Durchführung entsprechender Untersuchungen erforderlich.

- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer Führungsposition auf den Themenfeldern Wandern, eBike, Familienurlaub, Outdoor, Wellness und Winter (familienfreundliches Alpinangebot und Nordische Top-Region).
- Steigerung der Klassifizierungs- und Spezialisierungsquote der Betriebe.
- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke. Das Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste auf mittelfristig mindestens 10%.

Die Ziele für das Bayerische Golf- und Thermenland

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung.
- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer führenden Position auf den Themenfeldern Gesundheitsurlaub, Golf, Radfahren und Kultur.
- Die noch geringe Klassifizierungsquote bei allen Beherbergungsarten im Bayerischen Golf- und Thermenland muss dringend gesteigert werden¹⁸.
- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke, besonders auch privater Golfclubs. Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste.

Die Ziele für die Donau-Region

- Stärkung des Rad-, Wander-, Städte- und Schifffahrtstourismus an der niederbayerischen Donau (Ausbau des Donau-Tourismus entlang der transeuropäischen Donauachse).

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Unterstützung für den Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe Tourismusförderung über das Jahr 2013 hinaus und damit die Möglichkeit, auch künftig sowohl Qualitätsverbesserungen in der Infrastruktur, Marketing- als auch

¹⁸ Wie relevant die Klassifizierung gerade in der heutigen Zeit ist, verdeutlicht der DTV (Deutscher Tourismusverband e.V.) auf seiner Internetseite: „Für den Gast sind Sterne als international verständliche Symbole bei der Auswahl seines Ferienquartiers eine zuverlässige Orientierung und ein unverzichtbares Kriterium für die Buchung. Und zwar besonders dann, wenn er im Internet bucht. Für Gastgeber mit privaten Ferienunterkünften sind Sterne eine ideale Möglichkeit, die Qualität ihres Angebots objektiv zu beweisen. Sterne stellen außerdem einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Anbietern dar und liefern ein wirksames Werbeargument“. (vgl. Deutscher Tourismusverband e. V. – www.deutschertourismusverband.de, 24. März 2011). Gleiches gilt natürlich auch für die vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e. V. (DEHOGA) angebotene Hotelklassifizierung.

Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig zu halten. Insbesondere die Fortführung der EU-Strukturförderung im Tourismus für die Region Ostbayern ist elementar.

- Unterstützung für den Erhalt des gesenkten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie.
- Unterstützung bei der Ansiedlung strahlkräftiger Investitionsprojekte. Nur durch überregionale Leuchtturmprojekte können die Regionen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf- und Thermenland überregionale Bedeutung gewinnen¹⁹.
- Ein für den Bayerischen Wald wichtiges zentrales Großprojekt ist eine mögliche Ansiedlung von CenterParks in Frauenau. Das Wirtschaftsministerium wird gebeten, wenn die Gespräche soweit gediehen sind, dieses Projekt bestmöglich zu unterstützen.
- Wichtig ist auch die Fortführung des oberösterreichischen Erfolgsprojekts Donausteig und dessen Entwicklung und Vermarktung auf bayerischer Seite.
- Die finanzielle Ausstattung des öffentlichen Tourismus ist an der Ausstattung der direkten Wettbewerber zu orientieren. Im Bundesland Oberösterreich erhält - bei 6,3 Millionen Übernachtungen - der dortige Tourismusverband jährlich 12 Millionen Euro Budget, exklusive zur Verfügung stehender EU-Mittel. Die Mittel des Tourismusverbands Ostbayern umfassen exklusiv EU-Mittel gerade mal 1 Million Euro bei 13,2 Millionen Übernachtungen.
- Unterstützung bei der Schaffung einer personellen und finanziellen Grundlage zur Stärkung der genannten Themen und Produkte (Produktmanager und Betriebscoaches, „Kümmerer“) auf Ebene des Tourismusverbandes Ostbayern, der Landkreise und Kommunen. Die Erfahrungen zeigen, dass nur durch persönlichen Kontakt zwischen dem innovativen Treiber Tourismusverband und den Betrieben eine dynamische Entwicklung und eine zielführende Einbindung möglich sind.
- Möglichkeit für klassifizierungswillige Betriebe, die Klassifizierung bis zu drei Sterne für Betriebe kostenlos zu gestalten.
- Die Gewährung der Höhe von Förderungen (sowohl für Betriebe als auch für Kommunen) muss daran geknüpft sein, dass fehlende Klassifizierungen/ Zertifizierungen umgehend erworben werden beziehungsweise die Eingliederung in die Vermarktungsstrategie Bayerischer Wald/ Bayerisches Golf- und Thermenland verlangt wird. (Nutzung der Dachmarke, Teilnahme an gemeinsamen Marketingmaßnahmen,...).
- Darüber hinaus dürfen die Kommunen bei der dringend notwendigen Errichtung und Modernisierung zum Beispiel großer Sporteinrichtungen, wie Eissporthallen,

¹⁹ Ein Referenzprojekt ist hier derzeit der Goldsteig Wanderweg.

Sprungschancen oder Rennbahnen, von Bund und Land finanzielle Förderung erhalten. Eine Sport-, Wellness- und Gesundheitsregion braucht auch bei der Sportinfrastruktur Aushängeschilder, die sie befähigt, internationale Großveranstaltungen nach den geforderten Standards reibungslos abzuwickeln.

- Nicht zuletzt sollte ein Programm ähnlich wie das Programm „Freizeit und Erholung“ neu aufgelegt und ausreichend dotiert werden. Die Errichtung und Modernisierung von zum Beispiel Badeseen, Langlaufloipen und Wanderwegen kommt nicht nur dem Urlaubsgast zugute, sondern trägt auch maßgeblich zur Steigerung der Lebensqualität der niederbayerischen Bevölkerung und damit zur Verwirklichung des Ziels, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen, bei.

7.5.2 Naturschutz

Ausgangslage

Niederbayern verfügt über eine außerordentliche biologische Vielfalt, mehr als 50 000 Pflanzen-, Tier- und Flechtenarten kommen hier vor. Schutzgebiete sind ein unverzichtbarer Baustein für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Hier hat die Natur Vorrang vor anderen Ansprüchen. Herausragende Schutzgebiete in Niederbayern sind der Nationalpark Bayerischer Wald (gleichzeitig FFH- und auch Vogelschutzgebiet) und das Europa-Diplom-Gebiet Weltenburger Enge. In Niederbayern gibt es daneben noch zwei Naturparke: Den Naturpark Bayerischer Wald, der sich über vier niederbayerische Landkreise erstreckt, und den Naturpark Altmühltal, der in einem Teil des nördlichen Landkreises Kelheim liegt.

Das Haus am Strom in Jochenstein ist eine anerkannte Umweltstation des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und erfüllt wichtige Aufgaben im Rahmen der Umweltbildung. Darüber hinaus ist es eine wichtige Informationsstelle für den Tourismus.

Darüber hinaus gibt es derzeit 63 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 7.200 Hektar.

Niederbayern hat weiter Anteil an insgesamt 92 teilweise bezirksübergreifenden Natura 2000-Gebieten mit einer Gesamtfläche von rund 68.000 Hektar, was etwa 6,5 % der Bezirksfläche entspricht.

Insgesamt unterliegen 28 % der Fläche Niederbayerns einem gesetzlichen Schutz. Die Sicherung der biologischen Vielfalt ist daher eine anspruchsvolle und wichtige Aufgabe. Die bayerische Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2008 vom Landtag verabschiedet wurde, gibt dabei den Handlungsrahmen vor. Dieser ist aber nicht ausreichend.

Forderungen an den Freistaat Bayern

1. Aus der Sicht des Nationalparks Bayerischer Wald

- 1.1 Aufrechterhaltung der notwendigen Personal- und Finanzausstattung.
- 1.2 Bau einer Waldwerkstatt.
- 1.3 Errichtung von „Tankstellen“ für das Projekt „E-WALD“.
- 1.4 Langfristige Sicherung des Igel-Bus-Systems über 2012 hinaus.

2. Aus der Sicht des Naturparks Bayerischer Wald e.V.

- 2.1 Stärkung der finanziellen Grundförderung.
- 2.2 Erforderliche Planungssicherheit durch ausreichende Personalausstattung.
- 2.3 Anhebung des Mittelkontingents für den Erholungsbereich.
- 2.4 Rückgängigmachung der Reduzierung der Gebietsbetreuerstellen.
- 2.5 Wiedereinführung der Mittelzuteilungsquote für Naturparke.

3. Aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörden

- 3.1 Aufstockung der Fördermittel für die drei wichtigsten Förderprogramme Vertragsnaturschutz, Förderung gemäß Naturpark- und Landschaftspflegeleitlinien und staatliche Maßnahmen des Naturschutzes.
- 3.2 Vereinfachung der Förderprogramme und verlässliche Mittelplanung über mehrere Jahre hinweg.
- 3.3 Beseitigung des zu hohen Antrags- und Kontrollaufwandes.

7.5.3 Sport in Niederbayern

Ausgangslage

In Niederbayern sind 462.000 Menschen (39% der Bevölkerung) in Sportvereinen organisiert. 40.000 Personen engagieren sich ehrenamtlich für die Aufgaben des Sports. Es ist ein flächendeckendes Netz von Sportstätten vorhanden, überwiegend im Eigentum der Vereine, von welchen es auch unterhalten wird. Die Eigenleistung und das Spendenaufkommen bei Investitionen sind enorm.

Handlungsansätze für die Akteure vor Ort

- Die Talentförderung ist stark verbesserungsbedürftig.
- Errichtung von schulsprengelübergreifenden Sportklassen an allen Schultypen.
- Schultypenübergreifender Sportunterricht am Nachmittag.

- An Leistungszentren müssen vom Land finanzierte qualifizierte Trainer arbeiten.
- Die Bedingungen für SportArbeitsGemeinschaften (SAG) und für „Sport nach 1“ (Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein) müssen verbessert werden.
- Für das „Passauer Modell“ (gemeinsame Betreuung von Schulkindern verschiedener Schulen ab Schulende bis zum Nachmittag, mit Sportangeboten durch einen Sportverein) sollten weitere Standorte gefunden und gefördert werden.
- Weitere Leistungszentren, wie für Handball in Mainburg u. a., sind für die Talentförderung unerlässlich.
- Erweiterung des Studienangebotes im Fach Sport mit Blick auf Fächerkombinationen und Erweiterung der Qualifikation durch B.A. und M.A. im Fach Sport.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Die Wartezeiten für die Auszahlung von Förderungen an Vereine sind zu lang. Diese belasten sowohl Vereine wie auch die Gemeinden.
- Die Förderbeiträge bis 15.000 Euro sollen auf dem „Verwaltungsweg“ genehmigt und bei Vorliegen der Voraussetzungen sofort ausbezahlt werden.
- Den Vereinen sollte es ermöglicht werden ihre Staatsdarlehen vorzeitig, in Verbindung mit einem entsprechenden Abschlag auf die Restlaufzeit, zurück zu zahlen.
- Die zurückfließenden Beiträge stehen sofort zusätzlich für den Sportstättenbau der Vereine zur Verfügung.
- Kommunale Breitensporteinrichtungen haben derzeit keine Fördermöglichkeit. Dies führt zu veralteten Sportstätten und sogar zu deren Schließung.
- Kunstrasenspielfelder in klimatisch benachteiligten Gebieten erhalten eine erhöhte Förderung.

Sportveranstaltungen

- Die Durchführung nationaler und internationaler Sportwettkämpfe ist für Niederbayern ein großer Gewinn. Solche Großveranstaltungen bedürfen einer ausreichenden öffentlichen Förderung durch den Freistaat Bayern.
- Veranstaltungen, wie der Ski-Weltcup, der Skadi-Loppet, die Deutschen und Europäischen Biathlonmeisterschaften, der Behinderten-Weltcup im Skilanglauf, Judo-Welt- und Europameisterschaften und viel andere nationale und internationale Meisterschaften in vielen Sportarten muss die Finanzierung überwiegend durch

örtliches Aufkommen gesichert werden, was in den letzten Jahren immer mehr Probleme machte.

- Ausgesuchte Sportstätten sollten eine besondere Förderung erhalten um „fernsehtauglich“ zu werden, zum Beispiel die Flutlichtanlage für das Dreiflüsse-Stadion in Passau.

Projekte

- Ausbau des Landesleistungszentrums (LLZ) Arber-Arbersee-Rastbüchl zur nationalen und internationalen Wettkampfstätte.
- Staatliche Anerkennung der Angliederung der Skisprunganlage Rastbüchl an das LLZ Arber.
- Generalsanierung der Radrennbahn in Niederpörling.
- Ein Netz von sechs bis acht nordischen Zentren, welche über den gesamten Bayerischen Wald mit Funktionsgebäuden, Wärmestuben, ev. Gastronomie, Duschen und Sanitäranlagen verteilt werden.
- Mindestens eine beschneite Loipe in jedem dieser Zentren.
- Moderne Beförderungsanlagen: Hierbei werden Sessel- und Gondelbahnen bevorzugt.
- Erweiterung und Beschneigung von Pisten.
- Rodelbahnen auch mit abendlicher Nutzung.
- Die Förderquote für Sportanlagen mit zentraler Bedeutung muss mindestens 50% betragen. Besser wären jedoch 60%. (Tschechien hat 85%)
- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Pisten- und andere Geländeerweiterungen.
- Schaffung von einheitlichen Liftkartenverbundsystemen.
- Der Ausbau des internationalen Behinderten-Skizentrums in Finsterau.
- Eine Flutlichtanlage im Dreiflüsse-Stadion in Passau als Voraussetzung für Fußballländerspiele.
- Aufbau eines Leistungszentrums für Pferdesport.
- Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen zu Sportveranstaltungen ist eine große Belastung für die Vereine. Die Förderung vereinseigener Fahrzeuge, zum Beispiel im E-WALD-Projekt, wäre hilfreich.
- Bei der Ausgestaltung der Donau-Moldau-Region sollte der Sport als wichtige grenzüberschreitende Aufgabe ausformuliert werden.

7.6 AK Jugend, Senioren und Familie

Ausgangslage

Die demographische Entwicklung führt zu weniger Kindern und Jugendlichen und weniger Familien, in denen Eltern zusammen mit Kindern leben, jedoch zu mehr Senioren. So werden in Niederbayern die Kinder und Jugendlichen (unter 19 Jahre) bis zum Jahr 2025 um 20% weniger, die Senioren (über 65 Jahre) werden um 38% zunehmen²⁰.

Das klassische Familienbild (Vater, Mutter, leibliche Kinder) wird immer seltener. Grundlegende soziale Kompetenzen werden zunehmend durch die Elternhäuser nicht mehr ausreichend vermittelt. Erziehungsdefizite treten verstärkt auf und die Erziehungsverantwortung wird an den Staat abgegeben. Dadurch werden die Kommunen finanziell sehr stark gefordert, manche werden bereits überfordert. Durch den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen, Schulsozialarbeit und der KoKi-Stellen wurden die richtigen Maßnahmen ergriffen.

Durch die Notwendigkeit, dass die Frauenerwerbsquote erhöht werden muss, werden die Anforderungen an die Träger von Kindertagesstätten und Schulen noch steigen.

Durch die steigende Zahl von Senioren wird es notwendig, dass die Versorgung vor Ort aufrechterhalten bleibt bzw. verbessert wird. Wünschenswert wäre es, wenn mehr Senioren ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Erhöhung der Attraktivität des Sozialen Jahres für junge Erwachsene
- Ausbau der staatlichen Sozialarbeit an Schulen
- Unterstützung der Kommunen bei der Jugendhilfe
- Verstärkte Förderung der Kindertagesstätten
- Verstärkte Förderung der Senioreneinrichtungen und des Pflegeberufs
- Förderung des Ehrenamtes

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Weiterentwicklung der Jugendarbeit (mit Anerkennungen und Auszeichnungen)
- Ausbau der Jugendhilfe
- Förderung des Ehrenamtes
- Erhalt innerörtlicher Versorgungsmöglichkeiten
- Ausweitung und qualitative Verbesserung des ÖPNV
- Installierung von Seniorenbeauftragten
- Verstärkte Förderung der Senioreneinrichtungen und des Pflegeberufs

²⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, <http://www.wegweiser-kommune.de>

- bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesstätten
- Ausweitung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten
- Familienfreundliche Arbeitsplätze
- Qualifizierung des Personals

7.7 AK Landwirtschaft, Umwelt und Energie

Ausgangslage:

Niederbayern ist sowohl eine landwirtschaftlich geprägte Region mit hoher Anzahl an landwirtschaftlichen Betrieben mit hoher Ertragsfähigkeit als auch eine forst- und holzwirtschaftliche geprägte Region mit über 50.000 Waldbesitzern, einem Branchenumsatz von ca. 2 Milliarden Euro p.a. und den europaweit höchsten Holzvorräten pro Hektar.

Das Vernetzungsprojekt „Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald“ gilt bayernweit als Vorbild für eine koordinierende Netzwerkarbeit pro Holz (Regionaler Anker der Clusterinitiative Forst und Holz in Bayern).

Die Landwirtschaft wird durch eine vielfältige Produktpalette geprägt.

Zudem verfügt Niederbayern über eine überdurchschnittlich hohe Sonneneinstrahlung zur Erzeugung von erneuerbaren Energien und über Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Bereich Nachwachsender Rohstoffe (z.B. Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing).

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Stärkung der Land- und Forstwirtschaft
 - Lockerungen im Baurecht, Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Bauleitplanung
 - Spezielle Förderung der Breitbandanbindung von landwirtschaftlichen Betrieben (zur Verbesserung der Produktionsbedingungen, Förderung der Diversifizierung und Direktvermarktung).
- Förderung von Liefervereinbarungen mit Landwirten zur Wärmeversorgung.
- Imagekampagne für die Landwirtschaft, Waldbewirtschaftung und Holzverwendung unter Federführung der Staatsregierung.
- Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeit verringern.
- Bestehende Förderprogramme stärken (z.B. Dorferneuerung, Flurneuordnung, ILE, Leader).
- Laufende Projekte weiter ausbauen z.B.
 - Nawaro (Nachwachsende Rohstoffe; Leuchtturmprojekt "Straubing - Region der Nachwachsenden Rohstoffe" des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe im Rahmen des Klimaprogramms Bayern 2020)
 - Insel (**IN**novatives **SK**alierbares **E**nergiekonzept **L**andshut: Kooperationsprojekt der Hochschule Landshut mit der Marktgemeinde Ruhstorf an der Rott in Niederbayern

- mit namhaften Unternehmen in der Region für den Aufbau eines Technologietransferzentrums)
- E-Wald (Bayerischer Wald als Modellregion für Elektromobilität im Tourismus)
- Bioenergieregion Straubing-Bogen: Ausweitung auf Niederbayern.
- Unterstützung bei der Gründung einer niederbayerischen Energieagentur.
- Errichtung einer Plattform für Existenzgründer.
- Reduzierung des Flächenverbrauchs
 - Ausgleichsmaßnahmen nicht auf landwirtschaftlich hochwertigen Flächen, sondern Ausgleichszahlungen und Optimierung von schützenswerten Flächen
 - landesplanerische und finanzielle Förderung der Entwicklung und Belebung der Ortskerne statt Neubaugebiete auf der grünen Wiese.
- Unterstützung für ein intelligentes Flächenmanagement.
- Erhaltung und Optimierung der Abfallentsorgung in kommunaler Hand.
- Planungshoheit für die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen muss vor Ort bleiben.

Forderungen an die Akteure vor Ort

- Verwendung regionaler Produkte im öffentlichen Bereich (Gestaltung von Ausschreibungen).
- Förderung der Initiierung von Gemeinschaftsprojekten (z.B. gemeinsame Hallen, Silo- oder Tankanlagen).
- Verstärktes Qualifizierungsprogramm im ländlichen Tourismus.
- Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeit verringern (z.B. Holzbauquote, Kaskadennutzung von Holz).
- Aufbau einer Regionalmarke (z.B. „Bayerwald Premium Holz“).
- Förderung und Steigerung der nachhaltigen Nutzung von Holz für alle Verwendungszwecke, besonders aus nutzungsfernen Klein- und Kleinstwaldflächen.
- Ausbau erneuerbarer Energien in den Bereichen Mobilität, Wärme- und Stromversorgung
 - Förderung der Beschaffung und des Betriebes von Elektro- und Biokraftfahrzeugen sowie die Einrichtung entsprechender Tankstellen
 - Schaffung von dezentralen, autarken Energieversorgungslösungen mit Speichermöglichkeiten (z.B. Energiespeicher Riedl, Gaskraftwerk Pleinting).
- Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Förderung der Entwicklung und Belebung der Ortskerne statt Neubaugebiete auf der grünen Wiese.
- Intelligentes Flächenmanagement.
 - Förderung einer nachhaltigen Landnutzung im Bereich Boden und Wasser
 - Zusammenarbeit von Naturschutz, Kommune und Landwirten zur intelligenten Nutzung von Randstreifen.

- Unterstützendes Flächenmanagement bei Standortausweisungen für Windkraft- und Solaranlagen.

7.8 AK Kommunalfinanzen

Ausgangslage

Die Finanzlage sehr vieler Kommunen in Deutschland hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Landesmittel bilden einen wesentlichen Teil der Einnahmen der Kommunen. Ergo hat der Modus der Verteilung der Landesmittel eine hohe Bedeutung für die finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Hier ist darauf zu achten, dass für die ländlichen Regionen in Bayern wichtige Maßstäbe ausreichend Berücksichtigung finden.

Im bayerischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) gibt es bereits einige geeignete Ansätze, die allerdings weiterentwickelt werden müssen. Im Jahr 2005 wurde ein Demographiefaktor eingeführt, der sich bisher über 5 Jahre erstreckt: Bei Gemeinden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl in den letzten fünf Jahren über der Einwohnerzahl am maßgeblichen Stichtag liegt, wird für die Ermittlung des Finanzbedarfs die durchschnittliche Einwohnerzahl der 5 Jahre angesetzt.

Die Einwohnerzahlen und die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen werden fiktiv berechnet, mit „veredelten“ Einwohnern und nivellierten Hebesätzen. Daraus ergeben sich Unterschiede zwischen Stadt und Land, da Städten nur ein Teil ihrer tatsächlichen Einnahmen aus eigenen Steuern angerechnet wird und ihre Einwohner höher bewertet werden („Veredelung“).

Erwartungen an den Freistaat Bayern:

- Die Finanzausstattung für Regionen mit besonderen demographischen Problemen soll durch den Freistaat verbessert werden.
- Der Demographiefaktor im Finanzausgleichsgesetz soll fortgeführt und der Zeitraum auf 10 Jahre ausgedehnt werden.
- Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände werden aufgefordert, eine gemeinsame Lösung für das Problem der „Einwohnerveredelung“ zu finden.

7.9 AK Regionale Identität und Kultur

Ausgangslage

Regionale Identität ist das Bewusstsein über Gemeinsames in Kultur und Lebensweise in einem überschaubaren Raum.

Zu Kultur und Lebensweise gehören neben Bildender Kunst, Theater und Musik, Sprache, Philosophie und Religion in einem weiten Verständnis auch Nahrung, Kleidung und Architektur, Rituale und Feste, Flur, Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr, Gemeinschaft und Mentalität.

Es gibt viele gute Aspekte in Niederbayern:

- Die Menschen — heimatverbunden, unaufgeregt, verlässlich, ehrlich, offen, treu, bescheiden, ruhig,
- Die Gemeinschaft — Familie, Gemeinde, Vereine, Kirche, Wirtshaus, Nachbarn, Ehrenamt,
- Das Wohnen — überschaubare Ortschaften, Sicherheit, bezahlbare Preise, schöne Landschaft, Natur, hoher Freizeitwert, Sportstätten, Bäder,
- Die Versorgung — gesundes Essen direkt vom Erzeuger, zugleich das überregionale Angebot wie in großen Städten, das Besondere wie das Selbstverständliche,
- Die Bildung — alle Schularten in erreichbarer Umgebung, Universität und Fachhochschulen, Berufsfachschulen,
- Die Kultur — vom Landestheater Niederbayern bis zu den Europäischen Wochen, vom örtlichen Kino bis zum KULTURmobil,
- Die Tradition — Feste im kirchlichen und weltlichen Jahreskreis,
- Einheit in Vielfalt — gemeinsame Werte in vielfältiger Kulturlandschaft – Bayerischer Wald, Gäuboden, Rottal, Weltenburger Enge,
- Die Lage mitten in Europa — Prag – Wien – München – Regensburg, Europaregion Donau-Moldau, Zuzug und Austausch schon immer.

Aber viel Natur, regionale Lebensmittel, freundliche Menschen, hohe öffentliche Sicherheit und gute Straßen reichen allein nicht aus, um hoch qualifizierte Menschen für die Region zu gewinnen.

Dorferneuerung und Städtebau, Bildung, kulturelles Angebot und regionale Kulturpflege sowie das Werben um die Besten der nachwachsenden Leistungsträger erfordern weiterhin

große Anstrengungen.

Es geht darum, die regionale Identität und Kultur zu stärken, unter besonderer Berücksichtigung des Demographischen Wandels.

Forderungen an den Freistaat Bayern

- Dauerhafte Mitfinanzierung eines Kompetenzzentrums für regionale Identität und Kultur in Niederbayern in kommunaler Trägerschaft mit dem Ziel, die kulturelle Attraktivität Niederbayerns darzustellen, zu vermitteln und zu stärken.
- Unterstützung und Erhaltung bestehender, aber gefährdeter kultureller Einrichtungen als regionale Standortfaktoren: Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Kulturzentren, Festspiele.
- Realisierung des Vorhabens „Europäische Kulturregion 2018“ in Niederbayern.

Forderungen an die lokalen Akteure

- Stärkung der vielfältigen Vereinskultur durch Förderung und Qualifizierung von Projekt- und Vereinsarbeit, insbesondere im Bereich der Nachwuchspflege, zur Aufrechterhaltung der sozialen Balance im Hinblick auf das Zusammenleben der Generationen.
- Regionale Bildungsangebote (Schule, Jugendarbeit, Breitensport, Musikschulen, IHK, HWK etc.) werden durch Netzwerkiniciativen der Träger im „Bildungsnetzwerk“ erschlossen und verdichtet.
- Kulturell aktive Senioren werden zur Ansiedlung und Mitwirkung angeworben.

8. Verzeichnis der Quellen

Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, B1612, Nr. 15/2008, 28. Juli 2008

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen für Bayern bis 2029 – Demografisches Profil für den Regierungsbezirk Niederbayern, 2010; S.11f.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für die Kreisfreie Stadt Landshut, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung(Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für die Kreisfreie Stadt Passau, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für die Kreisfreie Stadt Straubing, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung(Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Deggendorf, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Dingolfing-Landau, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Freyung-Grafenau, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Kelheim, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Landshut, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Passau, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Regen, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Rottal-Inn, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Landkreis Straubing-Bogen, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten für den Regierungsbezirk Niederbayern, Statistik kommunal 2009, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für die Kreisfreie Stadt Landshut, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für die Kreisfreie Stadt Passau, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für die Kreisfreie Stadt Straubing, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Deggendorf, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Dingolfing-Landau, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Freyung-Grafenau, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Kelheim, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Landshut, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Passau, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Regen, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Rottal-Inn, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Landkreis Straubing-Bogen, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2029, Demografisches Profil für den Regierungsbezirk Niederbayern, Beiträge zur Statistik Bayerns, München 2010

Bayerischer Landtag (Hrsg.), Drucksache 15/11103, Beschlussempfehlung und Bericht, des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, Gesetzentwurf der Abgeordneten Herbert Ettengruber, Christian Meißner, Martin Fink u.a. und Fraktion CSU Drs. 15/10637 zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes, 15. Wahlperiode, 10.07.2008

Bayerischer Staatskanzlei (Hrsg.), Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2010), Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 7/2010, vom 12. April 2010, Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München, 2010

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Wegweiser Kommune 2025, Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh 2011; <http://wegweiser-kommune.de/>

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Wer, wo, wie viele?- Bevölkerung in Deutschland 2025 – Praxiswissen für Kommunen, Gütersloh 2009

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Deggendorf, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Dingolfing-Landau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Freyung-Grafenau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Kelheim, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Landshut, Kommune www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Landshut, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Passau, Kommune, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Passau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Regen, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Rottal-Inn, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Straubing-Bogen, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Straubing, Kommune, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Deggendorf, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Dingolfing-Landau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Freyung-Grafenau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Kelheim, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Landshut, Kommune www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Landshut, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Passau, Kommune, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Passau, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Bildungsbericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Regen, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Rottal-Inn, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Straubing-Bogen, Landkreis, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographiebericht – Ein Baustein des Wegweisers Kommune, Daten - Prognosen, Straubing, Kommune, www.wegweiser-kommune.de, zuletzt besucht am 28.6.2011

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Abnahme der Elternjahrgänge beschleunigt Geburtenrückgang in Deutschland, Anteil der 22- bis 35 -Jährigen wird in Bayern bis zum Jahr 2025 nur leicht zurückgehen – allerdings bei deutlichen regionalen Unterschieden, 2010

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Hintergrundpapier: Demographischer Wandel verändert den Erwerbspersonenmarkt, Juni 2010

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographischer Wandel setzt deutsches Schulsystem unter großen Druck, Bertelsmann Stiftung stellt allen Kommunen ab 5.000 Einwohnern aktuelle Bildungsdaten zur Verfügung, Gütersloh, 2009

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Demographischer Wandel verändert Arbeitsmarkt tiefgreifender als angenommen, Dramatischer Einbruch in den Ausbildungsjahrgängen im Osten Deutschlands, Gütersloh, 2010

Birg, H. [Die ausgefallene Generation, Was die Demographie über unsere Zukunft sagt](#), Verlag C.H. Beck, 1. Aufl. München 2005, 2. Aufl. 2006.

Birg, H. [Die Weltbevölkerung - Dynamik und Gefahren](#), Verlag C.H. Beck, 1. Aufl. München 1996, 2. Aufl. 2004.

Birg, H. [Die demographische Zeitenwende - Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa](#), Verlag C.H. Beck, 4. Auflage, München 2005.

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohn- und Arbeitsort mit Pendlerdaten; Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, Stichtag 30. Juni 2010, Stichtag 30. Juni 2009, Stichtag 30. Juni 2008, Stichtag 30. Juni 2007, Stichtag 30. Juni 2006, Stichtag 30. Juni 2005, Stichtag 30. Juni 2004

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/statistik-themen/2005/beschaefigung/index.shtml>; zuletzt besucht am 20.06.2011

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Raumordnungsprognose 2025/2050 – Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen (Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, 2009, Berichte Band 29

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Daten zur Lebenserwartung in den einzelnen Kreisen, Bonn 2011 (E-Mail an Prof. Dr. Birg)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Bevölkerungsforschung Aktuell, Nr.1/2011, S.10

Bundestagsdrucksache 16/9868, „Der Zukunft eine Stimme geben – Für ein Wahlrecht von Geburt an“; Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 227. Sitzung, Plenarprotokoll 16/227, Berlin, Donnerstag, den 18. Juni 2009

Centrales- Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungs-Netzwerk e.V, Portrait – C.A.R.M.E.N., <http://www.carmen-ev.de/dt/portrait/content.html>; zuletzt besucht am 28.06.2011

Czech Statistical Office, Population Projection of the CR up to 2065, May 2009

Czech Statistical Office, Bevölkerungsdaten, <http://www.czso.cz/eng/redakce.nsf/i/home>; zuletzt besucht am 10.06.2011

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Breitband und Ärzte, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34002777_kw14_pa_regionale_wirtschaftspolitik_3/index.html, Stand: 04.04.2011

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Für Familien attraktiv bleiben, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34000711_kw14_pa_regionale_wirtschaftspolitik_2/index.html, Stand: 04.04.2011

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Kommunen nicht gängeln, www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/34000397_kw14_pa_regionale_wirtschaftspolitik_1/index.html, Stand: 04.04.2011

Industrie- und Handelskammer (IHK) für München und Oberbayern (Hrsg.), Bevölkerungsentwicklung in Oberbayern, http://www.muenchen.ihk.de/mike/ihk_geschaeftsfelder/standortpolitik/Zahlen/Geo/IFramePage.jsp?url=http://gis.ihk-muenchen.de/cgi/M.cgi?map=obb_bev.dfo.map;mapsize=450+400;rm=Mapbrowse;layers=1+13+bgl0101+bgl0102+bgl0103+bgl0104;legend_show=1; zuletzt besucht am 20.06.2011

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Niederbayern (Hrsg.), Standort Niederbayern, Bevölkerungsentwicklung in der Region, Demografischer Wandel in Niederbayern – Handlungsleitfaden für Unternehmen und Kommunen, 2009

Industrie- und Handelskammer (IHK) für Niederbayern (Hrsg.), Standort mit Zukunft – Ein Konzept zur Regionalentwicklung, Passau, Dezember 2010

IHK Niederbayern, Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Regierung von Niederbayern, Regionalmarketing Niederbayern, Standortniederbayern Strukturdaten 2009, 2009

IHK Niederbayern, Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Regierung von Niederbayern, Regionalmarketing Niederbayern, Standortniederbayern Strukturdaten 2010, 2010

Kirchhof, P., Das Kind als Garant der Zukunft. In: Corinne Michaela Flick (Hrsg.): Das demographische Problem als Gefahr für Rechtskultur und Wirtschaft, München 2010, S. 88-89

Land Oberösterreich (Hrsg.), Bevölkerungspyramiden für Oberösterreich, <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/statprognosen/ProgErgJahr.jsp?darstellung=Pyramide&txtJahr1=1981&txtJahr2=2000&txtJahr3=2020&txtJahr4=2040&cbRegion=24>; zuletzt besucht am 10.06.2011

Land Oberösterreich (Hrsg.), Oberösterreichische Bevölkerung, <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/statbevstand/Begriffe.pdf>; zuletzt besucht am 10.06.2011

Land Oberösterreich (Hrsg.), Geburtenentwicklung in Oberösterreich 2002 bis 2007, Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Information der Abteilung Statistik, Statistik ö 22/2008

Land Oberösterreich (Hrsg.), Regionale Bevölkerungsprognose 2009 bis 2050, Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Information der Abteilung Statistik, Statistik Austria im Auftrag der Österr. Raumordnungskonferenz (ÖROK), Statistik ö 26/2010

Land Oberösterreich (Hrsg.), Oberösterreich auf dem Weg in die Zukunft, Projekt Zukunftsland OÖ, 2009

Land Oberösterreich (Hrsg.), OÖ. Bevölkerung im Jahr 2007 – demographische Lage, Statistik ö 19/2008

Landeshauptstadt München (Hrsg.), Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungsteuer in der Landeshauptstadt München (Zweitwohnungsteuersatzung), 2006

Regierung der Oberpfalz (Hrsg.), Demographischer Wandel in der Oberpfalz, http://www.ropf.de/wfs/dw_opf/zahlen.php, zuletzt besucht am 13.07.2011

Statistik Austria (Hrsg.), Demographisches Jahrbuch 2009, S. 15

Statistik Austria (Hrsg.), Internationale Wanderungen, http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/internationale_wanderungen/036617; zuletzt besucht am 10.06.2011

Statistik Austria (Hrsg.), Wanderungsstatistik 2007, Wien 2008

Statistik Austria (Hrsg.), Wanderungsstatistik 2008, Wien 2009

Statistik Austria (Hrsg.), Wanderungsstatistik 2009, Wien 2010

Statistisches Bundesamt, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 4, Ausgabe 2009

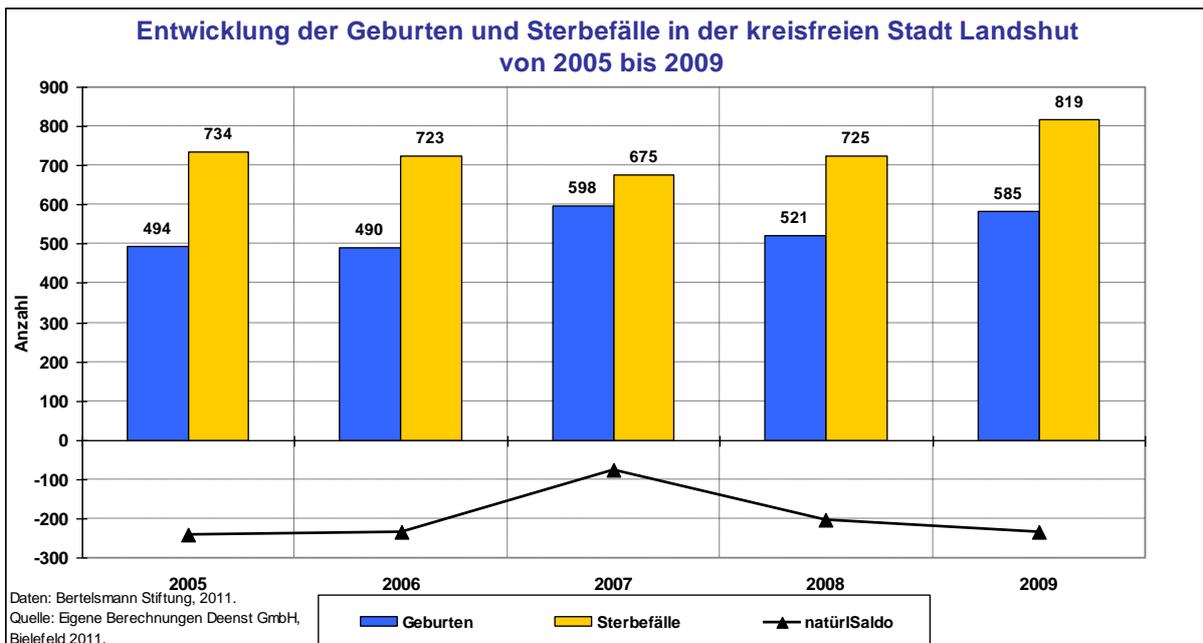
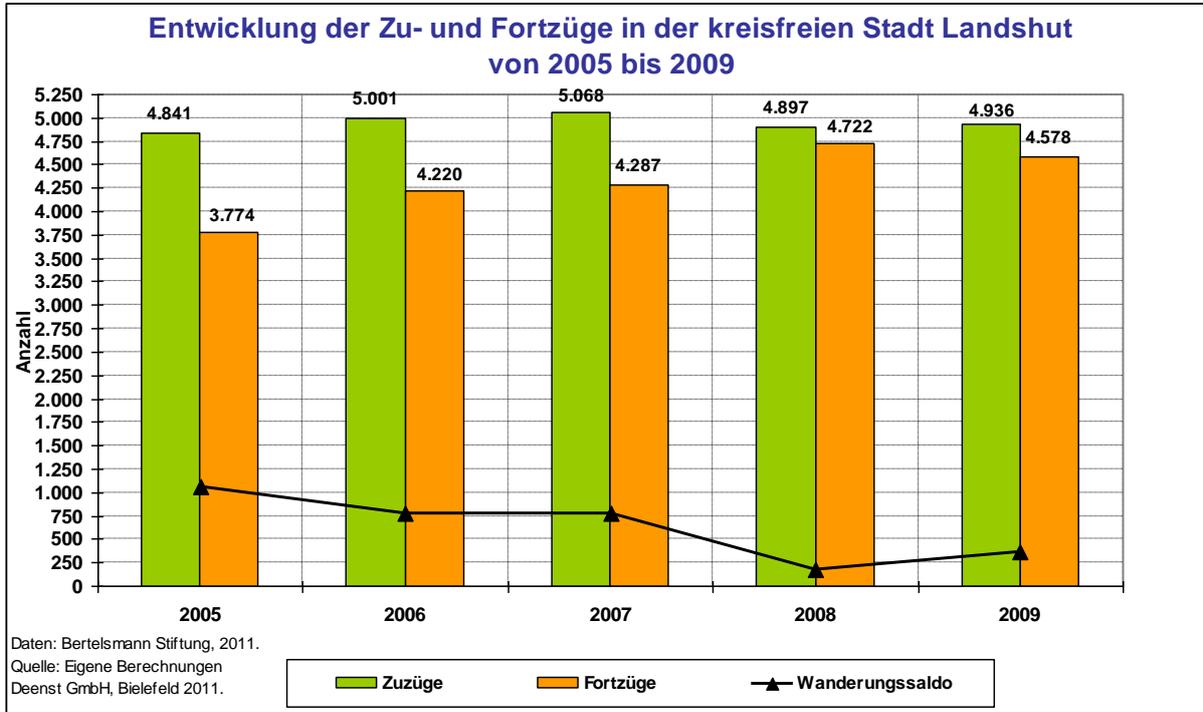
Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden, 2009

Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung (Hrsg.), Zukunftsfähige Gesellschaft – Bayern in der fortschreitenden Internationalisierung, Bericht des Zukunftsrates der Bayerischen Staatsregierung, München, Dezember 2010

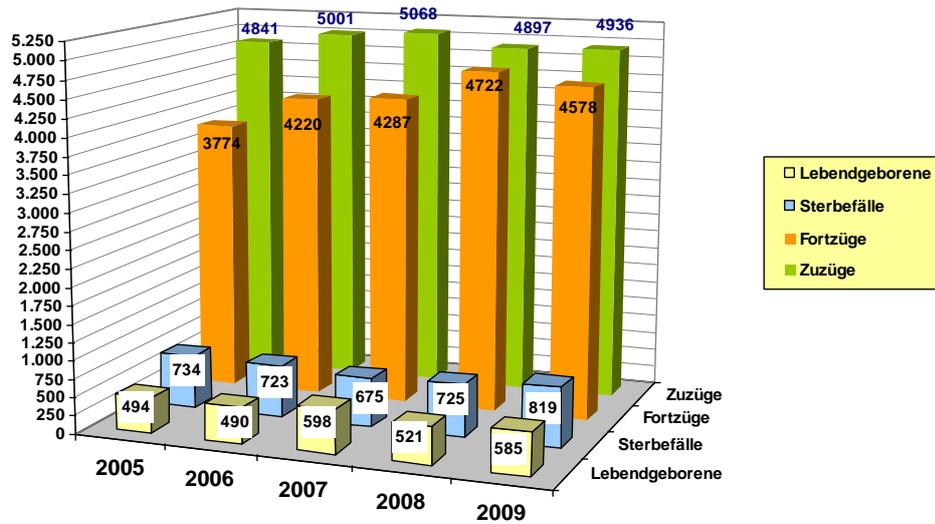
9. Anhang I (Tabellen, Schaubilder, Daten)

9.1 Demographische Basisdaten aus einzelnen Kreisen

9.1.1 Kreisfreie Stadt Landshut

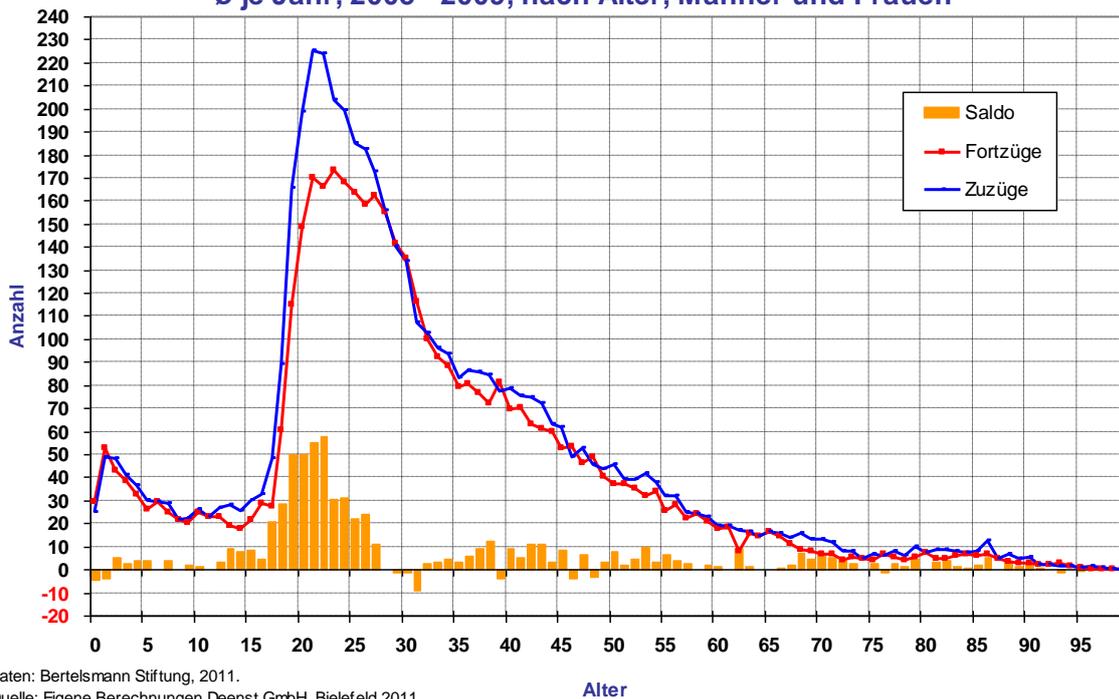


Bevölkerungsveränderungen in der kreisfreien Stadt Landshut 2005 bis 2009

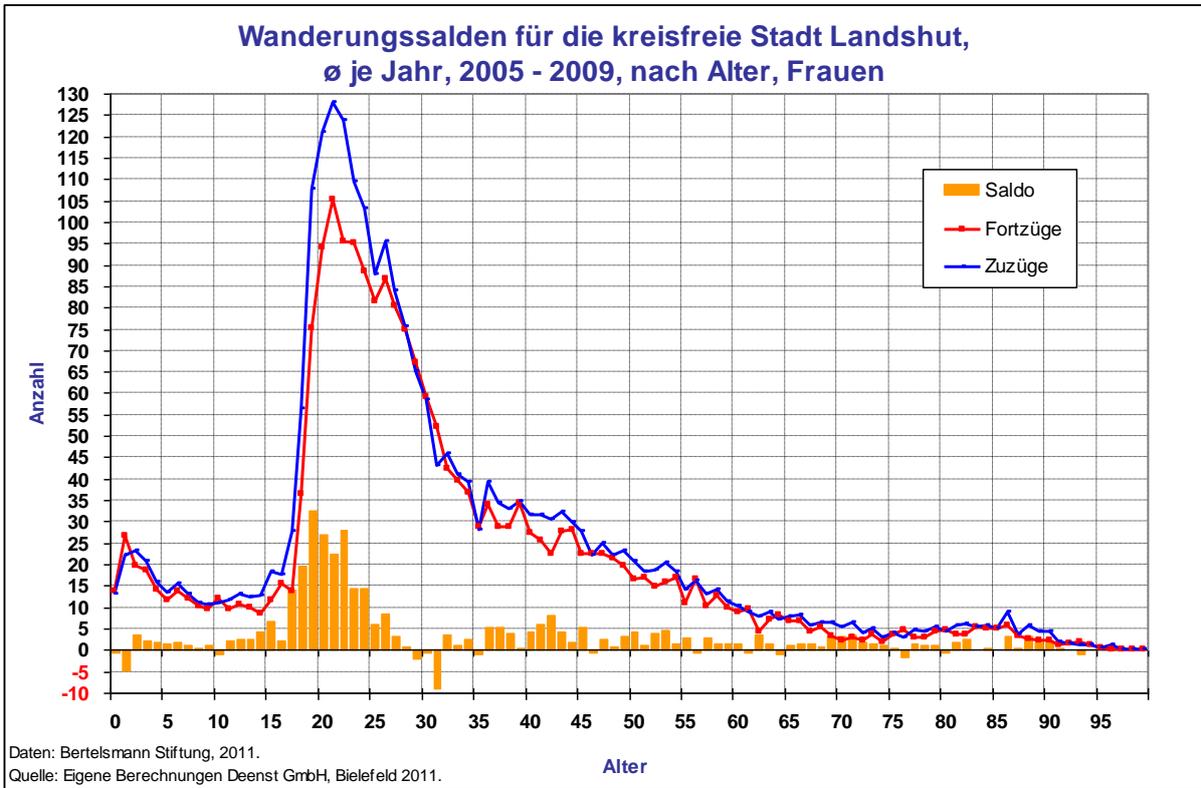
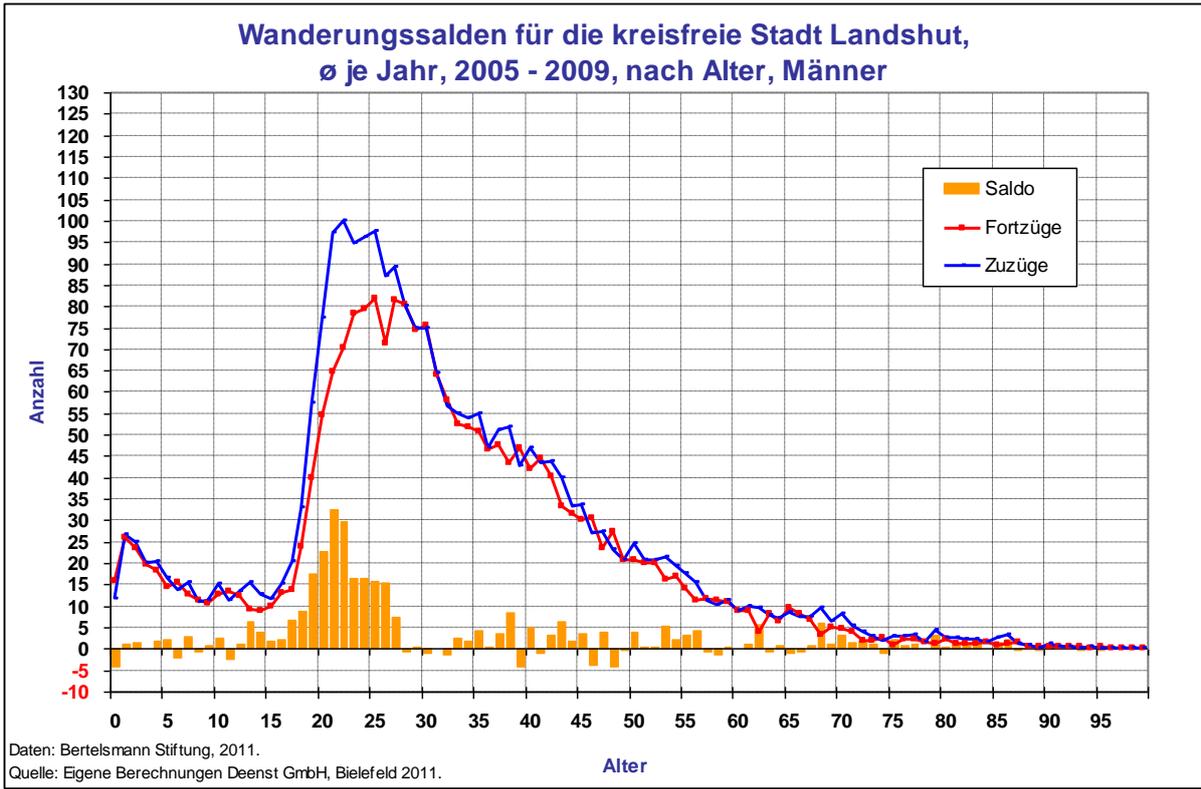


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für die kreisfreie Stadt Landshut, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen



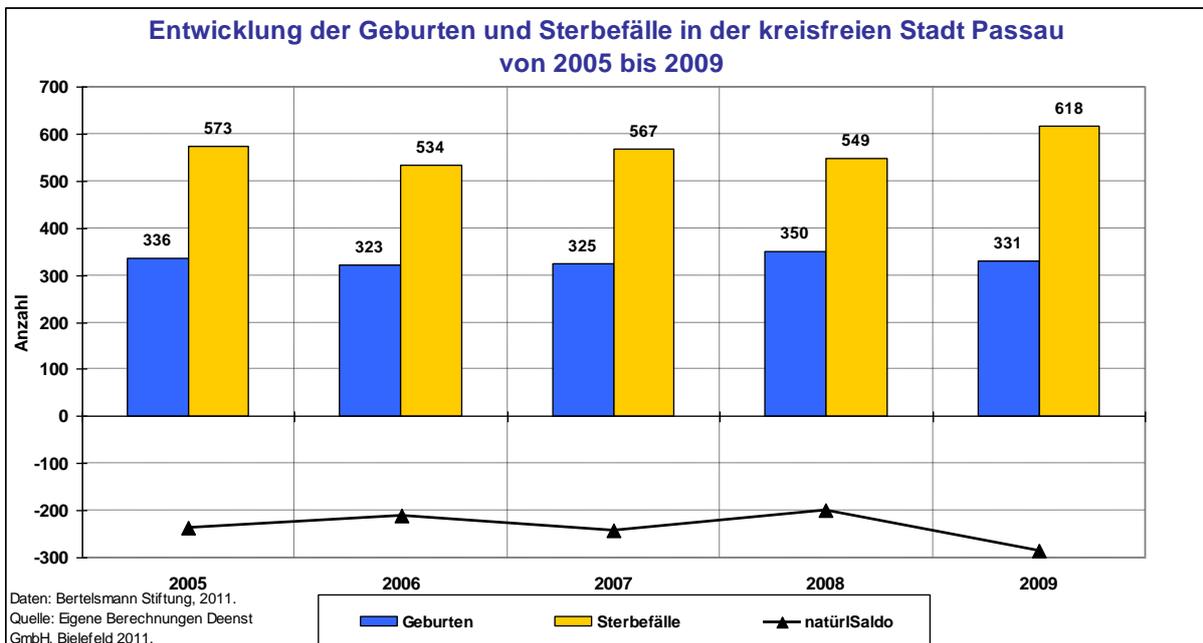
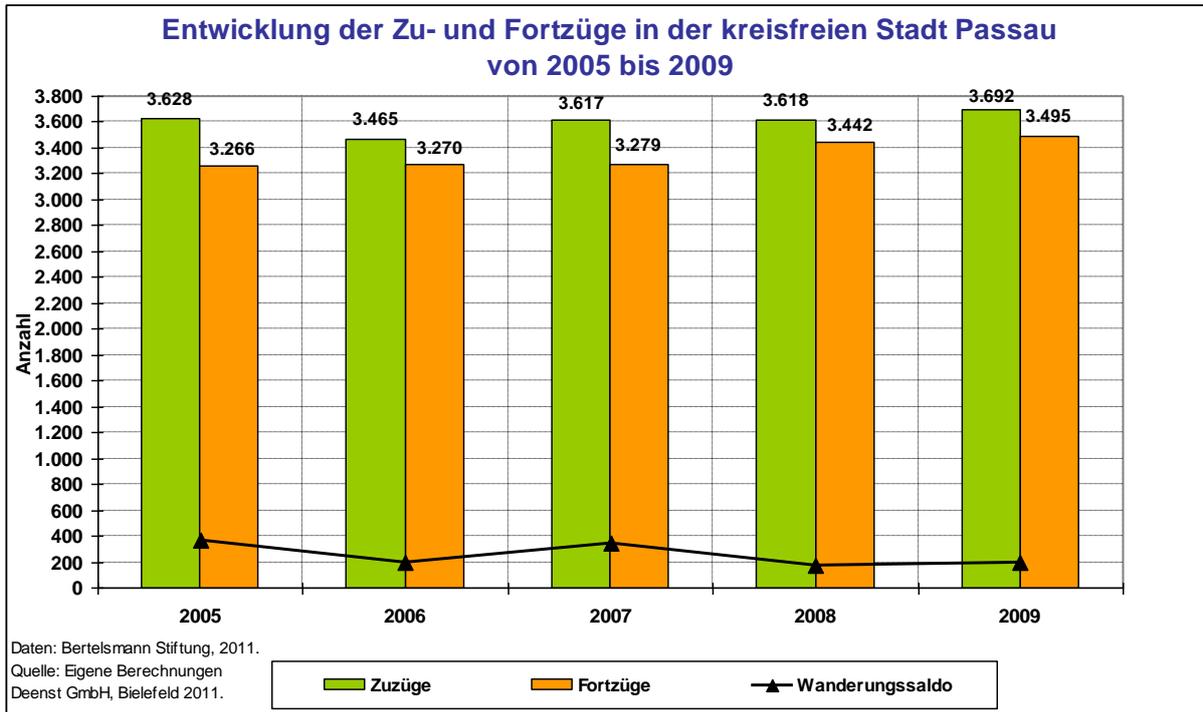
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



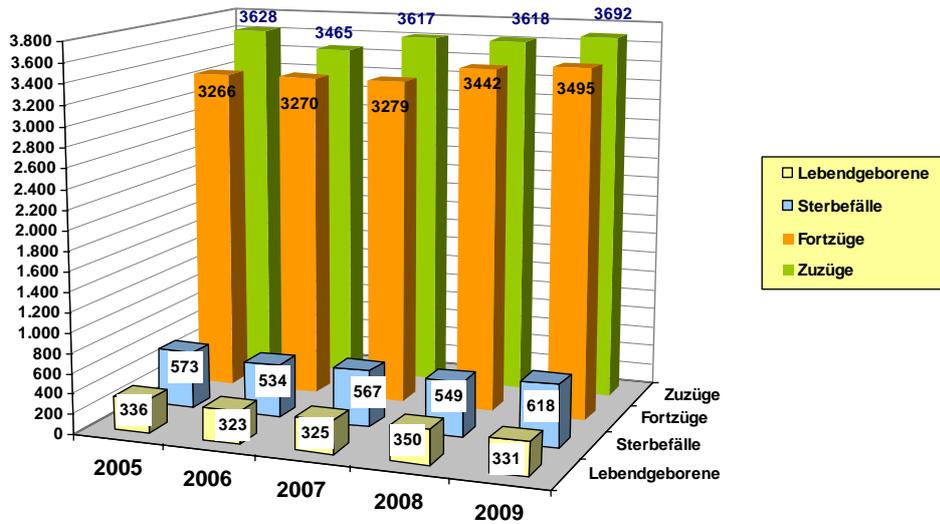
Kreisfreie Stadt Landshut	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	61320	61872	62569	62546	62671
Bevölkerung männlich	28859	29147	29533	29594	29730
Bevölkerung weiblich	32461	32725	33036	32952	32941
Vergleich zu 2009 (in %)	-2,16	-1,27	-0,16	-0,20	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	1555	1550	1660	1642	1714
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	790	792	852	863	887
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	765	758	808	779	827
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	-9,28	-9,57	-3,15	-4,20	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	1530	1575	1591	1577	1557
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	800	794	802	811	794
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	730	781	789	766	763
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	-1,73	1,16	2,18	1,28	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	2053	2056	2020	2040	2049
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	1083	1116	1082	1066	1058
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	970	940	938	974	991
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	0,20	0,34	-1,42	-0,44	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	3261	3250	3217	3151	3116
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	1625	1623	1621	1627	1627
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	1636	1627	1596	1524	1489
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	4,65	4,30	3,24	1,12	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	1798	1879	1863	1782	1786
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	906	937	956	894	880
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	892	942	907	888	906
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	0,67	5,21	4,31	-0,22	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	4164	4182	4312	4472	4592
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	1987	2039	2070	2188	2287
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	2177	2143	2242	2284	2305
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-9,32	-8,93	-6,10	-2,61	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	18076	18129	18055	17654	17308
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	9048	9013	9047	8816	8636
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	9028	9116	9008	8838	8672
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	4,44	4,74	4,32	2,00	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	15904	16022	16353	16537	16792
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	7626	7695	7813	7907	8040
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	8278	8327	8540	8630	8752
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-5,29	-4,59	-2,61	-1,52	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	9262	9441	9528	9641	9728
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	3952	4065	4137	4222	4296
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	5310	5376	5391	5419	5432
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-4,79	-2,95	-2,06	-0,89	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3717	3788	3970	4050	4029
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1042	1073	1153	1200	1225
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2675	2715	2817	2850	2804
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-7,74	-5,98	-1,45	0,51	0
Geburten gesamt	494	490	598	521	585
Geburten von Jungen	257	254	329	278	284
Geburten von Mädchen	237	236	269	243	301
Sterbefälle gesamt	734	723	675	725	819
Sterbefälle von Männern	321	327	311	328	352
Sterbefälle von Frauen	413	396	364	397	467
natürlicher Saldo gesamt	-240	-234	-77	-203	-234

Kreisfreie Stadt Landshut	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-64	-73	-19	-49	-69
natürlicher Saldo Frauen	-176	-161	-96	-154	-166
Zuzüge gesamt	4841	5001	5068	4897	4936
Zuzüge Männer	2318	2474	2571	2468	2573
Zuzüge Frauen	2523	2527	2497	2429	2363
Fortzüge gesamt	3774	4220	4287	4722	4578
Fortzüge Männer	1870	2114	2198	2362	2370
Fortzüge Frauen	1904	2106	2089	2360	2208
Wanderungssaldo gesamt	1067	781	781	175	358
Wanderungssaldo Männer	448	360	373	106	203
Wanderungssaldo Frauen	619	421	408	69	155
Jugendquotient	0,2883	0,2896	0,2897	0,2878	0,2874
Altenquotient	0,3459	0,3507	0,3548	0,3609	0,3621
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1572	0,1564	0,1545	0,1528	0,1531
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1510	0,1526	0,1523	0,1541	0,1552
Anteil der über 80jährigen	0,0606	0,0612	0,0635	0,0647	0,0643
Medianalter	42,20	42,34	42,62	42,98	43,16
Durchschnittsalter	43,73	43,78	43,92	44,10	44,16
TFR (lfd. J.)	1,21	1,18	1,44	1,27	1,42
GFR (lfd. J.)	32,45	31,84	38,91	34,19	38,54
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	43,73	43,78	43,92	44,10	44,16
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,06	7,92	9,56	8,33	9,33
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	11,97	11,69	10,79	11,59	13,07
Fortzugsrate gesamt	0,0618	0,0685	0,0688	0,0757	0,0734
Fortzugsrate der Männer	0,0648	0,0725	0,0744	0,0798	0,0797
Fortzugsrate der Frauen	0,0587	0,0644	0,0632	0,0716	0,0670
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,1685	0,2031	0,2046	0,2177	0,2069
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,1394	0,1704	0,1795	0,1759	0,1782
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,1976	0,2357	0,2296	0,2595	0,2355
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,1134	0,1231	0,1285	0,1380	0,1399
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,1191	0,1335	0,1409	0,1541	0,1601
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,1076	0,1126	0,1160	0,1219	0,1196
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0145	0,0124	0,0124	0,0135	0,0141
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0142	0,0123	0,0145	0,0121	0,0141
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0147	0,0125	0,0104	0,0148	0,0140
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5294	0,5289	0,5280	0,5268	0,5256
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5733	0,5694	0,5658	0,5621	0,5584
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7197	0,7166	0,7095	0,7038	0,6959
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2095	0,2094	0,2074	0,2051	0,2021
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	11566	11476	11398	11214	11101
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	5678	5629	5599	5494	5460
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	5888	5847	5799	5720	5641
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	4,19	3,38	2,68	1,02	0

9.1.2 Kreisfreie Stadt Passau

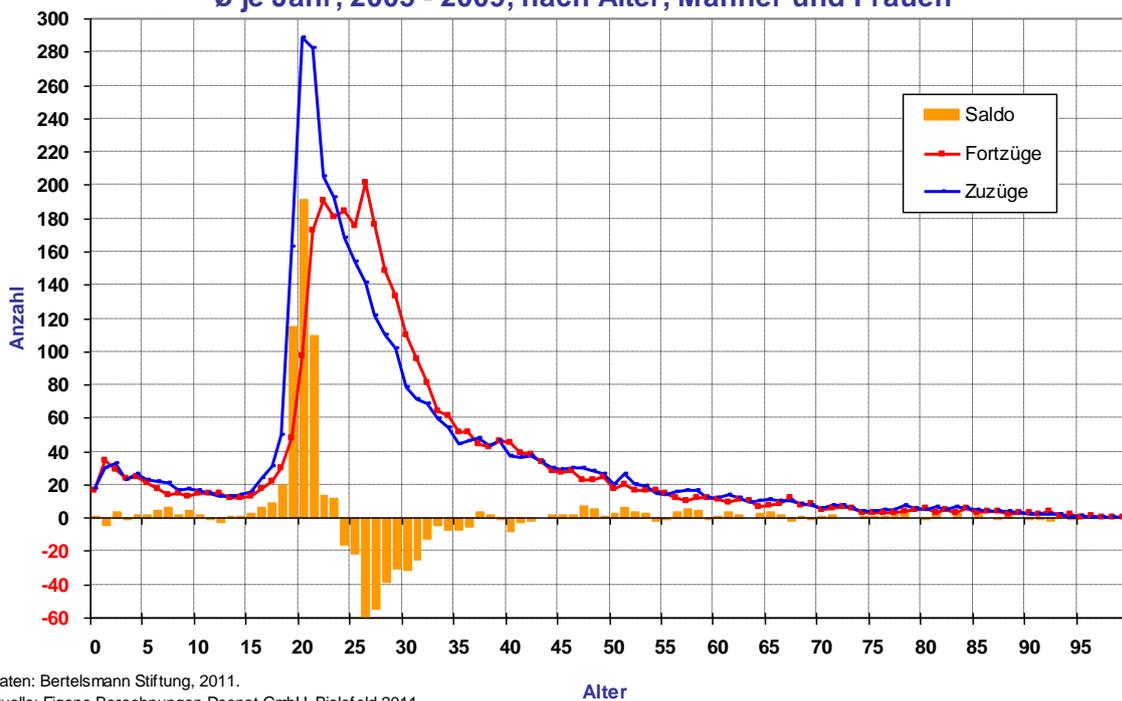


Bevölkerungsveränderungen in der kreisfreien Stadt Passau 2005 bis 2009



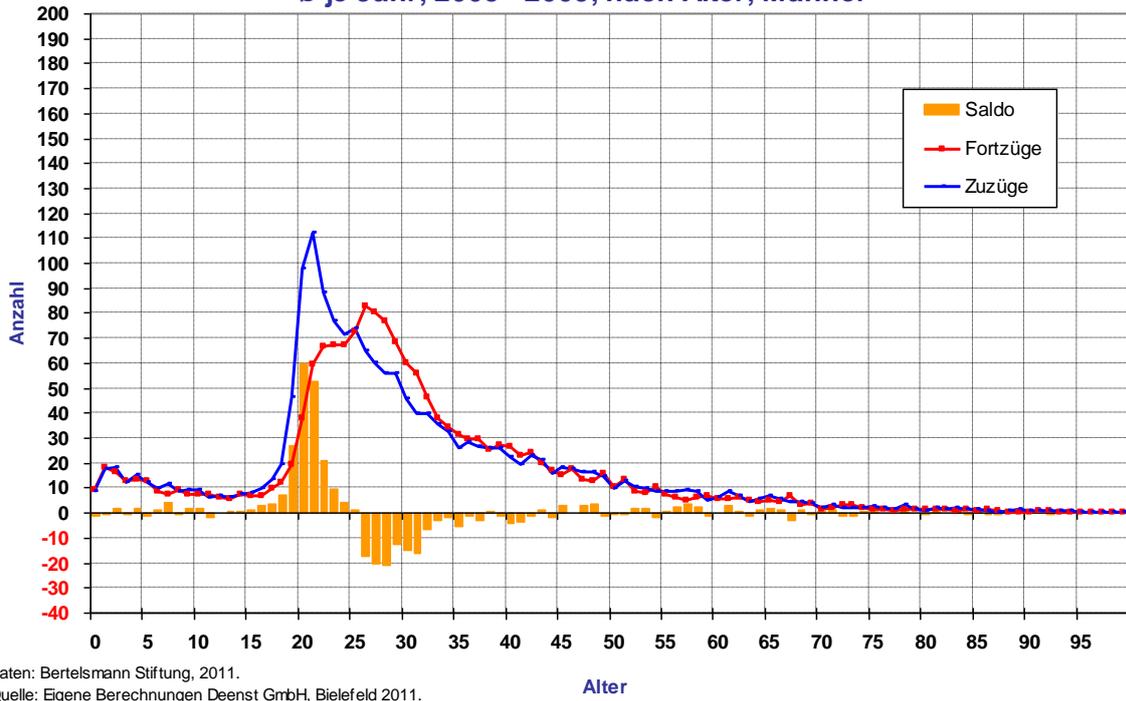
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für die kreisfreie Stadt Passau, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen

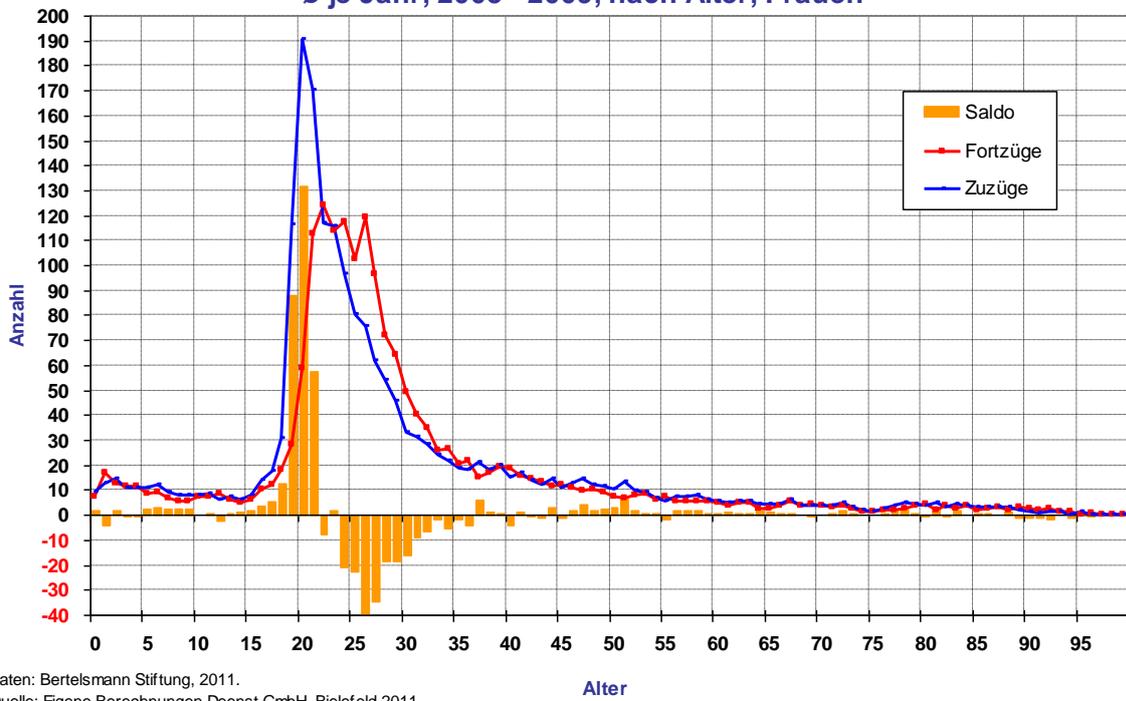


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für die kreisfreie Stadt Passau,
 ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer



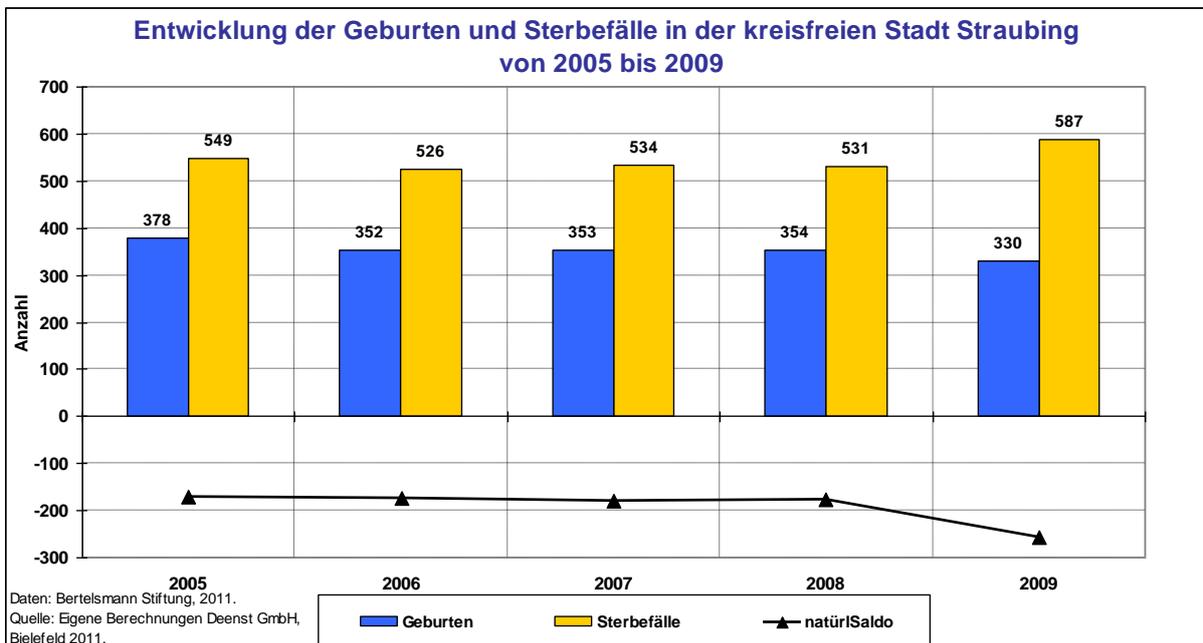
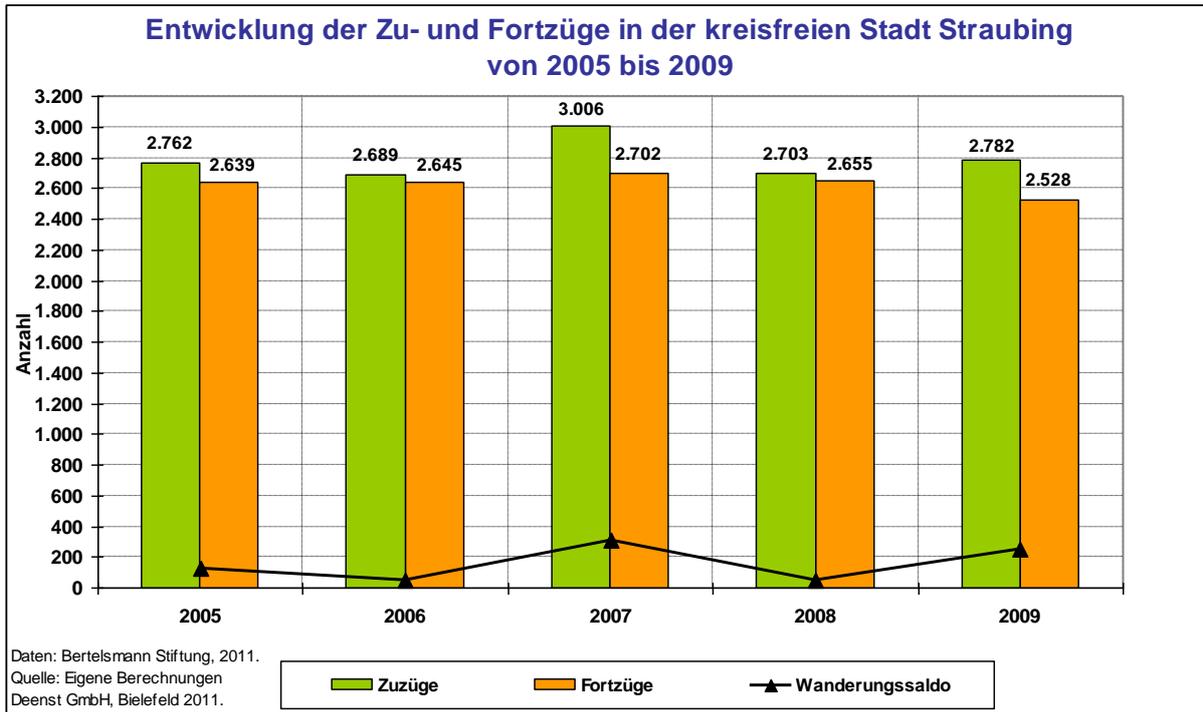
Wanderungssalden für die kreisfreie Stadt Passau,
 ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Frauen



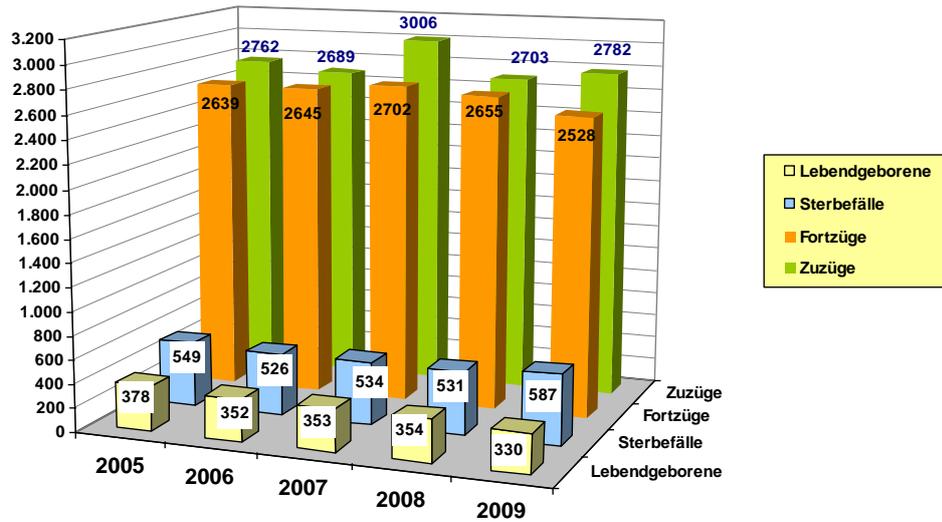
Kreisfreie Stadt Passau	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	50612	50601	50695	50666	50576
Bevölkerung männlich	23783	23792	23868	23893	23835
Bevölkerung weiblich	26829	26809	26827	26773	26741
Vergleich zu 2009 (in %)	0,07	0,05	0,24	0,18	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	1032	958	977	997	1026
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	525	471	496	501	545
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	507	487	481	496	481
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	0,58	-6,63	-4,78	-2,83	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	1070	1076	1041	1059	1010
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	545	557	513	543	506
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	525	519	528	516	504
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	5,94	6,53	3,07	4,85	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	1555	1565	1513	1487	1502
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	788	779	784	748	764
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	767	786	729	739	738
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	3,53	4,19	0,73	-1,00	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	2482	2394	2337	2396	2348
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	1268	1232	1209	1246	1201
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	1214	1162	1128	1150	1147
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	5,71	1,96	-0,47	2,04	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	1414	1433	1450	1345	1306
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	697	701	717	656	667
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	717	732	733	689	639
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	8,27	9,72	11,03	2,99	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	4807	4858	4964	4864	4854
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	2103	2115	2170	2161	2092
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	2704	2743	2794	2703	2762
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-0,97	0,08	2,27	0,21	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	14871	14528	14277	13982	13622
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	7529	7377	7227	7064	6871
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	7342	7151	7050	6918	6751
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	9,17	6,65	4,81	2,64	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	12906	13033	13310	13571	13924
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	6242	6314	6446	6575	6778
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	6664	6719	6864	6996	7146
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-7,31	-6,40	-4,41	-2,54	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	7464	7629	7621	7663	7700
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	3264	3356	3361	3403	3418
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	4200	4273	4260	4260	4282
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-3,06	-0,92	-1,03	-0,48	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3011	3127	3205	3302	3284
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	822	890	945	996	993
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2189	2237	2260	2306	2291
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-8,31	-4,77	-2,40	0,54	0
Geburten gesamt	336	323	325	350	331
Geburten von Jungen	174	153	175	176	179
Geburten von Mädchen	162	170	150	174	152
Sterbefälle gesamt	573	534	567	549	618
Sterbefälle von Männern	261	228	250	241	290
Sterbefälle von Frauen	312	306	317	308	328
natürlicher Saldo gesamt	-238	-212	-243	-200	-288

Kreisfreie Stadt Passau	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-87	-76	-75	-65	-111
natürlicher Saldo Frauen	-151	-136	-169	-134	-177
Zuzüge gesamt	3628	3465	3617	3618	3692
Zuzüge Männer	1673	1652	1780	1680	1702
Zuzüge Frauen	1955	1813	1837	1938	1990
Fortzüge gesamt	3266	3270	3279	3442	3495
Fortzüge Männer	1570	1571	1628	1583	1647
Fortzüge Frauen	1696	1699	1651	1859	1848
Wanderungssaldo gesamt	362	195	338	176	197
Wanderungssaldo Männer	103	81	152	97	55
Wanderungssaldo Frauen	259	114	186	79	142
Jugendquotient	0,2537	0,2518	0,2479	0,2474	0,2455
Altenquotient	0,3272	0,3379	0,3389	0,3445	0,3455
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1398	0,1372	0,1342	0,1341	0,1325
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1475	0,1508	0,1503	0,1512	0,1522
Anteil der über 80jährigen	0,0595	0,0618	0,0632	0,0652	0,0649
Medianalter	41,74	42,24	42,59	43,09	43,56
Durchschnittsalter	43,58	43,84	43,99	44,22	44,39
TFR (lfd. J.)	0,97	0,95	0,97	1,07	1,03
GFR (lfd. J.)	25,28	24,51	24,73	27,03	25,75
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	43,58	43,84	43,99	44,22	44,39
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	6,64	6,38	6,41	6,91	6,54
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	11,32	10,55	11,18	10,84	12,22
Fortzugsrate gesamt	0,0646	0,0647	0,0648	0,0678	0,0691
Fortzugsrate der Männer	0,0660	0,0660	0,0682	0,0663	0,0691
Fortzugsrate der Frauen	0,0632	0,0634	0,0615	0,0694	0,0691
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,1526	0,1570	0,1556	0,1816	0,1802
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,1230	0,1325	0,1383	0,1456	0,1568
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,1821	0,1815	0,1728	0,2176	0,2036
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,1314	0,1329	0,1374	0,1528	0,1508
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,1361	0,1335	0,1439	0,1500	0,1501
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,1266	0,1322	0,1308	0,1555	0,1514
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0130	0,0131	0,0134	0,0129	0,0124
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0121	0,0127	0,0145	0,0123	0,0109
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0139	0,0134	0,0123	0,0134	0,0139
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5301	0,5298	0,5292	0,5284	0,5287
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5627	0,5601	0,5590	0,5559	0,5561
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7271	0,7153	0,7051	0,6985	0,6976
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2250	0,2230	0,2210	0,2159	0,2127
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	9736	9641	9536	9385	9344
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	4904	4849	4772	4653	4627
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	4832	4792	4764	4732	4717
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	4,20	3,18	2,05	0,44	0

9.1.3 Kreisfreie Stadt Straubing

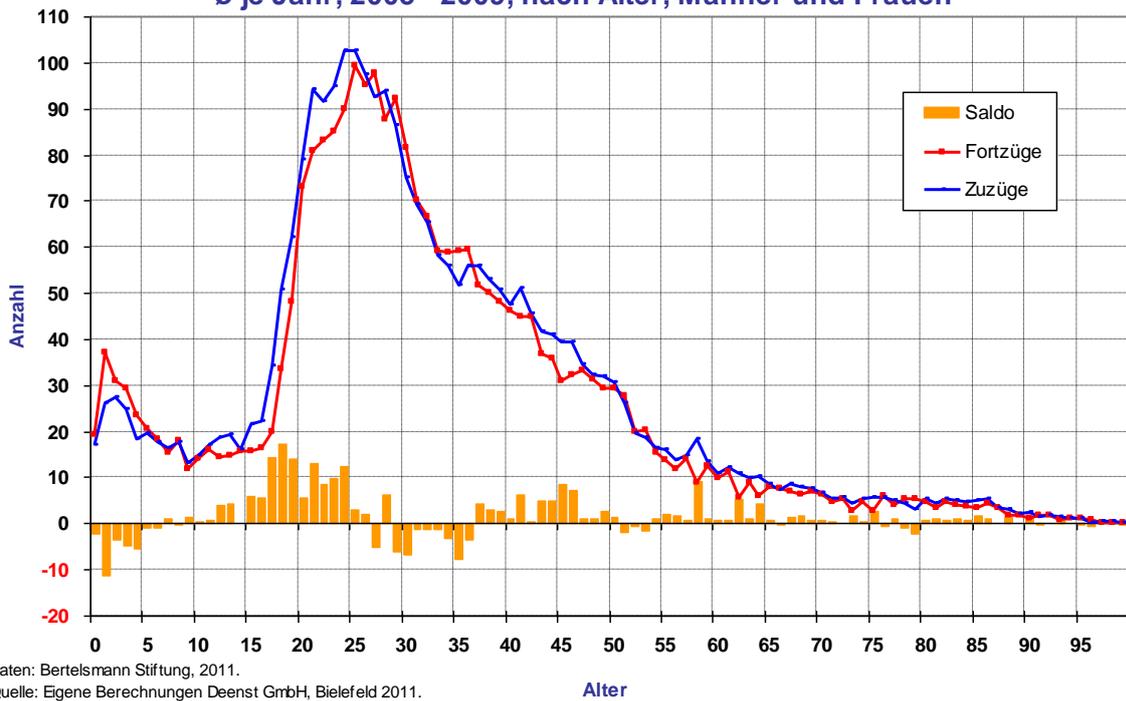


Bevölkerungsveränderungen in der kreisfreien Stadt Straubing 2005 bis 2009

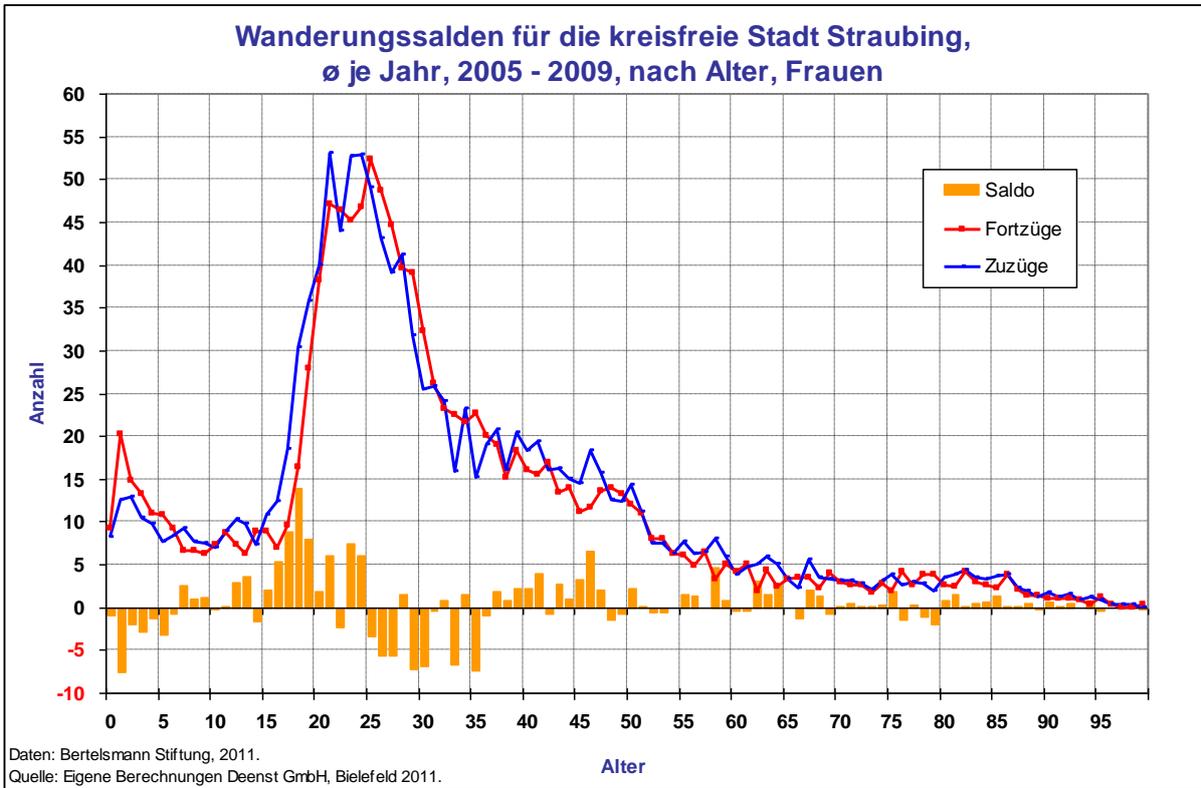
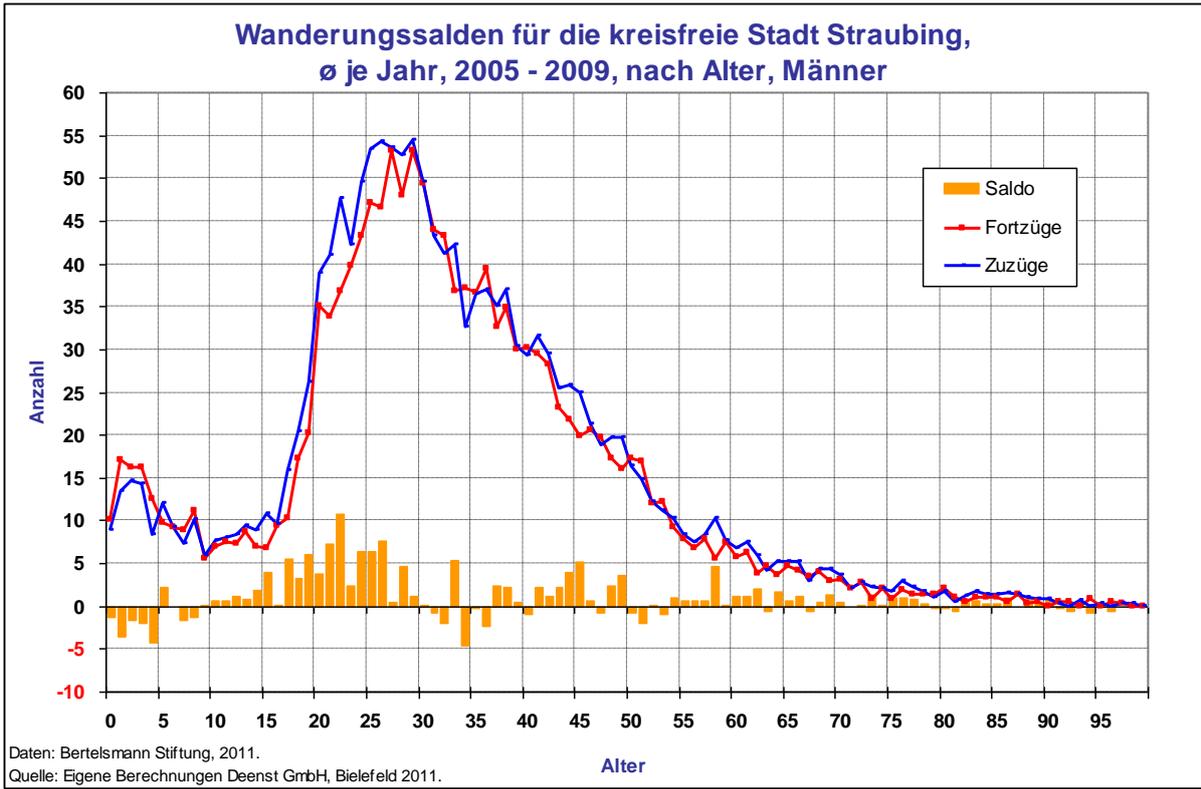


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für die kreisfreie Stadt Straubing, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen



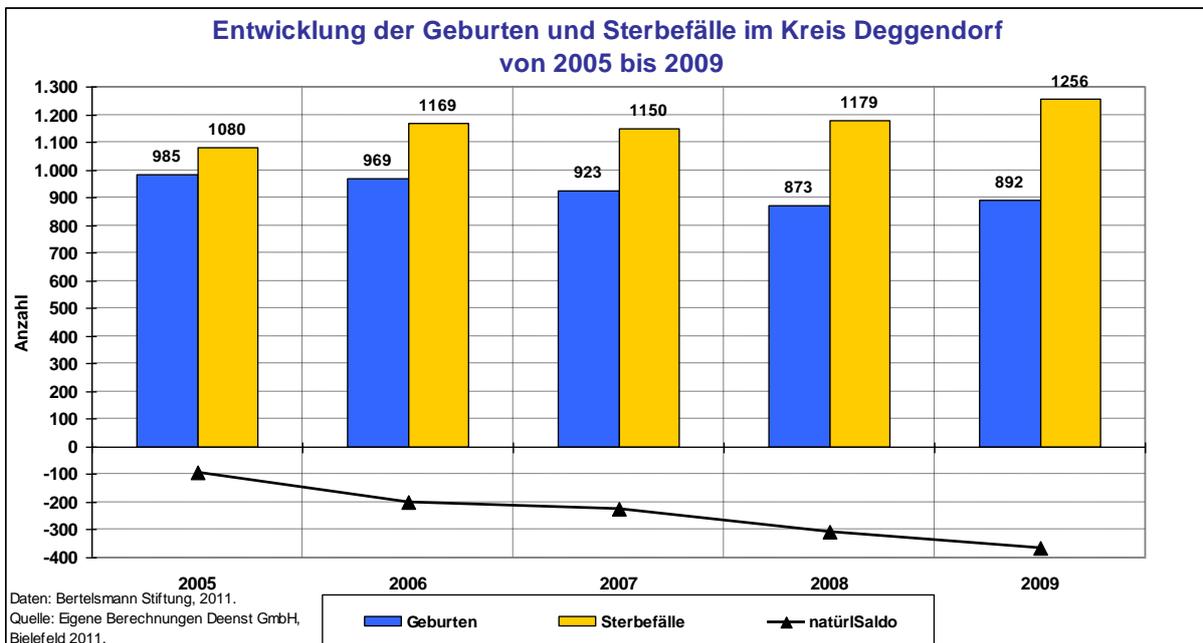
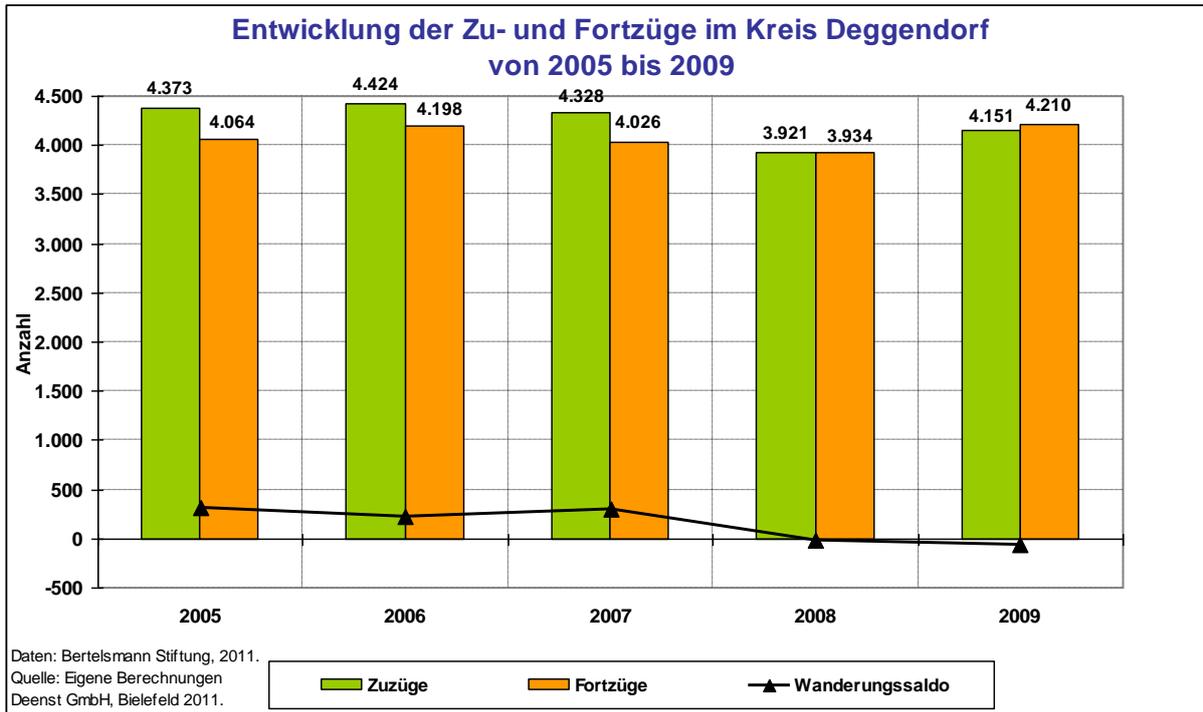
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



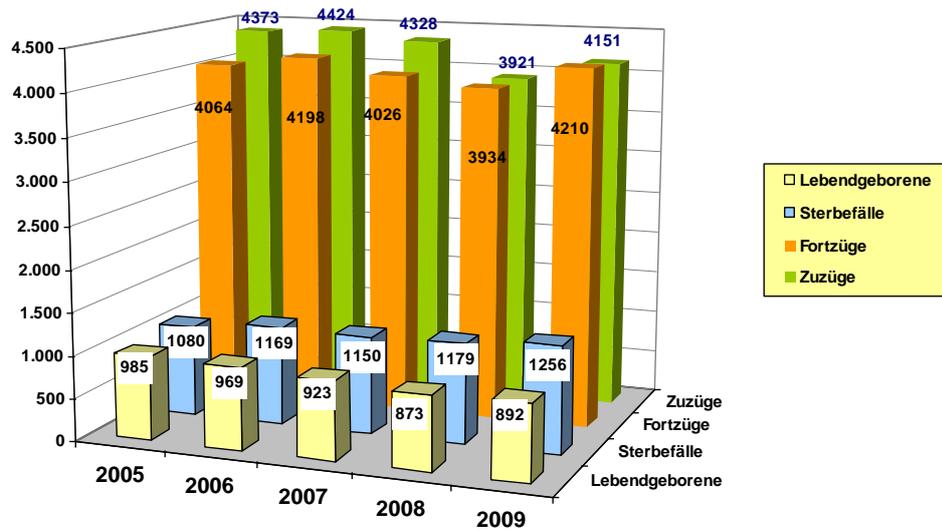
Kreisfreie Stadt Straubing	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	44606	44475	44593	44463	44461
Bevölkerung männlich	22046	22043	22140	22086	22129
Bevölkerung weiblich	22560	22432	22453	22376	22332
Vergleich zu 2009 (in %)	0,32	0,03	0,30	0	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	1047	1038	1086	1066	1047
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	543	557	590	551	547
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	504	481	496	515	500
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	0	-0,86	3,72	1,81	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	984	943	964	997	1039
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	516	477	480	521	558
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	468	466	484	476	481
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	-5,29	-9,24	-7,22	-4,04	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	1415	1369	1366	1325	1293
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	715	699	690	681	669
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	700	670	676	644	624
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	9,44	5,88	5,65	2,47	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	2577	2468	2394	2284	2223
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	1344	1302	1241	1148	1115
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	1233	1166	1153	1136	1108
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	15,92	11,02	7,69	2,74	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	1371	1399	1370	1415	1387
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	725	721	725	735	725
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	646	678	645	680	662
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	-1,15	0,87	-1,23	2,02	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	3193	3190	3124	3094	3170
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	1625	1612	1543	1582	1620
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	1568	1578	1581	1512	1550
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	0,73	0,63	-1,45	-2,40	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	12729	12429	12328	12058	11889
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	6908	6805	6800	6608	6502
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	5821	5624	5528	5450	5387
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	7,07	4,54	3,69	1,42	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	11970	12142	12402	12631	12808
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	5982	6065	6238	6362	6464
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	5988	6077	6164	6269	6344
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-6,54	-5,20	-3,17	-1,38	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	6983	7098	7098	7072	7039
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	3008	3104	3106	3134	3124
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	3975	3994	3992	3938	3915
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-0,80	0,84	0,84	0,47	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	2337	2399	2461	2521	2566
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	680	701	727	764	805
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	1657	1698	1734	1756	1761
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-8,95	-6,52	-4,11	-1,79	0
Geburten gesamt	378	352	353	354	330
Geburten von Jungen	214	180	185	180	177
Geburten von Mädchen	164	172	168	174	153
Sterbefälle gesamt	549	526	534	531	587
Sterbefälle von Männern	234	233	257	247	271
Sterbefälle von Frauen	315	293	277	284	316
natürlicher Saldo gesamt	-171	-173	-181	-177	-259

Kreisfreie Stadt Straubing	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-21	-53	-72	-68	-95
natürlicher Saldo Frauen	-151	-120	-109	-110	-164
Zuzüge gesamt	2762	2689	3006	2703	2782
Zuzüge Männer	1539	1463	1696	1511	1501
Zuzüge Frauen	1223	1226	1310	1192	1281
Fortzüge gesamt	2639	2645	2702	2655	2528
Fortzüge Männer	1416	1412	1524	1495	1364
Fortzüge Frauen	1223	1233	1178	1160	1164
Wanderungssaldo gesamt	123	44	304	48	254
Wanderungssaldo Männer	123	51	172	16	137
Wanderungssaldo Frauen	0	-7	132	32	117
Jugendquotient	0,2902	0,2829	0,2805	0,2771	0,2737
Altenquotient	0,3408	0,3483	0,3494	0,3513	0,3510
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1552	0,1512	0,1507	0,1483	0,1466
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1565	0,1596	0,1592	0,1591	0,1583
Anteil der über 80jährigen	0,0524	0,0539	0,0552	0,0567	0,0577
Medianalter	42,73	43,18	43,55	43,99	44,25
Durchschnittsalter	43,63	43,96	44,13	44,38	44,51
TFR (lfd. J.)	1,40	1,35	1,37	1,40	1,31
GFR (lfd. J.)	36,22	34,19	34,51	35,12	32,79
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	43,63	43,96	44,13	44,38	44,51
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,47	7,91	7,92	7,96	7,42
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	12,31	11,83	11,97	11,94	13,20
Fortzugsrate gesamt	0,0592	0,0596	0,0607	0,0598	0,0569
Fortzugsrate der Männer	0,0642	0,0641	0,0688	0,0677	0,0616
Fortzugsrate der Frauen	0,0542	0,0550	0,0525	0,0518	0,0521
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,1364	0,1319	0,1443	0,1392	0,1292
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,1175	0,1212	0,1335	0,1288	0,1141
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,1552	0,1425	0,1551	0,1496	0,1443
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,1149	0,1184	0,1263	0,1195	0,1098
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,1177	0,1230	0,1407	0,1350	0,1191
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,1120	0,1137	0,1118	0,1039	0,1004
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0142	0,0145	0,0134	0,0115	0,0149
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0136	0,0159	0,0122	0,0103	0,0146
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0148	0,0130	0,0146	0,0126	0,0151
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5058	0,5044	0,5035	0,5033	0,5023
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5692	0,5627	0,5624	0,5568	0,5562
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7090	0,7077	0,7044	0,6968	0,6863
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1937	0,1908	0,1868	0,1842	0,1830
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	8172	7922	7793	7578	7668
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	4445	4320	4259	4123	4146
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	3727	3602	3534	3455	3522
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	6,57	3,31	1,63	-1,17	0

9.1.4 Landkreis Deggendorf

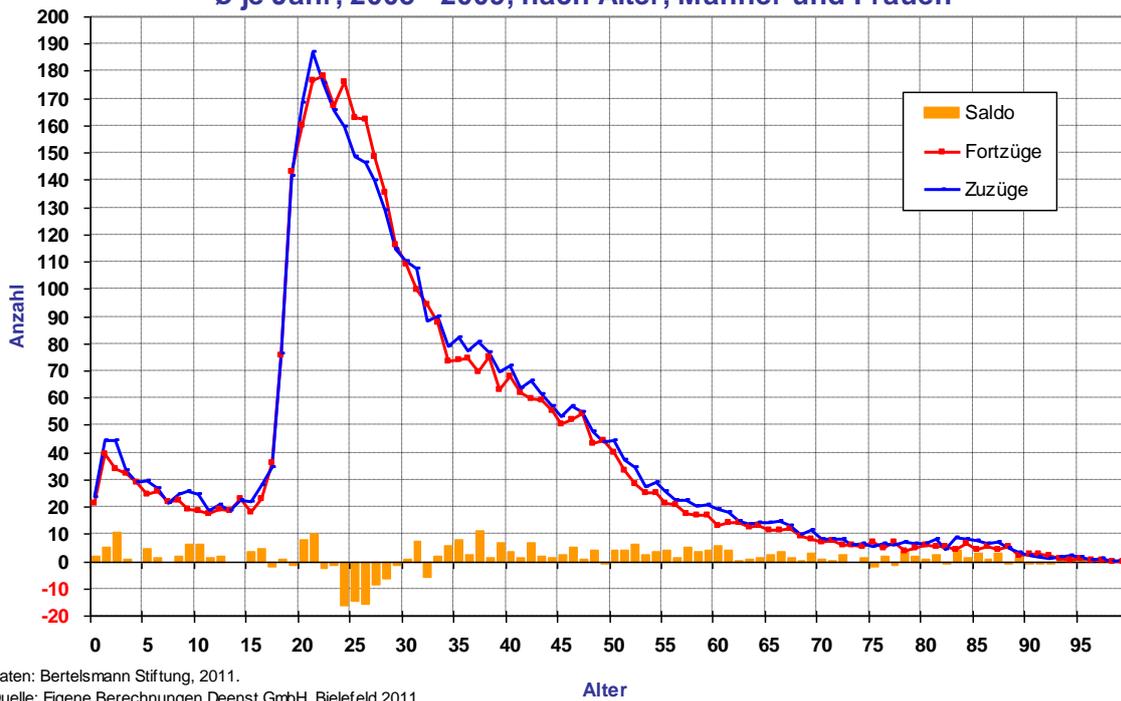


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Deggendorf 2005 bis 2009

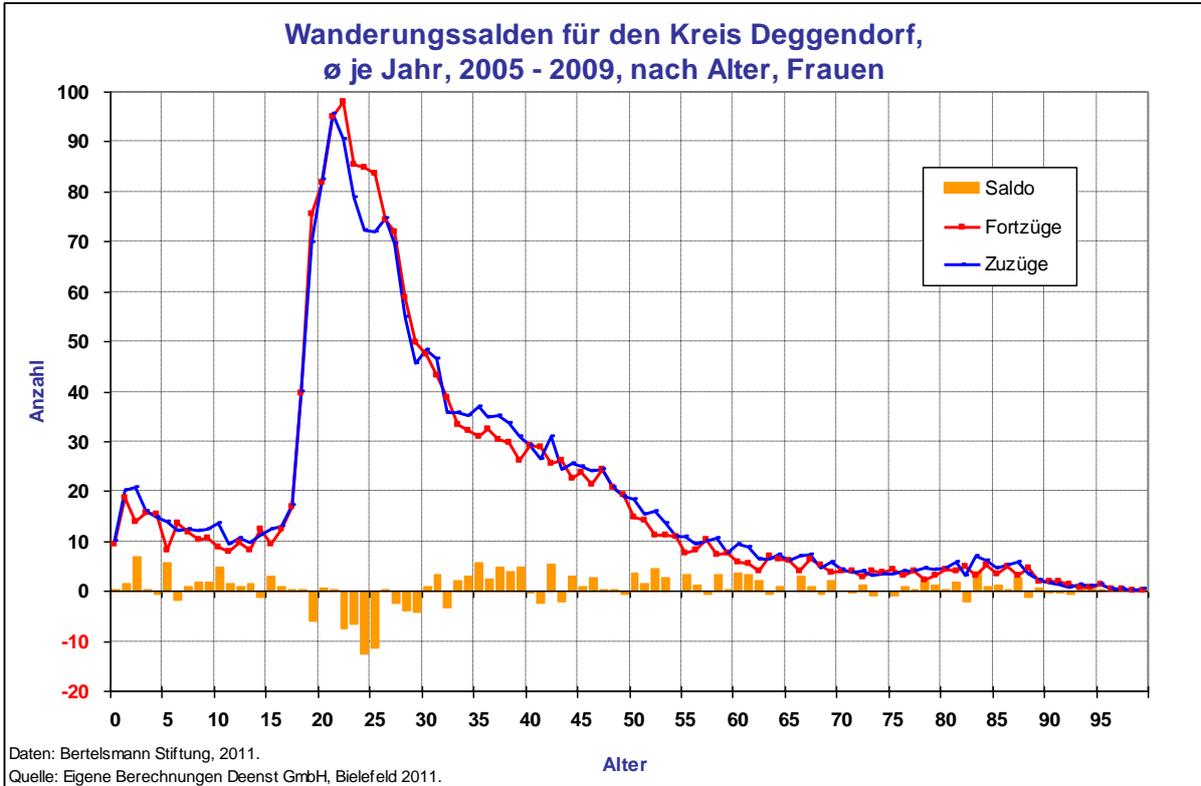
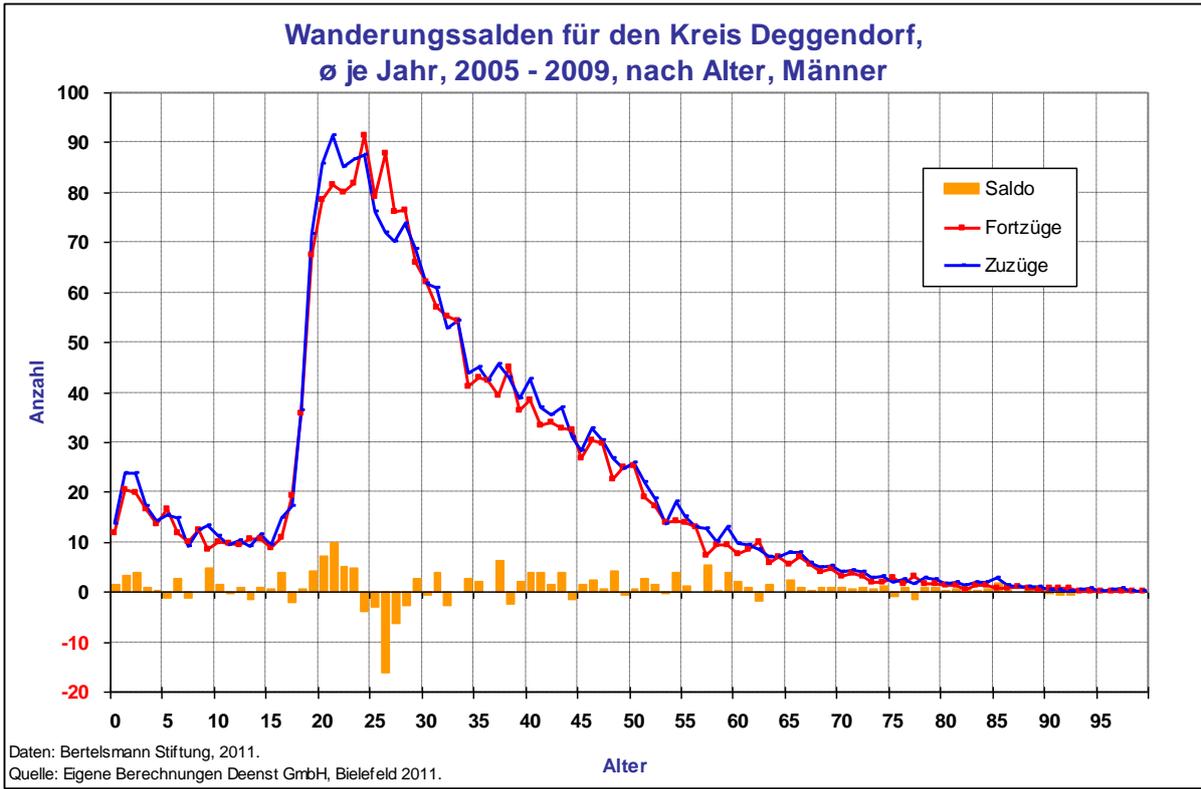


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Deggendorf, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



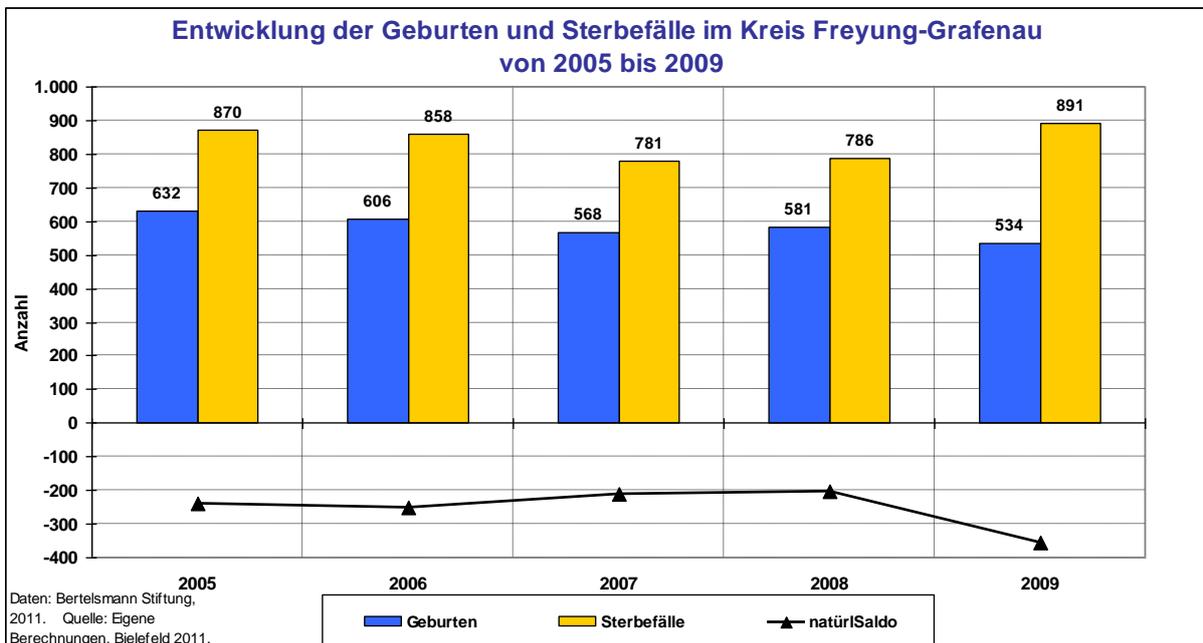
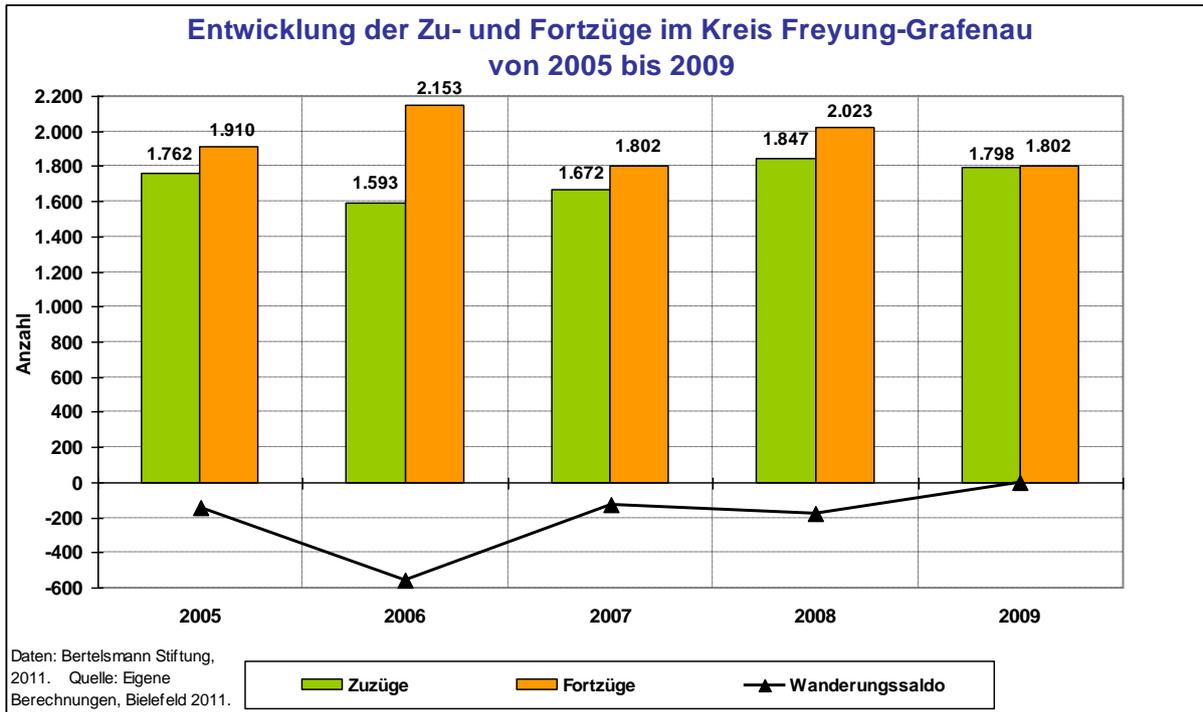
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



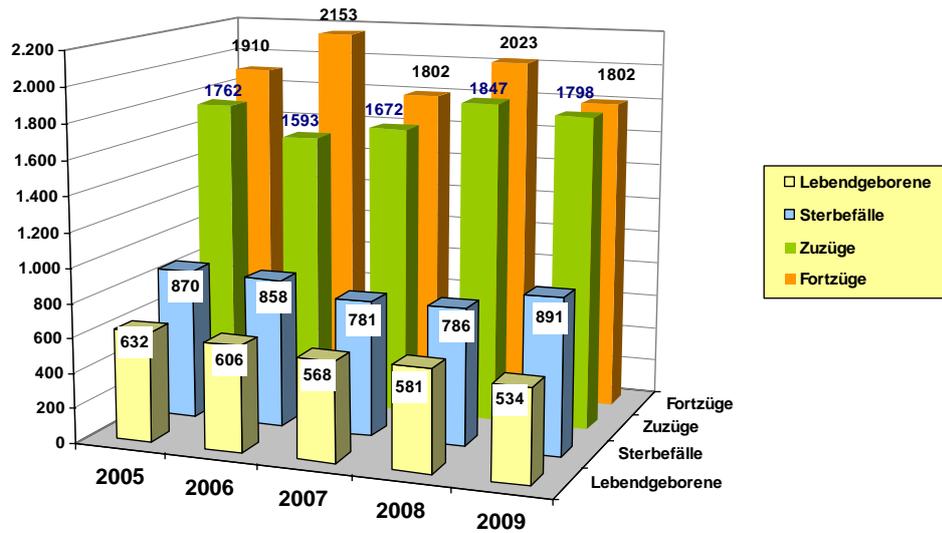
Landkreis Deggendorf	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	117437	117461	117529	117204	116776
Bevölkerung männlich	57496	57656	57769	57574	57365
Bevölkerung weiblich	59941	59805	59760	59631	59411
Vergleich zu 2009 (in %)	0,57	0,59	0,64	0,37	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	3081	3058	2926	2802	2712
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1584	1553	1471	1405	1391
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1497	1505	1455	1397	1321
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	13,61	12,76	7,89	3,32	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	3347	3274	3248	3158	3089
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1702	1713	1685	1621	1549
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1645	1561	1563	1537	1540
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	8,35	5,99	5,15	2,23	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	4948	4841	4738	4609	4434
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	2571	2458	2439	2357	2273
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	2377	2383	2299	2252	2161
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	11,59	9,18	6,86	3,95	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	8138	7958	7754	7611	7495
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	4143	4104	3942	3874	3871
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	3995	3854	3812	3737	3624
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	8,58	6,18	3,46	1,55	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	4233	4270	4286	4260	4163
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	2131	2148	2187	2189	2136
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	2102	2122	2099	2071	2027
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	1,68	2,57	2,95	2,33	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	8373	8365	8352	8300	8385
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	4260	4329	4358	4328	4328
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	4113	4036	3994	3972	4057
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-0,14	-0,24	-0,39	-1,01	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	34058	33312	32767	31873	31080
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	17199	16779	16582	16132	15781
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	16859	16533	16185	15741	15299
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	9,58	7,18	5,43	2,55	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	30342	31099	31950	32817	33546
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	15309	15665	16007	16411	16701
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	15033	15434	15943	16406	16845
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-9,55	-7,29	-4,76	-2,17	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	15980	16291	16346	16470	16442
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	7218	7418	7510	7579	7585
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	8762	8873	8836	8891	8857
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-2,81	-0,92	-0,58	0,17	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	4936	4993	5162	5304	5430
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1379	1489	1588	1678	1750
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	3558	3504	3574	3627	3680
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-9,09	-8,04	-4,94	-2,31	0
Geburten gesamt	985	969	923	873	892
Geburten von Jungen	488	493	467	443	466
Geburten von Mädchen	497	476	456	430	426
Sterbefälle gesamt	1080	1169	1150	1179	1256
Sterbefälle von Männern	510	526	545	556	646
Sterbefälle von Frauen	570	643	605	623	610
natürlicher Saldo gesamt	-94	-199	-228	-306	-364

Landkreis Deggendorf	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-21	-33	-79	-113	-180
natürlicher Saldo Frauen	-73	-166	-149	-193	-184
Zuzüge gesamt	4373	4424	4328	3921	4151
Zuzüge Männer	2321	2344	2354	2050	2167
Zuzüge Frauen	2052	2080	1974	1871	1984
Fortzüge gesamt	4064	4198	4026	3934	4210
Fortzüge Männer	2141	2147	2157	2129	2191
Fortzüge Frauen	1923	2051	1869	1805	2019
Wanderungssaldo gesamt	309	226	302	-13	-59
Wanderungssaldo Männer	180	197	197	-79	-24
Wanderungssaldo Frauen	129	29	105	66	-35
Jugendquotient	0,3526	0,3474	0,3406	0,3325	0,3260
Altenquotient	0,2931	0,2982	0,3003	0,3040	0,3056
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1903	0,1869	0,1836	0,1791	0,1750
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1361	0,1387	0,1391	0,1405	0,1408
Anteil der über 80jährigen	0,0420	0,0425	0,0439	0,0453	0,0465
Medianalter	40,49	40,97	41,45	42,01	42,53
Durchschnittsalter	41,32	41,60	41,91	42,28	42,62
TFR (lfd. J.)	1,36	1,35	1,31	1,26	1,30
GFR (lfd. J.)	32,96	32,66	31,41	30,10	31,29
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,32	41,60	41,91	42,28	42,62
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,39	8,25	7,85	7,45	7,64
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	9,20	9,95	9,78	10,06	10,76
Fortzugsrate gesamt	0,0347	0,0357	0,0343	0,0337	0,0361
Fortzugsrate der Männer	0,0372	0,0372	0,0373	0,0370	0,0382
Fortzugsrate der Frauen	0,0321	0,0343	0,0313	0,0303	0,0340
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,1008	0,1141	0,1119	0,1084	0,1164
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,1023	0,1014	0,1034	0,1001	0,1040
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0993	0,1267	0,1203	0,1166	0,1287
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0667	0,0690	0,0627	0,0636	0,0674
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0705	0,0754	0,0692	0,0724	0,0758
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0629	0,0625	0,0561	0,0547	0,0589
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0071	0,0081	0,0079	0,0079	0,0082
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0063	0,0067	0,0071	0,0070	0,0076
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0078	0,0095	0,0087	0,0087	0,0088
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5104	0,5091	0,5085	0,5088	0,5088
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5483	0,5447	0,5406	0,5398	0,5387
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7207	0,7018	0,6924	0,6837	0,6777
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2115	0,2079	0,2046	0,2011	0,1969
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	20541	20013	19655	19109	18888
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	10416	10131	10031	9764	9696
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	10125	9882	9624	9345	9192
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	8,75	5,96	4,06	1,17	0

9.1.5 Landkreis Freyung-Grafenau

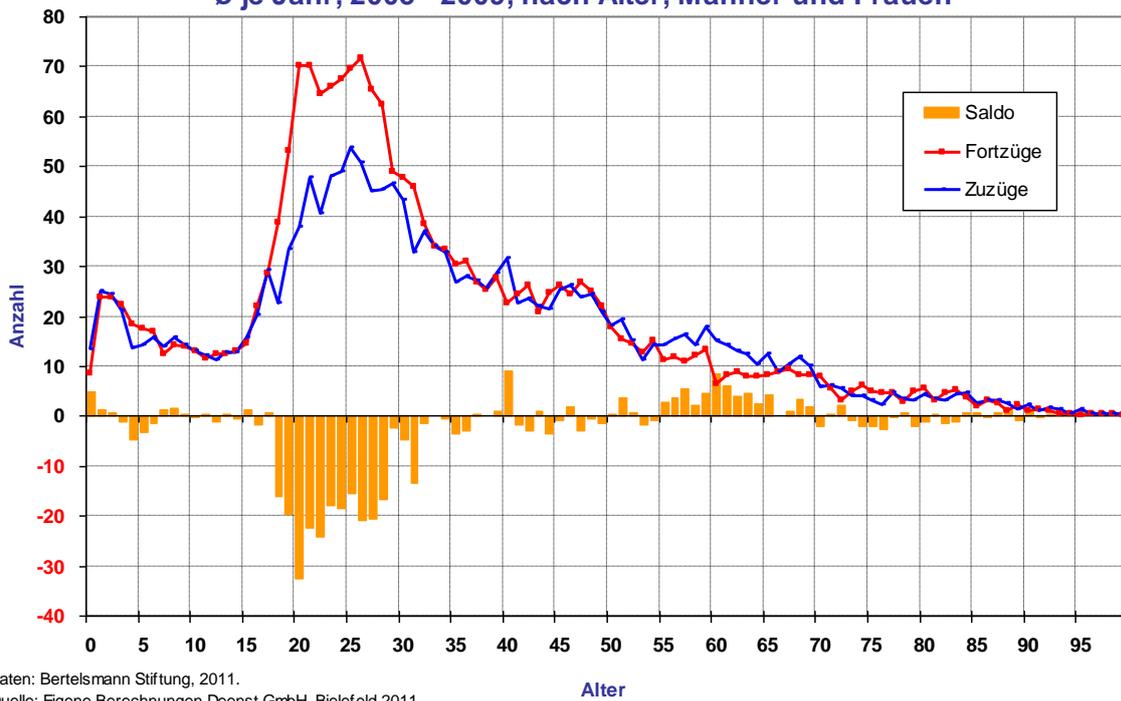


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Freyung-Grafenau 2005 bis 2009

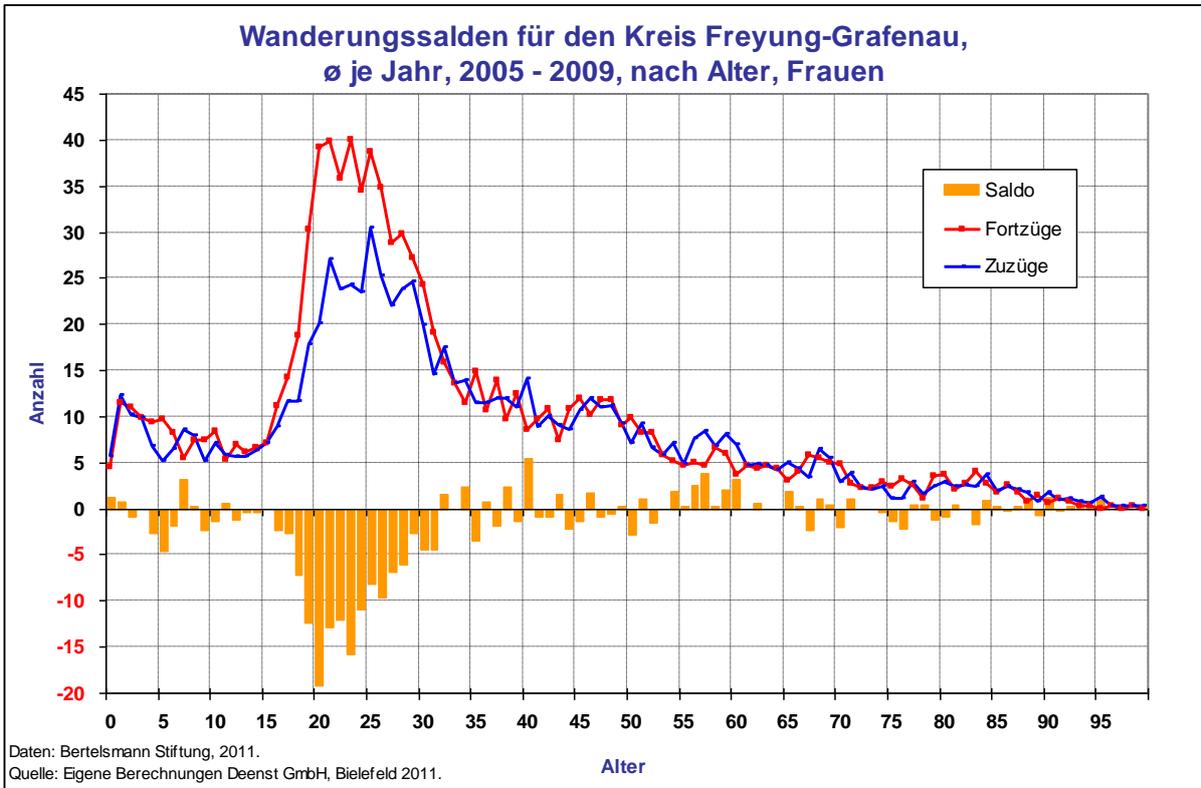
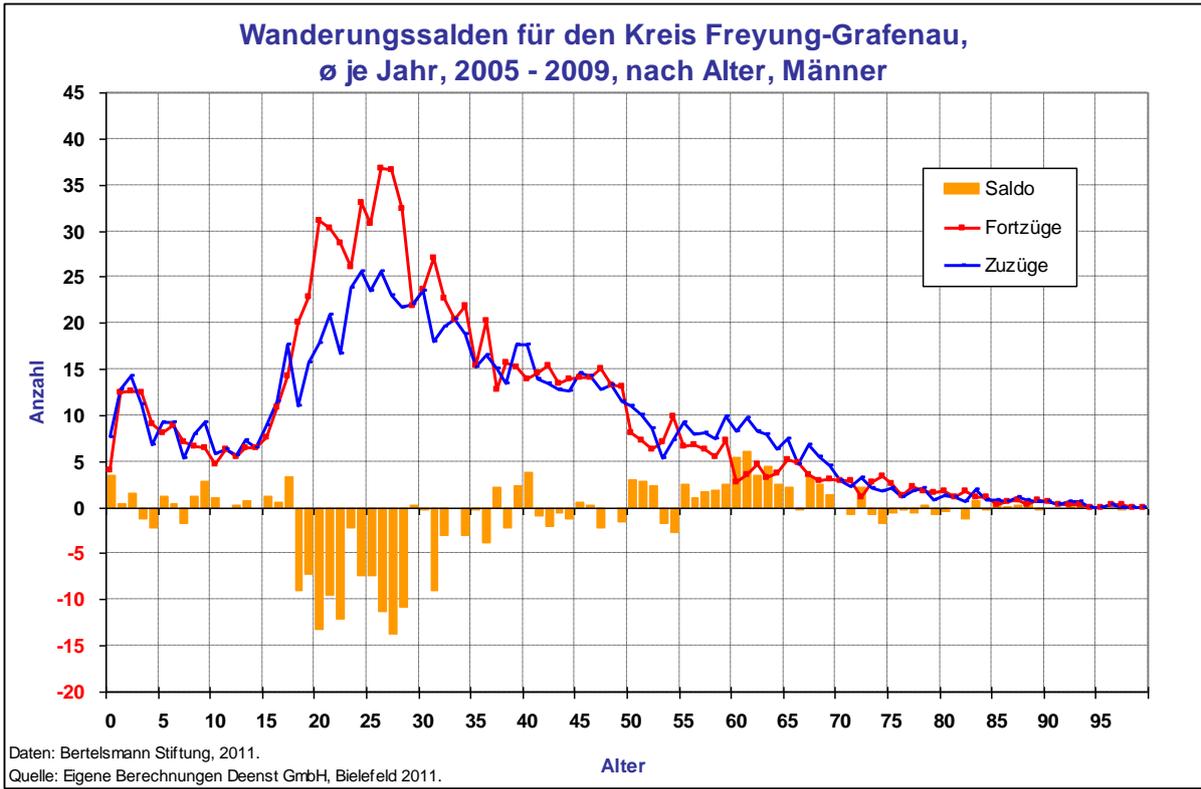


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Freyung-Grafenau, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen



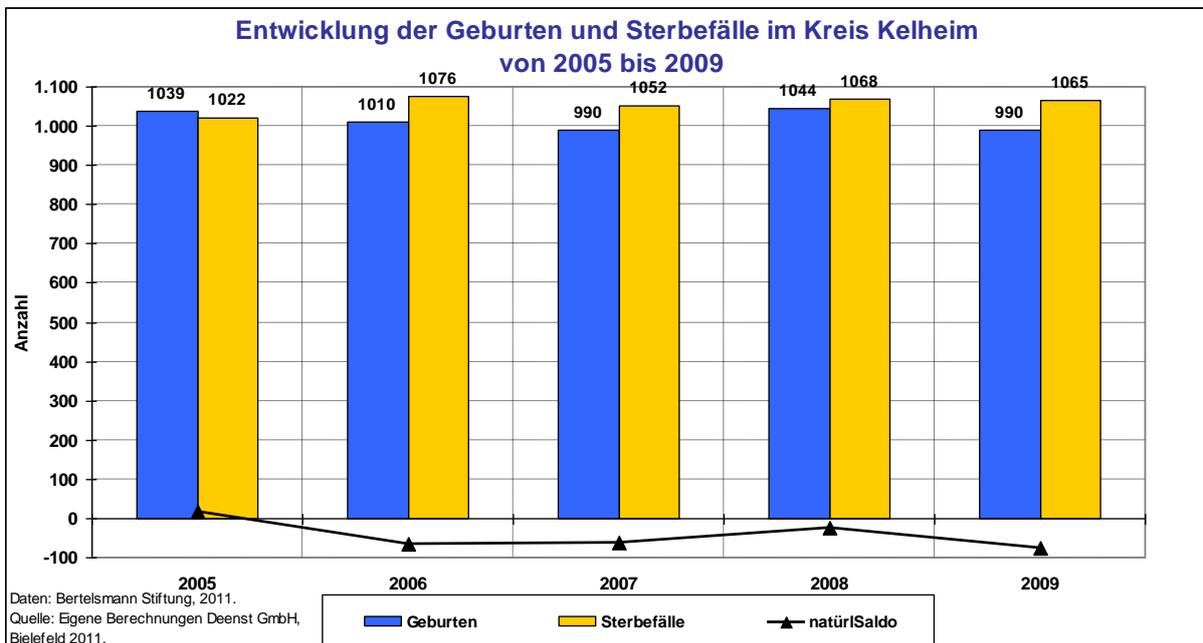
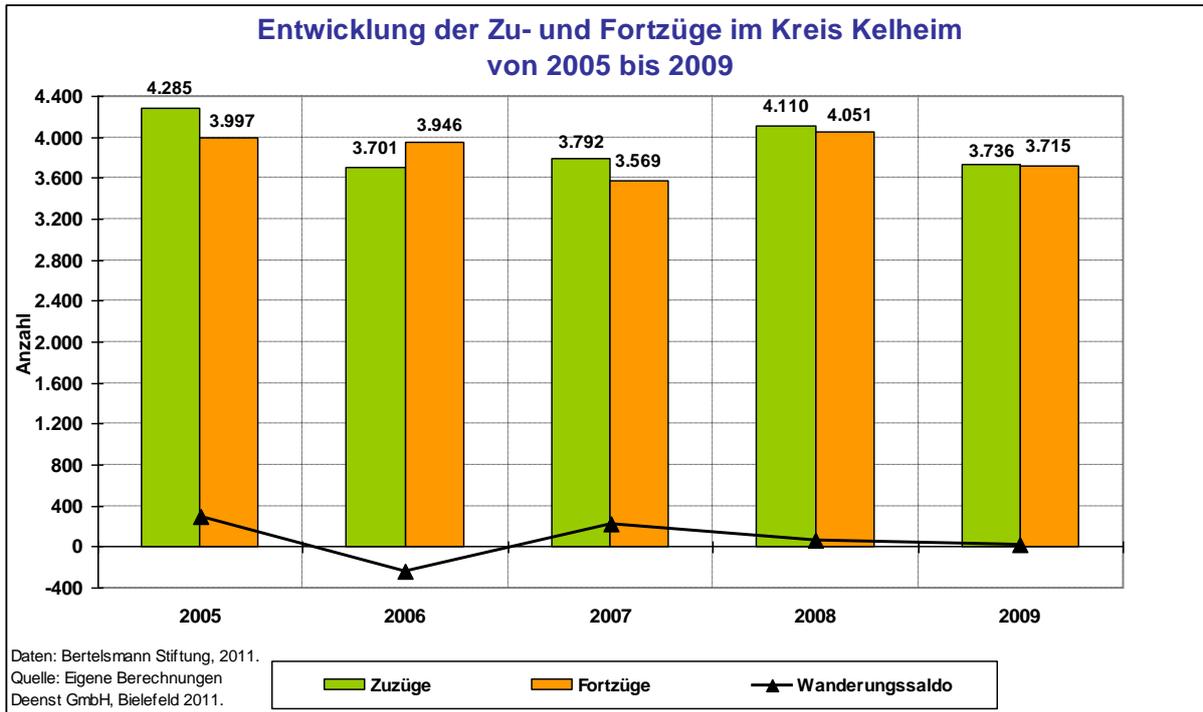
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



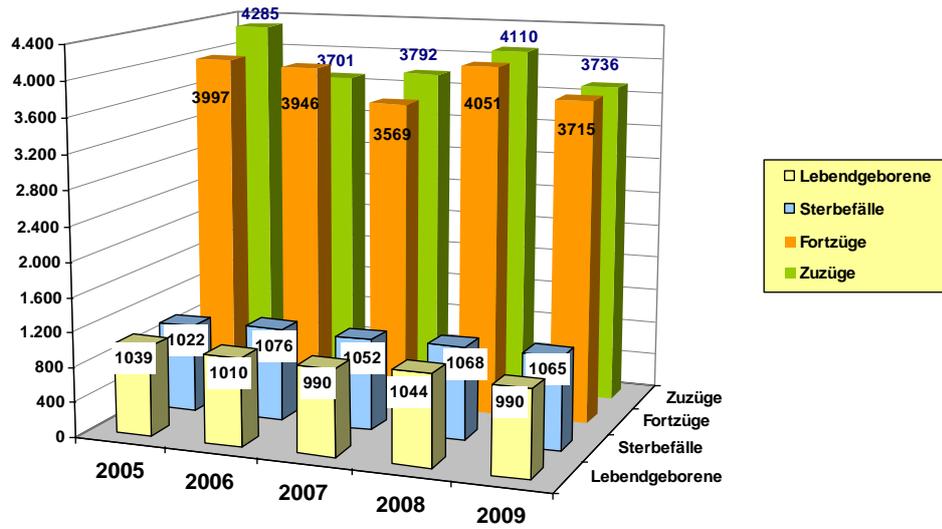
Landkreis Freyung-Grafenau	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	81546	80733	80384	79995	79630
Bevölkerung männlich	40028	39671	39541	39420	39263
Bevölkerung weiblich	41518	41062	40843	40575	40367
Vergleich zu 2009 (in %)	2,41	1,39	0,95	0,46	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	2047	1917	1804	1762	1726
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1063	999	940	929	911
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	984	918	864	833	815
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	18,60	11,07	4,52	2,09	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	2369	2292	2179	2008	1905
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1211	1180	1123	1034	993
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1158	1112	1056	974	912
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	24,36	20,31	14,38	5,41	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	3609	3448	3327	3197	3049
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	1852	1773	1694	1637	1578
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	1757	1675	1633	1560	1471
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	18,37	13,09	9,12	4,85	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	5989	5782	5679	5543	5426
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	2998	2907	2894	2855	2801
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	2991	2875	2785	2688	2625
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	10,38	6,56	4,66	2,16	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	3051	3096	3115	3137	3038
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	1566	1582	1586	1577	1501
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	1485	1514	1529	1560	1537
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	0,43	1,91	2,53	3,26	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	5759	5623	5517	5531	5642
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	2950	2892	2820	2869	2949
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	2809	2731	2697	2662	2693
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	2,07	-0,34	-2,22	-1,97	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	22723	21956	21438	20784	20168
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	11455	11075	10846	10534	10170
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	11268	10881	10592	10250	9998
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	12,67	8,87	6,30	3,05	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	21013	21405	21988	22691	23284
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	10843	11028	11309	11655	11958
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	10170	10377	10679	11036	11326
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-9,75	-8,07	-5,57	-2,55	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	11645	11710	11675	11504	11394
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	5156	5218	5232	5143	5139
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	6489	6492	6443	6361	6255
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	2,20	2,77	2,47	0,97	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3341	3504	3662	3838	3998
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	934	1017	1097	1187	1263
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2407	2487	2565	2651	2735
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-16,45	-12,36	-8,41	-4,01	0
Geburten gesamt	632	606	568	581	534
Geburten von Jungen	329	321	290	307	287
Geburten von Mädchen	303	285	278	274	247
Sterbefälle gesamt	870	858	781	786	891
Sterbefälle von Männern	444	441	382	397	441
Sterbefälle von Frauen	426	417	399	389	450
natürlicher Saldo gesamt	-239	-252	-213	-206	-357

Landkreis Freyung-Grafenau	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-116	-120	-93	-91	-154
natürlicher Saldo Frauen	-123	-132	-120	-115	-203
Zuzüge gesamt	1762	1593	1672	1847	1798
Zuzüge Männer	951	824	868	981	918
Zuzüge Frauen	811	769	804	866	880
Fortzüge gesamt	1910	2153	1802	2023	1802
Fortzüge Männer	1002	1061	902	1007	916
Fortzüge Frauen	908	1092	900	1016	886
Wanderungssaldo gesamt	-148	-560	-130	-176	-4
Wanderungssaldo Männer	-51	-237	-34	-26	2
Wanderungssaldo Frauen	-97	-323	-96	-150	-6
Jugendquotient	0,3733	0,3659	0,3557	0,3460	0,3377
Altenquotient	0,3092	0,3172	0,3196	0,3194	0,3205
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1965	0,1927	0,1879	0,1819	0,1777
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1428	0,1450	0,1452	0,1438	0,1431
Anteil der über 80jährigen	0,0410	0,0434	0,0456	0,0480	0,0502
Medianalter	40,70	41,36	41,98	42,61	43,18
Durchschnittsalter	41,34	41,77	42,21	42,64	43,01
TFR (lfd. J.)	1,30	1,29	1,26	1,30	1,22
GFR (lfd. J.)	30,86	30,21	28,69	29,89	27,99
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,34	41,77	42,21	42,64	43,01
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	7,75	7,51	7,07	7,26	6,71
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	10,67	10,63	9,72	9,83	11,19
Fortzugsrate gesamt	0,0235	0,0267	0,0224	0,0253	0,0226
Fortzugsrate der Männer	0,0250	0,0267	0,0228	0,0255	0,0233
Fortzugsrate der Frauen	0,0219	0,0266	0,0220	0,0250	0,0219
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0555	0,0756	0,0654	0,0683	0,0607
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0513	0,0639	0,0579	0,0546	0,0528
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0597	0,0873	0,0729	0,0819	0,0686
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0407	0,0463	0,0379	0,0472	0,0424
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0445	0,0484	0,0398	0,0488	0,0475
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0369	0,0442	0,0359	0,0455	0,0372
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0077	0,0105	0,0096	0,0089	0,0076
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0078	0,0103	0,0102	0,0095	0,0060
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0076	0,0106	0,0089	0,0082	0,0092
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5091	0,5086	0,5081	0,5072	0,5069
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5572	0,5544	0,5519	0,5529	0,5490
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7205	0,7098	0,7004	0,6908	0,6841
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2060	0,2029	0,1997	0,1962	0,1927
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	13588	13017	12694	12263	12057
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	6902	6599	6439	6241	6159
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	6686	6418	6255	6022	5898
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	12,70	7,96	5,28	1,71	0

9.1.6 Landkreis Kelheim

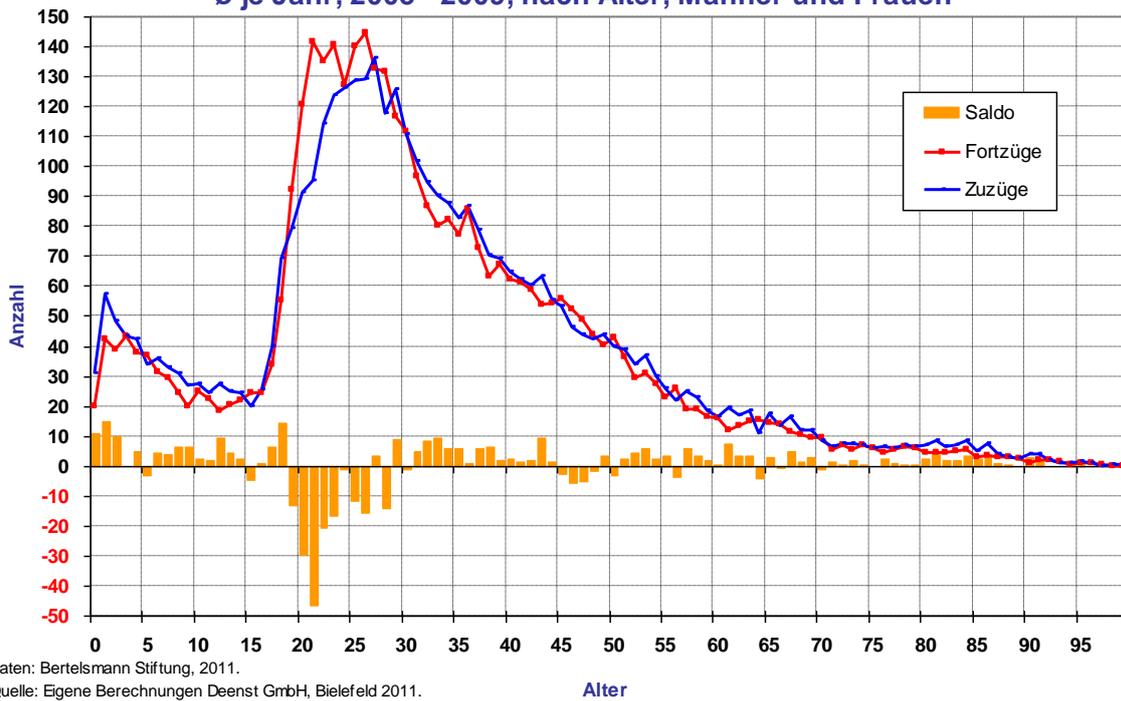


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Kelheim 2005 bis 2009



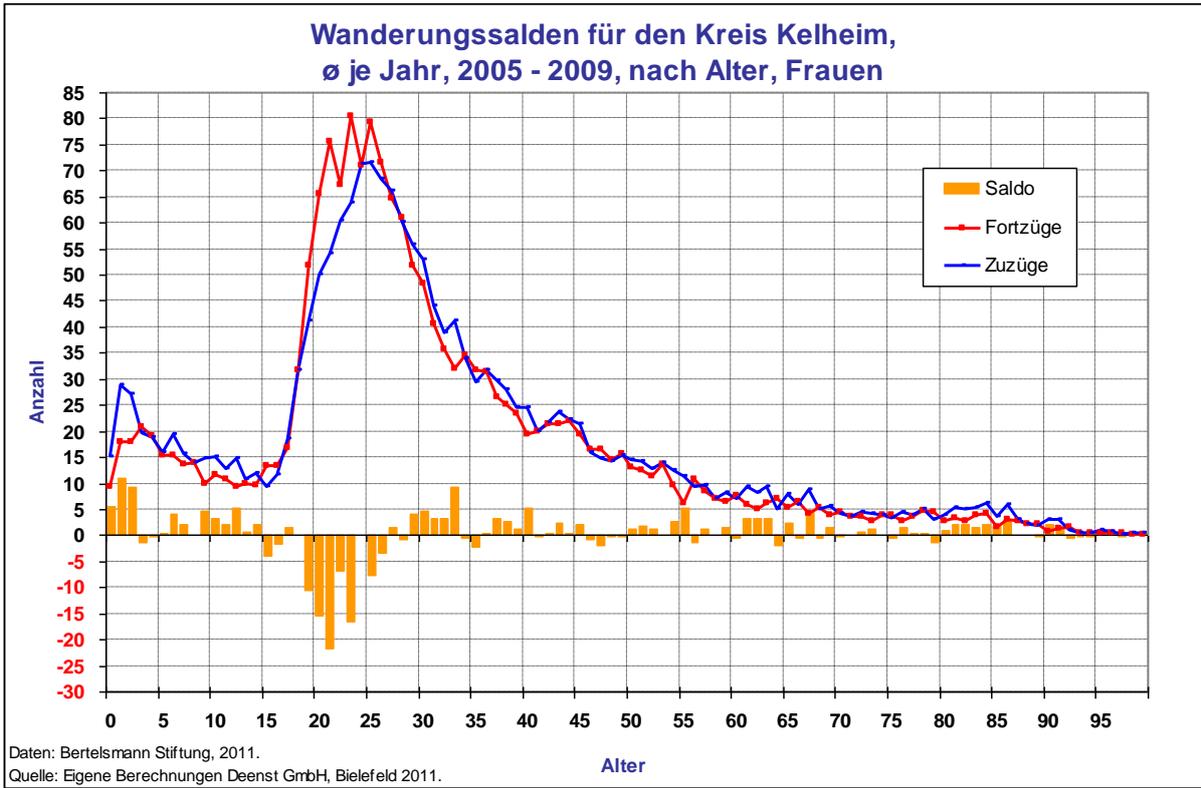
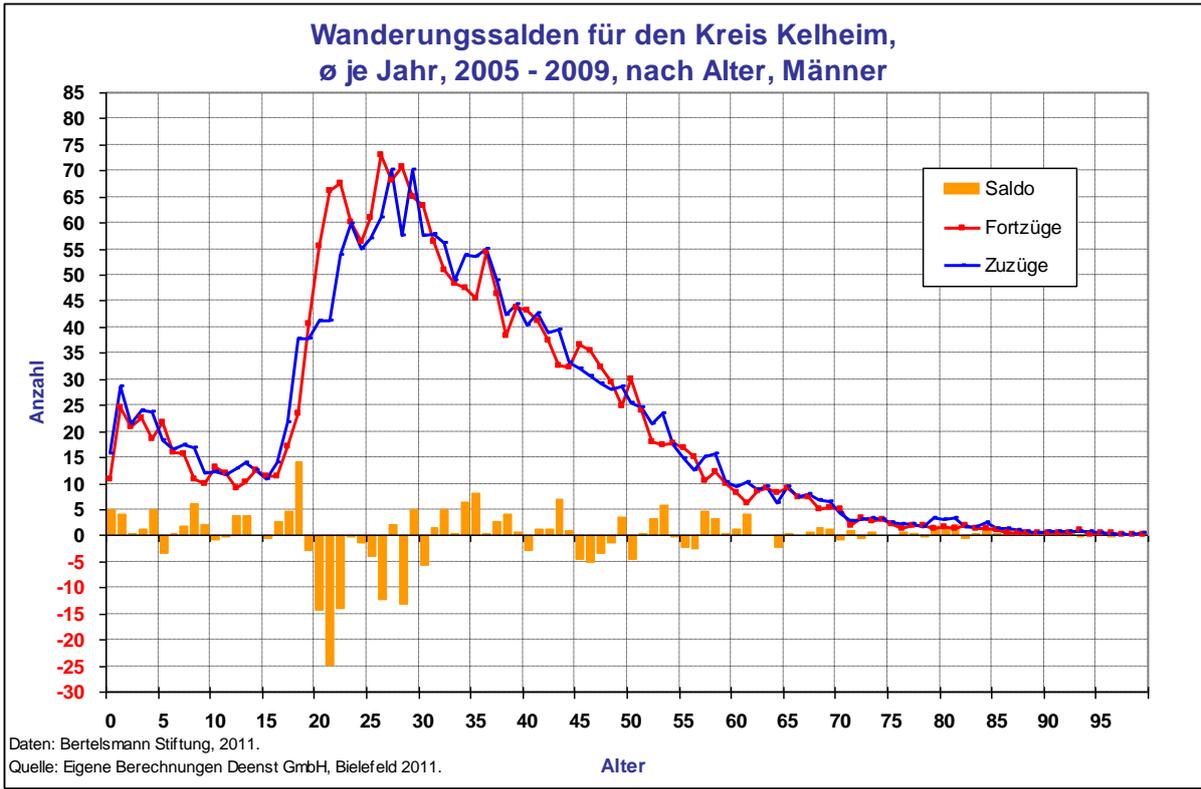
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Kelheim, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.

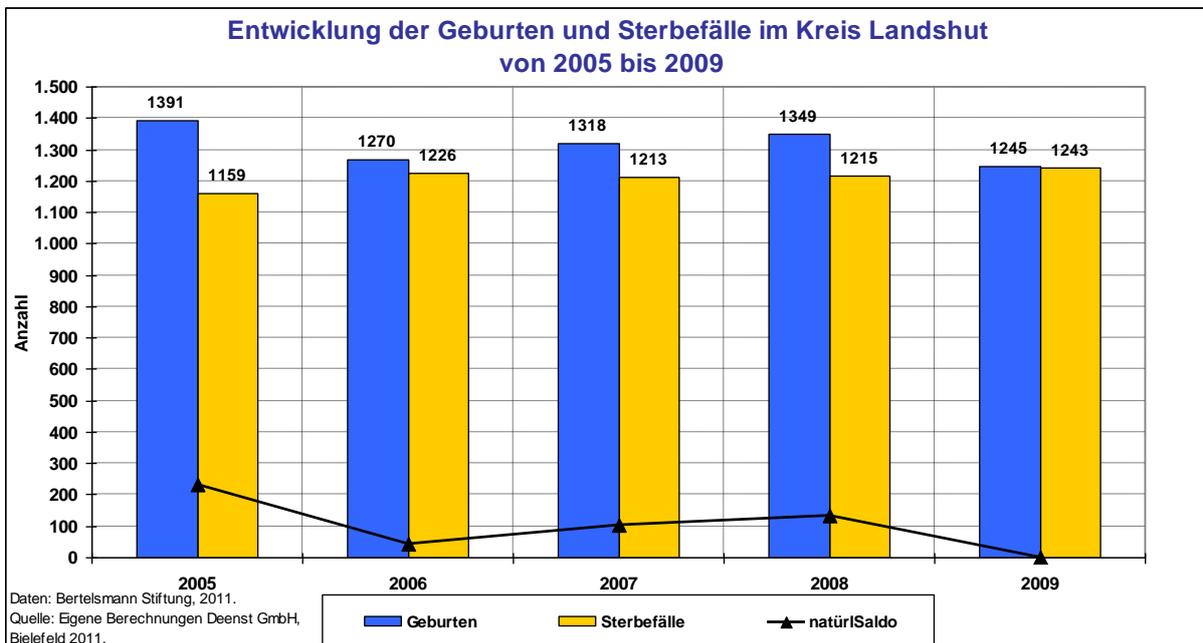
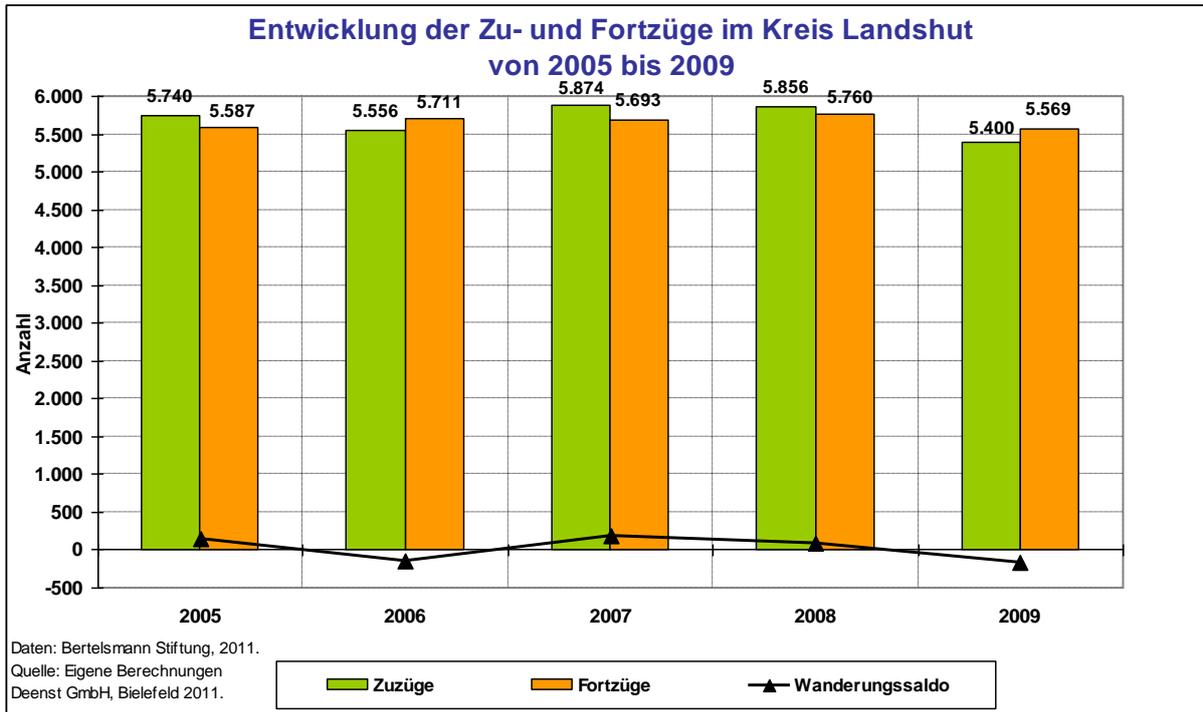
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



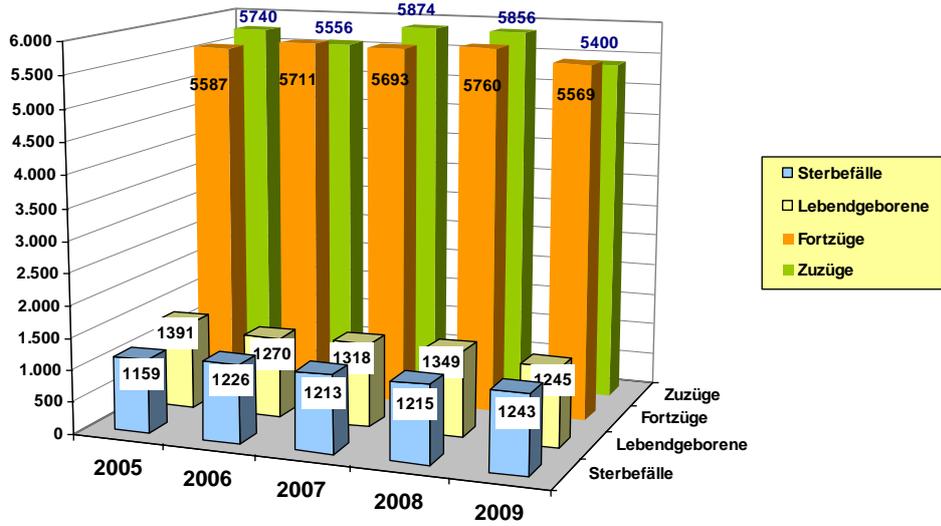
Landkreis Kelheim	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	113188	112877	113034	113064	113008
Bevölkerung männlich	56284	56155	56277	56381	56288
Bevölkerung weiblich	56903	56722	56757	56683	56720
Vergleich zu 2009 (in %)	0,16	-0,12	0,02	0,05	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	3315	3223	3190	3168	3148
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1648	1645	1646	1645	1630
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1667	1578	1544	1523	1518
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	5,30	2,38	1,33	0,64	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	3680	3508	3420	3376	3274
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1857	1758	1720	1699	1657
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1823	1750	1700	1677	1617
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	12,40	7,15	4,46	3,12	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	5248	5153	5047	4961	4845
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	2706	2628	2556	2523	2420
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	2542	2525	2491	2438	2425
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	8,32	6,36	4,17	2,39	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	8337	8218	8098	7936	7847
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	4306	4228	4147	4078	4012
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	4031	3990	3951	3858	3835
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	6,24	4,73	3,20	1,13	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	4183	4321	4332	4360	4231
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	2216	2269	2278	2262	2196
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	1967	2052	2054	2098	2035
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	-1,13	2,13	2,39	3,05	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	8059	8021	7910	7900	8080
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	4156	4167	4156	4205	4311
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	3903	3854	3754	3695	3769
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-0,26	-0,73	-2,10	-2,23	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	33390	32567	32146	31436	30602
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	17041	16604	16359	15991	15524
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	16349	15963	15787	15445	15078
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	9,11	6,42	5,05	2,73	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	27793	28327	29219	30069	31010
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	14249	14483	14961	15366	15804
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	13544	13844	14258	14703	15206
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-10,37	-8,65	-5,78	-3,03	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	14837	15096	15086	15102	15058
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	6821	7039	7034	7090	7102
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	8016	8057	8052	8012	7956
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-1,47	0,25	0,19	0,29	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	4346	4443	4586	4756	4913
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1284	1334	1420	1522	1632
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	3061	3109	3166	3234	3281
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-11,55	-9,56	-6,66	-3,19	0
Geburten gesamt	1039	1010	990	1044	990
Geburten von Jungen	522	528	514	549	521
Geburten von Mädchen	517	482	476	495	469
Sterbefälle gesamt	1022	1076	1052	1068	1065
Sterbefälle von Männern	471	510	529	491	507
Sterbefälle von Frauen	551	566	523	577	558
natürlicher Saldo gesamt	17	-67	-61	-25	-73

Landkreis Kelheim	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	52	17	-15	58	14
natürlicher Saldo Frauen	-35	-84	-46	-83	-88
Zuzüge gesamt	4285	3701	3792	4110	3736
Zuzüge Männer	2367	1964	2028	2273	1936
Zuzüge Frauen	1918	1737	1764	1837	1800
Fortzüge gesamt	3997	3946	3569	4051	3715
Fortzüge Männer	2211	2112	1888	2223	2039
Fortzüge Frauen	1786	1834	1681	1828	1676
Wanderungssaldo gesamt	288	-245	223	59	21
Wanderungssaldo Männer	156	-148	140	50	-103
Wanderungssaldo Frauen	132	-97	83	9	124
Jugendquotient	0,3858	0,3821	0,3758	0,3703	0,3646
Altenquotient	0,2828	0,2893	0,2899	0,2920	0,2929
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2065	0,2037	0,2008	0,1969	0,1939
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1311	0,1337	0,1335	0,1336	0,1332
Anteil der über 80jährigen	0,0384	0,0394	0,0406	0,0421	0,0435
Medianalter	39,18	39,73	40,25	40,73	41,23
Durchschnittsalter	40,21	40,53	40,85	41,14	41,44
TFR (lfd. J.)	1,43	1,44	1,44	1,54	1,46
GFR (lfd. J.)	36,33	35,69	35,25	37,53	35,94
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	40,21	40,53	40,85	41,14	41,44
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	9,18	8,95	8,76	9,23	8,76
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	9,03	9,53	9,31	9,45	9,42
Fortzugsrate gesamt	0,0354	0,0350	0,0316	0,0358	0,0329
Fortzugsrate der Männer	0,0393	0,0376	0,0335	0,0394	0,0362
Fortzugsrate der Frauen	0,0314	0,0323	0,0296	0,0322	0,0295
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0809	0,0894	0,0881	0,0907	0,0848
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0695	0,0742	0,0780	0,0753	0,0749
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0924	0,1046	0,0982	0,1061	0,0947
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0678	0,0649	0,0561	0,0695	0,0639
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0781	0,0711	0,0620	0,0779	0,0703
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0574	0,0588	0,0501	0,0611	0,0575
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0066	0,0085	0,0096	0,0083	0,0101
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0059	0,0077	0,0095	0,0088	0,0102
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0073	0,0093	0,0098	0,0078	0,0100
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5027	0,5025	0,5021	0,5013	0,5019
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5403	0,5337	0,5337	0,5305	0,5284
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7045	0,6998	0,6904	0,6799	0,6678
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2106	0,2079	0,2055	0,2024	0,1994
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	20215	19408	19013	18635	18407
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	10199	9783	9590	9399	9232
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	10016	9625	9423	9236	9175
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	9,82	5,44	3,29	1,24	0

9.1.7 Landkreis Landshut

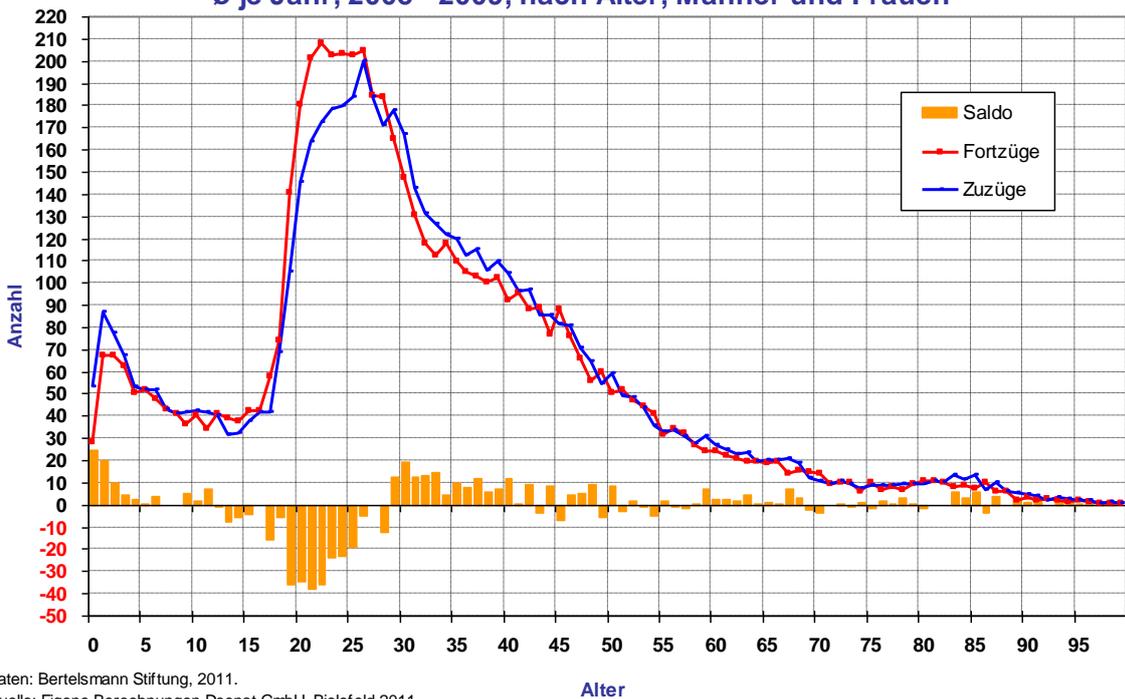


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Landshut 2005 bis 2009

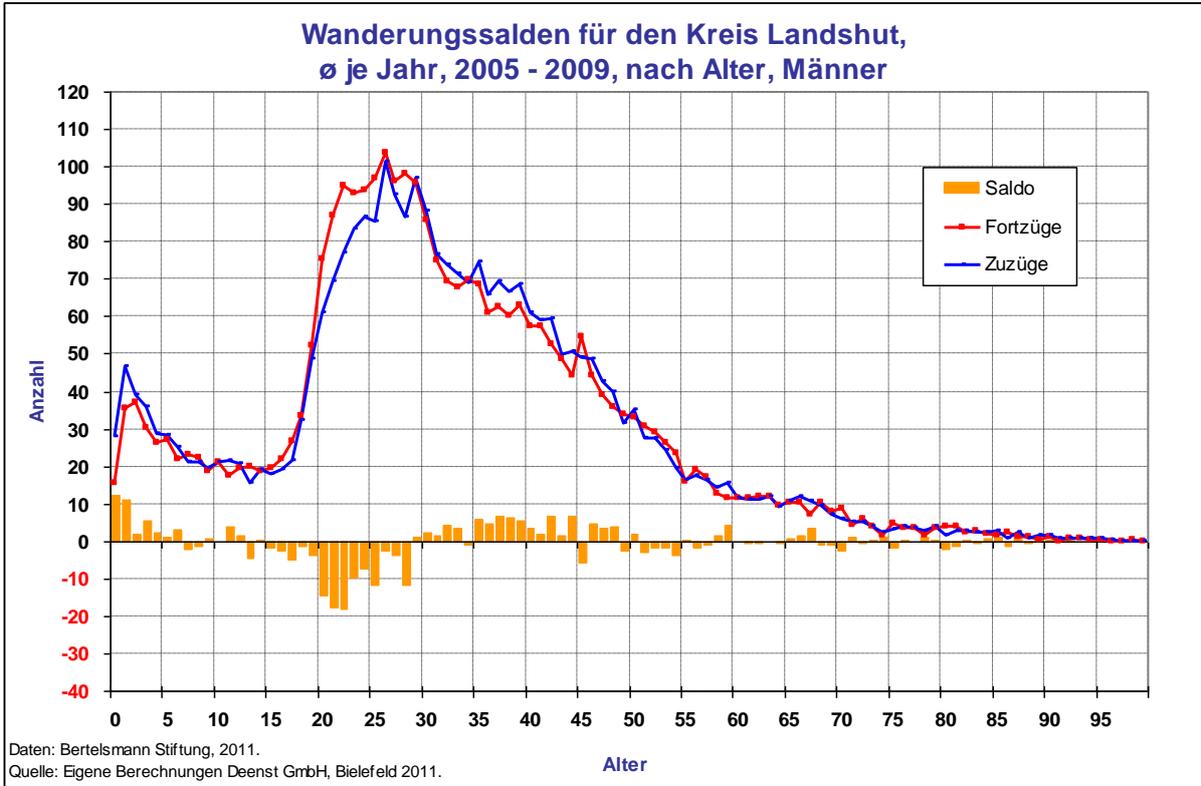
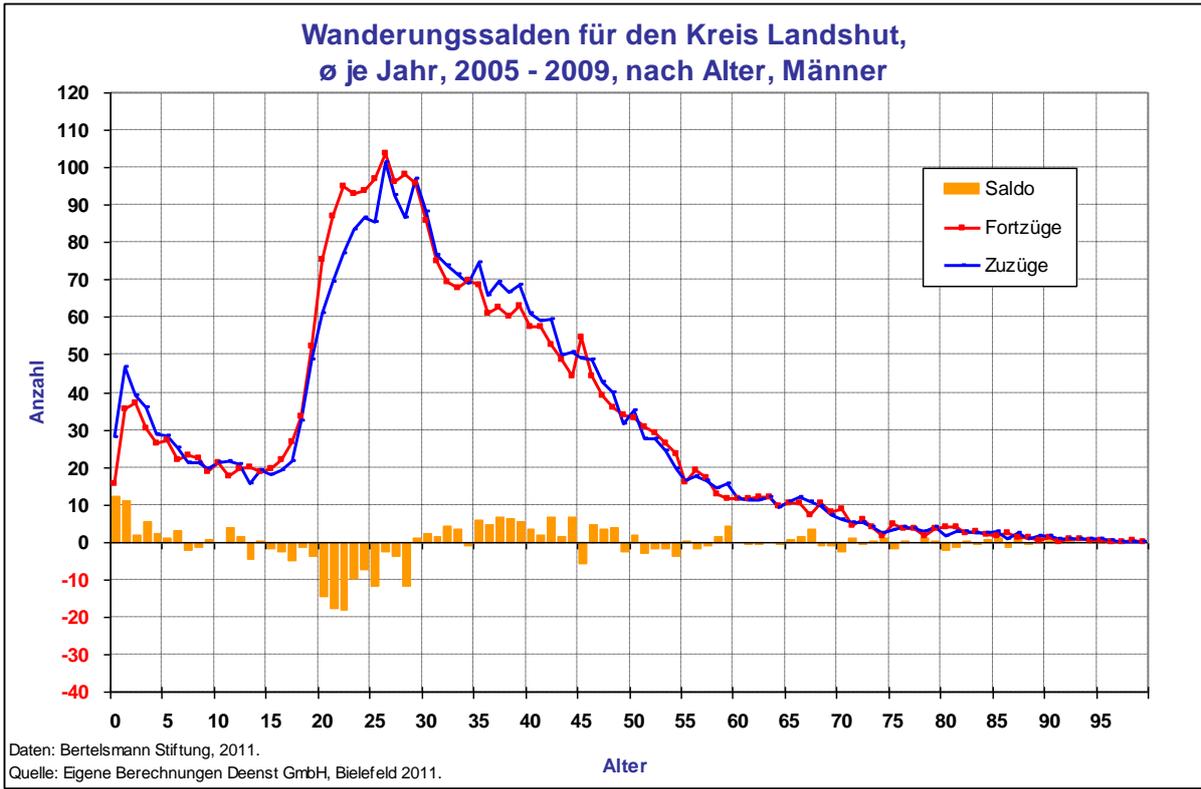


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Landshut, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



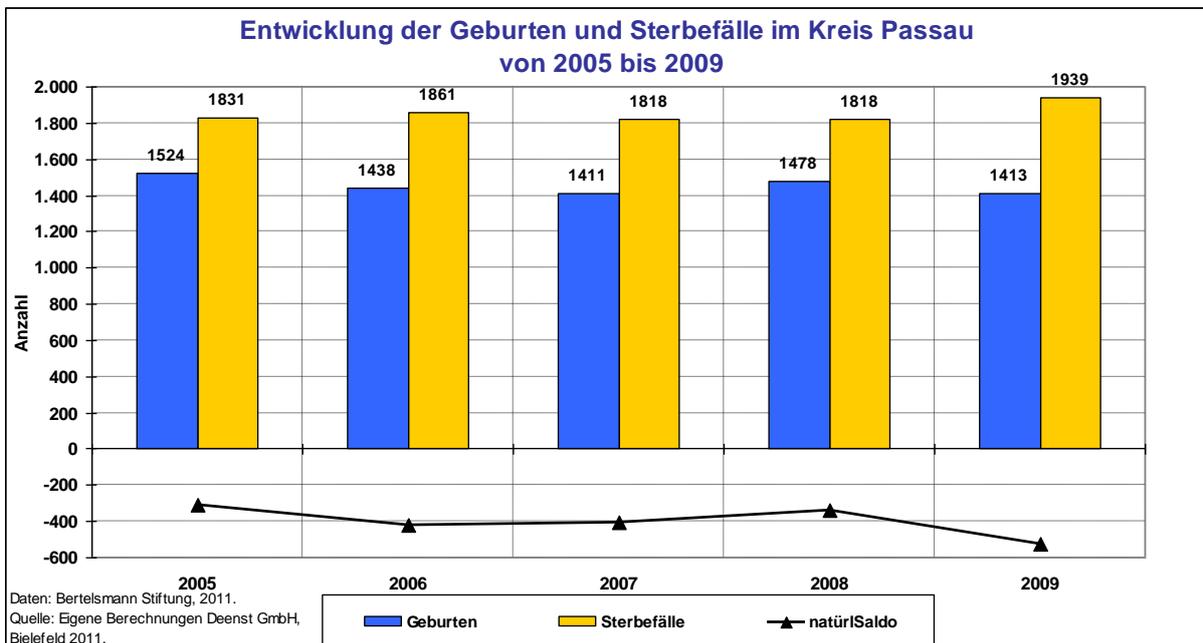
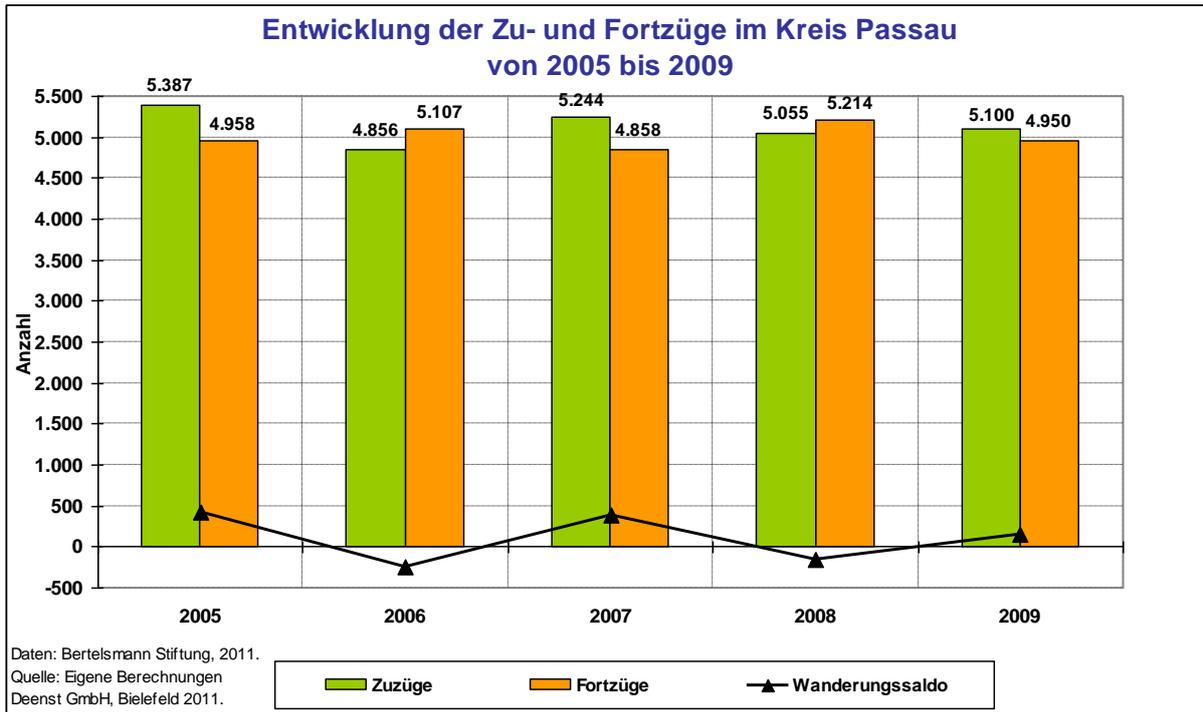
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



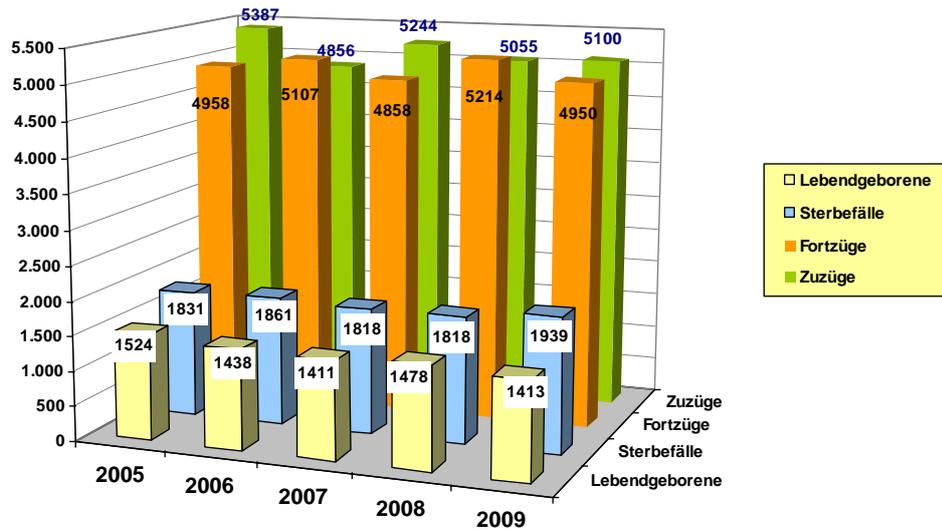
Landkreis Landshut	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	148043	147932	148219	148439	148269
Bevölkerung männlich	73955	74000	74187	74239	74136
Bevölkerung weiblich	74088	73932	74032	74200	74134
Vergleich zu 2009 (in %)	-0,15	-0,23	-0,03	0,11	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	4336	4161	4073	4076	4079
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	2206	2140	2110	2105	2102
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	2130	2021	1963	1971	1977
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	6,30	2,01	-0,15	-0,07	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	4683	4481	4412	4378	4228
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	2383	2274	2248	2238	2179
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	2300	2207	2164	2140	2049
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	10,76	5,98	4,35	3,55	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	7042	6887	6657	6447	6206
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	3578	3489	3418	3282	3164
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	3464	3398	3239	3165	3042
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	13,47	10,97	7,27	3,88	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	11169	10976	10875	10687	10453
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	5843	5707	5565	5504	5359
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	5326	5269	5310	5183	5094
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	6,85	5,00	4,04	2,24	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	5523	5731	5776	5775	5593
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	2848	2961	3048	3021	2918
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	2675	2770	2728	2754	2675
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	-1,25	2,47	3,27	3,25	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	10050	9920	9954	10027	10167
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	5175	5181	5210	5234	5343
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	4875	4739	4744	4793	4824
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-1,15	-2,43	-2,10	-1,38	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	44419	43367	42527	41424	40289
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	22533	22012	21555	20986	20348
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	21886	21355	20972	20438	19941
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	10,25	7,64	5,55	2,82	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	37499	38340	39515	40724	41989
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	19316	19679	20259	20817	21455
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	18183	18661	19256	19907	20534
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-10,69	-8,69	-5,89	-3,01	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	18240	18790	18967	19225	19389
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	8534	8923	9045	9193	9307
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	9706	9867	9922	10032	10082
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-5,93	-3,09	-2,18	-0,85	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	5082	5279	5463	5676	5876
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1539	1634	1729	1859	1961
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	3543	3645	3734	3817	3916
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-13,52	-10,17	-7,03	-3,41	0
Geburten gesamt	1391	1270	1318	1349	1245
Geburten von Jungen	707	654	696	700	639
Geburten von Mädchen	684	616	622	649	606
Sterbefälle gesamt	1159	1226	1213	1215	1243
Sterbefälle von Männern	535	572	619	600	625
Sterbefälle von Frauen	624	654	594	615	618

Landkreis Landshut	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo gesamt	231	45	106	134	2
natürlicher Saldo Männer	172	82	77	100	14
natürlicher Saldo Frauen	60	-38	29	34	-13
Zuzüge gesamt	5740	5556	5874	5856	5400
Zuzüge Männer	2948	2883	3103	3066	2835
Zuzüge Frauen	2792	2673	2771	2790	2565
Fortzüge gesamt	5587	5711	5693	5760	5569
Fortzüge Männer	2933	2919	2994	3103	2948
Fortzüge Frauen	2654	2792	2699	2657	2621
Wanderungssaldo gesamt	153	-155	181	96	-169
Wanderungssaldo Männer	15	-36	109	-37	-113
Wanderungssaldo Frauen	138	-119	72	133	-56
Jugendquotient	0,3814	0,3782	0,3723	0,3677	0,3595
Altenquotient	0,2583	0,2678	0,2708	0,2757	0,2792
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2090	0,2055	0,2019	0,1978	0,1936
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1232	0,1270	0,1280	0,1295	0,1308
Anteil der über 80jährigen	0,0343	0,0357	0,0369	0,0382	0,0396
Medianalter	39,21	39,86	40,38	40,91	41,51
Durchschnittsalter	39,93	40,33	40,65	40,99	41,38
TFR (lfd. J.)	1,48	1,38	1,48	1,55	1,43
GFR (lfd. J.)	36,66	33,79	35,35	36,43	34,06
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	39,93	40,33	40,65	40,99	41,38
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	9,40	8,59	8,89	9,09	8,40
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	7,83	8,29	8,18	8,19	8,38
Fortzugsrate gesamt	0,0378	0,0386	0,0385	0,0388	0,0376
Fortzugsrate der Männer	0,0397	0,0394	0,0404	0,0418	0,0398
Fortzugsrate der Frauen	0,0358	0,0378	0,0365	0,0358	0,0354
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0897	0,1038	0,1070	0,1060	0,1058
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0724	0,0814	0,0904	0,0945	0,0873
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,1070	0,1262	0,1236	0,1174	0,1242
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0656	0,0703	0,0684	0,0726	0,0703
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0734	0,0766	0,0777	0,0819	0,0804
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0577	0,0639	0,0591	0,0633	0,0601
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0103	0,0116	0,0119	0,0099	0,0109
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0096	0,0103	0,0115	0,0100	0,0106
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0110	0,0128	0,0124	0,0097	0,0111
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5004	0,4998	0,4995	0,4999	0,5000
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5321	0,5251	0,5231	0,5218	0,5200
Frauenanteil der über 80jährigen	0,6971	0,6905	0,6836	0,6725	0,6663
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2138	0,2098	0,2072	0,2038	0,1992
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	25956	24939	24366	23783	23394
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	13083	12576	12264	11967	11790
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	12873	12363	12102	11816	11604
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	10,95	6,60	4,15	1,66	0

9.1.8 Landkreis Passau

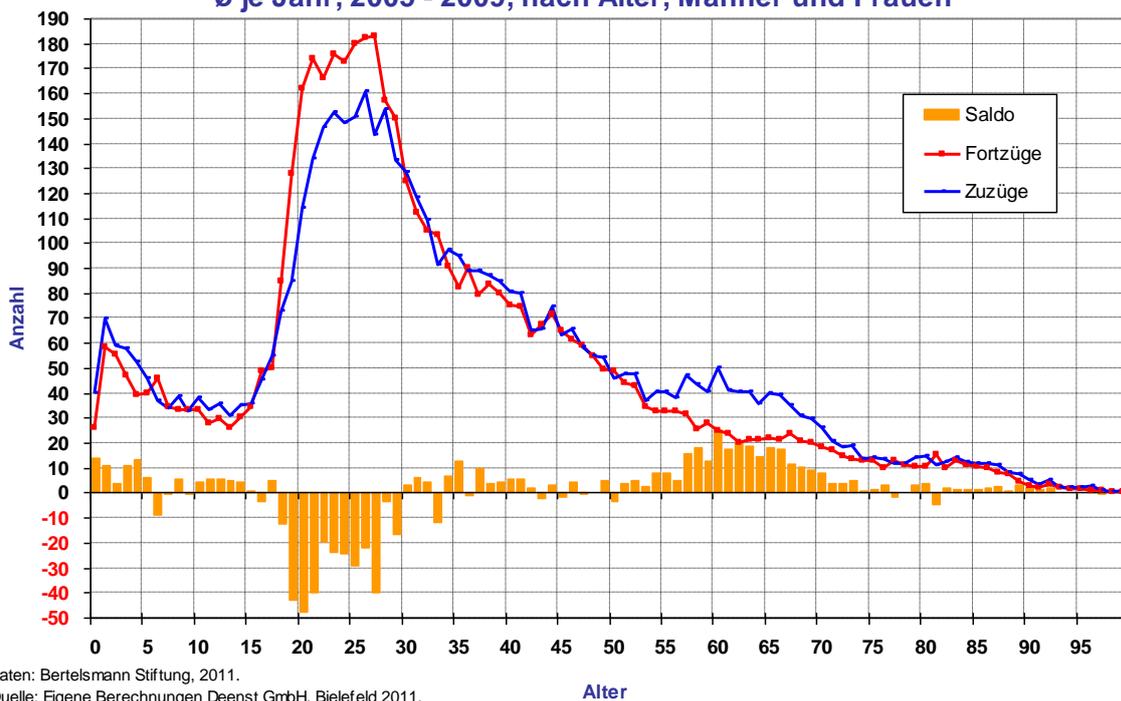


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Passau 2005 bis 2009

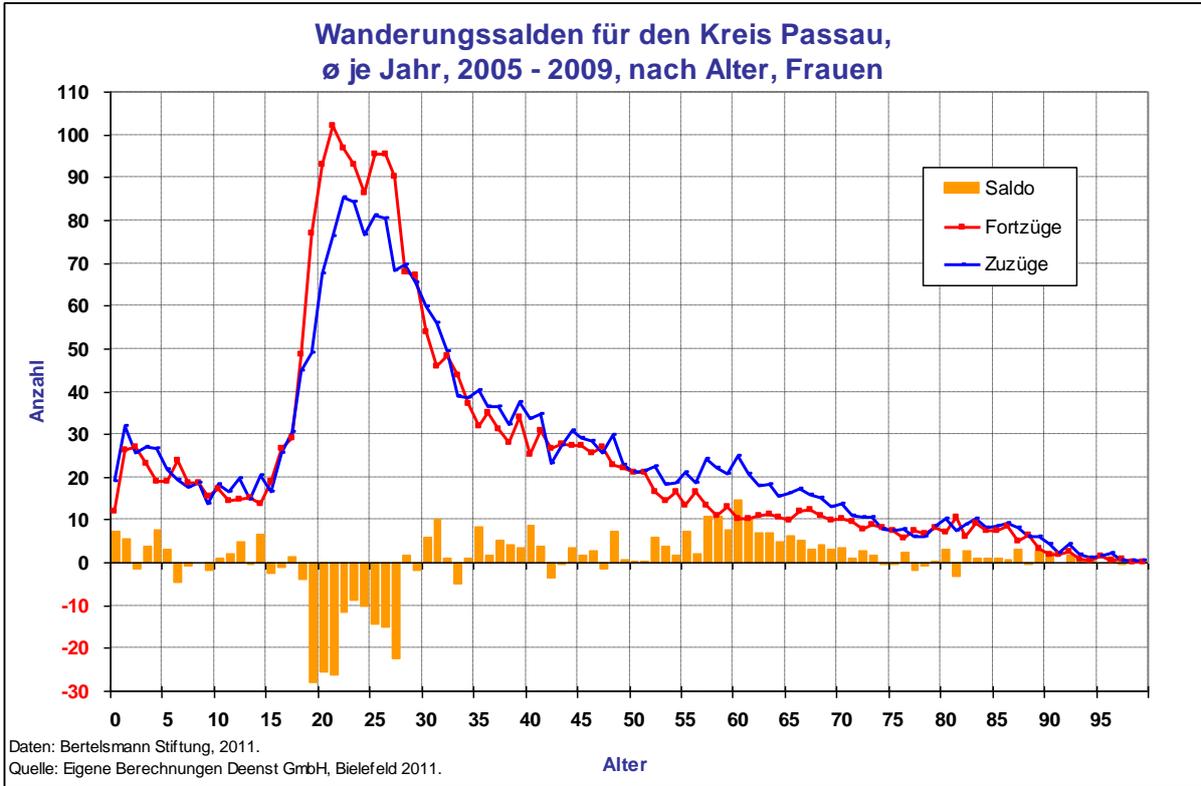
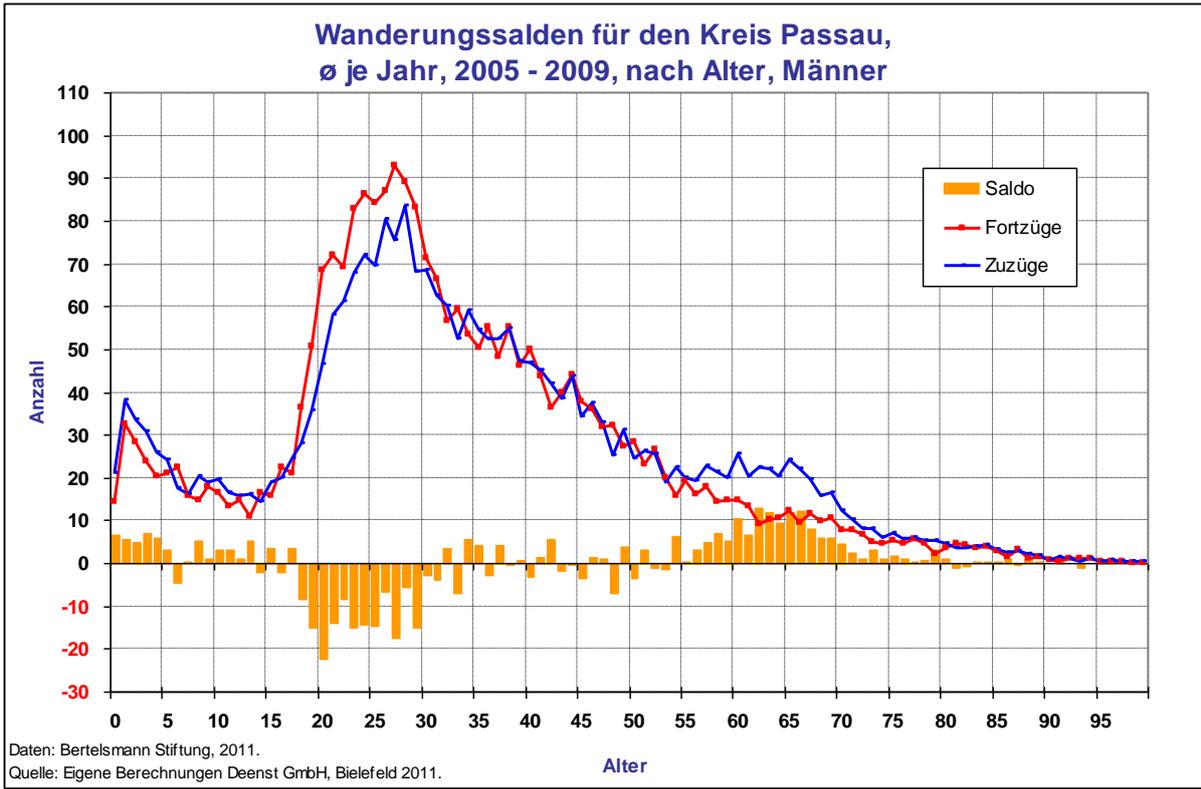


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Passau, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen



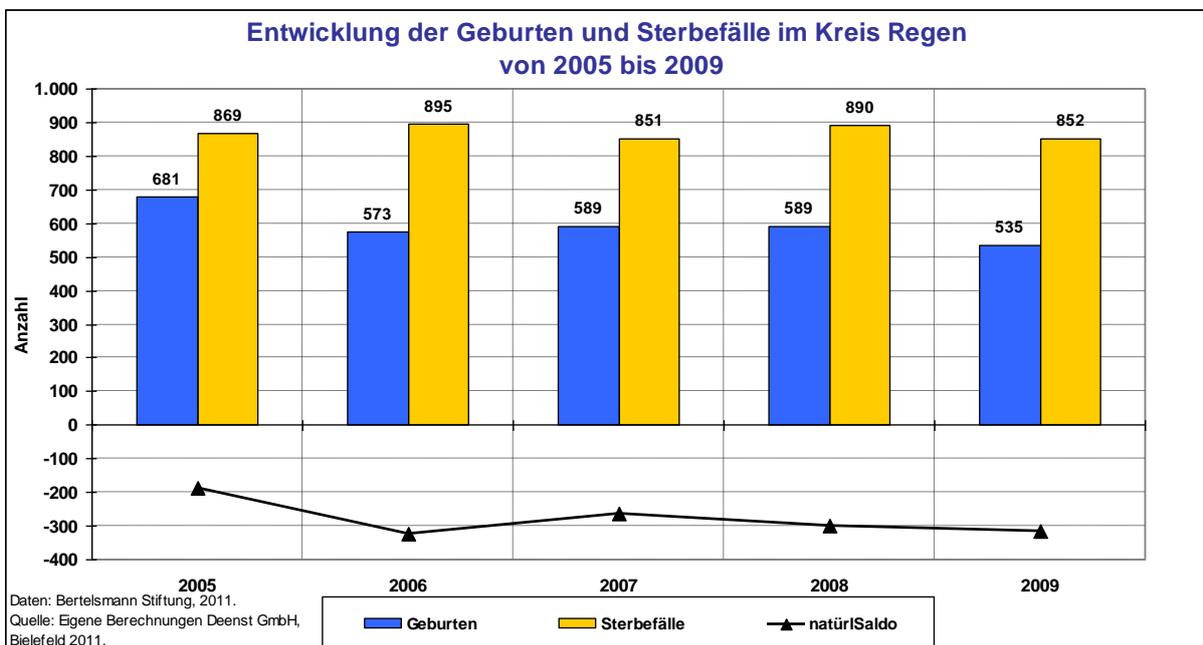
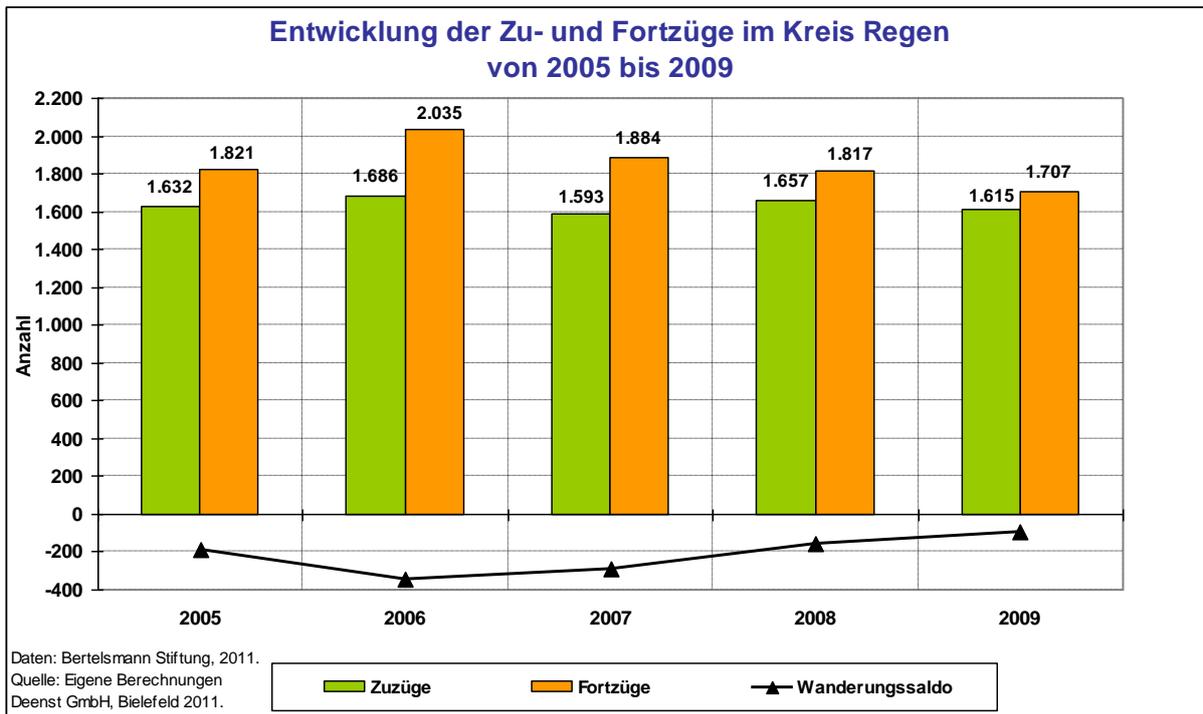
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



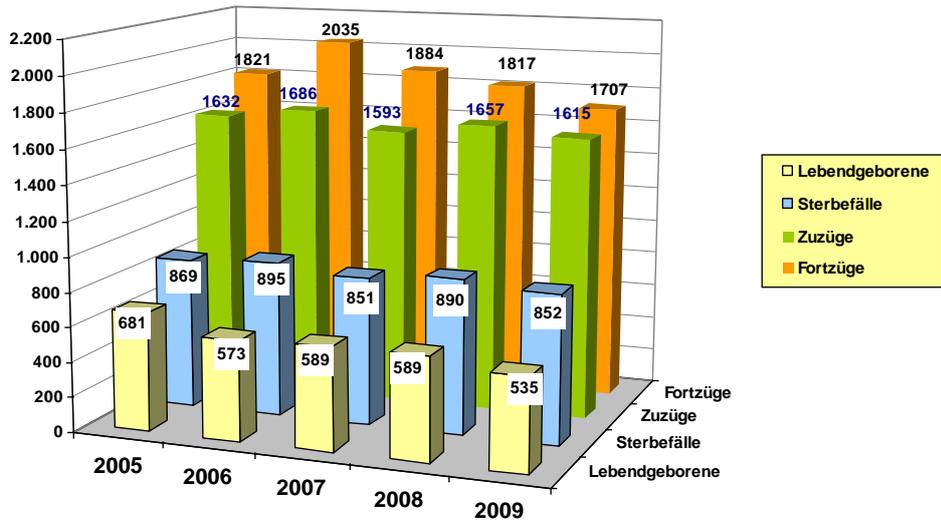
Landkreis Passau	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	189048	188373	188346	187838	187456
Bevölkerung männlich	92947	92609	92561	92368	92219
Bevölkerung weiblich	96101	95765	95785	95470	95236
Vergleich zu 2009 (in %)	0,85	0,49	0,48	0,20	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	4802	4612	4471	4402	4392
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	2483	2409	2316	2314	2287
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	2319	2203	2155	2088	2105
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	9,34	5,01	1,80	0,23	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	5523	5251	5123	4891	4690
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	2860	2755	2691	2529	2470
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	2663	2496	2432	2362	2220
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	17,76	11,96	9,23	4,29	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	8220	8034	7701	7495	7203
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	4214	4114	3935	3902	3728
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	4006	3920	3766	3593	3475
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	14,12	11,54	6,91	4,05	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	13294	13103	12918	12637	12426
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	6827	6717	6631	6492	6376
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	6467	6386	6287	6145	6050
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	6,99	5,45	3,96	1,70	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	6992	7064	7060	6922	6774
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	3577	3599	3625	3538	3490
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	3415	3465	3435	3384	3284
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	3,22	4,28	4,22	2,18	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	13153	12770	12704	12741	12852
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	6630	6451	6421	6452	6537
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	6523	6319	6283	6289	6315
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	2,34	-0,64	-1,15	-0,86	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	53630	52433	51406	50014	48739
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	27422	26826	26226	25553	24893
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	26208	25607	25180	24461	23846
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	10,04	7,58	5,47	2,62	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	48470	49257	50626	51934	53312
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	24465	24795	25428	25995	26679
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	24005	24462	25198	25939	26633
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-9,08	-7,61	-5,04	-2,58	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	26693	27269	27415	27534	27449
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	11996	12330	12509	12658	12642
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	14697	14939	14906	14876	14807
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-2,75	-0,66	-0,12	0,31	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	8271	8580	8922	9268	9619
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	2473	2613	2779	2935	3117
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	5798	5968	6143	6333	6501
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-14,01	-10,80	-7,24	-3,64	0
Geburten gesamt	1524	1438	1411	1478	1413
Geburten von Jungen	786	764	725	785	727
Geburten von Mädchen	738	674	686	693	686
Sterbefälle gesamt	1831	1861	1818	1818	1939
Sterbefälle von Männern	892	915	888	893	961
Sterbefälle von Frauen	939	946	930	925	978
natürlicher Saldo gesamt	-306	-422	-408	-341	-526

Landkreis Passau	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-105	-151	-165	-109	-235
natürlicher Saldo Frauen	-201	-271	-243	-232	-292
Zuzüge gesamt	5387	4856	5244	5055	5100
Zuzüge Männer	2838	2505	2603	2541	2614
Zuzüge Frauen	2549	2351	2641	2514	2486
Fortzüge gesamt	4958	5107	4858	5214	4950
Fortzüge Männer	2580	2690	2484	2624	2531
Fortzüge Frauen	2378	2417	2374	2590	2419
Wanderungssaldo gesamt	429	-251	386	-159	150
Wanderungssaldo Männer	258	-185	119	-83	83
Wanderungssaldo Frauen	171	-66	267	-76	67
Jugendquotient	0,3632	0,3589	0,3516	0,3442	0,3356
Altenquotient	0,3093	0,3194	0,3231	0,3275	0,3292
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1933	0,1898	0,1854	0,1810	0,1769
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1412	0,1448	0,1456	0,1466	0,1464
Anteil der über 80jährigen	0,0437	0,0455	0,0474	0,0493	0,0513
Medianalter	40,62	41,22	41,81	42,41	42,94
Durchschnittsalter	41,52	41,91	42,30	42,70	43,06
TFR (lfd. J.)	1,34	1,29	1,30	1,38	1,34
GFR (lfd. J.)	32,50	30,99	30,66	32,63	31,62
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,52	41,91	42,30	42,70	43,06
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,06	7,63	7,49	7,87	7,54
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	9,69	9,88	9,65	9,68	10,34
Fortzugsrate gesamt	0,0263	0,0271	0,0258	0,0278	0,0264
Fortzugsrate der Männer	0,0278	0,0290	0,0268	0,0284	0,0274
Fortzugsrate der Frauen	0,0247	0,0252	0,0248	0,0271	0,0254
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0631	0,0770	0,0689	0,0736	0,0681
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0570	0,0665	0,0575	0,0613	0,0607
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0692	0,0875	0,0803	0,0860	0,0755
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0470	0,0492	0,0477	0,0510	0,0496
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0513	0,0551	0,0529	0,0548	0,0533
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0428	0,0433	0,0425	0,0472	0,0459
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0092	0,0096	0,0102	0,0093	0,0107
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0078	0,0104	0,0097	0,0088	0,0101
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0105	0,0089	0,0107	0,0098	0,0113
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5083	0,5084	0,5086	0,5083	0,5080
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5506	0,5478	0,5437	0,5403	0,5394
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7011	0,6955	0,6885	0,6833	0,6759
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2057	0,2027	0,1996	0,1963	0,1927
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	32389	31287	30501	29513	29075
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	16643	16076	15599	14969	14744
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	15746	15211	14902	14544	14331
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	11,40	7,61	4,90	1,51	0

9.1.9 Landkreis Regen

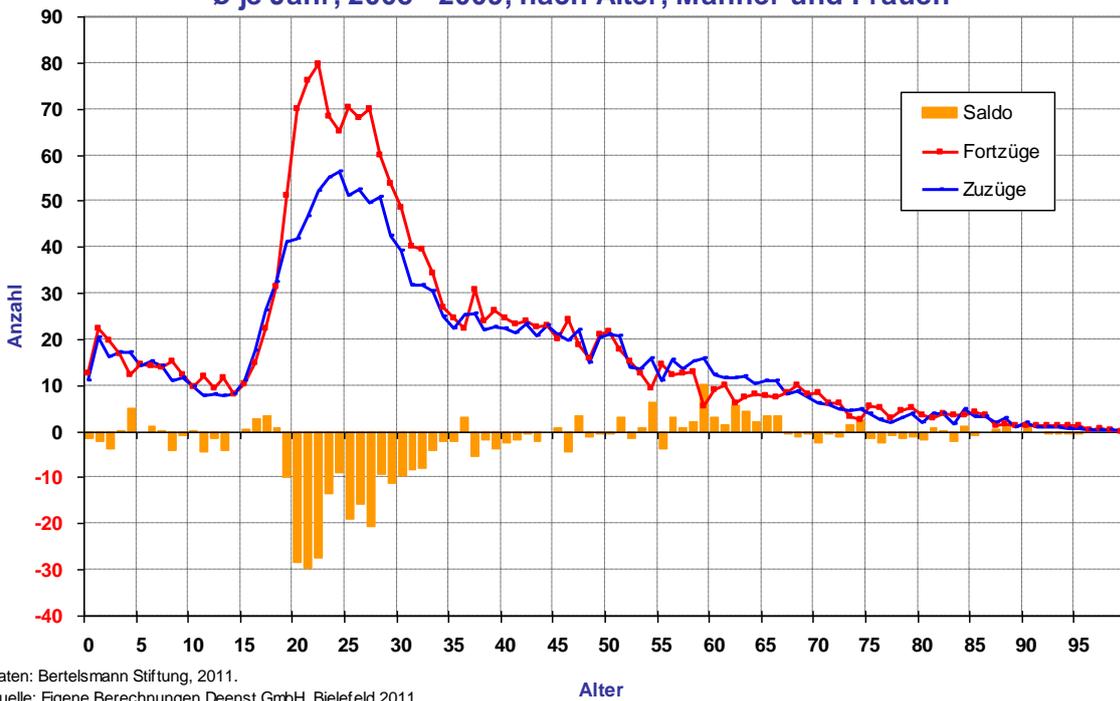


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Regen 2005 bis 2009

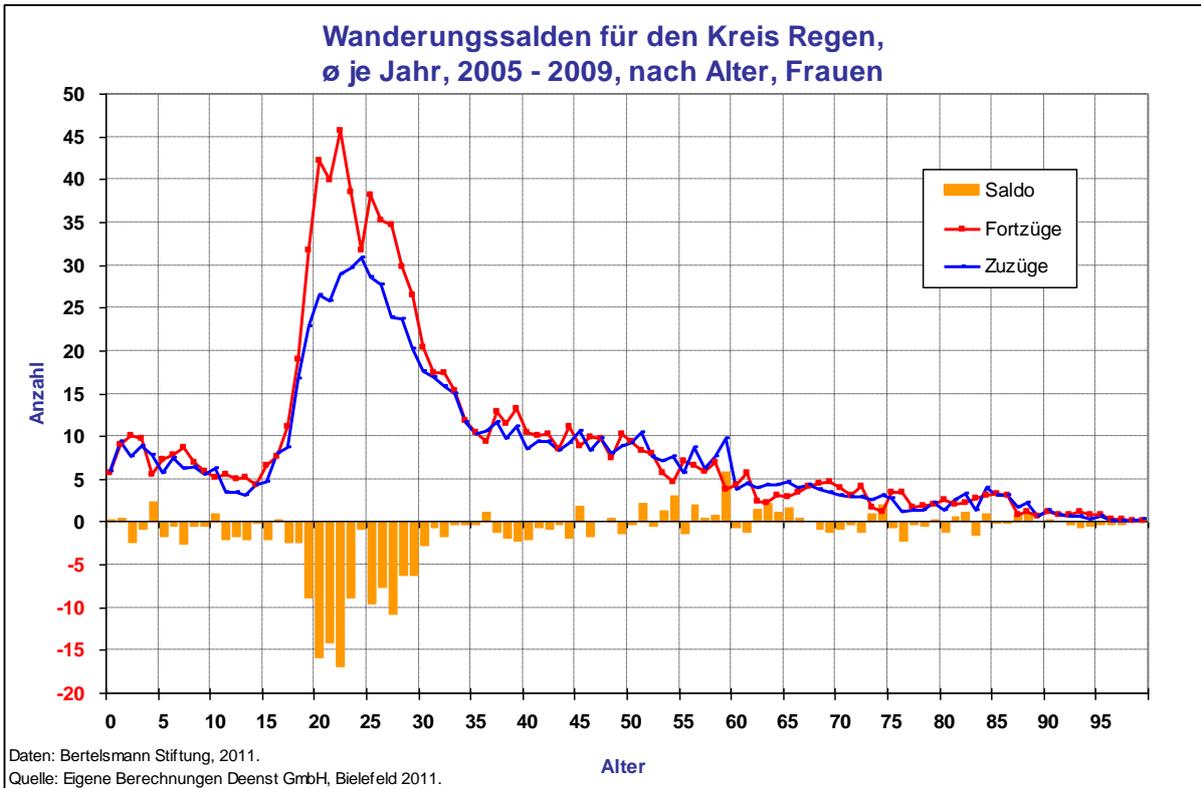
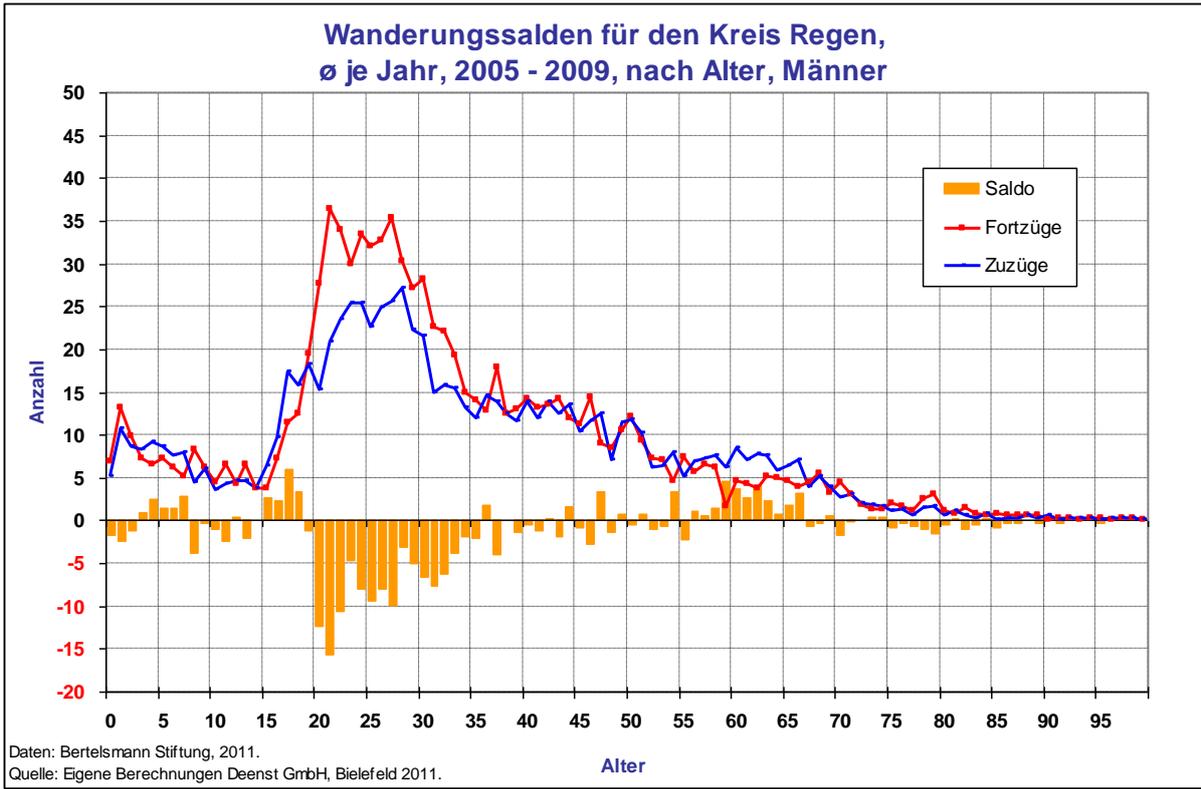


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Regen, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männern und Frauen



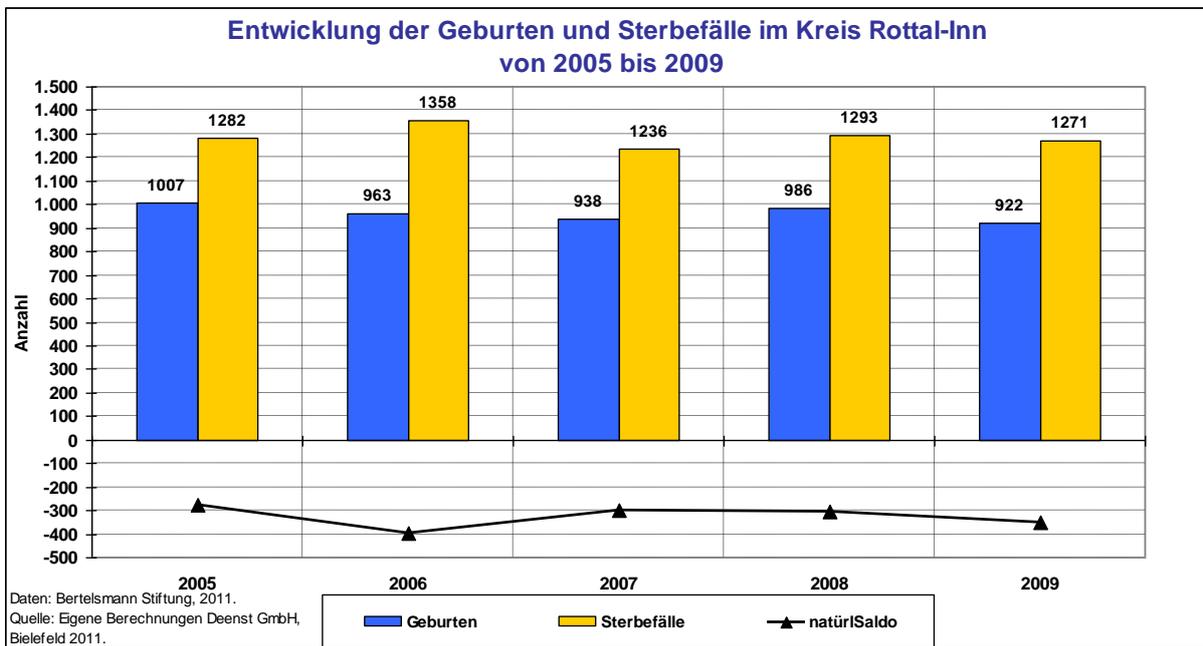
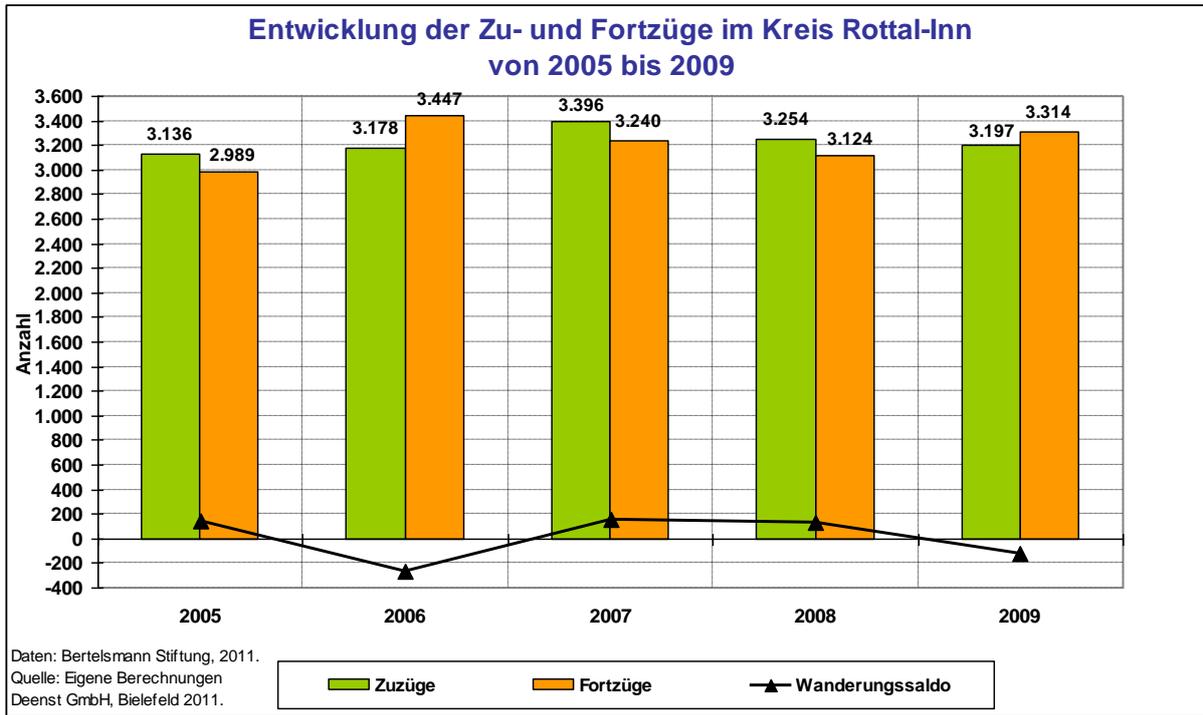
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



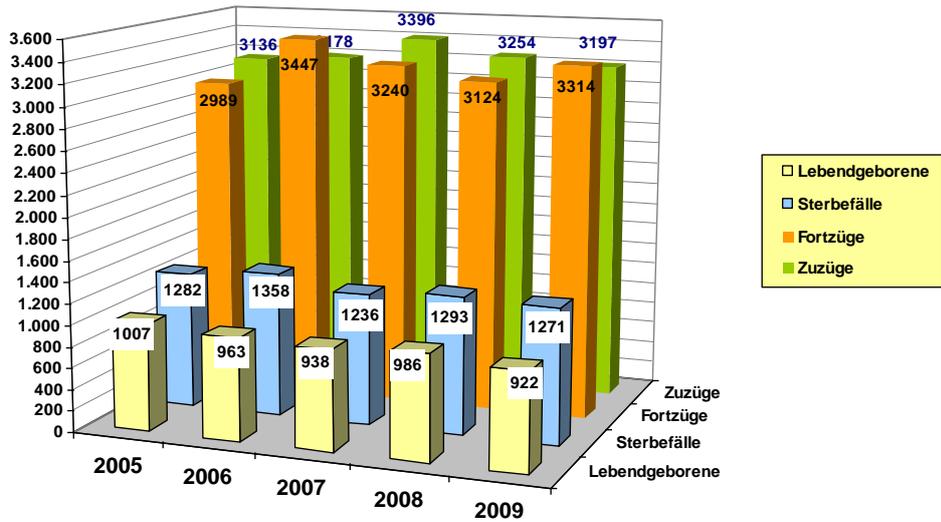
Landkreis Regen	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	81385	80716	80161	79700	79288
Bevölkerung männlich	40346	39991	39777	39612	39422
Bevölkerung weiblich	41039	40725	40384	40088	39866
Vergleich zu 2009 (in %)	2,64	1,80	1,10	0,52	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	2030	1902	1829	1741	1716
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1024	933	916	909	902
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1006	969	913	832	814
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	18,30	10,84	6,59	1,46	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	2273	2106	2010	2019	1922
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1161	1101	1051	1026	954
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1112	1005	959	993	968
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	18,26	9,57	4,58	5,05	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	3237	3251	3181	3026	2973
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	1676	1697	1643	1562	1540
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	1561	1554	1538	1464	1433
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	8,88	9,35	7,00	1,78	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	5547	5332	5117	5018	4855
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	2875	2745	2646	2592	2522
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	2672	2587	2471	2426	2333
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	14,25	9,82	5,40	3,36	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	3005	3011	3026	2941	2828
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	1589	1608	1593	1559	1475
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	1416	1403	1433	1382	1353
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	6,26	6,47	7,00	4,00	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	5702	5560	5537	5521	5657
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	2989	2908	2918	2951	3031
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	2713	2652	2619	2570	2626
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	0,80	-1,71	-2,12	-2,40	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	22758	22004	21344	20797	20239
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	11767	11339	11062	10800	10531
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	10991	10665	10282	9997	9708
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	12,45	8,72	5,46	2,76	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	21281	21772	22239	22727	23228
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	10933	11184	11410	11618	11855
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	10348	10588	10829	11109	11373
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-8,38	-6,27	-4,26	-2,16	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	12401	12456	12412	12237	11967
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	5443	5540	5530	5500	5392
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	6958	6916	6882	6737	6575
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	3,63	4,09	3,72	2,26	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3151	3322	3466	3673	3903
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	889	936	1008	1095	1220
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2262	2386	2458	2578	2683
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-19,27	-14,88	-11,19	-5,89	0
Geburten gesamt	681	573	589	589	535
Geburten von Jungen	333	284	307	326	267
Geburten von Mädchen	348	289	282	263	268
Sterbefälle gesamt	869	895	851	890	852
Sterbefälle von Männern	441	451	427	447	410
Sterbefälle von Frauen	428	444	424	443	442
natürlicher Saldo gesamt	-188	-323	-262	-300	-317

Landkreis Regen	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-108	-167	-120	-120	-143
natürlicher Saldo Frauen	-80	-156	-142	-181	-174
Zuzüge gesamt	1632	1686	1593	1657	1615
Zuzüge Männer	792	800	833	874	823
Zuzüge Frauen	840	886	760	783	792
Fortzüge gesamt	1821	2035	1884	1817	1707
Fortzüge Männer	890	989	928	920	867
Fortzüge Frauen	931	1046	956	897	840
Wanderungssaldo gesamt	-189	-349	-291	-160	-92
Wanderungssaldo Männer	-98	-189	-95	-46	-44
Wanderungssaldo Frauen	-91	-160	-196	-114	-48
Jugendquotient	0,3509	0,3440	0,3353	0,3266	0,3188
Altenquotient	0,3191	0,3265	0,3298	0,3309	0,3300
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1850	0,1809	0,1770	0,1720	0,1677
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1524	0,1543	0,1548	0,1535	0,1509
Anteil der über 80jährigen	0,0387	0,0412	0,0432	0,0461	0,0492
Medianalter	41,27	41,93	42,52	43,08	43,55
Durchschnittsalter	41,92	42,37	42,77	43,16	43,49
TFR (lfd. J.)	1,44	1,23	1,31	1,35	1,24
GFR (lfd. J.)	34,49	29,47	31,02	31,65	29,17
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,92	42,37	42,77	43,16	43,49
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,37	7,10	7,35	7,39	6,75
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	10,68	11,09	10,62	11,17	10,75
Fortzugsrate gesamt	0,0224	0,0252	0,0235	0,0228	0,0216
Fortzugsrate der Männer	0,0221	0,0247	0,0233	0,0232	0,0220
Fortzugsrate der Frauen	0,0227	0,0257	0,0237	0,0224	0,0211
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0615	0,0776	0,0723	0,0643	0,0623
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0474	0,0636	0,0613	0,0557	0,0486
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0756	0,0915	0,0833	0,0730	0,0759
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0378	0,0456	0,0418	0,0430	0,0372
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0376	0,0456	0,0419	0,0438	0,0383
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0379	0,0457	0,0417	0,0421	0,0360
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0073	0,0082	0,0080	0,0078	0,0101
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0069	0,0079	0,0080	0,0079	0,0109
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0076	0,0084	0,0079	0,0077	0,0093
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5043	0,5045	0,5038	0,5030	0,5028
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5611	0,5552	0,5545	0,5505	0,5494
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7178	0,7182	0,7091	0,7020	0,6875
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2006	0,1971	0,1930	0,1891	0,1857
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	13878	13338	12831	12432	12272
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	7266	6989	6742	6515	6442
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	6612	6349	6089	5917	5830
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	13,09	8,69	4,56	1,30	0

9.1.10 Landkreis Rottal-Inn

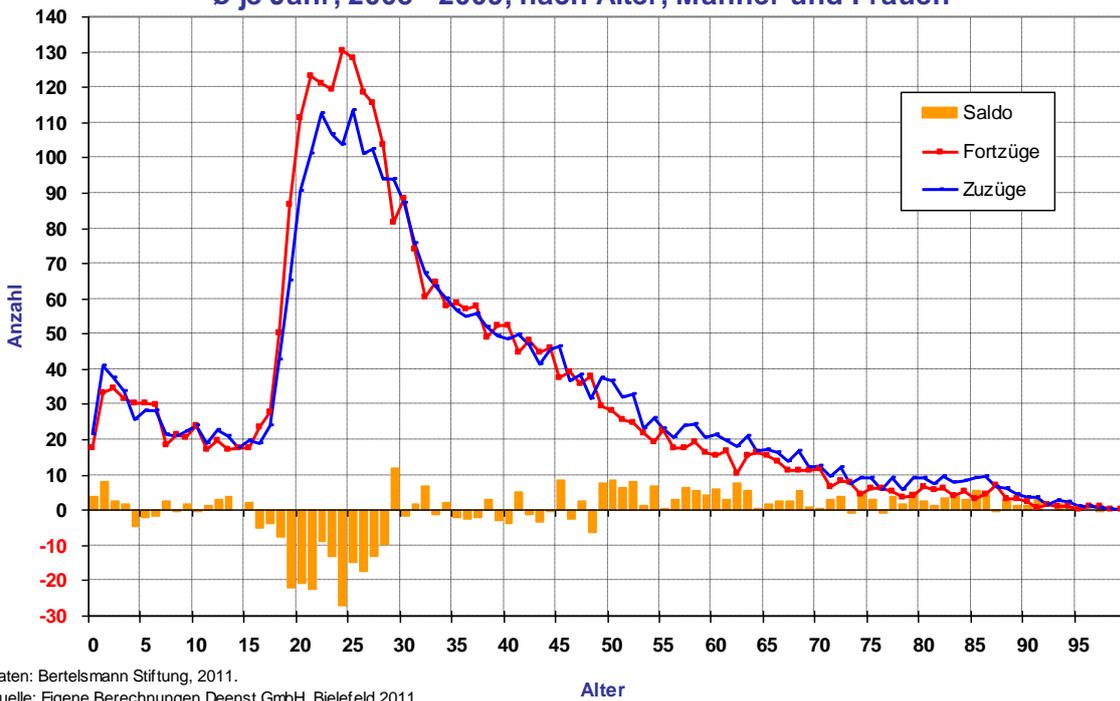


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Rottal-Inn 2005 bis 2009

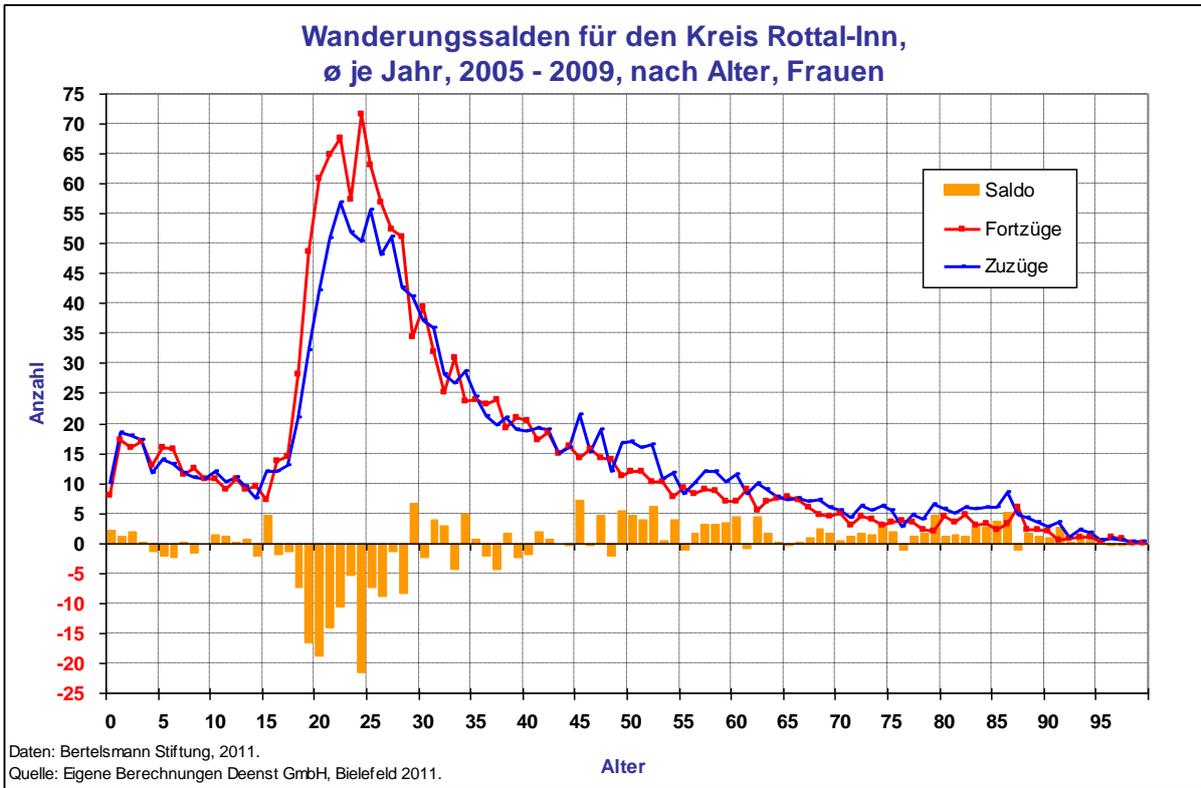
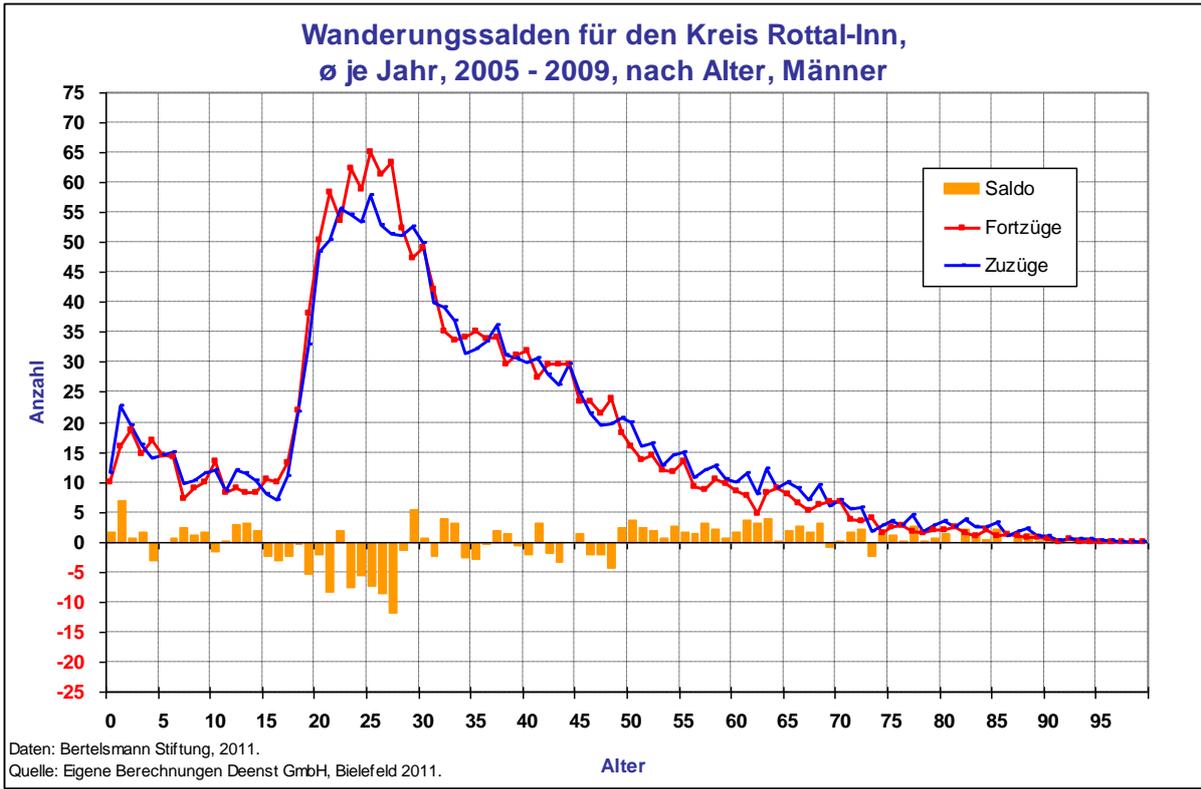


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Rottal-Inn, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



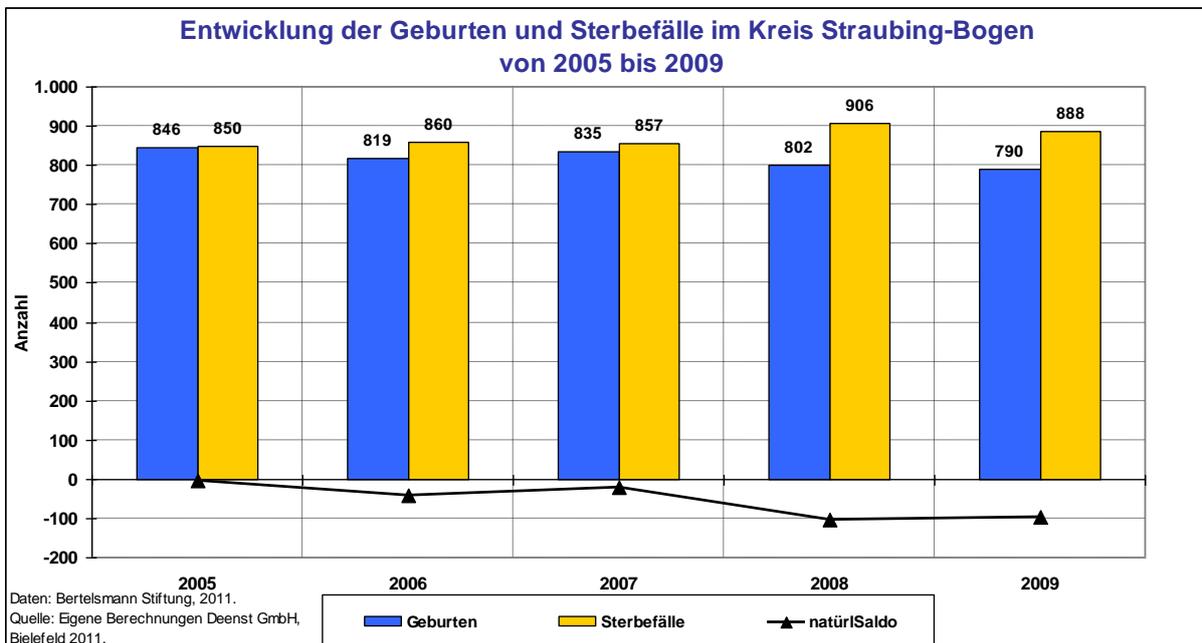
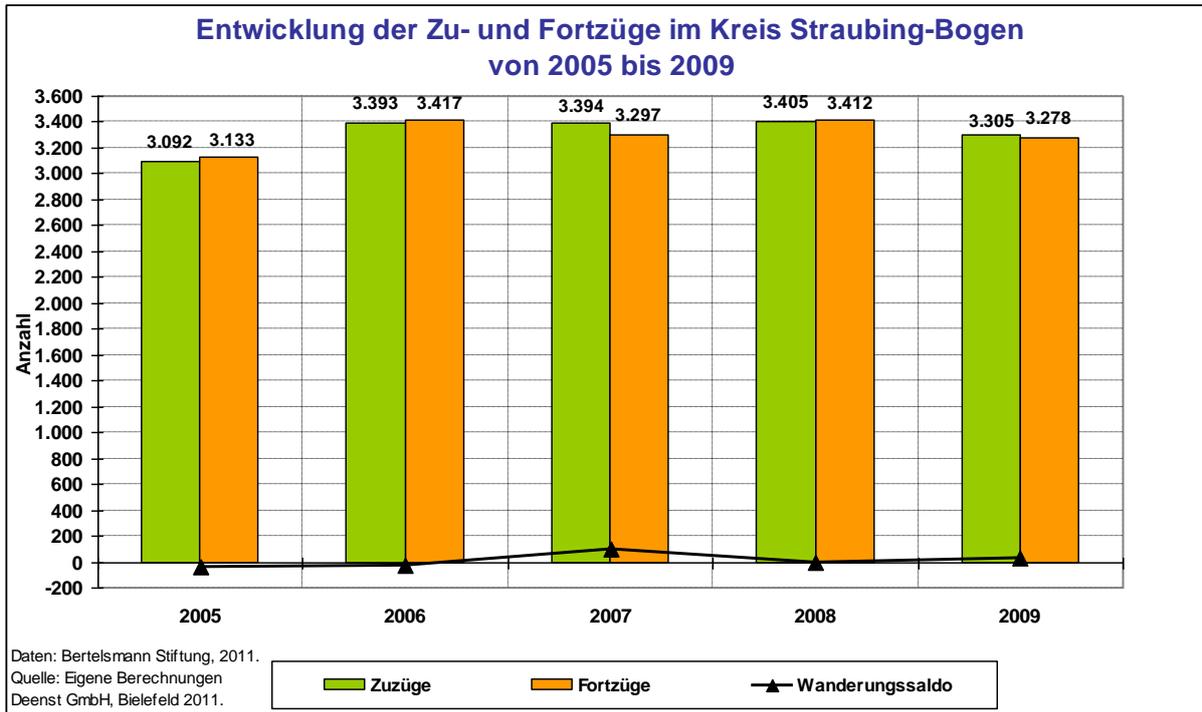
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



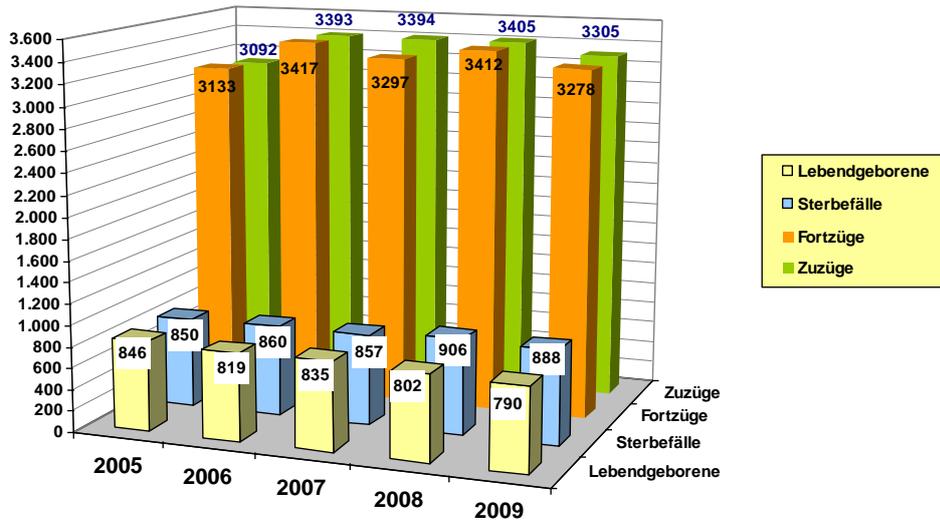
Landkreis Rottal-Inn	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	119530	118875	118728	118546	118072
Bevölkerung männlich	58835	58544	58520	58454	58265
Bevölkerung weiblich	60695	60331	60208	60092	59807
Vergleich zu 2009 (in %)	1,23	0,68	0,56	0,4	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	3176	3080	2951	2937	2911
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1610	1549	1502	1486	1512
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1566	1531	1449	1451	1399
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	9,10	5,81	1,37	0,89	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	3520	3333	3276	3185	3077
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1804	1691	1655	1620	1564
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1716	1642	1621	1565	1513
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	14,40	8,32	6,47	3,51	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	5424	5240	4961	4839	4573
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	2779	2714	2526	2471	2349
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	2645	2526	2435	2368	2224
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	18,61	14,59	8,48	5,82	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	8682	8589	8542	8347	8203
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	4504	4421	4418	4310	4224
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	4178	4168	4124	4037	3979
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	5,84	4,71	4,13	1,76	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	4276	4350	4394	4431	4418
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	2167	2244	2254	2284	2272
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	2109	2106	2140	2147	2146
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	-3,21	-1,54	-0,54	0,29	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	8172	7984	7993	8004	8113
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	4159	4070	4133	4163	4285
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	4013	3914	3860	3841	3828
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	0,73	-1,59	-1,48	-1,34	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	33131	32349	31719	30810	29924
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	16990	16600	16259	15754	15244
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	16141	15749	15460	15056	14680
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	10,72	8,10	6,00	2,96	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	29932	30352	31105	32076	32777
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	15144	15323	15728	16213	16509
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	14788	15029	15377	15863	16268
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-8,68	-7,40	-5,10	-2,14	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	17628	17883	17899	17808	17748
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	8066	8222	8227	8228	8270
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	9562	9661	9672	9580	9478
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-0,68	0,76	0,85	0,34	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	5589	5715	5888	6109	6328
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1612	1710	1818	1925	2036
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	3977	4005	4070	4184	4292
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-11,68	-9,68	-6,96	-3,46	0
Geburten gesamt	1007	963	938	986	922
Geburten von Jungen	510	466	490	493	496
Geburten von Mädchen	497	497	448	493	426
Sterbefälle gesamt	1282	1358	1236	1293	1271
Sterbefälle von Männern	605	627	593	620	630
Sterbefälle von Frauen	677	731	643	673	641
natürlicher Saldo gesamt	-275	-396	-297	-307	-349

Landkreis Rottal-Inn	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	-96	-161	-102	-128	-134
natürlicher Saldo Frauen	-179	-235	-195	-179	-215
Zuzüge gesamt	3136	3178	3396	3254	3197
Zuzüge Männer	1686	1637	1812	1708	1713
Zuzüge Frauen	1450	1541	1584	1546	1484
Fortzüge gesamt	2989	3447	3240	3124	3314
Fortzüge Männer	1551	1773	1729	1648	1766
Fortzüge Frauen	1438	1674	1511	1476	1548
Wanderungssaldo gesamt	147	-269	156	130	-117
Wanderungssaldo Männer	135	-136	83	60	-53
Wanderungssaldo Frauen	12	-133	73	70	-64
Jugendquotient	0,3791	0,3746	0,3679	0,3616	0,3552
Altenquotient	0,3324	0,3405	0,3427	0,3441	0,3471
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1983	0,1948	0,1912	0,1877	0,1839
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1475	0,1504	0,1508	0,1502	0,1503
Anteil der über 80jährigen	0,0468	0,0481	0,0496	0,0515	0,0536
Medianalter	40,81	41,35	41,84	42,32	42,85
Durchschnittsalter	41,69	42,03	42,34	42,65	43,00
TFR (lfd. J.)	1,43	1,41	1,40	1,48	1,40
GFR (lfd. J.)	34,64	33,49	32,97	35,07	33,26
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	41,69	42,03	42,34	42,65	43,00
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,42	8,10	7,90	8,32	7,81
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	10,73	11,42	10,41	10,91	10,76
Fortzugsrate gesamt	0,0251	0,0290	0,0273	0,0264	0,0281
Fortzugsrate der Männer	0,0264	0,0303	0,0295	0,0282	0,0303
Fortzugsrate der Frauen	0,0237	0,0277	0,0251	0,0246	0,0259
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0650	0,0896	0,0789	0,0802	0,0786
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0578	0,0799	0,0707	0,0717	0,0701
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0722	0,0993	0,0871	0,0886	0,0871
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0476	0,0524	0,0519	0,0498	0,0561
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0524	0,0557	0,0569	0,0537	0,0626
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0427	0,0491	0,0469	0,0459	0,0496
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0064	0,0084	0,0090	0,0073	0,0079
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0057	0,0090	0,0095	0,0070	0,0078
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0070	0,0077	0,0084	0,0075	0,0080
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5078	0,5075	0,5071	0,5069	0,5065
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5424	0,5402	0,5404	0,5380	0,5340
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7115	0,7008	0,6913	0,6849	0,6783
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2010	0,1976	0,1951	0,1925	0,1885
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	19917	19227	18680	18309	18009
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	10176	9809	9562	9384	9200
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	9741	9418	9118	8925	8809
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	10,59	6,76	3,73	1,67	0

9.1.11 Landkreis Straubing-Bogen

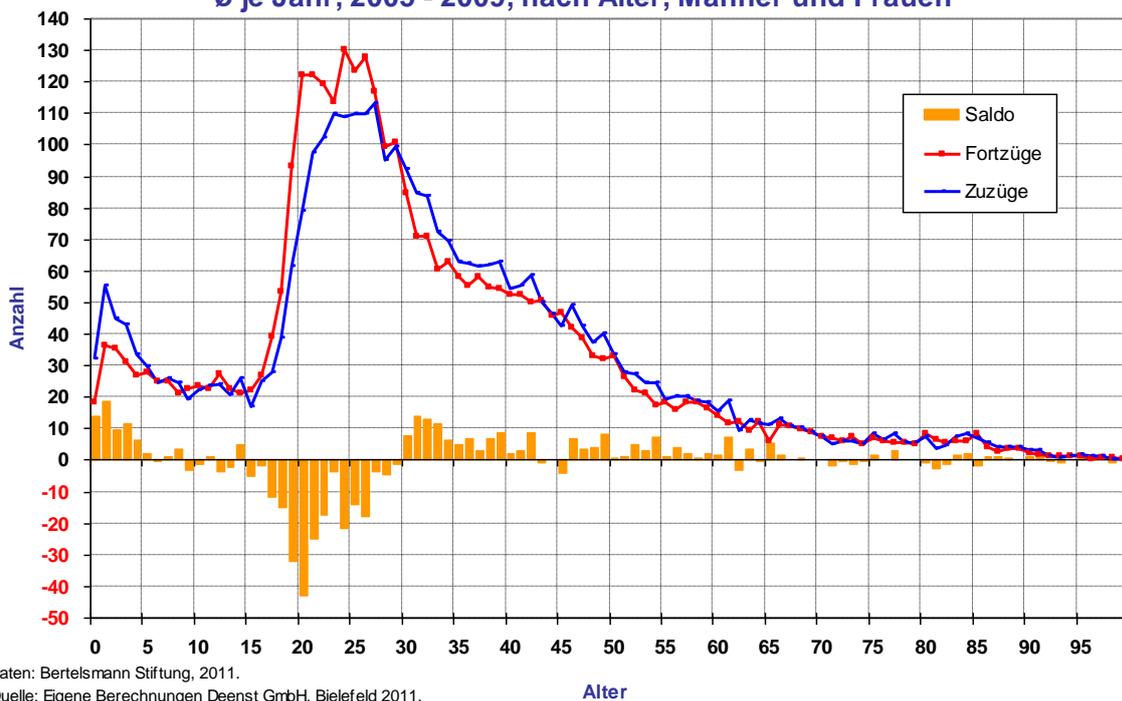


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Straubing-Bogen 2005 bis 2009



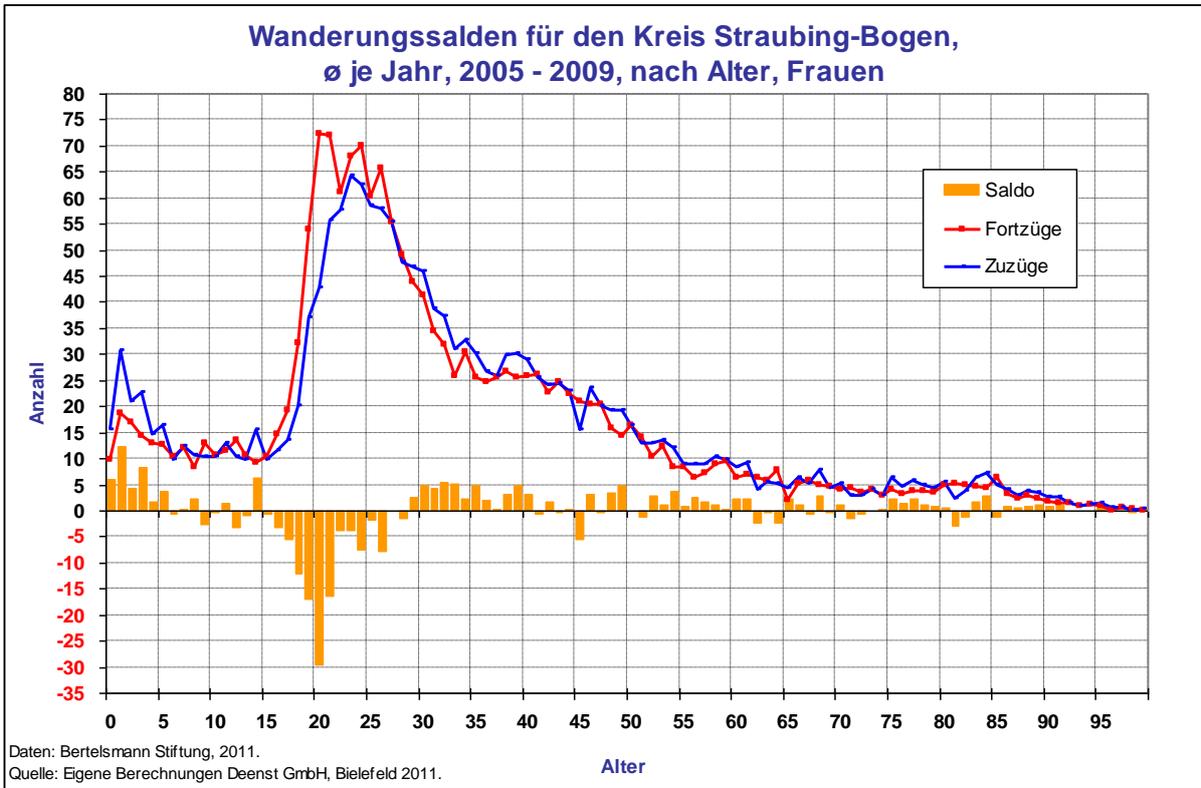
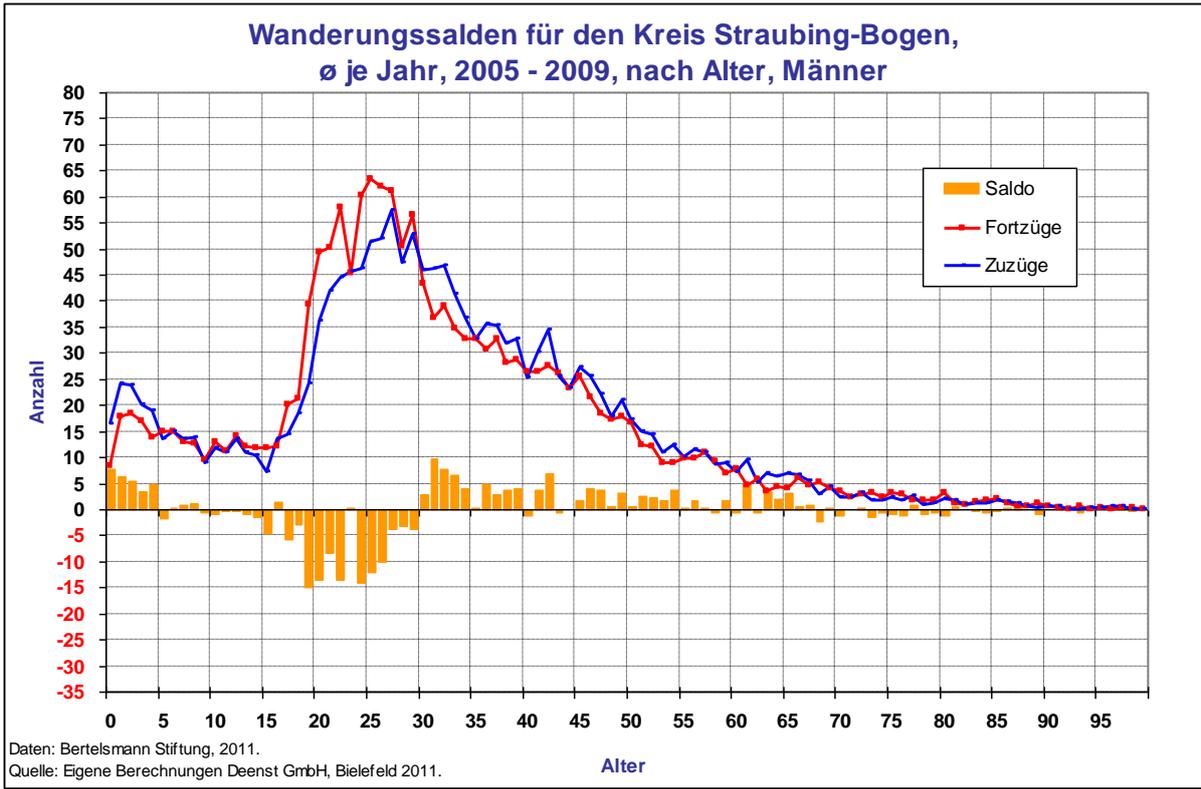
Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Straubing-Bogen, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.

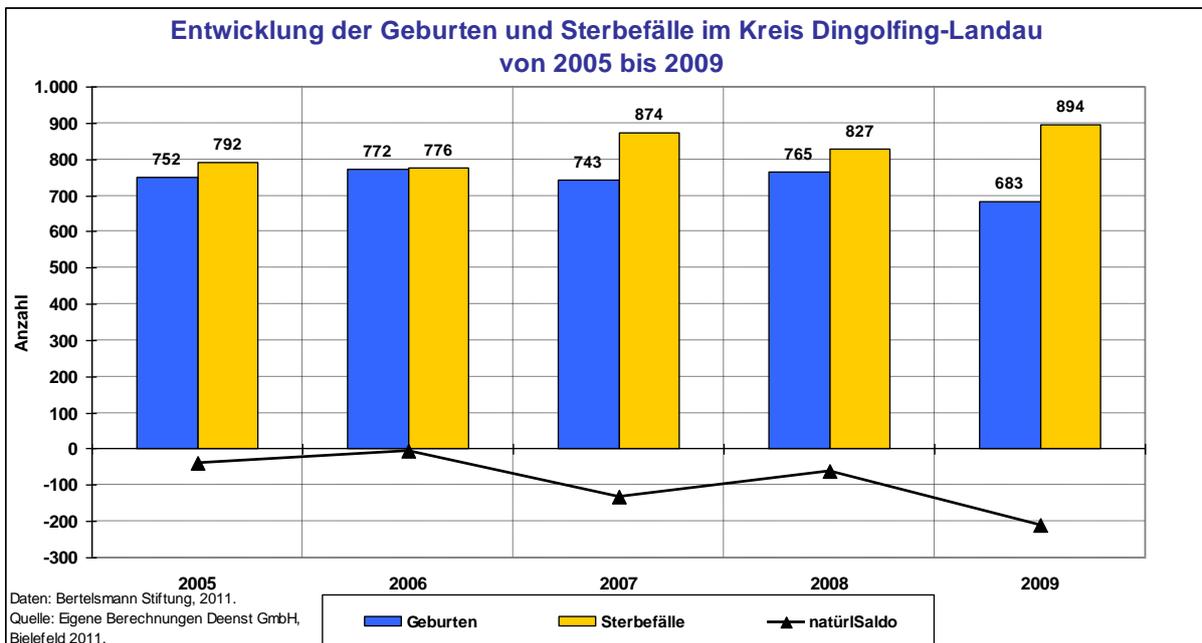
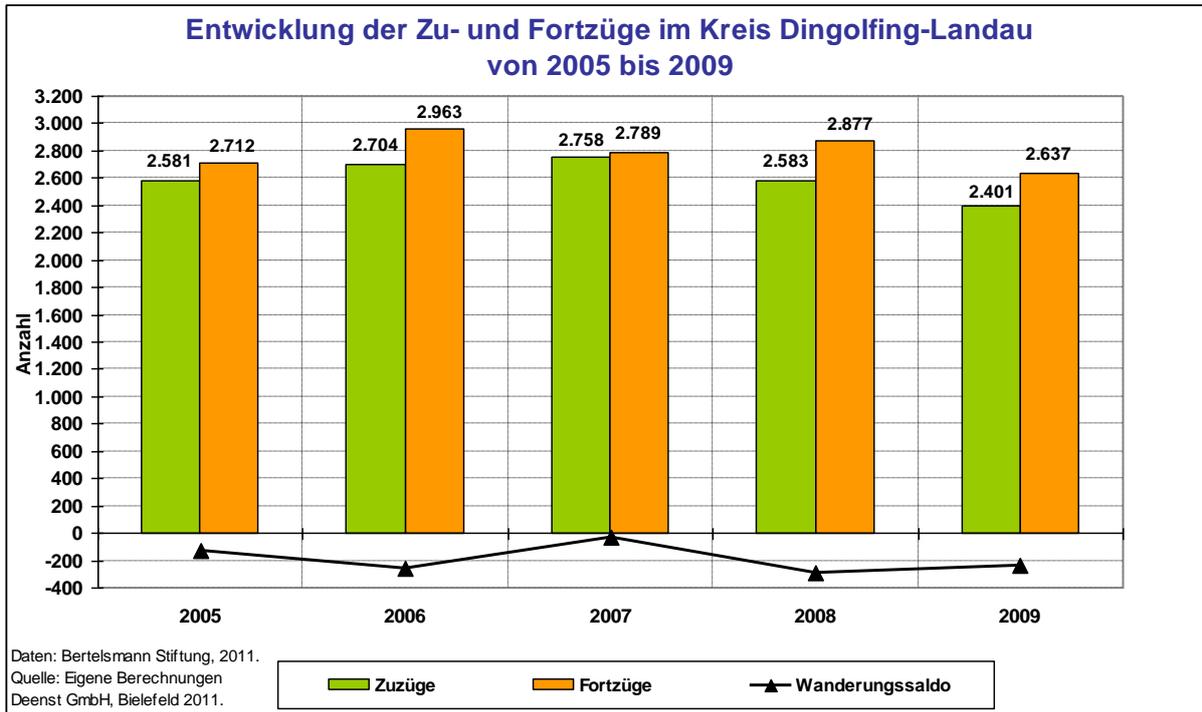
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



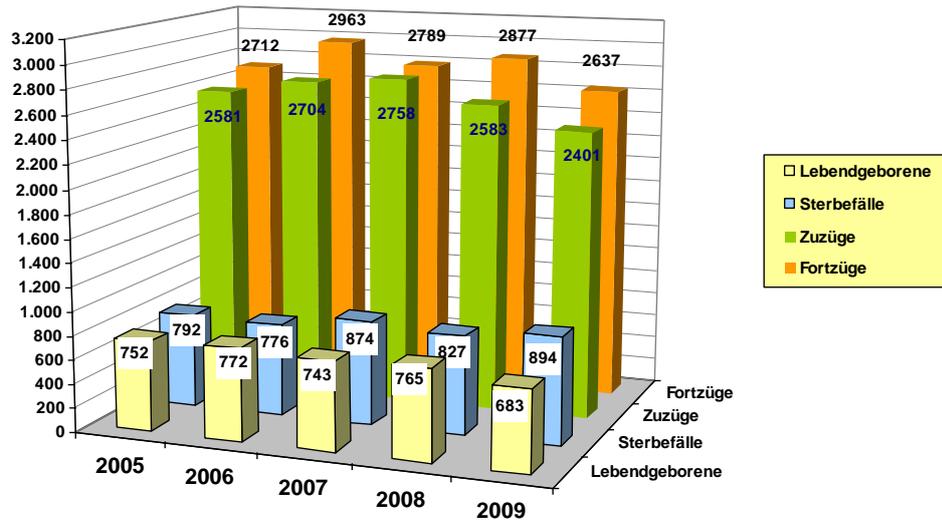
Landkreis Straubing-Bogen	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	97753	97687	97758	97647	97572
Bevölkerung männlich	48452	48494	48595	48556	48516
Bevölkerung weiblich	49301	49193	49163	49091	49056
Vergleich zu 2009 (in %)	0,19	0,12	0,19	0,08	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	2699	2636	2594	2519	2483
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1386	1326	1293	1261	1233
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1313	1310	1301	1258	1250
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	8,70	6,16	4,47	1,45	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	3151	3038	2900	2827	2675
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1691	1666	1541	1430	1343
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1460	1372	1359	1397	1332
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	17,79	13,57	8,41	5,68	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	4557	4602	4415	4261	4148
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	2333	2374	2301	2268	2228
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	2224	2228	2114	1993	1920
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	9,86	10,95	6,44	2,72	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	7327	7068	6997	6901	6790
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	3753	3624	3554	3503	3444
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	3574	3444	3443	3398	3346
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	7,91	4,09	3,05	1,63	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	3698	3817	3829	3853	3703
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	1948	1987	2002	2005	1947
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	1750	1830	1827	1848	1756
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	-0,14	3,08	3,40	4,05	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	6614	6555	6599	6580	6784
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	3423	3433	3459	3473	3537
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	3191	3122	3140	3107	3247
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	-2,51	-3,38	-2,73	-3,01	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	28571	27907	27284	26621	25893
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	14444	14088	13842	13495	13107
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	14127	13819	13442	13126	12786
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	10,34	7,78	5,37	2,81	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	24514	25076	26037	26878	27792
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	12516	12817	13323	13732	14198
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	11998	12259	12714	13146	13594
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-11,79	-9,77	-6,31	-3,29	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	12963	13217	13199	13182	13083
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	5902	6070	6106	6126	6105
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	7061	7147	7093	7056	6978
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-0,92	1,02	0,89	0,76	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3659	3771	3904	4025	4221
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1056	1109	1174	1263	1374
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2603	2662	2730	2762	2847
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-13,31	-10,65	-7,51	-4,63	0
Geburten gesamt	846	819	835	802	790
Geburten von Jungen	419	437	399	398	408
Geburten von Mädchen	427	382	436	404	382
Sterbefälle gesamt	850	860	857	906	888
Sterbefälle von Männern	415	409	391	412	425
Sterbefälle von Frauen	435	451	466	494	463
natürlicher Saldo gesamt	-5	-40	-22	-104	-96

Landkreis Straubing-Bogen	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	4	28	8	-14	-16
natürlicher Saldo Frauen	-9	-68	-30	-90	-80
Zuzüge gesamt	3092	3393	3394	3405	3305
Zuzüge Männer	1503	1650	1698	1690	1603
Zuzüge Frauen	1589	1743	1696	1715	1702
Fortzüge gesamt	3133	3417	3297	3412	3278
Fortzüge Männer	1568	1635	1601	1713	1622
Fortzüge Frauen	1565	1782	1696	1699	1656
Wanderungssaldo gesamt	-41	-24	97	-7	27
Wanderungssaldo Männer	-65	15	97	-23	-19
Wanderungssaldo Frauen	24	-39	0	16	46
Jugendquotient	0,3867	0,3831	0,3736	0,3651	0,3569
Altenquotient	0,2841	0,2912	0,2913	0,2920	0,2925
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2068	0,2039	0,2000	0,1948	0,1900
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1326	0,1353	0,1350	0,1350	0,1341
Anteil der über 80jährigen	0,0374	0,0386	0,0399	0,0412	0,0433
Medianalter	39,63	40,21	40,78	41,33	41,91
Durchschnittsalter	40,44	40,78	41,14	41,48	41,87
TFR (lfd. J.)	1,40	1,40	1,47	1,42	1,44
GFR (lfd. J.)	34,10	33,48	34,48	33,39	33,42
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	40,44	40,78	41,14	41,48	41,87
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,65	8,38	8,54	8,21	8,10
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	8,70	8,80	8,77	9,28	9,10
Fortzugsrate gesamt	0,0320	0,0350	0,0337	0,0349	0,0336
Fortzugsrate der Männer	0,0324	0,0337	0,0329	0,0353	0,0334
Fortzugsrate der Frauen	0,0317	0,0362	0,0345	0,0346	0,0338
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0899	0,1017	0,0976	0,1023	0,0913
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0738	0,0805	0,0782	0,0850	0,0747
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,1059	0,1229	0,1169	0,1195	0,1078
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0535	0,0649	0,0622	0,0656	0,0652
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0565	0,0662	0,0633	0,0710	0,0704
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0505	0,0636	0,0611	0,0601	0,0600
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0087	0,0101	0,0113	0,0109	0,0095
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0072	0,0093	0,0094	0,0100	0,0090
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0102	0,0108	0,0131	0,0117	0,0100
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5043	0,5036	0,5029	0,5027	0,5028
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5447	0,5407	0,5374	0,5353	0,5334
Frauenanteil der über 80jährigen	0,7113	0,7059	0,6994	0,6861	0,6746
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2104	0,2064	0,2035	0,2002	0,1969
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	16681	16014	15607	15136	14884
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	8319	8011	7817	7605	7479
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	8362	8003	7790	7531	7405
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	12,07	7,59	4,86	1,69	0

9.1.12 Landkreis Dingolfing-Landau

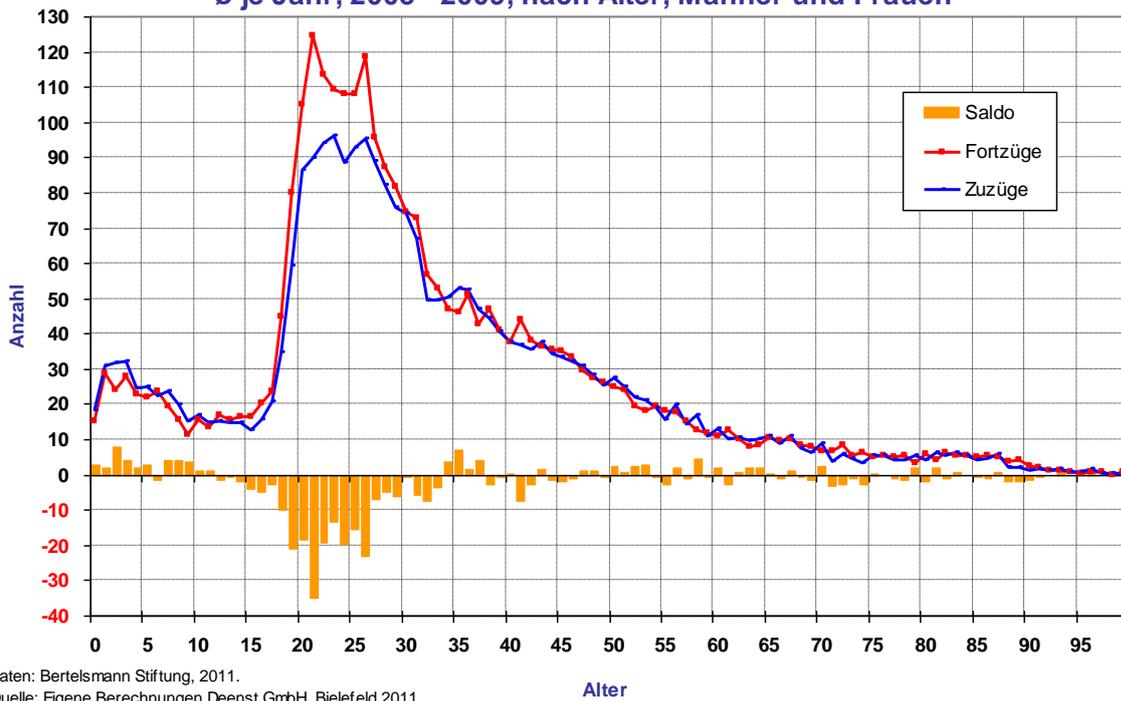


Bevölkerungsveränderungen im Kreis Dingolfing-Landau 2005 bis 2009

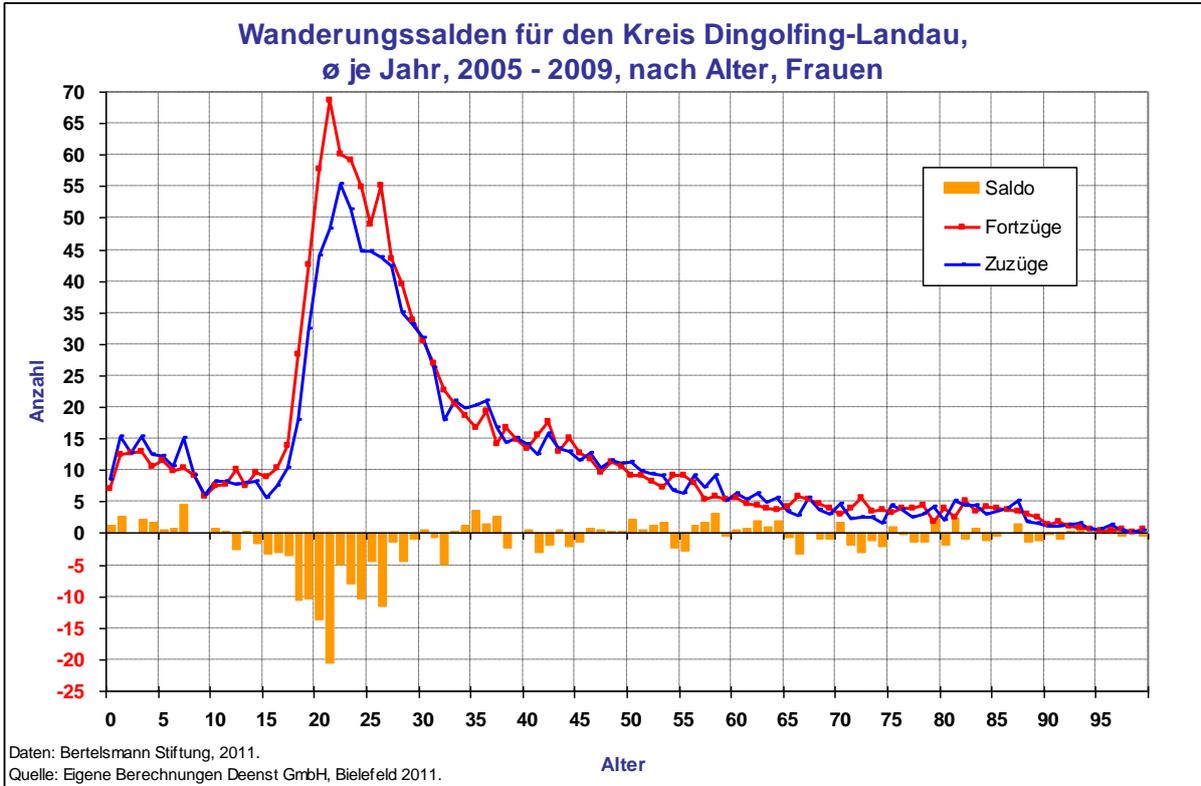
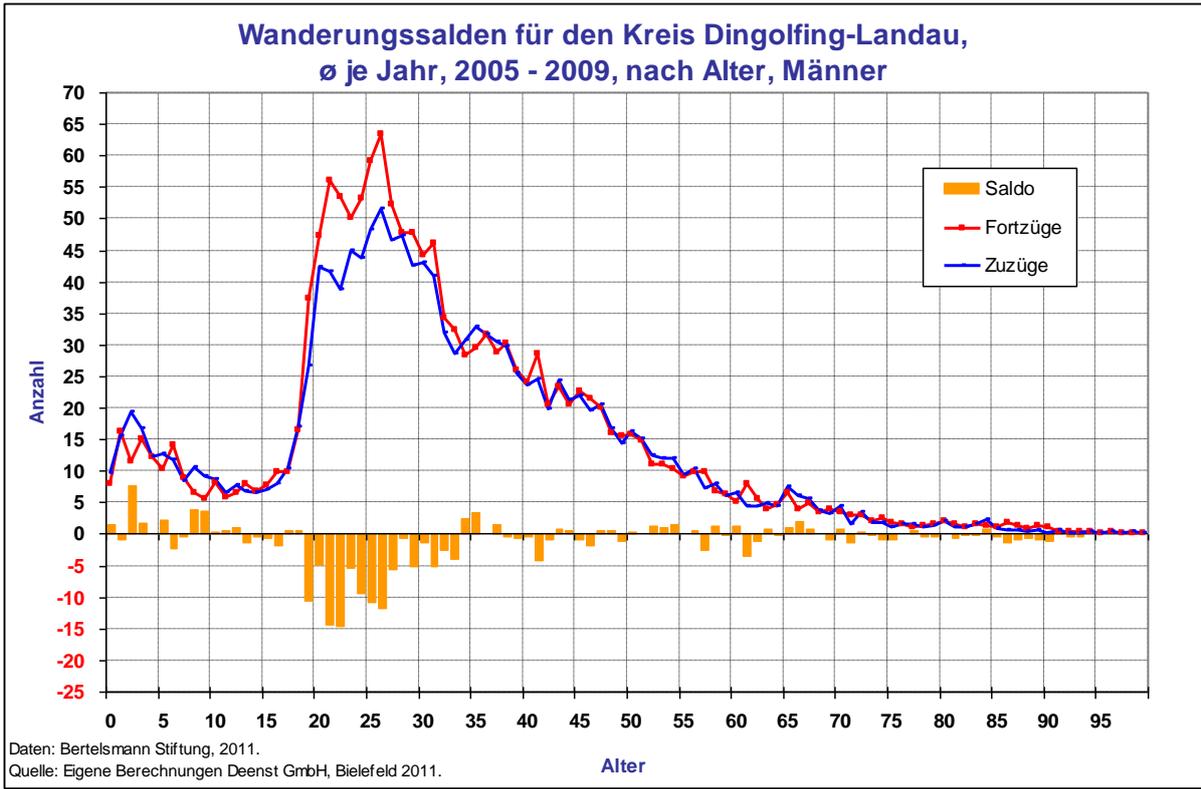


Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011. Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.

Wanderungssalden für den Kreis Dingolfing-Landau, ø je Jahr, 2005 - 2009, nach Alter, Männer und Frauen



Daten: Bertelsmann Stiftung, 2011.
Quelle: Eigene Berechnungen Deenst GmbH, Bielefeld 2011.



Landkreis Dingolfing-Landau	2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtbevölkerung	91873	91609	91441	91072	90623
Bevölkerung männlich	45866	45807	45749	45618	45384
Bevölkerung weiblich	46006	45802	45692	45454	45239
Vergleich zu 2009 (in %)	1,38	1,09	0,90	0,49	0
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen gesamt	2431	2342	2296	2296	2198
Bevölkerung der 0-bis 2jährigen Jungen	1257	1220	1189	1195	1121
Bevölkerung der 0- bis 2jährigen Mädchen	1174	1122	1107	1101	1077
Vergleich zu 2009 bei den 0- bis 2jährigen (in %)	10,60	6,55	4,46	4,46	0
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen gesamt	2769	2642	2584	2478	2373
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Jungen	1399	1330	1330	1277	1237
Bevölkerung der 3- bis 5jährigen Mädchen	1370	1312	1254	1201	1136
Vergleich zu 2009 bei den 3- bis 5jährigen (in %)	16,69	11,34	8,89	4,42	0
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen gesamt	4044	3971	3863	3773	3676
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Jungen	2108	2068	1994	1922	1848
Bevölkerung der 6- bis 9jährigen Mädchen	1936	1903	1869	1851	1828
Vergleich zu 2009 bei den 6- bis 9jährigen (in %)	10,01	8,03	5,09	2,64	0
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen gesamt	6808	6655	6417	6283	6101
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Jungen	3498	3426	3320	3280	3210
Bevölkerung der 10- bis 15jährigen Mädchen	3310	3229	3097	3003	2891
Vergleich zu 2009 bei den 10- bis 15jährigen (in %)	11,59	9,08	5,18	2,98	0
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen gesamt	3502	3516	3601	3544	3470
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Männer	1870	1864	1874	1823	1786
Bevölkerung der 16- bis 18jährigen Frauen	1632	1652	1727	1721	1684
Vergleich zu 2009 bei den 16- bis 18jährigen (in %)	0,92	1,33	3,78	2,13	0
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen gesamt	6671	6518	6541	6435	6467
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Männer	3437	3366	3441	3414	3469
Bevölkerung der 19- bis 24jährigen Frauen	3234	3152	3100	3021	2998
Vergleich zu 2009 bei den 19- bis 24jährigen (in %)	3,15	0,79	1,14	-0,49	0
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen gesamt	26475	25833	25159	24446	23821
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Männer	13582	13273	12894	12550	12187
Bevölkerung der 25- bis 44jährigen Frauen	12893	12560	12265	11896	11634
Vergleich zu 2009 bei den 25- bis 44jährigen (in %)	11,14	8,45	5,62	2,62	0
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen gesamt	23169	23712	24459	25192	25885
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Männer	11876	12138	12518	12881	13186
Bevölkerung der 45- bis 64jährigen Frauen	11293	11574	11941	12311	12699
Vergleich zu 2009 bei den 45- bis 64jährigen (in %)	-10,49	-8,39	-5,51	-2,68	0
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen gesamt	12560	12826	12818	12768	12621
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Männer	5786	5981	5954	5979	5968
Bevölkerung der 65- bis 79jährigen Frauen	6774	6845	6864	6789	6653
Vergleich zu 2009 bei den 65- bis 79jährigen (in %)	-0,48	1,62	1,56	1,16	0
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen gesamt	3444	3594	3703	3857	4011
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Männer	1053	1141	1235	1297	1372
Bevölkerung der 80- bis 109jährigen Frauen	2390	2453	2468	2560	2639
Vergleich zu 2009 bei den 80- bis 109jährigen (in %)	-14,15	-10,41	-7,69	-3,85	0
Geburten gesamt	752	772	743	765	683
Geburten von Jungen	388	415	378	395	335
Geburten von Mädchen	364	357	365	370	348
Sterbefälle gesamt	792	776	874	827	894
Sterbefälle von Männern	375	359	429	407	427
Sterbefälle von Frauen	417	417	445	420	467
natürlicher Saldo gesamt	-40	-4	-131	-61	-212

Landkreis Dingolfing-Landau	2005	2006	2007	2008	2009
natürlicher Saldo Männer	13	56	-51	-11	-93
natürlicher Saldo Frauen	-53	-60	-80	-50	-119
Zuzüge gesamt	2581	2704	2758	2583	2401
Zuzüge Männer	1353	1459	1497	1401	1295
Zuzüge Frauen	1228	1245	1261	1182	1106
Fortzüge gesamt	2712	2963	2789	2877	2637
Fortzüge Männer	1442	1574	1497	1514	1434
Fortzüge Frauen	1270	1389	1292	1363	1203
Wanderungssaldo gesamt	-131	-259	-31	-294	-236
Wanderungssaldo Männer	-89	-115	0	-113	-139
Wanderungssaldo Frauen	-42	-144	-31	-181	-97
Jugendquotient	0,3752	0,3690	0,3613	0,3557	0,3449
Altenquotient	0,2901	0,2990	0,3002	0,3027	0,3023
Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2000	0,1965	0,1923	0,1888	0,1833
Anteil der 60- bis 79jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,1367	0,1400	0,1402	0,1402	0,1393
Anteil der über 80jährigen	0,0375	0,0392	0,0405	0,0423	0,0443
Medianalter	39,94	40,57	41,10	41,62	42,14
Durchschnittsalter	40,67	41,10	41,45	41,79	42,16
TFR (lfd. J.)	1,36	1,40	1,39	1,44	1,32
GFR (lfd. J.)	32,37	33,70	32,84	34,49	31,27
Durchschnittsalter der Frauen bei Geburt	40,67	41,10	41,45	41,79	42,16
Anzahl der Geburten je 1000 Einwohner	8,19	8,43	8,13	8,40	7,54
Anzahl der Sterbefälle je 1000 Einwohner	8,62	8,47	9,56	9,08	9,87
Fortzugsrate gesamt	0,0295	0,0324	0,0305	0,0316	0,0291
Fortzugsrate der Männer	0,0314	0,0344	0,0327	0,0332	0,0316
Fortzugsrate der Frauen	0,0276	0,0303	0,0283	0,0300	0,0266
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen gesamt	0,0779	0,0997	0,0915	0,0956	0,0834
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Männer	0,0692	0,0860	0,0746	0,0865	0,0715
Fortzugsrate der 18- bis 24jährigen Frauen	0,0866	0,1134	0,1083	0,1046	0,0952
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen gesamt	0,0534	0,0574	0,0573	0,0575	0,0556
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Männer	0,0619	0,0645	0,0674	0,0640	0,0667
Fortzugsrate der 25- bis 40jährigen Frauen	0,0449	0,0503	0,0472	0,0509	0,0445
Fortzugsrate der über 65jährigen gesamt	0,0101	0,0100	0,0091	0,0102	0,0105
Fortzugsrate der über 65jährigen Männer	0,0080	0,0081	0,0087	0,0079	0,0103
Fortzugsrate der über 65jährigen Frauen	0,0122	0,0118	0,0095	0,0124	0,0107
Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung	0,5008	0,5000	0,4997	0,4991	0,4992
Frauenanteil der 65- bis 79jährigen	0,5393	0,5337	0,5355	0,5317	0,5271
Frauenanteil der über 80jährigen	0,6942	0,6826	0,6665	0,6637	0,6580
Frauenanteil der 15- bis 45jährigen an der Gesamtbevölkerung	0,2086	0,2049	0,2018	0,1983	0,1942
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen gesamt	15892	15351	14981	14597	14473
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Männer	8206	7915	7665	7492	7417
Bevölkerung der 23- bis 36jährigen Frauen	7686	7436	7316	7105	7056
Vergleich zu 2009 bei den 23- bis 36jährigen (in %)	9,80	6,07	3,51	0,86	0

9.2 Daten zu den Schulabschlüssen in den einzelnen Kreisen

	Landshut 2009	Landshut 2008	Landshut 2007	Landshut 2006	Landshut 2005	Landshut 2004
Bevölkerungszahl	62.735	62.606	62.629	61.923	61.368	60.545
Demographietyp	Typ 1					
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	0,4	0,9	1,0	1,0	1,9	0,9
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	1,1	1,5	2,1	2,7	1,5	2,9
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	10,8	11,2	12,5	12,5	15,1	13,8
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	39,3	40,2	42,3	44,1	40,1	40
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	48,4	46,1	42,1	39,7	41,4	42,4
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufs. Schulen (%)	5,5	5,2	5,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	57,1	31,2	20	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	5,0	28,6	24,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	26,4	25,1	15,6	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	4,0	2,9	4,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,7	1,1	2,7	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen. Bertelsmann Stiftung						

	Passau 2009	Passau 2008	Passau 2007	Passau 2006	Passau 2005	Passau 2004
Bevölkerungszahl	50.627	50.717	50.741	50.644	50.651	50.537
Demographietyp	Typ 1					
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	1,2	1,8	1,4	1,1	1,7	1,4
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	2,1	2,9	2,2	3,9	3,3	2,7
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	10,0	11,9	10	13,2	13,6	15,7
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	40,3	42,6	43,6	43,3	44,8	44,3
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	46,5	40,8	42,8	38,5	36,6	35,9
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	3,4	2,7	2,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	6,2	k.A.	10,0	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	14,3	9,8	6,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	7,4	2,9	3,6	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	4,6	2,6	3,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,0	2,4	1,8	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Straubing 2009	Straubing 2008	Straubing 2007	Straubing 2006	Straubing 2005	Straubing 2004
Bevölkerungszahl	44.493	44.496	44.625	44.504	44.633	44.683
Demographietyp	Typ 1					
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	1,9	0,7	0,6	1,1	0,6	0,9
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	3,4	6,2	3,7	5,4	5,5	4,8
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	14,6	14,1	16,7	17,3	18,2	19,8
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	35,3	38,9	36,4	33,5	37,4	38,5
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	44,8	40,0	42,7	42,7	38,4	36,0
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	3,8	3,7	3,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	10,7	k.A.	12,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	8,0	6,7	8	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	8,8	9,4	7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,4	3,4	2,6	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	2,0	1,6	2,2	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Deggendorf, Landkreis 2009	Deggendorf, Landkreis 2008	Deggendorf, Landkreis 2007	Deggendorf, Landkreis 2006	Deggendorf, Landkreis 2005	Deggendorf, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	116.851	117.273	117.594	117.517	117.492	117.284
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	1,4	1,2	1,1	1,8	1,8	2,3
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	2,5	3,7	2,6	3,2	3,0	3,6
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	29,4	33,3	31,6	33,8	32,4	34,7
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	37,6	36,2	36,5	34,6	35,7	32,5
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - gesamt (%)	29,1	25,5	28,1	26,5	27,1	26,9
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	3,3	3,6	3,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	14,3	4,2	8,3	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	13,7	16	10,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	4,7	6,6	5,3	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	2,2	1,5	2,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,9	0,8	1,3	k.A.	k.A.	k.A.

k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!

Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Kelheim, Landkreis 2009	Kelheim, Landkreis 2008	Kelheim, Landkreis 2007	Kelheim, Landkreis 2006	Kelheim, Landkreis 2005	Kelheim, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	113.071	113.120	113.088	112.927	113.237	112.939
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	2,1	1,4	3,2	2,6	0,9	2,7
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	3,5	2,7	3,4	2,5	4,7	6,1
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	31,4	31,3	35,1	38,6	39,8	38,8
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	37,6	41,8	34,7	37,4	35,1	36,6
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	25,4	22,8	23,6	19	19,5	15,7
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	7,0	4,7	6,0	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	17,6	13,6	13,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	23,2	14,3	20,0	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	12,4	9,4	9,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,8	1,8	2,2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,7	2,0	2,9	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Regen, Landkreis 2009	Regen, Landkreis 2008	Regen, Landkreis 2007	Regen, Landkreis 2006	Regen, Landkreis 2005	Regen, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	79.327	79.736	80.195	80.748	81.416	81.796
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	2,7	1,6	2,2	2,3	2,3	2,4
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	3,4	3,6	2,1	4,5	3,4	6
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	24,3	26	31,2	29,5	35,2	33,9
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	50,2	48,8	45,9	44,4	43,6	42,9
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	19,4	20,0	18,7	19,4	15,5	14,7
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	1,1	0,7	1,1	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	2,6	4,2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	2,4	1,1	1,1	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	0,8	0,4	1,2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	0,5	0,5	0,5	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Passau, Landkreis 2009	Passau, Landkreis 2008	Passau, Landkreis 2007	Passau, Landkreis 2006	Passau, Landkreis 2005	Passau, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	187.594	187.965	188.462	188.474	189.142	189.027
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	1,0	1,9	2,3	2,2	2,5	2,3
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	3,4	4,2	4,3	4,7	4,1	4,2
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	32,2	34	36,6	35,8	40,7	39,6
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	48,1	46,4	44,5	43,4	38,9	42,1
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	15,3	13,5	12,3	14,0	13,8	11,9
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	2,4	2,4	1,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	7,3	2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	10,1	8,6	5,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,5	2,1	1,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	1,0	1,5	0,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	2,9	3,7	2,2	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

	Landshut, Landkreis 2009	Landshut, Landkreis 2008	Landshut, Landkreis 2007	Landshut, Landkreis 2006	Landshut, Landkreis 2005	Landshut, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	148.350	148.513	148.286	147.990	148.101	147.736
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	1,5	1,2	2,9	3,2	5,1	2,8
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	4,4	3,8	2,9	3,9	4,3	5,5
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	33,5	39,0	41,9	45,1	43,0	41,5
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	51,1	46,0	43,2	39,4	40,0	41,3
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	9,5	10,0	9,1	8,4	7,7	8,7
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	5,3	3,6	4,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	11,8	4,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	17,5	12,7	20,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	8,7	5,7	6,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,2	1,4	2,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	k.A.	1,4	0,7	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

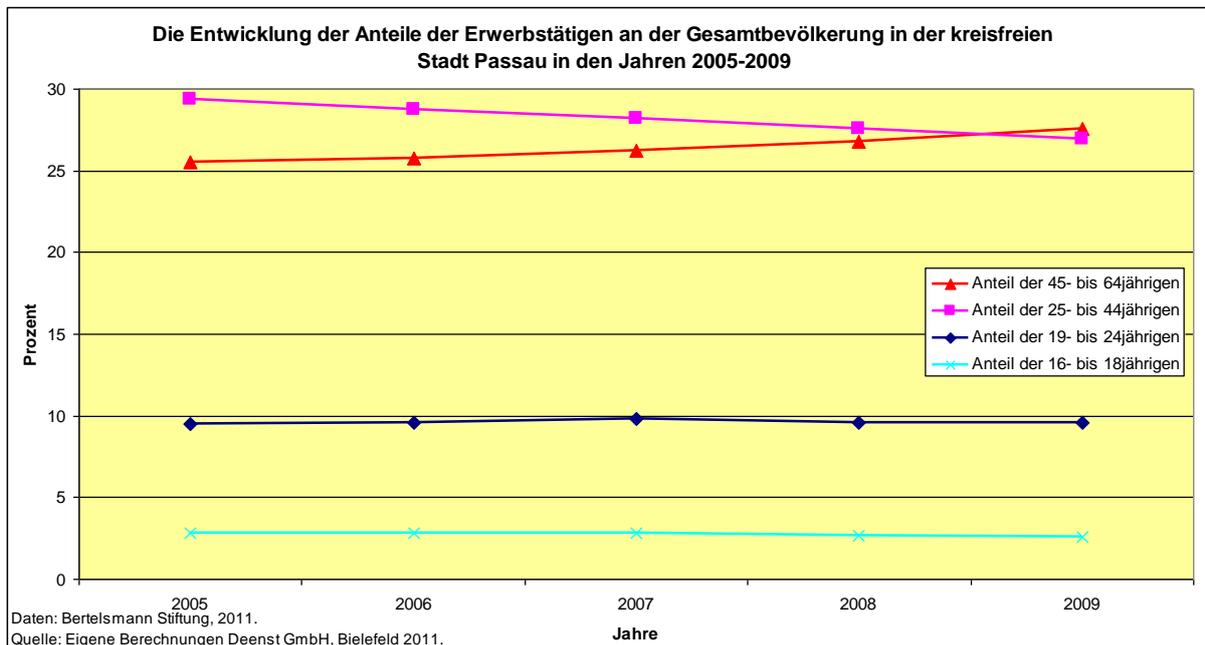
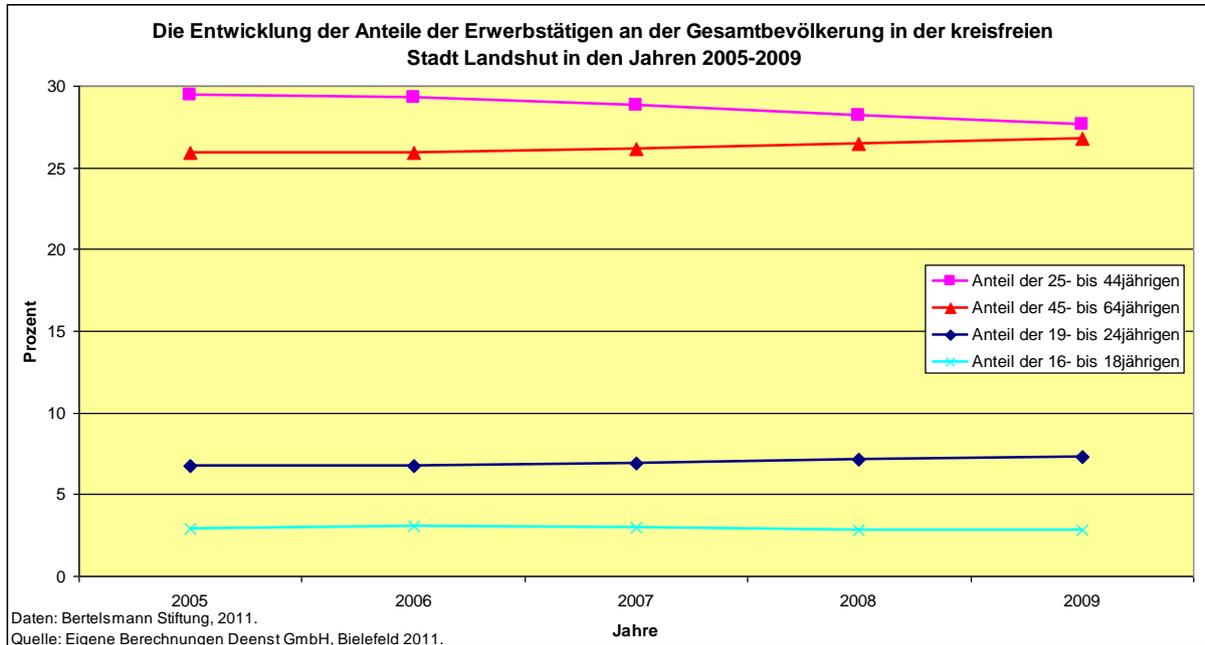
	Freyung-Grafenau, Landkreis 2009	Freyung-Grafenau, Landkreis 2008	Freyung-Grafenau, Landkreis 2007	Freyung-Grafenau, Landkreis 2006	Freyung-Grafenau, Landkreis 2005	Freyung-Grafenau, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	79.685	80.044	80.427	80.771	81.582	81.975
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	2,2	2,3	1,8	2,4	3,5	2,3
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	2,7	2,9	2,7	4,4	3,2	3,6
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	26,7	29,8	32,8	36,0	37,0	34,3
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	44,8	41,6	41,8	38,0	36,4	43,8
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - gesamt (%)	23,7	23,3	20,9	19,2	19,8	16,0
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufs. Schulen (%)	1,9	1,0	1,0	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	4,2	10	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	20,7	6,5	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	1,1	0,6	1,7	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	1,7	0,9	0,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,2	0,4	0,4	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

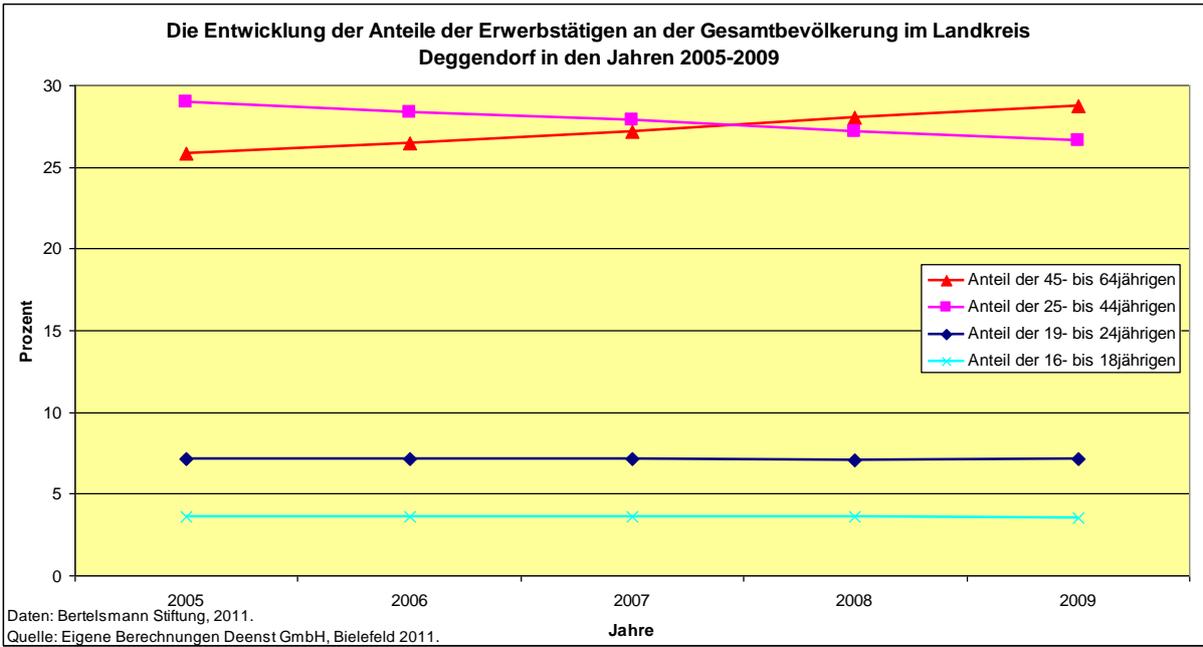
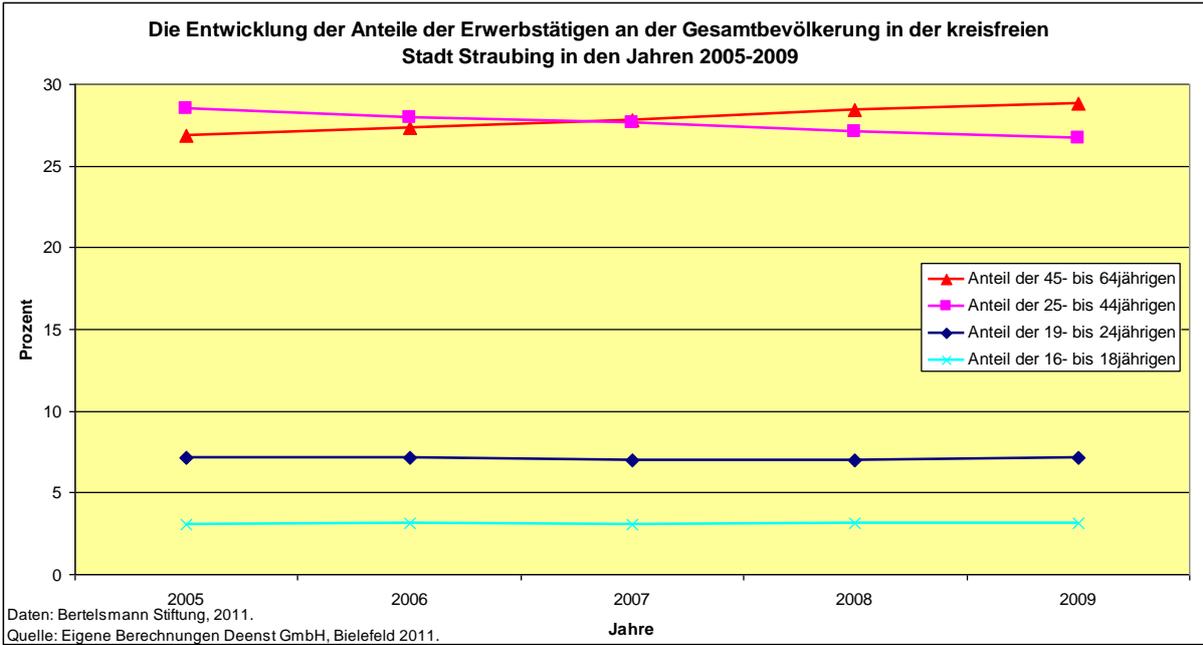
	Straubing-Bogen, Landkreis 2009	Straubing-Bogen, Landkreis 2008	Straubing-Bogen, Landkreis 2007	Straubing-Bogen, Landkreis 2006	Straubing-Bogen, Landkreis 2005	Straubing-Bogen, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	97.631	97.702	97.810	97.734	97.797	97.848
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	3,9	3,7	3,6	2,6	3,5	3,3
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	1,7	1,3	2,9	2,6	2,9	3,7
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	33,1	35,7	36,8	41,7	41	39,5
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	40,7	41,9	40,0	36	37,9	39,7
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	20,5	17,4	16,8	17,1	14,7	13,8
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	2,4	1,4	1,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	8,6	2,9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	8,3	14,3	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,7	1,5	2,8	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	1,9	1,6	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	k.A.	k.A.	0,6	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

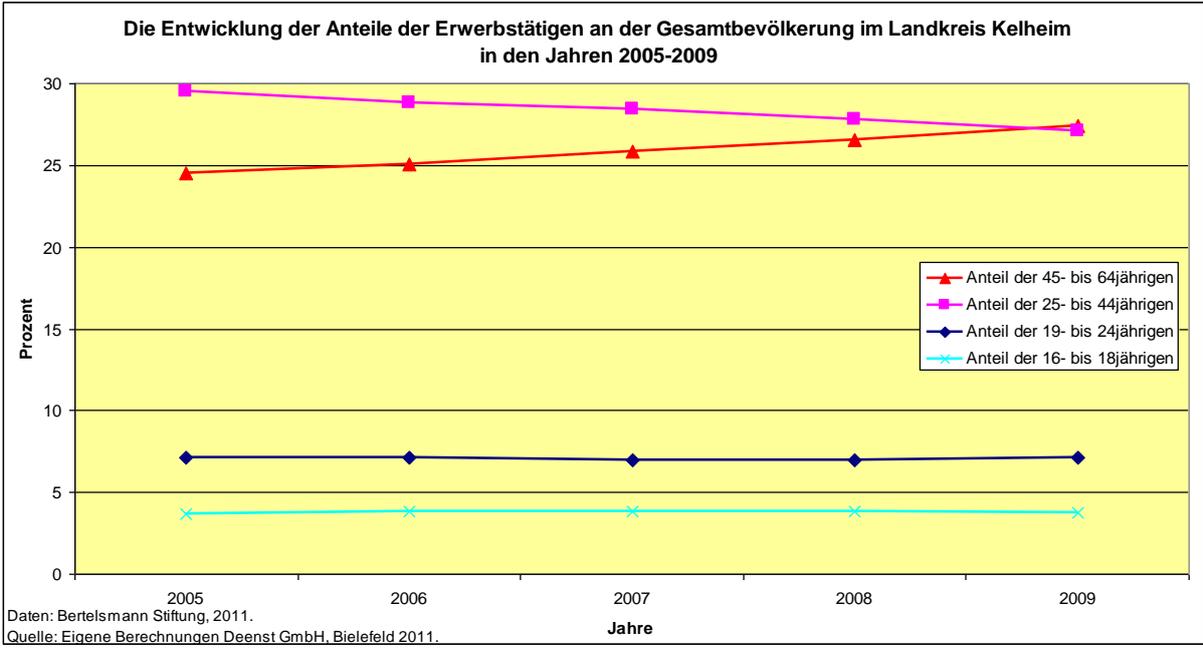
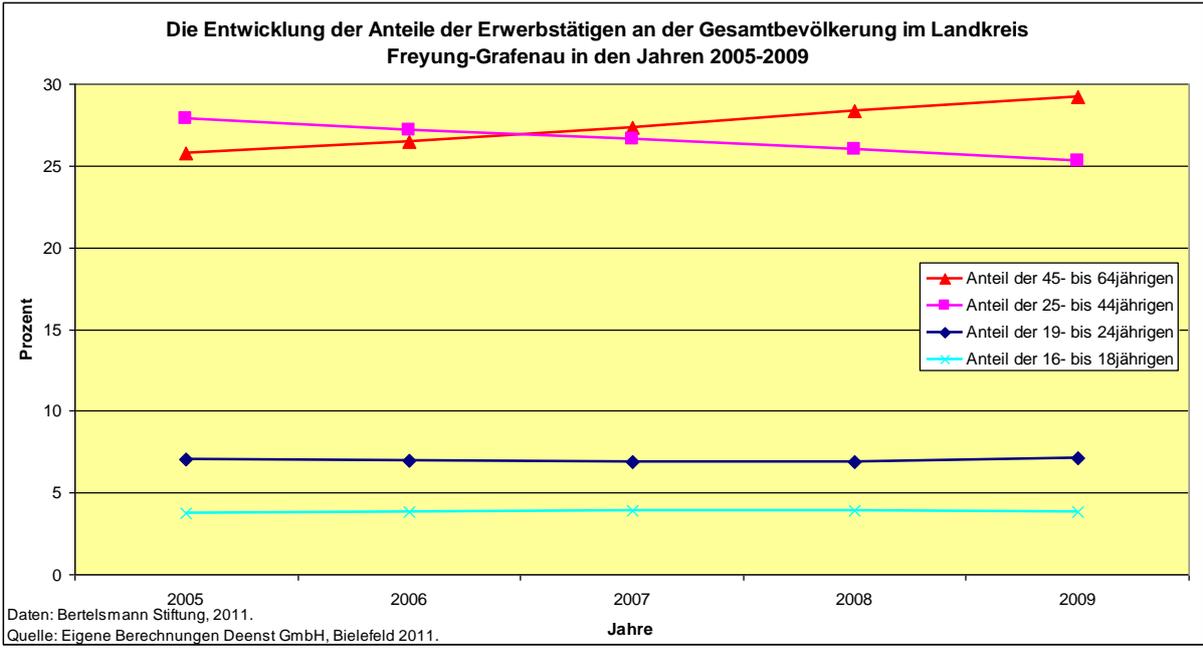
	Dingolfing-Landau, Landkreis 2009	Dingolfing-Landau, Landkreis 2008	Dingolfing-Landau, Landkreis 2007	Dingolfing-Landau, Landkreis 2006	Dingolfing-Landau, Landkreis 2005	Dingolfing-Landau, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	90.673	91.116	91.481	91.644	91.906	92.081
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	2,2	4,1	2,4	3,1	3,0	3,9
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	1,1	2,8	3,2	2,6	3,9	4,9
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	30,4	33,7	35,2	37,2	39,3	38,6
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	47,4	42,6	44,3	42,5	40,7	38,9
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - gesamt (%)	18,9	16,8	14,9	14,6	13,1	13,7
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsüb. Schulen (%)	3,3	4,2	2,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	k.A.	12,2	3,2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	7,7	11,8	22	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	5,6	5,9	2,4	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	2,6	2,9	1,6	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,3	0,5	1,5	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

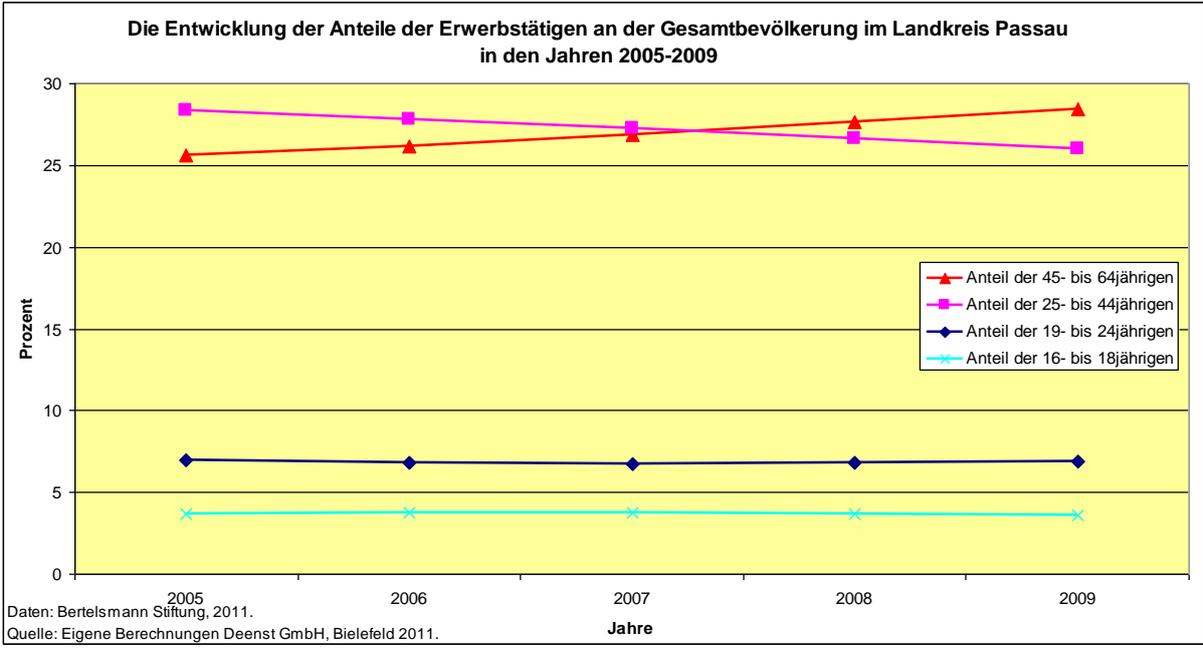
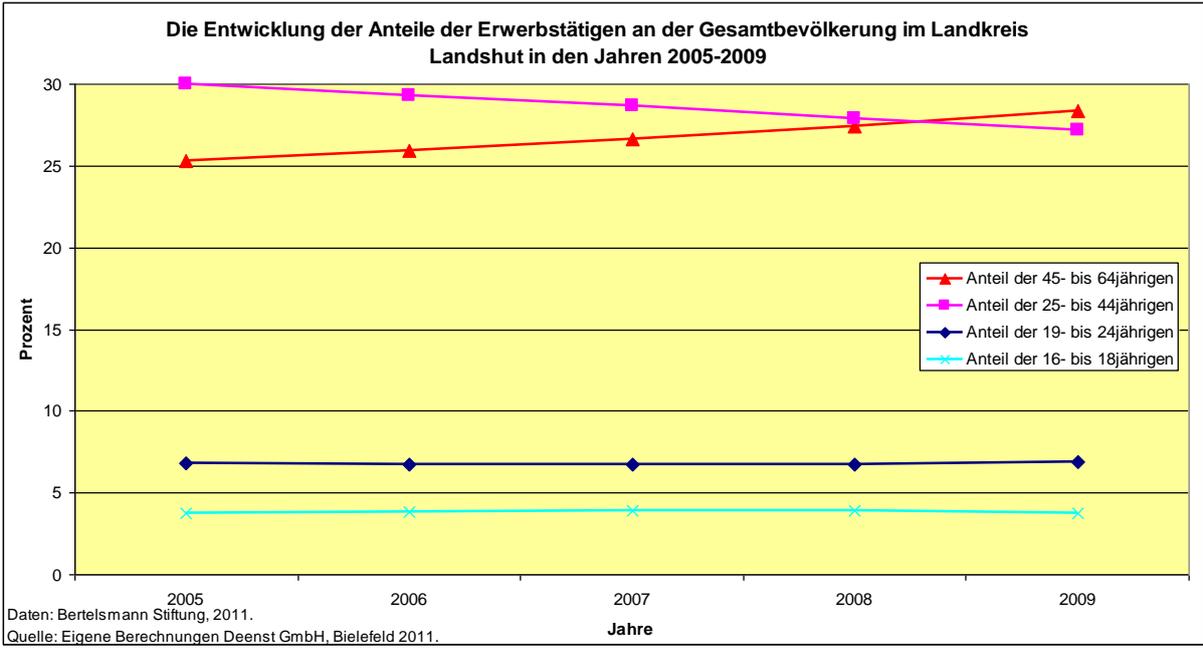
	Rottal- Inn, Landkreis 2009	Rottal- Inn, Landkreis 2008	Rottal- Inn, Landkreis 2007	Rottal- Inn, Landkreis 2006	Rottal- Inn, Landkreis 2005	Rottal- Inn, Landkreis 2004
Bevölkerungszahl	118.157	118.622	118.800	118.944	119.598	119.727
Demographietyp	-	-	-	-	-	-
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - gesamt (%)	3,3	2,4	2,4	2,9	2,9	3,5
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - gesamt (%)	3,2	4,5	4,6	4,3	5,0	6,3
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - gesamt (%)	28,2	32,9	33,0	32,1	32,3	34,4
Schulabgänger mit Realschulabschluss - gesamt (%)	39,3	36,5	34,4	36,5	35,2	34,2
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - gesamt (%)	26,1	23,8	25,6	24,1	24,6	21,6
Nichtdeutsche Schulabgänger allgmb. und berufsb. Schulen (%)	2,6	3,0	3,6	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Förderschulabschluss - nichtdeutsch (%)	11,5	7,5	2,5	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	9,8	16,2	9,2	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Hauptschulabschluss - nichtdeutsch (%)	3,1	3,7	4,9	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Realschulabschluss - nichtdeutsch (%)	1,8	1,5	3,3	k.A.	k.A.	k.A.
Schulabgänger mit Fachhoch- /Hochschulreife - nichtdeutsch (%)	1,4	1,5	1,4	k.A.	k.A.	k.A.
k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. aus methodischen und inhaltlichen Gründen (siehe Erklärung Indikatoren sowie "Informationen zum Bildungssystem", unzureichender Vergleichbarkeit wegen Gebietsstandsänderungen oder Einwohnerzahl unter 5.000 im betreffenden Jahr!						
Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen.						
Bertelsmann Stiftung						

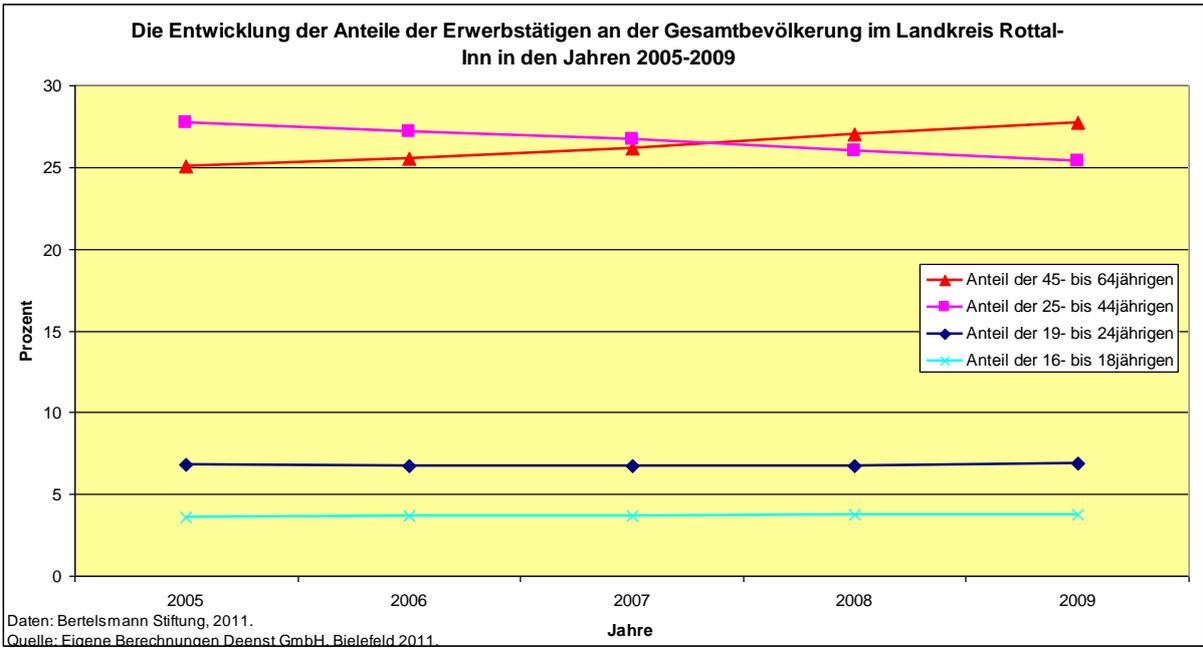
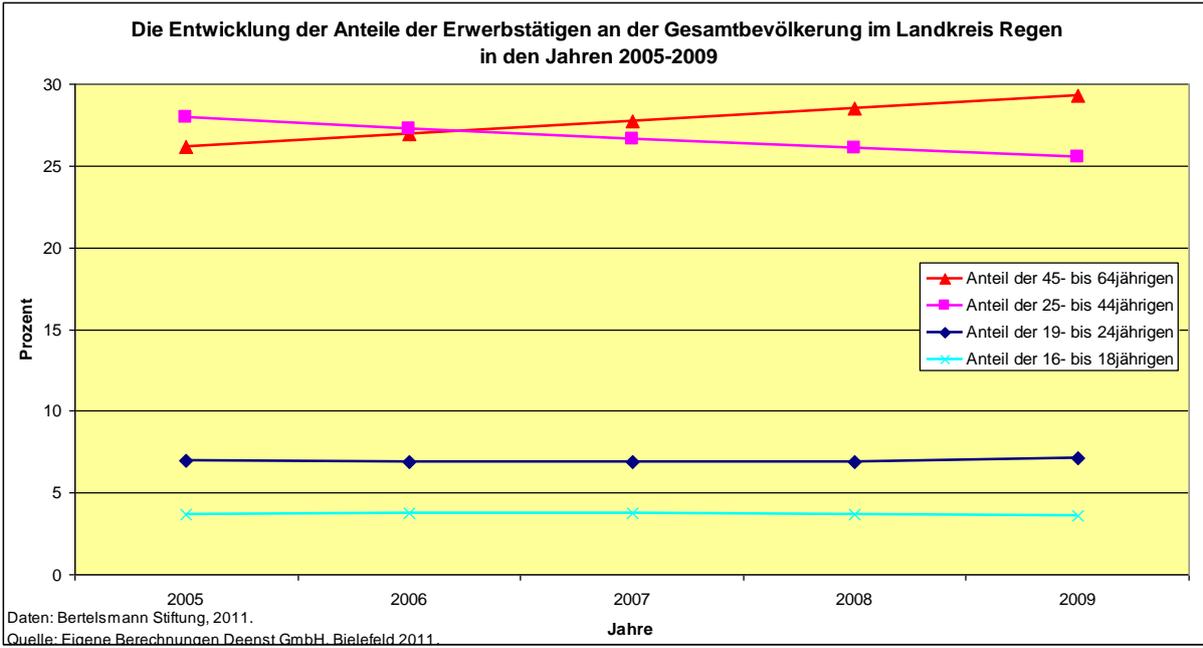
9.3 Die Entwicklung der Anteile der potentiellen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Niederbayern

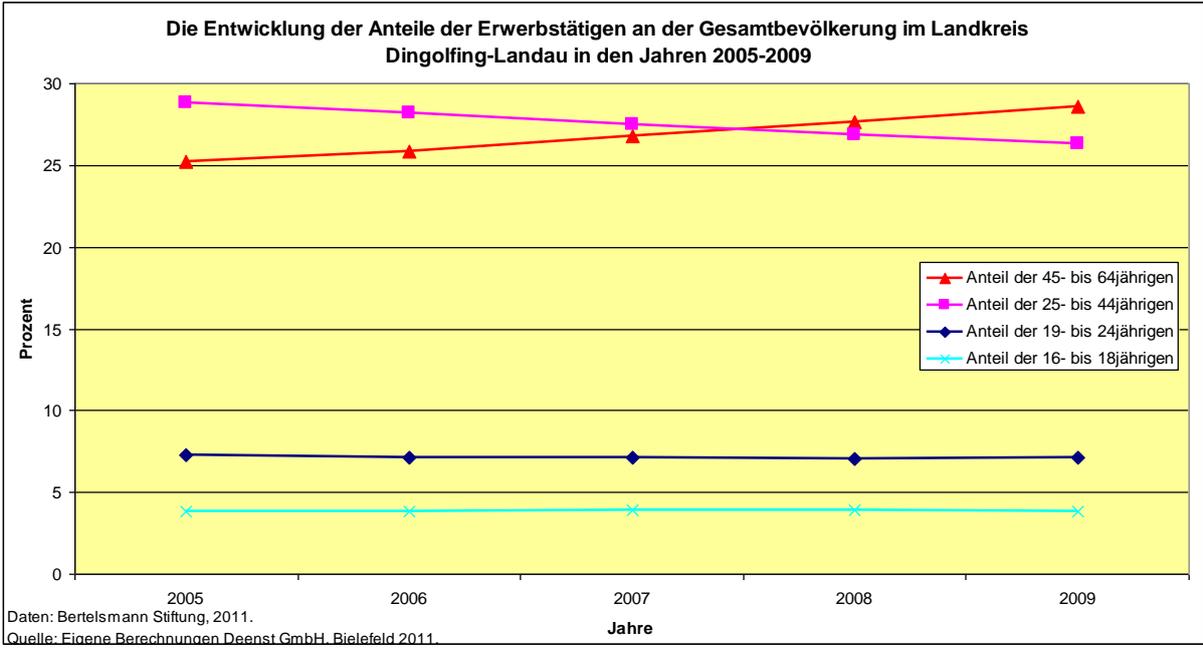
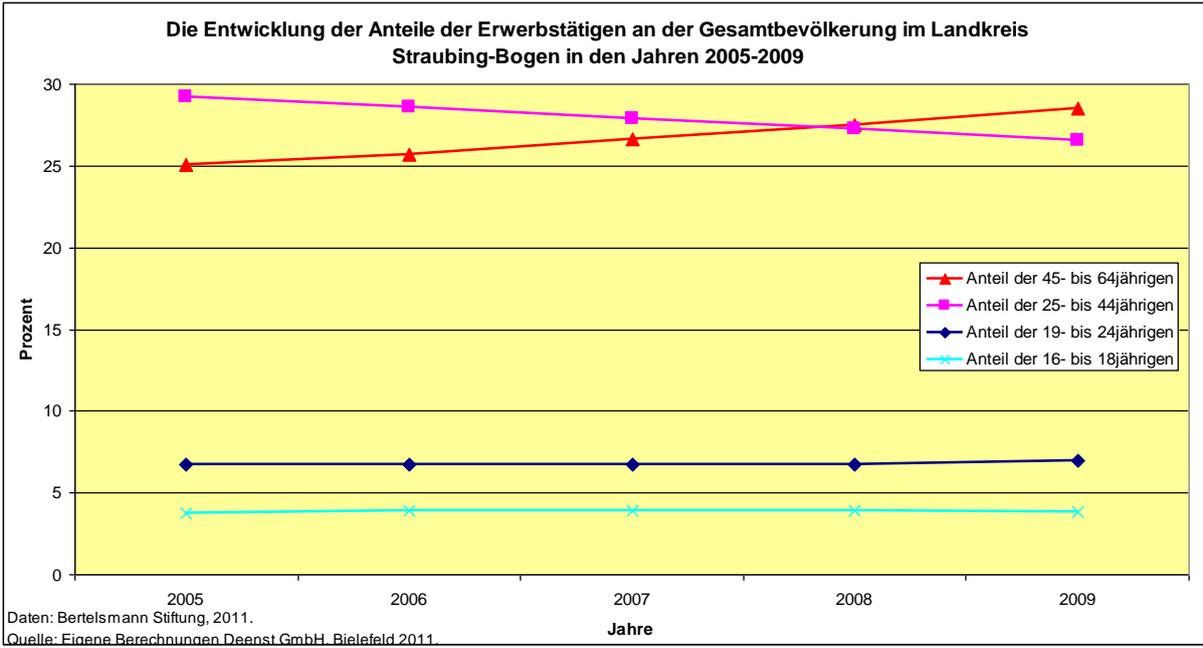




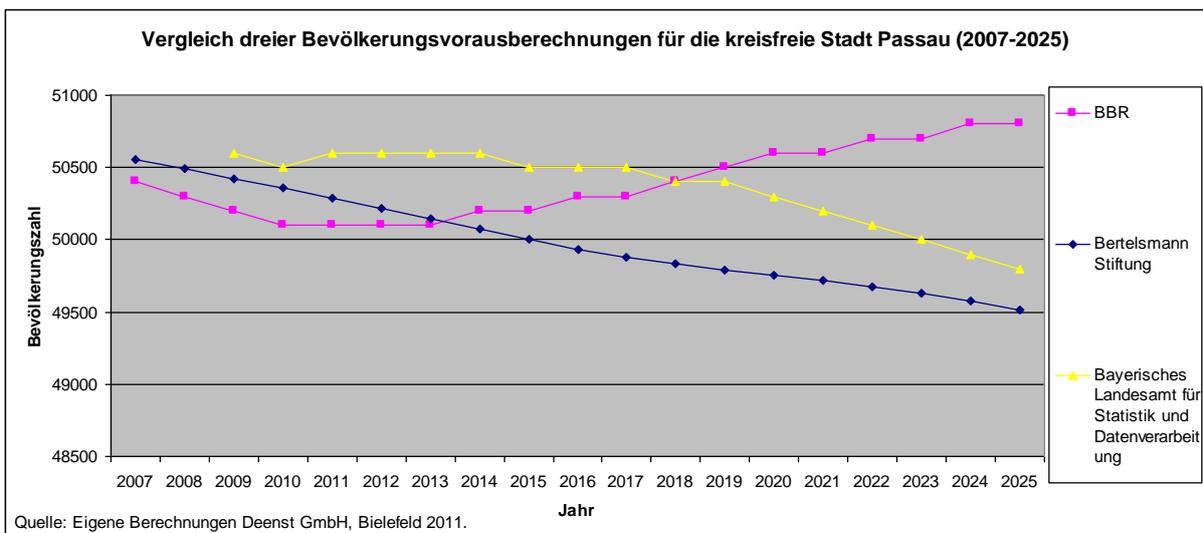
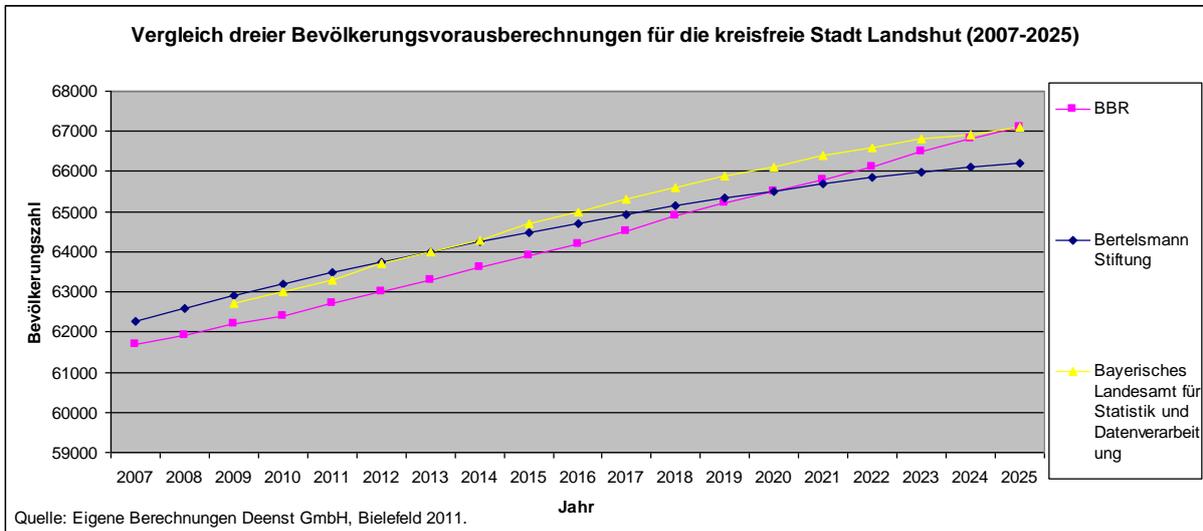


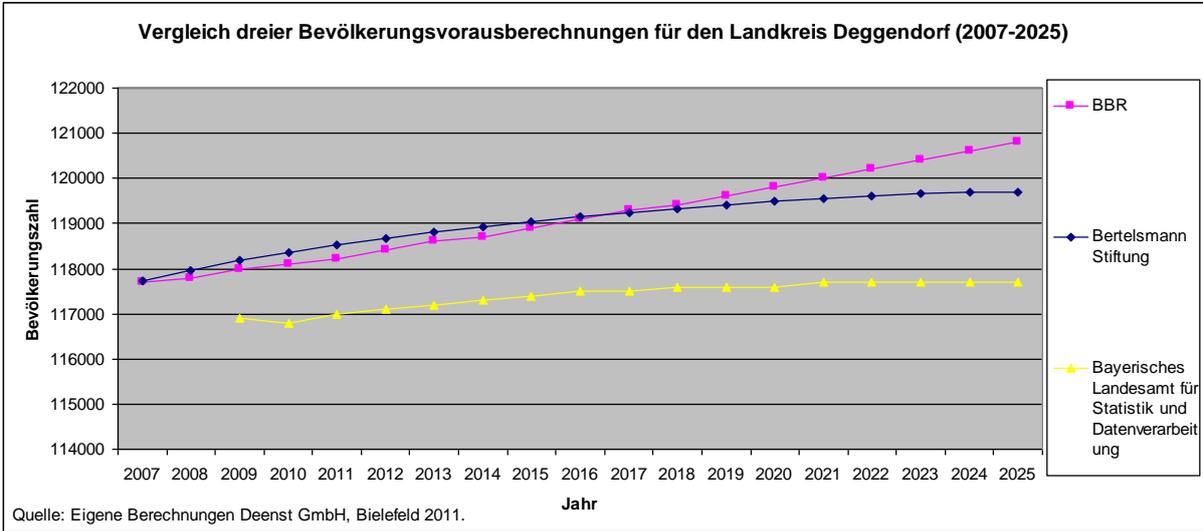
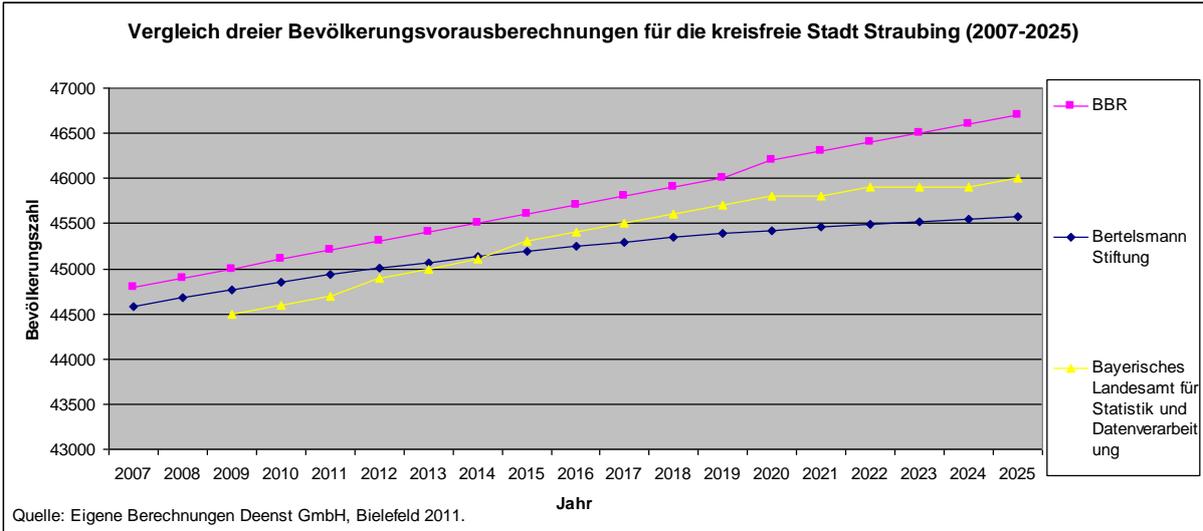




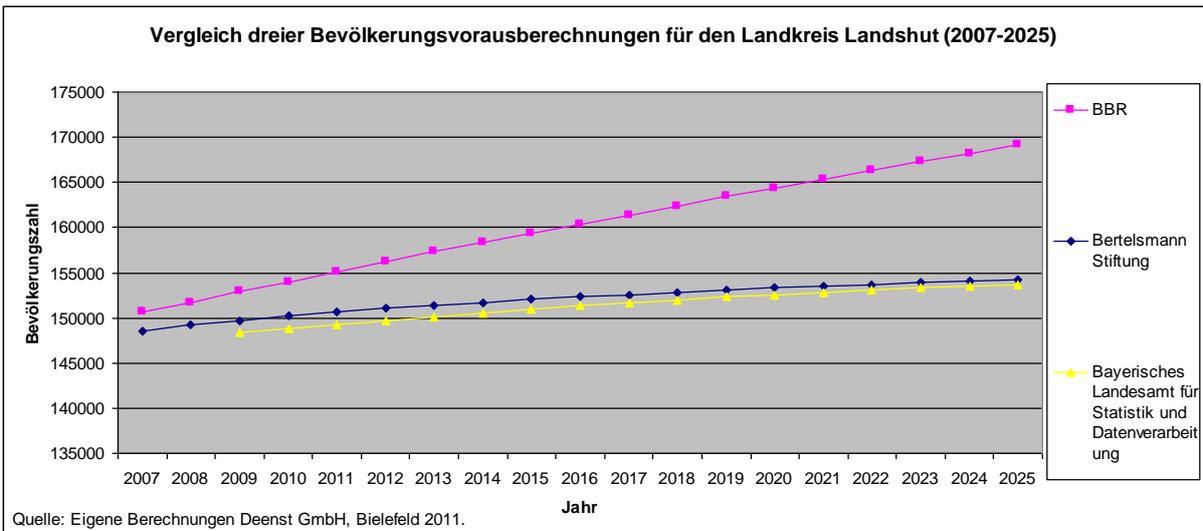
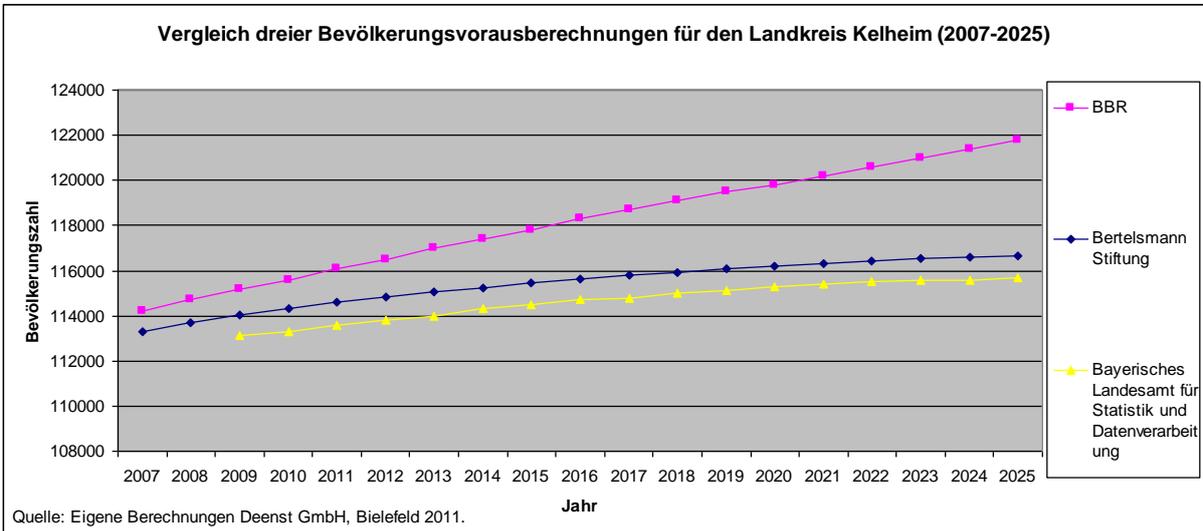
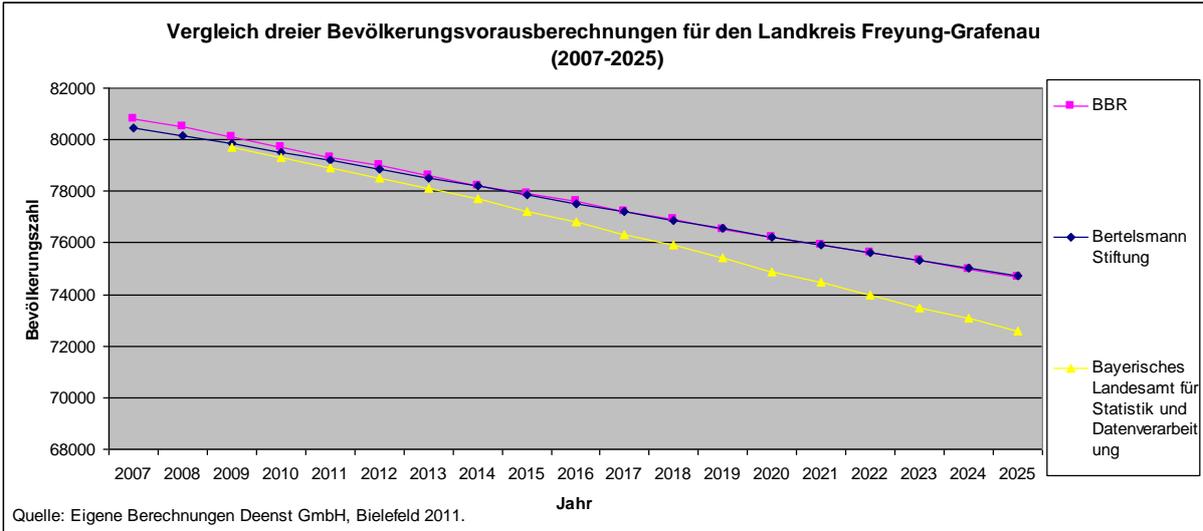


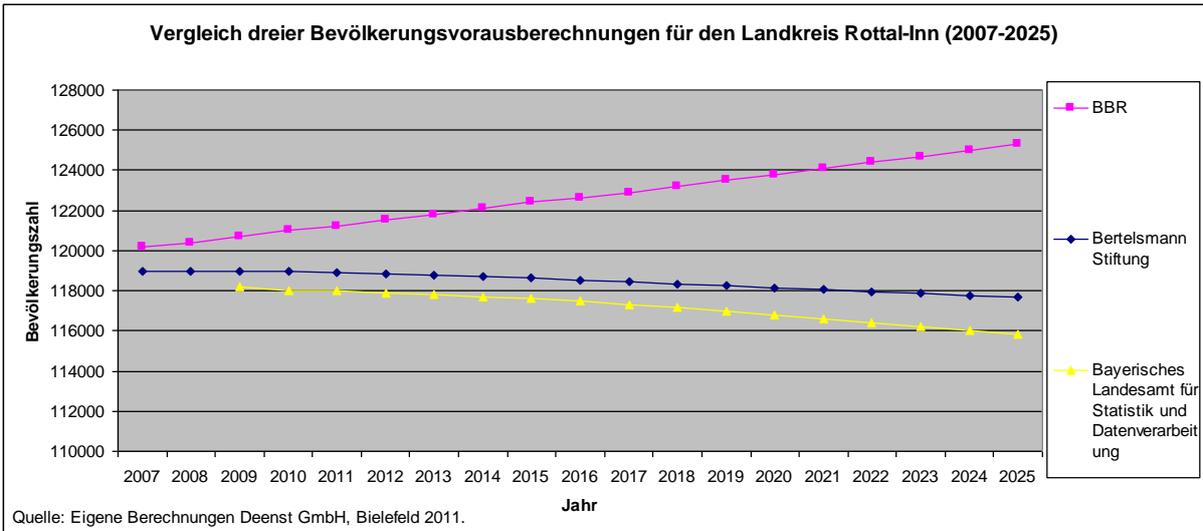
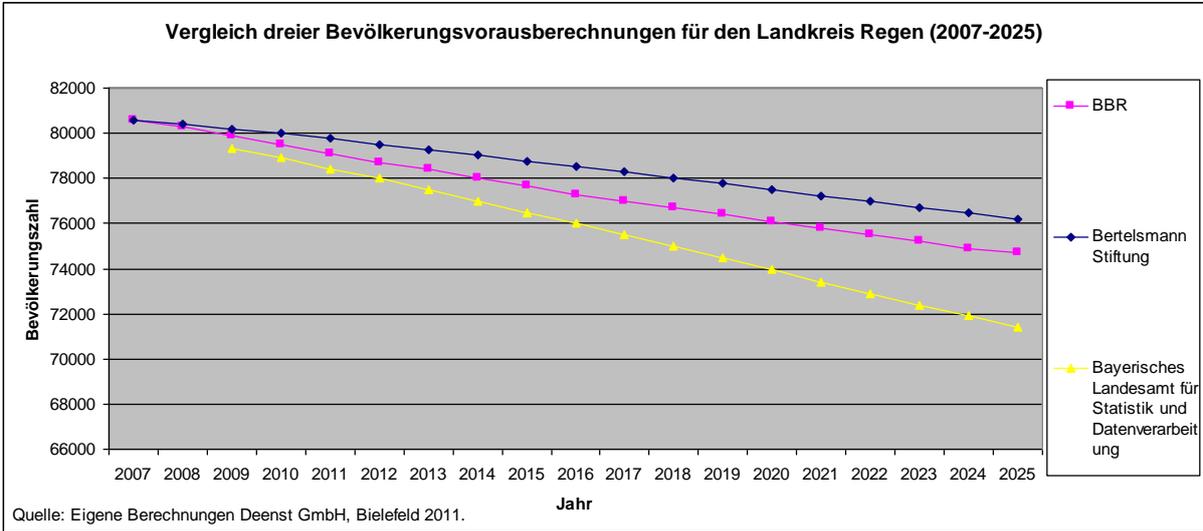
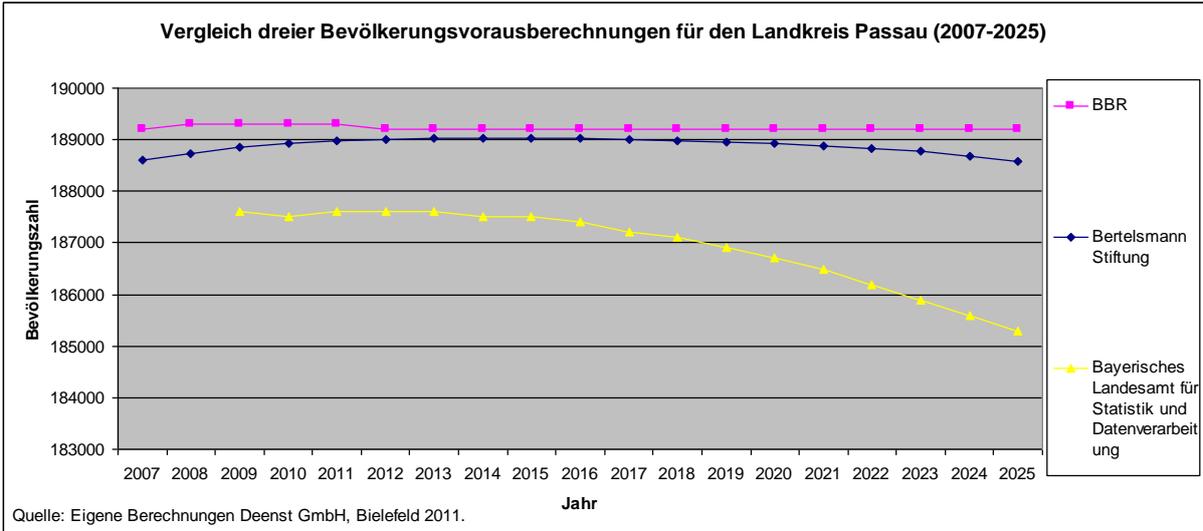
9.4 Vergleich der Vorausberechnungen der Bertelsmann Stiftung, des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für die einzelnen Kreise in Niederbayern

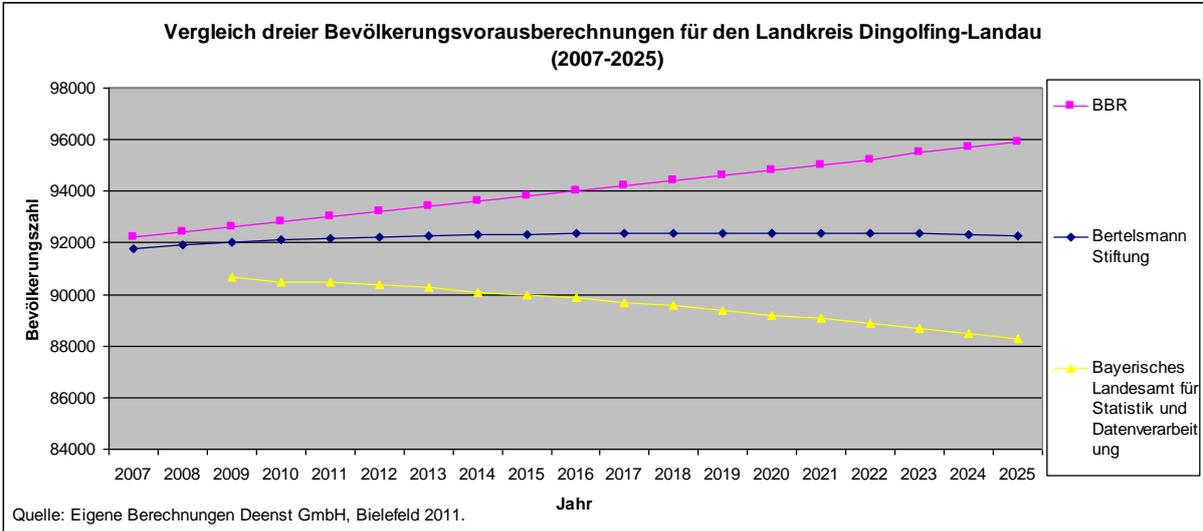
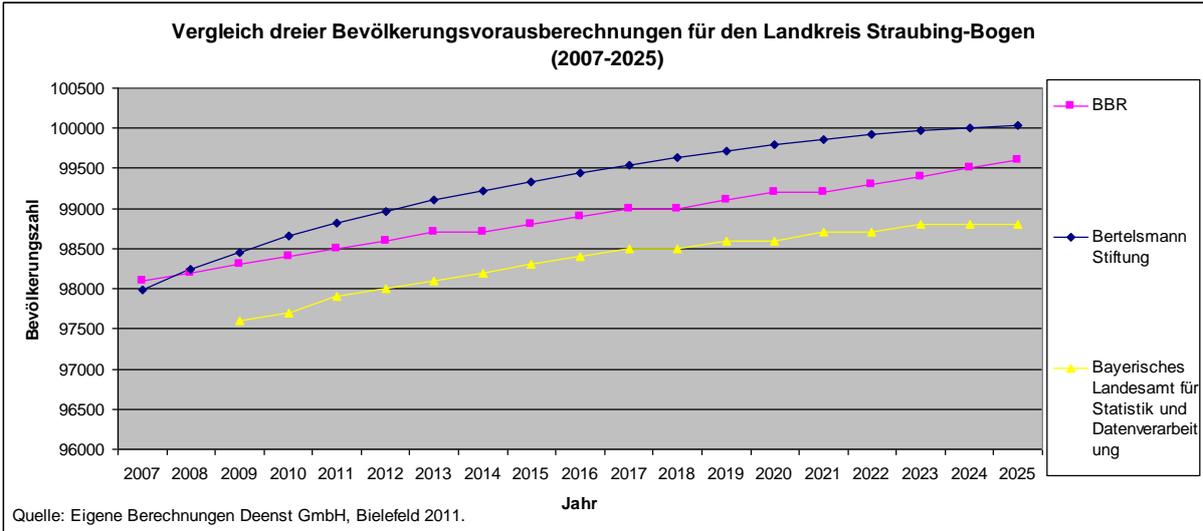




Wenn man sich den Unterschied bei der Ausgangsdatenbasis am Beispiel des Landkreises Deggendorf verdeutlicht, so ging dort die Einwohnerzahl von 117.529 im Jahr 2007 auf 117.204 im Jahr 2008 und weiterhin auf 116.776 im Jahr 2009 zurück. Diese 116.776 Personen liegen sogar noch unterhalb der 116.900 Personen des Bayerischen Landesamtes und deutlich unter den ca. 118.000 des BBRs und der Bertelsmann Stiftung. Ansonsten scheinen die Verläufe der Einwohnerentwicklung der Bertelsmann Stiftung und des Bayerischen Landesamtes in diesem Falle ähnlich.







10. Anhang II (Komplette Ergebnisberichte aller Arbeitskreise)

10.1 Ziele und Ablauf der Arbeitskreise

Auf Anregung der Verfasser dieser Studie wurden in der Region acht Arbeitskreise zu für die weitere Entwicklung der Region relevanten Themenbereichen eingerichtet. An ihnen beteiligten sich u.a. die Landräte, Vertreter der Kammern und Verwaltungen sowie anderer gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und (z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Kirchen).

Im Zeitraum von März bis Juni 2011 führten die Arbeitskreise Sitzungen durch mit dem Ziel, konsensfähige Maßnahmen zur Stärkung der Region zu erarbeiten. Mehrere Arbeitskreise planen eine Fortsetzung ihrer Arbeit auch außerhalb des Projekts „Aufbruch jetzt“.

Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Attraktivität der Region als Wohn- und Arbeits“ort“ zu erhöhen und dadurch die Chancen im Wettbewerb mit anderen Regionen zu verbessern.

Eine Übersicht über die zentralen Ergebnisse der Arbeitskreise findet sich im Hauptteil dieser Studie.

10.2 Arbeitskreis Bildung und Wissenschaft



In diesem Arbeitskreis wurden Vorschläge zusammengetragen, die speziell auf Niederbayern ausgerichtet sind und zügig umgesetzt werden können. Sie sollen die Bildungs- und Wissenschaftsangebote in Niederbayern quantitativ und qualitativ verbessern.

Die Kooperation aller Schularten soll verbessert werden, mit Unterstützung durch Koordinierungsstellen. Es soll ein Bildungsnetzwerk geschaffen werden.

Die Landratsämter sollen es als ihre Aufgabe ansehen, Maßnahmen für die Verbesserung der Schulangebote umzusetzen und die Koordination zu übernehmen; dafür benötigen sie entsprechende personelle Ressourcen.

Die Qualitätskontrolle kann durch ein Bildungsmonitoring unterstützt werden.

Für die Schulen wird u.a. eine bessere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft angestrebt. Dazu gehört es, Gymnasiasten öfter in Handwerks- und Mittelstandsunternehmen einzubinden und sie für mittelständische Unternehmen zu gewinnen, auch ohne vorhergehendes Studium.

Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigungen an den Schulabschlüssen ist in den letzten Jahren bereits deutlich angestiegen (s.o.) und soll weiter zunehmen.

Schulen sollen bedarfsorientiert gebundenen oder offenen Ganztagsunterricht einführen.

Die Kooperation der drei Hochschulen in der Region kann weiter ausgebaut werden. Für alle Hochschulen werden weitere Lehrstühle für erforderlich gehalten, vor allem für die Felder Geisteswissenschaften, Elektromobilität und Gesundheitsvorsorge.

Durch duale Studiengänge kann die Praxisnähe unterstützt werden.

Zur Aufrechterhaltung des Arbeitsangebots erscheint mittelfristig eine Erhöhung der Erwerbsquoten von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Migrantinnen erforderlich; für diese Gruppen sind geeignete Weiterbildungsangebote vorzusehen.

In der konstituierenden Sitzung des **Arbeitskreises Bildung & Wissenschaft** wurde vereinbart, dass sich aus dem Arbeitskreis zwei interagierende Arbeitsbereiche herauskristallisieren, **Bildung** und **Wissenschaft**. Abschließend fand die Zusammenführung der beiden Arbeitsgruppen statt.

1.: Ergebnisse der Ministerialbeauftragten

Für die verschiedenen Schularten (Grundschule, Hauptschule/Mittelschule, Berufsschule, Realschule, Gymnasium Fachoberschule/Berufsoberschule) wurden jeweilige Schwerpunktsetzungen mit unterschiedlichen Handlungsempfehlungen herausgearbeitet.

Primäres Ziel ist die Installation von „Bildungsregionen“ in den Landkreisen, hierzu sollen die Schwerpunktsetzungen entsprechend den aktuellen Erfordernissen in der Region geschehen.

Für die flächendeckende und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Kinderförderung sollen Grundschulen und Haupt-/Mittelschulen als Ganztagschulen eingerichtet werden. Auch Realschulen sollen zu Ganztagschulen in offener und gebundener Form werden. Ebenso sollen Gymnasien mehrzünftig zu Ganztagschulen und bis zur 8. Jahrgangsstufe als Ganztagschulen in offener und gebundener Form angeboten werden. Zudem sollen an Schulen „Betriebskindergärten“ für die Kinder der Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet werden. Für Fachoberschulen und Berufsoberschulen gilt, dass Migrantinnenkinder speziell gefördert werden sollen im Hinblick auf deutsche Kultur und Sprache. Individuelle Genderförderung ist für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen vorgesehen, da niemand „verloren gehen“ darf.

Berufe mit Zukunft eröffnen sich für die Berufsschüler in den Arbeitsfeldern E-Wald, erneuerbare Energien, Tourismus und Altenpflege. Für die Realschüler sollen die Kontakte zwischen Betrieben und Schulen in Form von Partnerschaften vor Ort intensiviert und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und IHK/HWK verstärkt werden. An den Gymnasien sollen die Schülerinnen und Schüler vermehrt zur Leitung von mittelständischen

Unternehmen und Handwerksbetrieben ermuntert werden, um den „Braindrain“ zu reduzieren. Für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen soll eine Liste mit in der Region gefragten Berufen zusammengestellt werden. Den Fachoberschülern und Berufsoberschülern soll bewusst gemacht werden, dass sie heimische Unternehmen führen können; auch nach einem Studium. Es soll zudem eine Vernetzung der Firmen mit Universitäten und Hochschulen (TUM School Cluster) geben.

Bei der MINT-Förderung wird in den Grundschulen auf den Einsatz von Experimentierkästen, Technik für Kinder, SET (Schüler entdecken Technik) und das Haus der kleinen Forscher gesetzt. An Haupt-/Mittelschulen soll auch Technik für Kinder, SET und Technik-Scouts angewandt werden.

Für Realschulen soll auf MINT-Netzwerke zurückgegriffen werden. Zudem sollen „Forscherklassen“ in der 5. und 6. Jahrgangsstufe eingerichtet werden sowie ein Abbau geschlechtsspezifischer Hemmungen stattfinden.

Die individuelle Förderung in MINT-Fächern und die Teilnahme an entsprechenden regionalen Wettbewerben steht für Gymnasien auf dem Maßnahmenkatalog. Für Fachoberschulen und Berufsoberschulen werden eine spezielle Mädchenförderung und ein technikfreundliches Umfeld beginnend im Kindergarten über die Grundschule bis zur Hochschule vorgeschlagen. Zudem soll die Vernetzung mit Zulieferschulen verstärkt werden und Infoveranstaltungen mit allen Beteiligten stattfinden.

Bei den Berufsschulen sollen zur Steigerung des Anteils der Hochschulzugangsberechtigungen die Übergänge geglättet und gute Berufsschüler speziell gefördert werden. Des Weiteren wird eine Vernetzung mit Hochschulen angestrebt. Bei den Realschulen wird auf eine Kooperation zwischen Realschulen und Fachoberschulen gesetzt und zudem eine Einführungsklasse für das Gymnasium gewünscht. Außerdem sollen die Realschulen Kontakte zu den Hochschulen der Region unterhalten. Bei den Gymnasien gilt es, das Potential der Schülerinnen und Schüler auszuschöpfen, die zur (allgemeinen) Hochschulreife geführt werden können. Bei den Fachoberschulen und Berufsoberschulen sollen die Übergänge geglättet, gute Realschüler speziell gefördert, die Zahl der Studenten bei den Absolventen gesteigert und die Vernetzung mit Hochschulen verbessert werden.

Die individuelle Förderung an den Grundschulen umfasst Förderunterricht, Lernschiene, Monitoring mit Vergleichsarbeiten und Migrantenförderung. Für die Haupt-/Mittelschulen ist ebenfalls Förderunterricht vorgesehen. Des Weiteren werden als Maßnahmen modulare Förderung, Intensivierungsstunden, Monitoring mit Vergleichsarbeiten und Migrantenförderung aufgeführt. Für die Realschulen wird für die Umsetzung des Schwerpunkts der individuellen Förderung Förderunterricht, Ergänzungsunterricht, Differenzierung, Intensivierungsstunden, Senken der Wiederholerquote, Monitoring mit Vergleichsarbeiten,

Zusatzqualifikationen (z. B. Sprachzertifikate), Bestenförderung, Anerkennung herausragender Leistungen und Migrantenförderung vorgeschlagen.

Beim Gymnasium legt der Maßnahmenkatalog Projektarbeit, selbstverantwortliches Lernen, kompetenzorientierte Leistungserhebungen und Lernzielkontrollen als Handlungen zur Umsetzung nahe.

Das Senken der Wiederholerquote, die Stärkung von Förderunterricht und Vorkurse, das verstärkte Einsetzen von Monitoring, Begabtenförderung und kompetenzorientierter Unterricht mit Projekten und handlungsorientierten Methoden werden bei den Berufsoberschulen und Fachoberschulen als Maßnahmen zur individuellen Förderung angeführt.

Im Handlungsfeld "Frauen und Ältere" werden bei den Fachoberschulen und Berufsoberschulen auf die gezielte Bindung beider an die Schule durch Übernahme von freiwilligen Aufgaben gesetzt. Zudem sollen die Schulen für diese Personengruppe zur Weiterbildung geöffnet werden.

Bildungsregion Niederbayern

- Es gilt für eine Bildungsregion Niederbayern die notwendigen Strukturen zu schaffen. Bei der Regierung von Niederbayern und an allen Landratsämtern sollte eine Anlaufstelle mit einem festen Ansprechpartner für die Koordinierung aller Maßnahmen im Bildungsbereich eingerichtet werden (Regionalmanagement). Diese Anlaufstelle lädt zu Treffen ein und koordiniert die Maßnahmen.
- Zuständig sind die jeweils Verantwortlichen für die jeweiligen Bildungsträger.
- Handlungsfelder sind: Migranten-Integrationsunterstützung, Migranten-Integrationsbetreuung, Qualifikation, Kinderbetreuung, MINT-Förderung, Steigerung der Anzahl der Hochschulabsolventen, Frauen, Ältere, Minderleister, Hochleister, Ausschöpfung des Bildungspotentials, Stärkung der betrieblichen Ausbildung, Weiterbildung, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Erhöhung der Erwerbsquote der Älteren, Einwanderung (auch aus Deutschland).
- Die Handlungsfelder können verkürzt oder erweitert werden. Es handelt sich um die Felder, die im Bereich Bildung diskutiert wurden (außer Wissenschaft). Jedes Handlungsfeld muss in einzelne Untergruppen und Maßnahmen aufgegliedert werden, die zur Operationalisierung notwendig sind. Mögliche Untergruppen für MINT-Förderung sind z.B.: Wettbewerbe, Informationen/ Beratung, frühkindliche Erziehung, Mögliche Maßnahmen: Technik im Kindergarten, Technik in Grundschule, Schulung und Information der Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen usw.

- Beteiligte Institutionen sind Schulen, Kommunen, Arbeitsagenturen, Kammern und Unternehmen.

Installation von Zuständigkeiten

Anlaufstelle einrichten	x	x			
Ansprechpartner nennen	x	X			
Anerkennung Abschlüsse	x				Kammern
Sprachkurs	x		x		
Arbeitsplatzangebot			x	x	Kammern
Arbeitsplatzbetreuung			x	x	Kammern
Familiennachzug	x	x		x	
Arbeitsplatz für Familienmitglieder			x	x	Kammern
Wohnraumangebot	x	x		x	
Integrationsunterstützung	x	x	x		
Integrationsbetreuung z.B. Paten	x	x			Kammern
Qualifizierung	x		x	x	Kammern
Kooperationsvereinbarung mit dem Herkunftsland	x		x		

2.: Ergebnisse der Universität Passau, des Wissenschaftszentrums Straubing und der Hochschulen Deggendorf und Landshut

Die Technologieführerschaft und Innovationskraft in strategischen Bereichen bildet eine wesentliche Grundlage für Bayerns Wohlstand. Diese Spitzenstellung konnte nur durch jahrzehntelange politische Förderung erreicht werden. Eine ihrer Voraussetzungen war jedoch auch ein Umfeld von technischer Exzellenz in Forschung und Lehre an Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Prototypisch dafür sind die Metropolregionen, hier insbesondere die Universitäten in München und Erlangen.

Der Raum Niederbayern erfuhr eine solche politische Förderung bisher nur punktuell. Zudem droht hier der demographische Wandel mittel- und langfristig besonders gravierende Auswirkungen zu haben, denen nur durch Steigerung der Attraktivität der Region in wirtschaftlicher und damit verbunden auch in kultureller Hinsicht zu begegnen ist, nicht zuletzt auch auf internationaler Ebene.

Trotz der beschriebenen Ausgangslage ist es immer wieder gelungen, kleine und mittlere Technologieunternehmen, die in nicht wenigen Fällen die internationale Technologie oder

Marktführerschaft für sich beanspruchen können, in der Region anzusiedeln bzw. zu halten. Auch dies war und ist eng mit dem wissenschaftlichen Umfeld der niederbayerischen Hochschulen verknüpft, sowohl in den technischen und mathematischen Disziplinen als auch in den Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften. Um eine nachhaltige Trendwende einleiten und den Anschluss an die Führung Bayerns in Technik und Innovation auch langfristig halten zu können, braucht Niederbayern heute mutige politische Entscheidungen und einen deutlichen Impuls in Richtung Wissenschafts- und Technologiestandort.

Die Universität Passau, die HAW Deggendorf, die HAW Landshut und das Wissenschaftszentrum Straubing begrüßen und unterstützen die Planungen zum Ausbau der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen.

a) Universität Passau

Die Universität Passau wird ausgebaut zu einer international attraktiven wissenschaftlichen Einrichtung auf dem Gebiet der *Wechselwirkungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie Rechtsordnung und Bildungssystem einerseits und Informationstechnik, technischer Innovation und Wissensgesellschaft andererseits unter besonderer Berücksichtigung von Kulturräumen, Medien und Kommunikation.*

- Umsetzung des Konzepts Technik Plus der Universität Passau; u.a. Einrichtung von sieben zusätzlichen Lehrstühlen im Bereich Informationstechnik und Internet Science sowie weiteren Lehrstühlen in den Rechts-, Wirtschafts-, und Sozialwissenschaften;
- Ausbau des Lehrangebots in den Bereichen *Embedded Systems Engineering*, *Intelligent Energy Management* und *Internet Science*, vorzugsweise in Form interdisziplinärer internationaler Studiengänge;
- Unterstützung der Internationalisierung; Aufbau neuer internationaler Studiengänge;
- Einrichtung eines Transferzentrums Technik und Innovation der Universität Passau und der HAW Deggendorf mit Hauptsitz in Passau und Standorten in Passau und Deggendorf.

b) Wissenschaftszentrum Straubing

Das Wissenschaftszentrum Straubing mit dem Schwerpunkt Nachwachsende Rohstoffe wird weiterentwickelt zu einer der europaweit führenden Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der "Nachhaltigen Chemie".

- Komplettierung des wissenschaftlichen Profils durch die Etablierung von insgesamt sechs neuen Lehrstühlen der Technischen Universität München und der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf am Standort Straubing;

- Ausbau des Lehrangebots zum Thema *Nachwachsende Rohstoffe* durch die die Weiterentwicklung des bestehenden Masterstudienganges "Nachwachsende Rohstoffe" und Etablierung eines Bachelorstudienganges in demselben Feld;
- Einrichtung eines gemeinsamen Graduiertenkollegs zur „Bereitstellung und Nutzung regenerativer Ressourcen für die chemische Industrie in Bayern bis zum Jahr 2050“ mit Beteiligung aller am Wissenschaftszentrum Straubing aktiver Hochschullehrer;
- Weiterführende Aktivitäten zur Etablierung gemeinsamer strukturbildender Forschungsverbände im Bereich der Energiebereitstellung und des –managements sind in Zusammenarbeit mit den Partnerhochschulen des Wissenschaftszentrums Straubings und den in Niederbayern ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen anvisiert;
- Stärkung der angewandten Forschung und damit der Innovationskraft der niederbayrischen Industrie durch den Ausbau der Fraunhofer Projektgruppe BioCat zu einem eigenen unabhängigen Fraunhofer Institut.

c) HAW Deggendorf

- Einrichtung eines Standorts des Transferzentrums Technik und Innovation an der HAW Deggendorf mit Infrastruktur für Intelligente Messtechnik, Eingebettete Systeme und Planungs- und Organisationssysteme;
- Einrichtung neuer Professuren an der HAW Deggendorf für die Bereiche:
 - Sensorik und Bildverarbeitung
 - Sensorik für Umweltmanagement sowie Fernerkundung
 - Trusting Computing Systems und Informationssicherheit
 - Automobilelektronik für Elektrofahrzeuge
 - Leistungselektronik für Elektrofahrzeuge
 - Logistik und nachhaltiger Verkehr/ Mobilität;
- Einrichtung von Fraunhofer-Anwendungszentren für:
 - Mobile intelligente eingebettete Systeme ggf. in Zusammenarbeit mit der Uni Passau
 - optische Technologien, Messtechnik
 - Röntgencomputertomografie.

d) HAW Landshut

- Einrichtung eines Standorts des Transferzentrums Technik und Innovation an der HAW Deggendorf mit Infrastruktur für Intelligente Messtechnik, Eingebettete Systeme und Planungs- und Organisationssysteme;
- Einrichtung neuer Professuren an der HAW Deggendorf für die Bereiche:
 - Sensorik und Bildverarbeitung
 - Sensorik für Umweltmanagement sowie Fernerkundung
 - Trusting Computing Systems und Informationssicherheit
 - Automobilelektronik für Elektrofahrzeuge
 - Leistungselektronik für Elektrofahrzeuge
 - Logistik und nachhaltiger Verkehr/ Mobilität;
- Einrichtung von Fraunhofer-Anwendungszentren für:
 - Mobile intelligente eingebettete Systeme ggf. in Zusammenarbeit mit der Uni Passau
 - optische Technologien, Messtechnik
 - Röntgencomputertomografie.

Die genannten Konzepte und Maßnahmen stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern bauen auf bestehenden Stärken der jeweiligen Standorte auf und tragen maßgeblich dazu bei, die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Niederbayern zu sichern. Sie bündeln und erweitern vorhandene Kompetenzen in innovationsstarken Feldern und stärken die Vernetzung zwischen den einzelnen Einrichtungen sowie zwischen Wissenschaft und regionaler Wirtschaft.

Im Rahmen des Ausbaus der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen wird im Rahmen der vorhandenen fachlichen Ausrichtungen eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen angestrebt. Als Plattform wird eine mindestens einmal jährlich stattfindende Tagung der niederbayerischen Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen eingerichtet („Niederbayerische Hochschultage“).

Kooperative Promotionen setzen die Existenz geeigneter fachlicher Anknüpfungspunkte bei allen beteiligten Wissenschaftlern voraus. Idealerweise besteht bereits eine wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sind die Voraussetzungen gegeben, werden kooperative Promotionen begrüßt und unterstützt.

Da die Durchführung kooperativer Promotionen stets eine Option und keine Verpflichtung ist, werden Anreizmaßnahmen empfohlen: Zur Förderung kooperativer Promotionen soll für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren pro Promotion eine Summe von 100.000 Euro bereitgestellt werden, die zu gleichen Teilen an die beteiligte Universität und an die beteiligte

Hochschule für angewandte Wissenschaften geht. Für kooperative Promotionen gelten im Normalfall die einschlägigen Promotionsordnungen der beteiligten Universitäten. Zur Förderung der weiteren Ausgestaltung sollen gemäß den Empfehlungen des Wissenschaftsrats Mittel für gemeinsame Graduiertenkollegs vorgesehen werden.

e) Gespräch zwischen der Stadt und der Hochschule Landshut

In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 04.04.2011 haben die Vertreter der Hochschule Landshut ihre Vorstellungen über einen Ausbau der Hochschule und die bestehenden Kooperationen berichtet.

Es wurde nach Diskussion folgender Beschluss gefasst: „Vom Bericht der Hochschulleitung wird Kenntnis genommen. Es ergeht folgende Beschlussempfehlung an das Plenum: Die Stadt Landshut begrüßt ausdrücklich die Überlegungen, für Niederbayern zusätzliche Kapazitäten im Bereich der Universität und der Hochschulen zu schaffen. Es wird seitens der Stadt Landshut Wert auf die Feststellung gelegt, dass alle bestehenden Hochschulstandorte in Niederbayern gefördert werden.“

Es wird von der Staatsregierung erwartet, als Bezirkshauptstadt in die Verteilung der angekündigten Förderhilfen für den Hochschulbereich entsprechend einbezogen zu werden, zumal bereits jetzt Kooperationen der HAW Landshut zu allen anderen niederbayerischen Hochschulen bestehen.

Die Mittel sollen zweckgebunden für neue Studienschwerpunkte (z.B. Medizintechnik, Gesundheitswirtschaft, Energiewirtschaft- und Energietechnik) Verwendung finden. Mit neuen Studienschwerpunkten sollen die Kooperationen mit den Münchner Universitäten (LMU, TU), der HAW München sowie den Hochschulen in Weihenstephan, Ingolstadt und Rosenheim in der Weise ausgebaut werden, dass entsprechende Institute und Einrichtungen in Landshut etabliert werden können.“

Mittlerweile hat sich der Bayer. Ministerpräsident für einen Ausbau von Hochschulkapazitäten in Straubing positioniert. Ende Mai findet ein Gespräch zwischen Vertretern der Hochschule und von Chefarzten des Klinikums über die konkrete Gestaltung eines Studienganges Medizintechnik statt. Unabhängig davon sollte die Beschlussempfehlung zum Plenumsbeschluss erhoben werden. Beschlussvorschlag: Vom Bericht der Hochschulleitung wird Kenntnis genommen.

Über den Fortgang der Gespräche zwischen Hochschule und Klinikum Landshut wegen des geplanten Studienganges Medizintechnik ist zu berichten.

e) Standort Kelheim

- Errichtung einer externen Professur durch die TU München zur nachhaltigen Entwicklung von High-Tech-Fasern in Kelheim

f) Kooperative Promotionen

- Aufgreifen geeigneter fachlicher Anknüpfungspunkte bei den beteiligten Wissenschaftlern
- Bereitstellung eines Förderbetrages, der zu gleichen Teilen an die beteiligten Hochschulen geht.
- Fortgeltung der einschlägigen Promotionsordnungen der beteiligten Hochschulen

3.: Handlungsempfehlungen der IHK, HWK und Arbeitsagentur

Handlungsempfehlungen für die Politik:

a) Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen

Frühzeitige Förderung von MINT- und Sprachkompetenzen

Dies geschieht bereits z. B. durch das von der IHK betreute Netzwerk "Haus der kleinen Forscher" oder das Projekt „Technik für Kinder e.V.“. Ziel sollte es in diesem Zusammenhang sein, Interesse für Naturwissenschaften und Technik zu wecken und somit bereits frühzeitig Grundlagen für eine spätere Berufswahl zu treffen. Die rund 900 gewerblich-technischen IHK-Prüfer sind außerdem auf „Technik für Kinder e.V.“ hingewiesen worden mit dem Ziel, sich in diesem Rahmen als Tutor zu engagieren. Außerdem sollte gerade für Kinder mit Migrationshintergrund für ausreichende Sprachkompetenzen im vorschulischen Bereich gesorgt werden.

Kooperationen zwischen Eltern, Schulen, Hochschulen und Wirtschaft intensivieren

Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und Schule helfen, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Mit besseren schulischen Leistungen haben sie bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Die Zusammenarbeit der Schulen mit Betrieben verbessert die Berufs- und Studienorientierung der Schulabgänger. Um mittelständische Unternehmen als potentielle Arbeitgeber bei den jungen Menschen in der Region bekannt zu machen und die nachkommende Generation an Arbeitskräften noch besser auf das Erwerbsleben vorzubereiten, sollten Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft kontinuierlich vorangetrieben werden. Für Niederbayern ist durch die IHK eine sogenannte virtuelle „Landkarte der Schulpartnerschaften“ geplant. Hochschulen müssen praxisorientierte Studiengänge gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten.

Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss

Durch frühzeitige, intensive und fachlich fundierte Intervention kann die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss verringert werden.

Unterstützung des Ausbaus der Mittelschulen

Das differenzierte Bildungsangebot der bayerischen Mittelschulen ist zu begrüßen. Gerade die Heterogenität der Schülerschaft an den Hauptschulen macht eine Auffächerung der Bildungsangebote notwendig. Dies findet seine Entsprechung im differenzierten Abschlussangebot der bayerischen Mittelschule mit einem berufsorientierten Bildungsabschluss, mit einem weiterentwickelten Hauptschulabschluss und mit einem Hauptschulabschluss mit theorieentlastetem Zuschnitt für Schüler der Praxisklassen. Gerade die Schulverbünde bieten die Chance, dass das differenzierte Bildungs- und Förderangebot der neuen Mittelschule auch außerhalb der Ballungszentren bereitgestellt und den regionalen Besonderheiten angemessen angepasst werden kann.

Mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung

Für beruflich qualifizierte Fachkräfte muss Weiterbildung an Hochschulen möglich sein, die dem vorhandenen praktischen Umsetzungswissen dieser Zielgruppe Rechnung trägt.

Dazu sind nicht nur eine faire Anrechnung bereits erworbener praktischer und fachlicher Kompetenzen notwendig, sondern auch die Konzeption weiterer integrativer Modelle und didaktisch sowie organisatorisch modernisierter Teilzeit-Angebote an Hochschulen für Berufstätige. Es muss eine einheitliche Form für eine Anrechnungssystematik entwickelt und in den Hochschulen gelebt werden. Gerade für einen Wirtschaftsraum wie Niederbayern, indem berufliche Weiterbildungsabschlüsse eine große Rolle spielen, ist dies von besonderer Bedeutung.

Qualität der Berufsschulstandorte nachhaltig stärken

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Qualität der Berufsschulen nachhaltig zu stärken. Es gilt Berufsschulstandorte zukunftssicher als Kompetenzzentren weiterzuentwickeln.

b) Betriebliche Ausbildung stärken

Für einen mittelständisch geprägten Standort wie Niederbayern spielt die Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Ausbildung eine große Rolle, damit den Unternehmen praxisnah qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

Betriebliche Ausbildung modernisieren und stärken

Bei der Verwendung von Ausbildungsbausteinen zur Qualifizierung Leistungsschwächerer muss die öffentlichrechtliche Abschlussprüfung Erfolgsgarant bleiben. Angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen muss darauf geachtet werden, dass betriebliche Ausbildungsplätze vorrangig besetzt werden. Der Freistaat Bayern sollte vollzeitschulische Ausbildungsgänge nur genehmigen, wenn bedarf am Arbeitsmarkt besteht und betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängt werden. So kann eine praxisnahe Ausbildung in den niederbayerischen Unternehmen gesichert werden.

Verstärkte Unterstützung bei der Berufswahl

Die bisherige Unternehmenspraxis der Bestenauswahl bei der Einstellung von Azubis, konkret die Orientierung an guten Schulnoten und die Forderung nach bestimmten Schulabschlüssen, erschwert eine passgenaue Stellenbesetzung und funktioniert durch rückläufige Bewerberzahlen zunehmend schlechter. Die vorhandenen IHK-Kompetenzchecks sowie die IHK-Broschüre „fit for job“, die an alle Haupt-, Mittel- und Realschulen in Niederbayern kostenfrei verschickt wird und alle aktiven IHK-Ausbildungsbetriebe in der Region aufführt, sollten verstärkt genutzt werden.

Niederschweligen Ausbildungseinstieg systematisch gestalten

Das betriebsnahe Instrument Einstiegsqualifizierung (EQ) hat sich als niederschwelliges Angebot für Jugendliche mit Vermittlungseinschränkungen sehr gut bewährt. In Kombination mit den ausbildungsbegleitenden Hilfen können noch mehr Jugendliche auf diesem Weg in Ausbildung integriert werden.

c) Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung

Die berufliche Weiterbildung ist ein zentrales Bildungsinstrument, mit dem auch den Herausforderungen alternder Belegschaften und eines steigenden Bedarfs an Fachkräften in Niederbayern begegnet werden kann.

Bedarfsgerechte Ausweitung des Weiterbildungsangebots

Die Passung der bestehenden Weiterbildungslandschaft auf die zukünftigen Bedarfe muss geprüft, bestehende Konzepte ggf. erweitert oder geändert werden. Vor allem eine Verstärkung und Ausweitung der Angebote im technischen Bereich und in weiteren Mangelberufen in Hinblick auf öffentlich-rechtliche Weiterbildungsprüfungen muss dabei vorgenommen werden. Dafür sind effektive und effiziente Prozesse notwendig.

Schaffen neuer Motivationen für Weiterbildung

Eigenverantwortliche Weiterbildung muss für alle Beschäftigtengruppen so erstrebenswert werden, dass die Investition von Freizeit und eigenen finanziellen Mitteln wieder

selbstverständlich wird. Unternehmen müssen dazu angehalten werden, Bildung und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter/-innen noch aktiver zu unterstützen und zu fördern. Andererseits sollten aber auch erfolgreiche Programme wie z.B. WeGeBAU langfristig fortgeführt werden.

Nachqualifikation von An- und Ungelernten

Der Beratungsbedarf im Hinblick auf sinnvolle Weiterbildung betrifft längst alle Bevölkerungsgruppen. Daher muss diese gerade für derzeit bildungs- und erwerbsferne Menschen ausgebaut werden.

d) Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen die vorhandenen Potentiale noch besser genutzt werden. Neben einer Verringerung der Schul- und Studienabbrecherquote sowie der Qualifizierung von Arbeitslosen muss auch die Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöht werden. Die Betriebe leisten bereits einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Mehrzahl der niederbayerischen Unternehmen bieten flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitregelungen an, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Umfragen als die wichtigsten Instrumente für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewertet werden. Auch die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit ist mittlerweile ein wichtiger Baustein in der betrieblichen Personalpolitik. Dieses Engagement ist jedoch kein Ersatz für eine funktionierende Kinderbetreuungsinfrastruktur. Innerhalb eines sinnvollen Gesamtkonzepts der Betreuungslandschaft sollte die Qualität der Betreuung zum Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. So lässt sich erreichen, dass mehr qualifizierte Eltern (wieder) am Erwerbsprozess teilnehmen.

e) Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt häufig eine schlechtere Schulbildung und machen deutlich seltener eine Ausbildung wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund (vgl. „frühzeitige Sprachförderung“, Seite 1). Dadurch sind sie auch häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Abschlüsse

Künftig sollten im Ausland erworbene Qualifikationen und Abschlüsse besser anerkannt werden, ohne damit einen Anspruch zu verknüpfen. Bei einer praxisgerechten Ausgestaltung des Anerkennungsgesetzes besteht die Chance, die Kompetenzen von Migrantinnen und

Migranten systematisch zu ermitteln, zu dokumentieren und zu bewerten, und für den Arbeitsmarkt sichtbar zu machen.

4.: Fachkräfte finden, qualifizieren, binden – gemeinsam erarbeitetes Dokument

Die Zielsetzungen werden für 6 unterschiedliche Personenmuster (Migranten, Frauen, Ältere, Minderleister, Hochleister, Normalo) angelegt. Hier gilt es die grundsätzlichen Probleme der Individuen herauszufiltern. Zudem werden Lösungen in allen Altersstufen angestrebt mit dem Ziel die verschiedenen Personengruppen zu finden, zu qualifizieren und letztlich zu binden.

a) Migranten:

Problemanalyse:

- Interkulturelles Konfliktpotential durch unterschiedliche (divergierende) Kulturstandards (Werte und Verhaltensregeln in Heimatkultur vs. Fremdkultur).
- Zu wenig Informationen über Mittelstand und Wege zum Mittelstand (Unternehmer, Karrierewege).
- Migranten sind oft weniger interessiert mangels Integration.

Lösungsansätze:

Für die frühkindliche Förderung:

- Investitionen in frühkindliche Bildung (z.B. durch Projekte wie: „Haus der kleinen Forscher“. => MINT-Förderung).

Kindergarten:

- Verpflichtendes Jahr für alle Kindergartenkinder.
- Qualifikation durch: Sprachförderung: Jedes Kind sollte am Ende der Kindergartenzeit in der Lage sein, aktiv am Schulunterricht teilzunehmen.
- Sprachförderung der Eltern und Vermittlung von wesentlichen Kulturstandards.
- Sozialpädagogen mit interkultureller Fachkompetenz an Schulen.
- Spielerisches Entdecken der Berufswelt (erste Originalerfahrungen mit Berufen).

Schulen:

- Erziehungsauftrag: Die Bayerische Verfassung hat den Schulen den Bildungsauftrag übertragen. Dazu gehören auch die individuelle Förderung und die Vorbereitung auf das Berufsleben.
- Hilfslehrer und Sozialpädagogen in Schulen. Investitionszuschüsse durch Bund an Schulen (Kooperationsverbot).

- Schüler müssen die allgemeinbildende Schule mit der Ausbildungsreife (fachliche, soziale, persönliche Kompetenzen) verlassen.
- Verstärkung der (vertieften) Berufsorientierung.
- Kooperation zwischen Eltern und Schulen fördern.
- Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne verwertbaren Schulabschluss.

Ausbildung:

- Förderung der beruflichen Ausbildung: Verstärkte Informationsarbeit bei Jugendlichen und Eltern mit Migrationshintergrund im Vorfeld der Ausbildungsentscheidung.
- Von Migranten geführte Betriebe ausbildungsbereit/-berechtigt machen.
- Gezielt Akquisition von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Möglichkeiten der Teilzeitausbildung besser bekanntmachen.

Weiterbildung:

- Gezielte Information über Weiterbildungs- und Karrieremöglichkeiten und den konkreten Nutzen derselben.

Interaktionspartner:

- Eltern: sprachliche Schulung.
- IHK: Das geplante Anerkennungsgesetz (Beginn: vermutlich 01.01.2012) dürfte für Migranten den Eintritt in den Arbeitsmarkt durch Anerkennung ihrer beruflichen Ausbildung erleichtern.
- Kultusministerium/Eltern: Vorbereitung auf immer mehr Schüler mit Migrationshintergrund (interkulturelle Kompetenz) - Bestandteil im Studium (HWK).
- Kultusministerium/Eltern: Lehrer müssen die Vielfalt der Berufswelt (über 300 Ausbildungsberufe) im Überblick kennen - Bestandteil im Studium (HWK).
- Alle Interaktionspartner: Breite Erst-/Grundinformation für Antragsteller nach dem Anerkennungsgesetz.

b) Frauen:

Problemanalyse:

- Die Gleichbehandlung bei der Entlohnung ist nicht gegeben.
- Frauen findet man weniger in technologieorientierten Berufen.
- Gleichbehandlung bei Karrierewegen ist nicht gegeben („Gläserne Decke“).
- Nach der Babypause erleiden Frauen einen Karriereknick und können schwer wieder in eine gleichwertige berufliche Tätigkeit zurückkehren.

Lösungsansätze:

Für die frühkindliche Förderung:

- Ausreichende Krippenplätze.
- Work-Life-Balance.

Im Kindergarten:

- Vereinbarkeit Familie und Beruf: Durch ein ausreichendes Angebot an Ganztagskindergärten sollen Benachteiligungen ausgeglichen und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden.
- Flexibilität verbessern: Die Kita-Öffnungszeiten sollten sich stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Hierfür ist eine größere Flexibilität der Einrichtungen erforderlich.
- Anzahl der Betriebskindergärten erhöhen (Fördermittel)

In Schulen:

- Ganztagschulen: Ganztagsklassen sind zentrale Voraussetzungen dafür, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

In der Ausbildung:

- Förderung von MINT-Kompetenzen: Durch kontinuierliche Sensibilisierung sollte der Anteil von Frauen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen erhöht werden, bspw. „Technik für Kinder e.V.“, Projekt „Haus der kleinen Forscher“.
- Teilzeitausbildungen ermöglichen – Chance für Alleinerziehende.
- Bewusstsein sensibilisieren, dass Frauen grundsätzlich für jeden Beruf/Ausbildung geeignet sind.
- Kinderbetreuung sicherstellen, vor allem in Ferienzeiten.

Weiterbildung:

- Flexible, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle,
- Heimarbeitsplätze
- Anpassungsqualifizierung für Berufsrückkehrerinnen
- Berufsrückkehr attraktiv gestalten

Interaktionspartner:

- Angebot an Ganztagschulen ausbauen.
- Kooperationen (Notfallbetreuung für Kinder) organisieren.
- Unterstützung von KMU bei Maßnahmen zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit.

c) Ältere:

Problemanalyse:

- Risiko des krankheitsbedingten Ausfalls.
- Angst vor leistungsbedingten Einschränkungen.
- Gehaltsstruktur (ältere MA verdienen mehr als jüngere) und Kündigungsfristen.

Lösungsansätze:

In der Ausbildung:

- Unterstützende Einbindung von Ruheständlern in der betrieblichen Bildungsarbeit (Aus- und Fortbildung).

Weiterbildung:

- Anreize schaffen: Die Förderung von Weiterbildung muss dem Nutzer zugute kommen. Bildungssparen und Bildungsschecks sowie ein spürbarer steuerlicher Bildungsbonus wären wertvoll.
- Stärkere Sensibilisierung für Weiterbildung: gerade die Bereitschaft zur beruflichen Qualifikation durch Weiterbildungsmaßnahmen sollte durch das „Lebenslange Lernen“ erhöht werden.
- Durchsetzung der Bildungsdurchlässigkeit: es müssen Strukturen geschaffen werden, die verstärkt berufliche Bildung und Hochschule miteinander kombinierbar machen. Erbrachte Bildungsleistungen müssen hierfür anerkannt werden.
- Altersgemischte Teams fördern; betriebliches Gesundheitsmanagement forcieren um altersgerechtes Arbeiten zu ermöglichen.
- Unterstützung von KMU bei Konzepten für alternde Belegschaften.
- Unterstützung von KMU bei der Einrichtung von altersgerechten Arbeitsplätzen und altersgerechten Arbeitszeitmodellen.
- Demographieberatung.
- Förderung der Anpassungsfortbildung für ältere Menschen.
- Aktives Wissensmanagement einführen (Wissensverluste vermeiden).

d) Minderleister:

Problemanalyse:

- Personen mit vielfältigen schwerwiegenden Hemmnissen, die nicht in der Lage sind, die üblichen Anforderungen an eine Ausbildung / einen Beruf zu erfüllen (Minderleistung und evtl. Überforderung).
- Zeitlicher, persönlicher und finanzieller Mehraufwand für Betriebe / Ausbilder.

Lösungsansätze:

Im Kindergarten:

- Sprach- und Sozialkompetenz: Jedes Kind sollte am Ende der Kindergartenzeit in der Lage sein, aktiv am Schulunterricht teilzunehmen.

In Schulen:

- Ausbildungsreife erhöhen: Mehr Jugendliche sollten ausbildungsfähig die Schulen verlassen.
- Erziehungsauftrag: die Bayerische Verfassung hat den Schulen den Bildungsauftrag übertragen. Dazu gehören auch die individuelle Förderung und die Vorbereitung auf das Berufsleben.
- Verringerung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss durch frühzeitige, intensive und fachlich fundierte Intervention.
- erweiterte vertiefte Berufsorientierung verstetigen.
Chancengleichheit/Chancengerechtigkeit

In der Ausbildung:

- Niederschweligen Ausbildungseinstieg ermöglichen: Das betriebsnahe Instrument "Einstiegsqualifizierung (EQ) hat sich bewährt und sollte zielgerichtet angewandt werden.
- Azubi-Fit: Spezielle Qualifizierungsangebote für Azubis sollten im Rahmen der Ausbildung und Prüfungsvorbereitung angeboten werden
Ausbildungsbegleitende Hilfen durch AA.
- Eintrittsbarrieren durch Eingliederungscoaching absenken.
- Motivierung und Stabilisierung der Personen für eine berufliche Qualifizierung.
- Unterstützung und Förderung der Ausbildung/ Beschäftigung von Minderleistern durch begleitendes Coaching im Betrieb.
- EQ in Betrieben beibehalten.
- Akzeptanz von EQ Plus bei Betrieben durch finanzielle Unterstützung erhöhen.

Weiterbildung:

- Nachqualifikation von An- und Ungelernten: Gerade für diese Gruppe sollte das Angebot zur sinnvollen Weiterbildung noch ausgebaut werden.

e) Hochleister:

Problemanalyse:

- Für Hochleister ist eine Berufsausbildung eher eine Zwischen-/Notlösung oder Lösung 2. Wahl.
- Hochleister können in der Ausbildung für Betriebe einen Mehraufwand bedeuten (Intensität).
- Hochleister bleiben oftmals nicht im Ausbildungsbetrieb (wandern ab).
- Hochleister erwarten eine qualifikationsgerechte Bezahlung.

Lösungsansätze:

Im Kindergarten:

- Neugier wecken: Gerade für MINT-Kompetenzen sollte Interesse geweckt werden, bspw. Projekt "Haus der kleinen Forscher".
- Akademische Ausbildung von Erzieherinnen. Früh-Pädagogik als Studiengang.
- Frühförderung von Hochbegabten.

In Schulen:

- Erziehungsauftrag: die Bayerische Verfassung hat den Schulen den Bildungsauftrag übertragen. Dazu gehören auch die individuelle Förderung und die Vorbereitung auf das Berufsleben.
- Individuelle Förderung in Gymnasien/pädagogische Kultur.
- Spezielle Förderung von Hochbegabten Schülern.

In der Ausbildung:

- Verkürzte Ausbildung bzw. attraktive betriebliche Ausbildungsmodelle ermöglichen Informationen über den erfolgreichen Mittelstand (Unternehmertum).

Im Studium:

- Verbundstudiengänge ausbauen: durch parallele Doppelqualifikation und FH/Uni-Abschluss kann die Gewinnung von Nachwuchskräften spürbar gefördert werden.
- Interessante Angebote für Studienabbrecher im Bereich der beruflichen Ausbildung.
- Praktika für Gymnasiasten (Modellversuch bei der HWK).

f) Normalo:

Problemanalyse:

- "Normalos" werden nicht als förderungswürdig im ganzheitlichen Sinne erkannt (weil sie eben nicht auffallen).
- Mainstream zur akademischen Ausbildung führt zu einer Facharbeiterlücke.

Lösungsansätze:

Im Kindergarten:

- Kooperationen zwischen Kindergärten und Grundschulen: Ein erfolgreicher Übergang ist dann gewährleistet, wenn verschiedene Akteure das Kind auf die nächste Stufe gemeinsam vorbereiten.
- Einführung eines verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres. Bildungspläne und frühpädagogische Lernkonzepte können hierdurch verbessert umgesetzt werden.
- Neugier wecken sowie Sprach- und Sozialkompetenz stärken: Gerade für MINT-Kompetenzen sollte Interesse geweckt werden. Jedes Kind muss am Ende der Kindergartenzeit in der Lage sein, aktiv am Schulunterricht teilzunehmen.
- Systematische Lese- und Sprachförderung/auch und gerade für Jungen

In Schulen:

- Berufsorientierung und Berufsvorbereitung als wichtiges Leistungsangebot.
- IHK-Kompetenzchecks und die Broschüre "fit for job" sind sinnvolle Instrumente, damit Jugendliche in der Region eine Lehrstelle finden.
- Erziehungsauftrag: die Bayerische Verfassung hat den Schulen den Bildungsauftrag übertragen. Dazu gehören auch die individuelle Förderung und die Vorbereitung auf das Berufsleben.
- Kooperationen Schule - Wirtschaft stärken: Durch regionale Arbeitskreise sowie eine Landkarte der lokalen Kooperationen können Hilfestellungen beim Übergang Schule-Beruf angeboten werden.
- Ganztagschulen ausbauen
- Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des Bildungssystems herausstellen.

In der Ausbildung:

- Berufsschulen vor Ort stärken: Trotz sinkender Schülerzahlen sollten standortnahe Beschulung und hohe Qualität kein Widerspruch sein.
- Verbundausbildung , sowie Ausbildung in Teilzeit als echte Alternativen begreifen.

Im Studium:

- Absehen von Studiengebühren.

- Adäquates Verhältnis der Anzahl von Akademikern zur Anzahl der Facharbeiter sicherstellen (Quotelung).

Weiterbildung:

- Chancen der dualen Aus- und Weiterbildung darstellen: Durch die verstärkte Durchlässigkeit ergeben sich für Absolventen jeden Schultyps interessante berufliche Möglichkeiten in der Region. Diese müssen umfangreich dargestellt werden.

10.3 Wirtschaft, Technik & Infrastruktur

Arbeitskreis Wirtschaft, Technik und Infrastruktur



Leitung:

Christian Bernreiter (Landkreis Deggendorf)
Ludwig Lankl (Landkreis Freyung- Grafenau)

Die Sicherung der Angebote an Arbeitskräften und Arbeitsplätzen ist wichtig für die künftige Entwicklung der Region. Eine positive Entwicklung kann durch Projekte aus der Region und deren Förderung unterstützt werden. Seitens der Arbeitskreisteilnehmer werden u.a. eine zentrale Anlaufstelle für Förderberatung gewünscht und eine regionale Entwicklungsagentur, welche für gesamt Niederbayern zuständig ist. Außerdem soll ein einheitlicher Ansprechpartner für EU-Förderprogramme installiert werden.

Die Maßnahmen müssen koordiniert bzw. gebündelt umgesetzt werden, um die Effektivität zu verbessern.

Eine wesentliche Rolle spielen auch die Verkehrswege innerhalb der Region und als Verbindungen zu den Zentren außerhalb der Region, Breitbandverkabelungen und andere Infrastrukturangebote.

Wesentliche Maßnahmen:

- Regionale Entwicklungsagentur und Energieagentur
- EU- Ansprechpartner für die Landkreise
- Sicherung regionaler Cluster, Netzwerke und Strukturen:

Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald

Cluster Mikrosystemtechnik

Green Chemistry Belt, Straubing

Cluster Leichtbau

Regionalmanagements

C.A.R.M.E.N.

High-Tech Faser, Kelheim

- Ausbau Forschungs- und Wissenschaftsregion Niederbayern
- Bündelung Forschung & Entwicklung: Neuorganisation Wirtschaftsförderung im Hinblick auf Donau- Moldau Region
- Europaregion Donau- Moldau
- Technologieregion Bayerischer Wald

Zur Umsetzung des Katalogs sollen mehr Finanzmittel bereitgestellt werden und auch kleine Schritte umgesetzt werden.

Ausgangslage

Der demographische Wandel stellt Niederbayern vor große Herausforderungen. Zwar wird die Einwohnerzahl des Regierungsbezirks bis 2029 nur leicht zurückgehen, innerhalb Niederbayerns wird es jedoch – wie in ganz Bayern - große regionale Unterschiede geben. Während vor allem für das westliche Niederbayern Bevölkerungszuwächse prognostiziert werden, wird der östliche Teil teils massive Rückgänge hinnehmen müssen.

Und schon heute müssen sich die Unternehmen auf die bereits begonnene spürbare Alterung der Belegschaften einstellen. Hinzu kommt, dass aufgrund des technologischen Fortschritts der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften weiter ansteigen wird.

Nach den Ergebnissen des IHK-Fachkräftemonitors Bayern werden schon im Jahr 2014 in Niederbayern mehr als 28.000 Fachkräfte fehlen, 2022 werden es bereits 46.000 qualifizierte Arbeitskräfte sein.

Handlungsempfehlungen

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eines der Zukunftsthemen, das nicht nur die Unternehmen sondern auch die Politik fordert. Denn nachhaltiges Wachstum kann nur erfolgen, wenn den Betrieben die dafür erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Andernfalls werden Wachstums- und Innovationspotentiale verschenkt. Daraus resultieren Wohlstandseinbußen und schlechtere Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte.

Gerade für die Region Niederbayern, die durch einen produktionstechnisch orientierten Mittelstand, aber auch große Industriebetriebe geprägt ist, sind nicht nur akademische Mitarbeiter, sondern vor allem Fachkräfte mit einer dualen Ausbildung und mit Weiterbildungsabschlüssen von besonderer Bedeutung.

Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs:

1. Bildungspotentiale bestmöglich ausschöpfen

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs müssen die Bildungspotentiale bestmöglich ausgeschöpft werden.

- Gemeint ist hier, das Lernen im Vorschulbereich zu fördern,
- MINT-Kompetenzen bereits ab dem Kindergarten zu fördern,
- die naturwissenschaftliche Bildung zu stärken
- sowie den Anteil der MINT-Absolventen an den Hochschulen zu steigern.
- Des Weiteren soll das Interesse an sozialpflegerischen und erzieherischen Berufen geweckt werden.
- Die Kooperationen zwischen Eltern, Schulen, Hochschulen und Wirtschaft sollen zudem intensiviert werden.
- Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss verringert
- und der Ausbau der Mittelschulen unterstützt werden.
- Zwischen beruflicher Bildung und Hochschulbildung muss die Durchlässigkeit gefördert werden
- und es soll verstärkt in die Qualität der Bildungsangebote investiert werden.
- Außerdem müssen die Qualität der Berufsschulstandorte nachhaltig gestärkt werden
- sowie Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft erfolgen.

2. Betriebliche Ausbildung stärken

Für einen mittelständisch geprägten Standort wie Niederbayern spielt die Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Ausbildung eine große Rolle, damit den Unternehmen praxisnah qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen.

- Dazu gehört es, die betriebliche Ausbildung zu modernisieren und zu stärken,
- den Ausbildungspakt weiter zu entwickeln,
- die Unterstützung bei der Berufswahl zu verstärken,
- den niederschweligen Ausbildungseinstieg systematisch zu gestalten
- sowie Betriebe für die Ausbildung von Jugendlichen mit mangelnder Ausbildungsreife zu ertüchtigen.
- Des Weiteren gehören dazu der Ausbau von Verbundstudiengängen,

- das Verstärken des Marketings,
- das bessere Bekanntmachen von Teilzeitausbildung
- und die Gewinnung von Auszubildenden aus den Nachbarregionen zur Stärkung von betrieblicher Ausbildung.

3. Fachkräfte entwickeln durch Weiterbildung

Die berufliche Weiterbildung ist ein zentrales Bildungsinstrument, mit dem auch den Herausforderungen alternder Belegschaften und eines steigenden Bedarfs an Fachkräften in Niederbayern begegnet werden kann.

- Dazu gehören die Entwicklung von Instrumenten zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU),
- die bedarfsgerechte Ausweitung des Weiterbildungsangebotes,
- das Schaffen neuer Motivationen für Weiterbildungen,
- die Nachqualifikationen von An- und Ungelernten ebenso
- wie die Ergänzungsqualifikation von Arbeitnehmern mit Berufsbildungsabschlüssen aus anderen EU-Staaten,
- die konsequente Durchsetzung der Bildungsdurchlässigkeit,
- das Sichtbarmachen von Handlungskompetenz
- und die praktische Umsetzung und Nutzung des europäischen Qualifikationsrahmens.

4. Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung müssen die vorhandenen Potentiale noch besser genutzt werden. Neben einer Verringerung der Schul- und Studienabbrecherquote sowie der Qualifizierung von Arbeitslosen muss auch die Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöht werden.

Die Betriebe leisten bereits einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Mehrzahl der niederbayerischen Unternehmen bieten flexible Arbeitszeiten oder Teilzeitregelungen an, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Umfragen als die wichtigsten Instrumente für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf bewertet werden. Auch die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit ist mittlerweile ein wichtiger Baustein in der betrieblichen Personalpolitik. Dieses Engagement ist jedoch kein Ersatz für eine funktionierende Kinderbetreuungsinfrastruktur. Innerhalb eines sinnvollen Gesamtkonzepts der Betreuungslandschaft sollte die Qualität der Betreuung zum Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. So lässt sich erreichen, dass mehr qualifizierte Eltern (wieder) am Erwerbsprozess teilnehmen.

Flexibilität verbessern

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss zügig voran gebracht werden. Daneben müssen sich die Kita-Öffnungszeiten, auch an Wochenenden und in den Ferien, stärker an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren. Unflexible Öffnungszeiten beeinträchtigen sowohl Familien als auch Betriebe, die z. B. ihren Mitarbeitern keine passenden Belegplätze in Kitas anbieten können oder deren Angebote flexibler Arbeitszeiten ins Leere laufen. Es sind in erster Linie Träger und Jugendämter gefordert, diese Flexibilität zu ermöglichen.

Bürokratie abbauen

Oftmals verhindert eine restriktive Gesetzgebung notwendige Verbesserungen zur Balance von Familie und Beruf. So sollten die Kindergartenzuschüsse generell unabhängig vom Wohnort vergeben werden. Dadurch können Kinder auch in einer anderen Kommune als dem Wohnort betreut werden, z. B. in der Nähe der Arbeit oder von Familienangehörigen. Das entlastet Eltern und Betriebe. Die geltende Gastkindregelung im BayKiBig sollte entsprechend überarbeitet werden.

Kooperationen fördern

Belegplätze, Notfall- oder Ferienbetreuung: Zusammenarbeit hilft allen. Kitas und Träger gewinnen Kunden, Betriebe unterstützen ihre Mitarbeiter, Kommunen stärken ihren Standort. Lokale Bündnisse für Familie oder andere lokale Familiennetzwerker bringen unter Beteiligung der Wirtschaft die Akteure zusammen und finden bedarfsgerechte Lösungen.

5. Menschen mit Migrationshintergrund besser fördern

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt eine schlechtere Schulbildung und machen deutlich seltener eine Ausbildung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dadurch sind sie auch häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Um Menschen mit Migrationshintergrund besser zu fördern empfehlen sich

- die bessere Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Abschlüsse,
- die Verbesserung der Schulbildung von Kindern mit Migrationshintergrund
- sowie mehr Informationsarbeit.

6. Bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften ermöglichen

Der weltweite Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte hat lange begonnen. Die deutsche Wirtschaft kann es sich nicht leisten, den Anschluss zu verlieren. Zuwanderung ist ein

wichtiger Baustein, den Fachkräftemangel zu lindern, jedoch sollte er gezielt gesteuert werden. Gerade für Niederbayern mit seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu Österreich, das bereits ein praxisorientiertes Zuwanderungsrecht eingeführt hat, ist eine neue Regelung zur bedarfsgerechten Zuwanderung in Deutschland von großer Bedeutung.

- Hierbei muss politisch wie gesellschaftlich klar ausgedrückt werden, dass ausländische Fachkräfte willkommen sind.
- Die Bayerische Staatsregierung, aber auch die niederbayerischen Regionen sind gefordert, die Integration der Zuwanderer mit geeigneten Maßnahmen zu fördern.
- Die Bayerische Staatsregierung ist zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine rasche Lockerung der Regelungen im Aufenthaltsgesetz beziehungsweise in der Beschäftigungsverordnung für nicht-selbständige Fachkräfte aus den neuen EU-Ländern und aus Drittstaaten einzusetzen und parallel dazu die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Bayern für ausländische Fachkräfte ein attraktives Einwanderungsland wird.
- Die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit sollte für alle osteuropäischen EU-Staaten 2011 enden und dazu genutzt werden, kleine und mittlere Betriebe, die im Inland keine Fachkräfte finden, bei der Anwerbung von Fachkräften in diesen Ländern zu unterstützen.
- Kurzfristig würde eine deutliche Absenkung der Einkommensschwelle für Hochqualifizierte von zurzeit 66.000 Euro auf ca. 40.000 Euro die Zuwanderung erleichtern. Dies würde insbesondere jungen Akademikern den Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt erschließen.
- Gezielte Förderung von und Schaffung der Rahmenbedingungen für Projekte zum Thema „gesteuerte Zuwanderung“ (zum Beispiel Burgas, Katholische Jugendfürsorge) wie Unterbringungsmöglichkeiten und Betreuung.

7. Existenzgründung und Unternehmensnachfolge

Demographiebedingt wird langfristig auch die Zahl der Selbständigen zurückgehen. Eine relativ rohstoffarme Region wie Niederbayern ist aber besonders auf Unternehmertum und Innovationsgeist angewiesen. Neue Geschäftsideen schaffen neues Wissen sowie Wachstum und Arbeitsplätze. Letztere sind wiederum die Voraussetzungen dafür, dass Menschen in der Region bleiben beziehungsweise nach Niederbayern zuwandern. Daher müssen Selbständigkeit und Unternehmensnachfolge durch folgende Maßnahmen gefördert werden:

- Es sollten durch Bildung der Nährboden für nachhaltiges Gründerklima geschaffen werden,
- die Wirtschaftspolitik an einer Kultur der Selbstständigkeit ausgerichtet werden,

- eine zielgerichtete Finanzierung von Gründungen und Nachfolge erfolgen
- und Gründungen vereinfacht und beschleunigt werden.

8. Verhinderung der Abwanderung, indem mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte geschaffen werden

9. Weitere Maßnahmen

- Dazu zählen die Erhöhung der Standortattraktivität insgesamt,
- der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- die flächendeckende Versorgung mit modernen Breitbandtechnologien,
- die Anpassung der Nahversorgung an den demographischen Wandel,
- die Nutzung des demographischen Wandels für die Region,
- die Sicherstellung der Finanzierung von Bildungseinrichtungen,
- sowie die Stärkung von Wissens- und Technologietransfer,

Behördenverlagerung

Um den Stellenwert der Region Niederbayern aufzuwerten und auch im öffentlichen Dienst Möglichkeiten eines heimatnahen Arbeitsplatzes zu schaffen, können von der Bayerischen Staatsregierung deutliche Zeichen gesetzt werden.

Eine bereits oft diskutierte Maßnahme stellt die Verlagerung von staatlichen Behörden aus den Verdichtungsräumen in die ländlichen Regionen dar.

Eine Vielzahl von Behördenmitarbeitern im Ballungsraum München würde gerne wieder nach Niederbayern zurückkehren, wo beispielsweise eigener Wohnraum finanzierbar und somit realisierbar ist.

Regionalförderung

Bezüglich der Regionalförderung muss der Regierungsbezirk mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um mögliche Zuschüsse auch gewähren zu können. Derzeit fehlen die Finanzmittel, um die Fördersätze gewähren zu können.

Zum Rahmenprogramm der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ist festzuhalten, dass die Faktoren „finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune“ und „durchschnittlicher Bruttolohn der Einwohner“ in die Berechnung einfließen müssen.

Die Mindestinvestitionssumme der Regionalförderung soll gesenkt werden, und zwar von 250.000 auf 100.000 Euro.

Ebenso soll die Grenze bei den Existenzgründern herabgesetzt werden, und zwar von 100.000 auf 50.000 Euro.

Die Risikokapitalfonds für kleinere Vorhaben unter Beteiligung des Freistaates sollen die Option der Aufstockung durch Landkreise, Sparkassen und sonstige Partner enthalten.

Die Kennzahlen für die Förderungen gilt es zu überdenken. Es stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien die Fördergelder vergeben werden sollen, z.B. unter Berücksichtigung von Arbeitslosenquote und demographischem Faktor⁷⁰

Projekte aus der Region (im Arbeitskreis Wirtschaft)

- In der Region Niederbayern gibt es Projekte wie zum Beispiel das "E-Wald"-Projekt, mit dem die Elektromobilität gefördert werden soll. Der Bayerische Wald gilt als Modellregion für die Elektromobilität; daran sind sechs Landkreise beteiligt.
- Des Weiteren gibt es das Projekt „Green Chemistry Belt“ (BioCampus Straubing), das sich mit der Veredelung der nachwachsenden Rohstoffe entlang der Donau befasst.
- Ein drittes Projekt ist das Kompetenzzentrum „nachhaltige Hightech-Fasern Kelheim“. Das Hochtechnologie-Faserzentrum deckt alle Bereiche von der Zellulose über den Precursor bis zur Carbonfaser in der Forschung und Fertigung ab. Der Schwerpunkt soll auf den beiden Bereichen Carbon und biobasierte Werkstoffe, wie Holz-Cellulose liegen. Das Zentrum wäre somit eine ideale Ergänzung zu den Aktivitäten in den Räumen Augsburg/Meitingen und Garching /Straubing.
- Ein weiteres großes Projekt ist der Ausbau der Region Niederbayern zur Bildungs- und Innovationsregion.

Die Schwerpunkte hierbei sind der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, der Universität und dem Wissenschaftszentrum und ein weiterer Ausbau der Technologie-Standorte der Hochschule Deggendorf und Landshut. Dieser Ausbau sieht folgende Bereiche vor:

- Technik Plus
- Technologie Zentrum Metall
- Technologie Campus Sensorik
- Technologie Campus Logistik
- Technologie Campus Kunststofftechnik
- Technologie Campus Leistungselektronik
- Technologie Campus Gesundheitsvorsorge
- Fakultät „Gesundheit, Pflege, Vorsorge“
- Transferzentrum „Technik und Innovation“
- Technologietransferzentrum Ruhstorf a.d. Rott

Weitere Informationen zu den geplanten Maßnahmen sind in der Zusammenfassung des Arbeitskreises „Bildung und Wissenschaft“ enthalten.

- Die Regionalisierung der Hochschulen Deggendorf und Landshut bringt für die Unternehmen und Start-Up Aktivitäten einige Vorteile.
 - Ein Vorteil ist der Zugriff auf Kompetenz und Spezialausstattung (Dienstleistung) und damit besteht weniger die Notwendigkeit für Eigeninvestition in eine teure Ausstattung.
 - Des Weiteren sind die Durchführung gemeinsamer Projekte (F&E-Förderprojekte) und damit eine finanzielle Entlastung,
 - die Vernetzung der Region,
 - die Gewinnung von Nachwuchs
 - und der Imagegewinn für die Region und damit eine bessere Vermarktung der Firma weitere Vorteile.

Aber auch für die Hochschulen selber gibt es Vorteile.

- Hierzu zählen neuere Chancen für die angewandte Forschung und Entwicklung,
 - die außergewöhnliche Ausstattung für ausgewählte Technologien und der Aufbau von Instituten mit internationalem Niveau,
 - sowie der Aufbau einer Eliteschule mit kleinen Studiengruppen in einem ansprechenden Ambiente, das auch über die klassische Ausbildung hinaus eine Diskussionskultur zwischen Studierenden, Lehrenden und Industrie fördert.
- In Niederbayern gibt es zudem das Projekt „Regionale Entwicklungsagentur“. Derzeit sind unterschiedlichste Ansprechpartner vorhanden, wie LfA, Kammern, Regierung und Landkreise. Es ist aber notwendig, diese Anlaufstellen bei einem einheitlichen Ansprechpartner für die Unternehmen zu bündeln. Gemeint ist eine zentrale Anlaufstelle für die Beratung über Förderungen.
 - Beim Projekt der „Innovations- und Forschungsförderung“ soll ein direkter Ansprechpartner in Niederbayern als Verknüpfung zum Haus der Forschung beziehungsweise zur Forschungsallianz installiert werden. Die Einrichtung könnte aktiv auf die Unternehmen zugehen.
 - Ein weiteres Projekt dreht sich um die regionalen Cluster, wie Leichtbau, Mechatronik, Mikrosystemtechnik, C.A.R.M.E.N., nachwachsende Rohstoffe, Bionik und Glas.

Die regionalen Cluster befinden sich derzeit in einer unsicheren Situation. Von daher sind eine dauerhafte finanzielle Absicherung beziehungsweise der Ausbau der Cluster notwendig.

- Im Projekt „Unterstützung regionaler Netzwerke: Forst und Holz Bayerischer Wald, Netzwerk Glas, Regionalmanagements, ...“ geht es um die nachhaltige Sicherung der Netzwerke und der bisher geschaffenen Strukturen.
- Ein „Einheitlicher Ansprechpartner für EU-Förderprogramme“ soll „EU-Networking“ betreiben.
- Das Regionalmanagement soll dauerhaft weitergeführt werden.
- Im Modellprojekt „Förderprogramm zur Unterstützung der technologischen Ausrichtung in KMUs“ ist die Personalkostenförderung von Akademikern das Ziel. Die Personalkosten werden in den ersten zwei Jahren mit 30% bezuschusst. Hierzu ist ein einfaches Verfahren vorgesehen: Vor der Einstellung wird ein Antrag gestellt, danach wird grundsätzlich die Zustimmung der Förderstelle erteilt. Die Bewilligung und die Auszahlung erfolgen dann nach der Vorlage des Verwendungsnachweises. Die Ziele sind der Anreiz für KMUs zu einer technologischen Ausrichtung, die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region für Studienabgänger und die Möglichkeit der Rückkehr für Akademiker nach Niederbayern.
- Es bestehen bereits einige Förderprogramme, die erhalten bzw. ausgebaut werden müssen, z.B.:
 - **ZIM Solo:**
Über Euronorm bzw. VDI/VDE wurden einige Förderanträge gestellt, die mit ca. 35 bis 40 % auf die förderfähigen Kosten bezuschusst werden. Ansatzfähig sind bei innovativen Projekten insbesondere Personalkosten von Projektmitarbeitern sowie übrige Kosten (zu 100%).
 - **Europäische Förderprogramme (insbesondere 7.FRP+ Forschung für KMU-Betriebe):**
Es bestehen gute Kontakte zu verschiedensten Organisationen (Bayerische Forschungsallianz, Bayern Innovativ, Clustergesellschaften etc.), Betriebe werden bedarfsgerecht mit Unterstützung dieser Fachinstitutionen beraten.
- Die Europaregion Donau-Moldau soll ein Leuchtturmprojekt europäischer Integration sein. Das Vorhaben, eine Europaregion Donau-Moldau zu errichten, ist schon jetzt ein gutes Beispiel für funktionierende Partnerschaft über die Grenzen hinweg. Ihre Gründung sollte mit Nachdruck weiter verfolgt werden, da daraus konkrete Projekte und Maßnahmen zur Entwicklung gerade der schwächer entwickelten Teilgebiete im Norden und Osten des Regierungsbezirks Niederbayern entstehen können.
 - Die Ziele hier sind ein rascher Abschluss der laufenden, vorbereitenden INTERREG-Studien,
 - die Erarbeitung möglicher Organisationsstrukturen,

- die Errichtung der Europaregion Donau-Moldau bis spätestens 2012
- und die Unterstützung von Projekten zur Internationalisierung der Hochschulen und der Wirtschaft Niederbayerns.

Infrastruktur

Um die Infrastruktur in Niederbayern zu optimieren, sind anzustreben:

- die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und die Entwicklung der Region,
- die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Straßen- und Schienennetzes,
- Aufstockung der Finanzmittel für Bau und Unterhaltung der Staatsstraßen.
- die Verbesserung der Anbindung strukturschwächerer Räume,
- die Verbesserung der Verkehrssicherheit der Straßen
- sowie die Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität an vorhandenen Straßen zur Steigerung der Attraktivität der Region.

Verkehrsinfrastruktur

Wie bereits von der IHK dargestellt, gehören hierzu:

1. Entwicklung der Magistralen

- Schienenstrecke Nürnberg – Passau – Linz - Budapest.
Die hoch belastete Strecke stellt die einzige internationale Schienenverbindung der Region dar. Die Trasse ist angesichts der wachsenden Bedeutung der West-Ost-Verkehre zukunftsfähig zu ertüchtigen und als Magistrale mit ständig wachsender europäischer Bedeutung für den Güter- und Personenverkehr fortzuentwickeln. Zu dieser Fortentwicklung zählen
 - die Ertüchtigung des Streckenabschnitts zwischen Plattling und Passau,
 - der Ausbau des Eisenbahnknotens Regensburg zur Steigerung der Gesamtkapazität der Strecke
 - und die Stärkung der Schnittstellen zu den Donauhäfen und deren Weiterentwicklung als Güterverkehrszentren.
- Durchgehende Fertigstellung der A 94 und der B 15 neu.
Die südliche Anbindung Niederbayerns an den Großraum München über die A 94 und die Nord-Süd-Verbindung zwischen Regensburg und Rosenheim über die B 15 haben eine wesentliche Erschließungsfunktion für Niederbayern.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen.
Laufende Untersuchungen berücksichtigen alle Parameter eines ökologisch und

ökonomisch sinnvollen Ausbaues und bieten eine tragfähige Entscheidungsgrundlage.

- Fortentwicklung der niederbayerischen Verkehrslandeplätze.

2. Schiene / Wasserstraße

- Auf der Schienenstrecke Passau-München sollte der zweigleisige Ausbau der Strecke Plattling-Landshut erfolgen, wobei eine mögliche Kurzfristmaßnahme der Bau von zusätzlichen Überholgleisen wäre.
Ebenso ist die Entzerrung von Regional- und S-Bahn-Verkehren zu empfehlen, da der Problempunkt zwischen Moosburg/Freising und München liegt.
- Für die optimierte Anbindung an den Flughafen München ist die Marzlinger Spange eine weitere Maßnahme.
- Der Ausbau der Schienstrecke Nürnberg- Passau- Linz- Budapest wurde bereits oben bei den Magistralen dargestellt.
- Zum Ausbau der Donau ist eine klare Aussage erforderlich.

Allgemeine Anmerkungen zur Straßen-Infrastruktur

- Verschiedene Entwicklungen konnten bei der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans zum Bau der Autobahnen in Niederbayern noch nicht abgesehen werden. So rückte die Region Niederbayern im Zuge der europäischen Osterweiterung vom Rande der Bundesrepublik Deutschland ins Zentrum Europas. Insbesondere die A 3 entwickelte sich dadurch von einer Nebenautobahn zu einer Hauptverkehrsachse des europäischen Marktes. Auf diese hohen Belastungen gerade im Güterverkehrsbereich wurde die Autobahn allerdings nicht ausgelegt. So entwickelte sich die Region mehr und mehr zu einem Nadelöhr für den Transitverkehr.
- Um auch die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern erfassen zu können, braucht die Region Niederbayern ein Gesamtverkehrskonzept. Dieses würde die Kombination der einzelnen Verkehrswege optimieren.
- Bezüglich des Transitlands Niederbayern bedeutet dies, dass die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte auch Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung mit sich bringen muss.
- Für das Pendlerland Niederbayern heißt das, dass es starke tägliche Pendlerströme zwischen den Landkreisen und in die nahen (Dingolfing, Landshut, Burghausen) und fernen Wirtschaftsregionen (München, Regensburg) gibt. Als notwendige Folge muss die Infrastruktur der Auslastung angepasst werden.

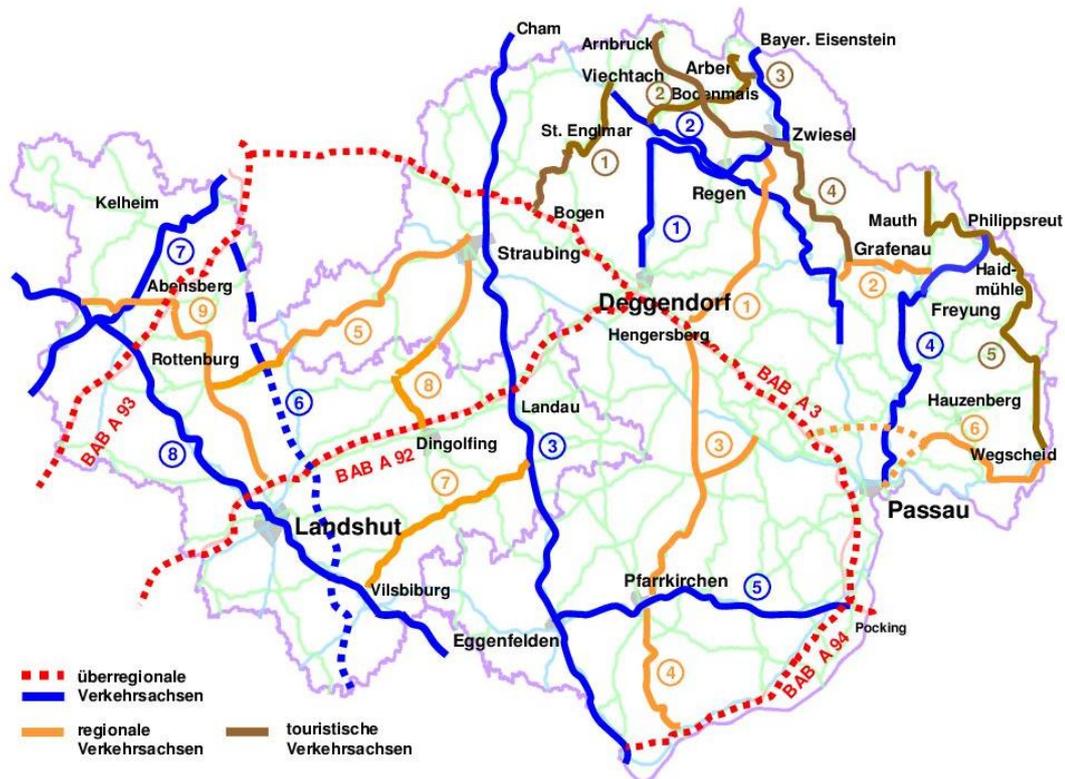


Abbildung 91: Verkehrsachsen in Niederbayern

Überregionale Verkehrsachsen

- Hierbei geht es um den Ausbau der Verbindung Plattling – Deggendorf – Pilsen – Prag beziehungsweise Passau – Prag. In Abstimmung mit Tschechien betrifft das die Schiene und die Straße.
- Die Bundesautobahn A3 müsste 6-spurig ausgebaut werden, zumindest in Abschnitten hoher Verkehrsbelastung und auf Steigungsstrecken wie der Strecke Hengersberg- Passau.
- Die Bundesautobahn A 94 müsste durchgehend und zügig fertig gestellt beziehungsweise ausgebaut werden,
- ebenso die Bundesstraße B15 neu.

Im Einzelnen geht es um folgende überregionale Verkehrsachsen:

1. Ausbau B 11 (Landkreise Deggendorf, Regen)
 - Verlegung Deggendorf - Grafing
 - 3. Fahrstreifen Grafing - Gotteszell
 - Ortsumgehung Ruhmannsfelden
 - Verlegung bei Schweinhütt; Ausbau Dreieck Zwiesel

2. Ausbau B 85 Viechtach- Neukirchen v. Wald (Landkreise Regen, Freyung- Grafenau)

- Kreuzungsumbau bei Viechtach
- 3. Fahrstreifen östlich von Viechtach
- 3. Fahrstreifen westlich/ östlich Patersdorf
- 3. Fahrstreifen westlich Regen (Marcher Berg)
- Verlegung Eberhardsreuth- Gumpenreit
- 3. Fahrstreifen nördlich Neukirchen v. Wald

3. Ausbau B 20 Rissmannsdorf- Straubing- Eggenfelden- Stammham/ A94 (Landkreise Straubing- Bogen, Rottal- Inn, Dingolfing- Landau, Stadt Straubing)

- 3. Fahrstreifen nördlich der A 3 in mehreren Teilabschnitten
- 4 - streifiger Ausbau zwischen BAB A 3 und BAB A 92
- 3. Fahrstreifen Mettenhausen
- 3. Fahrstreifen Haunersdorf
- 3. Fahrstreifen bei Simbach
- Ortsumgehung Gumpersdorf

Mittel- bis langfristig wäre ein 4-streifiger Ausbau zwischen den Bundesautobahnen A 3 und A 94 wünschenswert.

4. Ausbau B 12 (Landkreise Freyung- Grafenau, Passau)

- 3. Fahrstreifen bei Salzweg
- 3. Fahrstreifen nördlich Hutthurm
- 3. Fahrstreifen Außernbrünst
- 3. Fahrstreifen Freyung

5. Ausbau B 388 Eggenfelden- Pfarrkirchen- Pocking (Landkreise Rottal- Inn, Passau)

- 3. Fahrstreifen Eggenfelden- Pfarrkirchen
- Ortumgehung Brombach
- 3. Fahrstreifen Bad Birnbach- Pocking

6. Neubau B15 neu: Nord- Süd- Verbindung zwischen Regensburg und Rosenheim (Landkreise Kelheim, Landshut)

- Abschnitt Saalhaupt (A93) – Neufahrn (in Bau durch ABD-S)
- Abschnitt Neufahrn – Ergoldsbach (in Bau durch ABD-S)
- Abschnitt Ergoldsbach – Essenbach (in Planung durch ABD-S)
- Abschnitt Essenbach – Geisenhausen (in Planung durch ABD-S)

7. Ausbau B16 Ingolstadt – Kelheim – Regensburg (Landkreis Kelheim)
 - 3. Fahrstreifen östlich Münchsmünster (2010 fertig gestellt)
 - 3. Fahrstreifen südlich Abensberg (in Planung)

8. Ausbau B 299 Neumarkt- St. Veit - Landshut – Hallertau (Landkreise Landshut und Kelheim)
 - Ortsumgehung Neumarkt/St. Veit (Oberbayern) (in Bau)
 - Ortsumgehung Weihmichl (in Planung)
 - Ortsumgehung Neuhausen (in Planung)

Folgende regionale Verkehrsachsen sollen ausgebaut werden:

1. Ausbau Hengersberg (A3) - Zwiesel (Landkreise Deggendorf, Regen)
 - B 533: Ortsumgehung Auerbach
 - REG 12: Ortsumgehung Kirchberg; Ausbau nördlich Kirchberg
 - St 2134: Ortsumgehung Rinchnach; Ausbau nördlich Rinchnach

2. Ausbau der Achse Freyung- Grafenau (Landkreis Freyung- Grafenau)
 - B 533: Saldenau – Hohenau - Kapfham

3. Ausbau der Achse Pfarrkirchen - Hengersberg / Bundesautobahn A 3 (Landkreise Rottal- Inn, Passau, Deggendorf)
 - St 2109: Ortsumgehung Waldhof, Ettlham, Aidenbach, Aldersbach mit Ausbau der Achse Aldersbach – Vilshofen (Landkreis Passau)
 - St 2083: Ortsumgehungen Aunkirchen, Vilshofen a. d. Donau

4. Ausbau Pfarrkirchen- Simbach / A 94 (Landkreis Rottal- Inn)
 - St 2112: Ausbau südlich Pfarrkirchen

5. Ausbau der Laabertalachse (Landkreise Straubing- Bogen, Stadt Straubing, Landshut)
 - St 2142: Ortsumgehung Mallersdorf, Ortsumgehung Laberweinting, Ortsumgehung Geiselhöring
 - St 2142: Ortsumgehung Straubing, Stadtteil Alburg
 - St 2142: Ortsumgehung Neufahrn i. Niederbayern

6. Ausbau der Achse Wegscheid- Hauzenberg- Passau – BAB A 3 (Landkreis Passau) / Erschließung des nordöstlichen LK Passau

- B 388 westlich Wegscheid
- Kr PA 88 bei Oberötzdorf
- St 2320 / St 2132 südlich Hauzenberg
- Weiterführung zur BAB A 3
- St 2127 Ausbau Renholding – Klingermühle, Autobahnzubringer

7. Ausbau von Verkehrsachsen im Landkreis Passau

- St 2110 Umgehung Tutting und St 2110 Ortsumgehung Dommelstadl/Neuburg a.Inn
- St 2117 Pocking/Rottbrücke
- St2118 Ortsumgehung Fürstenzell
- St 2083 Ortsumgehung Vilshofen a. d. Donau und Ortsumgehung Aunkirchen
- St 2127 Ausbau Renholding- Klingermühle/Autobahnzubringer

8. Achse Vilsbiburg – Eichendorf (Landkreise Passau, Landshut, Dingolfing-Landau)

- St 2083: Ausbau der Ortsdurchfahrt Gerzen (in Bau)
- St 2083: Ortsumgehung Reisbach (in Planung)
- St 2083: Ortsumgehungen Vilshofen a.d. Donau, Aunkirchen

9. Ausbau Straubing – Dingolfing (Landkreise Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau)

- - St 2111: Ortsumgehung Mengkofen

10. Achse Landshut – Rottenburg – Neustadt a.d. Donau (Landkreise Landshut und Kelheim)

- - St 2143: Ortsumgehung Weihenstephan (in Bau)
- - St 2143: Ortsumgehung Hohenthann
- - St 2143: Ortsumgehung Rottenburg
- - St 2230: Ausbau Bachl-Rohr (in Planung)
- - St 2144: Ausbau westlich Abensberg
- - St 2144: Bahnübergangsbeseitigung Neustadt (in Planung)

Folgende touristische Verkehrsachsen sollen ausgebaut werden:

1. St 2139: Bogen- St. Englmar (Landkreis Straubing- Bogen)
2. St 2136: Patersdorf- Bodenmais- Arber (Landkreis Regen)
3. B 11/ St 2137: Zwiesel- Arber (Landkreis Regen)

4. St 2132: Grafenau- Zwiesel- Arnbruck (Landkreise Freyung- Grafenau und Regen)
5. St 2127 / St 2130: Mauth – Philippsreut – Haidmühle – Wegscheid (Landkreise Freyung- Grafenau, Passau)

Weitere Infrastrukturmaßnahmen Schiene:

- Schienenverbindung Ilztalbahn: Neubau Passau- Haidmühle
- Schienenverbindung Waldbahn: Gotteszell- Viechtach; Wiederaufnahme eines fahrplanmäßigen Personenverkehrs
- Granitbahn Passau- Hauzenberg: Wiederbelebung

ÖPNV

Aufgrund der älter werdenden Gesellschaft wird die individuelle Mobilität in den nächsten Jahren stark abnehmen. Um auch im Alter mobil zu bleiben, müssen im Bereich des ÖPNV einzelne Maßnahmen auch weiterhin gefördert werden beziehungsweise neue Ansätze in die Förderprogramme aufgenommen werden.

Gedacht ist hier an

- die Anpassung und Optimierung der Haltestelleninfrastruktur und Wegeföhrung,
- und an die Einbindung touristischer Verkehre und des Fahrgastpotentials aus dem Tourismus in die ÖPNV- Planung (GUTi- Gästeservice Umwelt Ticket auf eine breitere Basis stellen).
- Eine Mobilitäts-/Fahrtwunschzentrale soll den Transportbedarf und das Angebot koordinieren. Intelligente und bedarfsgerechte ÖPNV-Bedienformen müssen durch den Einsatz neuerer Technologien wie zum Beispiel Fahrtendisposition per GPS und GPRS aufgerüstet werden. Es muss neue Finanzierungs- und Fahrscheinmodelle geben.
- Die Förderung von Anrufsammeltaxis (ÖPNV) ist sinnvoll. Diese könnten im Stundentakt auf ausgesuchten Routen in den Landkreisen fahren. Außerdem könnten sie die Bewohner von in den Landkreisen verstreuten Stationen (4 Stück) abholen und zu den Anknüpfungspunkten des ÖPNV befördern. Eine Förderung der Stationen ist notwendig.

Radverkehr

Nicht nur aus touristischer Sicht sondern auch für die stärkere Mobilität innerhalb Niederbayerns spielt das Radwegenetz eine wichtige Rolle. Im Jahr 2010 wurden mit einer

Investitionssumme von 3,5 Mio. € 35 km Radwege gebaut. Im Jahr 2011 sind weitere 37 km in Planung.

Um Niederbayern in diesem Bereich für die Zukunft zu rüsten, sind weitere Maßnahmen notwendig. Hierzu zählen

- der weitere Ausbau und die Schließung vorhandener Lücken des Radwegenetzes für den Alltag und den Tourismus. Unter anderem geht es um den Lückenschluss Donauradweg Obernzell – Landesgrenze,
- die Verbesserung der Verknüpfung des Radwegenetzes mit anderen Verkehrsträgern wie Bus, Bahn und Schiff,
- sowie die Vereinfachung der Orientierung auf den Radwegen durch eine einheitliche Beschilderung.

Wasserversorgung- und Abwasserentsorgung

- Abwasserentsorgung Regierungsbezirk Niederbayern:
 - Es geht um 179 Bauvorhaben
 - mit einem Investitionsvolumen von 104 Mio. €,
 - davon 42 Mio. € aus Landkreisen mit Einwohnerrückgang.
- Wasserversorgung Regierungsbezirk Niederbayern:
 - Es geht um 20 Vorhaben mit Investitionsvolumen von 9,3 Mio. €,
 - davon 3 Vorhaben mit Investitionsvolumen von 3,5 Mio. € in Landkreisen mit Bevölkerungsrückgang.
- Abwasserentsorgung:
 - Abwasserentsorgungskonzepte wurden in den Kommunen aufgestellt.
- Zu klären ist,
 - ob bei der Erstellung der Konzepte auch die demographische Entwicklung berücksichtigt wurde
 - und ob und inwieweit die Kommunen die Fixkostenproblematik auf der Gebührensseite bei zentralen Anlagen mit schwindender Zahl der Anschließer gewürdigt haben.

Breitband

- Für Bayern muss es ein Leerrohrförderprogramm geben.

- Bei der Förderung müssen insbesondere die Flächenlandkreise berücksichtigt werden.
- Bei allen Tiefbaumaßnahmen müssen die Verlegung von Leerrohren für Breitband zwingend geprüft und die Kosten für die Verlegung entsprechend bezuschusst werden.
- Die Deckelung auf 100.000 Euro je Gemeinde ist aufzuheben.
- Die Planungssicherheit der Kommunen muss gewährleistet sein: fixe Fördersumme + festgelegte Eigenmittel in % = Investitionssumme.
- Außerdem muss eine gesetzliche Verpflichtung zum Ausbau für die Telekommunikationsbetriebe oder ein zusätzlicher Anreiz für den Ausbau von KVZ's (Investitionskosten + Betriebskostenzuschuss) gegeben sein.
- Als Beispiel zu nennen sind hier die Richtlinien zur Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten (RIFE), in denen die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt wird: je geringer die finanzielle Leistungsfähigkeit im Verhältnis zum Durchschnitt ist, desto größer fällt der Zuschuss auf.
- Das Rahmenrichtlinienprogramm ist zügig in ein länderspezifisches Programm umzuwandeln. Gelder müssen ausreichend eingestellt werden.

Energiewirtschaft

Um eine vermehrte Nutzung von regenerativen Energien in Niederbayern zu ermöglichen, sind umfangreiche Maßnahmen notwendig. Zu erwähnen sind hier

- gleiches Netzentgelt in ländlichen Regionen und Ballungsräumen,
- die Reaktivierung des Kraftwerks Pleinting, gegebenenfalls als Biomassekraftwerk,
- die Festlegung von Vorrang- beziehungsweise Vorbehaltsgebieten für Windkraft in den Regionalplänen,
- die Modernisierung alter Leitungen: 110 kV-Leitung Rottersdorf - Straubing- Sand,
- neue 380 kV- Leitungen im Inntal vom geplanten Heizkraftwerk Haiming bei Burghausen nach Simbach am Inn, von Simbach am Inn nach Oberösterreich sowie nach Isar I/ II bei Ohu im LK Landshut
- und das Gasversorgungsnetz: Hier soll eine MEGAL-Erdgasleitung von Schwandorf nach Hunderdorf (75 km Länge; Nenndurchmesser DN 1000, Auslegungsdruck DP 100) verlegt werden.

In Niederbayern gibt es aus Sicht dieses Arbeitskreises folgende **Leuchtturmprojekte**:

- Europaregion Donau-Moldau mit Nachdruck weiter verfolgen
- Aufbau „Regionale Entwicklungsagentur Niederbayern“
- Ausbau „Forschungs- und Wissenschaftsregion Niederbayern“

- Sicherung der regionalen Cluster und Netzwerke
- Bündelung Forschung und Entwicklung
- EU-Ansprechpartner für die Landkreise

10.4 Gesundheit

Arbeitskreis Gesundheit



Leitung:
Christian Bernreiter
Landkreis Deggendorf

Ein qualitativ hochwertiges und ortsnahe medizinisches Angebot stellt einen wesentlichen Standortfaktor dar. Dabei ist es nicht immer einfach, die medizinische Versorgung im dünner besiedelten ländlichen Raum aufrechtzuerhalten.

Dafür muss es u.a. gelingen Nachwuchskräfte wie z.B. junge Ärzte in der Region anzusiedeln, damit die Zahl der Ärzte sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich ausreicht und die in den nächsten Jahren aus Altersgründen zu erwartenden zahlreichen Abgänge ausgeglichen werden können.

Eine Kooperation mit den ausbildenden Hochschulen ist wichtig, z.B. durch die Einrichtung akademischer Lehrkrankenhäuser in der Region. Eine weitere Akademisierung der Gesundheitsberufe ist zu erwarten. Aber auch andere Ausbildungsstätten (z.B. für Pflegeberufe) haben eine hohe Bedeutung.

Die Bedeutung von Prävention und Reha-Maßnahmen wird zunehmen; dafür müssen Angebote vorgehalten werden.

Wesentliche Maßnahme:

- Gesundheitsregion Niederbayern ausbauen

Allgemeines

Eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung gehört zu den Fundamenten einer attraktiven Region. Daher gilt das Augenmerk der Aufrechterhaltung, dem Aufbau und der Optimierung der Strukturen sowohl im stationären als auch ambulanten Bereich.

Das Gesundheitswesen ist ein unverzichtbarer Sektor am Arbeitsmarkt, der viele attraktive Arbeitsplätze bietet. Aktuell nimmt der Gesundheitsbereich Platz 2 im Branchenvergleich ein. Allein die Kur- und Heilbäder in Niederbayern mit mehr als 800 Hotels und sonstigen Beherbergungsbetrieben, mit insgesamt 21.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen, generieren ein Umsatzvolumen von rund einer Milliarde Euro.

Der Gesundheitsmarkt bietet Teilen Niederbayerns weiterhin Wachstumschancen.

Durch den demographischen Wandel entstehen erhebliche Herausforderungen:

- Auch in Niederbayern droht ein deutliches Stadt-Land-Gefälle in der ärztlichen Versorgung
- Die (vorhandenen und zu schaffenden) Strukturen müssen aufgebaut, gesichert und optimiert werden.

An Maßnahmen für die Bewältigung des demographischen Wandels in Niederbayern werden vorgeschlagen:

- Noch engere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung.
- Ausweitung der MVZ und der ambulanten Versorgung der Kliniken und Krankenhäuser nur um jene Fachrichtungen, die von den niedergelassenen Ärzten nicht oder nicht mehr abgedeckt werden können. Ein Miteinander statt Gegeneinander zwischen ambulant und stationär ist hier zwingende Voraussetzung.
- Gesetzliche Vergütung der Grundversorgung durch die Kassen nach dem „Vorhalteprinzip“: sowohl bei Notfallversorgung als auch Rettungswesen!
- Verbünde und Kooperationen der stationären Häuser
- Spezialdisziplinen wie Herzchirurgie, Neurochirurgie, Perinatalzentrum u.a. werden im Rahmen der Donau-Moldau-Region transnational aufgestellt. Bereits vorhandene Einrichtungen müssen auch von der tschechischen (und österreichischen) Seite genutzt werden können (Sozialabkommen, Rettungshubschrauber,...).
- Bisher war schon Zusammenarbeit mit Tschechien möglich:

- In folgenden Fällen können Tschechen in Deutschland behandelt werden:
 - Tschechen, die in Deutschland arbeiten,
 - Tschechen, die einen Unfall in Deutschland haben,
 - Tschechen mit Privatversicherung.
- Der Rettungsdienst fährt bis zu 20 km über die tschechische Grenze, um deutsche Patienten zu versorgen.
- Für Kooperationen zwischen den Krankenhäusern müssen auf politischer Ebene die Rahmenbedingungen geschaffen werden (z.B. Ärzteaustausch mit Pilsen).
- Die in den anderen Arbeitskreisen bereits erarbeiteten Punkte zur Fachkräftesicherung und -gewinnung (Steigerung der Frauenquote, Verbesserung der Kinderbetreuung, Anpassung der Arbeitsbedingungen an ältere Arbeitnehmer, gesteuerte Zuwanderung aus dem Ausland,...) gelten uneingeschränkt auch für den Gesundheitssektor.
- Ergänzend dazu und abgestimmt auf den Gesundheitsbereich ist der Projektbericht „Nachwuchsförderung/-gewinnung“ der Bundesärztekammer zu beachten.
- Das Thesenpapier des Bayerischen Landkreistages gilt uneingeschränkt für Niederbayern.

I. Förderung des ärztlichen Nachwuchses:

- Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze: Würden alle Medizinstudenten eine vollzeitige Beschäftigung in der Patientenversorgung anstreben, wäre die zukünftige ärztliche Versorgung gesichert. Allerdings wollen einige Studienanfänger wegen anderer Arbeitsbedingungen und Vergütung später ins Ausland gehen oder in administrative Bereiche abwandern. Zudem sind 60% der Studienanfänger Frauen, die häufig Teilzeitbeschäftigungen anstreben. Ein steigender Anteil an Teilzeitbeschäftigung und Gemeinschaftspraxen erfordert eine erheblich höhere Anzahl von ausgebildeten Ärzten; die gegenwärtige Studienplatzzahl reicht hierfür nicht aus.
- Eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze alleine wird allerdings nicht ausreichen. Auch das Auswahlverfahren muss an die Anforderungen im Beruf angepasst werden. So müssen für ein Medizinstudium „die Richtigen“ gewonnen werden: soziale Kompetenz und praktische Begabung sind neben einem gewissen Notenschnitt wichtige Faktoren und müssen (bei Studentenauswahl und Studieninhalten) berücksichtigt werden.
- Schaffung von frei zu vergebenden Medizinstudienplätzen für heimatverbundene Jugendliche, die sich verpflichten nach Erhalt der Approbation ihre ärztliche Tätigkeit in der Region Niederbayern auszuüben.

II. Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung

- Durch Kooperationen mit Universitäten spezielle Studienplätze für heimatverbundene Jugendliche anbieten (verbunden mit der Bedingung eine bestimmte Zeit regional zu praktizieren).
- Abschaffung des Numerus clausus: Wichtig im Gesundheitsbereich sind soziale Kompetenzen und die „Arbeit am Menschen“.
- Gründung von Fördervereinen für ärztliche Nachwuchsgewinnung .
- Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung
- Attraktivere Arbeitsbedingungen und Teilzeitweiterbildungsstellen in den Kliniken
- Kinderbetreuungsangebote durch die Kliniken (gilt auch für die Pflege)
- Abbau von überzogenen Bürokratie in den Kliniken (auch in der ambulanten Versorgung): durch den Aufwand in der Verwaltung entstehen neue Berufe, in die Ärzte gezogen werden ($\frac{1}{3}$ der Absolventen arbeiten nicht am Bett). Dies verstärkt den Ärztemangel zusätzlich.
- Verbesserte und strukturierte Weiterbildungsprogramme
- Weiterbildungsverbund für Allgemeinmediziner und Klinikärzte
- Ausweitung der Facharztweiterbildungsberechtigung in kleineren Kliniken
- Stärkung der Pflege- und Assistenzberufe in den Krankenhäusern
- Neues Versorgungsgesetz: kleinräumigere Bedarfsplanung auf Landkreisebene angesiedelt

III. Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung

- kleinräumigere Bedarfsplanungsregionen mit gezielter Förderung der Niederlassung in Großstadt-fernen Regionen (unter Einbeziehung der Kommunen): Bedarfsplanung auf Landkreisebene
- Fixierung der Ortsgebundenheit von Praxisniederlassungen
- Zulassung und Förderung von Zweitpraxen insbesondere im Facharztbereich in abgelegeneren Regionen im Falle einer Unterversorgung mit z.B. 1 - 2 Sprechtagen pro Woche
- Neuorganisation der ambulanten Notfallversorgung
- Stärkere Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgungsangebote
- Zulassung von Fachambulanzen (Institutsermächtigung) und Oberärzten (Fachärzten) für die ambulante fachärztliche Versorgung bzw. Anbindung von Facharztversorgung an die Kliniken
- Leistungsgerechte und transparente Vergütung von Hausbesuchen

- Zulassung von Versorgungszentren
- Pflichtfamulatur in einer Landarztpraxis
- Förderung von Niederlassungen (günstige Darlehen, günstige Praxisräumlichkeiten, Ärztehäuser,...)
- Herabsetzung der Zulassungskriterien für Notärzte

IV. Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung im öffentlichen Gesundheitsdienst

- Erhöhung der Altersgrenze für die Verbeamtung

V. Krankenhausförderung

- Flexibilisierung der Krankenhausförderung
Bei erforderlicher Schwerpunktbildung sollten bereits bewilligte Zuschüsse nicht verfallen oder zurückbezahlt werden müssen sondern entsprechend übertragen werden können. So kann der Strukturwandel besser begleitet werden.

VI. Weitere Vorschläge (Hochschule Deggendorf):

Gesundheitsregion Niederbayern

- Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention in der Region und Einbeziehung der Kapazitäten der Kur- und Heilbäder und anderer Leistungsanbieter in diesem Bereich
- Gesundheitsbildung in Schulen, Betrieben, Behörden
- Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements als weiterer Standortfaktor in Niederbayern und Antwort auf die älter werdende Belegschaft. Hier wäre der Bereich der psychischen Erkrankungen besonders wichtig, da diese Krankheiten einen erheblichen Teil der Gründe für Arbeitsunfähigkeitstage ausmachen.
- Bereitstellung eines Webportals zur Förderung des individuellen Gesundheitsmanagements (z.B. Viterio)
- Positive Außendarstellung der Gesundheitsregion

VII. Weitere Vorschläge (Hochschule Landshut):

- Gründung einer Fakultät „Gesundheit, Pflege, Vorsorge“
 - Die Anforderungen an Berufe des Gesundheitswesens sind stark gestiegen und verlangen immer mehr einen wissenschaftlichen Hintergrund.
 - Eine Akademisierung der verschiedenen Berufsbilder (Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie, Gesundheits- und Krankenpflege,

Gesundheitsmanagement, Hebammen,...) ist nötig, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

VIII. Gedanken zu Bädern und Reha:

Die Kurorte und Heilbäder Bad Füssing, Bad Birnbach, Bad Griesbach, Bad Abbach und Bad Gögging, firmierend als „Bayerisches Golf- und Thermenland“, sind mit rd. 6 Mio. Übernachtungen und 650.000 Gästeankünften sowie 10 Mio. Tagesgästen die gesundheits-touristischen Leuchttürme in Bayern. Mit mehr als 800 Hotels und sonstigen Beherbergungsbetrieben, 21.000 direkten und indirekten Arbeitsplätzen und einem Umsatzvolumen von rd. einer Milliarde Euro tragen diese Orte ganz erheblich zum wirtschaftlichen Geschehen in Niederbayern bei. Sie können auch in Zukunft durch ihre medizinische und therapeutische Kompetenz und durch zwischenzeitlich erarbeitete moderne Präventionsprogramme einen wesentlichen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen erbringen.

- Bäderdreieck als überregional bekannte Einrichtung in Niederbayern
- Mehrere Zehntausend direkte und indirekte Arbeitsplätze durch das Bäderdreieck
- Gesundheitspolitik wird auch in Zukunft zu Sparmaßnahmen gezwungen sein: meist negative Folgen für Kurorte!

Grund: In den Kurorten behandelte Menschen haben meist keine akut lebensbedrohlichen Erkrankungen (überwiegend chronisch kranke Patienten). In den letzten Jahren erfolgten hier die meisten Kürzungen, und ein restriktives Bewilligungsverfahren wurde aufgebaut.

In einer Studie der Prognos AG aus dem Jahr 2009 wird die volkswirtschaftliche Rendite eines investierten Euros eines für Reha-Einrichtungen investierten Euros mit mehr als 500% angegeben. Durch eine steigende Wirksamkeit und Inanspruchnahme der Rehabilitation würde der volkswirtschaftliche Netto-Nutzen im Zeitverlauf deutlich zunehmen: Im Jahre 2025 würden pro investierten Euro 12 Euro zurückfließen!

- Rehabilitation rechnet sich volkswirtschaftlich und monetär.
- Reha wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein wichtiger Beitrag im Kontext der „Rente mit 67“, die zur Bewältigung des demographischen Wandels beitragen wird.
- Insbesondere in den Bereichen „Reha vor Rente“ und noch mehr in „Reha vor Pflege“ müssen die vom Gesetzgeber bereits vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt werden.
- Eine Stärkung der Reha kann durch Änderung der Rahmenbedingungen erfolgen:
 - Beseitigung der zeitlichen Limitierung von Reha-Leistungen
 - Stärkere Flexibilisierung von Reha-Maßnahmen
 - Bedarfsgerechte Anpassung der Reha-Maßnahmen

- Gleichstellung der Rehabilitation im Verhältnis zur Akutbehandlung

Die Rahmenbedingungen müssen sowohl für stationäre als auch für ambulante Reha gelten.

- In den letzten Jahren wurden die Reha-Ausgaben immer wieder gedeckelt und nicht bedarfsgerecht angepasst. Diese Deckelung ist aufzuheben.
Durch Rehabilitation können Menschen länger und gesünder in Arbeit gehalten werden.
- Beim Gesundheitstourismus entsteht ein Präventions-Effekt
Jeder, der seinen Urlaub mit Gesundheitsmaßnahmen anreichert, sollte belohnt werden.
- Investitionen in Kur- und Bäderregion erfolgen bisher nicht koordiniert.
Schwerpunkte der einzelnen Einrichtungen müssen herausgearbeitet werden.

Handlungsempfehlungen:

- Verankerung des Themas „Prävention“ in allen Politikbereichen.
- Exklusive Einbindung der Heilbäder und Kurorte in ein Präventionsgesetz.
- Ambulante Vorsorgeleistungen als Pflichtleistungen der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung.
- Unterstützung bei der Neuorganisation der ambulanten Notfallversorgung.
- Herabsetzung der Zulassungskriterien für Notärzte.
- Gründung einer Fakultät „Gesundheit, Pflege, Vorsorge“.
- Stärkung der Reha durch Änderung der Rahmenbedingungen:
 - Beseitigung der zeitlichen Limitierung von Reha- und ambulanten Vorsorgeleistungen
 - Stärkere Flexibilisierung von Reha- und ambulanten Maßnahmen
 - Bedarfsgerechte Anpassung der Reha- und ambulanten Maßnahmen
 - Gleichstellung der Rehabilitation im Verhältnis zur Akutbehandlung
- Stärkere Flexibilisierung von Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Bedarfsgerechte Anpassung der Reha- und ambulanten Maßnahmen.
- Gleichstellung der Rehabilitation im Verhältnis zur Akutbehandlung.

Leuchtturmprojekt:

Gesundheitsregion Niederbayern

Unter diesem Schlagwort lassen sich die wichtigsten Maßnahmen im Gesundheitsbereich subsumieren und entsprechend positionieren.

10.5 Tourismus / Natur / Sport

Arbeitskreis Tourismus, Sport und Natur



Leitung:
Heinz Wölf (Landkreis Regen)
Bruni Mayer (Landkreis Rottal- In

Tourismus ist eine wichtige „Querschnitts“-Branche, die viele Bereiche der regionalen Wirtschaft betrifft.

Die Auslastungszahlen sind bisher zufriedenstellend, wenn der hohe Anteil der Privatvermieter, die vielfach nur saisonal vermieten, berücksichtigt wird.

Wichtige Infrastrukturangebote für den Tourismus (z.B. Wellnessangebote) lassen sich ohne Wirtschaftsförderung nicht einrichten und betreiben.

Für den Erfolg des Tourismus haben die Markenstrategien und die Außenwerbung eine hohe Bedeutung. Dabei müssen die positiven Besonderheiten in der Region herausgestellt werden, bekannte Orte, Namen und Ereignisse helfen mit, die Region erfolgreich zu vermarkten.

Wichtig ist die Erhaltung und Dokumentation hoher Qualitätsstandards, weil der Tourismus nur so auf Dauer erfolgreich sein kann.

Im Sport unterstützen herausragende Ereignisse und Namen den Bekanntheitsgrad der Region. In Niederbayern hat besonders der Wintersport eine hohe Bedeutung.

Wesentliche Maßnahmen:

- Goldsteig- Wanderweg
- Center Park Frauenau
- Donausteig
- Weltcup Arber
- Talentförderung, Leistungszentren und Stützpunkte: Arber, Arbersee, Rastbüchel
- Breitensport: Radrennbahn Niederpörling

10.5.1 Tourismus

Der Freistaat Bayern ist die größte Urlaubsregion in Deutschland.

Der Regierungsbezirk Niederbayern mit seinen Destinationen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf- und Thermenland ist dabei mit 13,2 Millionen Übernachtungen einer der übernachtungsstärksten Bezirke innerhalb Bayerns. Ca. 55.000 Personen verdienen ihren Lebensunterhalt in der Tourismusbranche. Der Tourismus als Querschnittsindustrie generiert mit 1.244 Millionen € Brutto-Umsatz im Gastgewerbe 901 Millionen € Umsatz im Einzelhandel und 409 Millionen € im weiteren Dienstleistungsgewerbe. Insgesamt entsteht eine Bruttowertschöpfung von 2.554 Millionen € für Niederbayern. Damit auch in Zukunft der Tourismus eine der tragenden Säulen der niederbayerischen Wirtschaft bleibt, ist es wichtig, dass sich das touristische Angebot und dessen Vermarktung dynamisch und mit hoher Qualität weiterentwickelt. Dies ist im Wettbewerb mit deutschen, aber auch europäischen Destinationen auf Grund der vorhandenen Struktur von Klein- und Kleinstbetrieben oftmals sehr schwierig und ohne öffentliche Unterstützung nicht umzusetzen.

Es herrscht in vielen Betrieben ein massiver Investitionsstau. Viele Betriebe haben weder eine ausgeprägte Spezialisierung noch eine Klassifizierung. Bei vielen Gastgebern ist der Professionalisierungsgrad sehr gering (reiner Nebenerwerb und damit besteht wenig Neigung zur Weiterqualifizierung). In vielen Betrieben stellt sich das Problem der Betriebsnachfolge. Auf wichtigen Themenfeldern ist insbesondere der Bayerische Wald dabei, überholt zu werden.

Auf vielen Feldern ist eine Qualitätssteigerung dringend nötig. Dies betrifft Betriebe ebenso wie Touristinformationen und Freizeiteinrichtungen. Qualitativ weiterentwickelt werden muss nicht nur die Hardware, sondern auch die Servicequalität, die sprachlichen Fertigkeiten und der Umgang mit modernen Medien und Kommunikationsmitteln. Die touristische Bildungs-offensive für touristische Leistungsträger muss fortgesetzt werden. Neben der Qualitäts-

steigerung und Qualitätssicherung in der Ausstattung ist dringend ein Qualitätsmanagement in der Qualifizierung des Personals erforderlich.

I. Die Ziele:

Bayerischer Wald

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung. Hierzu sind Mittel für die regelmäßige Durchführung entsprechender Untersuchungen erforderlich.
- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer Führungsposition auf den Themenfeldern Wandern, eBiken, Familienurlaub, Outdoor, Wellness und Winter (familienfreundliches Alpinangebot und Nordische Topregion).
- Steigerung der Klassifizierungs- und Spezialisierungsquote der Betriebe.
- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke. Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste auf mittelfristig mindestens 10%.

Bayerisches Golf- und Thermenland

- Steigerung der Wertschöpfung aus dem Tourismus und Anerkennung dieser Maßzahl als maßgeblicher Parameter für die touristische Entwicklung.
- Erreichen, Erhalt und Ausbau einer führenden Position auf den Themenfeldern Gesundheitsurlaub, Golf, Radfahren und Kultur.
- Die noch geringe Klassifizierungsquote bei allen Beherbergungsarten im Bayerischen Golf- und Thermenland ist unbefriedigend und muss dringend gesteigert werden. Wie relevant die Klassifizierung gerade in der heutigen Zeit ist, verdeutlicht der DTV (Deutscher Tourismusverband e.V.) auf seiner Internetseite: „Für den Gast sind Sterne als international verständliche Symbole bei der Auswahl seines Ferienquartiers eine zuverlässige Orientierung und ein unverzichtbares Kriterium für die Buchung. Und zwar besonders dann, wenn er im Internet bucht.

Für Gastgeber mit privaten Ferienunterkünften sind Sterne eine ideale Möglichkeit, die Qualität ihres Angebots objektiv zu beweisen. Sterne stellen außerdem einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Anbietern dar und liefern ein wirksames Werbeargument“ (vgl. Deutscher Tourismusverband e.V. - www.deutschertourismusverband.de/index.php?pagelId=20, 24. März 2011). Gleiches gilt natürlich auch für die vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband e.V. (DEHOGA) angebotene Hotelklassifizierung.

- Stärkere Bindung aller touristischen Akteure an die Dachmarke, besonders auch privater Golfclubs. Ergebnis soll ein höherer Beteiligungsgrad und damit eine stärkere Bündelung der Mittel sein.
- Steigerung des Anteils ausländischer Gäste.

Die Ziele für die Donau-Region

- Stärkung des Rad-, Wander-, Städte- und Schifffahrtstourismus an der niederbayerischen Donau (Ausbau des Donau-Tourismus entlang der transeuropäischen Donauachse).

II. Politische Forderungen an den Freistaat Bayern

- Unterstützung für den Erhalt der Gemeinschaftsaufgabe Tourismusförderung über das Jahr 2013 hinaus und damit die Möglichkeit, auch künftig sowohl Qualitätsverbesserungen in der Infrastruktur, Marketing- als auch Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig zu halten. Insbesondere die Fortführung der EU-Strukturförderung im Tourismus für die Region Ostbayern ist elementar.
- Unterstützung für den Erhalt des gesenkten Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie.
- Unterstützung bei der Ansiedlung strahlkräftiger Investitionsprojekte. Nur durch überregionale Leuchtturmprojekte können die Regionen Bayerischer Wald und Bayerisches Golf & Thermenland überregionale Bedeutung gewinnen.
- Ein Referenzprojekt ist hier derzeit der Goldsteig Wanderweg.
- Ein für den Bayerischen Wald wichtiges zentrales Großprojekt ist eine mögliche Ansiedlung von CenterParks in Frauenau. Hier wird das Wirtschaftsministerium gebeten, wenn die Gespräche soweit gediehen sind, dieses Projekt bestmöglich zu unterstützen.
- Wichtig ist auch die Fortführung des oberösterreichischen Erfolgsprojekts Donausteig und dessen Entwicklung und Vermarktung auf bayerischer Seite.
- Die finanzielle Ausstattung des öffentlichen Tourismus ist an der Ausstattung der direkten Wettbewerber zu orientieren. Hier ist vor allem das Bundesland Oberösterreich zu nennen. Bei 6,3 Mio. Übernachtungen erhält der dortige Tourismusverband jährlich 12 Mio. Euro Budget, exklusive zur Verfügung stehender EU-Mittel. Die Mittel des Tourismusverbandes Ostbayern umfassen exklusiv EU-Mittel gerade mal 1 Mio. Euro bei 13,2 Mio. Übernachtungen.
- Unterstützung bei der Schaffung einer personellen und finanziellen Grundlage zur Stärkung der genannten Themen und Produkte (Produktmanager und Betriebscoaches, „Kümmerer“) auf Ebene des Tourismusverbandes Ostbayern,

der Landkreise und Kommunen. Die Erfahrungen zeigen, dass nur durch persönlichen Kontakt zwischen dem innovativen Treiber Tourismusverband und den Betrieben eine dynamische Entwicklung und eine zielführende Einbindung möglich sind.

- Möglichkeit für klassifizierungswillige Betriebe, die Klassifizierung bis zu drei Sterne für Betriebe kostenlos zu gestalten.
- Die Gewährung der Höhe von Förderungen (sowohl für Betriebe als auch für Kommunen) muss daran geknüpft sein, dass fehlende Klassifizierungen/ Zertifizierungen umgehend erworben werden bzw. die Eingliederung in die Vermarktungsstrategie Bayerischer Wald / Bayerisches Golf & Thermenland verlangt wird (Nutzung der Dachmarke, Teilnahme an gemeinsamen Marketingmaßnahmen, ...)
- Darüber hinaus dürfen die Kommunen bei der dringend notwendigen Errichtung und Modernisierung z.B. großer Sporteinrichtungen, wie Eissporthallen, Sprungschanzen oder Rennbahnen, vom Staat nicht allein gelassen werden. Eine Sport-, Wellness- und Gesundheitsregion braucht auch bei der Sportinfrastruktur Aushängeschilder, die sie befähigt, internationale Großveranstaltungen nach den geforderten Standards reibungslos abzuwickeln. Entsprechende staatliche Förderansätze sind vorzusehen.
- Nicht zuletzt sollte ein Programm ähnlich wie das Programm „Freizeit und Erholung“ neu aufgelegt und ausreichend dotiert werden. Die Errichtung und Modernisierung von z.B. Badeseen, Langlaufloipen und Wanderwegen kommt nicht nur dem Urlaubsgast zugute, sondern trägt auch maßgeblich zur Steigerung der Lebensqualität der niederbayerischen Bevölkerung und damit zur Verwirklichung des Ziels, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen, bei.

10.5.2 Arbeitskreisbericht Natur

Im folgenden Teil geht es um die Ergebnisse des Arbeitskreises Natur. Es wird zunächst auf die Naturvielfalt in Niederbayern eingegangen. Anschließend werden die wichtigsten Kernforderungen für „Aufbruch jetzt in Niederbayern“ im Bereich Natur aufgeführt; zuerst aus Sicht des Nationalparks Bayerischer Wald, dann aus der Sicht des Naturparks Bayerischer Wald e.V. und zuletzt aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten.

I. Naturvielfalt in Niederbayern

Niederbayern verfügt über eine außerordentliche biologische Vielfalt mit mehr als 50.000 Pflanzen-, Tier- und Flechtenarten. Jede Art hat ganz spezifische Ansprüche an ihren Lebensraum. In Niederbayern reicht die Vielfalt an Lebensräumen von den Bächen, Bergwiesen und Bergwäldern des Bayerischen Waldes über die Magerrasen und Felsen der Frankenalb, den Niedermooren im Isartal bis zu den Auwäldern und Altwässern entlang der Donau und ihren Nebenflüssen.

Schutzgebiete sind ein unverzichtbarer Baustein für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Hier hat die Natur Vorrang vor anderen Ansprüchen.

Ein herausragendes Schutzgebiet in Niederbayern ist der Nationalpark Bayerischer Wald, welcher gleichzeitig auch FFH- und Vogelschutzgebiet ist. Der Nationalpark Bayerischer Wald stellt mit einer Gesamtfläche von 24.250 ha einen bedeutenden Baustein im europäischen Biotopverbund dar. Die Natur soll bis zum Jahr 2027 auf mindestens 75% der Fläche ungestört sich selbst überlassen werden.

Dass sich der Nationalpark Bayerischer Wald auch zu einem wichtigen regionalen Wirtschaftsfaktor entwickelt hat, haben jüngste Studien der Universität Würzburg belegt.

Ein weiteres herausragendes Schutzgebiet ist das Europa-Diplom-Gebiet Weltenburger Enge.

In Niederbayern gibt es daneben noch zwei Naturparke: Den Naturpark Bayerischer Wald, der sich über vier niederbayerische Landkreise erstreckt, und den Naturpark Altmühltal, welcher nur zu einem kleinen Teil im nördlichen Landkreis Kelheim liegt. In diesen Gebieten stehen naturnahe Erholung und nachhaltiger Tourismus im Vordergrund. Mit einer Gesamtfläche von 2.240 km² entfallen 22% der Fläche Niederbayerns auf diese Schutzkategorie. Naturparke leisten wertvolle Unterstützung in der Landschaftspflege sowie im Arten- und Biotopschutz.

Naturschutzgebiete sind die Zentren der biologischen Vielfalt. Sie sind besonders artenreich, Lebensraum sehr seltener Arten oder charakterisieren in besonderem Maße landschaftstypische Lebensräume. In Niederbayern gibt es derzeit 63 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 7.200 ha.

Niederbayern hat weiter Anteil an insgesamt 92 teilweise bezirksübergreifenden Natura 2000-Gebieten (FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete) mit einer Gesamtfläche von rund 68.000 ha, was etwa 6,5% der Bezirksfläche entspricht.

Zu den größten FFH-Gebieten Niederbayerns gehören die Donau-Auen zwischen Straubing und Vilshofen. Auwälder, Altwasser und Aewiesen sind hier Lebensraum von zahlreichen europaweit seltenen Arten.

Ein im wahrsten Sinn des Wortes herausragendes niederbayerisches FFH- und Vogelschutzgebiet ist der Große Arber mit seinen Wäldern, Felsen, Borstgrasrasen und Zwergstrauchheiden.

Landschaftsschutzgebiete dienen in erster Linie der Sicherung des Landschaftsbildes gewachsener Kulturlandschaften und der Erholung. In Niederbayern gibt es 62 davon.

Außerdem bestehen vorbildliche begleitende Einrichtungen. Das Haus am Strom in Jochenstein ist eine anerkannte Umweltstation des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und erfüllt wichtige Aufgaben im Rahmen der Umweltbildung. Darüber hinaus ist es eine wichtige Informationsstelle für den Tourismus.

Insgesamt unterliegen 28% der Fläche Niederbayerns einem gesetzlichen Schutz.

Darüber hinaus wird in 41 BayernNetzNatur-Projekten, in zwei Naturschutzgroßprojekten des Bundes (Isarmündung und Altmühlleiten) und drei EU-LIFE-Projekten (Untere Isar, Unterer Inn mit Auen, Donauhänge) versucht, Lebensräume für Pflanzen und Tiere zu erhalten und wieder herzustellen.

Doch die Vielfalt ist bedroht. Fast 50% der Bayerischen Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet.

Die Sicherung der biologischen Vielfalt ist daher eine anspruchsvolle und wichtige Aufgabe, insbesondere der Naturschutzbehörden und auch der Institutionen und Vereine, wie zum Beispiel des Naturparks Bayerischer Wald e.V. Für die Erfüllung dieser Aufgabe ist die Unterstützung des Staates notwendig. Die Bayerische Strategie zur biologischen Vielfalt, die 2008 vom Landtag verabschiedet wurde, gibt dabei den Handlungsrahmen vor. Dieser ist aber nicht ausreichend.

II. Kernforderungen für „Aufbruch jetzt in Niederbayern“ im Bereich Natur aus der Sicht des Nationalparks Bayerischer Wald:

Aus Sicht des Nationalparks Bayerischer Wald wird die Aufrechterhaltung der notwendigen Personal- und Finanzausstattung und die Förderung folgender Projekte, für die es derzeit

keine ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten gibt beziehungsweise die Finanzierung künftig nicht gesichert ist, gefordert:

1. Entwicklung neuer touristischer Strukturen in der Nationalparkregion (zweijähriger Moderationsprozess).
2. Bau und Errichtung einer Waldwerkstatt am Hans-Eisemann-Haus.
3. Errichtung von „Tankstellen“ an drei Standorten für das Projekt „E-Wald“ mit den dazu notwendigen Photovoltaikanlagen (die Photovoltaikanlage beim Haus zur Wildnis soll darüber hinaus den gesamten Strom für die Besucherzentrale abdecken).
4. Maßnahmen zur Stärkung des ÖPNV in der Nationalparkregion. Dies beinhaltet die langfristige Sicherung des Igel-Bus-Systems über 2012 hinaus und die Einführung des Stunden-Takts auf der Waldbahnstrecke Zwiesel - Grafenau mit entsprechender Verbesserung der Infrastruktur.

Ein Vorschlag zu Finanzierung ist die Verwendung der gesamten Parkplatzeinnahmen in den beiden Nationalparkzentren für Infrastrukturmaßnahmen in der Nationalparkregion (derzeit auf jährlich nur 100.000 Euro festgelegt).

III. Kernforderungen aus der Sicht des Naturparks Bayerischer Wald e. V.:

1. Einrichten eines finanziellen Grundstocks, zum Beispiel die Aufstockung der Gesellschaftsführungspauschale bei Naturparks, etwa nach einem Flächenschlüssel,
2. Erforderliche Planungssicherheit durch ausreichende Personalausstattung,
3. Rückgängigmachen der Reduzierung der Gebietsbetreuerstellen,
4. Anhebung des Mittelkontingents für den Erholungsbereich,
5. Wiedereinführung der Mittelzuteilungsquote für Naturparke (Aufschlag von 10% in Naturparks /Landschaftsschutzgebieten im Vergleich zum Landschaftspflegeprogramm),
6. Festlegung fester Projektförderquoten (derzeit liegen die Fördersätze zwischen 50% und 90%, die Entscheidung trifft die Höhere Naturschutzbehörde (HNB).

IV. Kernforderungen aus der Sicht der Unteren Naturschutzbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten:

1. Die Fördermittel für die drei wichtigsten Förderprogramme Vertragsnaturschutz / Erschwernisausgleich (VNP/EA), Förderung gemäß Naturpark- und Landschaftspflegerichtlinien (LNPR) und staatliche Maßnahmen des Naturschutzes (100%-Förderung, zum Beispiel in Naturschutzgebieten) sind nicht ausreichend. Sie müssen dringend aufgestockt und auch verlässlich über mehrere Jahre hinweg gewährt werden.
2. Der personelle Aufwand für die Projektbetreuung sollte im Fördervolumen berücksichtigt werden. Notwendig sind externe Projektbetreuer oder eine Aufstockung des naturschutzfachlichen Personals.
3. Förderschwerpunkt sollte neben Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz auch der Grunderwerb sein. Dieser wird derzeit faktisch nur über den Bayerischen Naturschutzfonds gefördert. Höhere Fördersätze wären notwendig, damit wieder Projektträger gefunden werden können, die auch den Eigenanteil tragen.
4. Die Struktur und die Organisation der Förderprogramme müssen verbessert werden. Die Förderhindernisse bestehen im zu hohen Verwaltungs- und Personalaufwand, in den ständigen Änderungen, zu kurzen Umsetzungsfenster, Fehlen einer verlässlichen Mittelplanung über mehrere Jahre hinweg und dem hohen Antrags- und Kontrollaufwand.
5. Des Weiteren müssen die marktverzerrenden Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gestoppt werden. Biogaserzeugende Betriebe verschärfen mittelbar (vor allem durch steigende Pachtpreise) und unmittelbar den Druck auf die geförderte landschaftspflegende Pachtnutzung.

10.5.3 Sport in Niederbayern

In Niederbayern sind 462 000 Menschen (39 % der Bevölkerung) in Sportvereinen organisiert. 40 000 Personen engagieren sich ehrenamtlich für die Aufgaben des Sports. Es ist ein flächendeckendes Netz von Sportstätten vorhanden, überwiegend im Eigentum der Vereine und wird auch von diesen unterhalten. Die Eigenleistung und das Spendenaufkommen bei Investitionen sind enorm.

I. Organisatorische und personelle Maßnahmen

- Die Talentförderung ist stark verbesserungsbedürftig.
- Errichtung von schulsprengelübergreifenden Sportklassen an allen Schultypen.

- Schultypübergreifender Sportunterricht am Nachmittag.
- An Leistungszentren müssen vom Land finanzierte qualifizierte Trainer arbeiten.
- Die Bedingungen für SportArbeitsGemeinschaften (SAG) und „Sport nach 1“ (Zusammenarbeit zwischen Schule und Verein) müssen verbessert werden.
- Für das „Passauer Modell“ (gemeinsame Betreuung von Schulkindern verschiedener Schulen ab Schulende bis zum Nachmittag, mit Sportangeboten durch einen Sportverein) sollten weitere Standorte gefunden und gefördert werden.
- Weitere Leistungszentren, wie für Handball in Mainburg u.a. sind für die Talentförderung unerlässlich.
- Erweiterung des Studienangebotes im Fach Sport mit Blick auf Fächerkombinationen und Erweiterung der Qualifikation durch B.A. und M.A. im Fach Sport.

II. Investitionsförderung

- Die Wartezeiten für die Auszahlung von Förderungen an Vereine sind zu lang, diese belasten sowohl Vereine wie Gemeinden.
- Förderbeträge bis 15.000 Euro sollen auf dem „Verwaltungsweg“ genehmigt und bei Vorliegen der Voraussetzungen sofort ausbezahlt werden.
- Vereinen sollte es ermöglicht werden ihre Staatsdarlehen vorzeitig zurück zu zahlen, mit einem entsprechenden Abschlag auf die Restlaufzeit.
- Die zurückfließenden Beträge stehen sofort zusätzlich für den Sportstättenbau der Vereine zur Verfügung.
- Kommunale Breitensporteinrichtungen haben derzeit keine Fördermöglichkeit, dies führt zu veralteten Sportstätten und sogar zu deren Schließung.
- Kunstrasenspielfelder in klimatisch benachteiligten Gebieten erhalten eine erhöhte Förderung.

III. Projekte

- Ausbau des Landesleistungszentrums (LLZ) Arber – Arbersee – Rastbüchl zur nationalen und internationalen Wettkampfstätte.
- Staatliche Anerkennung der Angliederung der Skisprunganlage Rastbüchl an das LLZ Arber.

- Generalsanierung der Radrennbahn in Niederpörling.
- Ein Netz von sechs bis acht nordischen Zentren, verteilt über den gesamten Bayerischen Wald mit Funktionsgebäuden, Wärmestuben, ev. Gastronomie, Duschen und Sanitäranlagen.
- Mindestens eine beschneite Loipe in jedem dieser Zentren.
- Moderne Beförderungsanlagen, bevorzugt Sessel- und Gondelbahnen.
- Pistenerweiterungen und Beschneidungen.
- Rodelbahnen auch mit abendlicher Nutzung.
- Aufbau eines Leistungszentrums für Pferdesport.
- Die Förderquote muss mindestens 50%, besser 60% betragen (Tschechien hat 85%).
- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Pisten- und andere Geländeerweiterungen.
- Schaffung von einheitlichen Liftkartenverbundsystemen.
- Ausbau des internationalen Behinderten-Skizentrums in Finsterau.
- Flutlichtanlage im Dreiflüssestadion in Passau als Voraussetzung für Fußballländerspiele.
- Die Beförderung von Kindern und Jugendlichen zu Sportveranstaltungen stellt eine große Belastung für die Vereine dar, die abgebaut werden sollte.
- Die Förderung vereinseigener Fahrzeuge, z. B. im E-Wald-Projekt wäre hilfreich.
- Bei der Ausgestaltung der Donau-Moldauregion sollte der Sport als wichtige grenzüberschreitende Aufgabe ausformuliert werden.

IV. Sportveranstaltungen

- Die Durchführung nationaler und internationaler Sportwettkämpfe bedeutet für Niederbayern einen großen Gewinn.
- Solche Großveranstaltungen bedürfen einer ausreichenden öffentlichen Förderung durch den Freistaat Bayern.
- Bei Veranstaltungen, wie Ski-Weltcup, Skadi-Loppet, Deutsche und Europäische Biathlonmeisterschaften, Behinderten-Weltcup im Skilanglauf, Judo-Welt- und Europameisterschaften und viele andere nationale und internationale Meisterschaften in vielen Sportarten, muss die Finanzierung überwiegend durch örtliches Aufkommen

gesichert werden, was in den letzten Jahren immer mehr Probleme machte.

- Ausgesuchte Sportstätten sollten eine besondere Förderung erhalten um „fernsehtauglich“ zu werden, z.B. Flutlichtanlage für das Dreiflüssestadion in Passau.

10.6 Arbeitskreis Jugend, Senioren und Familie

Arbeitskreis Jugend, Senioren und Familie



Leitung:
Dr. Hubert Faltermeier (Landkreis Kelheim)

Für die zunehmende Zahl der Senioren werden vermehrte Angebote benötigt, z.B. für die Sicherstellung von Betreuung und Pflege, insbesondere bei der Pflege von Demenzkranken.

In der Jugendarbeit fällt es zunehmend schwer, junge Menschen für Vereinsarbeit zu motivieren. Außer einer allgemein nachlassenden Bereitschaft, sich dauerhaft in Vereinen zu binden, dürfte dies durch die sich verlängernden Schulzeiten (Nachmittagsunterricht) mit verursacht werden. Die Jugendarbeit kann daher die Kinder und Jugendlichen schwerer als früher erreichen.

Laufende und geplante Leuchtturmprojekte, die (weiter) unterstützt werden sollen:

- Freiwilligen-Arbeit unterstützen und ausbauen

Die Arbeitsgruppe „Jugend, Senioren und Familie“ hat Fragebögen an viele Akteure in der Region versandt, u.a. an alle beteiligten Landkreise, kreisfreien Städte und Akteure in der Jugend-, Senioren- und Familienarbeit... Die Antworten sind im Folgenden zusammen-

gefasst.

I. Schwerpunkt Jugend

Bei dem Themenfeld der Entwicklung der Jugendarbeit wurde die Frage gestellt, welche Maßnahmen und Ideen es gibt, um Jugendliche für Jugendarbeit und Ehrenamt zu begeistern. Geantwortet wurde, dass die Öffentlichkeitsarbeit notwendig ist, um Jugendliche zu gewinnen. Zudem kann man Anreize (z.B. Vergünstigungen) schaffen oder auf die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Personen im öffentlichen Leben aufmerksam machen. Weiterhin kann man darstellen, dass ehrenamtliche Tätigkeiten zum Erwerb von sog. "Schlüsselqualifikationen" für Alltag und Beruf führen. Von einigen Teilnehmern des Arbeitskreises Jugend, Familie und Senioren wurde der Wunsch geäußert, dass Betriebe bei Einstellungen die ehrenamtlichen Tätigkeiten besser berücksichtigen sollen und das Gesetz zur Freistellung von Arbeitnehmern für Zwecke der Jugendarbeit besser umgesetzt werden soll (z. B. Selbstverpflichtung der öffentlichen Arbeitgeber)..

Eine weitere Frage sollte die Hemmnisse erschließen, die Jugendliche von Jugendarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit abhalten. Als Antworten wurden Nachhaltigkeit, konkurrierende Angebote, längere und regelmäßige Termine sowie die Diskussion um Aufwandsentschädigungen genannt. Zudem wird die Jugendarbeit von den Jugendlichen zum Teil als „uncool“ angesehen, und die längere Verpflichtung von Jugendlichen ist aufgrund des G8 schwierig.

Ein Best-Practice-Beispiel zur Weiterentwicklung der Jugendarbeit und von ehrenamtlichen Tätigkeiten in der Region ist das Projekt „Ehrenamt macht Schule“ im Landkreis Kelheim.

Im Themenfeld der **Jugendhilfe** wurde nach generell erkennbaren Tendenzen bei den Kindern und Jugendlichen gefragt. Auf diese allgemein gehaltene Frage gab es unterschiedliche Aussagen. Jugendliche werden als sehr inhomogene Gruppe bewertet – gleichzeitig gibt es jedoch auch das subjektive Gefühl mehr Jugendliche aus „Multiproblemfamilien“ vor sich zu haben.

Die Herausforderungen, vor welchen deshalb die lokalen Jugendhilfeträger stehen, sind emotional weniger gefestigte Heranwachsende. Die Kinder und Jugendlichen benötigen mehr Unterstützung. Erziehungsdefizite sind feststellbar, und die Erziehungsverantwortung wird teils an den Staat abgegeben. Die Jugendhilfe wird über Jahre in Anspruch genommen. Aus diesem Grund kommt es zu einer Kostenexplosion und zu Kostendruck, so dass weitere wünschenswerte Projekte darüber hinaus nicht angegangen werden können.

Die Anzahl von Alleinerziehenden und "Patchworkfamilien" nimmt zu – gleichzeitig stirbt die „klassische“ Familie (Eltern und Großeltern) aus. Daraus ergibt sich die Forderung nach mehr Geld und Personal, um die gestiegenen Aufgaben weiterhin erfolgreich durchführen zu können („Kinderschutz bringt Kämmerer in Not“ – Überschrift in der Bayerischen Staatszeitung vom 14. Januar 2011) bzw. um die unten genannten Projekte angehen zu können.

Von den einzelnen Teilnehmern des Arbeitskreises Jugend, Senioren und Familie wurden zahlreiche Wünsche formuliert, die im Folgenden aufgezeigt werden, um auf diese neuen Herausforderungen künftig zu reagieren: So wurden beispielsweise der Ausbau von Präventionsmaßnahmen und die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern genannt.

Des Weiteren gilt es das Thema „Erziehung“ mehr in den Mittelpunkt in Schulen und Familien zu rücken und eine frühzeitige Stärkung im Kindergarten anzustreben. Eine stärkere Vernetzung wird ebenso als Möglichkeit betrachtet wie die Schulsozialarbeit und, soweit erforderlich, die Jugendsozialarbeit an Schulen. Auch mehr Betreuungsangebote für Kinder ab 0 Jahren werden diskutiert – wie auch die Verbesserung des Anstellungsschlüssels für Krippenkinder U 2. Ebenso wurde auf mehr Beratungsangebote vor Ort sowie eine Ganztagesbetreuung an Schulen hingewiesen. Ebenfalls wird als Wunsch geäußert, dass sowohl die Anzahl der Kindertageseinrichtungen wie auch deren Qualität weiterhin auf einem hohen Niveau gewährleistet werden sollen. Eine wohnortnahe Schulstruktur soll erhalten bleiben und auch eine höhere Vernetzung zwischen der Erziehung vor und in der Schule wurde genannt.

Auf die Frage nach konkreten Konzepten, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann, wurden u.a. folgende Vorschläge genannt: ein Erziehungsführerschein und Veranstaltungen für Eltern zu Erziehungsfragen. Auch eine Schreibbaby-Ambulanz bei der Erziehungsberatungsstelle wurde vorgeschlagen und die Einrichtung von KoKi-Stellen als sehr positiv bewertet. Ein weiteres Konzept wird in einer engen Vernetzung aller Partner (bereits ab der Schwangerenberatungsstelle) gesehen und in ambulanten Jugendhilfestellen bei Familien mit Kinder U 3. Zudem wurde der Wunsch nach Jugendsozialarbeit an den Förderschulen, der Berufsschule und fast allen Hauptschulen angeführt, soweit es sich hierbei um Brennpunktschulen handelt.

Ein weiterer zu bearbeitender Punkt war **Bildung**. Dabei wurde nach den generellen Herausforderungen gefragt, vor welchen derzeit die Schulen stehen. Als Herausforderungen werden der Umbau des Schulsystems, der Ausbau zu Ganztagschulen und das Ansteigen der „Schulschwänzer“ genannt. Darüber hinaus werden fehlende Ausbildungsreife, Migrationshintergrund und die Gefährdung des Bestands von Schulen durch den

Geburtenrückgang angegeben. Die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule ist ebenso eine Herausforderung, der es sich zu stellen gilt. Außerdem ergibt sich die Frage, wie es mit Förderschulzentren weitergeht im Rahmen der Inklusion.

Eine Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich kann durch einen Ausbau von Betreuung, Ganztagschulen, Schulsozialarbeit und – soweit erforderlich – durch Jugendsozialarbeit an Schulen geschehen. Ebenso würden mehr Lehrkräfte (damit weniger Unterrichtsausfall), kleinere Schulklassen und mehr individuelle Förderung – z.B. Sprachförderung – die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen fördern. Gleiches gilt für die Gründung von Mittelschulen. Ebenso wird von einigen der Befragten der Wunsch nach mehr Geld und Personal genannt, um z.B. mehr Lehrkräfte einstellen zu können.

Als Best-Practice-Beispiele in der Region werden die Auszeichnung der Mittelschule in Mainburg als „innovative Mittelschule Bayerns“ und für Inklusion die Kooperation der St.-Rupert-Schule Eggenfelden (Schule zur individuellen Lebensbewältigung) mit der Grundschule Pfarrkirchen („Außenklasse“) genannt.

II. Schwerpunkt Senioren

Bei den **Angeboten für Senioren** wurde nach bereits getroffenen besonderen Maßnahmen im Bereich Infrastruktur / Nahversorgung im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft gefragt. Antworten waren der Erhalt innerörtlicher Versorgungsmöglichkeiten und die Einrichtung von Unterstützungsmöglichkeiten wie auch eine schnelle Internetanbindung (Breitband). Weiterhin wurden Verhandlungen, damit die Busse in häufigerer Taktung fahren, und ein aktiver Austausch über Möglichkeiten, z.B. Senioren helfen Senioren, genannt.

Des Weiteren wurde nach herausragenden Beispielen für seniorengerechtes Wohnen gefragt. Als solche Beispiele wurde die Erstellung von seniorenen- und behindertengerechten Wohnungen in Marklkofen, die Errichtung eines Mehrgenerationen-Hauses in der Stadt Grafenau und ambulant betreute Seniorenwohngemeinschaften in Grafenau aufgeführt. Weitere Beispiele sind die betreuten Senioren-Wohngruppen, das Mehrgenerationenhaus in der Stadt Straubing, die Entlastungsdienste in den Bereichen Abensberg, Bad Abbach, Kelheim, Mainburg wie auch die Ausbildung von Laienhelfern im Landkreis Kelheim landkreisweit zur stundenweise Entlastung pflegender Angehöriger. In der Stadt Passau liegt bei Neubaumaßnahmen und Sanierungen der städtischen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft Passau ein besonderes Augenmerk auf seniorenen- und behindertengerechtem Bauten. Zudem besteht die Möglichkeit der Vernetzung zwischen Seniorenheimen und privaten Wohnungsbauten in der Stadt Passau.

Bereits umgesetzte innovativen Ideen für bürgerschaftliches Engagement von und für Senioren sind die Gründung von Freiwilligenagenturen, Ehrenamtbörsen, Freiwilligenzentren und die Ausbildung von Seniorenbegleitern. Außerdem gibt es eine Sammlung von Best-Practice-Beispielen in einer Ideenbörse, die allen Gemeinden im Landkreis Dingolfing-Landau zugänglich ist. Zudem werden ehrenamtliche Helfer unterstützt, und es existiert eine Seniorenkontaktstelle im Landratsamt Regen. Seit 16 Jahren gibt es ein Seniorenveranstaltungsprogramm in der Stadt Passau. In Planung ist die Einführung einer Ehrenamtskarte in der Stadt Straubing einzuführen. Des Weiteren unterhält die Caritas Regensburg einen Therapiehund (mit Begleiterin) zum Besuch der Bewohner, vor allem der dementiell Betroffenen.

Die Interessen der Senioren werden auf unterschiedliche Art und Weise vertreten. So gibt es im Landkreis Dingolfing-Landau ein Amt für Soziales und Senioren, eine Initiativgruppe Seniorenlitbild und Seniorenbeiräte sowie Beauftragte in den Gemeinden. Seniorenbeauftragte existieren ebenso im Landkreis Kelheim und in den Gemeinden des Landkreises Regen. Ab dem Jahr 2012 soll es auch eine Wohnberatungsstelle im Bauamt des Landkreises Kelheim geben. Der Landkreis Rottal-Inn unterhält einen eigenen Seniorenbeauftragten. In den Städten Passau und Straubing vertreten Seniorenbeiräte die Interessen der Senioren. Im Landkreis Straubing-Bogen übernehmen dies die Fachgruppe Betreuungsrecht, die Heimaufsicht und Senioren sowie auf Gemeindeebene offiziell bestellte Seniorenbeauftragte oder Seniorenbeiräte.

Vielversprechende Angebote für Ältere im Bereich gesundheitliche Prävention, Kultur und Bildung in der Region sind im Landkreis Rottal-Inn der kostenlose Seniorenwegweiser, in der Stadt Passau das Seniorenprogramm mit jährlich 60 Veranstaltungen und in der Stadt Straubing der Veranstaltungskalender für Senioren. Im Landkreis Kelheim gibt es vierteljährlich Wohlfühlangebote (z.B. Yoga, Qi Gong, Progressive Muskelentspannung...) für pflegende Angehörige und kostenlos für Patienten der Sozialstation. Es werden zudem zahlreiche Angebote durch verschiedene Leistungsträger (Gemeinden, VHS, Krankenkassen, Vereinen, ...) im Bereich Prävention, Kultur und Bildung angeboten.

Die besondere Situation älterer Menschen bezüglich ihrer Mobilität wird im Landkreis Dingolfing-Landau durch Pilotprojekte zum Einsatz von Bürgerbussen berücksichtigt. Der Einsatz von Bürgerbussen findet bereits in einigen Landkreisen statt. Der Einsatz von Fahrdiensten (Nachbarschaftshilfe) existiert ebenfalls. Zudem werden in der Stadt Passau Niederflurbusse eingesetzt. Die kostenlose Beratung zur Sturzprävention im häuslichen Bereich fällt auch in den Bereich der Berücksichtigung der Mobilität von älteren Menschen.

Auf die Frage, ob es Sozial- oder Seniorenplanungen, Handlungskonzepte oder Masterpläne zum Thema „Senioren/Altenhilfe“ gibt, wurden folgende Antworten gegeben. Im Landkreis

Dingolfing-Landau existiert das Seniorenleitbild, im Landkreis Freyung-Grafenau wird ein sachgebietsübergreifendes Seniorenteam eingesetzt, im Landkreis Rottal-Inn gibt es eine Pflegebedarfsplanung bis ins Jahr 2025, und im Landkreis Kelheim besteht ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept. Regelmäßige Treffen aller Seniorenbeauftragten finden im Landkreis Regen in Zusammenhang mit gemeinsamen Veranstaltungen statt. In der Stadt Straubing wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, Pflegegutachten sind bereits vorhanden.

Im Aufgabenkreis **Sicherstellung von Betreuung und Pflege** existiert als herausragendes Projekt im Bereich Betreuung und Unterstützung für hilfsbedürftige Senioren die Einrichtung von speziellen Abteilungen für Demenzkranke. In der Gemeinde Mauth gibt es eine Einrichtung zur Tagesbetreuung pflegebedürftiger Menschen. Des Weiteren existieren Nachbarschaftshilfe-Projekte und regelmäßige Pflegekonferenzen im Landkreis Regen. Ambulante betreute Wohngemeinschaften sind weitere existente Projekte. Weiterhin gibt es Angebote auch in kleineren Orten – z.B. mit max. 50 Personen in Pflegeeinrichtungen im Landkreis Rottal-Inn. Im Landkreis Straubing-Bogen werden Fachberatungsangebote für ältere Menschen und pflegende Angehörige sowie niederschwellige Betreuungsangebote für Demenzkranke angeboten.

Angemessene Wohn- und Betreuungsangebote für Senioren, die der Unterstützung bedürfen, werden durch ein breitgefächertes Beratungsangebot sichergestellt, z.B. für behindertengerechten Wohnungsumbau. Darüber hinaus wird im Landkreis Dingolfing-Landau die Einrichtung einer Beratungsstelle zu alters- und behindertengerechten Wohnungen geplant. Die Aussteuerung der Pflegemaßnahmen im Landkreis Regen und betreutes (Einzel-) Wohnen sind weitere Maßnahmen. Im Landratsamt Rottal-Inn finden Beratungen zu senioren- und behindertengerechten Wohnen statt.

Als innovative Maßnahme zur Sicherstellung der pflegerischen Infrastruktur wurde im Landkreis Dingolfing-Landau ein Beratungsangebot für Interessierte, die Einrichtungen errichten möchten, genannt. So ist es möglich, die Angebotsstruktur zu vergrößern.

Eine weitere besondere Maßnahme im Bereich der ambulanten und stationären Pflege ist die Unterstützung bei Investitionskosten von ambulanten Pflegediensten auch im Landkreis Dingolfing-Landau. Zudem ist in dieser Region ein Überblick über die freien Plätze in Wohnheimen über eine Internetseite abrufbar.

Die Gewinnung von qualifiziertem Personal im Bereich Pflege und Demenzbetreuung kann über die Beratung der Einrichtungen zu Fördermöglichkeiten bei der Ausbildung von Fachkräften stattfinden. Weitere Möglichkeiten bestehen in der Öffentlichkeitsarbeit, in der Bereitstellung von Praktikumsplätzen, im freiwilligen sozialen Jahr und im

Bundesfreiwilligendienst. Die Weiterbildung der Fachkräfte und eine Ausbildung der Laienhelfer durch die Fachstelle für pflegende Angehörige in Zusammenarbeit mit der Alzheimer Gesellschaft sind weitere Möglichkeiten. Ebenso wird auf eine Fachstelle für pflegende Angehörige mit Trainerausbildung (spezielle Ausbildung zur Beratung und Schulung Angehöriger Demenzkranker) und Schulung und Beratung von Angehörigen im Umgang mit dementiell Erkrankten hingewiesen.

Die Palliativversorgung wird durch das Ausweiten der Tagespflegeplätze, Palliativstationen in Krankenhäusern und ambulante Hospizdienste sichergestellt. Brückenpflege als ambulante Palliativversorgung existiert in Kelheim und ein Palliativversorgungsnetzwerk im Landkreis Rottal-Inn.

Innovative Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege gibt es in Form von Infoveranstaltung für die gewerbliche Wirtschaft zu diesen Themen und durch Tagespflegeangebote.

III. Schwerpunkt Familie

Auf die Frage, durch welche besonderen Maßnahmen die Kommunen attraktiv für Familien gemacht werden, gab es diverse Antworten. So wurden der Ausbau von KiTas, der Ausbau und Neubau der landkreiseigenen Schulen, ein Freizeitbus, wohnortnahe Schulen, eine Qualitätsentwicklung von KiTas und Kindergruppen, naturnahe Freizeitangebote und die Schaffung familienfreundlicher Siedlungsgebiete angeführt. Weiterhin wurden als Antworten ein Familientag 2011 sowie ein Freizeitpass mit finanziellen Vergünstigungen für Familien und Elternbriefe gegeben.

In einigen Landkreisen gibt es bereits zahlreiche Netzwerke für Familien vor Ort . So gibt es ein Pilotprojekt Junge Eltern / Familien (aelf), einen familienentlastenden Dienst, einen Förderverein für Kinder im ländlichen Raum e.V., den Verein Familien helfen Familien e.V., einen Familientisch, eine Freiwilligen-Agentur und im Landkreis Freyung-Grafenau das Projekt „Safe“.

Als innovative Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden Kinderkrippen (z.T. auch von Unternehmen) und kommunale Tagespflegestellen, ein Tagesmütterbüro, ein Netzwerk und eine Kooperation Kindertagesbetreuung und ein familienfreundliches Landratsamt (Kindertag) angegeben.

Eine Kinderbetreuung auf hohem Niveau wird durch die Ausbildung des Personals, die Veranstaltung von pädagogischen Fachtagungen, Leiterinnenkonferenzen usw., den Verzicht auf die Gastkindregelung bei den Kommunen und durch den Ausbau der Angebote generell (z.B. Tagespflegeausbau) sichergestellt.

Dem Wandel im System Familie (z.B. Patchwork-Familien, Alleinerziehende etc.) kann durch flexible Betreuungszeiten, flexible Arbeitszeiten, Freistellung bei Kinderbetreuung, Freistellung bei Erkrankung und den Ausbau der Betreuungseinrichtungen begegnet werden. Auch Familienbildungsangebote, eine schnelle und ambulante Unterstützung und eine Beratung der Kommunen und Träger werden als Maßnahmen angeführt.

Innovative Projekte im Bereich Kultur und Sport für Kinder und Familien existieren u.a. in Form von Jugendkulturtagen im Landkreis Dingolfing-Landau, als Kinderprojekte der Gruppe Kunst im Landkreis Kelheim, als Theaterprojekte an Schulen und in Form von einer Kinder-Sport-Universität.

Es wurde keine Unterstützung von herausragenden Wohnprojekten für Familien mit Kindern angegeben.

Die Fragen nach der wirtschaftlichen Situation der Familien in der Region und nach der Ausprägung von Einkommensarmut und/oder sozialen Ungleichheiten in den Familien wurden unterschiedlich bewertet. Es findet eine Kostenübernahme bei Kindertagespflege und -einrichtungen statt (bei Vorliegen der Voraussetzungen nach dem SGB VIII). Das Miteinander der Generationen wird beispielsweise durch Senioren- und Jugendbeauftragte, eine Freiwilligenagentur und eine Gleichstellungs- und Seniorenstelle im Landratsamt im Landkreis Kelheim gefördert.

Des Weiteren kommen Senioren aus dem Landkreis Regen in den Kindergarten und vice versa besuchen Kinder Seniorenwohnheime. Außerdem gibt es ein Projekt, welches „Leih-Oma und Leih-Opa“ heißt, und ein Mehrgenerationenhaus in Arnstorf.

10.7 Arbeitskreis Landwirtschaft, Umwelt und Energie

Arbeitskreis Landwirtschaft, Energie und Umwelt



Leitung:
Alfred Reisinger (Landkreis Straubing-Bogen)
Josef Eppeneder (Landkreis Landshut)

In diesem Arbeitskreis ging es darum, Niederbayern als land- und forstwirtschaftlich geprägte Region weiterzuentwickeln. Diese Branchen unterliegen einem Strukturwandel, der erfolgreich gemeistert werden kann. Damit kann die Wertschöpfung in der Region gehalten werden und können Abhängigkeiten verringert werden.

Gleichzeitig kann die Region wesentliche Beiträge leisten, die Energiewende nachhaltig umzusetzen, u.a. als Modellregion für innovative Energiekonzepte. Der vermehrte Einsatz regenerativer Energien ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn neue Speichermöglichkeiten geschaffen werden. Dies kann in der Region z.B. durch Pumpspeicherkraftwerke erfolgen, wobei allerdings auch auf andere ökologische Belange Rücksicht genommen werden muss.

Für das Miteinander der Generationen gibt es in ländlichen Regionen viele Erfahrungen. Das Zusammenleben mehrerer Generationen lässt sich auch als „Mehrgenerationendorf“ und nicht nur als Mehrgenerationenhaus organisieren.

Zur Förderung der Nachhaltigkeit gehören auch eine Reduzierung des Flächenverbrauchs und ein intelligentes Flächenmanagement.

Wesentliche Maßnahmen:

- Unterstützung bei der Gründung einer niederbayerischen Energieagentur
- NAWARO
(Nachwachsende Rohstoffe; Leuchtturmprojekt "Straubing - Region der Nachwachsenden Rohstoffe" des Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe im Rahmen des Klimaprogramms Bayern 2020)
- INSEL-Projekt
(**IN**novatives **SK**alierbares **E**nergiekonzept **L**andshut: Kooperationsprojekt der Hochschule Landshut mit der Marktgemeinde Ruhstorf an der Rott in Niederbayern mit namhaften Unternehmen in der Region für den Aufbau eines Technologietransferzentrums)
- E-Wald (Bayerischer Wald als Modellregion für Elektromobilität im Tourismus)
- Bioenergieregion Straubing-Bogen: Ausweitung auf Niederbayern
- Pumpspeicherwerk Riedl
- Regionale Wertschöpfung darstellen und erhalten

Die Region Niederbayern

Es werden zuerst die Alleinstellungsmerkmale im Bereich Landwirtschaft, Umwelt und Energie betrachtet. Die Region Niederbayern ist landwirtschaftlich geprägt mit einer hohen Anzahl an Landwirtschaftsbetrieben und einer hohen Ertragsfähigkeit (Boden, Klima, Holzzuwachs). Außerdem ist die Region Niederbayern mit über 50.000 Waldbesitzern forst- und holzwirtschaftlich geprägt. Es gibt einen Branchenumsatz von 2 Milliarden Euro p. a. und die europaweit höchsten Holzvorräte je Hektar. Das Vernetzungsprojekt „Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald“ gilt bayernweit als Vorbild für eine koordinierte Netzwerkarbeit pro Holz (regionaler Anker der Clusterinitiative Forst und Holz in Bayern). In Niederbayern gibt es zudem eine überdurchschnittlich hohe Sonneneinstrahlung zur Erzeugung von erneuerbaren Energien. Außerdem ist Niederbayern eine starke Wirtschafts- und Handwerksregion mit breiter Vielfalt. Niederbayern zeichnet sich auch durch Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Bereich Nachwachsende Rohstoffe aus. Hierzu zählt zum Beispiel das Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe in Straubing.

Es gibt dementsprechend eine Konzentration von Unternehmen im Bereich Nachwachsende Rohstoffe. Die Region Straubing-Bogen wird vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als eine von 25 Modellregionen in Deutschland im Bereich Bioenergie (Positionierung als „Straubing-Region der nachwachsenden Rohstoffe“) ausgezeichnet und gefördert. Der Freistaat Bayern hat zudem den Bayerischen Wald als

Modellregion für Elektromobilität im Tourismus (E-Wald) ausgewählt. Als Modellvorhaben im ländlichen Raum gilt das INSEL-Projekt in der Marktgemeinde Ruhstorf a. d. Rott. Der Bayerische Wald ist eine Tourismusregion, wo man bspw. Urlaub auf dem Bauerhof machen kann. Die Donau ist eine zentrale, europäische Verkehrsader. So hat zum Beispiel der Hafen Straubing-Sand die Schwerpunktbildung Biomasselogistik.

Regionale Herausforderungen und Ziele

Die regionalen Herausforderungen und Ziele in Niederbayern werden in folgende fünf Ziele unterteilt. Die Ziele lauten:

1. Folgen der demographischen Entwicklung abmildern
2. Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft meistern
3. Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeiten verringern
4. Energiewende umsetzen
5. Nachhaltigkeit fördern

Maßnahmen

Es werden Maßnahmen zu den oben genannten fünf Zielen aufgezeigt.

Das erste Ziel ist „Folgen der demographischen Entwicklung abmildern“. Hierbei geht es zum Beispiel um die Förderung von Zusatzprogrammen, die Entlastung bei der Kinder- und Altenbetreuung. Außerdem soll diese Entlastung auch im Krankheits- und Urlaubsfall geschaffen werden. Des Weiteren geht es um die Sicherung der Grundversorgung bei fortschreitender demographischer Entwicklung. Ein weiterer Punkt ist die Schaffung und der Ausbau von technisch-universitären Bildungsmöglichkeiten (insbesondere in Passau, Deggendorf, Landshut und Straubing). Eine moderne Infrastruktur soll erhalten beziehungsweise eingerichtet werden; zum Beispiel durch eine stärkere Förderung der Breitbandversorgung. Eine Stärkung des ÖPNV ist ebenfalls zu empfehlen, um besonders Personen mit eingeschränkter Mobilität einen entsprechenden Zugang zur Versorgungsinfrastruktur zu gewährleisten.

Ziel zwei ist „Strukturwandel in der Land- und Forstwirtschaft meistern“. Hierzu zählen zum Beispiel die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Stärkung der Landwirtschaft und die Lockerungen im Baurecht unter Berücksichtigung der Landwirtschaft bei der Bauleitplanung. Gemeint sind unter anderem die Beibehaltung der Privilegierung der Landwirtschaft (keine gesonderten Baugebiete für Stallanlagen), die Vereinfachung der Genehmigung von Wohnmöglichkeiten bei landwirtschaftlichen Anwesen, die Verbesserung der baurechtlichen Möglichkeiten für Nebenerwerbslandwirte im Außenbereich und dass die Nutzung der Wirtschaftswege nicht durch neue Wohngebiete beeinträchtigt wird. Außerdem sollen eine

Hilfestellung bei Betriebsaussiedlungen gegeben, Wirtschaftswege zeitgemäß ausgelegt (Breite, Tragfähigkeit) und beim Rückbau von Ortsstraßen sollte der landwirtschaftliche Verkehr berücksichtigt werden. Zudem empfiehlt es sich Pufferstreifen zwischen den Wohngebieten und landwirtschaftlichen Flächen anzulegen. Eine spezielle Förderung der Breitbandanbindung von landwirtschaftlichen Betrieben (zur Verbesserung der Produktionsbedingungen, Förderung der Diversifizierung und Direktvermarktung) ist ebenfalls zu empfehlen. Weitere Maßnahmen in diesem Bereich sind die Verwendung regionaler Produkte im öffentlichen Bereich (Gestaltung von Ausschreibungen), die Förderung der Initiierung von Gemeinschaftsprojekten (zum Beispiel gemeinsame Hallen, Silo- oder Tankanlagen), die Bildung von Partnerschaften zur Verwertung von Rasenschnitt, Landschaftspflegematerial, Grünlandaufwuchs, Pufferstreifen, ein verstärktes Qualifizierungsprogramm für Urlaub auf dem Bauernhof, die Förderung von Liefervereinbarungen mit Landwirten zur Wärmeversorgung, eine Imagekampagne für die Landwirtschaft unter Federführung der Staatsregierung (denn die Landwirtschaft muss wieder einen erhöhten Stellenwert in der Gesellschaft bekommen) und eine weitere Imagekampagne für die Waldbewirtschaftung und Holzverwendung.

Das dritte Ziel ist „Wertschöpfung in der Region halten und Abhängigkeiten verringern“. Hier ist die Förderung einer Kaskadennutzung von Holz (stofflicher vor energetischer Nutzung) zu nennen; hierzu zählen vor allen Dingen die Erstellung eines Kriterienkatalogs zur Holzbauförderung und die gezielte Förderung von innovativen Holzverwendungen (zum Beispiel bei Straßenpfosten). Des Weiteren ist die Holzbauquote mit regionalem Holz auf mindestens 65% im öffentlichen Bauwesen, die Holzbauquote mit regionalem Holz auf mindestens 35% im privaten Bau- und Sanierungsmarkt zu steigern und ein Schulungs-, Beratungs- und Ausbildungsprogramm im Bereich Nutzung von Internet/Social Media/Neue Medien zu errichten.

Des Weiteren geht es um den Aufbau einer Regionalmarke, und das sowohl für Holzprodukte (zum Beispiel „Bayernwald Premium Holz“) als auch für niederbayerische Agrarerzeugnisse (evtl. Marke mit Transferpotential). Außerdem gilt es die bestehenden Programme zu stärken. So könnten bei der Dorferneuerung die Fördertatbestände erweitert werden (zum Beispiel für KMUs), die Förderung für private Maßnahmen könnte verbessert und die Investitionsgrenze gesenkt werden (derzeit: 250.000 Euro, Stand: 16. Mai 2011). Zum Thema Flurneuordnung könnten die Maßnahmen für Tourismus und Freizeit stärker gefördert werden. Und LEADER sollte über 2013 hinaus fortgeführt werden

Dann gibt es noch den Bereich der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE): Maßnahmen wären hier die eigenständige Fördermöglichkeit für Projekt- und Produktrealisierung, zum Beispiel im Bereich der Energie (regionale Betreibermodelle, Flächenmanagement). Eine Qualitätsoffensive im ländlichen Tourismus und die Verwendung regionaler Produkte im

öffentlichen Bereich (Schulen, Krankenhäuser,...) sind ebenfalls Maßnahmen um die Wertschöpfung in der Region Niederbayern zu halten und Abhängigkeiten zu verringern.

Ziel vier heißt „Energiewende umsetzen“. Hierbei geht es um den Ausbau erneuerbarer Energien in den Bereichen Mobilität, Wärme- und Stromversorgung, die Förderung der Beschaffung und des Betriebes von Elektro- und Biokraftstofffahrzeugen sowie die Einrichtung entsprechender Tankstellen (insbesondere im kommunalen Bereich) und die Schaffung von dezentralen, autarken Energieversorgungs-lösungen mit Speichermöglichkeiten. Hierzu zählen die Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben bei der Errichtung ihrer Anlagen mit dem Zweck der Eigenversorgung mit Energie, erneuerbare Energie in Bauernhand zu halten (Bauern nicht nur als Rohstofflieferanten), eine stärkere Förderung lokaler Nahwärmekonzepte, die Errichtung einer Modellregion für energietechnische INSEL- Lösungen, die Schaffung von Speichermöglichkeiten (zum Beispiel Pumpspeicherkraftwerke), den Neubau eines Gaskraftwerks (z.B. in Pleinting) sowie die Bildung von Partnerschaften zwischen Gemeinden und Landwirtschaftsbetrieben zur energetischen Verwertung von Rasenschnitt und Landschaftspflegematerial.

Weitere Maßnahmen sind die Senkung des Energiebedarfs wie zum Beispiel der Ausbau von ÖPNV, Pendlerparkplätzen und Mitfahrzentralen. Eine weitere Maßnahme ist die Förderung eines Energiemix durch die Entwicklung von übergemeindlichen Energienutzungsplänen auf der Basis der regionalen Potentiale. Die Steigerung der Energieeffizienz, in Form einer Informationskampagne zur Altbausanierung (mit nachwachsenden Rohstoffen) und Passivhausbauweise ist eine weitere Maßnahme. Andere Maßnahmen sind die Schaffung von Schulungs- und Beratungsmöglichkeiten, z.B. mit stärkeren Hilfestellungen für Anlagenbetreiber bei der Nutzung der Wärme ihrer Biogasanlage, die Einrichtung einer Plattform und operativer Arbeitsmöglichkeiten für Existenzgründer, die Förderung von regionalen, bürgernahen Betreibermodellen, die weitere Förderung des INSEL-Projektes und die Einrichtung einer niederbayerischen Energieagentur/-zentrale.

Das fünfte und letzte Ziel ist „Nachhaltigkeit fördern“. Hierbei geht es zunächst um die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Anforderungen seitens der Landwirtschaft, um Ausgleichs- und Ersatzflächen möglichst flächensparend aufzulegen, sind folgende:

- Statt Flächenbeanspruchung für Ausgleich: Über Maßnahmenfinanzierung oder Ersatzzahlungen produktionsintegrierte Alternativen nutzen (nach dem Vorbild der Kulturlandstiftung des BBV, Fonds)
- Ausgleichsflächen auf geschützten oder und schützenswerten Flächen: Mehrfachnutzen von Flächen durch produktionsintegrierte Maßnahmen, zum Beispiel

zum Erosionsschutz oder zur energetischen Nutzung des Aufwuchs im Rahmen von Wasserschutzgebieten, Natura 2000, Biotopverbund.

- Anforderung an die Anlegung: flächensparend, nicht auf landwirtschaftlich hochwertigen Flächen, nicht auf isolierten Flächen, keine Anlegung, wenn dies die benachbarten landwirtschaftlichen Flächen negativ beeinträchtigt.

Eine weitere Maßnahme wäre die Förderung der Entwicklung und die Belebung der Ortskerne statt Neubaugebiete auf der grünen Wiese anzulegen und dazu bestehende Instrumente stärken (zum Beispiel eine verbesserte Förderung für die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude in der Dorferneuerung) sowie „Bauen im Bestand“.

Zu einem intelligenten Flächenmanagement gehört die Förderung einer nachhaltigen Landnutzung im Bereich Boden und Wasser zur Wasserrückhaltung beziehungsweise zum Hochwasserschutz und zur Minderung des Schadstoffeintrags in Oberflächengewässer und Grundwasser (Erosionsschutz). Zum anderen geht es um den Abgleich der Ansprüche der Gesellschaft an die Ökosystemdienstleistungen der Landschaft (zum Beispiel Trink- und Hochwasserschutz, Naturschutz, Freizeit und Erholung) mit den landwirtschaftlichen Erfordernissen, die Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen Lösungen mit den Gemeinden, Landwirten, Bürgern und Fachverwaltungen, die Zusammenarbeit von Naturschutz mit Kommune und Landwirten zur intelligenten Nutzung von Randstreifen und um ein unterstützendes Flächenmanagement zum Beispiel für Standortausweisungen für Wind- und Solaranlagen und standortgerechte Biomasseerzeugung. Die Planungshoheit für die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen muss vor Ort bleiben. Die Förderung der Biodiversität durch den Anbau neuer Energiepflanzen in der Landwirtschaft (zum Beispiel durchwachsende Silphie für Biogasanlagen) ist eine weitere Maßnahme zur Förderung der Nachhaltigkeit. Eine Optimierung der Abfallentsorgung sollte in kommunaler Verantwortung erfolgen. Zur effizienteren Nutzung von Flächen gehören eine Förderung und Steigerung der nachhaltigen Nutzung von Holz für alle Verwendungszwecke, besonders aus nutzungsfernen Klein- und Kleinstwaldflächen, da dort besonders hohe Nutzungspotentiale sind, sowie die Optimierung der Nutzung biogener Reststoffe für die energetische Verwertung.

10.8 Kommunalfinanzen

Arbeitskreis: Kommunalfinanzen



Leitung:

Franz Meyer (Landkreis Passau)

Hans Rampf (Stadt Landshut)

Die Landesmittel bilden einen wesentlichen Teil der Einnahmen der Kommunen. Ergo hat der Modus der Verteilung der Landesmittel eine hohe Bedeutung für die finanzielle Ausstattung der Kommunen.

Hier ist darauf zu achten, dass die Maßstäbe ausreichend Berücksichtigung finden, die für die ländlichen Regionen in Bayern wichtig sind.

Im bayerischen Finanzausgleichsgesetz (FAG) gibt es bereits einige geeignete Ansätze, die allerdings weiterentwickelt werden müssen. Im Jahr 2005 wurde ein Demographiefaktor eingeführt, der sich bisher über 5 Jahre erstreckt: Bei Gemeinden, deren durchschnittliche Einwohnerzahl in den letzten fünf Jahren über der Einwohnerzahl am maßgeblichen Stichtag liegt, wird für die Ermittlung des Finanzbedarfs die durchschnittliche Einwohnerzahl der fünf Jahre angesetzt.

Die Einwohnerzahlen und die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen werden fiktiv berechnet, mit „veredelten“ Einwohnern und fiktiven Hebesätzen. Daraus ergeben sich Unterschiede zwischen Stadt und Land, da Städten nur ein Teil ihrer tatsächlichen Einnahmen aus eigenen Steuern angerechnet wird und ihre Einwohner höher bewertet

werden („Veredelung“).

Wesentliche Maßnahmen:

- Finanzausstattung der Kommunen verbessern
- Demographiefaktor fortführen und den Zeitraum von 5 Jahren auf 10 Jahre ausdehnen.
- Einwohnerveredelung überprüfen, unter Beteiligung aller kommunalen Spitzenverbände.

Empfehlung des Arbeitskreises Kommunalfinanzen als Ergebnis

Der Arbeitskreis „Kommunalfinanzen“ vertritt die Position, dass die Regelungen zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen, als dem Kernstück der Leistungen im kommunalen Finanzausgleich, in ihrer jetzigen Form den Belangen des ländlichen Raumes gerade in Zeiten des demographischen Wandels nicht mehr vollständig gerecht werden. Ein entsprechender Ausgleich der Unterschiede bei den Steuereinnahmen zwischen den einzelnen Gemeinden ist dadurch zunehmend in Frage zu stellen.

Die Diskrepanz, die sich einerseits aus der Nivellierung der Hebesätze nach Art. 4 Abs. 2 Ziff. 1 – bis Ziff. 3 FAG und andererseits aus der „Veredelung“ der Einwohnerzahlen nach Art. 3 Abs 1 FAG ergibt, ist offensichtlich. Aber aufgrund der unterschiedlichen Betrachtung durch die kreisangehörigen Gemeinden und durch die kreisfreien Gemeinden ist ein Lösungsansatz bisher nicht erkennbar.

Es sollte nach Ansicht des Arbeitskreises jedoch kein Dissens zwischen den Spitzenverbänden entstehen. Daher werden Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände aufgefordert, eine gemeinsame Lösung für das Problem der „Einwohnerveredelung“ zu finden.

Generell soll die Finanzausstattung für Regionen mit besonderen demographischen Problemen durch den Freistaat verbessert werden.

Ein vorläufiger Lösungsansatz, bis zu einer evtl. Neuregelung der oben aufgezeigten Situation, könnte in der Schaffung eines „Sondertopfes ländlicher Raum“ oder einer entsprechenden Unterstützung von Gemeinden bestehen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind.

Ferner wird gefordert, den 2006 eingeführten Demographiefaktor gem. Art. 3 Abs 2 FAG (Durchschnitt der Einwohner der vorangegangenen 5 letzten Jahre) auf 10 Jahre zu erweitern.

10.9 Arbeitskreis Regionale Identität und Kultur

Arbeitskreis Regionale Identität

Leitung:
Dr. Maximilian Seefelder M. A.
Bezirk Niederbayern, Bezirksheimatpfleger



Regionale Identität ist das Bewusstsein über Gemeinsames in Kultur und Lebensweise in einem überschaubaren Raum. Zu Kultur und Lebensweise gehören neben Bildender Kunst, Theater und Musik, Sprache, Philosophie und Religion in einem weiten Verständnis auch Nahrung, Kleidung und Architektur, Rituale und Feste, Flur, Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr, Gemeinschaft und Mentalität. Es gibt bereits viele gute Ansätze, die nun erhalten (Standortsicherung) und ausgebaut werden sollen.

Dazu gehört auch eine Vernetzung über die Kreisgrenzen hinweg.

Niederbayern stellt eine „Brücke“ nach Tschechien und Oberösterreich dar, dies schafft grenzüberschreitende Perspektiven.

Viele Vereine und Gruppen leiden unter Überalterung und fehlendem Nachwuchs.

Zielgruppen sind sowohl die Einheimischen als auch Zuwanderer und Gäste. Die Menschen sollen zum Mitmachen und zur aktiven Teilnahme animiert werden. Von den Medien wird eine positive Begleitung der Imagepflege erhofft.

Die Bildungseinrichtungen und -angebote sollen die kulturellen Aktivitäten unterstützen, z.B. durch geisteswissenschaftliche Lehrstühle.

Wesentliche Maßnahmen:

- Kompetenzzentrum für regionale Identität und Kultur in Niederbayern errichten
- Europäische Kulturregion 2018 = Niederbayern
- Bestandssicherung kultureller Einrichtungen

Europa der Regionen

Der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung stellt in seinem Gutachten 2010 fest, dass regionale Identität im Flächenland Bayern bei veränderten internationalen Rahmenbedingungen gestärkt werden muss (Einführung, S. 7/8).

Der Zukunftsrat vermeidet es, für die verschiedenen Regionen Bayerns Feststellungen zu treffen und Empfehlungen auszusprechen.

Regionale Identität – Identität in der Region

Regionale Identität ist das Bewusstsein über Gemeinsames in Kultur und Lebensweise in einem überschaubaren Raum.

Identität in der Region bedeutet: *wir, hier – und jetzt.*

Region kann Heimat sein, für jeden.

Zur Frage, was Kultur und Lebensweise ausmacht, gibt der Arbeitskreis verschiedene Ansatzpunkte wieder. So bedeutet Kultur im hohen Kulturverständnis Sprache, Philosophie und Religion. Im weiten Kulturverständnis wird auch Nahrung, Kleidung, Gerät und Architektur, Rituale, Arbeit und Fest, Gemeinschaft und Menschenschlag, Flur, Landwirtschaft, Gewerbe und Verkehr, Schul- und Hochschulbildung und berufliche Ausbildung unter den Begriff der Kultur subsumiert. In einem besonderen Kulturverständnis werden die bildende Kunst, das Theater, die Musik und der Repräsentationsbau unter Kultur verstanden. Im Sozialen begreift man unter Kultur hingegen das Verhalten zum Nachbarn, zum Stärkeren wie auch zum Schwächeren.

Weitere Fragen, die sich der Arbeitskreis gestellt hat, waren:

- Was ist gut in Niederbayern?
- Was hält die Niederbayern in Niederbayern?
- Was bewegt Auswärtige, nach Niederbayern zu ziehen?

Auch zu diesen Fragen wurden zahlreiche Antworten gefunden. So sind die Menschen in Niederbayern heimatverbunden, unaufgeregt, verlässlich, ehrlich, offen, treu, bescheiden, ruhig, eben »gute Freunde fürs Leben«. In Niederbayern bestehen Gemeinschaften (Familie, Gemeinde, Vereine, Kirche, Wirtshaus, Nachbarn, »mit dem Reden kommen d' Leut'

z'amm«, Ehrenamt). Die Wohnverhältnisse werden hervorgehoben (überschaubare Ortschaften, Sicherheit, bezahlbare Preise, schöne Landschaft, Natur, hoher Freizeitwert, Sportstätten, Bäder, »Wohnen, wo andere Urlaub machen«), ebenso wie die Versorgung der Bürger (gesundes Essen direkt vom Erzeuger, zugleich das überregionale Angebot wie in großen Städten, das Besondere wie schon immer: Milch, Brot und Bier). Für den Punkt Bildung spricht, dass alle Schularten in erreichbarer Umgebung sind ebenso wie eine Universität und Fachhochschulen sowie Berufsfachschulen.

Im Bereich Kultur hat Niederbayern vom Landestheater Niederbayern bis zu den Europäischen Wochen, vom örtlichen Kino bis zum Kulturmobil viel zu bieten. Ebenso wird die Tradition in Form von Gäubodenfest, Karpfhamer Fest, Landshuter Hochzeit oder dem politischen Aschermittwoch hochgehalten. Für Niederbayern gilt das Motto – *Einheit in Vielfalt* — gemeinsame Werte in vielfältiger Kulturlandschaft (Bayerischer Wald, Gäuboden, Rottal, Weltenburger Enge). Des Weiteren liegt Niederbayern mitten in Europa und ist gut angeschlossen, was einen regen Austausch und Zuzug schon immer mit sich gebracht hat (Prag – Wien – München – Regensburg, Europaregion Donau-Moldau).

Dennoch steht nicht alles zum Besten in Niederbayern. So wird irrtümlich davon ausgegangen, dass viel Natur, regionale Lebensmittel, freundliche Menschen, hohe öffentliche Sicherheit und gute Straßen ausreichen, um hoch qualifizierte Menschen für die Region zu gewinnen. Jedoch erfordern Städtebau und Dorferneuerung, Bildung, kulturelles Angebot und regionale Kulturpflege weiterhin große Anstrengungen. Zudem sind viele öffentliche Verwaltungen nicht erfolgreich im Werben um die Besten der nachwachsenden Leistungsträger.

Kultur in einer Welt im Wandel.

Wie kann man regionale Identität und Kultur stärken, unter besonderer Berücksichtigung des demographischen Wandels?

Die Demographie stellt nüchtern fest, dass die Menschen in Niederbayern weniger und älter werden. Braucht es dann weniger Kultur oder braucht es mehr Kultur?

Die Schrumpfungsvariante unterstellt, dass die Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur bleiben, während die Stabilitätsvariante davon ausgeht, dass die absoluten Ausgaben unverändert bleiben – trotz sinkender Einwohnerzahl. Chancen in einer Welt im Wandel eröffnet die Gestaltungsvariante, wonach Kultur mit steigenden Ressourcen als Gestaltungsmittel genutzt wird.

Körper und Köpfe für Kultur in Niederbayern.

Kommunen, Kirchen, Vereine, engagierte Frauen und Männer, Stiftungen und Unternehmen bewahren, schaffen und pflegen Kultur in Niederbayern. Staatliche Einrichtungen tragen dazu bei. Im Jahr 2004 hat der Bezirk Niederbayern unter den Zeichen „wir-hier“ sein 50jähriges Bestehen gefeiert. Die Zeichen stehen für die kulturellen Leistungen des niederbayerischen Gemeinwesens in Bildung, Heimatpflege und Sozialfürsorge. Kultureller Fortschritt braucht Initiativen, Projekte, Körperschaften, Finanzierung und – »Köpfe«.

Als erste Maßnahme fordert der Arbeitskreis die Schaffung eines Kompetenzzentrums für regionale Identität und Kultur in Niederbayern. Das Ziel ist die Darstellung, Vermittlung und Stärkung der kulturellen Attraktivität Niederbayerns. Als Zielgruppe werden Einheimische, Zugewanderte und Zuwanderer betrachtet. Der Standort soll ein geschichtsträchtiger, auch aktuell über die Region hinaus wirkender lebendiger Ort der Kultur in Niederbayern sein. Die Aufgaben bestehen in der Vernetzung kultureller Aktivitäten über Regierungsbezirks- und Landkreisgrenzen hinweg, sowie der Vernetzung über Regierungs- und Landesgrenzen hinweg (Grenzlandkreise!). Ein weiterer Aufgabenbereich liegt in der überregionalen Medienarbeit und Werbung. Auch die Einrichtung und Akquise von Finanzmitteln für Jugendkulturinitiativen und deren professionelle Begleitung fallen unter die Aufgaben des Kompetenzzentrums. Die Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendbildungsstätten (Windberg, BJR, u.a.) und die Beratung kultureller (Jugend-)Projekte wären weitere Arbeitsbereiche des Kompetenzzentrums.

Vier eigene Projekte des Kompetenzzentrums werden zudem genannt:

- 1. »Wirtshaus-Akademie«
- 2. »Heimat Niederbayern virtuell« – Internetplattform
- 3. »Mitmacher«
- 4. »wir hier«

Das erste Projekt, die »Wirtshaus-Akademie«, soll eine dezentrale Vortragsserie mit unterschiedlichen Themen zur Bewusstseinsbildung in *Zukunft jetzt!*-Wirtshäusern von Abensberg bis Neureichenau umfassen. Das zweite Projekt, »Heimat Niederbayern virtuell« besteht aus einer Internetplattform, auf welcher eine umfassende Darstellung von kulturellen/künstlerischen Institutionen/Initiativen, Anbietern regionaltypischer Produkte und Leistungen, kirchlichen/weltlichen Festen, überlieferten und neuen Bräuchen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Ausflusstipps und weitere touristische Angebote zur regionalen Kultur geplant ist.

Beim dritten Projekt, »Mitmacher«, sollen 100 Beispiele/Argumente gesammelt werden, warum es sich lohnt in Niederbayern zu leben. Mögliche Antworten waren bereits:

- »Ich lebe gern in Niederbayern, weil ...«
- »Niederbayern ist für mich ...«

Die überzeugendsten Beispiele werden prämiert, publiziert, ...und gelebt.

Das vierte Projekt, »wir hier«, besteht aus einer Werbeaktion in Zusammenarbeit mit Leistungsträgern:

- Dorfbräu statt Konzernbier (z. B. Brauerbund)
- Saibling statt Pangasius (z. B. Teichwirte)
- Echtes Niederbayern statt kopierte Toskana (z. B. Architektenkammer)
- bezahlbar statt unerschwinglich (z. B. Immobilienbranche)
- gemeinsam statt einsam (z. B. Vereine)
- gesund statt bedenklich (z. B. Bauernverbände)
- natürlich statt künstlich (z. B. Lebensmittelhersteller)

Die zweite geforderte Maßnahme ist die Standortsicherung. Gefordert wird die Unterstützung und Erhaltung bestehender, aber gefährdeter kultureller Einrichtungen als regionale Standortfaktoren. Dies umschließt Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Kulturzentren wie auch Festspiele.

Beispiele für standortsicherungsbedürftige Einrichtungen sind das niederbayerische Landwirtschaftsmuseum Regen, das Glasmuseum Frauenau, das Museum Moderner Kunst (Passau), das Theater an der Rott (Eggenfelden), das Oberhausmuseum Passau, das niederbayerische Archäologiemuseum Landau a. d. Isar und die Galerie Wolfstein (Freyung).

Die dritte erwähnte Maßnahme ist die Imagepflege. Denn eine Kulturregion wirkt dauerhaft durch ihre Institutionen der Kulturgeschichte, Sachkultur, Kunst- und Geistesgeschichte und deren Angebote, also durch ihre überregional bedeutenden Museen, Galerien, Bibliotheken, Archive, Theaterhäuser, Klöster und sakralen wie profanen Baudenkmäler.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und in loser Reihenfolge sind zu nennen:

- die Donauklöster Weltenburg, Metten und Niederaltaich,
- die Niederbayerischen Freilichtmuseen in Finsterau und Massing, das Granitzentrum Bayerischer Wald in Hauzenberg, das Gäubodenmuseum in Straubing ...
- das Staatsarchiv Landshut, das Bistumsarchiv Passau, die fachlich geführten Stadt- und Kreisarchive
- die Bibliotheken in Metten, Passau ...
- der Passauer Dom, St. Martin in Landshut, Kloster Weltenburg, die ehemals fünf landesherrlichen Burgen Niederbayerns (Burg Trausnitz in Landshut, Herzogsschloss in Straubing, Oberhaus Passau, Neuburg a. Inn, Ortenburg) ...

Mehr als bisher – unabhängig von der tourismuswirtschaftlichen Zwecksetzung – sind sie in allen öffentlichen Medien zu vermitteln.

Die vierte Maßnahme wurde „Ertrag im Austrag“ genannt. Diese Maßnahme beinhaltet die Propagierung und den Ausbau der Idee »Miteinander der Generationen«. Das Faktum des demographischen Wandels, die Abwanderung der jungen und leistungsstarken Menschen in die und zu den Metropolen ist ein seit Jahrhunderten bestehendes Phänomen in Niederbayern. Positiv hieran ist, dass die Region erfahren ist in der Kompensation des Verlustes. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und unter besonderer Berücksichtigung der Gegebenheiten des ländlichen Raums bietet Niederbayern Chancen. So sind Pflege und Betreuung preiswert, bezahlbare Immobilien locken aktive Senioren, überschaubare Kommunen laden ein zur Integration und Gebäude-Altbestand und Leerstände in Dörfern, Märkten und kleinen Städten können Maßnahmen zur seniorengerechten Neunutzung veranlassen.

Niederbayern wirbt um aktive gebildete Senioren. Neue Modelle für aktive Senioren sind z.B. »Reduit Finsterau« beim Freilichtmuseum, 935 m üNN, eine Eigentums-Seniorenresidenz, verbunden mit einem Stiftungsmodell und einem Senior-Volontariat im Freilichtmuseum. Das Ziel ist es, zukunftsfähig zu werden durch generationenübergreifendes Wohnen aus Tradition. Ein bewährtes Modell ist das »Mehrgenerationendorf«.

Die fünfte Maßnahme ist die Vereinskultur. Vereine sorgen für Kommunikation und Zusammenarbeit alter und junger Menschen. Sie teilen gemeinsame Interessen. Als Problem ist zu betrachten, dass die soziale Balance in vielen Vereinen aufgrund von Überalterung und fehlendem Nachwuchs nicht mehr gewährleistet ist. Die Folge besteht in einem Aussterben der Vereine. Ziel ist der Erhalt der vielfältigen Vereinskultur durch Förderung und Qualifizierung von Projekt- und Vereinsarbeit, insbesondere im Bereich der Nachwuchspflege, um Anreize für eine Verjüngung zu schaffen, zur Aufrechterhaltung der sozialen Balance und insbesondere des Zusammenlebens der Generationen.

Maßnahme sechs wurde „Netzwerk Bildung“ genannt. Ziel ist das Verdichten und Erschließen regionaler Bildungsangebote (Schule, Jugendarbeit, Breitensport, Musikschulen, IHK, HWK etc.) durch Netzwerkinitiativen der Träger. Gefordert wird eine Koordination der notwendigen Infrastruktur (z.B. Fahrzeiten des ÖPNV, Öffnungszeiten der jeweiligen Angebote etc.). Eine lokal und regional vernetzte Bildungslandschaft ist insbesondere für junge Familien ein wichtiger Standortfaktor, eine Ressource für klassische ganzheitliche Bildung aller Bürger und ein Angebot für aktive Senioren.

„Niederbayern in Europa“ lautet die siebte Maßnahme. Niederbayern soll sich an dem Wettbewerb um das Prädikat »Europäische Kulturregion Niederbayern« (analog zu den bestehenden Europäischen Kulturhauptstädten) im Zusammenwirken aller Kulturinstitutionen

und -initiativen Niederbayerns beteiligen. Eine Kooperation metropolenfreier Kulturregionen in Europa wird angestrebt. Gespräche werden bereits mit Cornwall (England), Fryslân (Niederlande), Magnesia (Griechenland), Kujawsko Pomorskie (Polen), Süd-Ostrobothnien (Finnland) und Friaul (Italien) geführt. Zudem wird eine Förderinitiative für Spracherwerb gefordert. Der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung empfiehlt eine Orientierung Niederbayerns nach Oberösterreich (Graphik S. 52). Kunst, Kultur, Bildung und Wirtschaft Niederbayerns pflegen außerdem seit langem erfolgreich Kontakte nach Tschechien. Der Erwerb der tschechischen Nachbarsprache soll in den kommunalen Einrichtungen durch verpflichtende Fortbildung forciert werden.

„Niederbayern – Bayern – Europäische Union“: Niederbayern ist in Bayern und in der Europäischen Union eingebunden in Hierarchie und Nachbarschaft.

In Niederbayern haben folgende vorrangigen Nahbeziehungen Tradition und Bestand:

- Donaustädte Ingolstadt, Regensburg, Linz, Wien, Pressburg und Budapest,
- Regionen und Länder Böhmen, Friaul, Oberpfalz, Tirol, Salzburg und Oberösterreich,
- Diözesen Passau, Regensburg und München-Freising,
- Landeshauptstadt München, Bahnknoten Nürnberg.

Die bäuerliche Landwirtschaft, Ab- und Auswanderung, Transitland, Metropolenferne und der Katholizismus waren prägend für die Traditionen, Kulturen und Schicksale in Niederbayern.

Die Kulturereignisse Landshuter Fürstenhochzeit, Europäische Wochen Passau, Landshuter Hofmusiktage, Agnes-Bernauer-Festspiele in Straubing, KULTURmobil des Bezirks Niederbayern, Jazz an der Donau in Straubing, Drumherum Regen, Burgenfestspiele des Landestheaters Niederbayern in Passau, Alles im Fluss – Festival für Neue Musik Passau, Kulturwald – Musikfestival im Bayerischen Wald in Niederbayern sind bemerkenswert in Europa.

Der Beitrag des Freistaats Bayern zur Zukunft der Kultur in Niederbayern sollte in der dauerhaften Förderung des Kompetenzzentrums für regionale Identität und Kultur in Niederbayern liegen. Zudem wird eine finanzielle Stärkung der Kommunen zur Verjüngung und Qualifizierung der Verantwortungsträger in den Verwaltungen gewünscht. Eine Zuweisung der Kultur-Staatsmittel in die Regionen nach Bevölkerungszahlen mit Aufschlag für metropolenferne Gebiete und eine Ausstattung des Instituts für Kulturregionforschung Ostbayerns und der Nachbarregionen (IKON) für eigenständige Forschung und Dokumentation in Partnerschaft mit den Kommunen und dem Verein für Ostbairische Heimatforschung sind weitere Beiträge, die der Freistaat Bayern leisten soll. Darüber hinaus wird die Wiederausstattung der Universität Passau mit Lehrstühlen der klassischen Bildungsdisziplinen gefordert und die Ausstattung aller niederbayerischen Hochschulen mit Professuren für Fächer der Allgemeinbildung. Das Errichten eines hoch dotierten Preises für Bauen und für Kunst im öffentlichen Raum in der Region und die Finanzierung eines

langfristigen Pilotprojekts zur Umnutzung und zum Rückbau freiwerdender baulicher Ressourcen sollen des Weiteren durch den Freistaat gefördert werden. Die Unterstützung des Vorhabens »Europäische Kulturregion Niederbayern« ist eine weitere durch den Freistaat Bayern zu unterstützende Maßnahme.

Die »Leuchtturm«-Projekte für den Arbeitskreis Regionale Identität und Kultur in Niederbayern sind, als Ergebnis des Symposions aller Arbeitskreise der Initiative »Niederbayern Aufbruch jetzt!« am 20. und 21. Mai 2011 in Deggendorf:

1. Errichten eines Kompetenzzentrums für regionale Identität und Kultur in Niederbayern in kommunaler Trägerschaft mit dauerhafter Förderung durch den Freistaat Bayern.
2. Standortsicherung für Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Kulturzentren, Festspiele etc.; Unterstützung und Erhaltung bestehender, aber gefährdeter kultureller Einrichtungen als regionale Standortfaktoren.
3. Werben um kulturell aktive Senioren: Auch alte Menschen verbessern den Wanderungssaldo, sie transferieren Kapital, konsumieren, geben Arbeit für Dienstleister und sind bereit für ehrenamtliche kulturelle Leistungen (z.B. das Modell »Reduit Finsterau« beim Freilichtmuseum).
4. Realisieren des Vorhabens »Europäische Kulturregion Niederbayern 2018« in bezirksweiter Kooperation kommunaler und privater Kulturträger: Dieses Ziel ist besonders geeignet, Innen- und Außenwirkung kultureller Initiativen zu bündeln.

11. Ausblick

Diese Studie wurde von den neun Landkreisen und den drei kreisfreien Städten Niederbayerns in Auftrag gegeben. Sowohl die demographischen Analysen als auch die Vorschläge der Arbeitskreise sollen dazu beitragen, unsere Situation und unsere Chancen besser kennenzulernen und Niederbayern nach vorne zu bringen. Die Auftraggeber danken den mehr als 200 Mitwirkenden, die mit viel Elan, Einsatz und Ideen am Zustandekommen der Ergebnisse beteiligt waren.

Mit der nun vorgelegten Studie ist erst der Anfang gemacht. Es kommt nun darauf an, mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu beginnen und sie zum Erfolg zu führen. Dafür hoffen wir auf die Mitarbeit aller Beteiligten, und besonders auf die Unterstützung des Freistaates Bayern. Wir werden stetig prüfen, welche Schritte schon gelungen sind und wo noch Handlungsbedarf besteht. Im Verlauf der nächsten Monate und Jahre werden wir beobachten, wie weit wir voran gekommen sind, und über den Stand der Ausführung berichten.

Die Handlungsstrategien sind fortlaufend zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Wir danken ganz herzlich dem niederbayerischen Patrioten und Vorzeige-Unternehmer Hans Lindner, der spontan bereit war, eine vorhandene Doktorandenstelle über die Altersforschung in der Außenstelle der Hochschule Deggendorf im Schloss Mariakirchen zu einer Stiftungsprofessur „Alternswissenschaften und Demografische Entwicklung“ auszubauen.

Damit haben wir eine optimale Andockstelle für unsere notwendigen weiteren Überlegungen gefunden!

Auf ein gutes Gelingen!

im Juli 2011

Landkreis Deggendorf
Landrat Christian Bernreiter

Landkreis Dingolfing-Landau
Landrat Heinrich Trapp

Landkreis Freyung-Grafenau
Landrat Ludwig Lankl

Landkreis Kelheim
Landrat Dr. Hubert Faltermeier

Landkreis Landshut
Landrat Josef Eppeneder

Landkreis Passau
Landrat Franz Meyer

Landkreis Regen
Landrat Heinz Wöfl

Landkreis Rottal-Inn
Landrätin Bruni Mayer

Landkreis Straubing-Bogen
Landrat Alfred Reisinger

Stadt Landshut
Oberbürgermeister Hans Rampf

Stadt Passau
Oberbürgermeister Jürgen Dupper

Stadt Straubing
Oberbürgermeister Markus Pannermayr

Liste der Mitwirkenden (in alphabetischer Reihenfolge)

Klaus Achatz	Heidi Feicht
Rupert Aigner	Josef Fleischmann
Albrecht Alram	Marlies Flieser-Hartl
Herbert Altmann	Prof. Dr. Burkhard Freitag
Maria Amtmann	Karl Heinz Friedrich
Peter Andreas	Klaus Froschhammer
Alexander Anetsberger	Msgr. Michael Fuchs
Johann Auer	Stephanie Fuchs
Hildegard Bachmaier	Prälat Dr. Wilhelm Gegenfurtner
Franz Baierl	Werner Geiger
Dr. Michael Bär	Thomas Genosko
Petra Barnett	Prof. Dr. rer. nat. Helmuth Gesch
Prof. Thomas E. Bauer	Marie-Luise Geß
Msgr. Dr. Hans Bauernfeind	Ludwig Götz
Otto Baumann	Timo Grantz
Stephanie Berger	Josef Grimm
Nadja Beutlhauser	Alfons Groitl
Maria Biermeier	Heinz Grunwald
Hans Blastyak	Wolfgang M. Hagl OSB
Bianca Bloechl	Wolfgang Hamerlak
Prof. Dr. Erwin Blum	Anton Haslinger
Stefan Borrmann	Nikolaus Heckl
Edith Bottler	Walter Heidl
Dr. Michael Braun	Ralph Heinrich
Barbara Breese	Ursula Heldenberger
Alois Brundobler	Dr. Winfried Helm
Erich Brunner	Günther Hepner
Eva Brunner	Waldemar Herfellner
Andreas Buettner	Franz Herrmann
Klaus Busch	Dr. Friedrich Heyder
Birgit von Byern	Frau Hinterberger
Dr. Josef Dachs	Toni Hinterdobler
Herbert Denk	Inge Hitzenberger
Siegfried Depold	Simone Hödl
Johannes Doll	Siegfried Hoefert
Heinz Donaubauer	Klaus Hofmann
Dr. Maria Dorn	Prof. Dr. Reinhard Höpfl
Heinz Dorschner	Josef Kaiser
Klaus Drauschke	Ernst Kandlbinder
Jürgen Dupper	Walter Keilbart
Werner Eberl	Werner Kempinger
Alex Eder	Johann Kerscher
Inge Edmeier	Dr. Bernhard Klinger
Udo Egleder	Prof. Dr. Joachim Knappe
Josef Ehrl	Gottfried Kobluk
Veronika Emmer	Dr. Thomas Koch
Christine Erbinger	Wolfgang Köcher
Maximilian Ertl	Markus König
Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich	Walter Kotschenreuther

Dr. Dorith-Maria Krenn
Günther Kröll
Robert Kubitschek
Prof. Dr. Horst Kunhardt
Helga Kurz
Katja Kurzke
Werner Lang
Ilka Langhammer-Rückl
Dipl.-Ing. agr. Graf Philipp von und
zu Lerchenfeld, MdL
Michael Lindgens
Monika Linseisen
Josef Loher
Wolfgang Maier
Alexandra Mandl
Karl Matschiner
Barbara Mayrhofer
Prof. Dr. Klaus Menrad
Josef Mitterreiter
Markus Mühlbauer
Dr. med. Helmut Müller
Helmut Müller
Jutta Müller
Josef Neumeier
Werner Neupert
Dr. Martin Ortmeier
Dr. des. Philipp Ortmeier
Laura Osterholzer
Klaus Pauli
Sarah Payer
Gilbert Peiker
Dr. Eberhard Pex
Otto Pilz
Reinhard Piper
Hans Plötz
Roland Pongratz M.A.
Alexander von Poschinger
Franz Prebeck
Roman Preis
Dr. med. Stefan Putz
Dr. med. Gerald Qwitterer
Silke Raml
Ludwig Rechenmacher
Dagmar Reich
Heidi Reichl
Josef Reidl
Georg Riedl
Dr. Robert Riefenstahl
Josef Roth
Josef Schätz

Walerich Schätz
Hans-Dieter Schenk
Gabi Schmid
Reinhard Schmidbauer
Emil Schneider
Hans Schober
Michaela Schütz
Alexander Schulze
Anja Schuster
Wilhelm Schwankl
Prof. Dr. Walter Schweitzer
Karin Sedlmaier
Dr. Maximilian Seefelder M.A.
Josef Seibl
Dr. Robert Seitz
Peter Sonnleitner
Max Spanner
Prof. Dr. Peter Sperber
Roland Spiller
Dr. Klaus Stein
Eberhard Sterzer
Prof. Dr. Karl Stoffel
Dr. Rosa Strohmeier
Kurt Stümpfl
Heidi Taubeneder
Stefan Tilch
Herbert Unnasch
Edwin Urmann
Anne Waechter
Michael Wagner
Susanne Wagner
Prof. Dr. Gerhard Waschler
Dr. Jürgen Weber
Manfred Weindl
Monika Weinl
Dr. Hans-Martin Weiss
Thomas Werrlein
Christina Wibmer
Siegfried Wilhelm
Andreas Wimbauer
Johann Winklmaier
Dr. Detmar Witt
Dr. Inge Wolff
Hans Wühr
Robert Wufka
Richard Zacherl
Lothar Zimmermann

Ein besonderer Dank gilt allen Organisationen, Verbänden, Vereinen und öffentlichen Einrichtungen für ihre engagierte Mitarbeit:

Industrie- und Handelskammer Niederbayern	Caritasverband für die Diözese Passau e.V.
Handwerkskammer Niederbayern- Oberpfalz	Caritasverband für die Diözese Regensburg e.V.
Hochschule Deggendorf	Granitzentrum Bayerischer Wald
Hochschule Landshut	Tourist-Information Passauer Land
Universität Passau	DGB-Region Donau-Wald
Wissenschaftszentrum Straubing	DGB-Region Landshut
Regierung von Niederbayern	VdK Bezirk Niederbayern
Agentur für Arbeit Deggendorf	Bayerischer Landes-Sportverband e.V.
Agentur für Arbeit Landshut	BLSV - Bezirk Niederbayern - e.V.
Agentur für Arbeit Passau	Skiverband Bayerwald e.V.
Agentur für Arbeit Pfarrkirchen	Bayerischer Kanu-Verband
Staatliches Bauamt Landshut	Bayerischer Karate Bund - Bezirk Niederbayern
Staatliches Bauamt Passau	Volkshochschulen Niederbayern
Tourismusverband Ostbayern e.V.	Caritasverband für die Diözese Passau e.V.
Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Landau	Staatliche Berufsschulen
Amt für Ländliche Entwicklung	Staatl. Realschulen
Bezirksjugendring Niederbayern	Gymnasien
Regionalmanagements in Niederbayern	Bayer. Bauernverband - Bezirksverband Niederbayern
Wirtschaftsförderern in Niederbayern	vbw- Bezirksgruppe Niederbayern- Oberpfalz
Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald	Caritasverband für die Diözese Regensburg e.V.
Regionalen Planungsverband Landshut	Gesellschaft zur Förderung zeitgemäßer Musik e.V.
Kliniken und Kreiskrankenhäuser Niederbayerns	ArberKultur - Kulturbüro für den Landkreis Regen
Bayerischer Hausärzteverband	BDKJ Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Ärztlicher Bezirksverband Niederbayern	AWO
Bayerischen Landkreistag	Zweckverband Landestheater Niederbayern
Bischöfliches Ordinariat Regensburg	Touristisches Service Center ArberLand
Bischöfliches Ordinariat Passau	
Benediktinerabtei Metten	
Bezirk Niederbayern	
Evang.-Lutherischer Kirchenkreis Regensburg	
Zweckverband Niederbayerische Freilichtmuseen	

Sollten - aus welchen Gründen auch immer - einzelne Personen und/oder Organisationen vergessen worden sein, bitten wir dies zu entschuldigen!

Anschriften der Autoren:

Prof. Dr. Herwig Birg,
Braschzeile 20, 14109 Berlin
herwig.birg@uni-bielefeld.de

Reinhard Loos,
c/o Deenst GmbH, Ernst-Rein-Straße 40, 33613 Bielefeld,
loos@deenst.com

Hannah Amsbeck,
c/o Deenst GmbH, Ernst-Rein-Straße 40, 33613 Bielefeld,
amsbeck@deenst.com